Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

17.4.56 vollst. (T+J f. Juli-Dez.)

INDIANA
UNIVERSITY
LIBRARY

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik

✦

Herausgeber:

Ernst Jäckh, Paul Rohrbach, Philipp Stein

✦

Zweiter Jahrgang

Juli/Dezember 1917

Seite 1104
Nr. 6900

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar-Berlin

Digitized by Google

D 1
.D45
V. 2
JULY-SEPT.
1917

Zur gefälligen Beachtung!

Durch ein Versehen der Druckerei sind in dem vorliegenden Heft die Seitenzahlen 1100—1167 doppelt enthalten. Wir bitten, dies beim Nachschlagen zu berücksichtigen.

Der Verlag.

INDIANA UNIVERSITY LIBRARY

Digitized by Google

Inhalts-Verzeichnis

I. Hauptartikel

Seite

Aall, H. H., Norwegens Interessen im Kriege 1476
— Das Schicksal des Nordens 1376
v. Aalst, C. J. K., Offener Brief an Präsident Wilson über die augenblickliche Wirtschaftslage Hollands 1413
Bahr, R., Das österreichische Problem 919
Bamberger, L., Ständige Fachausschüsse des Reichstags 1510
Bäuerle, Th., Volksheer und Volksschule 1516
Briefe an die „Deutsche Politik" 1130, 1362, 1392, 1427, 1457
Deißmann, A., Das Kriegsmanifest der amerikanischen Kirchen 1112
— Die Negermassakers in Amerika 1384
Delbrück, H., Der Jammer Livlands 1610
— Der Krieg nach dem Kriege 1664
Dernburg, B., Standhaft und rechtschaffen 1233
Dix, A., Gesichtspunkte für die Übergangswirtschaft 1192
Dresdner, A., Eine neue Wendung in der nordischen Frage 1610
Elsas, F., Grenzen der Organisationsmöglichkeit in der Ernährungswirtschaft 1454
Emin Bei, Ahmed, Der Jahresbericht des jungtürkischen Komitees 1417
Endres, F. C., Von türkischem Volk 994
Lucken, R., Aufstieg der Begabten, Bevölkerungspolitik und technische Gestaltung der Kultur 1578
Everth, E., Zur Beurteilung der Lage in Polen 871
Finnland und die demokratische Entwicklung 1277
Fischer, J., Zur Frage der militärischen Aufklärung 1521
Fittbogen, G., Zum Begriff des Auslanddeutschen 1159
Foerster, E, Reformation und Liberalismus 1401
Fuchs, E., Englische Freiheit 1305
— Luther als deutscher Politiker 1329
Gummerus, H., Finnland nach den Landtagswahlen 1438
Hartung, F., Konservative Politik 929
Hassel, U. v., Gedanken zur Verwaltungsreform 1448
Haußmann über den Reichskanzler Michaelis 1141
Haußmann, K., Die Schuldigen am Kriege 1342
Herre, P., Italiens Lage 1675
— Von Garcia Prieto zu Eduardo Dato 1118
Horovitz, Jos., Die Juden und die anglo-indische Verwaltung 1161
Hübbe, E., Das Auslanddeutschtum und die Inlandschule 1574
Hürbin, R., Deutschlands diplomatische Offensive gegen Frankreich 1073
Ibrahim, J. A. R., Brief an Se. Heiligkeit den Papst Benedikt XV., Rom 1540

Digitized by Google

Seite

Jäckh, E., Michaelis' Offenbarung 945
— Suezkanal—Jerusalem 881
— Verlust und Gewinn 1109
Jedermann, Dem unbekannten Kanzler 1419
Jenny, E., Rußlands Imperialismus 1544
Jesser, F., Nationale Autonomie 1502
Jöhlinger, O., Englands Kriegs-Bilanz 1110
Kolbe, F., Lettow Vorbecks kolonialpolitischer Beweis 1648
Kriegk, O., Sozialreform und Behördenorganisation 1223
Kuczynski, Dr., Die deutsche Kriegsfinanzpolitik 1155
Kühnemann, E., Wilhelm II., Wilson und der Friede 1406
Lehmann, M., Bulgariens innere Politik 1114
Macht und Wille der maximalistischen Regierung in Rußland 1604
Massow, W. v., Die Zustände in Polen 889
Muthesius, K., Das Reich und die Schule 1094
Naumann, Fr., Mitteleuropa-Sorgen 916
Neue amerikanisch-japanische Abkommen, Das 1640
Noether, E., Das Fiasko des „lateinischen Bundes" 1214
Oppenheimer, F., Die russische Expansion und das Gesetz der Kapazität 1084
Otto, R., Jedenfalls so frühzeitig 955
— Warum hat England noch keine Brotkarte 1288
Peiser, H., „Psychologie der Massen" 1581
Peters, P., Die Triebkräfte des Deutschtums in Amerika 903
Peus, H., Demokratische Pflicht 1180
— Notwendigkeit und Voraussetzungen des Parlamentarismus 1356
— Die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierungsverantwortlichkeit 1599
Rade, Prof., Die Neutralen und wir 967
Rede des Prinzen Max von Baden in der Ersten Badischen Kammer 1632
Rein, Ltn. d. Res., Offener Brief an die Herausgeber der „Deutschen Politik" 1218
Roeder, A., Verschwindendes Gold 1319
Rohrbach, P., Diplomatie und Deutsche Politik 1369
— Ein Friedensgesicht? 1625
— Ententedämmerung 1497
— Entwurf einer Kanzlerrede 1297
— Kapazität — Brutalität 1090
— Keine Selbsttäuschungen! 913
— Kommt uns das Heil von den Maximalisten 1658
— Kriegs- und Friedenswende 1533
— Livland 1169
— Macht, Recht und öffentliche Meinung 1105
— Der neue Reichskanzler 1433
— Politisches Handwerk und politische Kunst 1141
— Politische Offensive 1137
— Der russische Schritt zum Frieden 1566
— Die Stunde drängt 829
— Wo führt der Weg zum deutschen Frieden und zur deutschen Zukunft 1265

Digitized by Google

Seite

Rohrbach, P., Wo stehen wir? 977
— Ziel und Führung 1201
— Zum Kampf um den Frieden 1240
Roloff, G., Belgien als französische Ostmark 1314
— Deutschland und England nach dem Kriege 1208
Rotheit, R., Ein Musterstück der Geheimdiplomatie 1617
— Was geht in Böhmen vor? 1480
Saenger, A., Der Sieg über Italien 1554
Sario, S., Zur Lage in Finnland 982
Sieger, R., Der Umschwung in Österreich 583
Schaffner, J., Geschichte oder Politik 1467
— Die Not der Schweiz 855
— Rußland muß! 1252
— Zum Kampf vom Tage 999
Schiemann, Prof., Streiflichter zur Weltlage IX 862, X 1128, XI 1151, XII 1281, XIII 1442
Schmidt, A, Das Auferstehen der Ukraine 924
— Estnische Proteste gegen die Russengreuel in Estland 1683
— Was geht in Polen vor? 1145
Schmidt, F. J., Die Schulsprache unserer polnisch redenden Volksbezirke 1124
Schrameier, Wilh., Chinesische Finanzen 1078
Schüler, W., Die Wiederherstellung der Mandschudynastie 884
Schulze-Gaevernitz, G. v., Verständigungsfrieden und Reichstags-Resolution 1386
Schweden und Finnland 1549
Schweizer, C. C., Wie ist ein Ausgleichsfriede möglich? Ein Wort über echten und falschen Pazifismus 1156
Stein, Ph., Deutsche Politik 1147
— Englands kaufmännisches Gewissen 1571
— Spielleitung, Herrschaften, Spielleitung 1465
Stoll, Dr., Praktische Vorschläge zur Geburtenpolitik 934
Thimme, Fr., Graf Hertlings Debut 1593
— Der Kanzlerwechsel 948
— Das neue Preußen 1561
— Zur neuen Reichstagstagung 1529
— Vaterlandspartei und innere Reformen 1272
— Vom inneren Unfrieden des deutschen Volkes 1174
— Würzburg 1422
Thimme, W., Die Religion und ihr irrationaler Kern 1122
Tsurutaro, S., Die japanisch-deutschen Beziehungen nach dem Kriege 1485
Walter, H., Finnland und wir 1153
Weil, H., Die Wirkung von 5 Monaten U-Bootkrieg 958
Williams, R., Die Benguella-Bahn und Deutschlands Zukunft in Zentralafrika 897
Wolf, G., Die Zukunft Elsaß-Lothringens 1186
*** Der neue Kurs in Litauen 1259

Digitized by Google

II. Sachregister

Seite

Afrika, Englische Greueltaten 1670
— Internationalisierung 1668
— Kolonien 1667
— Lobito Bay 900
— Militarisierung 1674
Ägypten 883
Albanien 1682
Amerika 871, 1636
— und China 1640
— und Deutschland 1438
— Deutschlutheraner 905
— Deutschtum in 904
— Finanzielle Beziehungen zu China . . 1082
— Getreideexport 965
— und Holland 1413
— Kirchengeschichte 904
— Kirche und Krieg 1116
— und Krieg 1155, 1350
— Kriegsrüstungen 1407
— Monroedoktrin 1411
— Negerkrawalle 1384
— Politik, äußere 1409
— Politik, innere 1384
— und Rußland 863
— Sozialdemokratie 1279
— Wilsonpolitik 1287
Auslanddeutschtum 1159, 1574
Baltische Provinzen 1170, 1256
Belgien 1206, 1314, 1570
— und Deutschland 1317
— Französische Propaganda 1315
— Unterdrückung des Vlamentums . . 1316
Bulgarien 1114
— Agrarier 1120
— Monarchie 1114
— Politik, äußere 1118
— Politik, innere 1117
— Russophilen 1119
— Sobranje 1117
— Sozialdemokratie 1121
— Soziale und Wirtschaftsverhältnisse . 1116
China, Anleihewirtschaft 1081
— und Entente 1078
— Finanzpolitik 1079

Seite

China, Grundsteuerreform 1083
— Kaiserproklamation 884
— Kampf zwischen Parlament und Militärpartei 886
— Politik, äußere 886
— Politik, innere 885, 886
Deutschland, Agrarverhältnisse . . . 1456
— Alldeutschen 1235, 1272, 1354
— Aufstieg der Begabten 1579
— Auslandschulwesen 1095
— Außenhandel 1228, 1265
— Baltenpolitik 1173
— Bevölkerungsfrage 935
— Bevölkerungspolitik 1580
— Bismarck-Politik und Gegenwartspolitik 1141
— Bureaukratie 852, 853, 1151
— Demokratie 1180
— Demokratisierung . . 913, 933, 1149, 1236
— Diplomatie 1370
— und England 1144, 1266
— Erbschaftssteuer 936
— Ernteaussichten 959
— Fachausschüsse für den Reichstag . . 1510
— Finnländische Frage 1551
— Flotte 1210
— Friedensziele 1158
— Führerstellung in der Wissenschaft . . 1490
— Industrie 1194
— Handel 1489
— Heer und Schule 1517
— Herrenhausvorlage 1565
— Kanzlerkrisis 1245
— Kanzlerwechsel . 948, 977, 1129, 1433, 1529
— Klassenprivileg 1392
— Koloniale Kriegszielforderungen . . . 898
— Kriegsanleihen 1155
— Kriegsfinanzen 1156, 1512
— Kriegsgewinnsteuer 1158
— Krone, Parlament und Volk 1119
— Lebensmittelwucher 975
— Liberalisierung 999
— Luthers Wirken 1333
— Mehrheitsparteien im Reichstag . . 1531
— Militarismus 1474

Digitized by Google

Seite

Deutschland, Zur militärischen Aufklärung 1521
— Monarchie und Sozialdemokratie . . 952
— Neuorientierung 852, 854, 1224
— und der Orient 1267
— und Österreich 919
Deutsch-Österreich 922, 923
Deutsch-österreichische Politik . . . 992
Deutschland, Parlament und Regierung 957
— Parlamentarische Kämpfe 1175
— Parlamentarisierung . . 1177, 1219, 1358
— Parlamentarismus 1151
— Polenpolitik . . 871, 873, 890, 981, 1145
— Politik, äußere 1105, 1144, 1157, 1202, 1342, 1352, 1435, 1468, 1470, 1663
— Politik, innere 913, 945, 948, 952, 977, 1096, 1107, 1147, 1149, 1174, 1177, 1218, 1223, 1235, 1272, 1280, 1352, 1356, 1391, 1423, 1433, 1465, 1510, 1529, 1561, 1594, 1599
— Politische Fehler 1143
— Politische Offensive 1074, 1148, 1176, 1637
— Politische Unterlassungssünden . 1138, 1146
— Politisierung der Beamten 1360
— Polnische Schulpolitik 1124
— Presse 1142, 1176
— Preußen 1561
— Propaganda im Ausland 1148
— Rechtspflege 1514
— Regierung 1201
— Reichstagsresolution 1390
— Russische Gefahr 1268
— Rüstungsindustrie und Friedenswirtschaft 1193
— Sicherheiten für den Frieden 1265
— Siebenerausschuß 1178
— Sozialdemokratie . . . 931, 1471, 1599
— Sozialdemokratie und Monarchie . . 1357
— Sozialdemokratischer Parteitag in Würzburg 1422
— Sozialreform 1227
— Schulpolitik 1096
— Schulwesen 1094
— und Schweden 1447
— und die Schweiz 1102
— und Ukraine 981
— Verfassungs- und Wahlrechtsfragen . 1149, 1275, 1276, 1356

Seite

Deutschland, Verwaltungsreform . . 1448
— Volksbildung 1095, 1516
— Volkskrieg 854
— Wahlrecht . . 854, 932, 1181, 1565, 1596
— Wahlreform, Aufruf zur 956
— Wirtschaftspolitik 1192, 1226, 1388, 1454, 1509
Deutsch-Ostafrika 1649
Deutsch-russische Wirtschaftspolitik . 1661
Deutschtum im Ausland 1160
— und Menschentum 1234
Elsaß-Lothringen 1186
— als Bundesstaat 1191
— Deutschtum in 1187
— Politik 1188
England und Amerika 915
— Arbeiterbewegung 1310
— Aristokratie 1306
— Armenfürsorge 1309
— Beherrschung der Ostseeprovinzen . . 1154
— und Calais 866
— und Dänemark 1207, 1299
— Demokratie 1270
— und Deutschland im Kampf um Zentralafrika . . . . . 901 f.
— Finanzen 1319, 1572
— Flotte 1210
— Friedensbedingung 1284, 1311
— Gewaltpolitik 1477
— und Griechenland 881
— Handelspolitik 1672
— Hauptgewinn im Krieg 1110
— Indienpolitik 1112, 1163
— Interessen in Skandinavien . . 1379, 1385
— Kriegspolitik 1111, 1143, 1205, 1382, 1609, 1659
— Kriegsziele 1110
— „Manchester Guardian“ 1244
— Massensuggestion 1313
— Orientpolitik 883, 1535
— und Polen 981
— Politische Führer 1142
— Politik, äußere 1108, 1110, 1142, 1270, 1312, 1346, 1631
— Politik, innere 1311
— Seekriegshäfen im Orient 1383
— Seemacht 1211
— und Skandinavien 1614

Digitized by Google

Seite

England, Sozialpolitik 1382
— Stellung zum Frieden 1626
— und Syrien 881
— Schulwesen 1309
— Stellung im Mittelmeer 1113
— Steuererhöhungen 1159
— und der U Bootkrieg 960, 1187
— Viehbestand 962
— Wahlrecht 1306, 1312
— Weißbuch 1345
— Weltpolitik 1378
— Wirtschaftspolitik 1288, 1380
Englisch-französisch-italienische Gesamtoffensive 1153
Entente, Balkankonferenz 1133
— Einkreisungspolitik 1303
— Furcht vor Deutschland . . . . . 849 f.
— Getreideversorgung 961
— Goldbestand 1321
— Kriegsziele 1390
— Polenpolitik 1146
— Skandinavienpolitik 1612
— Verluste im Kriege 1110
— Wirtschaftspolitik 1254
— Wühlarbeit in Spanien 1123
Estland, Russengreuel 1683
Finnland 1277, 1438
— Grundgesetzkommission 1440
— Politik 1438
— Politik, äußere 1441
— und Rußland 982, 1278
Frankreich, Annexionistische Pläne . . 1075
— Ausbeutung des Proletariats . . . 1279
— Flotte 1209
— und Italien 1215
— Kriegsdokumente 1303
— Kriegspolitik 1348, 1569
— Lebensmittelbestände 964
— Politik, innere 1154
— und Spanien 1217
— Stimmen über die deutsche Kanzlerrede 1073
Friedenspolitik 1241
— der Zentralmächte 1297
Friedensverhandlungen und die Neutralen 970
Griechenland 864, 968

Seite

Holland, Handel 1414
Indien, Beamtentum 1162
— Verwaltung 1161
Irländische „Neutralität“ 1135
Italien 1675
— Balkanpolitik 1682
— und Entente 1680
— Ernteaussichten 964
— Ministerkrise 865
— Politik, äußere 1678
— Politik innere 1676
— Treubruch 1554
Japan 870
— Abkommen mit China 1643
— und Deutschland 1491
— Kriegsgewinn 1109
— und das neue Kaisertum in China . . 889
— Politik, äußere 1155, 1641
— Stellung zum Kriege 1537
Kampf um den Suezkanal 882
Kolonialpolitik 1651, 1669
Krieg und die Neutralen 968, 969
— und Religion 1123
Kriegs-Entschädigungsfrage . . 1389
„Lateinische Union“ 1214
Litauen 1259
— Verwaltung 1260
Livland 1169, 1610
Londoner Konferenz 1153
Mesopotamien 883
Mittelafrika 1112
Mitteleuropa 1111, 1253
— Gemeinsamkeit und Friedensverhandlungen 918
— und Polen 918
Moskauer Konferenz 1155
Neutrale und die Zentralmächte . . . 1476
Norwegen 1612
— Handelsflotte 1382
— Politik, äußere 1478
Offensive im Osten 1151
Österreich Ungarn, Brünner Autonomie-Programm 1505
— Die Deutschen in Böhmen 1483
— Kronlandsautonomie 990
— Minoritätenschutz 1507

Digitized by Google

Seite

Österreich-Ungarn, „Nationalitäten-Bundesstaat" 991
— Nationalitätenfrage 923
— Politik, innere 917, 988
— Tschechische Bewegung 1481
— Tschechische Verrätereien 993
— Wirtschaftspolitik 922
Papstnote . . . 1204, 123 , 1282, 1352
Polen 1134
— Condominium 874
— Deutschland oder Rußland? 897
— Kampf gegen die Neutralisten . . . 1148
— Legion 1147, 1149
— Politik 872, 1259
— Rücktritt des provisorischen Staatsrates 1150
Polnische Frage 1256
Protestantismus und Politik . . . 1330
Psychologie der Massen 1582
Reformation 1401
Riga 1169, 1284
Rumänien 1618
Rußland . . 864, 1090, 1252, 1469, 1568
— Aaland-Politik 1612
— Agrarfrage 1498, 1546
— Arbeiter- und Soldatenrat 867
— Bildung des Koalitionsministeriums . 1443
— Bodengröße und Bodenbedarf . . . 1085
— und England 1376
— Eroberungspolitik 1377
— und Finnland 982, 1153
— Fremdvölkerfrage . 1093, 1203, 1286, 1374, 1436, 1497, 1534, 1660, 1662
— Friedenspolitik 1382
— Geheimdiplomatie 1617
— Grundbesitzverhältnisse 1085
— Handelsbeziehungen 985
— Imperialismus 1157, 1544
— innere Zustände 1445
— Interessen in Norwegen 1379
— und Japan 1536
— Landfrage 1093
— Lebensmittelverhältnisse 964
— Maximalisten 1533, 1608, 1658
— Mobilmachung 1137, 1301, 1347
— Monarchie 1498
— Moskowitertum 1499

Seite

Rußland und Norwegen 1377
— Gescheiterte Offensive im Juli . . . 1130
— Politik, innere 869, 986, 1130, 1444, 1500, 1614
— Revolution 986, 1470
— Ukraine-Politik 925
— und Ukraine 1131, 1152
— Umbildung der provisorischen Regierung 1131
— Verwüstungen der Bolschewiks in Petersburg 868
— Wirtschaftspolitik 1086, 1092
— Zentral-Rada 926
— Zukunftsbild 1255
Russisch-deutsche Friedensverhandlungen 1567
Russische Grausamkeiten in den unterjochten Ländern 1540
Rüstungsfragen 1488
Selbstbestimmungsrecht der Völker 1304, 1447
Slawen und Autonomie 1503
Spanien, Krone und Armee 1121
— Ministerwechsel 1118
— Neutralität 1120
— Politik, äußere 1119
— Politik, innere 1118, 1119, 1120
Schuldfrage des Krieges . . . 1342, 1389
Schweden und Finnland 1549
— Politik, äußere 1550, 1611
— und Rußland 1611
Schweiz und Amerika 861
— Deutschschweizer 968
— und Entente 856, 864
— Liberalismus 1101
— Neutralität 859
— Politik, innere 856
Stockholmer Konferenz . . . 862 f., 1108
Türkei, Bevölkerung 994
— Wirtschaftspolitik 1417
U-Bootkrieg 866, 915, 950, 951, 958, 1155, 1158, 1212, 1267, 1350, 1351, 1479, 1486, 1664
Ungarn, Politik, innere 917
Versöhnungsfrieden 1157
Verständigungsfrieden 1386
Weltkrieg, Die Bilanz nach drei Jahren 1109
Westfront, Kämpfe im Juni 865
Wirtschaftskrieg nach dem Kriege . 1664

Digitized by Google

III. Personenregister

Seite

Abdul Hamid V. 1443
Ador 804, 968
Albert, König 1315
Alexander 865
Alexejew 869
Alfons 1123
Andeond 264
d'Annuncio 1446
Apostolow 1118, 1119
Asquith 1142, 1204, 1205, 1242, 1243, 1270, 1283, 1284, 1354, 1501, 1502, 1626, 1628, 1630
Auersperg 990
Balfour 1205, 1502, 1628
Barclay 1344
Baernreither 1483
Barrès 1076
Bazin 1075
Bebel 1599, 1600
Benedikt XV. 1137, 1138, 1190, 1283, 1298, 1328
Bethmann Hollweg 851, 891, 893, 914f., 945, 946, 948f., 1128, 1137, 1138, 1175, 1191, 1246, 1247, 1250, 1251, 1272, 1273, 1277, 1345, 1348, 1354, 1433, 1563, 1597, 1618, 1635
Bismarck 874, 889, 934, 945, 951, 1141, 1142, 1143, 1150, 1247, 1379, 1422, 1596, 1673
Bonar Law . . . 1134, 1243, 1572, 1664
Boselli 865, 1474
Boyen 1274
Branting 859, 862, 1474, 1554
Bratianu 1618, 1619
Briand 1153, 1074
Brussilow 1130
Buchanan 1286, 1302, 1381
Bülow . . . 945, 1246, 1247, 1343, 1375
Cachin 1077, 1349
Cadorna 1443
Caillaux 1660
Canning 1299
Capelle, v. 1245
Carson 1446, 1664
Casement 1447
Castillo 1121
Cecil 1204, 1664, 1669
Chang-hsün 885, 886, 887
Chesney 883
Churchill 1142, 1347, 1348, 1446, 1671, 1674
Clam . . . 988, 989, 990, 991, 992, 1134
Clémenceau 1502, 1569, 1634, 1638, 1660
Colajanni 1680
Courtney 1570, 1571
Cromwell 1143, 1149
Czernin 988, 989, 990, 991, 1342
Danailow 1119
Danew 120
Dato 1118, 1122, 1123
Daudet 1076
Delbrück 1178, 1245
Denman 1204
Dernburg 1245
Dickens 1307
Disraeli 1448
Dmowski 1145, 1146, 1147
Drews 1596, 1597
Duchonin 1605
Dupuy 1075
Ebert 1424
Eduard VII. 1300, 1631
Erzberger 1245, 1246
Ferrero 865
Fichte 1221
Francis 863
Friedberg 1596, 1597
Friedrich der Große 1142
Friedrich Wilhelm, Kronprinz . . . 1246
Fürst Alexander . . . 1114, 1115, 1116
Fürstenberg 1483
Genadiew 1118, 1120
Georgi 993
Gérard 1315
Gerard 1141
Geschow 1120
Gladstone 1307
Gneisenau 1274, 1562
Godnew 1131
Göhre 1158

Digitized by Google

Seite

Gorki 1446
Goethe 1126
Goß 1605
Grabowsko 1274
Grey 890, 898, 1142, 1205, 1302, 1303, 1344, 1345, 1346, 1347, 1635
Grillparzer 1555
Grimm 864
Gurko 869
Gwosdew 1443
Haesten 1301, 1348
Haig 1153, 1501
Haldane 1133, 1250, 1345
Hardenberg 1637
Hay 1647
Helfferich 1155, 1245, 1529
Henderson 1156
Hertling 1434, 1438, 1529, 1530, 1563, 1566, 1571, 1593, 1595, 1597, 1598, 1601, 1628, 1660
Heydebrandt 1142, 1598
Hindenburg 983, 1154, 1235, 1244, 1246, 1251, 1256, 1356, 1649
Hioki 1643, 1645
Hirschfeld 1445
Hoffmann 856f., 864
Hohenlohe 1483
Holstein 1343
Homer Lea 1112
Hruschewsky 926
Hsüan-tung 888
Hsü-shih-ch'ang 887
Ishii 1641
Jagow 1298
Januschkewitsch 1138, 1139, 1201, 1303, 1346, 1347, 1348
Jaurès 1300, 1346, 1348, 1349, 1617, 1631, 1635
Johnston 1671, 1674
Jong van Beek 1143
Kaledin 1534, 1535
Kant 1125, 1221, 1273
Kapp 1272
Kardorff 1149
Karl I. 870, 991, 1329
Kenna 1502

Seite

Kerenski 867, 927, 1109, 1130f., 1138, 1152, 1156, 1157, 1158, 1172, 1175, 1284, 1286, 1443, 1445, 1474, 1498, 1535, 1545, 1605
König Ferdinand 1115 1152
König Georg 1135, 1153
König Leopold 898, 899
Konowalow 1131, 1443
Konstantin 857, 865
Kornilow 1130, 1173, 1203, 1284, 1285, 1443, 1444
Kosmitschki 1119
Kowalewski 926
Kramarsch 993
Krapotkin 870
Krasnow 1606
Kühlmann 1105, 1106, 1141, 1154, 1276, 1354, 1355, 1436, 1571, 1594, 1632
de Lagarde 930
Lansdowne 1571, 1620, 1628, 1630, 1631, 1632
Lansing 1640
Lednizki 1147
Lempicki 1145, 1148, 1150
Lenin 1131, 1500, 1534, 1567, 1609
Lettow Vorbeck 1670
Liautey 1121
Lichnowski 1245, 1298
Li yuan-hung 885
Lindmann 1154
Lloyd George 853, 881, 952, 961, 963, 965, 966, 1107, 1108, 1110, 1134, 1140, 1141, 1143, 1149, 1156, 1180, 1205, 1206, 1218, 1219, 1223, 1241, 1242, 1243, 1270, 1284, 1311, 1312, 1313, 1352, 1446, 1474 1501, 1502, 1571, 1585, 1626, 1627, 1630, 1631, 1632, 1634, 1638, 1658, 1660, 1664, 1665, 1666, 1672
Lohmann 1596
Lubomirski 1134
Ludendorff 1246, 1356
Luther . . . 858, 1128, 1308, 1329, 1401
Lurburg 1349, 1369
Lwow 869, 1130, 1131
Machiavelli 1105
Malvy 1348, 1349
Manuilow 1131

Digitized by Google

Seite

Martinitz 1134
Maura 1119, 1122
Maurras 1076
Max, Prinz von Baden 1632
Michaelis 915, 916, 945, 946, 955, 977, 979, 1073, 1077, 1128, 1141, 1143, 1147, 1156, 1176, 1177, 1178, 1179, 1190, 1221, 1223, 1238, 1246, 1270, 1275, 1276, 1424, 1527, 1433, 1529
Michail Alexandrowitsch 1152
Miljukow 1109, 1140, 1146, 1303
Millow 1119
Moltke 883, 1301, 1302, 1348
Momtschilow 1118
Monroe 1411
Morley 1162
Müller 1435, 1436, 1437
Napoleon I. . . . 881, 883, 1142, 1354
Nekrassow 1131
Niemojewski 1148
Nikitin 1443
Nikolai Nikolajewitsch 1137, 1139, 1152, 1389, 1535
Nikolaus II. 987, 1137, 1138, 1152, 1237, 1302, 1310, 1392, 1626, 1631, 1636, 1666
Nivelle 958
Northcliffe 1108, 1344, 1502, 1626, 1631, 1636, 1666

Orlanda 1677

Painlevé 1288
Paner 1529, 1597
Pejew-Platschkow 1120
Perewerfew 1131
Pershing 1154
Peschow 1117
Peschechonow 1131
Petkow 1118
Pilsudski 1146, 1147, 1150
Poincaré 866, 915, 958, 1073, 1074, 1076, 1110, 1153, 1156, 1315
v. Plener 1483
Pokrowski 1611, 1612, 1615, 1616
Poliwanow 1618, 1619
Posta 1173
Pourtalès 1346
Prieto 1118, 1120, 1121, 1122
Prokopowitsch 1443
Pufendorf 1299, 1300
Puni 1128

Radetzky 1555
Radoslawow 1117, 1118
Radscho Radjarow 1119
Renner 991
Reventlow 1160, 1664
Ribot 866, 1077, 1288
Richelieu 1209
Richthofen 1153
Ripon 1161
v. Roedern 1158, 1160
Romanones . 1118, 1119, 1120, 1121, 1123
Root 863
Rsewski 1137
Runciman 1502

Said Halim Pascha 1419
Salandra 1677
Sapieha 1150
Seyda 1134
Shaw 1142
Skobelew 1131
Smuts 1502
Sonnino 865, 1443, 1678, 1680
Spahn 1245
v. Spitzmüller 992
Ssasonow 1146, 1302, 1346, 1612, 1615, 1616
Ssuchomlinow 1137, 1138, 1139, 1201, 1202 1204, 1208, 1282, 1302, 1303, 1346, 1348, 1389 1443, 1469, 1617, 1635
Syberg 1134
Scharnhorst 1274, 1392
Scheidemann 862, 863, 1158, 1244, 1425, 1426, 1599, 1600
Schingarew 1131
Schleiermacher 1125, 1126
Schmoller 922
Schönborn 1483
Schwerin-Löwitz 1143
Stein 1274, 1392, 1406, 1637
Stolypin 925, 1086
Stresemann 1238
Struwe 926
Studnicki 1145, 1148
Talaat Pascha 1417

Digitized by Google

Seite

Tang-Sao-yi 885
Tarnowski 1150
Terauchi 859
Tereschtschenko 1443
Thomas 863 864
Tirpitz 1274, 1275
Tißza 917
Tokoi 1439
Tontschew 1119
Treitschke 934
Trotzki . 1500, 1534, 1567, 1605, 1609, 1610
Tschanghsun 1128
Tscheidse 1285
Tschernow 1131, 1605, 1606
Tseretelli 1131
Tuan-chijui 885, 886
Vadasz 1482
De Valera 1135
Venizelos 864, 865
Viktor Emanuel 1151
Villanueva 1122
Vinnitschenko 1132
Waldstein 1483
Walujew 925
Wedel 1189
Wekerle 1482
Werchowski 1443
Werderewski 1443
Westarp 1177
Wilhelm I. 1566
Wilhelm II. 851, 854, 948, 949, 950, 953, 1129, 1141, 1235, 1236, 1237, 1244, 1246, 1247, 1272, 1342, 1354, 1392, 1406, 1410, 1448, 1494, 563, 1639
Wilhelm von Oranien 1143
Wille 864
Wilson 829, 863, 885, 915, 977, 1074, 1082, 1083, 1084, 1110, 1134, 1138, 1140, 1155, 1176, 1202, 1208, 1218, 1219, 1221, 1236, 1237, 1241, 1284, 1305, 1350, 1351, 1354, 1386, 1406, 1483 ff., 1446, 1447, 1469, 1473, 1475, 1505, 1606, 1628, 1634, 1635, 1636
Wolff 1468, 1469
Woloschenko 1445
Yuanshikai 885, 887, 888
Zamoyski 1134
Zeretelli 1285, 1444, 1605
Zimmermann 1260, 1354
Zwingli 1330, 1332

IV. Notizen

Seite

Abtretung des Kreises Hadersleben an Dänemark 1587
Afrikanische Zukunftspläne Englands . . 1525
Amerikaner gegen die Entente, Ein . . . 876
Annektionistische Sonnino, Der 1524
Ausbeutung der neuen Platinfundstellen des Fürsten Demido, Die 1137
Beispiel amerikanischer Freiheit, Ein . . 1428
Chinesisch amerikanisches Einverständnis . 1166
Demokratische Konferenz in Petersburg, Die 1397
Deutschland und die Ukraine. 1132
Deutschlands wirtschaftliche Zukunft . . 1100
Deutsch-russische Gegensatz, Der. . . . 1429
Drohende Revolution in England . . . 1099
Durchdringung Südamerikas durch die Vereinigten Staaten, Die. 1557
Ende des englisch-japanischen Bündnisses, Das. 1493
England gibt den Verlust seiner Seeherrschaft zu 1104
Englands Kriegsziel 1136
England und die Neutralen 1493
England und die nordischen Staaten . . 1687
Englische Angst vor der Aufrollung des Fremdvölkerproblems in Rußland . . 1396
Englische Arbeiterschaft und der Sozialismus, Die 971
Englische Kolonialminister über die Rückgabe der deutschen Kolonien, Der . . 1229
Englisches Loblied auf die demokratische Kontrolle in Deutschland 1325
Englische Menschlichkeit im Kriege . . . 1621
Englisch-russische Freundschaftsversuche. . 938

Digitized by Google

Seite

Englisch-schweizerische Ausstellungen . . 1525
Entente und die russischen Fremdvölker . . 1621
Fall Hoffmann-Grimm und Rußland, Der 876
Finnische Charakteristik des Imperialismus der Entente 1493
Finnischer Protest gegen Amerikas Neutralenpolitik 1525
Finnlands Kampf gegen die Maximalisten 1686
Finnlands Selbständigkeit und Deutschland 1652
Frankreichs Hoffnung auf Amerika . . . 1395
Frankreich und das Prinzip der offenen Tür 1137
Französische Kultur in Südamerika, Die . 1137
Französisch-Kanada ein zweites Irland . 877
Freie Vaterländische Vereinigung und die Wahlrechtsfrage, Die 1652
Friedenspropaganda in Frankreich . . . 1100
Gedanken über die zukünftige auswärtige Politik Japans 1524
Getreidepreise in Amerika und England . 1133
Griechische Urteile über England 1585
Handel nach dem Kriege, Der 1588
Hoffnungen Rußlands auf die amerikanische Hilfe, Die 1137
Japans Anteil an der Welt 1165
Japans Sieg in China 1164
Industrie und Presse in Italien 1524
Jugoslawische Probleme 1430
Italienische Kriegsziele, Die 1137
Italien und Griechenland 1137
Kinoreklame, Nochmals die 1103
Kolonial- und Moralkrieg 1653
Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-Räte zum Kriege, Der 972
Kriegssiedelungen vergangener Zeiten . . 1686
Lateinische Union, Die 1100
Lebensmittelpreise in England und Amerika 938
Liberias Vergewaltigung 1165
Livland, Rußland und wir 1197
Mahnwort an die Regierung, Ein . . . 908
Michaelis — Capelle 1363
Mitteleuropa 908
Nationalisierung der türkischen Wirtschaft 1493

Seite

Narrenschiff der Zeit, Aus dem 1458
Neue Aussiedlung der wolhynischen Deutschen 1525
Neue Kurs in Polen, Der 1101
Neue russische Kabinett, Das 1305
Neuesten Kundgebungen der deutschen Vaterlandspartei, Die 1394
Nordischer akademischer Klub, Ein . . . 1525
„Nowaja Shisn" über das Friedens-Programm der deutschen Sozialdemokratie . 972
Österreichische Kolonialpläne in Afrika . . 1088
Pilsudskis politisches Glaubensbekenntnis . 1131
Preis und Qualität nach amerikanischer Auffassung 1292
Professor Wilson kompromittiert den Gelehrtenstand 1229
Protest gegen den Weltkrieg 1100
Protest der ukrainischen Rada gegen die polenfreundliche Haltung Mitteleuropas 1688
Reformen des osmanischen Eherechts, Die 1557
Rudolf Kjellén über den fünften Reichskanzler 1167
Russische Furcht vor Amerika, Die . . . 1493
Russische Preßstimmen zu den Enthüllungen des Reichskanzlers Michaelis . . 1131
Rußland und der Krieg 908
Selbständigkeitsbestrebung der Ukraine und die provisorische Regierung 1105
„Selbstbestimmungsrecht der Völker, Das" 1100
Si tacuisses, philosophus mansisses . . 1197
Skandinavische Zusammenarbeit . . . 1494
Schiffbau in Amerika, Der 1558
v. Schmoller, Gustav 875
Schwierigkeiten der russischen Ernte, Von den 1136
Ukraine und Mitteleuropa, Die 1135
Vaterlandspartei und politische Beamte . 1685
Verhängnis des Nordens, Das 1165
Vernünftige englische Stimme zur Frage des Anschlusses Polens an das Weltmeer, Eine 1290
Vor der Welthungersnot 1291
Wahlen in Finnland, Die 1460
Warum sich Wilson für die „Rückgabe" von Elsaß-Lothringen an Frankreich ins Zeug legt 1291

Digitized by Google

	Seite
Was man in England von der russischen Offensive erhoffte	1105
Was wird aus Polen?	1196
„Weiße Gefahr", Die	1524
Weltungersnot, Die	1558
Wertvolles Geständnis, Ein	973
Wilson beabsichtigt die Spaltung der Mittelmächte	1104
Wirtschaftliche Zukunft Österreich-Ungarns, Die	1588
Wofür kämpft der russische Soldat	1136
Zehn Sätze zur deutschen Politik	937
Zukunft des englischen Welthandels, Von der	1136
Zukünftige Europa, Das	1462
Zwei Stimmen zur Reichstagsresolution	1161

Digitized by Google

Hof-Buch- und Steindruckerei
Dietsch & Brückner in Weimar

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Rohrbach, Die Stunde drängt 849
Schaffner, Die Not der Schweiz 855
Schiemann, Streiflichter zur Weltlage IX 862
Everth, Zur Beurteilung der Lage in Polen 871
Notizen / Neuerscheinungen 875

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 6. Juli 1917 Heft 27

Gustav Kiepenheuer / Verlag / Weimar / Berlin

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh ◆ Paul Rohrbach ◆ Philipp Stein

ständige Mitarbeit von:

Prof. Dr. Paul Arndt, Berlin; Prof. Dr. Auhagen, Dahlem-Berlin; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. C. H. Becker, Berlin; Professor D. Deißmann, Berlin; Prof. Dr. Rudolf Eucken, Jena; Prof. Dr. Eulenburg, Leipzig; Anton Fendrich, Freiburg-Zähringen; Prof. Dr. E. Franke, Berlin; Prof. Dr. O. Franke, Hamburg; Oberbürgermeister Dr. Geßler, Nürnberg; Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig; Prof. Dr. Harms, Kiel; Oberbürgermeister Dr. Külz, Zittau; Prof. Dr. Lampe, Berlin; Dr. Freiherr von Mackay, München; Wilhelm v. Massow, Berlin; Prof. Dr. F. Meinecke, Berlin; Dr. Adrian Molin, Stockholm; Geh. Reg.-Rat Dr. Muthesius, Berlin; Geh. Justizrat Prof. Dr. Niemeyer, Kiel; Prof. Dr. Oncken, Heidelberg; Dr. Alfons Paquet, Frankfurt a. M.; Prof. Dr. Pohl, Greifswald; Justizrat Dr. Rhode, Berlin; Prof. Dr. Roloff, Gießen; Prof. Dr. von Rümker, Berlin-Nikolassee; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schiemann, Berlin; Axel Schmidt, Berlin; Geh. Rat Dr. Schneider, Frankfurt a. O.; Geh. Admiralitätsrat Dr. Schrameier, Berlin-Halensee; Prof. Dr. Schumacher, Bonn; Reichstagsabgeordneter Geh. Rat Prof. Dr. v. Schulze-Gävernitz, Freiburg; Geh. Regierungsrat Prof. Dr. M. Sering, Berlin-Grunewald; Dr. Somary, Berlin; Prof. Dr. Martin Spahn, Straßburg; Dr. Friedrich Thimme, Berlin; Dr. lic. theol. Gottfried Traub, Dortmund; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Troeltsch, Berlin; Admiral z. D. Gouverneur v. Truppel, Berlin; Prof. Dr. Georg Wegener, Berlin; Dr. Fritz Wertheimer, Berlin; Prof. Dr. Wiedenfeld, Halle; Geh. Rat Prof. Dr. Wohltmann, Halle; Kgl. Ministerialrat Zahn, München; Regierungsrat Zache, Hamburg.

Einsendungen (mit Rückporto) für die Schriftleitung sind zu richten nach Berlin W 50, Augsburger Str. 74 II. Telephon: Amt Lützow 5725. / Einsendungen, welche den Versand und Inseratenteil der Zeitschrift betreffen, dagegen nur an den Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburger Str. 74 II, Telephon: Amt Lützow 5725; oder Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar, Wörthstraße 45. Telephon: 55.

Gustav Kiepenheuer Verlag, Abt. „Deutsche Politik", Berlin

Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M 3.80, Ausland M 4.50.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 6. Juli 1917 • Heft 27

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Die Stunde drängt

Von Dr. Paul Rohrbach

Stärker, viel stärker, als man es bei uns weiß, rechnen unsere Feinde darauf, daß eine Bewegung des Volkes in Deutschland sich gegen die Regierung erheben und den Frieden herbeiführen soll, der die deutsche Gefahr für England beseitigt. Stärker auch, als wir es glauben, ist in diesem Kriege die Furcht vor Deutschland gewachsen. Der Krieg fing an, weil die Gegner überzeugt waren, uns überlegen zu sein und uns schnell niederwerfen zu können. So sicher war dieser Glaube, daß man in England unserm Botschafter das Wort mit auf den Weg gab: Jetzt zürnt ihr uns, aber ihr werdet uns noch danken, denn wir werden es sein, die euch retten! Bis zur Zertrümmerung der russischen Heere in Galizien und Polen glaubte man in der Entente an die Überlegenheit der verbündeten Waffen. Von da an aber wußte man, wie stark Deutschland war — und von da an erhob sich vor allen Dingen bei England der Entschluß, nicht eher vom Kriege abzustehen, als bis die nun erst in ihrem ganzen Umfang erkannte „deutsche Gefahr" beseitigt war. Geht Deutschland siegreich aus diesem Kriege hervor, so ist es mit der englischen Weltmacht zu Ende! Diese Angst ging den Engländern durch Mark und Bein, als sie erkannten, Deutschlands Sieg, den sie für unmöglich gehalten hatten, sei doch möglich!

Auch Wilsons Eingreifen hat das zum Hauptgrund. Er ist unser Feind, weil er gesehen hat, wie stark wir sind. Das ungeheuerste Ereignis des Krieges ist der Sturz des russischen Zarismus. Als dieser fiel, war Amerikas Sorge vor dem deutschen Siege nicht mehr zu halten. Wer hat das Zarentum zu Boden geworfen? Deutschland! Vor der deutschen Kraft ist es zerbrochen, vor ihr droht jetzt die kolossale russische Masse selber zu zerbröckeln. Nichts von dem, was der Krieg nach menschlicher Voraussicht noch bringt, wird an die Folgen dieses Ereignisses heranreichen. In fünf Erdteilen wird Tag und Nacht gerufen, mit Deutschland gehe es zu Ende, und in fünf Erdteilen zittert man bei dem Gedanken, was alles kommen könnte, wenn Deutschland doch siegreich bleibt. Wahrlich, die größte der Gefahren, die uns be-

Digitized by Google

drohen, ist, daß alle uns Mißgünstigen jetzt wissen, was deutsche Kraft ist. Hinter aller Lüge, allem Hohn, aller Gewalttat und feigen Grausamkeit, die, wo nur die Feinde es vermögen, dem Deutschtum angetan wird, steckt der Trieb zur Vernichtung, der durch nichts so angepeitscht wird, wie durch die Furcht. Die Furcht sitzt ihnen im Nacken, darum werden sie Krieg gegen uns führen, solange ihr Atem reicht.

Ob die Feinde noch auf den Waffensieg hoffen? Sie haben es sicher vor ihrer letzten Offensive getan. Ihre Befehle, die uns in die Hand fielen, sprachen es aus. Nach den Erfahrungen in diesem Frühjahr und Sommer tun sie es vielleicht nicht mehr. Dafür rechnen sie um so stärker darauf, die Kraft Deutschlands dadurch gelähmt zu sehen, daß Volk und Regierung bei uns uneins werden. Fürs erste hoffen sie dazu auf die Hungerblockade. Fürs zweite sagen sie: dem deutschen Volk ist, als der U-Bootkrieg anfing, so bestimmt versprochen worden, nun sei der Sieg in naher Zukunft zu erwarten, daß der Rückschlag gefährlich sein wird, wenn trotz aller versenkten Schiffe die von allen erwartete Wirkung sich noch nicht zeigt. Zum dritten glauben sie, daß die Revolution in Rußland und der dreijährige politische Feldzug gegen den Militarismus Deutschlands bei der deutschen Demokratie, der bürgerlichen und namentlich der sozialistischen, anfeuernd gewirkt hat. Dies ist ein Hauptstück, bei dem die Entente und die in Gedanken mit ihr verbündeten Neutralen auf den Sieg über Deutschland wieder zu hoffen anfangen, und auch einer der stärksten Gründe, weswegen die revolutionären Machthaber in Rußland taub gegen alle Sonderfriedenswünsche bleiben, meinen sie doch, sie brauchten nur auszuhalten, um auch Deutschland auf den Weg der Revolution zu bringen. Dies ist die Hoffnung Wilsons, wegen der er mit einer Plumpheit, die schwer zu glauben wäre, wenn sie nicht vor Augen läge, dem deutschen Volke schrieb: nicht ihm gelte der Krieg, sondern der deutschen Regierung. Dies ist der Gedanke, der an den Börsen im Auslande vorbereitet wird, wenn es gilt, unsere Valuta zu drücken — Unruhen in Deutschland!

Eine Anfangsregel politischen Verstehens sagt, daß die Handlungen der Menschen nicht so sehr durch die Tatsachen bestimmt werden, wie durch das, was als Tatsache geglaubt wird. Man glaubt an die Möglichkeit, Deutschland auf diese Weise zu Boden zu ringen, und dieser Glaube gibt den Feinden einen neuen und starken Antrieb, daß sie ihr Äußerstes aufbieten: selber Not leiden, der Verluste nicht achten, ihre Schiffstonnen zu Millionen hinabsinken lassen, den letzten Fetzen Maske in der Vergewaltigung der Neutralen fallen lassen, die friedensfreundlichen Minderheiten bei sich zu Hause knebeln, den Farbigen und den „Schakalen", die sie unter der Fuchtel haben, die letzten grimmigen Peitschenhiebe versetzen, ihre Völker bergehoch mit Schulden bepacken — alles in dem Gedanken: so wird es zuletzt glücken, daß wir Volk und Regierung in Deutschland doch gegeneinander bringen und den schließlichen Lohn einheimsen!

Täuschen wir uns nicht. Furcht ist eins den stärksten Triebmittel, im menschlichen

Digitized by Google

wie im Völkerleben. Furcht kann größere Zähigkeit geben als Mut. Niemand findet schwerer Versöhnung als der Gefürchtete, solange die, die ihn fürchten, Hoffnung auf seinen Sturz haben. Furcht ist es, die das Bündnis gegen uns bisher wie mit eisernen Klammern zusammengehalten hat, Furcht ist es, was die zäh verbissenen Engländer, die delirierenden Franzosen, die keuchenden Italiener, die taumelnden Russen trotz alles Knisterns und Krachens in der Entente wieder zueinander bringt. Unser Volk weiß das nicht. Es kennt in seiner Mehrzahl viel zu wenig den Ehrgeiz nationaler Macht, es ist viel zu gutmütig, viel zu jung als Weltvolk und viel zu sehr mit dem Druck des Krieges beschäftigt, den es selbst empfindet, um richtig zu verstehen, woher die wilde Feindschaft kommt. Ist es doch sogar uns politisch Gebildeten erst langsam während des Krieges deutlich geworden, wie ganz anders der Kriegswille der Feinde heute zu bewerten ist, als im ersten Kriegsjahr, als sie uns auch schon kleiner machen wollten, aber noch nicht ahnten, wie unsere Stärke wirklich war. Heute erst haben wir erkannt, daß dies der tiefste Grund für die stets erneute Zusammenballung der Welt gegen uns ist. Vertrauen wir nicht zu sehr darauf, daß das Ende des feindlichen Willens und der feindlichen Kräfte nahe ist! Es könnte auch länger dauern, als viele von uns glauben, und wenn es länger dauert, so müssen wir nicht nur militärisch, sondern auch politisch so stark gerüstet dastehen, kalt Blut zu behalten und dem Feind die Stirn zu bieten.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk haben am Anfang des Krieges zusammengestanden und werden am Ende zusammenstehen! Woher kommt uns dieses Vertrauen? Ist es etwa undenkbar, daß unsere Regierung Fehler macht, die den Glauben an ihre überlegene Führung zerstören? Nichts weniger als das. Ist es unmöglich, daß die Feinde in ihrem Druck auf uns so lange zusammenhalten, bis die körperlich und sittlich Schwächeren unter uns lieber den Frieden als den Sieg begehren? Es ist keineswegs unmöglich. Ist es ausgeschlossen, daß bei uns der Regierung und der obersten Heeresleitung nicht bloß von irgendwelchen verstiegenen Fanatikern, sondern aus der Masse und aus der loyalen, gebildeten Oberschicht der Ruf entgegentönt: man hat uns politisch falsch geführt, man hat uns Dinge versprochen, die sich nicht verwirklicht haben? Es ist gar nicht ausgeschlossen, alle diese Dinge könnten sich ereignen, — wenn das Volk dazu kommen sollte, sich eines Tages zu fragen: ist dieser Krieg wirklich unser Krieg oder ist es ein Krieg der Regierung und der obersten Heeresleitung? — Wird es also so kommen? Nein, das wird es nicht, vielmehr bekennen wir uns voll festen Vertrauens von neuem zu dem Satz: unser Volk und unsere Regierung standen zusammen als der Krieg kam und, werden zusammenstehen, bis der Krieg zu Ende ist.

Warum glauben, warum vertrauen wir? Sehen wir denn nicht, daß genug Unverstand und Interessenpolitik am Werke sind, die Gefahr des Augenblicks heraufzubeschwören, wo ein Spalt zwischen Volk und Regierung sich öffnen könnte? Sehen

Digitized by Google

wir nicht, wie die Fehler in der Ernährungsfrage sich immer noch häufen? Hören wir nicht, wie die Vertreter der deutschen Städte voll Bitterkeit über die Politik der Versprechungen klagen, die nicht gehalten werden können? Wissen wir etwa nicht, daß wieder ein Jahr lang dem Vieh gegeben worden ist, was der Menschen war? Sehen wir nicht, wie wieder die Obst- und Gemüseernte vor den Augen und Händen der Verlangenden entschwindet und das Wenige, was zu sehen ist, nur um Wucherpreise erkauft werden kann? Wir wissen es, denn wir spüren es. Wir wissen noch mehr. Wir wissen, daß all die Verordnungen, die es bessern sollen, ebenso nutzlos bedrucktes Papier bleiben werden, wie die, die schon gekommen sind. Wir wissen, daß diese Mühle klappert, aber kein Mahlgut gibt. Wissen wir nicht, daß die gutgläubigen, braven Rufer im Streit und die weniger gutgläubigen Kulissenschieber im Hintergrunde unentwegt am Werke sind, die „deutsche Gefahr" den Draußenstehenden immer glaubhafter zu machen und den Feinden stets neues Material zu liefern, daß sie die Völkerfurcht vor uns wach erhalten? Sehen wir nicht das peinliche Zagen und Schwanken unsrer Staatsmänner, das Wort einzulösen, das in großer Stunde gegeben wurde: keine Parteien mehr, keine Klassenpolitik mehr — freie Bahn jedem Tüchtigen!? Schwillt nicht immer vernehmlicher die grollende Frage: wo bleibt sie, die versprochene Neuorientierung? Wo bleibt die Einsicht, daß Zahlungsversprechungen nicht besser werden, wenn immer neue und unbestimmte Erfüllungstermine gesetzt werden? Wo bleibt der Mut, heute das zu tun und den Dank aller derer, die aufrichtigen Herzens sind, für das zu gewinnen, was — morgen getan — ohne Dank und Achtung wie eine überfällige Forderung eingestrichen wird? Sieht es nicht so aus, als ob nicht nur Entschlußbedenken, sondern auch Unkenntnis, wie stark im Volke der Tadel über die verzögerte Einlösung wächst, dort wohnen, wo die Führung unserer politischen Geschäfte liegt? Glaubt man oben, es sei kein Unwille unter unseren Gebildeten da? Ahnt man, daß nur alterprobte vaterländische Loyalität schweren Herzens noch sich zurückhält? So fragen wir und sind der Antwort sicher, die aus dem Volke herausschallen wird. Wirft man uns aber ein: ja wie wollt ihr trotzdem noch an die Einheit von Regierung und Volk bis ans Ende glauben? — so antworten wir: dennoch.

Dennoch? Warum dennoch? Weil wir in Deutschland eine Kraft haben, die imstande ist, uns aus der Bureaukratie herauszureißen: den Kaiser! Den Kaiser, der gesagt hat, er kenne nur noch Deutsche; auf den vertrauen wir, daß er weiß, was das bedeutet. Keine Bureaukratie der Welt ist imstande, sich selbst zu reformieren, so wenig, wie jemand an seinen Haaren sich selbst aus dem Sumpf ziehen kann. Bureaukraten können nützlich und gut sein und die deutsche Bureaukratie ist an sich die beste, die es je gegeben hat. Es liegt aber im Wesen jeder Bureaukratie, auch der bestmöglichen, daß sie in so außerordentlichen, aufs höchste gespannten Zeiten außerordentliche Ergänzungen braucht. Sie ist für sich die Züchtung des Durchschnitts, ein bakteriendichter Filter gegen das Außergewöhnliche, Fortreißende, Neuschaffende, Geniale. Auch England hatte seine

Digitized by Google

Art von Bureaukratie, oder von politischer Routine. Wo ist sie geblieben? Hin ist hin, jetzt haben sie Lloyd George, der das alte England zerschlagen hat, wie Töpfergeschirr, und ein neues zusammenknetet. Auch Rußland hatte seine Bureaukratie, und sie war der schlimmsten eine. Wo ist sie geblieben vor dem Gluthauch des Krieges? Hin ist hin, jetzt haben sie den Umsturz, und was sie nächstens haben werden, das ist der Schrecken. Auch Amerika hatte sein Normalschema in der auswärtigen Politik. Wo ist es geblieben? Hin ist hin, jetzt haben sie den Wilson: „Ersatz-Zarismus", fabriziert in U. S. A. Frankreich war ein Land der Bureaukratie, wie sie im Buche steht. Wo ist sie geblieben? Hin ist hin, jetzt haben sie den Engländer, der sie bluten läßt für seine, nicht für Frankreichs Wohlfahrt.

Nirgends sind so die Geschäfte der großen Völker in der Hand derer geblieben, bei denen das Regieren „Erbweisheit" und altgelerntes politisches Handwerk war. Entweder der neue Gewalthaber im Innern ist aufgekommen, oder auswärtige Kräfte haben die Führung ergriffen und fahren mit dem Volk wie sie wollen. Überall in der ungeheuren Weltkrisis ist die alte innere Gleichgewichtslage der politischen Faktoren gestürzt. Für einen Wogengang, wie ihn der Sturm des Weltkrieges hervorgerufen hat, waren alle diese Fahrzeuge nicht gebaut. Und bei uns? Wird es bei uns allein anders sein?

Anders — und doch wieder nicht anders. Auch bei uns muß das Alleinregiment der Bureaukratie aufhören. Nur wird es nicht aufhören durch einen Diktator wie den aus dem Walliser Schuhmacherladen, oder die Revolte, sondern durch den Kaiser, der für sein Volk entscheiden kann, wozu heute bei uns Bureaukratie noch gut ist. Wir haben eine Bureaukratie mit tüchtigen Männern voll Arbeit und redlicher Sorge um das Staatswohl. Eins aber fehlt ihnen: das einhellige Vertrauen des Volks, der Gebildeten wie der Massen, auf die Sicherheit und Freiheit ihres Urteils gegenüber dem Außerordentlichen. Sie regieren, sie erwägen und sie temporisieren, als ob es ein vorübergehender Zustand gestörten Friedens wäre, den wir erleben, und nicht ein politischer Weltuntergang. *Wie wollen wir denn diesen Krieg gewinnen, wenn er nicht bis ans Ende getragen wird von der Hochflut des gesamten Volkswillens?* Wie, wenn es Winter wird, und unsere ehrliche Friedensbereitschaft findet immer noch nichts als das Streben der „Verbändler", uns zu zerbrechen, mögen auch ihre eigenen Verluste der Gefahrengrenze näher und näher kommen? Wir brauchen den mächtigen Schwung der Volkskraft zum Durchhalten, und um dem einen Impuls zu geben, wie in den großen Tagen der ersten Begeisterung, gibt es nur ein Mittel: dem Volk *Vertrauen* zu zeigen, nicht zugemessenes, dosiertes Vertrauen, wie der Bureaukrat es zuwege bringt, sondern volles, ohne Rückhalt. Davon wird die psychologische Wirkung eintreten, daß das Volk sich mit erneuter Kraft an seine Sache hingibt. Das Innerste des Krieges liegt dann vor seinen Augen und es weiß, daß er ein Volkskrieg, kein Klassen- und Fürstenkrieg, ist.

Digitized by Google

Heute sind die Dinge so weit gekommen, daß es furchtbar verkehrt wäre, noch Abstufungen des Wahlrechts zu machen. Es gibt nur noch ein Wahlrecht, mit dem man imstande ist, das volle Vertrauen des Volkes zu gewinnen, und das ist das gleiche. Wer noch abhandeln will, begreift überhaupt nicht, wo wir stehen. Vertrauen gibt es nur gegen Vertrauen. Es handelt sich aber gar nicht allein um Rechte, sondern es handelt sich auch um Persönlichkeiten: solche, die da kommen und die da gehen müssen. Gehen müssen die Väter der Hindernisse, die sich der Forderung der Stunde widersetzen, weil sie nicht gegen sich selbst streiten können. Hinein in die Regierung müssen Männer von unten auf, Volksführer, denen das Volk glaubt, wenn sie sagen: durchhalten, es geht nicht anders, die Not muß ertragen werden! Hinein müssen Männer, die den Geist anderer Völker besser kennen, als soviele unserer jetzigen Diplomaten. Hinein müssen Männer, denen für staatspolitisches Wollen nach außen und innen natürliches Augenmaß angeboren ist. Nie wird es der Bureaukratie gelingen, solche zu finden. Sie sieht sie nicht, weil alles Bureaukratische abgedichtet ist gegen Dinge und Menschen, die außer der Tour und außer dem Schema liegen. Die neuen Männer kann nur einer berufen, der über aller Bureaukratie steht, und wir vertrauen darauf, daß er sie finden wird. Dieser Krieg ist zu groß, als daß ihn eine Regierung, ein Kanzler ein Armeebefehlshaber tragen könnten. Tragen können ihn nur Kaiser und Volk. Vom Kaiser muß auch dem Volk die große Vertrauensgabe kommen. Man soll dem Kaiser ja nicht an die Kommandogewalt rühren und soll ihm vertrauen, daß er die Regierung so formt, daß das ganze Volk die darin sieht, an die es glaubt.

Das demokratische Gespenst wird an die Wand gemalt. Der Ball wird der obersten Heeresleitung zugeworfen, und man möchte ihn von ihr zurückgeworfen haben mit der Bestätigung, daß es gegen Demokraten Soldaten gebe. Die oberste Heeresleitung kann auch nur Krieg führen, solange das Volk zum Kriege sagt: Volkskrieg! Meine Sache! Vaterlandssache! Am Kaiser, nicht an der Heeresleitung ist es, das Volk zu rufen, daß es sieht: hier ist keine kapitalistische, militaristische Dunkelkammer, hier ist das Schicksal des Vaterlandes in den Händen des deutschen Volks: des Arbeiters, des Bauern, des Industriellen, des Gelehrten. Die Regierung, die wir haben, kann das nicht, denn sie vermag nicht gegen den Stachel der Bureaukratie zu löcken, die mit zur Regierung gehört. Die Heeresleitung kann es nicht, denn es ist nicht ihres Amts. Der Kaiser allein kann es. Dann kann auch der Kanzler die Regierung weiterführen; anders ist er ein verlorener Mann, so rein sein Wollen auch ist.

Erst Männer, dann Maßnahmen — aber beides bald! Gebt dem Volk seine Geschäfte zu führen! Ihr könnt die Verantwortung nicht mehr allein tragen! Wehe, wer nicht sieht, daß jetzt breitere Schultern nötig sind! Ruft das Volk! Ihr werdet es lehren, aber ihr werdet noch mehr dabei lernen! Regierung und Volkswille wie ein Mann — aber alles mit dem Volk, durch das Volk! Wir halten den Krieg sonst nicht, wir müssen die Hand des Kaisers rufen. Also Demokratisierung, Parlaments-

Digitized by Google

herrschaft, Scheinmonarchie, Sturz des deutschen Militarismus? Das ganze Programm unserer Feinde? Nein, Volkskaisertum! Politisierung des Volks! Deutsches Welt-Volkstum der Zukunft! Ist es das, was die Feinde wollen? So mögen sie es verwirklicht sehen und dann Farbe bekennen, ob Deutschland nun so ist, wie sie es sich wünschen. Glaubt jemand in der Welt, daß man ganz Deutschland so zusammenscharen kann, um militaristische Machtpolitik zu treiben? Ist es denkbar, daß die deutschen Arbeiter über die Linie fester Verteidigung unserer Lebensinteressen hinaus irgendeiner Führung folgen werden? Wer hält es denn für möglich, daß eine deutsche Demokratie sich zum Unterfutter eines erobenden Cäsarismus machen ließe? Lächerlicher Gedanke! Unsere Sozialdemokraten haben in Stockholm klug und würdig wegen Elsaß-Lothringen geantwortet — werden sie darum nächstens Eroberer werden? Eroberer nicht, aber kämpfende Hüter werden sie bleiben, wenn die feindliche Lüge das demokratische Deutschland nun als ebenso schlecht und gefährlich ausschreien wird, wie vorher das militaristische. Vielleicht aber suchen die Ehrlichen drüben dann wirklich Frieden mit dem neuen Deutschland. Mögen sie es tun, die deutsche Hand wird sich ihnen nicht versagen. Möge der Kaiser nur Volk und Regierung führen, daß sie einander vertrauen bis ans Ende!

Die Not der Schweiz

Von Jakob Schaffner

Anläßlich des Falles Hoffmann-Grimm hatten wir uns an einen führenden Schweizer Schriftsteller mit der Bitte gewandt, der „Deutschen Politik" die Stimmung in der Schweiz zu schildern. Herr J. Schaffner ist diesem Wunsche in liebenswürdigster Weise nachgekommen. Indem wir seine Ausführungen mit Dank veröffentlichen, möchten wir unsere Leser auf die unnachahmliche Art der Kritik hinweisen, die Schaffner als Neutraler, als Schweizer und als dichterischer Idealist an den Vorgängen übt.

In der allgemeinen europäischen Überschwemmung achtet man nicht besonders auf die Tätigkeit des Wassers, das von allen Seiten durch die grünen und scheinbar friedlichen Täler der Schweiz herauf dringt. Nur wenn wieder einmal ein besonderes Gebäude mit weithin sichtbarem Schwall in den Fluten versinkt, blickt man fragend auf, wechselt ein-paar Worte über den benachbarten Zwischenfall und setzt dann seinen Tageslauf fort, dem es ja auch nicht an Aufregungen und Sorgen fehlt. Man wird aber gut tun, die Dinge in der Schweiz für die Zukunft aufmerksamer zu beobachten, nicht weil es etwa zu einem Zeitpunkt handelnd einzugreifen gälte, sondern weil die

Digitized by Google

Schweiz der wahre Pegel Europas ist, von dem jederzeit der Stand der Überschwemmung genau abgelesen werden kann. Sie ist immer noch im Wachsen begriffen, ja es scheint, nachdem die Wasser verhältnismäßig still aber unaufhaltsam ihre Brandungslinien an gewissen innern Höhenzügen hinaufgeschoben haben, brechen sie nun in breiteren Güssen nach bisher mühevoll und ängstlich behaupteten nationalen Gebieten vor, sie mit ihren trüben und schmutzigen Fluten zudeckend und sie so gleichzeitig in die allgemeine Wassersnot einbeziehend. So tragen nun schon die vor einem Jahr und noch früher angelegten Kapitalien reichliche Zinsen. Die Journalisten und Subjekte, für welche die Entente jenes Berner Hotel mietete, die Spione und Spitzel, die sie in allen größern Schweizer Städten unterhält, die politischen Dirnen und Zutreiber, die dort ihre Geschäfte besorgen, diese ganze verworfene und sittenräudige Gesellschaft, die in der rückständigen Schweiz die westeuropäische Zivilisation fördern soll, hat mit sichtlichem Erfolg gearbeitet. Nach den verschiedenen Händeln um eidgenössische höhere Offiziere, von denen man draußen erfuhr, und andern kränkenden Vorgängen um bürgerliche Ehrenmänner, die sich in der Stille abspielten, trifft nun das Verhängnis den schweizerischen Beamten, der bisher als der Geist und die unbeirrbare Verkörperung der modernen eidgenössischen Neutralität erschien. Gerade Bundesrat Hoffmann hatte an der Maßregelung jener Offiziere und der bürgerlichen Lähmung der andern Vaterlandsfreunde bestimmenden Anteil, und unter seinem geistigen und sittlichen Einfluß spielten sich alle jene peinlichen Gerichtstage ab, auf welchen der Staatskörper gegen sich selber auf Amputation eines nützlichen und gesunden Gliedes erkannte, nicht weil es bösartige Triebe offenbarte, sondern weil sich irgendein giftiger Hund aus der Meute der Entente darauf festgebissen hatte. Was ist nicht alles abgesetzt, kaltgestellt, gebrandmarkt und geächtet worden, um den Frieden mit alten anständigen Völker zu erhalten, den ihre unanständigen Regierungen gefährdeten, und eine innere Einigkeit zu vertiefen, in welcher man des Lebens Weisheit sah. Ein schmerzlicher, tragischer und abenteuerlicher Aufwand von Rechtlichkeit, Vorsicht, Opferwilligkeit und echter Vaterlandsliebe ist aufgewendet worden, um schließlich zu dem Resultat zu kommen, das diese Tage allen Zeitungen zu einer Sensationsüberschrift verhilft: „Wirren in der Schweiz!"

Es ist auch für einen sittlichen Gegner einer Staatsführung, wie sie in der Schweiz geübt wird, nicht schwer, den Männern, die sich ihr unterziehen müssen, gerecht zu werden. Ich sage: müssen! denn es ist nach keines Mannes Geschmack, öffentliche Geschäfte unter solchen Gesichtspunkten zu betreiben, wie sie dem schweizerischen Bundesrat aufgedrungen sind. Das Regieren an solcher Stelle bedeutet unter diesen Umständen ein Martyrium, und Bundesrat Hoffmann, der gute enge Geist des heutigen eidgenössischen Staates, fällt als Opfer und Märtyrer seiner menschenfreundlichen Leidenschaft: sein Land und Volk vor den Schrecken des Krieges und vor dem Hunger und seinem Gefolge zu bewahren. Ich weiß nicht, ob eine

Digitized by Google

solche Leidenschaft von Geburt an in ihm lag. Es ist möglich, denn er ist ein tief musikalischer Mensch. Aber die Jahre des Krieges haben sie ihm zur immerwährenden Not und Gewissenspein gesteigert, weil das Schicksal eines Volkes daran hing und der herzliche und eifervolle Wille eben dieses Volkes als Befehl dahinter stand. Was er etwa nicht aus seiner Natur wollte, das mußte er. Die Journalisten und seine gesprächigeren Kollegen ärgerten sich über seine undemokratische Schweigsamkeit, aber er wußte, daß er stets von Spionen umlungert war und daß jedes seiner Worte unfehlbar entstellt und mit Lügen durchsetzt in die Welt telegraphiert wurde; da war es besser, überhaupt zu schweigen. Besaß er in Himmelsstrichen Freunde, so konnten diese nicht immer so wie sie vielleicht gern mochten. Es ist gut, daß die deutsche Presse ihn jetzt nicht für die deutsche Sache reklamiert, denn er war Zeit seines Lebens ein Schweizer und als Politiker ein ausgemachter Neutralist, sonst hätte er nicht das Vertrauen eines außergewöhnlich bedächtigen Volkes gefunden. Inzwischen mochte er wissen, daß er jenseits der Westgrenze nicht viel heiße Freundschaften besaß, denn die westeuropäischen Beschützer der kleinen Nationen sind mit einer redlich gehaltenen Gerechtigkeit nicht zufrieden, ihr Ehrgeiz verlangt ein Mehreres, und wo sie's nicht bekommen, beginnt ihr tätiges Mißfallen. Ein Verdienst um die Menschheit fordert seine rückhaltlose Anerkennung, und wie man sieht, macht sich die Entente um die Schweiz in hingebender Weise verdient.

Inzwischen wird der griechische Dulder und landflüchtige König Konstantin in Graubünden ruhiger leben als in Lugano, und wird es auch im italienisch sprechenden Tessin keinen Ehrenmann geben, der sich nicht über die geschehene Beschmutzung des schweizerischen alten heiligen Gastrechts aus tiefstem Herzen grämt und sie mit zornigen Tränen verurteilt. Das will beweisen, daß die Begriffe Westschweizer und Kulturärgernis sich nicht decken. Die schleunige Vorstellung des Genfer Staatsrates gegen die Hoffmannsche Depesche ist eine politische Tat, die man so oder so werten kann, aber kein Ärgernis wie der lärmende Aufzug des Genfer Pöbels vor den Konsulaten des Vierbundes, von Spitzeln und Dirnen der Entente angeführt und aufgerührt. Sprichwörtlich schlecht würde man sagen: „Das ist Tells Geschoß!" wenn nicht eben Erfahrung und Vernunft lehrten, daß Tell jetzt nicht mehr schießt, sondern Geßler wieder an der Reihe ist.

Mir persönlich wächst der echte Schweizer allegemach in etwas wie einen Heiligenschein hinein. Ich könnte fluchen und schmähen, wie Bileam wollte, denn mich verdrießt bis zum Weinen die unverschämte Notzucht, die ein gutes und treues Volk von einem gesindelhaften Pack in seinem eigenen Land täglich und stündlich erdulden muß. Aber ich muß segnen, denn dies Volk ist unvermerkt unter die sieben Seligpreisungen gerückt. Es hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit. Es ist friedfertig. Es ist reinen Herzens. Es wird beleidigt und verfolgt. Und es ist willfährig seinem Widersacher bald. Nur daß die Seligkeit nicht groß ist, wenn man sie nicht in der

Digitized by Google

Verschonung vom körperlichen Kriegsleiden sehen will. Denn von Luther unterscheiden sie sich in einem wesentlichen Punkt. Luther sagt: „Nehmen sie uns den Leib, Gut, Ehr, Kind und Weib: Laß fahren dahin!“ Der Unterschied liegt wohl schon im Gegensatz zwischen kirchlichen und staatlichen Geschäften begründet. Das Schweizer Volk ist bereit, für seinen Frieden sein Gut daran zu geben, und die weltliche Ehre sieht es ebenfalls haltlos schwinden, ohne daß Mittel und unausweichlicher Drang sich einstellten, Kind, Leib und Weib dafür einzusetzen. Seine wahre Ehre sucht und findet es nicht in der Erfüllung jener Willensregungen, die es imperialistisch nennt, sondern rein und mit vollkommener Frömmigkeit in der Erfüllung der Versprechen, die es sich und Europa mit der feierlichen Vergelübdung seiner Unparteilichkeit gegeben hat.

Eine solche Stellung innerhalb der sittlichen Gewalten ist nur durch die Steigerung zu innerer Heiligkeit durchzuführen, denn Politik und Geduld allein tun's nicht, wenn dabei das tiefere Leben und die geheimnisvolle Fähigkeit des sittlichen Wachstums weiter erhalten bleiben sollen. Mit äußerlichen Mitteln der materiellen Fügsamkeit und des körperlichen Durchschmiegens, das fühlt jedermann in der scheuesten Tiefe, muß Volk und Staat in solchen Zeiten und mit solchen politischen Grundsätzen der Verkümmerung und dem Niedergang entgegenreifen. Der Geist ist es, der lebendig macht und lebendig erhält. Ohne neuerweckte Religiosität würde sich ein offenbares Werk der Gottseligkeit, das die schweizerische Neutralität und der Friedenswille ist, nicht mit Segen erfüllen, und die Seligpreisung müßte dem Volk ihre schönsten Erhebungen schuldig bleiben. Denn es betreibt längst kein bürgerliches Geschäft mehr mit seinen gesellschaftlichen Bemühungen, sondern ein überbürgerliches, ein gottfrommes, menschenheiliges. Um davon des Beispiels wegen zu sprechen: bei einer mutigeren Vertretung dieser priesterlichen Seite der Aufgabe würde man vielleicht mehr bürgerliches Ansehen und Glück des Gelingens davon haben. Jene herzliche Wärme der Ergriffenheit, die überall im Volk zu finden ist und Leben und Gedanken wirkt, kommt kaum als temperierte Lauheit in ihren Regierungsspitzen zu Gefühl, die sich daher auch in einer überraschenden Weise von der frommen Erschütterung der russischen Volksfreunde und Friedenssucher unterscheiden. Dies Ergebnis hätte nicht durchaus erwartet werden müssen. Etwas mehr Mut in der Anlehnung an die göttliche Größe, aus welcher schließlich doch der hohe Gedanke der eidgenössischen Neutralität stammt, und Schwung in der Beziehung auf den himmlischen Vater der irdischen Gesinnung hätten die Stellung eines so klugen und frommen Mannes wie Bundesrat Hoffmann vor der Welt zur priesterlichen Unantastbarkeit erheben müssen, und seine Depesche an den sozialistischen Friedensabgeordneten in Petersburg hätte eine so tiefglühende und ergreifende Färbung gezeigt, daß die Hunde davor schweigen mußten. Denn die höchste Neutralität ist die in Gott, der die Liebe ist, dieselbe Liebe, von welcher auch eine herzliche staatliche Neutralität das Leben hat. Aber je weiter

Digitized by Google

sie sich von ihrem allmächtigen Ursprung in Kleid und Gebärde entfernt, desto weiter entfernt sie sich auch von der Allmacht selber, deren Teilhaber sie im Anfang war. Das sind ganz unpolitische Betrachtungen eines einsamen Menschen, aber woher hat die russische Revolution jene bestimmte innere Schönheit, die ihr zu Zeiten ihres periodischen Aufleuchtens eignet, vom göttlichen Ursprung oder vom bürgerlichen Verlauf? [Hier kommen wir mit dem geschätzten Verfasser nicht mit. Red.]

Es ist des Menschen Wille, wofür er leiden will. Es ist aber schon mehr Gnade als Wille, wie er leidet. Das Leiden um ein imperialistisches Ziel, auch wenn es in Gott münden will, ist nicht größer und heiliger als das Leiden um ein friedliches, unkriegerisches, wenn es ebenfalls auf Gott zielt. Das bürgerliche Leiden um die verstandesmäßige Staatsneutralität andrerseits ist nicht wertvoller als dasjenige um den bürgerlichen Staatsimperialismus, dessen Reich von dieser Welt ist. Die Neutralität eines so kleinen Landes wie der Schweiz, von frommer und furchtloser Größe in der Welt vertreten, müßte, wie gezeigt ist, eine christliche Macht sein, wenn sie zugleich ganz priesterlich selbstlos und nur der Menschheit zugekehrt wäre. Die Beschränktheit des Lebens wirkt, daß sie ihren Bedürfnissen zugekehrt ist und darum jener Größe ermangelt, wenn sie einmal eine Botschaft an die Menschheit ausrichten soll. Der Erfolg zeigte, daß auch ein weiser und bürgerlich frommer Mann wie Bundesrat Hoffmann nicht die menschliche Hoheit hat, über den Kreis seiner sachlichen Interessen hinaus mit Ansehen und ergreifender Wirkung aufzutreten. Darum wäre es besser für ihn gewesen, daß er nicht gesprochen hätte. Es wäre auch für die Sache, welcher er dienen wollte, besser gewesen. Und hier liegt seine wirkliche Schuld an seinem Sturz. Er war reiner und frömmer als jener Mann, der seine Depesche dem Brantingschen „Socialdemocraten“ und der „Times“ verriet; ich weiß nicht, ob es Branting selber war. Es wäre gut für Branting, wenn er es nicht wäre. Ein Friedensfürsprecher darf unter keinen Umständen ein Spion und ein Lump sein. Aber Hoffmann war darum doch noch nicht rein und fromm genug, obwohl gerade ein Volk wie das schweizerische Einfalt und Heiligkeit des Herzens mehr als ein anderes in Europa pflegt und liebt, denn es besitzt diese Gaben selber in hohem Grad. Ich spreche immer vom Volk im eigentlichen Sinn, und will nichts, als das Wesen und die Wirkungsmöglichkeit der Neutralität an einem Beispiel nach ihrem Ursprung zurück aufhellen.

Moralisch ist daher die Wirkung dieses unschuldigen Schrittes in der Welt und im Land entsetzlich und verhängnisvoll. Bürgerlich braucht sie nicht allzuviel zu bedeuten, Ein Auflauf in einer wilden Zeit mehr. Ein paar neue Wunden am Staatskörper, die heilen werden. An eine Revolution braucht niemand zu denken. Im Land wird alles weiter gehen wie bisher, denn es dauern fort die tiefe Vaterlandsliebe der staatsbildenden Kreise im Osten und im Westen, in aller menschlichen Unvollkommenheit der ehrliche Wille zur Gerechtigkeit und Verständigung auf beiden Seiten, und die große Übung der alemannischen Mehrheit, Aufläufe ihrer Minderheiten im eigenen

Digitized by Google

Gemüt zur Ruhe zu bringen und ihnen so das Gift zu nehmen. Das ist eine sittliche Antwort auf einen unverantwortlichen Vorgang, unverantwortlich in dem Sinn, daß niemand im Land dafür verantwortlich ist. Der deutsche Schweizer veranschaulicht die Lage des ruhigen und rechtschaffenen Mannes in der Ehe mit einer lebendigen und von Natur guten Frau, die mit anständigen Verwandten, aber zeitlich mit einem üblen Anhang versehen ist. Der liegt ihm nun spionierend und händelsuchend auf dem Hof, zehrt von seinen Kräften, verwirrt seine Geschäfte und verdirbt seinen Ruf und seinen Frieden. So schmerzlich er die verfluchte Wirkung dieses Auswurfs in seiner Ehe empfindet, so sagt ihm doch sein Hochsinn bei jeder neuen Verdrießlichkeit, daß nicht seine Frau die Schuldige ist, denn sie läßt es nicht an Beweisen ihrer häuslichen Redlichkeit und ehelichen Liebe fehlen, sondern daß er hinter sie greifen muß, wenn er Ruhe bekommen will. Hier wird das Beispiel freilich tragisch. Wenn ihn die Umstände an der Hausäuberung verhindern, so sieht er noch viel schweren Zeiten entgegen und muß er mit dem Untergang seines ganzen Glückes und selbst der Dinge rechnen, die er durch Geduld und Weisheit vor allem retten wollte: seiner Ehe und seines Besitzes. Auch dieser harte Ausgang ist für den politischen Fall des Beispiels nicht zu fürchten; dafür wäre vor allem nötig, daß die Mehrheit die Besonnenheit verlöre. Danach sieht sie aber wenig aus. Man wird fortfahren zu opfern, was im einzelnen immer zu opfern ist, um dem Allgemeinen den Schrecken zu ersparen und das friedliche Ideal zu retten. So wurde auch jetzt wieder unbedenklich und augenblicklich ein hoher Beamter auf ausgesetztem Posten geopfert, wie manche Zeitungen durchblicken lassen die beste und feinste geistige Kraft der politischen Eidgenossenschaft. Man schafft so allmählich eine Art neutralistischer Zuchtwahl. Es findet eine stetige Ausmusterung der nicht ganz entsagenden und eine fortlaufende Abschreckung der unternehmungslustigen Kräfte vom Staatsdienst statt, eine stille, zähe Auslese auf einen ausgelesenen Zweck hin, der in Europa einmal vorhanden ist und nicht wieder.

Es ist die Befürchtung ausgesprochen worden, daß bei einer solchen Zuchtwahl schließlich — in Verbindung mit der Erziehung der Jungen daraufhin — ein ganz farbloses und streng unphantastisches Geschlecht entstehen werde, dem jeder Schwung und jede wirkliche Fruchtbarkeit fehlen müsse. Indessen wählt sich keine Gesellschaft ihre Form willkürlich, sondern sie wächst mit allem Lebenswillen in ihre Lage und ihre Notwendigkeit hinein. Außerdem übersieht man leicht, daß diese Stimmung der absoluten Friedensliebe und Neutralität ja die allergrößte und lebendigste Vorstellungskraft zu ihrer Erhaltung braucht, die man sich denken kann, daß sie in Wahrheit und in jedem guten Sinn phantastisch und übersinnlich ist, so tief eigenartig, daß sie nur bei jedem Verzicht auf Nebenabsichten und irdische Gelüste des Staates verwirklicht werden kann. Und hier geht gleich eine neue innere Kraft auf. Es ist für die Schweiz ganz unmöglich, sich mit ihrer reinen Idee in den unreinen Wirbel der Vergänglichkeit

Digitized by Google

locken zu lassen, solange sie nicht roh von fremder Hand hineingestoßen wird, denn sie hat keine Gelüste und keine Begehrlichkeiten, bei denen sie gefaßt werden könnte. Ihrer Phantasie sind keine Feinde vorstellbar. Mag auch eine gewisse redliche Erbitterung über die Gewalten herrschen, die mit ihr in den letzten drei Jahren so rücksichtslos und zynisch verfahren sind, so wird sie sich dadurch auch nicht in Gedanken zu einer tätlichen Stellungnahme aufreizen lassen. Ihre Stellung ist die: leiden, dulden, auf bessere Zeiten warten und aus allem das Beste zu machen suchen. Auch die neuerliche Demütigung durch die Entente wird man gefaßt zum andern legen und sehen, was zu tun ist. Die Unruhe und Spannung im Land wird man durch die Berufung eines weiteren romanischen Bundesrates zu beschwichtigen suchen, ohne sich darüber zu beunruhigen, daß die Verhältnisziffer zwischen alemannischer und romanischer Bevölkerung in der obersten Behörde vorübergehend beinahe umgekehrt erscheint, denn wer einmal auf Verträglichkeit und Duldung eingerichtet ist, hat es nicht in der Hand, die Grenze zu bestimmen, wo er damit aufhören will, und je länger einer die zerstörende Auseinandersetzung vermieden hat, desto gewisser erwartet sie ihn beim ersten Fehltritt.

Mit zur besinnungslosen und unerbittlichen Beseitigung dieses Bundesrates hat wohl beigetragen die Aussicht auf die Verhandlungen mit jener Macht, die sich rasch zur Zitadelle der Entente gemacht hat: Amerika. Zitadellen entstanden immer, indem man Mauern und Wehren um gefüllte Speicher und Arsenale errichtete. Amerika ist jetzt Getreidespeicher und Arsenal der halben kriegführenden Welt und aller Neutralen. Als vor etwa dreiviertel Jahren die letzte Zumutung der Entente an die Eidgenossenschaft zu einer klaren Abweisung führte, die von der ganzen romanischen Schweiz beifällig begrüßt wurde, wagte man nicht weiter gegen dies kleine Land vorzugehen; dagegen ist man froh, alle Geschäfte, die man damit hatte, nun an die Union abgeben zu können, die keine traditionellen Beziehungen und Vorspiegelungen zu pflegen hat und ganz geschäftsmäßig verfahren kann. Es ist auch bereits erklärt worden, daß alle Neutralen auf strenge Rationen gesetzt werden sollen. Also muß man verhandeln. Mit einem solchen mißliebigen Bundesrat beladen, der zudem noch den äußern Verkehr der Schweiz leitete, konnte man aber nicht auf Entgegenkommen rechnen. Im übrigen kann man damit rechnen, wie bisher noch jedesmal mit einem hinlänglichen Ertrag aus den Verhandlungen hervorzugehen. Hoffmann hinterläßt nichts in den Umständen der Schweiz, was nicht schon darin gewesen wäre. Ihre Stellung ist schwer und notvoll infolge von unausweichlichen Entwicklungen, die vom Vierverband betrieben werden, die aber auch der Vierverband nicht mehr frei in der Hand hat, denn auch er beginnt einer geschichtlichen Zwangslage zu verfallen. Er kann nicht anders, er muß die freien und durchlässigen Neutralen drangsalieren und muß sich mit aller Gemeinheit und Schuftigkeit beladen, nachdem er einmal die Kriegführung auf die wirtschaftlichen Gebiete hinüber gespielt hat, wenn er seine Rechnung aufgehen sehen

Digitized by Google

will. Man will, aber man wird nicht. Die geschichtlichen Schurkereien werden ein tragisches Ergebnis zeitigen: daß sie umsonst begangen wurden. Darum hofft man in der letzten Minute sich herauszuziehen und die moralisch unbeirrbare Union damit vorzuschieben. Die Schweiz geht so wenig mit leeren Händen in die Verhandlungen wie andere Neutrale. Sie ist nicht nur Empfängerin sondern auch Geberin, ihr kann nicht nur gedroht werden, sie kann auch selber drohen. Das unterscheidet sie von Griechenland. Es ist technisch denkbar, daß am kontinentalen Tisch, an dem schon hundertundsechzig Millionen essen, auch noch drei weitere Millionen sich durchfüttern, zumal wenn sie dahin Lebensmittel mitbringen, die jetzt in die andere Wirtschaft gehen. Dasselbe würde mit der schweizerischen Kriegsindustrie der Fall sein. Auch die jurassische Industrie geht nicht nach Gefühlen, sondern sie will leben, der Arbeiter will beschäftigt sein und der Unternehmer verdienen. Neu wäre höchstens, daß fortan im ganzen offen und mit Schwung nach einer Richtung geschehen würde, was jetzt einzeln und verschämt nach zweien geschieht. Dies Ergebnis ist für die Entente nicht wünschbar, und man wird es auch nicht herausfordern.

Der Fall Hoffmann hat also keine neue Lage geschaffen. Jedes Schiff wird seinen bisherigen Kurs weiter steuern, weil das Ruder durch die gegebenen Verhältnisse fest eingestellt ist. Von allem, was gewollt und erstrebt wird, wird das werden, was kann und in sich muß. Schafft die Entente durch die Eintreibung der Neutralen ins deutsche Lager den großen mitteleuropäischen Wirtschaftsverband, so kann man auch einmal aus dem Unsinn Weisheit entstehen sehen, ohne hier zu untersuchen, ob diese Entwicklung auf die Dauer auch im andern Fall zu hintertreiben wäre. Aber keine Freunde der Eidgenossenschaft haben Ursache zu besonderen Befürchtungen, und keine Feinde haben Grund zu besonderen Hoffnungen. Insofern zeigen die Dinge des Vaterlandes nach wie vor ein vertrauenerweckendes Gesicht.

Streiflichter zur Weltlage IX

Von Professor Dr. Schiemann

Der Juni 1917

Die Signatur dieses Monats war der vergebliche Versuch der Internationale, auf einem Kongreß in Stockholm einen allgemeinen Frieden anzubahnen, den sie durch einen Druck der Arbeitermassen auf die Regierungen zu errichten trachtete. Die Zimmerwalder gaben den Anstoß, aufgenommen im Interesse der Entente wurde er von Branting und Genossen und von den russischen Utopisten, die sich die Scheidemann-Parole vom „Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen" zu eigen gemacht hatten. Die von russischer Seite eingeleiteten Verbrüderungsdemonstrationen an der Front haben dann zu mehr oder minder offiziellen Friedensfühlern unsererseits geführt, die, wie vorauszusehen war und mehr als einmal vorausgesagt wor-

Digitized by Google

den ist, scheiterten. Parallel gingen die holländisch-skandinavischen Versuche, die Vertreter der gesamten Sozialdemokratie beider Kriegsgruppen zusammenzurufen, um durch sie zu erfahren, welches das mögliche Verständigungsprogramm werden könnte. Den Sozialdemokraten der Mittelmächte sind keine Hindernisse in den Weg nach Stockholm gelegt worden. Den Russen wäre eine Vorkonferenz in Petersburg, den Engländern und Franzosen eine in London lieber gewesen, wenn überhaupt die Beschickung einer derartigen Konferenz nicht zu umgehen sein sollte. Offenbar wurde in London und Paris die Stockholmer pazifistische Atmosphäre mehr gefürchtet als bei uns. Was dann vor dem holländisch-skandinavischen Bureau an Aussagen vorgebracht worden ist, hat keineswegs zu einer Klärung oder zu einer Annäherung der Kriegführenden in den radikalen Ausläufern ihrer Bevölkerung geführt. Vielleicht ist als erfreuliches Ergebnis eine gewisse Ernüchterung der Scheidemann-Genossen zu buchen: sie können sich jetzt unmöglich darüber täuschen, daß unsere Feinde es nicht auf den Frieden, sondern auf eine wirtschaftliche und politische Vernichtung Deutschlands absehen. Die Entente, soweit sie durch den Mund ihrer Führer spricht, ist keineswegs entmutigt. Sie glaubt trotz allem — Thomas hat es, als er aus Rußland heimkehrte, in Paris feierlich versichert — an die Wiedergeburt der Offensivkraft Rußlands, ganz wie sie fest davon überzeugt ist, daß die großen Versprechungen, mit denen Präsident Wilson so freigiebig um sich geworfen hat, sich allesamt verwirklichen werden. Hat er doch den schüchternen Vermittelungsversuch der Schweiz schnöde abgewiesen und sich jetzt alle Schlagworte Englands und Frankreichs zu eigen gemacht, die ihre Spitze gegen Deutschland richten. Die Note, die Wilson am 10. Juni durch den Botschafter Francis in Petersburg überreichen ließ, hat weniger günstige Aufnahme gefunden; die russischen Sozialisten haben eine scharfe Witterung und fühlen es durch, daß Amerika weder für Zivilisation und Recht, noch für die kleinen Nationen in den Krieg eingetreten ist, sondern lediglich um dem ungeheuren Geschäft zu dienen, das es aufgenommen hat und zu Ende zu führen entschlossen ist. Man wird kaum annehmen dürfen, daß der große Diplomat Root, den Wilson jetzt nach Rußland geschickt hat, um als Konkurrent der Engländer zu fungieren, bei dem großen Ausverkauf russischer Reichtümer und Bodenschätze, der jetzt von den habgierigen Bundesgenossen Rußlands in Gang gebracht worden ist, — natürlich um das ehemalige Zarenreich vor weiterer Ausbeutung durch den deutschen Nachbar zu schützen! Wir haben den psychologischen Fehler begangen, mit direkten Friedensanträgen an Rußland heranzutreten, während, so wie die Verhältnisse lagen, nur eine entschlossene kriegerische Haltung Eindruck gemacht hätte. Die Auslegung, die man unserer Haltung gab, war, daß wir am Ende unserer Aktionsfähigkeit seien, und daß die Russen ihren Bundesgenossen gegenüber nur eine fast ungefährliche Ehrenpflicht zu erfüllen hatten, wenn sie uns im Osten so festhielten, daß wir keinen Mann gegen England und Frankreich, die Österreicher und Ungarn keinen gegen Italien abziehen könnten. Man ist dann so versorglich ge-

Digitized by Google

wesen, überall an der russischen Front englische, französische und japanische Offiziere „zur Aufmunterung" der kriegsmüden Russen zu verteilen, während gleichzeitig das englische Gold seine bewährten Verführungskünste spielen ließ. Die „Nowoje Wremja" läßt sich heute direkt als ein Organ der englischen Regierung bezeichnen, und das erklärt wohl auch die auffallende Tatsache, daß man in Rußland kein Wort der Mißbilligung gegen die Besetzung aller russischen Häfen am Weißen Meer und am Eismeer laut werden läßt. Wenn je, so bedeutet hier Schweigen: Gold! Die silbernen Reden hat ja der französische Munitionsminister Thomas gehalten, den die Russen mit noch klingenderen Gegenreden abgefunden haben, die er jetzt in seiner Weise in Frankreich zur Steigerung der Russenfreundschaft weitergibt. Immerhin ist diese doppelte Einwirkung auf das russische Gemüt, durch Besetzung seiner einzigen Ausgänge zum offenen Meer und durch Kontrolle seiner Armee, neben den Mitteln der Bestechung und Überredung keineswegs wirkungslos gewesen. Die Stimmung in Rußland ist kriegerischer geworden als sie vor unserem Friedensangebot war, und die wenig erbauliche Grimm-Hoffmann-Affäre, deren Initiative fälschlich uns zugeschrieben wird, so sehr wir uns auch dagegen verwahren, hat diese Stimmung nur gesteigert. Wenn statt der Hoffmannschen Note an Grimm in Livland mit Waffenschrift geschrieben worden, wäre das Ergebnis das entgegengesetzte gewesen. Das faktische Ergebnis der schweizerischen Vermittlung ist das Hohngelächter unserer Feinde über die Ausweisung Grimms und eine erhebliche Verschlechterung unserer Stellung in der Schweiz. Daß an Stelle des aufrichtig neutralen Hoffmann jetzt ein ausgesprochener Parteigänger der Entente wie Ador als Leiter der auswärtigen Politik der Schweiz getreten ist, bedeutet um so mehr eine Minderung unseres Ansehens, als die Franzosen und die welschen Schweizer daraus den Schluß gezogen haben, daß es ihnen auch glücken könnte, den General Wille zu beseitigen und ihn durch einen der Ihrigen, Herrn Audeoud, zu ersetzen. Dahinter liegt dann die Hoffnung, daß auch die Schweiz einen Venizelos finden könnte, der sie in die Bundesgenossenschaft der Entente hinüberzieht. Wir halten das natürlich für völlig ausgeschlossen, aber es ist vielleicht nützlich, daran zu erinnern, daß unser Vorstoß gegen Paris in der sogenannten Marneschlacht vornehmlich daran scheiterte, daß die Franzosen wußten, daß ihnen von unserem italienischen Bundesgenossen unter keinen Umständen eine Gefahr drohen werde. Alle französischen Truppen konnten von der italienischen Grenze gegen uns herangezogen werden! Nun haben freilich alle Neutralen eine überaus eindringliche Lektion durch die Behandlung erhalten, die dem unglücklichen Griechenland zuteil geworden ist, weil es im rechten Augenblick den Entschluß nicht fand, der drohenden Gefahr vorzubauen. Venizelos gehörte an den Galgen, und wer entschlossener Optimist ist, hofft noch heute, daß dies einmal sein Schicksal sein wird. Wahrscheinlich wäre auch die Landung in Saloniki zu verhindern gewesen, man fürchtete aber die Brutalität der englischen und französischen Kriegsschiffe, die keinen Anstand genom-

Digitized by Google

men hätten, die Städte des neutralen Landes zusammenzuschießen — denn welches Völkerrechtsbruches hätten sie sich nicht bereits schuldig gemacht. Das alles aber wäre doch weniger unerträglich und weniger unwürdig gewesen als was dennoch geschah, und jetzt in der erzwungenen Abdankung, die richtiger als Ausweisung zu fassen ist, den Gipfelpunkt erreicht hat, falls wirklich nicht noch Schlimmeres geschehen und die Nation wider ihren Willen zum Kampf an der Seite der Entente gezwungen werden sollte. Es gibt bereits jetzt Anzeichen, die darauf hindeuten, wie die Proklamation des italienischen Generals Ferrero, die Albanien für unabhängig erklärte und zwar in Grenzen, die so weit gezogen waren, daß sie den territorialen Ehrgeiz, den das Kabinett Boselli verfolgte, deutlich erkennen ließen. Drei Tage danach erfolgte die Besetzung Janinas, am 12. die Okkupation des Kanals von Korinth durch die Franzosen, die offenbar weiteren Gelüsten ihrer italienischen Freunde vorbauen wollten. Erst danach, am 16., folgte die durch Jonnart erzwungene Auswanderung des Königs und die Proklamation seines zweiten Sohnes Alexander, zum Könige der Hellenen. Der Stern von Venizelos leuchtete nun hoch auf, er ist es gewesen der Sarrails Okkupation der thessalischen Ernte sanktionierte, und wenn er jetzt nach Paris in die Schmiede der antihellenischen Plänen fährt, handelt es sich wohl bestimmt um neue Niedertrachten, die das System des „Schutzes der kleinen Mächte", wie es England und Frankreich proklamiert haben, zur Vollendung führen sollen.

Die Italiener, die in der Meisterschaft der Heuchelei doch noch nicht auf der Höhe stehen, wie ihre Bundesgenossen, haben ihre albanische Politik mit einer Ministerkrise büßen müssen; die von Ferero verkündeten Grenzen Albaniens wurden als „non avenues" betrachtet und die künftigen Grenzen dem „allgemeinen Friedensvertrage" überlassen. Aber man hat sich in Rom in die Notwendigkeiten der Lage gefunden, Boselli und Sonnino sind nach wie vor in Amt und Stellung geblieben, und die minderen Größen, die man zu opfern nützlich fand, gehörten eben zu den kleineren Göttern, von denen nicht viel Aufhebens gemacht wird. Während an der Ostfront ein Artilleriekampf allmählich eingeleitet wird, hat er im Westen während des ganzen Monats ununterbrochen getobt. Der 8. Juni brachte die große Sprengung am Wytschaetebogen, welche von den Engländern unter meisterhafter Wahrung des Geheimnisses ein Jahr lang und darüber vorbereitet worden war. Geändert an der strategischen Lage ist dadurch nichts, da gerade durch diese Sprengung die Vorteile, die der Wytschaetebogen den Engländern bieten konnte, wenn sie sich seiner bemächtigt hätten, von ihnen selbst vernichtet worden sind. Es ist eine Trümmerstätte, die ihnen zugefallen ist, und zugleich nötigt das Jammern Frankreichs sie wiederum, ein neues Stück der französischen Westfront als Angriffsobjekt zu übernehmen. Es wird jedoch immer wahrscheinlicher, daß das Hauptobjekt der englischen Kriegführung unsere Küstenbefestigungen an der Nordsee sind, die von der Landseite her im Westen angegriffen werden sollen, während gleichzeitig ein An-

Digitized by Google

griff von der See aus beabsichtigt wird. Zu diesen Schlüssen führt die leidenschaftliche Polemik, welche in der englischen Presse durch die ungeheueren Verluste hervorgerufen worden ist, welche unsere U-Boote dem englischen Welthandel in steigendem Maße bringen. Die Untätigkeit der englischen Schlachtflotte wird wie eine nationale Schmach empfunden, und man dringt auf Zerstörung der „U-Bootnester" von denen so unendlicher Schaden ausgehe und der schließliche Verlust des gesamten Krieges drohe. Auch der jüngste Fliegerangriff auf London, dessen Festungscharakter die Engländer lächerlicherweise bestreiten, wird der Regierung auf ihr Schuldkonto gesetzt, wobei darauf hingewiesen wird, daß Paris es verstanden habe, sich vor ähnlichen Angriffen zu schützen. Die Regierung ist bemüht, die allmählich immer deutlicher zutage tretende Sehnsucht nach Beendigung des Krieges dadurch zu ersticken, daß die abenteuerlichsten Erfindungen über unsere Kriegsziele von ihren Organen verbreitet werden, wie denn, um ein Beispiel anzuführen — die „Morningpost" ihren Lesern erzählt, wir forderten die Annexion des gesamten britischen Reiches!! Daneben gehen die erlogenen Berichte über schlechte Behandlung der englischen Gefangenen, was um so schamloser ist, als wir durch einen am 26. Juni veröffentlichten Brief eines französischen Offiziers (8 Uhr-Abendblatt der „Nationalzeitung") wissen, daß Engländer und Franzosen verwundete Deutsche, die in ihre Hände fallen, erbarmungslos niedermachen. Das ist eine Niedertracht, für die eine Vergeltung zwar ausgeschlossen ist, aber wir meinen, man sollte den Offizier, der ihn geschrieben hat und unverwundet in einem deutschen Gefangenenlager steckt, zwingen, diesen von ihm geschriebenen Brief den Engländern und Franzosen selbst vorzulesen. Vielleicht wird das nach Frankreich und England hinein nicht ohne Wirkung bleiben. Daß es diesseits wie jenseits des Kanals unter der Bevölkerung gärt, ist nicht mehr zu verbergen. Das beweisen die schweren Arbeiterunruhen der letzten Wochen, der Arbeiterkongreß in Leeds und die immer lauter werdenden republikanischen Stimmen in England, sowie die Angriffe von steigender Schärfe, denen die Regierung der Herren Poincaré und Ribot ausgesetzt ist. Man ist in Frankreich allmählich (so weit es sich um das nichtoffizielle Frankreich handelt) infolge der Ungeniertheit, mit der der englische Einfluß sich ausbreitet, sehr nervös geworden. Wer, wie die regierenden Kreise, sich nicht absichtlich den Blick in die Zukunft untersagt, kann um so weniger übersehen, daß England entschlossen ist, sich dauernd in Calais festzusetzen, als der Plan des Dover-Calais-Tunnels wieder auflebt und wie es heißt im Prinzip bereits entschieden sein soll. Bekanntlich aber war der Gedanke des Tunnelbaues, für den große kapitalistische Kräfte sich einsetzten, bisher stets daran gescheitert, daß die englische Regierung ihre Zustimmung verweigerte, weil nur ein Ausgang des Tunnels in ihrer Hand, der andere in Händen Frankreichs sei und sich nie mit Sicherheit vorhersehen lasse, was die Zukunft in ihrem Schoße trage. Wenn diese Zweifel, wie ein Korrespondent der „Continental Times" versichert, geschwunden sind, und ein Geheimvertrag den

Digitized by Google

Engländern Calais nebst dem anliegenden von England besetzten Territorium sichert, so wäre damit eine Lage geschaffen, die der britischen Seemacht die vollständige Sperrung des Ärmelkanals ermöglichen würde, sollte aber ein derartiger Vertrag nicht geschlossen sein, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß England beim schließlichen Friedensschluß Mittel und Wege finden wird, sich in Calais zu behaupten. Wenn nicht anders so unter dem naheliegenden Vorwande, daß Frankreich durch den Verlust an Menschen und Hilfsmitteln, den es in diesem Kriege erlitten habe, in die Reihe jener „kleinen Nationen" eingereiht sei, die England aus Großmut zu beschützen übernommen habe.

Wenig erfreulich sind auch im Interesse der Entente die Verhältnisse, die sich in Rußland entwickelt haben. Trotz aller Mühen Kerenskis und der Unterstützung, die ihm, wie wir gesehen haben, englische, französische und japanische Offiziere leisten, ist es keineswegs gelungen, die Disziplin an der Front herzustellen und die Truppen zu einer anderen Gefechtstätigkeit als zum Geschützkampf zu veranlassen. Alle Versuche, die Infanterie zum Vorgehen zu bewegen, sind bis jetzt gescheitert. Die Höhe der Desertionen wird nach zuverlässigen Nachrichten bis Ende April auf 1 ½ Millionen geschätzt, und es ist nicht anzunehmen, daß seither ein Stillstand in dieser Hinsicht eingetreten sei. Die großen Massen der Soldaten sind Bauern, ihre Sprecher, deren gebildete Ausdrucksweise auffällt, meist ehemalige Studenten, überzeugte Marxisten, welche die ihren Bauernkameraden unfaßbaren sozialistischen Theorien in den Komitees vertreten und zur Anerkennung bringen. Die Absetzung mißliebiger Generale wie Dragomirow, Alexejew, Gurko ist ebenso auf ihren Einfluß zurückzuführen wie die Veränderungen, die sich in der Admiralität vollzogen haben. Sowohl der Chef der baltischen Flotte Maximow wie Koltschak, der Befehlshaber der Flotte des Schwarzen Meeres, haben unter dem Druck dieser Elemente weichen müssen und die provisorische Regierung hat bisher noch kein einziges Mal den Mut gefunden, den Forderungen des Armee- und Flottenkomitees mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Sie steht selbst unter dem Druck des Arbeiter- und Soldatenrates der Petersburger Garnison, in dem die Bolschewiks immer mehr aufräumen. Die „Nowoje Wremja" ist bemüht, die Führer der Bolschewiks als Juden den National-Russen zu verdächtigen und stellt die folgende, allerdings sehr charakteristische Liste auf:

Steklow	hieß	ursprünglich	Nachamkis
Sinowjew	„	„	Apfelbaum
Trotzki	„	„	Braunstein
Kamenew	„	„	Rosenfeld
Suchanow	„	„	Gimmer
Gorew	„	„	Goldmann
Meschkowski	„	„	Goldenberg
Larin	„	„	Lurje

Digitized by Google

Wir bitten, heißt es in der von der „Nowoje Wremja“ veröffentlichten Zuschrift, der diese Liste entnommen ist, ergebenst die obgenannten „Genossen“ in den Spalten der Zeitungen (aller Richtungen) zu erklären, weshalb sie sich unter russischen Familiennamen verstecken.

Wir warten.

Andere Zeitungen werden um Nachdruck gebeten.

Die Soldaten der Petrograder Garnison der Kriegs-Kreis-Artillerie-Verwaltung.

Es folgen die Unterschriften von Soldaten und das Militärsiegel.“

Offenbar handelt es sich bei dieser Veröffentlichung darum, Zwietracht im Arbeiter- und Soldatenrat hervorzurufen, da die Petersburger Garnison augenblicklich zum Haupt-Kampfobjekt zwischen der provisorischen Regierung und dem Soldatenrat geworden ist, zu denen jene acht nicht Vollrussen gehören. Der Antisemitismus sitzt so tief im russischen Blut und ist von der gestürzten zaristischen Regierung so sorgfältig gezüchtet worden, daß die Spekulation, den Arbeiter- und Soldatenrat auf diesem Wege zu sprengen, nicht übel erdacht war. Dennoch ist es höchst unwahrscheinlich, daß der Anschlag glückt. Der Arbeiter- und Soldatenrat weiß, daß sein Ziel: Entlastung des aktiven Heeres und möglichst schleuniger Friedensschluß, ihm, dank der Unterstützung durch die Petersburger Garnison, die vollkommenste Alleinherrschaft sichern würde. Die kürzlich im Volkshause zu Kamenny-Ostrow tagende Versammlung einer panrussischen Bauerndeputation hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Landfrage die einzige ist, an der die Bauern wirklich interessiert sind, und da man ihnen darin alles denkbare Entgegenkommen zeigt, ist trotz widersprechender Resolutionen von ihnen nichts zu befürchten. Die anders lautenden, von der Ententepresse verbreiteten Nachrichten, geben ein falsches Bild der tatsächlichen Lage. Wie die Verhältnisse in Petersburg liegen, zeigt die folgende Darstellung der „Nowoje Wremja“ vom 9. Juli: „Die Residenz ist der Plünderungsflut preisgegeben. Anders läßt sich die Masse von Unanständigkeiten, Willkür, Vergewaltigung, Plünderungen und Totschlägen nicht bezeichnen, die gestern stattfanden. Unter dem Namen „Anarchisten“ drangen in Freiheit umherstreifende Wüteriche vor, plünderten und mordeten; unter dem Deckmantel eines Parteikampfes wurden auf den Straßen unbehindert Gewalttaten verübt. „Männer in Soldatenuniform“ rissen Mitglieder der Volksfreiheitspartei aus den Automobilen, raubten, zerrissen und verbrannten die Parteiliteratur, und niemand fand den Entschluß, einzugreifen. Von den Bolschewiks angestachelte Soldaten, wie es heißt vom Wolhynischen Regiment, erbrachen das Bureau der Partei der Volksfreiheit, schleppten die gesamte Parteiliteratur auf die Straße und machten daraus einen Scheiterhaufen. An anderer Stelle wurden Mitglieder derselben Partei arretiert und in die Kaserne des Wolhynischen Regiments geschleppt, wo sie schließlich ein Kommissar rettete. Durch die Stadt fuhren Bolschewiks auf Kriegslastwagen und verübten nicht nur Gewaltsamkeiten, sondern schreckten auch die Bevölke-

Digitized by Google

rung. Auf ihren Plakaten waren Aufschriften zu lesen wie: „Wenn euch das Leben eurer Kinder lieb ist, stimmt für die Bolschewiks". An der Ecke der Ssadowaja und des Newski ward ein Restaurant ausgeplündert und am Morgen fand man vier der Offizianten gebunden ... und so weiter, es wird noch eine Reihe weiterer Beispiele verwandter Art aufgeführt, dann heißt es ferner: Petrograd spiegelt nur wieder, was in ganz Rußland geschieht. Wenn Zaritzyn, Cherson, Kronstadt, Kirsanow selbständige Republiken sind, wenn in einer Stadt Soldaten regieren, die nie an der Front waren, in einer anderen Arbeiter, weshalb soll der Strom der Anarchie sich nicht auch über die Hauptstadt ergießen? Die provisorische Regierung ist zu schwach, um die Anarchie zu bekämpfen... Der Minister des Innern, Fürst Lwow, mit seinen Gehilfen ist beschäftigt, in der Stille des Kabinetts Projekte zu entwerfen, die im voraus bestimmt sind, der Vergessenheit anheimzufallen. Wir haben schon mehr als einmal darauf hingewiesen, daß für das Land der Minister des Innern nicht vorhanden ist, seine verbrecherische Untätigkeit drückt das ganze Land, alle die für das Reich und die Ordnung eintraten und die an Rußland nicht verzweifelten ..."

Die Absetzung des Generals Alexejew hat nach der russischen Telegraphenagentur die provisorische Regierung folgendermaßen begründet: „Der Rücktritt des Generals wurde veranlaßt wegen seines Mangels an Mut, Enthusiasmus und Glauben, die in jetziger Zeit besonders notwendig sind." Gute Leute aber werden sagen, man hat ihn, den glänzenden Strategen, der das Vertrauen der gesamten Armee genoß, durchaus nicht deshalb beseitigt, weil er müde und unfähig ist, eine Armee zu führen, sondern weil die Politiker es verlangten, die einen Sieg Rußlands über Deutschland und zugleich den Feldherrn fürchten, der der Liebe des Heeres sicher ist. So schreibt das Organ der Entente, in Wirklichkeit ist die Beseitigung Alexjews und Gurkos wohl darauf zurückzuführen, daß man in ihrer Person die Anhänger einer Gegenrevolution fürchtete, die von England mit allen Mitteln angestrebt wird, was immer deutlicher zutage tritt. Auch daß die Kronstadter Marine die Überführung des Zaren nach Kronstadt drohend verlangt, weist dahin, wie sich denn nicht verkennen läßt, daß eine schwere innere Krisis in Rußland sich vorbereitet, bei der auf beiden Seiten russische Truppen einander gegenüberstehen werden. Die steigende Lebensmittelnot, die jetzt auch an der Front, wenn gleich in geringerem Grade, fühlbar zu werden beginnt, die unter dem Vorwande des Kampfes gegen den Alkoholismus entsetzlich zunehmende Völlerei, die unbeschreiblich rohen Äußerungen verdorbener Sinnlichkeit, in Tat, Schrift und Zeichnung, endlich die faktische Beseitigung jedes Eigentumsrecht an Grund und Boden, das hat in seiner Summe Zustände herbeigeführt, die uns verständlich machen, daß alles, was irgend die Möglichkeit dazu findet, sich durch die Flucht aus Rußland zu retten sucht. Leicht ist das keineswegs. Die Wasserstraßen und der Weg über Finnland behüten die Engländer, die europäischen Festlandsgrenzen verschließen unsere Truppen und die unserer Verbündeten, ganz abgesehen davon, daß

Digitized by Google

auch die Kette der russischen Armeen keineswegs ohne weiteres durchschritten werden kann. Die russischen Idealisten haben so für sich und ihre Landsleute, vor allem aber für die Fremdvölker, die im Reiche leben, und die Gefangenen, die noch in russischer Hand sind, eine soziale und politische Hölle geschaffen, deren Bild zu beschreiben eine Aufgabe ist, die von den Russen selbst ohne Zweifel dereinst glänzend gelöst werden wird. Als der Fürst Krapotkin in Petersburg auf dem finnländischen Bahnhof eintraf, empfing ihn eine kleine Schar anarchistischer Studenten mit einem Plakat, auf dem geschrieben stand: „Der Geist der Zerstörung ist ein schaffender Geist!" Als er dann über das Marsfeld fuhr, muß er das von einem schmutzigen Bretterzaun umgebene „Brudergrab" gesehen haben, in welchem die ersten Opfer der russischen Revolution verscharrt wurden. Eine Tafel dabei ist angebracht, auf der die mit schwarzem Bleistift geschriebenen Worte zu lesen sind: „Wanderer, bleibe stehen, hier ist die Freiheit geboren!"

Wer in aller Welt mag diese Freiheit beneiden? Zurzeit ist in Rußland alles beschäftigt, sie in irgendwelcher Weise zu untergraben. Die Krisen, die sich in Ungarn und Österreich abgespielt haben, hätten vielleicht vermieden werden können, wenn auf die Vereidigung sofort eine Vertagung erfolgt wäre. In währendem Kriege große Reformen in Angriff zu nehmen, ist mindestens bedenklich, sie zu glücklichem Abschluß zu führen, fast unmöglich. Die Schwierigkeiten, welche der Regierung Kaiser Karls daraus erwachsen sind, werden von der Ententepresse mit Schadenfreude und dahin ausgelegt, daß die Gefahren für Österreich-Ungarn nicht in der inneren, sondern in der auswärtigen Potitik des Staats zu suchen seien. Der Anschluß an die Entente werde alle Verlegenheiten beseitigen! Gewiß, nebenbei aber auch die Fortexistenz des österreichisch-ungarischen Staates und der habsburgischen Monarchie!

Im fernen Orten gestalten sich die politischen Verhältnisse, über die wir fast ausschließlich durch tendenziöse englische Berichte orientiert werden, immer wirrer. Die Beziehungen der einzelnen Provinzen Chinas zum Zentrum in Peking verändern sich kaleidoskopartig. Es ist unmöglich zu sagen, ob der Schwerpunkt heute im Norden oder im Süden liegt, und ebenso unsicher, ob der englische, der japanische oder der amerikanische Einfluß im Augenblick überwiegt. Wahrscheinlich steht das Innere des ungeheuren Reiches den Dingen, die sich in den Grenzprovinzen am Meer und im Norden abspielen, völlig gleichgültig gegenüber, ja, es ist fraglich, ob man dort überhaupt von ihnen erfahren hat.

Japan rüstet, aber man weiß nicht gegen wen, aber daß diese Rüstungen als ein Reflex der Kriegspolitik Wilsons zu betrachten sind, kann wohl mit Bestimmtheit angenommen werden. Der große Friedensapostel, der jetzt in aller Welt das Kriegsfeuer schürt, ist jetzt im Begriff, auch Mexiko zu sich herüberzuziehen. Es ist nicht unmöglich, daß er sein Ziel erreicht, der amerikanische Dollar hat seine werbende Kraft ja nicht verloren. Aber es ist doch nicht unbemerkt geblieben, daß das Gold auf-

Digitized by Google

gehört hat Amerika zuzufließen und nunmehr beginnt abzufließen, und die Vorstellung gewinnt an Boden, daß die Finanzquellen Amerikas trotz seiner ungeheuren Reformen nicht unerschöpflich sind. Denn der Krieg, den Amerika führen will, wird teurer sein als je ein Krieg in aller Welt geführt worden ist. Der Zinsfuß ist bereits von 2 Proz. vor der Kriegserklärung auf 6 Proz. gestiegen und noch weit höher ist die Preissteigerung der Waren, wie Baumwolle, Weizen, Roheisen. Auch der Mangel an Matrosen beginnt sich bereits fühlbar zu machen, Chinesen lassen sich nicht mehr anwerben, und zahlreiche japanische Matrosen, die sich vor einem Jahre freiwillig gestellt hatten — wohl um die amerikanische Marine gründlich kennen zu lernen — wandern jetzt nach Japan zurück. Es wird nicht leicht sein, Wilsons Millionenheer über See zu führen.

Zur Beurteilung der Lage in Polen

Von Dr. Erich Everth (zurzeit Warschau)

Die neuen Befugnisse, die dem polnischen Staatsrat am 8. Juni von den beiden Besatzungsmächten zugestanden worden sind, waren eine Konsequenz der Politik vom 5. November 1916. Dem Staatsrat war aus polnischen politischen Kreisen nahegelegt worden, zurückzutreten, also sein Zusammenarbeiten mit den Okkupationsbehörden einzustellen. Er hatte es nicht getan in der Erkenntnis, daß sein Verschwinden eine unausfüllbare Lücke in der Entwicklung zur polnischen Staatlichkeit hinterlassen würde. Er hätte sich aber kaum länger halten können, wenn sein Tätigkeits- und Einflußbereich jetzt nicht erweitert worden wäre. Natürlich wäre es leicht gewesen, die Wünsche des Staatsrats abzulehnen, aber das hätte weiterhin zu allerlei unbequemen Konsequenzen führen und vielleicht zu einem Wechsel in unserer Gesamtpolitik gegenüber Polen zwingen können. Der Staatsrat hatte nämlich am 1. Mai erklärt, daß die Bewilligung seiner Forderungen unumgänglich erscheine, wenn nicht „der Gedanke, den unabhängigen polnischen Staat auf ein freies Bündnis mit den Mittelmächten zu stützen, ins Schwanken geraten" sollte. Das war politisch äußerst unvorsichtig, allein es bezeichnete eine Tatsache, d. h. es beleuchtete die bei den Polen vorherrschende Stimmung. Diese Stimmung könnte uns gleichgültig sein, wenn wir die Politik des 5. November liquidieren wollten; so, wie die Dinge liegen, kann jene Stimmung uns nicht gleichgültig sein.

Über die Wünsche des Staatsrats hinaus, die sich auf die innere Verwaltung des Landes bezogen, hat nun der österreichische Polenklub außenpolitische Forderungen erhoben, und die polnische Fraktion des Reichsrates hat ein ähnliches Programm aufgestellt. Dagegen hat die österreichische Regierung in der Antrittsrede des neuen Ministerpräsidenten Verwahrung eingelegt, die deutsche Regierung aber, an die jene Forderungen ja nicht gerichtet waren, hat überhaupt keine Notiz davon genommen. Die Beschlüsse der Krakauer Tagung des Polenklubs vom 27. Mai — „ein

Digitized by Google

unabhängiges Polen mit einem Zutritt zum Meere“[1] — waren allem Anschein nach als Maximalforderung für die Friedensverhandlungen gemeint. Man kann die Polen sagen hören: „Wir wissen natürlich selber, daß wir das, was da gefordert worden ist, nicht bekommen werden; aber wir verlangen viel, um vielleicht etwas zu bekommen.“ Dieses Prinzip wird ja vielfach auch in Deutschland für unsere eigenen Friedensbedingungen empfohlen, es hat aber in jedem Falle seine Grenzen. Denn Forderungen, die der anderen Seite gar nicht erst diskutabel erscheinen, rufen eine Reaktion hervor und können dazu führen, daß das, was schließlich erreicht wird, mehr herabgedrückt wird, als es ohne solche allzuweit gehenden Forderungen vielleicht geschehen wäre. Das werden am Ende auch die Polen erfahren. Jedenfalls muß scharf unterschieden werden zwischen den Warschauer Wünschen nach innerer Selbstregierung und den außenpolitischen Forderungen der österreichischen Polen.

In Fragen der inneren Verwaltung vermißten die Polen des besetzten Gebietes ein Entgegenkommen bisher um so mehr, als die Russen sie eigentlich nur in politischen Dingen kurz gehalten oder schlecht behandelt hatten, dagegen im täglichen Verkehr der ausführenden Organe mit dem Publikum weitherziger gewesen waren, als man es bei uns gewöhnlich darstellt. Jedenfalls haben wir „die russische Knute“ schlimmer nachempfunden, als die Polen selber sie empfanden. Wir haben uns zu sehr darauf verlassen, daß allein schon die Befreiung von ihr uns den unauslöschlichen Dank der Polen sichern müßte. In Wahrheit waren die Erfahrungen, die die Polen mit den Deutschen machten, nach ihrer Meinung nicht besser, sondern nur umgekehrt wie mit den Russen. Denn rein politisch, was die Gesamtstellung des Staates anlangt, sind ihnen am 5. November wichtige Garantien gegeben worden, nach denen ihnen dann unsere unverändert straffe und zuweilen schneidige Verwaltungsart unverständlich erschien. Übrigens war der Glaube an die Ausführung unserer Versprechungen bei den Polen von Anfang an nicht so groß wie bei uns. Sie sahen in dem Akt vom 5. November nicht so sehr eine Tat als die Ankündigung einer Tat. In der „Neuen Freien Presse“ hat kürzlich Graf Ronikier die Formulierung gebraucht: Wenn der Deutsche etwas verspreche, so bedeute das mindestens die halbe Tat, beim Polen aber sei das nicht der Fall, und er sei es auch von den Russen anders gewöhnt gewesen. Insofern verstanden sich also Deutsche und Polen nicht ganz. Die Deutschen hatten nach dem Akt vom 5. November mit Recht das Bewußtsein, ein großes Geschenk gemacht zu haben, die Polen aber zweifelten an seiner Realisierung. Bei uns wunderten sich viele, daß die Polen sich nicht erkenntlicher für das Gewährte zeigten, den Polen aber kam erst recht der Appetit, als ihnen die Möglichkeit, ihn zu befriedigen,

[1] Der polnische Sozialdemokrat Daszynski erklärte am 15. Juni im österreichischen Reichsrate, daß die Krakauer Resolution dahin zu verstehen sei: „Das Verlangen nach Zutritt zum Meere bedeute den Zugang durch ein Stück kanalisierter Weichsel zum Hafen von Danzig. Würde das nicht im Interesse Deutschlands liegen, Danzigs Bedeutung heben und ihm ein riesiges Hinterland schaffen?“

Digitized by Google

gezeigt worden war. Da waren große Hoffnungen erweckt worden, und dann wurden sie infolge der langen Kriegszeit nicht so schnell verwirklicht, wie es beiden Teilen lieber gewesen wäre.

So haben die Kriegsverhältnisse noch manche Gelegenheit geboten, scheinbare Widersprüche in der Haltung der Besetzungsmächte herauszufinden, Unterschiede in den Verfahrungsweisen verschiedener Ressorts, in dem Verhalten der oberen und unteren Stellen, endlich in den Methoden der beiden Mächte selber. In jedem Falle wurde natürlich das den Polen günstiger erscheinende Bild ausgenutzt, um das andere damit zu kritisieren. Übrigens sind ja ähnliche Klagen über Inkonsequenzen unserer polnischen Kriegspolitik auch in Deutschland laut geworden, nur natürlich mit umgekehrtem Vorzeichen. Dabei wurde auf beiden Seiten eben den Kriegsverhältnissen nicht genügend Rechnung getragen, denn in Wahrheit erklärt sich eine ganze Reihe solcher Abweichungen aus der Natur der Sache.

Das zeigt sich z. B., wenn man die Arbeit der verschiedenen Ressort, ihre Aufgaben und Arbeitsbedingungen betrachtet. Der Grundsatz, der kürzlich im Reichstage für die Behandlung der besetzten Gebiete aufgestellt wurde: „Erst kommen die Bedürfnisse des Heeres, dann die der Heimat, dann die des besetzten Landes", ist von der militärischen Verwaltung von jeher befolgt worden, da sie unbedingt in erster Linie für die Bedürfnisse des Heeres sorgen muß und im übrigen begreiflicherweise in den besetzten Gebieten vor allem eroberte Gebiete sieht. Auch die Dienststellen, denen es obliegt, die Bedürfnisse der heimatlichen Rüstungsarbeit zu befriedigen, stellen diese Interessen denen des Landes, in dem sie für die Heimat tätig sind, voran; das liegt in ihrer Aufgabe. Ebenso verständlich ist es aber, daß die übrige Verwaltung, die dem Lande eine viel umfassendere und eingehendere Aufmerksamkeit widmen muß als die Militärbehörden, in gewissem Grade mit dem Lande verwächst und sich nach den besten Überlieferungen deutscher Verwaltungsarbeit auch für das fremde Land verantwortlich fühlt. Leider fanden die sachlich vortrefflichen Leistungen der deutschen Verwaltung bei den Polen nicht die gebührende Würdigung, und zwar nicht allein deswegen, weil ihnen diese Art, zu verwalten, die die Sachlichkeit auch über die Kunst der Menschenbehandlung stellt, fremd ist, sondern auch deshalb, weil die Vorteile im Bewußtsein der Polen zurücktraten hinter der Belastung, die sie auf anderen Gebieten, z. B. durch die militärischen Requisitionen, ertragen mußten. Diese aber empfanden sie um so härter, weil sie in mancher anderen Hinsicht sehr rücksichtsvoll behandelt wurden. Das sind Unterschiede, die im Kriege, wo die Vielfältigkeit der Aufgaben so groß ist, wo so viel improvisiert werden muß, wo unmöglich eine in allen ihren Zweigen gegenseitig eingespielte Verwaltung fertig ins besetzte Land kommen kann, unvermeidlich sind, und die nun bei der Länge des Krieges besonders fühlbar werden mußten.

Schon im Frieden stimmte die Haltung der oberen und unteren Schichten in keinem Lande genau überein. Es ist eine alte Erfahrung, daß die nachgeordneten Instanzen

Digitized by Google

in der Ausführung der von oben erhaltenen Anweisungen eine gewisse Selbständigkeit behalten und oft großen Wert darauf legen. Selbst Bismarck hat ja seinen Willen nach unten nicht immer durchzusetzen vermocht. Während des Krieges hat man auch im Reiche mancherlei Beobachtungen gemacht, wie es den leitenden Stellen nicht immer restlos gelang, ihren Absichten bei den unteren Organen Geltung zu verschaffen; es braucht nur an das Ernährungsproblem erinnert zu werden. So ist es durchaus nichts Verwunderliches, wenn nun in den besonders schwierigen Verhältnissen der besetzten Gebiete die Politik der leitenden Stellen in der täglichen Praxis nicht immer rein zum Ausdruck kommen konnte. Dabei brauchte gar kein bewußtes Anderswollen nachgeordneter Stellen im Spiele zu sein, sondern die Auffassung ist eben ganz natürlicherweise nicht überall die gleiche, und Instruktionen über die politischen Richtlinien können nicht in allen Organen, die mit dem Publikum in unmittlbare Berührung kommen, wirksam werden. Jedenfalls ist es eine Tatsache, daß die Polen auch zwischen der Haltung der obersten und untersten Instanzen nicht selten einen Unterschied feststellten. Sie maßen das Auftreten der einen an dem der anderen und empfanden manches schärfer, als es gemeint war, weil es sich von dem sehr großen und unbestrittenen Wohlwollen der leitenden Männer abhob. Andererseits kamen sie nicht zur Freude an diesen wohlmeinenden Gesinnungen der regierenden Männer, weil sie meinten, in der Praxis bisher zu wenig Nutzen davon gehabt zu haben.

Zu alledem kommt die grundlegende Tatsache des Condominiums, die ebenfalls Gelegenheiten schafft, Verfahrungsweisen der einen Verwaltung an denen der anderen zu messen. Nimmt man ferner hinzu, daß die galizischen Polen entsprechend der Bevölkerungsverteilung in der k. und k. Monarchie naturgemäß eine andere Rolle spielen als die ostmärkischen Polen im preußischen Staat, daß daher die Lage der galizischen Polen vor dem Kriege auch in Polen weit günstiger beurteilt wurde als die unsrige, so versteht man die Neigung der Polen, diese Verschiedenheit der Beurteilung ohne weiteres auch auf die Kriegsverhältnisse in den beiden Generalgouvernements zu übertragen. Nimmt man endlich hinzu, daß die Pressezensur trotz aller Abkommen zwischen den beiden Mächten selbst bei größter Loyalität auf beiden Seiten nicht völlig einheitlich gehandhabt werden wird, so entstehen abermals Ungleichmäßigkeiten, die als Ungerechtigkeiten, vielleicht sogar als Willkür empfunden werden.

Der Mensch erträgt erfahrungsgemäß eine gleichmäßige Behandlung, sei sie auch strenge, leichter als eine wechselnde; an die gleichmäßige gewöhnt man sich, sie erscheint unwiderruflich und wird daher eher hingenommen. Die Verschiedenartigkeit dagegen läßt das Unbequeme doppelt scharf empfinden, und ständige Kontraste machen nervös. So ist es ein Verhängnis, daß zwei Völker, die einander vielfach unverständlich bleiben, die aber das Schicksal auf eine gegenseitige Annäherung hinzuweisen scheint, nun so lange unter Kriegsverhältnissen zusammenleben müssen. Sympathien zu gewinnen in einem Lande, das man jahrelang unter Kriegsrecht halten und dessen Quellen man für Kriegszwecke stark in Anspruch nehmen

Digitized by Google

muß, dessen Bevölkerung aus der Zeit vor dem Kriege einen Argwohn gegen die okkupierende Macht mitbringt, das ist eine Aufgabe, die auch mit den jeweilig trefflichsten Methoden ungeheuer schwer zu bewältigen ist. Fehler sind natürlich im Kriege noch weniger zu vermeiden als in normalen Verhältnissen, sie sind wohl auf allen Seiten vorgekommen, aber das Entscheidende liegt tiefer, es liegt in der Ungleichartigkeit der beiden Völker, in den Kriegsverhältnissen und namentlich in der langen Dauer des Krieges.

Notizen

In **Gustav von Schmoller**, der am 26. Juni abends sein arbeitsreiches Leben schloß, hat auch die „Deutsche Politik" einen ihrer Gönner und Mitarbeiter verloren. Genau vor Jahresfrist, Ende Juni 1916, hatte er uns aus demselben Harzburg, wo ihn jetzt der Tod ereilt hat, einen Aufsatz „Deutsche Friedensgedanken" geschickt, der noch heute, nachdem seither so unendlich viel Worte über Kriegs- und Friedensziele verloren worden sind, als eine klassische Formulierung des deutschen Friedenswollens gelten darf. Er hat uns dann noch vor wenigen Wochen seine Auffassung über Deutschlands Stellung zur russischen Revolution auseinandergesetzt. In allem, was er bei uns sagte, tritt sein reiches und umfassendes Wissen, die abgeklärte Höhe seines staatsmännischen Standpunktes, die Wärme seines vaterländischen Gefühls, die Harmonie seiner großen und gütigen Natur voll zutage. Heute, wo unsere Augen ganz dem Kriege mit leidenschaftlichem Wollen zugewandt sind, fällt es uns fast schwer, uns die ganze erstaunliche Lebensarbeit dieses Fürsten der Wissenschaft, wie man Schmoller mit Recht genannt hat, zu vergegenwärtigen: seine bahnbrechende Wirksamkeit als Nationalökonom und Gelehrter, die vor allem der Herkunft und dem Wesen der deutschen und preußischen Institutionen gewidmet war — er hat sie noch während des Krieges in dem Werke „Deutschland und der Weltkrieg" aller Welt verständlich zu machen gesucht —, seine weitreichende Tätigkeit als akademischer Lehrer und als Begründer einer jahrzehntelang herrschenden staatswissenschaftlichen Schule, als Staatsmann und vor allem auch als Sozialpolitiker, der nach dem treffenden Worte des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg dem sozialpolitischen Schaffen einer ganzen Generation den Stempel aufgedrückt hat. Aber mit tiefster Dankbarkeit empfinden wir inmitten des gewaltigsten aller Weltkriege, daß Schmollers Lebensarbeit, die in allererster Linie darauf gestellt war, die Arbeiterklasse mit dem Staat und der Gesellschaft zu versöhnen, unendlich viel dazu beigetragen hat, daß Arbeiterschaft, Volk und Staat bei dem Ausbruch des Krieges gleichsam restlos zusammenfielen und daß wir so den Krieg ohne gewaltsame innere Erschütterung zu überdauern vermögen. Mir hat Schmoller einmal gesagt, daß die treu vaterländische Haltung der Arbeiterschaft seinen ganzen Lebensabend in einen hellen, lichten Schein getaucht habe. Er faßte auch, wie er gerade in der „Deutschen Politik" ausgesprochen hat, den Krieg als ein moralisch-politisches Verjüngungsbad, als eine Veranlassung zu innerer Parteiversöhnung und zur Ausbildung noch vollkommenerer sozialer Einrichtungen auf. Es muß mit Wehmut erfüllen, daß es dem großen Toten nicht vergönnt sein kann, an der Lösung der gewaltigen sozialen und wirtschaftspolitischen Arbeiten, die eine große neue Zeit an uns alle stellt, mit Rat und Tat teilzunehmen. Aber das ist völlig gewiß, daß sein gewaltiges geistiges Erbe wie das des Fürsten Bismarck diese neue Zeit auf das fruchtbarste beeinflussen wird. Er gehört zu den wenigen gottbegnadeten Menschen, von dem Ströme lebendigen Wassers, die nicht versiegen, sondern immer nur reicher quillen können, in unsere deutsche Zukunft fließen werden. Er wird einer unserer Unsterblichen, ein leuchtendes Vorbild für alle Deutschen und nicht zuletzt für uns von der „Deutschen Politik" sein! Friedrich Thimme

Digitized by Google

Der Fall Hoffmann-Grimm und Rußland. Langsam beginnt sich der Nebel über dem Fall Hoffmann zu verziehen. Je mehr sich die durch die Entente entfachte Erregung über die vermeintliche Verletzung der Neutralität durch Hoffman legt, wird aus dem Fall Hoffmann ein Fall Grimm, dessen Fäden aber nicht nach Deutschland, sondern nach Rußland führen. Auf der letzten Sitzung des Schweizer Nationalrates hat nicht nur ein Vertreter der welschen Schweiz aufs schärfste die Verdächtigung Hoffmanns als „deutschen Spion" zurückgewiesen, sondern ein anderer Redner hat auch die Schuld Grimms festgenagelt. Er betonte, daß sich Grimm in die innerrussischen Dinge eingemischt habe, indem er öffentlich für die „Kronstädter Rebellen" agitiert hätte, die bekanntlich die provisorische Regierung, trotzdem die Hälfte aus Sozialisten besteht, nicht anerkennen will. Diese Meldung wird durch eine Nachricht des „Nowoje Wremja" bestätigt. Längere Zeit vor dem Fall Hoffmann meldete dieses Blatt nämlich, daß auf den Straßen Petersburgs ein „deutscher Spion sein Wesen treibe". Er sollte dort Volksaufläufe benutzt haben, um in deutscher oder französischer Sprache in Deutschlands Interesse Friedenspropaganda zu treiben. Das Blatt nannte damals auch den Namen dieses deutschen Spiones—Grimm. Dieser Mann, der die „Kronstädter Rebellen" gegen die provisorische Regierung unterstützte, mußte beseitigt werden, und weil das nicht gut seiner Zimmerwalder Gesinnung wegen, die bekanntlich in Rußland weit verbreitet ist, geschehen konnte, so mußte eben die deutsche Spionkomödie aufgeführt werden. Dadurch wurde es möglich, die große Menge von russischen Sozialisten, die zwar Zimmerwalder sind, aber nicht mit Lenins extremer Agitation, geschweige denn mit den Kronstädter Rebellen sympathisieren, gegen Grimm einzunehmen. Ist es bis hierher ganz klar, daß die Affaire Hoffmann bei ruhiger Überlegung zu einer Affaire Grimm geworden ist, die nach Rußland weist, weil den russischen sozialistischen Ministern das Kronstädter Hemd näher war, als der Stockholmer Friedensmantel, so bleibt die Frage übrig, zu welchem Zwecke Branting diese Angelegenheit aufgriff. Der schwedische Sozialistenführer, von dem die Stockholmer Konferenz in ausgesprochenem Ententeinteresse einberufen war, hatte zu seinem Schrecken erkennen müssen, daß die Sonderkonferenz der Zimmerwalder, da letztere Richtung in Rußland viel Anklang fand, drauf und dran waren, die Oberhand zu gewinnen. Damit wäre Branting ein Ententetrumpf im internationalen Intrigenspiel aus der Hand geschlagen. Branting war also mehr als bereit, der provisorischen Regierung in Petersburg den Liebesdienst zu erweisen, die Notiz über Grimm als deutschen Spion aufzunehmen, um letztere von einem Agitator für die Kronstädter Rebellen zu befreien. Daß nebenbei damit auch der Zimmerwalder Richtung, deren Sekretär Grimm war, ein schwerer Schlag versetzt wurde, hatten die sozialistischen Minister entweder nicht genügend bedacht, oder das Kronstädter Wasser war schon so hoch gestiegen, daß sie, um sich zu retten, diese Kompromittierung der Zimmerwalder Bewegung in den Kauf nehmen mußten. Natürlich wird die Ententepresse von der Tatsache, daß die politischen Fäden Grimms nicht nach Deutschland, sondern nach Rußland führen, nichts in ihre Presse gelangen lassen. Um so mehr sollten die deutschen Zeitungen dafür sorgen, daß diese Feststellung wenigstens im neutralen Auslande erkannt und richtig eingeschätzt werde.

Ein Amerikaner gegen die Entente. In dem amerikanischen Badeorte Long-Beach hatte die Akademie von New York eine Reihe von hervorragenden Männern der Politik, der Diplomatie, der Volkswirtschaft, Rechtgelehrte, führende Zeitungen und Zeitschriften zu einem Kongreß eingeladen. Wie der Berichterstatter des „Temps" meldet, befanden sich unter diesen auch eine Zahl verdächtiger Leute", die mit Deutschland sympathisierten. Das größte Aufsehen aber erregte eine Rede des amerikanischen Professors Shepherd, der über die Frage der zukünftigen Stellung der Vereinigten Staaten im Gebiet des Karaibischen Meeres sprach. Zuerst führte der Redner aus, daß sich dort im Süden und Osten der Vereinigten Staaten eine

Digitized by Google

Bevölkerung befindet, in der durch die Nachbarschaft mit der großen Republik im Norden alle Rassen, alle Religionen, alle Sprachen durcheinander leben. Er stellte sodann folgendes Axiom auf: Die Länder, die sich in der nächsten Nachbarschaft des Gebietes einer Großmacht befinden, müssen dieser Macht viel eher gehören, als einem Lande, das räumlich getrennt liegt. Bei diesem Problem sind drei Parteien interessiert: die Vereinigten Staaten, Europa und die Einwohner dieser Gegenden. Nun ist es so, daß die Vereinigten Staaten diese Gebiete brauchen, während für die jetzigen Besitzer, Frankreich, England und Holland eine solche Notwendigkeit nicht vorliegt. Deshalb müssen die Einwohner dieser Gegenden auch in ihrem eigenen Interesse unter nordamerikanische Herrschaft kommen. Professor Shepherd stellt die Thesen auf, daß die europäischen Kolonien im Karaibischen Meer geographisch zum europäischen Festland gehören. Es ist nun kein Zweifel, daß weder England noch Frankreich diese Kolonien so besetzt halten, daß die Vereinigten Staaten sich irgendwie beunruhigt fühlen müssen. Weder direkt noch in ihrer Kontrolle über den Kanal zwischen den beiden Ozeanen. Aber Professor Shephard erklärte trotzdem: „Man darf nicht glauben, daß ein Angriff von Frankreich oder England gegen die Vereinigten Staaten ein Ding der Unmöglichkeit sei, denn der große Krieg mit allen seinen Schrecknissen erschien gleichfalls unmöglich und ist trotzdem eingetroffen. Es ist deshalb von Wichtigkeit, daß die Vereinigten Staaten heute schon im Prinzip die Forderung aufstellen, aus Gründen ihrer persönlichen Sicherheit ihre Herrschaft auf jenen Inseln zu befestigen. Man soll nicht davon sprechen, daß eine Neutralisierung dieser Besitzungen, die den europäischen Zuschnitt derselben bestehen ließe, den Vereinigten Staaten noch genügend Sicherheit biete." Denn nach Shepherds Ansicht ist „die Neutralität in Europa durch die Verletzung mehr geehrt worden, als durch die Respektierung. Die Vertreter Großbritanniens und Frankreichs haben Hilfe an Schiffen, Geld, Menschen und Material gefordert. Wenn diese Mächte in Gemeinschaft mit ihren europäischen und asiatischen Verbündeten den Krieg nur für uneigennützige Gründe führen, ohne anderen Vorteil zu suchen als die Ausbreitung der Freiheit, der Demokratie, der Menschlichkeit und der Zivilisation in der Welt, dann können die Vereinigten Staaten gewiß sich bereit erklären, ihrem Beispiel zu folgen; aber wenn Großbritannien und Frankreich die Absicht haben, Territorialgebietserweiterungen sich zu verschaffen durch einen Sieg, den die zu rechter Zeit kommenden Unterstützungen der Vereinigten Staaten erst sicher macht, so ist es nur recht und billig, daß sie infolge von Abmachungen, die für alle Beteiligten akzeptabel sind, uns ihre Besitzungen im Karaibischen Meer als Unterpfand des Dankes für unsere Hilfe abtreten."

Man sieht, selbst die überzeugendsten englischen und französischen Lobreden genügen den klarblickenden Amerikanern nicht, sondern sie wollen heute schon für ihre Kriegstätigkeit gewisse reale Sicherheiten erlangen.

Französisch-Kanada — ein zweites Irland. Der Kampf um die Dienstpflicht in Kanada scheint tieferliegende Ursachen zu haben, als zuerst angegeben wurde. Nach den ersten Meldungen handelte es sich bei den vorgekommenen Demonstrationen um „Machenschaften fremder Agenten". Aber neuere Mitteilungen lassen erkennen, daß die Bewegung gegen die Dienstpflicht aus dem Gefühl der Kanadier selbst hervorging. „Aus Quebec werden Zusammenrottungen gemeldet, die das Ergebnis des Entschlusses der kanadischen Regierung, die Dienstpflicht einzuführen, darstellen. Die meisten Engländer werden wohl annehmen, daß bei einem Kampf, in dem England und Frankreich Schulter an Schulter kämpfen, jeder Franzose, der generationenlang unter der britischen Flagge glücklich gelebt hat, von selbst teilnehmen würde. Aber die freiwilligen Werbungen für die kanadische Armee hatten nirgends so schlechte Resultate zu verzeichnen, wie in Quebec. Die Gründe hierfür liegen tief. Zuerst muß man freimütig zugeben, daß Französisch-Kanada, das jetzt eine Minorität des ganzen Gebietes darstellt, in seinem

Digitized by Google

Gefühl immer außerordentlich nationalistisch ist. Die französischen Kanadier haben in unserem früheren Krieg mit Amerika sich auf unsere Seite gestellt, weil wir ihnen völlige Freiheit ihrer Sprache und ihrer völkischen Gebräuche zusicherten. In den letzten Jahren nun behaupten sie — ob mit Recht oder nicht, können wir nicht entscheiden — daß die Politik der Regierung darauf ausginge, ihre Schulen zu unterdrücken und den Gebrauch ihrer Sprache einzuschränken. Einigen Grund für diese Behauptung gibt ihnen die neue Gesetzgebung. Aber, so könnte man hier fragen, wieso wird in dieser schwierigen Zeit, wie der jetzigen, dieser Widerstand nicht durch das Gefühl der Loyalität gegen Frankreich besiegt? Hier muß man bemerken, daß die Gefühle der französischen Kanadier für das gegenwärtige republikanische Frankreich nicht sehr warm sind. Die Kanadier blicken mit einem hauptsächlich religiösen Gefühl nach dem früheren katholischen und royalistischen Frankreich zurück. Die kanadische Regierung hat in Quebec ein Problem zu lösen, das unserm irischen nicht fremd ist: es ist weniger akut als das irische Problem, und es wäre ein Beweis mangelnder Staatsklugheit, wenn eine Lösung sich nicht finden ließe. Man behauptet, daß Sir Laurier, der liberale Führer, eine Volksabstimmung über die Dienstpflicht herbeiführen will. Wenn durch eine solche Abstimmung Französisch-Kanada in eine isolierte Minorität gebracht wird, so wird man davon wenig Nutzen haben. Viel klüger wäre es, sich mit Französisch-Kanada zu einigen, eine Aufgabe, die für ein Koalitionsministerium aus Konservativen, Liberalen und französischen Sozialisten nicht zu schwer sein sollte." („Manchester Guardian" vom 30. Mai.)

Briefkasten. Wir bitten um die Adresse des Einsenders Pegen (Naschér), da uns diese zur Übersendung seines Manuskriptes „Ostasien und die Entente" fehlt.

Neuerscheinungen

Geschichte

Adolf von Harnack hat bei R. Oldenbourg, München, einen Vortrag „Über die Sicherheit und die Grenzen geschichtlicher Erkenntnis" herausgegeben. Er erörtert darin als „letzten Zweck geschichtlicher Arbeit" das Eingreifen in den Gang der Entwicklung. „Eingreifen in die Geschichte, d. h. die Vergangenheit abstoßen, wo sie hemmend in die Gegenwart hineinreicht, das heißt ferner: in der Gegenwart das Richtige tun, und das heißt endlich: die Zukunft umsichtig vorbereiten. Unzweifelhaft kommt daher der Geschichte in bezug auf die Vergangenheit ein richterliches, ja ein königliches Amt zu; denn um zu entscheiden, was aus ihr noch fortwirken darf und was abgetan oder umgebildet werden muß, muß der Historiker wie ein König richten. Alles aber muß in der Geschichtserkenntnis letztlich auf die Vorbereitung der Zukunft abgezweckt werden; denn nur die Wissenschaft hat ein Recht zu existieren, die ein Werdendes vorbereitet; sonst ist sie ein überflüssiger und schädlicher Lebensgenuß, der der notwendigen Arbeit edle Kräfte entzieht. Zum Handeln ist der Mensch auf der Welt, nicht zum Betrachten! Geschichte als Erkenntnis und Wissenschaft ist also nichts anderes, kann und darf nichts anderes sein als der Unterbau der Politik. Nehmen Sie aber dieses Wort „Politik" im denkbar weitesten Sinn, nach welchem es das zweckvolle Handeln überhaupt bedeutet, mag es sich nun auf den Staat, die Kirche, die Kunst, die Wissenschaft oder die Technik beziehen. Überall steckt — neben Genius und Talent — das Geheimnis des Könnens und des richtigen Fortschritts in den Heimlichkeiten des geschichtlich Gewordenen; sie muß man kennen!" Diese Sätze enthalten zeitgemäße Mahnungen an unsere Historiker, die diesen Forderungen für die Gegenwart und darum auch für die Zukunft während des Krieges im allgemeinen so wenig gerecht geworden sind, weil sie, auf die Zinnen der Partei gestellt, die ruhige sachliche Betrachtung, die Grundlage richtigen Erkennens, aufgegeben haben. Sie enthalten eine Mahnung an den Laien. Denn sie geben dem alten Satz neue Form, daß „das Geheimnis des Könnens und des richtigen Fortschritts in den Heimlichkeiten des geschichtlich Gewordenen steckt". Drei Faktoren sind es, durch die nach A. v. Harnack der Historiker der Vergangenheit das Geheimnis des Könnens entlockt: „Die Kräfte, die in einer Epoche wirksam waren, die Richtung, in der sie gingen, der Arbeitsertrag, den sie brachten." In drei Gebieten heißt es also sich umsehen: in dem der geographischen, klimatischen, wirtschaftlichen Begebenheiten; dem kulturellen, in dem die bildnerischen Kräfte wie eine zweite Natur auf das Wort wirken; und in dem der Persönlichkeiten, des Genius der großen Männer. Der Sinn von Harnacks allgemeinen Betrachtungen wird einem Buche praktischer geschichtlicher Erziehung

Digitized by Google

vorangestellt, in dem Prof. Dr. K. Fischer „Deutsche Eigenart und deutsche Schicksale der Vergangenheit“ (Schwetschke & Sohn, Berlin) vorführt. Auch er geht von dem Satze aus: „Der einzelne wird nur durch seine Erfahrungen klug, ein Volk nur durch seine Geschichte, die Schatzkammer seiner Erfahrungen. Hierfür gibt es kein besseres Mittel, als sich mit den Schriften und Erinnerungen derjenigen vertraut zu machen, die Zeugen waren seiner Taten und Leiden, Zeugen seiner Tugenden und Untugenden, seiner Schwächen wie seiner Heldentaten.“ Das Ziel, das er durch die Bilder aus der deutschen Geschichte fördern will, bezeichnet er selbst: „Er will mithelfen, unserem Volke unausgesetzte Arbeit, stete Bereitschaft, ungeschminkte Selbsterkenntnis zu geben.“ Ein Gegenbild zu dem Kampf geistiger Ideen der Gegenwart aus der Vergangenheit wird auch der Versuch Frieda Braunes „E. Burke in Deutschland“ (Verlag Winter, Heidelberg). Der Name des großen Bekämpfers der Französischen Revolution und des Individualismus bezeichnet einen Teil des Streites zwischen kosmopolitischer und nationalistischer Gesinnung, der, um die Mitte des 18. Jahrhunderts anhebend, in seinen letzten Verzweigungen bis in die heutige Zeit hinein gedauert hat. „Die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts stellt den Höhepunkt des Kosmopolitismus dar. Es ist die Periode des Hinüberflutens der Ströme des Geistes über die nationalen Grenzen; alle Pforten öffnen sich, die trennenden Mauern werden niedergerissen. Die edleren Geister aller Nationen empfinden bedingungslos als Weltbürger, teilen den Menschheitsgenossen wie den Volksgenossen mit, was sie zu bieten haben, und empfangen von ihnen die Gegengabe. Nie legt sich das Bedenken kalt und schwer auf ihre Seelen, nie hemmt es die Freudigkeit, sich ihnen mitzuteilen. Und das Ergebnis einer solchen Gemütsverfassung ist ein Reichtum und eine Bewegtheit geistigen Lebens, wie sie vielleicht nur in Griechenlands Blütezeit ihre Parallele finden.“ Der behandelte Stoff veranschaulicht die Fruchtbarkeit dieses Wechselspiels geistiger Beziehungen zwischen den europäischen Nationen. Deutschland übernimmt dankbar als Gabe des älteren vielerfahrenen „Staatsvolkes“ die Lehren der Staatsweisheit Burkes und gestaltet das Empfangene um und macht es zu einem organischen Bestandteil des eigenen nationalen Wollens. „Aber diese Hochflut des Kosmopolitismus erzeugte aus sich selbst eine Gegenkraft, die das geistige Antlitz der Völker schließlich ganz verwandelte. Das Ergebnis des 19. Jahrhunderts, die Ausgestaltung des Nationalstaates, betrifft nicht etwa nur Deutschland und Italien, wo es äußerlich am machtvollsten in die Erscheinung tritt, sondern alle Kulturvölker haben innerlich dieselbe Wandlung durchgemacht. Darüber kann auch die Universalität der Wissenschaft, der Kunst, der Technik, die in dieser Periode zutage tritt, den aufmerksamen Beobachter nicht hinwegtäuschen. Nun war nicht länger allgemeingültige Weisheit das Ziel, dem die Völker und die Einzelnen entgegenlebten, sondern individuelles Besondersein, dessen Anerkennung durch politische und wirtschaftliche Macht gesichert ist. Im Wesen der Macht aber liegt es, daß nur wenige sie besitzen können; die Nationen und die einzelnen, die um sie ringen, müssen in jedem Mitbewerber einen Gegner sehen und die Konsequenzen daraus ziehen.“ Es kennzeichnet den Stimmungsumschwung in der geistigen Erfassung unserer Zeit, wenn, entgegen diesem Ergebnis der Entwicklung des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts, W. Metzger, ein früh verstorbener junger Philosoph, zur Ergründung des Verhältnisses zwischen Gesellschaft, Recht und Staat (C. Winter, Heidelberg) von der Ethik des deutschen Idealismus seinen Ausgangspunkt nahm und Prolegomena zu einer Theorie und Geschichte der sozialen Werte an die Prinzipien und Rechtslehre Kants anknüpfte, und wenn er über Fichte, die Romantik, Hegel hindurch den Strom sittlichen Denkens und Wollens aufzeigte, der von da an innerlich in unsere Zeit hinübergeflutet und imstande ist, das sozialethische Denken der Gegenwart neu zu befruchten. Denn, so sagt es Metzger: „Wenn man unter dem Einfluß zeitgeschichtlicher Ereignisse“ (Bismarcks Wort von „Blut und Eisen“) heute sehr geneigt scheint, Gewalt und Herrschaft für das Wesentliche in allem Staatswesen zu erklären, wenn mithin hier als die Staatstheorie der Neuzeit dem Rechtsstaat und dem „organischen“ Staat der Machtstaat entgegentritt: so hat man die zeitliche Voraussetzung und die äußere Verpanzerung des staatlichen Lebens mit diesem selbst verwechselt. „Der“ Staat entsteht aus der Macht und erhält sich nach außen nur durch die Macht; seine Substanz aber ist das Recht, d. h. die immer vollkommenere Durchführung der vernunftmäßigen „Gesellschaft“, auf welcher Rechtsbasis dann die Kultur in aller Fülle, deren sie fähig ist, erblühen mag. Übrigens bleibt diesem naturalistischen Machtstaat dasselbe entgegenzuhalten, wie dem romantisch-reaktionären Kirchenstaat, daß beide Konstruktionen gerade die moderne Staatsentwicklung ignorieren; während man sich hier in die irrationalen Untergründe und Aufschwünge des Staatslebens vertieft, schreitet offensichtlich — trotz aller sozialen Schwierigkeiten — der vom Bewußtsein der Zeit geforderte Ausbau des Rechtsstaates, die Rationalisierung, Humanisierung, aber freilich auch Mechanisierung des bürgerlich-staatlichen Lebens immer weiter fort. Es ist ein Zeichen derselben Gesinnung, wenn Reinhard Strecker „Die Anfänge von Fichtes Staatsphilosophie“ zum Gegenstand einer eigenen Untersuchung macht (F. Meiner, Leipzig, M. 5.—). Daß Klopstock, Lessing und Schiller, Rousseau und Kant und der politische Einfluß der Französischen Revolution der geistige Nährboden für die Staatsphilosophie des

Digitized by Google

jungen Fichte, eine Philosophie der Tat und des Handelns, wurden, nimmt nicht Wunder, ist abe lehrreich, weil dadurch das sozial-ethische Denken der Gegenwart über Kant hinaus in dem Idealismus des 18. Jahrhunderts verankert wird und weil wir gewahren, daß Weltbürgertum und nationales Besinnen sich schon in dem Denken des jungen Philosophen zu einer harmonischen, gegenseitig sich ausgleichenden — idealen — Einheit verbinden. Wie recht hat also Hermann Schwarz, wenn er in dem Buch gesammelter Vorträge „Fichte und Wir" den Idealismus Fichtes „den deutschen Idealismus klassischer Prägung" nennt: „Das ist die Hauptbedeutung Fichtes, daß er den Deutschen, die seit Kant und Friedrich dem Großen durch die formale Zucht unbedingter Pflichterfüllung hindurch gegangen waren, das Leben an inhaltsvollen Ideen entzündet." (A. W. Zickfeldt, Osterwieck i. H.) Wie recht Paul Ostwald, wenn er den Gegensatz zwischen englischem und deutschem Imperialismus (Volkswirtschaftliche Zeitfragen Nr. 297, Simion, Berlin) so festgestellt: „Auf der einen Seite haben wir einen Imperialismus, der aggressiv vorgeht, der sich über alle Schranken rücksichtslos hinwegsetzt, um sein Ziel zu erreichen. Die Frage nach Recht oder Unrecht wird nicht gestellt, wenn es die eigenen Interessen gilt. Die Berechtigung zu diesem Vorgehen findet dieser Imperialismus ohne Schwierigkeit einfach in der Tatsache, daß Gott es so bestimmt habe. Der englischen Nation sei die Kulturmission von Gott übertragen worden. Demgegenüber sehen wir von den Deutschen einen Imperialismus vertreten, der sich mehr defensiv verhält, der keine Staaten zertrümmert, sondern großen wie kleinen Nationen ihr volles Recht läßt. Wohl tritt er mit allen in friedlichen Wettbewerb, und spornt deshalb alle wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte seines Volkes an, um draußen in der Welt friedliche Schlachten siegreich bestehen zu können. Nirgends aber tritt der deutsche Imperialismus mit dem Anspruch auf alleinige Weltherrschaft auf. Wir wollen diesen Wettbewerb in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht, in dem aber das Beste sich nur halten kann. Unser Imperialismus will deutscher Arbeit, deutschem Geiste in der Welt einen Platz verschaffen, nicht um dadurch die Welt zu beherrschen, sondern um aus dem gleichen Rechte wie andere Völker, mitzuarbeiten an der Förderung der Gesamtkultur der Menschheit." Aus solcher Gesinnung flammt auch der Aufruf des ersten Heftes der Akademisch-sozialen Monatsschrift auf, die Lic. F. S. Schultze und Dr. A. W. Westerkamp bei E. Diederichs, Jena, herausgeben: „Kein Zweifeln und Schwanken verroste die Kraft, haßt alles, um alles zu geben! Reißt die welkende Liebe aus Todschaft und baut mit heiliger Leidenschaft am neuen Menschheitsleben."

Die geographischen Grundlagen der Geschichte: Zwei handliche Atlanten bringen G. Freytag & Berndt, Wien. Einen Weltatlas auf 58 Blättern und einen geographisch-statistischen Universalatlas, eine Zusammenfassung von Geographie, Wirtschaft, Bevölkerungswesen. Durch eine Schilderung der Kriegsschauplätze und der kriegführenden Staaten gibt B. Clemenz eine Grundlage für das geographische Verständnis der Geschehnisse. („Kriegsgeographie", 2 Bände, Kabitzsch, Würzburg. M. 4.— bezw. 4.50). Von den baltischen Provinzen ist im Verlage Brockhaus eine Karte (Maßstab 1 : 650000) mit reichem statistischen und historischen Material erschienen. (Preis M. 4.—).

Die Zeiten der Geschichte: Eine neue Darstellung der „Deutschen Vorzeit" gibt „Als Einführung in die germanische Altertumskunde" (P. Hobbing, Steglitz, gebunden M. 4.—) Dr. Wilser, den Sachkenntnis davor bewahrt, in uferlosem Idealismus zu versinken. Eine Geschichte der deutschen Reformation hat, gestützt auf die zuverlässige wissenschaftliche Literatur, O. Buchwald (Buchhandlung des Waisenhauses, Halle, M. 3.—) in übersichtlicher Darstellung gegeben ist. Aus dem Dreißigjährigen Krieg erzählt E. v. Handel-Mazetti den Soldaten im Feld einen Reiterroman, der den wilden Zeiten der Vergangenheit ihr zuständliches Bild und ein ergreifendes, menschliches Erlebnis ablauscht. („Die arme Margaret", Feldausgabe, J. Kösel, Kempten). Zur Gedenkfeier ihres fünfzigjährigen Bestehens gibt die nationalliberale Partei nachträglich eine Sammlung der Reden heraus, die bei der Feier gehalten wurden. (Verlag Herm. Kalkoff, Berlin). Die russische Revolution von 1905 wird auf dreißig Seiten in 93 des „Deutschen Kriegs" dargestellt. Mit Recht trägt das Schriftchen des ungenannten Verfassers den Untertitel „Als Grundlage zum Verständnis der jetzigen Revolution". Denn es erbringt den Erweis, daß die jetzige nur eine Fortsetzung der vorigen ist, die daran scheiterte, daß sich Sozialismus und Liberalismus in die Haare gerieten, bevor der Zarismus völlig niedergeworfen war. Die Geschichte der Beziehungen zwischen Bulgarien und Rußland seit dem Berliner Kongreß wird von H. Übersberger (B. G. Teubner, Leipzig, M. —.80) geschildert, Albrecht Wirth gibt einen neuen, eigenartigen Querschnitt durch die Weltgeschichte. („Kurze Weltgeschichte", Alfred Janssen Hamburg), M. 1.80.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Axel Schmidt, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Jäckh, Suezkanal—Jerusalem 881
Schüler, Die Wiederherstellung der Mandschudynastie . . . 884
Massow, Die Zustände in Polen 889
Die Benguella-Bahn und Deutschlands Zukunft in Zentralafrika 897
Peters, Die Triebkräfte des Deutschtums in Amerika . . . 903
Notizen / Neuerscheinungen 908

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 13. Juli 1917 Heft 28

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh ◆ Paul Rohrbach ◆ Philipp Stein

ständige Mitarbeit von:

Prof. Dr. Paul Arndt, Berlin; Prof. Dr. Auhagen, Dahlem-Berlin; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. C. H. Becker, Berlin; Professor D. Deißmann, Berlin; Prof. Dr. Rudolf Eucken, Jena; Prof. Dr. Eulenburg, Leipzig; Anton Fendrich, Freiburg-Zähringen; Prof. Dr. E. Franke, Berlin; Prof. Dr. O. Franke, Hamburg; Oberbürgermeister Dr. Geßler, Nürnberg; Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig; Prof. Dr. Harms, Kiel; Oberbürgermeister Dr. Külz, Zittau; Prof. Dr. Lampe, Berlin; Dr. Freiherr von Mackay, München; Wilhelm v. Massow, Berlin; Prof. Dr. F. Meinecke, Berlin; Dr. Adrian Molin, Stockholm; Geh. Reg.-Rat Dr. Muthesius, Berlin; Geh. Justizrat Prof. Dr. Niemeyer, Kiel; Prof. Dr. Oncken, Heidelberg; Dr. Alfons Paquet, Frankfurt a. M.; Prof. Dr. Pohl, Greifswald; Justizrat Dr. Rhode, Berlin; Prof. Dr. Roloff, Gießen; Prof. Dr. von Rümker, Berlin-Nikolassee; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schiemann, Berlin; Axel Schmidt, Berlin; Geh. Rat Dr. Schneider, Frankfurt a. O.; Geh. Admiralitätsrat Dr. Schrameier, Berlin-Halensee; Prof. Dr. Schumacher, Bonn; Reichstagsabgeordneter Geh. Rat Prof. Dr. v. Schulze-Gävernitz, Freiburg; Geh. Regierungsrat Prof. Dr. M. Sering, Berlin-Grunewald; Dr. Somary, Berlin; Prof. Dr. Martin Spahn, Straßburg; Dr. Friedrich Thimme, Berlin; Dr. lic. theol. Gottfried Traub, Dortmund; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Troeltsch, Berlin; Admiral z. D. Gouverneur v. Truppel, Berlin; Prof. Dr. Georg Wegener, Berlin; Dr. Fritz Wertheimer, Berlin; Prof. Dr. Wiedenfeld, Halle; Geh. Rat Prof. Dr. Wohltmann, Halle; Kgl. Ministerialrat Zahn, München; Regierungsrat Zache, Hamburg.

Einsendungen (mit Rückporto) für die Schriftleitung sind zu richten nach Berlin W 50, Augsburger Str. 74 II. Telephon: Amt Lützow 5725. / Einsendungen, welche den Versand und Inseratenteil der Zeitschrift betreffen, dagegen nur an den Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburger Str. 74 II, Telephon: Amt Lützow 5725; oder Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar, Wörthstraße 43. Telephon: 55.

Gustav Kiepenheuer Verlag, Abt. „Deutsche Politik", Berlin

Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M 3.80, Ausland M 4.50.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 13. Juli 1917 • Heft 28

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Suezkanal—Jerusalem

Von Professor Dr. Ernst Jäckh

Englische Flieger bombardieren wiederholt die heiligen Stätten von Jerusalem; sie kommen vom Suezkanal her — mit Bahnen übers Land oder mit Schiffen übers Wasser. Die englische Armee in Ägypten (im vorigen Jahr verstärkt durch berittene Buren!) erhält einen neuen General aus London ... England scheint eine neue Offensive gegen Syrien versuchen zu wollen.

Auch die Vergewaltigung von Griechenland bestätigt die Absicht einer neuen Aktivität um den Orient — nicht nur zugunsten von Saloniki, sondern auch gegen die Türkei. Es ist bekannt, daß die französisch-englische Saloniki-Armee durch das deutsche Unterseeboot, das im Mittelmeer mit wachsendem Erfolg aufräumt, von Tag zu Tag mehr isoliert, bedroht und gefährdet wurde. Es galt also für die Entente, statt des mehr und mehr unsicheren und allmählich unmöglichen Überseewegs einen bequemeren Landweg zu finden und zu festigen; mit der weiteren Wirkung, dadurch auch die Handelstonnage im Mittelmeer zu sparen und sie für die Nöte der Heimat zu gewinnen. So muß das Land der Griechen, gezwungen durch die englischen Kriegsschiffe, seinen Landweg hergeben: vom italienisch besetzten Epirus bis zum französisch besetzten Thessalien. Dieser Landweg hat durch die Straße von Otranto, die nur 72 km breit ist, eine Verbindung mit Italien, und über Italien mit Frankreich, und über Frankreich durch die Straße von Calais, die 33 km eng ist, schließlich mit England. So wird Griechenland zu einem englischen pied à terre, zu einem Notanker der Entente im Mittelmeer und zu einem nachbarlichen Arsenal gegenüber der Türkei. Der Kriegsrat der Entente läßt bereits einen neuen „Kreuzzug" ankündigen, an dem auch Italiener und Griechen teilnehmen sollen; und Lloyd George proklamiert bereits Mesopotamien und Syrien als neue Staatsgebilde, losgelöst vom türkischen Reich.

So hört es sich gut an, aber so sieht es nicht aus. Der englische Feldzug von Ägypten her gegen Syrien hat in den drei Kriegsjahren unvergleichlich weniger erreicht als einst die beiden anderen ägyptischen Vorstöße gegen die Türkei, der von Napoleon

Digitized by Google

dem Großen und der von Ibrahim Pascha. Napoleon ist es nach seinem Sieg bei den Pyramiden gelungen, 1799 Jaffa zu nehmen und bis Akka vorzudringen. Und Mehmed Ali, der gegen die Türkei aufrührerische Vasall und Statthalter von Ägypten, hat mit seinem Adoptivsohn Ibrahim Pascha in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts von Ägypten aus nicht nur über Arabien und Syrien, sondern sogar über Cilicien und bis nach Anatolien sich ausgebreitet, alles von Adana bis Aden von der Türkei und ihrem großen Sultan Mahmud II., „le phénoméne", losreißend, obwohl dieser von England und Rußland, Österreich und Preußen unterstützt wurde.

Damals also bis Jaffa und Akka in wenigen Monaten, und dann später bis Adana und vor Konia reichte die feindliche Invasion von Ägypten aus; heute, nach fast drei Kriegsjahren, kaum über die Grenze, bis südlich von Gaza, trotz der ungleichen Mittel der türkischen Verteidiger und der englischen Angreifer. Auch in Syrien leidet die Türkei und ihre Kriegführung unter den schädlichen Wirkungen der „Kapitulationsverträge", jener Fesseln, die die türkische Regierung so banden und hemmten, daß sie nicht nach ihrem eigenen Bedürfnis und Willen Eisenbahnen bauen durfte, sondern nur gemäß dem Interesse und der Erlaubnis der (ihr feindlichen) Großmächte. So hat der Krieg die Türkei in einem Zustand gefunden, der zwischen Anatolien und Syrien keinerlei Bahnverbindung hatte (auch nicht zwischen Anatolien und Mesopotamien), so daß Munition und Proviant in das leere Syrien über Gebirgspässe mühselig und zeitraubend geschoben werden mußten. Desgleichen haben die von Frankreich gebauten Bahnen eine Angriffsrichtung von der See her nach Syrien hinein, aber keine Angriffsmöglichkeit gegen Ägypten hin; sie haben auch andere Spurweite als die türkischen Bahnen, und was dergleichen Anomalien sonst noch sind. Und England hat bekanntlich den türkischen Plan einer syrisch-ägyptischen Bahn (nach Akaba) vor bald zwanzig Jahren durch Androhung von Waffengewalt verhindert. Trotz all dieser Schwierigkeiten und fast Unmöglichkeiten ist es zunächst einem türkischen Expeditionskorps gelungen, die Sinai-Halbinsel auf Wüstenwegen zu durchqueren und selbst den Suezkanal zu überschreiten — in siegreichen Gefechten. Freilich — gegen Übermacht an Truppen, Munition, Proviant und Bahnen war und ist kein Bleiben möglich, obwohl die türkische Leistung volle zwei Jahre die Sinai-Halbinsel beherrschen konnte — bis die englischen Kriegsschiffe die Küstenlinie säuberten und sicherten und es so einer englischen Armee unter dem Schutz der Schiffsgeschütze ermöglichten, an der Küste entlang eine ägyptisch-syrische Eisenbahn zu bauen bis an die türkische Grenze, bis südlich von Gaza. Dort hat die türkische Verteidigung dem vom Suezkanal gegen Jerusalem drängenden Feind bisher zwei schwere Niederlagen beigebracht, trotzdem die englische Etappe kürzer und die englische Basis reicher ist, als die dünne Linie des langen Fadens zwischen Gaza—Konstantinopel—Spandau. Die englischen Angriffe werden wiederkommen.

Digitized by Google

Jene Vergleiche aus der Geschichte haben schon die politische Bedeutung des Gebietes zwischen Suezkanal und Jerusalem veranschaulicht — nicht in dem Sinn der weltpolitischen Bedeutung jener Völkerbrücke, sondern in dem Sinn der nachbarpolitischen Bedeutung für den, der in Suez, und für den, der in Jerusalem sitzt. Die Besitzer Ägyptens haben von Alters her zur Sicherung ihrer Herrschaft Vorstöße nach Syrien hinein für nötig gehalten. Schon die alten Pharaonen haben alles daran gesetzt, Syrien festzuhalten und möglichst nach Arabien und Mesopotamien vorzustoßen. Während der griechischen Periode Ägyptens wird zwischen den ägyptischen Ptolemäern und syrischen Seleuziden fortwährend um den Besitz von Syrien gekämpft. Während des Mittelalters sind die Kreuzfahrer in Palästina erfolgreich, solange Syrien und Ägypten getrennt sind; von dem Augenblick an, wo Salaheddin beide Länder vereinigt, sind sie verloren. Später dann, wie gesagt, Mehmed Ali und Ibrahim Pascha; und vorher noch Napoleon der Große: immer die Tendenz, sich Ägypten zu sichern durch Sicherung von Syrien. 1881 ist Ägypten englisch geworden; seitdem wird die englische Politik aller Welt klar: das Glacis vor Ägypten in seiner weitesten Ausdehnung (Arabien, Syrien, Mesopotamien) zu gewinnen und so ein englisches Mittelasien von Ägypten bis Indien zu sichern.

Auch diese Politik hat ihre weither vorbereiteten Grundlagen, die in die Jugendzeit von Moltke zurückreichen und die in seinem Gegenspieler Chesney sich verkörpern. Bekanntlich ist Moltke als Berater der türkischen Armee, die gegen den aufrührerischen Ägypter kämpfte, von Konstantinopel aus über Konia auch in den Taurus-paß gekommen und auch nach Mesopotamien hinunter, auf dem Euphrat und Tigris mit dem damals wie heute seit der alten syrischen Zeit üblichen Schlauchfloß. In Biredschik am Euphrat notiert Moltke in seinem Tagebuch: „Von hier sollte die Dampfschiffahrt ihren Anfang nehmen, die Ostindien durch den Euphrat mit Europa in Verbindung gesetzt hätte, ein großes Unternehmen, an welchem Oberst Chesney rühmlich scheiterte. Noch stehen einige Ruinen von den Häusern, die er am rechten Ufer erbaute, und die Türken sprechen mit Staunen von dem Gjaur und seinem Ateschkaik oder Feuerschiff."

Dieser englische Oberst Chesney, dessen Spuren Moltke in Mesopotamien begegnet, ist der Einleiter derjenigen englischen Politik, der heute zwischen Suezkanal und Jerusalem um ihre Erfüllung kämpft. Chesney lebte 1789 bis 1872. Kadett und Soldat, fährt er 1829 nach Konstantinopel, um am türkisch-russischen Krieg teilzunehmen, kommt aber zu spät. Er unternimmt eine Studienreise nach Ägypten, wo er im Gegensatz zu den französischen Ingenieuren die Möglichkeit des Baues des Suezkanals betont, so daß Lesseps später Chesney „le père du canal" nennt. Von Ägypten reist Chesney nach Syrien und bis zum Euphrat, um seine Schiffbarkeit für Dampfer zu untersuchen; er fährt auf einem eigenen Floß bis zum Persischen Golf und begibt sich durch Persien nach Täbris und zurück nach Trapezunt und herunter nach Aleppo, und

Digitized by Google

heim nach England. Spätere Expeditionen, gemeinsam mit Kapitän Lynch, dienen dem gleichen Zweck: die nächste Verbindung zwischen England und Indien herzustellen — über Syrien und Mesopotamien, sei es in Kanälen und Flüssen oder in Bahnen von der syrischen Küste aus bis zum Persischen Golf. Chesneys Bericht an das englische Parlament ist von Friedrich List bearbeitet worden und hat Friedrich List zu den bekannten Arbeiten angeregt, die den Gegensatz der deutschen und der englischen Orientpolitik darstellen und den heutigen Zusammenstoß vorausahnen.

Moltke und Chesney sind die Inkarnationen der Tendenzen Deutschlands und Englands im Orient; in ihren Reiserichtungen drückt sich das schon aus. Der Deutsche geht von Konstantinopel nach Bagdad, vom Zentrum aus, und will den Kreis aufschließen, anschließen (zentripetal); der Engländer geht von Ägypten nach Bagdad, von der Peripherie aus, und will vom Kreis Segmente abtrennen (zentrifugal). Diese beiden Tendenzen bekriegen sich heute zwischen Suez und Jerusalem.

Die Wiederherstellung der Mandschudynastie

Von Prof. Lic. W. Schüler

So weht denn seit dem 1. Juli wieder das gelbe Drachenbanner, anstatt des vielfarbigen republikanischen in Peking. Damit kehrt China zu der Staatsform zurück, von der viele sofort nach dem Sturz des Mandschuthrones sagten, daß über kurz oder lang sie wieder zu Ehren kommen müsse, weil sie zu tief in den religiös-sittlichen Anschauungen des Volkes begründet und nur in diesem Rahmen dem alten Reich Bestand und Fortentwicklung ermöglicht sei. Diese Auffassung von dem Wert der Monarchie für China hat zweifellos viel Wahres in sich. Ob aber die soeben erfogte Kaiserproklamation wirklich als der Anfang neuer Gesundung betrachtet werden darf? Zunächst ist nicht zu leugnen, daß sie viel mehr die im innerpolitischen Leben Chinas herrschende Zerfahrenheit in grelles Licht setzt.

Welches sind die Vorgänge, aus denen heraus die neue Kaiserproklamation — welche ja zunächst nur als die kühne Tat eines einzelnen machtvollen Generals sich darstellt — überhaupt möglich war? Da ist vor allem an den alten Gegensatz zwischen Norden und Süden zu erinnern, der auch in den letzten Jahren niemals aufgehört hat. Dieser Gegensatz stellt sich in der Neuzeit politisch dar als ein solcher zwischen demokratischen, modernen, die Freiheit des Individuums betonenden Ideen und den mehr konservativen Anschauungen, welchen eine stärkere Bindung des einzelnen und eine straffere Regierungsgewalt notwendig erscheint. Es würde jedoch unrichtig sein, wollte man diese Unterschiede ohne weiteres als solche zwischen monarchischer und antimonarchischer Gesinnung bezeichnen, indem die letztere, oder wenigstens eine Gleichgültigkeit gegenüber der Monarchie, wie mir scheint, auch im Norden einen viel breiteren Raum einnimmt, als man gewöhnlich denkt. Aber wenn man, Schlag-

Digitized by Google

wörter gebrauchend, den Norden als den Boden für autokratische, militaristische, den Süden als den eigentlichen Boden für demokratische, radikale Tendenzen bezeichnet, so ist das gewiß zutreffend[1].

Kaum hatte die Südpartei in der Revolution von 1911 gesiegt, als das Gegenspiel im Norden begann, und unter den Händen Yüanshikais, zumal nachdem der Widerspruch des Südens 1913 niedergeschlagen war, bald nur noch der Name einer Republik übrig blieb; kaum aber glaubte Yüanshikai am letzten Ziel zu sein, da brach sein Thron zusammen, noch ehe er ihn wirklich bestiegen hatte. Die wiederum im Süden begonnene Revolution hatte diesmal Erfolg, und die Kuomintang, die Volkspartei, kam nach Yüanshikai Ende, jetzt vor einem Jahr, von neuem ans Ruder. Doch nicht lange hatten die schwatzhaften Parlamentarier ihre fruchtlosen Erörterungen über die neue Konstitution begonnen, als auch der Groll über ihr Treiben bei den Konservativen des Nordens, vor allem bei den Militärgouverneuren, sich bemerkbar machte. Schon im September vorigen Jahres fand unter dem Vorsitz Chang-hsüns in Hsüchoufu eine Konferenz der Militärgouverneure statt, in der deutliche Resolutionen gegen die unnütze Tätigkeit des Parlaments gefaßt, und für die erfahrenen alten Militärs das Recht geltend gemacht wurde, auch die politische Tätigkeit der unerfahrenen jungen Parlamentarier zu kontrollieren und zu beeinflussen. So hat Chang-hsün in wiederholten Eingaben an die Regierung und das Parlament — anläßlich der hitzigen Erörterungen über die Konfuziusverehrung — den Standpunkt geltend gemacht, daß der Konfuzianismus als Staatsreligion beibehalten werden müsse. Der Eindruck der Hsüchou-Konferenz auf Parlament und Kuomintang war derart, daß der zum Minister des Auswärtigen erwählte Tang-shao-yi es vorzog, dieser entschlossenen Gegnerschaft gegenüber zu weichen, obwohl er bereits auf dem Weg nach Peking war, und auf den Ministerposten verzichtete. Das Parlament aber ereiferte sich in Hinweisen auf das gesetzeswidrige Verhalten Chang-hsüns, der die Befehle der Regierungen mißachte und sich in Hsüchoufu wie ein selbständiger König gebärde.

Auch in die Regierung selbst griff der Gegensatz zwischen Militär und Demokratie hinein. Er zeigte sich in den Reibungen zwischen dem Präsidenten Li-yuan-hung, der mit peinlicher Gewissenhaftigkeit darauf bedacht war, nie die Rechte des Parlaments zu verletzen, und seinem Ministerpräsidenten und Kriegsminister, Tuan-ch'i-jui, der schon im vorigen Jahr von den Radikalen beschuldigt wurde, daß er die Auflösung des Parlaments betreibe.

Während so die Gegensätze zu Beginn des Jahres immer stärker wurden, kam Wilson

[1] Natürlich sind die Grenzen fließend; der Kuomintang ist keinesgwegs auf den Süden beschränkt, andererseits ist ein Mann wie der alte Kang-yu-we aus Kanton, der Begründer der ganzen modernen Reformbewegung, in gewisser Weise viel mehr der Nordpartei zuzurechnen. Das eigentliche Volk, das Landvolk, bleibt auf beiden Seiten von den politischen Gegensätzen fast unberührt und wäre mit jeder Regierung zufrieden, wenn sie nur Frieden bringt.

Digitized by Google

an China mit der Aufforderung und Lockung heran, Amerika im Protest gegen Deutschland Gefolgschaft zu leisten, und bewirkte damit nur ein weiteres Aufbrechen von Gegensätzen und eine Verschlimmerung der inneren Lage. Daß es überhaupt Amerika und der Entente gelang, Chinas Protestnote über den Abbruch der Beziehungen zu erwirken, ist, soweit sich jetzt übersehen läßt, wesentlich dem Umstand zuzuschreiben, daß sie persönlich Tuan-ch'i-jui an sich ketteten, der nahe daran war, über Präsident und Parlament hinweg, eigenmächtig China in ein tolles Wagnis zu reißen. Noch im letzten Augenblicke aber wurde er genötigt, die Zustimmung des Parlaments zum Abbruch der Beziehungen einzuholen, die denn auch auf Grund der schönen Versprechungen der Entente gewährt wurde. Aber dem dritten Schritt, der vom Premier beantragten Kriegserklärung an Deutschland, versagte sich am 12. Mai das Parlament; dies nicht sowohl aus Gründen der äußeren, als der inneren Politik; das heißt aus jenem Gegensatz der Demokratie gegen eine gefürchtete militärische Autokratie. Desgleichen darf aus dem Umstand, daß die Versammlung mehrerer Militärgouverneure aus dem Norden, die sich inzwischen in Peking eingefunden hatten, — Chang-hsün war nicht unter ihnen — die Forderung der Kriegserklärung, den Berichten nach energisch unterstützten, nicht ohne weiteres auf ihre Feindschaft gegen Deutschland geschlossen werden. Es liegen manche Anzeichen des Gegenteils vor; anfangs kam jedenfalls gerade von militärischer Seite der stärkste Widerspruch gegen das Unternehmen des Premiers, während nachher die Proteste der Kuomintangführer und Südchinesen, Sun-yat-sen, Tang-shao-yi, Wen-tsung-yao nebst dem des alten Kang-yu-we mehr hervortraten. Französische Blätter haben offen den Verdacht ausgesprochen, daß die scheinbar kriegerisch antideutsche Erklärung der Militärpartei vielleicht schlauerweise nur darauf berechnet sei, die Entente ihren weiteren Plänen freundlich zu stimmen. Worauf diese aber in Wahrheit hinzielten, kam bald genug zutage, indem am 20. Mai etwa 20 Gouverneure und Generale vom Präsidenten die sofortige Auflösung des Parlaments und Änderung der Verfassung forderten. Fast gleichzeitig verlangte das Parlament seinerseits Entfernung Tuans und Neubildung des Kabinetts. Das Kabinett war übrigens inzwischen bereits in sich selbst zerfallen und bot ein trauriges Beispiel der Haltlosigkeit und Fäulnis bei den leitenden Stellen der Republik. Der Justizminister wie der Verkehrsminister schieden aus, weil sie unter die Anklage schwerer Bestechungen und unerhörter Schwindeleien gestellt waren. Andere Minister hatten sich schleunigst zurückgezogen, sobald der Boden heiß zu werden drohte.

In dem nun offen entbrannten Kampf zwischen Parlament und Militärpartei fügt sich der Präsident der Forderung des Parlaments und entläßt am 23. Mai Tuan. Die Militärpartei aber fängt an, dem Präsidenten den Gehorsam aufzukündigen; mehrere Provinzen des Nordens erklären sich unabhängig; Truppen marschieren von Kiangsu und Schantung aus nach Norden; Chang-hsün bemächtigt sich vollends der Tientsin—Pukou-Bahn. In Tientsin, wohin sich der entlassene Premier zurückgezogen

Digitized by Google

hat, bildet sich eine Art Gegenregierung, wobei der alte Hsü-shih-ch'ang, der Lehrer des jungen Mandschukaisers, eine Rolle spielt. Der Süden protestiert heftig gegen die Übergriffe der Militärs und fordert den Schutz des Parlaments. Die Parlamentarier aber bekommen es mit der Angst zu tun und fangen an, heimlich Peking zu verlassen. Vergeblich versucht der Präsident ein neues Kabinett zusammen zu bekommen, das die Gegensätze ausgleichen könnte; die Zentralregierung hat tatsächlich aufgehört. Da nimmt der Präsident in seiner Ratlosigkeit das Anerbieten Chang-hsüns als Vermittler an. Chang-hsün begibt sich nach Tientsin, schickt von dort aus zunächst einmal 2000 Mann seiner Leibgarde nach Peking und stellt seine Forderungen: Sofortige Auflösung des Parlaments, dauernde Ausschließung der gegenwärtigen Abgeordneten vom Parlament, Amnestie für alle, die an dem Versuch der Wiederherstellung der Monarchie durch Yüanshikai beteiligt waren. Während der Vizepräsident von Nanking aus mit dem empörten Süden zu vermitteln sucht, fügt sich der Präsident allen Forderungen und löst das Parlament auf. Er gab zu, daß er damit der Verfassung Gewalt antue, aber der Schritt sei notwendig, um das schlimmere Übel einer Militärherrschaft zu vermeiden. Chang-hsün aber war nun vollends Herr der Lage, um das auszuführen, was er seit langem als den besten Ausweg aus den verwirrten Zuständen seines Landes betrachtete und was ihm sein Herz vorschrieb: die Wiederherstellung der Mandschudynastie! Wie weit er dabei im vollen Einverständnis mit seinen militärischen Kollegen gehandelt hat, bleibt noch abzuwarten. Während er in Tientsin war, wurde von starken Differenzen unter den Militärs selbst berichtet, indem zwar alle für Auflösung des Parlaments, für eine neue Verfassung mit starker Beschränkung der Parlamentsgewalt und Neuwahl des Präsidenten waren, aber damit doch noch nicht für die Monarchie.

Der es seinerseits gewagt hat, China einen Kaiser wieder zu geben, ist bereits ein Siebenziger und zweifellos eine Persönlichkeit von kraftvoller Urwüchsigkeit. In weiteren Kreisen bekannt geworden ist Chang-hsün durch seine Verteidigung Nankings 1911 und durch den meisterhaften Rückzug seiner Truppen über den Yangtse. Die Umwandlung Chinas zur Republik hat wohl kaum jemand mit größerem Widerstreben als er erlebt, und er hat es gewagt, nicht nur während dieser ganzen republikanischen Periode seinen Mandschuzopf beizubehalten, — was ihm den Spottnamen Chang da bien, der Chang mit dem langen Zopf, eingetragen hat, — sondern er hat das Gleiche auch bei seinen Truppen durchgesetzt; ein starker Beweis der Autorität, über die er verfügt. Disziplin weiß er zu halten und ist nicht sparsam im Köpfen-lassen, wie er besonders in Nanking 1911 und 1913 bewiesen hat. Seinen festen Sitz hat er die ganze letzte Zeit über in Hsüchoufu gehabt — von 1915 ab als Generalinspektor der Yangtse-Provinzen — und er weiß wohl, warum er gegen alle Anerbietungen, ja auch Befehle, diesen Posten mit einem anderen „höheren" zu vertauschen, sich stets ablehnend verhielt. Dort hat er im Besitz der Tientsin—Pukou-Bahn die Schlüssel der

Digitized by Google

Verbindung zwischen dem Norden und dem Süden in der Hand, und inzwischen hat auch die große Ost-West-Bahn Hsüchoufu erreicht. Seine Armee gilt als die größte und beste Truppenmacht Chinas.

Der jetzt 13jährige Kaiser (Pu-yi ist sein persönlicher Name, Hsüan-tung der Name seiner Regierungszeit) hat bekanntlich schon einmal vom 14. Oktober 1908 bis 12. Februar 1912 den Drachenthron innegehabt. Ja, er hat nie aufgehört Kaiser zu sein, denn sein kaiserlicher Titel ist ihm bei seiner Abdankung unter Bewilligung eines Jahresgehaltes von 4 Millionen Dollar gelassen worden. Anfangs bewohnte der kaiserliche Hof auch noch nach voller Herstellung der Republik einen Teil des alten Palastes, bis er dem Kaiserprätendenten Yüananshikai weichen mußte und seitdem in den Sommerpalast übergesiedelt ist. Es sei auch daran erinnert, wie das Abdankungsedikt vom 12. Februar 1912 die Zweideutigkeit in sich trägt, daß es sich dabei nur um eine Nachgiebigkeit an den Willen des Volkes handle, das nun einmal den Gedanken gefaßt hat, es mit einer republikanischen Staatsform probieren zu wollen. Es liegt eine feine Ironie darin, wenn es in dem Schlußsatz jenes Ediktes heißt: „Wir werden uns zurückziehen, um ein friedvolles Leben abseits von öffentlichen Pflichten zu führen und die erfolgreiche Durchführung der neuen Verwaltung mit anzusehen, wodurch wir völlig befriedigt sind."

Daß die neue republikanische Regierungsform nicht erfolgreich gewesen ist, sondern ein starkes Fiasko gemacht hat, ist offenbar. Insofern wäre es durchaus gerechtfertigt, wenn nunmehr die Monarchie die Zeit gekommen erachtet, um das Heft wieder in die Hand zu nehmen. Schon manchmal hat ja die chinesische Geschichte solche Zeiten eines tatsächlichen Interregnums erlebt, bis dann aus dem allgemeinen Wirrwarr sich eine kräftige Hand wieder erhob. Ob aber das neue Mandschuhaus sich als derartiger Retter erweisen kann? Sollte es aus der kläglichen Kraftlosigkeit, in der es bei seinem Abgang sich darstellte, sich inzwischen so erholt haben? Im Norden mag es trotzdem in der älteren Generation manche Sympathien finden und von dem Empfinden begleitet sein, daß die heilige Ordnung des Tao, der Himmel, Erde und Mensch verknüpfenden Ordnung der Dinge nunmehr wieder hergestellt sei. Aber der Süden, in dem während der ganzen zweieinhalbhundertjährigen Mandschuherrschaft der Widerspruch gegen diese niemals erstorben war, und in dem nunmehr die gegen jedes Kaisertum gerichteten demokratischen Schlagworte sich so stark in die Köpfe eingenistet haben, wird sich schwerlich zufrieden geben, und der Süden wird vielleicht weit in den Norden hineinragen oder es werden noch weitere Spaltungen erfolgen. Einstweilen ist jedenfalls nicht abzusehen, was wohl anders erfolgen soll, als ein neuer Bürgerkrieg — das wäre der vierte in sechs Jahren — womöglich mit einer Spaltung zwischen Nord und Süd, wie sie ja China schon wiederholt gesehen hat.

Aber es kommt bei dem, was in China und aus China wird, wie die Dinge nun einmal liegen, ja keineswegs auf dieses allein an. Die wichtigste Frage ist dabei natür-

Digitized by Google

lich die: Wie steht Japan zu dem neuen Kaisertum? Ohne daß Japan seine Zustimmung gibt, könnte es sich natürlich nicht halten. Darauf, daß eine Mandschubewegung im Gange sei, haben japanische Zeitungen schon vor Monaten hingewiesen, und Terauchi gewarnt. „Asahi Shimbun" hat ferner verlauten lassen, daß der im Februar wegen einer Anleihe nach Japan gesandte Lu-chung-yu in Wahrheit den Auftrag hatte, bei der japanischen Regierung zu sondieren, wie sie sich zur Wiederaufrichtung des Mandschuthrones stellen würde. Aus dem starken Mißvergnügen, das englische Blätter zu der Entwicklung der Dinge in China während der letzten Wochen geäußert haben, könnte man vielleicht den Schluß ziehen, daß die japanische Regierung kein Mißvergnügen hat. Ist China doch das eigentliche Feld für das Spiel und Gegenspiel der englischen und japanischen Politik.

Und welchen Einfluß wird die Neugestaltung der Dinge in China auf die Beziehungen zu Deutschland haben? Da sei hier nur an die Worte des Ministerpräsidenten Terauchi erinnert, daß der Umschwung in China leider auf dessen Beteiligung am Krieg und seinen Anschluß an die Entente ungünstig wirke. Es mag sich jeder selbst auslegen, wie weit er dieses „leider" im japanischen Mund für aufrichtig halten will. Aber die Annahme, daß in der Tat die neue Regierung jetzt von sehr viel dringlicheren Anliegen erfüllt sein muß, als von einem Krieg mit Deutschland, ist allerdings sehr glaubhaft. Sie wird froh sein, wenn sie China und sich selbst einigermaßen aus dem gegenwärtigen Chaos herauszuretten vermag.

Die Zustände in Polen

Von Wilhelm von Massow

Heute gehört es in vielen politischen Kreisen fast zum guten Ton, von den Zuständen in Polen in der absprechendsten Weise zu reden, als ob es sich um eine gänzlich verfahrene und verlorene Sache handelte. Um so ernster tritt an jeden, der sich in langen Jahren bemüht hat, in diese Verhältnisse einen Einblick zu gewinnen, die Frage heran, ob unseren vaterländischen Interessen mit solchen Schilderungen, die in der Regel mehr Stimmungsausbrüche und -Eindrücke als Urteile sind, gedient ist, und ob sie nicht bei denen, die nicht nachprüfen können, mehr Schaden stiften, als einiges darunter an geeigneter Stelle vielleicht in Gestalt einer heilsamen Warnung nützt. Wüßte man nicht aus unzähligen Erfahrungen, wie unbekannt Polen den meisten unserer Landsleute ist, so müßte man vor allem darüber erstaunt sein, was für merkwürdige Erwartungen an die Entwicklung der Dinge in Polen geknüpft worden sind.

Fürst Bismarck hat oft bemerkt, daß er es seiner früheren Beschäftigung als Landmann und Jäger verdanke, wenn er, der ungestüme Tatenmensch mit dem leidenschaftlichen Temperament, das vorsichtige Kommenlassen des rechten Augenblicks, das geduldige Warten in der Politik gelernt habe. Die ganze Staatskunst früherer Zeit hatte

Digitized by Google

allerdings viel von der Tätigkeit des Landwirts und Jägers an sich und, — was die Hauptsache war —, je mehr sie davon hatte, desto erfolgreicher war sie. Es war der Hauptvorzug der vielbewunderten englischen Staatskunst in ihrer Blütezeit, und die kühlrechnenden, gelassen abwartenden, im rechten Augenblick fest und rasch zufassenden Angelsachsen haben bis auf den heutigen Tag noch viel davon bewahrt; sonst wären sie jetzt schon längst am Ende. Man hat darüber gespottet, daß Lord Greys einzige schriftstellerische Leistung, die einzige Arbeit, die ihn vor dem Kriege weiteren Kreisen bekannt gemacht hatte, ein Buch über Angelsport war. Besser wäre es vielleicht gewesen, man hätte nicht gespottet, sondern nachgedacht. Denn es ist fraglich, ob der Geist des neuen Zeitalters, dem wir angehören, in allen Fällen geeigneter ist, größere politische Erfolge herbeizuführen. Tonangebend ist jetzt der Geist des kühnen und geschäftigen Unternehmers. Wenn sich aus einer Sache nicht schon im ersten Jahr eine gute Dividende herauswirtschaften läßt, dann läßt man lieber die Finger davon. Es muß schnell gehen und etwas Ordentliches abwerfen. Das mühsame Pflanzen und Wachsenlassen behagt der nervös hastenden Zeit nicht. Die Vorzüge dieses neuen Geistes dürfen gewiß nicht verkannt werden. Aber gewisse Dinge sind doch nun einmal nicht anders zu machen, als daß man sie in der Zeit, die ihnen die Ordnung der Natur gesetzt hat, sich entwickeln läßt. Die Sucht, rascher ernten zu wollen, als dem inneren Gesetz der Dinge entspricht, und alles aus dem Gesichtspunkt einer Aktiengesellschaft zu beurteilen, die auch Nützliches und Notwendiges unterläßt, wenn es zu viel Zeit und Geduld erfordert, hat uns auf manchen Gebieten — z. B. in der Kolonialpolitik! — schon so viel Schaden gebracht, daß es sich empfehlen würde, daneben in geeigneten Fällen auch der altmodischen Politik des Landmannes und Jägers wieder ihr Recht werden zu lassen. Die sicherlich von den besten Beweggründen geleiteten unwirschen Kritiker unserer Politik in Polen entrüsten sich darüber, daß der werdende Staat kein Herkules ist, der als Säugling in der Wiege schon Schlangen zerdrückt. Nein, wirklich, das ist er nicht, und von solchem nützlichen Wirken für die Menschheit ist er noch weit entfernt. Er ist auch nicht einmal ein stilles, liebenswürdiges Kind, das ruhig liegt und wartet, bis man ihm die Flasche gibt, sondern eins, das schreit und strampelt und sehr danach angetan ist, seiner Nachbarschaft auf die Nerven zu fallen. Aber ebensowenig, wie wir im bürgerlichen Leben das Schicksal solcher Kinder von den Wünschen liebenswürdiger Nachbarn abhängig machen, die sie vielleicht am liebsten als Wechselbälge ersäufen möchten, so kann die vorläufige Schwierigkeit und anscheinende Undankbarkeit der Aufgabe, die wir in Polen übernommen haben, nicht als durchschlagender Grund angesehen werden, um unsere Arbeit als aussichtslos und verloren anzusehen, wenn sie sonst in der Linie unserer deutschen Interessen liegt.

Aber hier kommen wir nun auf den kritischen Punkt. Liegt die Politik, die wir mit der Wiederherstellung des polnischen Staates begonnen haben, wirklich im deutschen

Digitized by Google

Interesse? In dem Teil unserer Presse, der der Politik des Reichskanzlers in abfälliger Kritik gegenübersteht, kann man bei jeder Gelegenheit gallenbittere Bemerkungen über unsere Befreierrolle in Polen lesen, Klagen über den „Undank" der Polen, die unser selbstloses Geschenk, die kostbare Gabe der Unabhängigkeit, nur mit Überhebung, schlecht verhaltenem Haß, ja Geringschätzung, und mit immer unbescheidener werdenden Ansprüchen beantworten. Die daraus entstandenen Verhältnisse in dem besetzten Polen werden dabei mit sehr lehaften Farben ausgemalt.

Für jeden, der die Welt kennt — noch dazu die politische Welt und nun gar erst Polen — bedeutet das alles keine Überraschung. Unter dem Durchschnitt des Offizierkorps und der Beamtenschaft, die während eines Krieges in besetztem Gebiet zu tun haben, wird es immer und überall eine große Zahl geben, die nach dem Bilde, das sie sich in der Phantasie von einer solchen Lage zurecht gemacht haben, ihre Erwartungen in der Wirklichkeit nicht erfüllt finden. Es ist — abgesehen von höheren Stellen mit weiter reichender Verantwortung — von den einzelnen auch gar nicht zu verlangen, daß sie von den fremden Verhältnissen und dem fremden Nationalcharakter eine so weit genügende Vorstellung haben, um in jedem Falle das Mögliche und Nützliche mit Sicherheit zu erkennen. Wir Deutschen verlangen darin von unseren Leuten schon sehr viel mehr, als jeder anderen Nation in solcher Lage einfallen würde, und das wird sogar von manchen Seiten — nicht ganz ohne Berechtigung — getadelt. Es ist also fast eine selbstverständliche Erscheinung, daß viele, die in dem besetzten polnischen Gebiet dienstlich, amtlich oder beruflich zu wirken haben persönlich unerfreuliche Eindrücke empfangen. Der eine ärgert sich über Unordnungen, Nachlässigkeiten und Mißbräuche, die ihm auf Schritt und Tritt begegnen, der andere vermag die Art, wie die polnischen Legionäre und namentlich ihre Offiziere grüßen, nicht mit seinem berechtigten Siegerbewußtsein zu vereinigen, der Dritte, der mehr zu tieferem Nachdenken veranlagt ist, sucht in den scheinbar rettungslos verfahrenen Zuständen vergebens das Ende des Fadens, das ihm eine Entwirrung des Knäuels verheißen könnte. Alle diese Erfahrungen und Eindrücke wandern in Gestalt von weniger feldgrau als vielmehr tschgrau gefärbten Stimmungsberichten schriftlich und mündlich über die deutsche Grenze in die Heimat. Hier aber folgt ihnen erst die rechte, von ihren Urhebern oft gar nicht gewollte, politische Wirkung. Sie fallen wie Funken in dürres Reisig. Denn — wir wollen uns doch nichts vormachen: gerade die Kreise, die der Mehrheit unseres Offizierkorps und unserer Beamtenschaft am nächsten stehen, die politisch konservativen Kreise, spannen ja förmlich auf den Augenblick, wo sie hören, daß es drüben in Polen nicht klappt, weil sie von vornherein überzeugt gewesen sind, daß die Befreiung Polens ein falscher und mindestens übereilter Schritt war, und nun natürlich in subjektiv berechtigter Besorgnis vor den Folgen eine möglichst baldige und gründliche Bestätigung ihrer Ansicht für nützlich und im allgemeinen Interesse liegend erachten. Leider aber bildet sich auf diese Weise zwischen den Ein-

Digitized by Google

drücken, die im besetzten Gebiet empfangen werden, und den Stimmungen in der Heimat eine Wechselwirkung, die in recht verdrießlicher, ja hier und da sogar unheilvoller Weise eine sachgemäße Verständigung über die deutschen Interessen in Polen hindert und den Männern, die dort in schwerer Mühewaltung eine ungemein verwickelte und scheinbar undankbare Aufgabe zu erfüllen haben, die Arbeit erschwert.

Diese letzte soeben erwähnte Wirkung ist besonders bedauerlich, weil von dem, was diese Männer zu leisten haben und wirklich leisten, zu Hause ein ganz falsches Bild entsteht und dadurch unnötigerweise eine Stimmung genährt wird, die in keinem Falle dem Vaterlande Nutzen bringen kann. Am seltsamsten muß es dem mit der Wirklichkeit Vertrauten erscheinen, wenn er aus manchen Urteilen über die Zustände in Polen heraushören muß, daß unsere Behörden in Polen schwach und zu entgegenkommend sind und sich allerlei von den Polen gefallen lassen, was uns zum Schaden gereicht. In einem vielbeachteten, mit „Quidam" unterzeichneten Artikel in der Pfingstnummer der „Kreuzzeitung" war sogar die Möglichkeit angedeutet, daß wir eines Tages von den Polen aus ihrem Lande „herauskomplimentiert" werden könnten. Ich weiß nicht, auf welche Unterlagen der Verfasser dieses Artikels sich stützt., möchte auch an dieser Stelle nicht näher auf seine Ausführungen eingehen, die mir als eine eigentümliche Mischung von gewissen an sich nicht unrichtigen Beobachtungen und falschen Schlußfolgerungen erscheinen. Jene Beobachtungen beruhen offenbar auf der guten Grundlage einer genauen Kenntnis der Verhältnisse in unseren preußischen Ostmarken, — die Schlußfolgerungen auf einer nicht ausreichenden Kenntnis oder vielleicht auch nur nicht genügenden Beobachtung der allgemeinen politischen Lage. Aber folgendes muß doch dazu bemerkt werden: die Männer, die in Polen an verantwortlichen Stellen wirken, sind durchweg nicht von der Art, daß die Befürchtung gerechtfertigt wäre, sie könnten der nationalen Würde und unserer berechtigten Stellung im Lande in den Augen der Polen das geringste vergeben. Natürlich haben sie sehr verschiedene Wirkungskreise und müssen sich in Erfüllung ihrer amtlichen Pflichten, die ungewöhnlich verwickelter Art sind, sehr verschiedener Mittel und Methoden bedienen. Jedenfalls geht das nicht nach dem einfachen Schema, das sich manche ihrer Kritiker zurechtgelegt haben, die sich einbilden, es komme nur darauf an, mit Sicherheit und Eleganz die Pose des Siegers und des Herrn im Lande zu bewahren. Es wird niemals zu vermeiden sein, daß hier und da Fehler gemacht werden, anderseits aber auch, daß die daraus entstehende Kritik gelegentlich ungerecht wird. Übermäßig empfindlich soll man da nicht sein, aber es ist doch tief zu bedauern, wenn gegenüber einer so wichtigen Aufgabe die Verständnislosigkeit der heimatlichen Kritik direkte Hemmungen und Rückschritte schafft. Wer nicht etwa grundsätzlich in diesen Dingen den Gesichtskreis eines tüchtigen Feldwebels für den allein richtigen hält, wird bei näherer Kenntnis und gleichzeitigem Überblick den Vorwurf der Schwäche und der Erfolglosigkeit des deutschen Regiments in Polen unmöglich aufrecht erhalten können.

Digitized by Google

Doch nun zurück zu der Hauptfrage: Weshalb haben wir Polen befreit? Wirklich nur, weil wir, wie es in vielen unserer Blätter zu lesen ist, das Bedürfnis hatten, eine gute Tat zu tun und im Gegensatz zu den Sünden der Entente unsere Tugend vor der Welt im hellen Licht erstrahlen zu lassen? Ich fürchte, das glaubt uns in der ganzen Welt kein Mensch, mit Ausnahme derer in unserem eigenen Vaterlande, die sich durch Parteisucht und Rechthaberei verleiten lassen, hinter jedem Schritt unserer Regierung und namentlich des gegenwärtigen Reichskanzlers irgendeinen törichten, der Sentimentalität und Schwäche entspringenden Beweggrund zu suchen. Ja aber — so höre ich einwenden — wir haben doch den Polen die Wiederherstellung ihres Reiches mit der Geste des großmütigen, wohlwollenden Befreiers versprochen, und so steht es in dem Manifest der Generalgouverneure vom 5. November 1916, so geht es auch aus den Reden des Reichskanzlers hervor; wir haben also doch den Polen zu erkennen gegeben, daß wir ihnen aus freiem Entschluß eine Wohltat erweisen wollen und dafür auf ihre Freundschaft rechnen! Gewiß, dieser Gedanke war selbstverständlich die gegebene und gebotene Form für die Kundmachung und Begründung des entscheidenden Schritts. Wie hätte es denn auch anders geschehen sollen? Wenn ich jemand etwas anzubieten und zu geben habe, was ich für notwendig halte, so mache ich ihn auf die Vorteile aufmerksam, die er selbst davon hat, namentlich wenn diese Vorteile so handgreiflich und so wertvoll sind, wie es den Polen die Wiederherstellung ihres Königreiches sein mußte. Geschenk bleibt Geschenk und hat seinen Wert für sich, den man der Wahrheit gemäß hervorheben und umschreiben kann. Jeder Geber darf die Erwartung aussprechen, daß der Beschenkte sein Verhalten nach dem Wert der Gabe und nach den Verhältnissen, in die er dadurch versetzt wird, einrichtet. Aber was in aller Welt wird dadurch über die Beweggründe ausgesagt, die den Geber im letzten Grunde zu dem Geschenk veranlaßt haben? Das ist eine Frage ganz für sich. Man darf wohl annehmen, daß unsere Feinde im gleichen Fall noch viel mehr ihre Uneigennützigkeit und ihr Mitgefühl mit den geknechteten Polen unterstrichen hätten, als wir es getan haben. Jeder wichtige politische Schritt, mag er auch die größte Vergewaltigung und das schwerste Unrecht darstellen, wird von unseren Feinden mit Moral verbrämt, und — das ist das seltsame — ihre eignen Völker quittieren darüber mit verständnisvollem Schmunzeln, während unsere Presse sich zwar darüber entrüstet, aber zugleich anerkennend die überlegene Schlauheit der gegnerischen Politik hervorzuheben pflegt und ihre verlogene Sentimentalität wenigstens wirksam und nicht ungeschickt findet. Als aber in unserem Polenmanifest vollkommen wahr und schlicht auch der Gefühlswert betont wurde, den der Entschluß der beiden Zentralmächte für das polnische Volk haben mußte, da fanden sich sofort bei uns weise Männer, die ohne weiteres annahmen, daß diese Gefühlsseite, der Wunsch, uns den Polen angenehm zu machen, das einzige Motiv unseres Handelns gewesen sei, und nun belehrend hinzufügten, das sei wieder ein Zeichen, wie senti-

Digitized by Google

mental und vertrauensselig unsere Politik sei; man werde schon noch sehen, welche Erfahrungen man mit der Dankbarkeit der Polen machen werde.

Es ist merkwürdig und überraschend, wie wenig Leute es zu geben scheint, die das vollkommen Schiefe und Unmögliche dieser ganzen Stellungnahme erkennen. Ich erwähnte schon, daß außer denen unter unsern Landsleuten, die unserer Regierung das Gefühlsmotiv unberechtigterweise unterschieben, kein Mensch in der Welt daran glaubt. Am allerwenigsten die Polen selbst. Sie sind überzeugt, daß, wenn wir ihnen die Wiederherstellung ihres Vaterlandes versprochen haben, wir das taten, weil wir mit dieser Lösung am besten unsern eigenen Interessen zu dienen glaubten. Und sie haben recht, das anzunehmen, denn so ist es wirklich. Das Versprechen verliert für die Polen durch diese Erkenntnis nicht an Wert, sondern gewinnt an Sicherheit der Erfüllung. Gewiß aber wird die ganze Sache dadurch aus dem Bereich der Gefühlspolitik herausgehoben, und das ist ein Vorteil für beide Teile. Weshalb wollen wir die Sache wieder in diesen Bereich hineinbringen durch die Forderung der Dankbarkeit? Die Dankbarkeit ist eine Tugend des Privatlebens, und man braucht nicht Menschenfeind zu sein, um zu wissen, daß sie auch da ein seltenes Gewächs ist. Aber was man sich unter der Dankbarkeit eines Volkes gegen ein anderes vorstellen soll, bleibt schlechthin rätselhaft. Wollte das deutsche Volk den Polen gegenüber etwa den nicht genug gewürdigten Wohltäter spielen, der durch die vorenthaltene Anerkennung von der andern Seite sich gekränkt fühlt, so würden wir uns doch damit nur lächerlich machen. Nicht Dankbarkeit wollen wir, sondern nur das einfache Begreifen der Folgerungen, die sich aus den Gründen und Zielen unseres Handelns für Polen ergeben. Wir haben den Polen gezeigt, daß ihr am heißesten ersehntes nationales Ziel jetzt erreichbar vor ihnen liegt, selbstverständlich nur im Bunde mit uns. Damit ist unser Standpunkt klar und einfach bezeichnet, nun haben auch die Polen das ihrige dazu zu tun. Da ist allerdings unsere Verwunderung begreiflich, daß es auf ihrer Seite überhaupt noch ein Schwanken und Zögern geben kann. Aber wer die Lage des Landes und den polnischen Nationalcharakter kennt, wird sich darüber gar nicht so sehr wundern. Die polnischen Eigentümlichkeiten zeitigen eine Menge für uns unerfreulicher und schwer verständlicher Erscheinungen, und es ist natürlich nicht zu erwarten, daß sich das deutsche Volk leicht und fröhlich damit abfindet oder gar seine Lebensaufgabe darin sieht, sich liebevoll in die Seele des polnischen Volkes zu versenken und ihm, alles verstehend, alles zu verzeihen. Darauf kommt es gewiß nicht an, und wir haben besseres zu tun.

Aber hier tritt eine andere Reihe von Erwägungen in ihr Recht. Wer sich über die Schwierigkeiten ärgert, die dem deutschen Wirken in Polen bereitet werden, und daraus Nachteile für unsere deutsche Sache im Osten fürchtet, sollte sich einmal ernsthaft die Fragen vorlegen, ob ihm überhaupt irgendeine andere Lösung denkbar erscheint, die uns über diese Nachteile hinweghilft. Denn das polnische Volk

Digitized by Google

ist doch nun einmal da und bleibt ein unabänderlicher Faktor in der Rechnung. Ich habe noch niemand gefunden, der mir auf die soeben erwähnte Frage eine befriedigende Antwort gegeben hat, denn — das muß jeder Vernünftige einsehen, — bloße Klagen über das, was uns an Land und Leuten in Polen nicht gefällt, sind in dieser Beziehung wertlos und führen zu nichts. Sagen wir doch ganz ehrlich: eine Quelle reiner Freude werden die Verhältnisse im Osten für uns niemals werden; daher fragt es sich nur, welche von allen möglichen Lösungen für uns das kleinste Übel darstellt. Ich glaube nicht, daß die so gestellte Frage anders beantwortet werden kann, als es die verbündeten Kaiserreiche am 5. November 1916 getan haben.

Aus solchen Tatsachen muß man dann aber auch die notwendigen Folgerungen ziehen. Die Kritik pflegt ja schließlich zuzugeben, daß die Wiederherstellung Polens möglicherweise die relativ beste Lösung sein könne, aber fast allgemein wird bemängelt, daß mit der Verkündigung nicht länger gewartet worden sei. Auch hier sind Gegenfragen am Platze: Worauf wollte man warten? Was hätte man durch Verzögerung des Entschlusses gebessert? Es ist an dieser Stelle nicht möglich, auf diese Fragen näher einzugehen; nur sei darauf hingewiesen, daß der Irrtum, wir hätten übereilt gehandelt, wohl hauptsächlich auf die weitverbreitete Meinung zurückzuführen ist, die damalige russische Regierung sei zu einem Sonderfrieden bereit gewesen und durch das Manifest vom 5. November davon abgebracht worden. Aber diese Behauptung gehört in das Reich der Fabel, woran auch die Sicherheit, mit der sie immer wiederholt wird, nichts ändert. Im übrigen möge man sich klar machen, daß es unsere Lage in Polen gewiß nicht erleichtert oder bequemer gestaltet hätte, wenn zuerst die Friedensnote Wilsons im Dezember und dann die russische Revolution gekommen wären, bevor wir und unsere Verbündeten zu der Frage der Zukunft Polens Stellung genommen hatten. Wer sich durchaus nicht entschließen kann, den Vorsprung, den wir mit unserer Erklärung gewonnen, unserer Regierung als Verdienst anzurechnen, der mag es einen glücklichen Zufall nennen; das tut in diesem Fall nichts zur Sache. Und vielleicht wird später auch noch einmal klar, warum das, was bisher vornehmlich als Unstimmigkeit in dieser ganzen Angelegenheit gelten mußte und das November-Manifest nach außen hin vielen als Übereilung erscheinen ließ, nicht vermieden werden konnte, nämlich das Fehlen einer bestimmten Auseinandersetzung mit Österreich-Ungarn über alle Einzelfragen. Auf der Grundlage aller dieser Erwägungen wird man, wenn auch vielleicht nicht zur vollen Zustimmung zu allem, was geschehen ist, so doch zu einer ruhigeren Auffassung der Lage in Polen gelangen.

Dann muß man aber auch einsehen, daß es notwendig ist, die Aufgabe der in Polen wirkenden Persönlichkeiten und Behörden richtig zu verstehen und ihnen die wünschenswerte moralische Unterstützung von der Heimat aus zuzuwenden. Natürlich würden wir nötigenfalls die Macht haben, die Polen vom Standpunkt des Eroberers „zusammenzuregieren". Aber das würde sinnlos und töricht sein in einem

Digitized by Google

Lande, das wir weder behalten, noch in die Hand Rußlands zurücklegen wollen, sondern das uns einmal ein selbständiger Verbündeter werden soll. Und doch können wir, solange der Krieg währt, nicht darauf verzichten, für unsere Kriegführung die Stellung auszunutzen, die wir durch Eroberung und Besetzung dieses bis zum Kriegsausbruch anerkannt russischen Gebiets gewonnen haben. Daraus müssen unvermeidliche Widersprüche und Schwierigkeiten entstehen. Denn für uns steht das Interesse unseres Landes und unseres kriegführenden Heeres selbstverständlich in vorderster Reihe, und nur soweit dieses gewahrt ist, arbeiten wir an der Vorbereitung des Zustandes, der erst nach dem Kriege eintreten soll und für dessen Voraussetzungen zuvor der Grund gelegt werden muß. Die Polen legen natürlich das Gewicht auf die entgegengesetzte Seite — so sehr, daß sie sogar ganz vergessen, daß wir noch Krieg mit dem Lande führen, das seinerseits in Polen noch heute einen Bestandteil seines Gebiets sieht und in ihm noch immer eine große Zahl von treuen Anhängern zählt. Sie können nicht verstehen, daß wir nicht unsere einzige Aufgabe darin erkennen, den Polenstaat, den wir aufrichten wollen, möglichst fertig zu machen, und daß wir ihnen nicht blindes Vertrauen schenken, sondern mit der Möglichkeit rechnen, daß unsere Erwartungen getäuscht werden. An diesen Gegensätzen hat nicht nur der natürliche nationale Egoismus seinen Anteil, sondern es wirken auch die verschiedenen Temperamente, eingewurzelten Auffassungen, Gewohnheiten, Überlieferungen und Vorurteile der beiden Völker verschärfend mit. Gegen solche Gegensätze mit Gewalt vorzugehen, ist ein ebenso vergebliches Bemühen, wie der Gedanke, sie durch freundliche Überredung und sanftes Nachgeben aus der Welt zu schaffen. Wohl aber lassen sich mit zäher Ruhe und sachlicher Überlegenheit Richtwege für die beiderseitigen Interessen herstellen, die, wenn sie auch anfangs widerwillig begangen werden, doch eines Tages die Erfahrung reifen lassen, daß Deutsche und Polen ganz von selbst auf denselben Weg gelangen. Anders lassen sich dauerhafte freundliche Beziehungen zwischen verschiedenen Völkern überhaupt nicht herstellen. Ich glaube darin, soweit ich an Ort und Stelle beobachten und mit den verantwortlichen Persönlichkeiten in Verbindung treten konnte, auch die Auffassung unserer Verwaltung in Polen zu erkennen. Es kann dabei nicht die Rede sein von einer übelangebrachten Nachgiebigkeit gegen die Polen, aber die Verwaltung erfüllt freilich auch nicht die Erwartungen derer, die den Polen aus ihrem ungestümen Drängen nach einem größerem Maß von Rechten und aus ihrer naiven Selbstüberschätzung in jedem Falle sofort ein Verbrechen machen wollen und verlangen, daß man ihnen bei jeder selbständigen Regung die Faust unter die Nase hält. Das wäre sehr töricht! Echte Staatskunst unterscheidet sehr genau zwischen einer festen und einer harten Hand.

Und noch eins! Die eifrigen Ratgeber aus der Entfernung, die die Verhältnisse entweder gar nicht kennen oder nach denen unserer Ostmarken beurteilen, scheinen sich nur ein unzureichendes Bild zu machen von der Demoralisation, Zerrüttung und Ver-

Digitized by Google

wirrung, die die russische Herrschaft hinterlassen hat, und andererseits von der verblüffenden und verwirrenden Umwälzung und Umkehrung alles Gewohnten, die für die Polen mit der Tätigkeit der deutschen Behörden begonnen hat. Es braucht Zeit, bis da alles in Gleichgewicht und Harmonie kommt. Die Russen haben dort so lange einen Berufsstand gegen den andern, ein Bekenntnis gegen das andere, eine soziale Schicht mit ihren wirtschaftlichen Interessen gegen die andere ausgespielt, daß es ein blaues Wunder wäre, wenn man schon jetzt aus einzelnen Stimmen eine feste, maßgebende Ansicht über Polens Zukunft herauserkennen könnte. Sehr genaue Kenner versichern, daß die Abneigung gegen ein Zusammengehen mit Rußland immer entschiedener werde, dagegen die Einsicht von der Notwendigkeit eines Anschlusses an Deutschland immer mehr durchbreche, beides auch bei denen, die ihr Herz im Grunde mehr zum slawischen Brüderchen im Osten als zu Deutschland zieht. Das mag richtig sein, aber wir werden gut tun, es ruhig und vorsichtig abzuwarten. Dieselbe Ruhe mögen wir aber auch bewahren, wenn wir die Äußerungen von Haß und Mißtrauen, die uns gelegentlich aus polnischen Stimmen des Königreichs entgegentönen, und die Stimmungen, die wir in einzelnen Unberechenbarkeiten und Seitensprüngen des polnischen Wesens zu erkennen glauben, ihrem Wert uud ihrer dauernden Wirkung nach einschätzen wollen. Was für heftige Meinungsverschiedenheiten gibt es auch bei uns, und wie würde das Bild manchmal aussehen, wenn wir das polnische Temperament hätten! Schließlich kommt es doch darauf an, worin die Polen ihren Vorteil sehen. Dementsprechend werden sie handeln. Um demgegenüber unsern eigenen Vorteil zu wahren, brauchen wir statt der heftig zufahrenden Nervosität, die von manchem empfohlen wird, — die genaue Kenntnis der Verhältnisse und eine sich darauf stützende ruhige Festigkeit. Dann wird es mit der Zeit schon gehen.

Die Benguella-Bahn und Deutschlands Zukunft in Zentralafrika

(Nach dem englischen Original aus „Overseas". Montagsausgabe des Übersee-Klubs und der patriotischen Vereinigung der Briten in Übersee von Robert Williams.)

In Heft 20 der „Deutschen Politik" hat Herr Hermann Weil in seinem Artikel „Dem Siege entgegen" auch die deutschen Friedensbedingungen erörtert und dabei die Herstellung eines großen Kolonialreiches in Zentralafrika durch Rückgabe von Kamerun und Ostafrika sowie Abtretung des französischen und belgischen Kongos verlangt. Er verzichtet also auf Deutsch-Südwestafrika und auf die auf dem afrikanischen Kontinent gelegenen portugiesischen Kolonien, insbesondere auf Angola und den nördlichen Teil von Mosambik. Ähnliche koloniale Kriegsziele hat der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Freiherr von Rechenberg, aufgestellt — seine koloniale Kriegs-

Digitized by Google

zielforderung unterscheidet sich von der Weillschen aber dadurch, daß er Britisch-Ostafrika, Uganda und die nördlich des Sambesi gelegenen Teile von Portugiesisch-Ostafrika, Nyassaland und die östliche Hälfte von Nord-Rhodesia verlangt. Auch er verzichtet also auf Angola, das im Gegensatz zu ihnen in derselben Nummer der „Deutschen Politik" der Geheime Hofrat Prof. Dr. Hans Meyer als einen der wichtigsten Teile der von uns zu verlangenden Kriegsentschädigung bezeichnet.

Wohin es führen würde, wenn Deutschland zwar Belgisch-Kongo mit dem Katanga-Bezirk, nicht aber Angola mit der Benguella-Eisenbahn erhielte, zeigen die nachstehenden Ausführungen von Robert Williams. Noch deutlicher werden diese Ausführungen, wenn man sie mit der im Verlage von H. Freytag & Berndt erschienenen Karte der neuen Grenzen von Mitteleuropa nach den Angaben des Freiherrn von Rechenberg oder vielmehr deren Nebenkarte des deutschen Kolonialbesitzes in Afrika vergleicht. Sie zeigt deutlich, daß derjenige Katanga wirtschaftlich beherrschen wird der über die Benguella-Eisenbahn verfügt.

Williams ist der Konzessionär der Benguella-Eisenbahn und Direktor der Tanganyika-Concessions-Ltd., die starke Interessen in Katanga haben.

„Der Bau der Benguella-Bahn war, wie so manche Bahn in Afrika, eine Folge der Entdeckung großer Mineralreichtümer, insbesondere von Kupfer im südlichen Teil des Kongo-Freistaates, gewöhnlich bekannt als Katanga. Die Geschichte der Entdeckung dieser erzreichen Gebiete ist zu lang, um sie hier wiederzugeben. Es mag genügen, zu sagen, daß gewisse Expeditionen unter der Führung des verstorbenen Mr. George Grey, Bruder von Sir Edward, erfolgreich waren in der Feststellung eines sehr ausgedehnten Kupfergürtels in Katanga.

In den folgenden Jahren hat arbeitsreiches Schürfen den Beweis erbracht, daß diese Gegend eine der bedeutendsten Mineralzonen der Welt ist. — Kupfer, Zinn, Gold, Platin, Kohle, Eisen und andere Minerale kommen in bemerkenswertem Reichtum vor, aber Kupfer übersteigt alles, und zwar in Mengen von einer staunenerregenden Größe. Auch das Vorkommen von Diamanten ist festgestellt worden. Um diese großen natürlichen Reichtümer, die in dem eigentlichen Herzen des dunklen Kontinents lagern, kommerziell ausbeuten zu können, war es von Anfang an klar, daß eine Eisenbahnverbindung mit der übrigen Welt hergestellt werden müßte.

Nur dadurch, daß man eine Bahn zu den Mineralschätzen heranführte, konnten sie dem Menschengeschlecht erschlossen und dem Quell der Zivilisation zugeführt werden, und die einzige Bahn war Rhodes' Kap—Kairo-Linie. Mein Freund Cecil Rhodes, auf dessen Aufforderung ich die Erforschung von Nord-Rhodesien unternommen habe, hatte versprochen, diese Linie vorzutreiben, wenn Mineralschätze von einigem Wert in dem Bezirk gefunden werden würden, den ich zu erforschen unternommen hatte. Und in der Tat, er bedurfte dringend der Entdeckung solcher Mineralschätze, um seine Bahn weiter nordwärts zu bringen, da ihm weitere finanzielle Unterstützung von seiten der britischen Regierung abgeschlagen worden war. Seine Bahn vorwärts zu bringen und immer tiefer in die Wildnis eindringen zu lassen, war selbst für Rhodes eine Unmöglichkeit, wenn es nicht möglich wurde, für den weiteren Verkehr eine Einnahme mit Sicherheit vorauszusehen.

Sein ursprünglicher Plan, die Linien nördlich über den Tanganjika-See und den Streifen des Kongo, der von König Leopold zur Unterstützung des Planes an England abgetreten war, vorzutreiben, wurde durch Deutschland durchkreuzt. Rhodes versuchte dann einen anderen Plan mit

Digitized by Google

König Leopold auszuarbeiten, kam aber nicht zum Ziel. Er wurde dann durch seine deutschen Freunde dazu gebracht, eine Vereinbarung mit Deutschland zu treffen, von der er mir aber sagte, sie sei unmöglich auszuführen. Die Vereinbarungen wären, wie er sich ausdrückte, „Wenn- und Aber-Vereinbarungen" gewesen, und als er sah, daß ich mit König Leopold mit Erfolg eine Minenkonzession abgeschlossen hatte und daß meine Leute große Mineralschätze entdeckt hatten, stimmte er mir sofort zu, daß die einzige praktische Linie nur nordwärts führen könnte, um den aus diesem Reichtum stammenden Handel anzuzapfen und den großen schiffbaren Kongo nutzbar zu machen.

Entdeckungen von Mineralschätzen, wie die Lager von Kimberley, the Rand und Rhodesia sind die Meilensteine gewesen, welche die Hauptlinie Schritt für Schritt nordwärts geführt hatten, den ganzen Weg entlang von Kapstadt bis Bulawayo, und Katanga sollte der nächste Meilenstein sein.

Auf Rhodes' Verlangen verhandelte ich wegen eines Vertrages mit König Leopold, welcher den Bau dieser Linie durch den Kongostaat vorsah und brachte den Vertrag zu Rhodes, nachdem er von König Leopold unterschrieben war. Ich bot Rhodes ebenso einen großen Teil unserer Minenrechte an, um ihn bei der Finanzierung seiner Bahnlinie bis zur Kongogrenze zu unterstützen. Aber siehe da! Sein Finanzfreund, der verstorbene Mr. Beit, der ihm bisher geholfen hatte, seine ganze Bahnlinie zu finanzieren, verlangte die Hälfte der Katangaminenschätze für die Rhodesische Eisenbahngesellschaft und, da das unmöglich war, wurde der Plan fallen gelassen. Rhodes war sehr enttäuscht und starb kurz nachher, jedoch nicht, ohne daß ich ihm vorher versprochen hatte, seine Bahnlinie nordwärts zu führen, ein Versprechen, welches ich wenige Jahre später mit König Leopolds Unterstützung ausführte. Die Bahnlinie wird bald Bukama am schiffbaren Kongoflusse erreichen, 2600 Meilen von Kapstadt entfernt. Sie geht durch den ganzen Kupfergürtel, und alle unsere Vorräte kommen über sie von Rhodesien her, wie Tausende von Tonnen Kupfer über sie nach Beira gehen. Und selbst wenn die Benguella-Bahn fertig sein wird, wird diese Linie einen anderen und wahrscheinlich noch größeren Handel haben wegen der größeren Ausdehnung der Kupferindustrie und durch den Handel von Lobito Bay her und nordwärts zum Kongo.

Ich war auf die Feindschaft deutscher Agenten gestoßen, als ich die Verhandlungen wegen der Kap—Kairo-Bahn mit König Leopold führte. Einer von ihnen war nach Brüssel gereist, „um eine Speiche in Williams Rad zu stecken", wie er sich ausdrückte. Dauernde Anforderungen waren ebenso an mich gestellt worden wegen eines großen Teiles unserer Mineninteressen als Entgelt für die finanzielle Unterstützung einer britischen Dampfschifflinie, ein Teil, den ich unmöglich bewilligen konnte, und so kam ich zu dem Schlusse, daß ich, um ein völliges Aufgesaugtwerden durch die Deutschen zu vermeiden, einen anderen Weg finden müßte, die Katangaminen zu erschließen. Ich studierte deswegen die Karte von Afrika, um eine Lösung zu finden, und diese brachte mir ein überraschendes Ergebnis. Ich fand, daß die alte Hochstraße des Sklavenhandels von Zentralafrika durch Angola über die Hochebene zwischen Katanga und Benguella führte und daß die gräßliche und unendliche Folge menschlicher Wesen, welche von den Sklavenjägern gefangen genommen und von ihnen gleich Vieh zur Küste getrieben worden waren, durch die Jahrhunderte hindurch mit ihren harten Füßen und selbst mit ihren Knochen den kürzesten, leichtesten und, wie man jetzt sieht, sparsamsten Weg von Katanga zur See und nach Europa bezeichnet hatten! (Lassen Sie mich im Vorbeigehen bemerken, daß unsere Eisenbahn diesen Sklavenhandel getötet hat, welcher Livingstone, Cameron und andere Vorkämpfer der Afrikaerforschung so betrübt hat.)

Indessen von vornherein ergab sich eine Schwierigkeit, und im ersten Augenblick erschien sie unüberwindlich. Benguella liegt an einer offenen Rhede, und Schiffe müssen laden oder ent-

Digitized by Google

laden mit Hilfe von Leichtern. Das ist eine kostspielige, schwierige und gefährliche Methode, die völlig ungeeignet ist für einen großen Verkehr. Als ich nun weitere Untersuchungen anstellte, fand ich, und man kann sich denken, mit welchem Entzücken, daß ungefähr 20 Meilen nördlich von Benguella ein großer landgeschützter Hafen lag, vollkommen gedeckt gegen alle Stürme. Das ist der nun als Lobito Bay bekannte Hafen. Es mag merkwürdig erscheinen, daß dieser glänzende Hafen nicht schon längst von den Portugiesen benutzt wurde, aber da sie sich zuerst in Benguella eingerichtet hatten, haben sie Lobito Bay vernachlässigt.

Eine kurze Beschreibung dieser bemerkenswerten Bucht oder Binnensee, wie man es nennen kann, mag hier am Platze sein.

Lobito Bay wird durch eine bemerkenswerte Sandbank, ungefähr drei Meilen lang, gebildet, welche parallel zu der tiefen felsigen Küste des Kontinents läuft, und durch ihr Ende ungefähr eine Meile von der Küste entfernt, einen prachtvollen natürlichen Hafen von tiefem Wasser mit einem Raum von ungefähr $4\frac{1}{2}$ Quadratmeilen bildet. Diese Sandbank, welche eine durchschnittliche Breite von 400 Yards hat, mag am besten als ein Landarm beschrieben werden welcher eine lange Strecke Wasser umfaßt. Es ist der beste natürliche Hafen an der Westküste Afrikas, und erfahrene Seeleute haben ihn als „kaum seinesgleichen sonst in der Welt" beschrieben. Der Unterschied zwischen Ebbe und Flut beträgt nur ungefähr fünf Fuß, und die größten Fahrzeuge können in ihn zu jeder Zeit einlaufen. Er hat Platz genug, um der größten Flotte Ankerplatz zu geben. Eine wichtige Tatsache ist, daß die Sandbank an ihrer Innenseite sehr stark, im Verhältnis 2 : 1, abfällt, so daß Fahrzeuge bis zu ungefähr 10 000 Tonnen an einer Werft anlegen können, die nur etwa 30 Fuß aus der Küste hervorragt.

Ich erkannte sofort, daß wir hier die richtige, sparsamste Linie von und nach Europa zu dem Gesamtinnern Afrikas gefunden hatten, insbesondere nach Kambove, dem Zentrum des Kupfergürtels. Das wird man sofort aus den folgenden Zahlen ersehen. Die Entfernung von London nach Kambove beträgt:

über Beira und Bulawayo	9514	Meilen
„ Daressalam	8937	„
„ Beira, Ayrshire und Broken Hill . . .	8850	„
„ Kapstadt	8480	„
„ Lobito Bay	5780	„

Das große Westtor des Kontinents war nun entdeckt. Es blieb nur übrig, es zu öffnen und für die ganze Welt in Bereitschaft zu setzen. Ich muß um Entschuldigung bitten, wenn ich für einen Augenblick bei der Vision mich aufhalte, die sich vor mir hier erhob. Hier in Lobito Bay war der schönste natürliche Hafen der ganzen Westküste von Afrika, 3000 Meilen näher zur See nach England hin als Beira an der Ostküste und 1500 Meilen näher als Kapstadt. Noch mehr! Diese weitläufige und vorzügliche Bucht war von der Natur bestimmt zum geborenen Endpunkt der großen natürlichen Hochstraße von Zentralafrika, einer Hochstraße, welche über eine gesunde Hochebene lief, von welcher die Zuflüsse des Sambesi nach Süden und des Kongo nach Norden abflossen; eine große ebene Wasserscheide, welche ungefähr $\frac{2}{3}$ der Breite von Afrika durchzog, frei von der Tsetsefliege, ein vorzügliches Land für weiße Ansiedler, wo bereits einige Buren, die besten Beurteiler für gutes Viehzuchtland, sich niedergelassen hatten, nachdem sie Hunderte von Meilen in der Suche nach gutem Land umhergezogen waren; ein Land, über welches die landwirtschaftlichen Sachverständigen Frankreichs, Italiens und Deutschlands die besten Berichte veröffentlicht hatten; ein Land, welches zum größten Teil von freundlichen und fleißigen Eingeborenen bewohnt war; eine ideale Linie für eine kontinentale Bahn, bestimmt, in der nächsten Zukunft der Hauptfaktor in der Entwicklung Afrikas zu sein.

Digitized by Google

Es ist allgemein bekannt, daß im Jahre 1898 ein gemeinsames Abkommen zwischen Deutschland und unserer Regierung getroffen wurde, welches bestimmte Gebiete bezeichnete, in denen sie einander politisch nicht in die Quere kommen wollten, und Angola sollte in die deutsche Sphäre fallen. Die Portugiesen waren bei dieser Verabredung nicht beteiligt, und England war wie gewöhnlich durch die Teutonen geblufft worden. Deutschland hatte sich 1884 Südwestafrika gesichert, daraufhin Ostafrika als Ergebnis englischer diplomatischer Unkenntnis und krasser Torheit auf der einen Seite und der üblichen deutschen Falschheit auf der anderen Seite. Kein britischer Staatsman, von welcher Partei er auch sein mochte, scheint bisher fähig gewesen zu sein, mit dem deutschen Bluff fertig zu werden. Das hat das Ergebnis gehabt, daß Deutschland davon überzeugt war, daß es, soweit England in Frage käme, in Afrika alles, was es wollte, nehmen könne: Häfen, Bahnen, Angola (wozu es durch den Geheimvertrag bereits ein gewisses Recht hatte), den Kongo, d. h. tatsächlich alles oder jedes, was es wollte. Der Erwerb der Kontrolle der britischen Njassa-Kompagnie, einer Gesellschaft, welche eine portugiesische Gesellschaft kontrolliert, welche einen großen Hafen, die Bahn und andere Rechte nördlich des Sambesi hat, ist ein anderer Punkt in dieser Richtung.

Um diese Zeit etwa begannen als einen Teil ihres Planes die Deutschen Berichte in der Welt zu verbreiten, um die Kupferminen lächerlich zu machen, obwohl sie, wie ich später herausfand, über die ganze Tatsache genau unterrichtet waren und den Wert der Erze genau so gut wie meine Prüfer und Chemiker kannten. Als ich den wahren sparsamen Weg von Katanga durch Portugiesisch-Angola nach Lobito Bay gefunden hatte, was hatte ich nun zu tun, wie, um es kurz zu sagen, war ich in der Lage, allein ihn für meine Gesellschaft zu sichern?

Ich machte mich auf nach Lissabon im Herbst des Jahres 1902, und in der kürzesten Zeit, die man sich denken kann, d. h. in ungefähr einer Woche, kam ich von dort fort mit einer Konzession in der Tasche, die ordnungsgemäß unterzeichnet und gesiegelt war und durch welche mir das alleinige Recht gegeben wurde, eine Bahn von Lobito Bay nach Benguella über die zentrale Hochstraße zur Grenze des Kongofreistaates zu bauen, und ich hinterlegte bei der portugiesischen Regierung als Garantie für die Erfüllung meines Unternehmens die Summe von 100000 Pfund.

Ich hatte mir die Benguella-Konzession in meinem eigenen Namen verschafft ohne Kenntnis der übrigen Direktoren der Tanganjika-Gesellschaft mit Ausnahme eines einzigen, der auch der größte Anteilzeichner war. Warum tat ich dies? Weil die Anstrengungen Deutschlands und der Deutschen zu dieser Zeit für mich so klar wie Tageslicht waren und ich bestimmte Schritte zu tun gedachte, um ihre Agenten irre zu führen und ihre ehrgeizigen Pläne zu durchkreuzen. Indem ich ihre eigenen Methoden nachmachte und von ihren eigenen Methoden profitierte, war es für mich klar, daß Schnelligkeit und Geheimhaltung notwendig war, und indem ich die Konzession in meinem eigenen Namen erwarb und später meiner Gesellschaft übermittelte, sicherte ich mir diese für den Erfolg notwendigen Voraussetzungen.

In dieser Politik wurde ich unterstützt durch meinen größten Anteilzeichner, und ich hatte dem Finanzsekretär des Königs Leopold geschrieben, indem ich ihm die Notwendigkeit für die Erlangung der Benguella-Bahn-Konzession auseinandersetzte, und ihm die Vorteile beschrieb, die daraus entstehen würden, daß wir unsere eigene Bahn zur Küste haben würden.

Die Beweismittel, welche ich damals dem belgischen König unterbreitete, sind heute noch so zutreffend wie damals und es ist vielleicht wert, sie hier aufzuführen:

1. Diese Bahnlinie wird den Kupfergürtel befähigen, Herr seiner eigenen Bestimmung zu bleiben.

2. Nur die billige Route wird es ermöglichen, daß auch das weniger metallhaltige Erz erfolgreich abgebaut werden kann.

Digitized by Google

3. Die belgische Katanga-Bahn wird viel mehr einnehmen durch die längere Strecke zur portugiesischen, denn zur rhodesischen Grenze.

4. Es wird die zukünftige Hochstraße nach Zentral- und Südafrika sein, da die rhodesische Bahn gezwungen sein wird, sich später in Verbindung mit ihr zu setzen, um den nötigen Verkehr zu ihrem eigenen Unterhalt zu bekommen.

5. Es wird eine dauernde Freundschaft zwischen England, Belgien und Portugal besiegeln.

Kein britischer Diplomat erfuhr etwas von meinen Plänen, bis sie vollendet waren. Wären sie bekannt gewesen, so wäre es wahrscheinlich gewesen, daß ich keinen Erfolg erlebt hätte, da die englischen Diplomaten, liberal oder konservativ, in den letzten Jahren immer fürchteten, die deutsche Empfindlichkeit zu verletzen, und bestrebt waren, wenn möglich, große Landstücke auszuliefern, um unseren „teuren" (expensive) Freund, — so glaube ich, hat Lord Salisbury ihn genannt, — zu versöhnen.

Kaum aber war ich aus dieser Schwierigkeit heraus, als ich auf die Feindschaft Deutschlands selbst stieß. Ich war aus der „Bratpfanne ins Feuer" geraten, weil Deutschland Portugiesisch Angola bereits als reif für die eigene Besetzung vorgemerkt hatte. Ich erfuhr von portugiesischen Freunden, daß der deutsche Botschafter von seinem kaiserlichen Herrn lebhaft getadelt worden war, weil er die Vergebung dieser Konzession an mich nicht hatte verhindern können und daß er beinahe deswegen von seinem Posten abberufen worden wäre. Augenscheinlich hatte ich den wertvollsten Teil von Portugiesisch-Ostafrika für uns gesichert, gerade das Land, welches durch den bereits erwähnten Geheimvertrag zwischen England und Deutschland, von dem ich nun zuerst hörte, von uns beiseite gesetzt war.

Es ist sehr amüsant, daß, während die Diplomaten an ihren Plänen, Deutschland eine beherrschende Stellung in Zentral-Afrika zu geben, im geheimen arbeiteten, ich in Unkenntnis dieser Pläne gehandelt hatte, soweit, daß ihre Pläne zunichte wurden. Dies ist eine gute Sache, denn auf andere Weise würde Deutschland heute die Benguella-Bahn und den Hafen von Lobito besitzen. Es würde die Hochstraße nach Zentral- und Südafrika beherrschen und würde weiter die Kupferindustrie von Katanga in seiner hohlen Hand halten. Meine Konzession nahm den Kern aus der deutschen Nuß, da es klar ist, daß, weil Portugal bei dem Geheimabkommen nicht beteiligt war, — es würde mir ja sonst meine Konzession gar nicht gegeben haben, — dieses Geheimabkommen die Wirksamkeit meiner Konzession nicht berühren kann. Das erklärt auch die lebhaften Bemühungen, die nachträglich von Berliner Kapitalisten gemacht wurden, die Kontrolle über die Benguella-Bahn aufzukaufen. Sie sahen ein, daß der natürliche Hafen von Lobito Bay ein vorzüglicher Flottenstützpunkt sein würde, und daß das Recht, eine Bahn von hier nach der Hochebene Zentralafrikas zu bauen, wahrscheinlich eine noch wertvollere Konzession sei, als selbst die großen Kupferinteressen, die wir in Katanga erworben hatten. Denn die Bahn wird nicht nur den Minen dienen und ihnen ergiebiges Arbeiten selbst bei wenig ergiebigen Erzen ermöglichen, sondern sie wird auch, wie schon gesagt, die wichtigste Verbindung mit den bereits bestehenden Bahnen in Afrika ermöglichen und so den Handel von jedem Punkt des Innern anziehen. Ein kurzer Blick auf jede neuere Karte von Afrika wird dies ohne weiteres klar machen.

Es hat dann noch harte Kämpfe gekostet, die Bahn zu erhalten. Zu den mannigfachen Schwierigkeiten der Finanzierung kamen diejenigen eines solchen Ingenieurunternehmens von privater Quelle aus. Weder die englischen Banken noch der Staat haben jemals in der Vergangenheit einem Unternehmen wie diesem eine helfende Hand gereicht, so wichtig das auch vom Reichsgesichtspunkt aus sein mag. Ob nun in der Zukunft das Reich es sich leisten kann, zu erlauben, daß ein solches Unternehmen sinkt oder schwimmt oder in deutsche Hände fällt, ist, wie Mr. Kipling sagen wollte, eine „andere Geschichte". Immerhin das Schlimmste ist nun vorüber.

Digitized by Google

Eines Tages werde ich vielleicht noch erzählen, wie ich gekämpft habe, nur unterstützt von einigen Kollegen, Männern, welche — ich kann das in aller Klarheit sagen — ihre Liebe zu England über alle pekuniären Betrachtungen gesetzt haben, indem sie Millionen von den deutschen Banken zurückwiesen, welche bestrebt waren, die Kontrolle über diesen Lebensnerv des Reichs zu erlangen. Mit unabläßiger Hingabe haben sie das Unternehmen fortgeführt, obwohl britische Staatsmänner zu schlafen schienen oder offensichtlich gleichgültig britischen Interessen gegenüber waren.

§ Der Krieg hat indessen selbst die schläfrigsten unter den politischen Schlafmützen erweckt, und ich bin der Überzeugung, daß wir nie wieder zu den alten schläfrigen Wegen und schlappen Methoden zurückkehren können. Die Benguella-Bahn, die eiserne Hochstraße durch und nach Zentral- und Südafrika hinein, ist durch britische Anteilzeichner kontrolliert, und das wird so bleiben, so lange ich es behüten mag.

Das ist in Kürze die Geschichte der Benguella-Bahn. Die härteste Arbeit, der Bau der Bahnlinie von Lobito Bay aufwärts auf das innere Hochplateau und über das Plateau zum nächsten Handelszentrum ist vollendet. Es fehlt nur noch eine kurze Spanne über leichtes Land, über welches die Schienen in dem Verhältnis von einer Meile auf den Tag gelegt werden können. Aber, obwohl die Linie noch nicht vollendet ist, hat sie bereits ein Einkommen, das in normalen Zeiten die Ausgabezinsen deckt. Die Zukunft ist gesichert, nichts kann es hindern, da es eine ökonomische Notwendigkeit darstellt und einem Weltwunsche entspricht. Ich hatte bereits gesagt, daß, soweit es an mir liegt, die Kontrolle der Benguella-Bahn in britischen Händen bleiben soll, und nur in diesem Zusammenhang möchte ich ein Wort der Warnung aussprechen. Ich habe als Unterüberschrift zu diesem Artikel gewählt „Deutschlands Zukunft in Zentralafrika". Ich habe das getan, absichtlich, um die Aufmerksamkeit auf eine schleichende Gefahr hinzulenken, die Gefahr, daß Deutschland durch unterirdische Finanzoperationen, unterstützt durch Deutschfreunde in neutralen Ländern, einen gewaltigen Einfluß in manchen Teilen Afrikas und nicht zuletzt in Zentralafrika wiedergewinnen könnte.

Ich hoffe ernstlich, daß Deutschland keine Zukunft in Zentralafrika haben wird. Das würde die Ausschaltung englischen Einflusses bedeuten. Die Methoden der beiden Nationen können nicht nebeneinander bestehen. Sie sind einfach unvergleichbar und unversöhnlich; aber so lange das britische Gesellschaftsgesetz so ist, wie es ist, besteht eine tatsächliche Gefahr, daß die Finanzkontrolle britischer Gesellschaften in fremde Hände übergehen und daß Deutschland sich eine Zukunft in Afrika schaffen kann. Es ist eine von den Deutschen angenommene beliebte Methode, ihre Hände in die Industrien und den Handel der Welt zu stecken.

Es gibt Wege — wenn unsere Gesetzgebung den Rat solcher Menschen nicht verschmäht, die im Kampf gegen die deutsche Frage so lange Jahre gestanden haben — es gibt Wege, sage ich, durch welche der Übergang von der Kontrolle britischer Unternehmungen, insbesondere solcher von Wert für das Reich, verhütet werden kann. Aber das ist wieder eine andere Geschichte."

Die Triebkräfte des Deutschtums in Amerika

Von P. Peters

Wer die Fähigkeit eines Landes wie Amerika kennt, alle die eingewanderten Völker splitter zu einem großen Volke zusammenzuschweißen, so daß sie sich zuletzt wie ein Volk fühlen, und wem die allmächtige Macht der englischen Sprache und Schulen in Amerika nicht unbekannt sind, dem wird von selbst die Frage nach den

Digitized by Google

Triebkräften des Deutschtums in Amerika aufsteigen, die es zuwege gebracht haben, daß sich die deutsche Sprache und deutsches Wesen drei Generationen lang erhalten haben; und zwar nicht nur unter den Gebildeten, sondern auch unter dem einfachen Volke, sogar in den westlichen Staaten Nordamerikas, die in den letzten 50 Jahren nur wenig auf Einwanderer rechnen durften. Diese Frage wird noch mehr eine Antwort erheischen, wenn man sich erinnert, daß der Deutsche selbst in seinem eigenen Vaterlande als solcher galt, der im Auslande nichts eiligeres zu tun hatte, als sich Sprache und Sitten des Auslandes anzueignen und sich seiner Muttersprache möglichst schnell zu entledigen. Und hätte er dies nie getan. Die englische Sprache nagt dennoch drüben unablässig am Lebensnerv des Deutschtums, auch da, wo man ihr keinen sichtbaren Vorschub leistet. Sie dringt in die Häuser ein, wie der Staub der Straße, und ehe man es sich versieht, hat sie die Herrschaft an sich gerissen. Es wäre eine Sache für sich, zu zeigen, wie und auf welche Weise das Englische überhand zu nehmen vermag. Uns soll in diesem Artikel nur die Frage beschäftigen, welche Kräfte es sind, die ihm erfolgreich zu widerstehen vermocht haben und ob sie ihm heute noch Widerstand leisten können. Die Beantwortung dieser Frage wird sich nicht etwa mit dem bloßen Hinweis auf das Zusammenleben der Deutschen in Städten und auf dem Lande, womit dem schnellen Untergang einer Sprache vorgebeugt ist, begnügen. Denn uns ist es nicht um die Frage zu tun: wie hat sich das Deutschtum erhalten, sondern wie hat es sich in einer so einzigartigen und wunderbaren Art — wovon noch die Rede sein soll — gegenüber dem mächtigen Strom aller englischen Kultur und Kräfte erhalten, so daß nicht nur von einem Erhalten, sondern von einem Wachstum die Rede sein muß. Will man diese starken Triebkräfte des Deutschtums in Amerika bis auf ihren Ursprung verfolgen, so muß man es sich gefallen lassen, etwas von der amerikanischen Kirchengeschichte kennen zu lernen, die uns zu dem stärksten Hort des Deutschtums zu führen vermag.

Wenn uns von einem zurückkehrenden Reisenden mitgeteilt worden ist, er habe dort, wo er die größte Frömmigkeit angetroffen habe, das lebendigste Deutschtum gefunden, so ist die Beobachtung schon richtig, die Frömmigkeit ist aber nicht als Grund hierfür anzusehen. Sie war und ist nur das Gefäß, das die deutsche Sprache und deutsches Denken am treuesten aufbewahrt hat, fortgepflanzt hat sie aber nie. Zwar kam dem Deutschen gerade dort, wo er seinem Gotte dienen wollte, noch einmal ganz deutlich zum Bewußtsein, welches seine Muttersprache sei; auch hat er dann auf einen deutschen Gottesdienst Gewicht gelegt. Aber diese deutschen Gottesdienste haben das deutsche Wesen nicht gerettet, geschweige denn gefördert. Die Kirchen, von denen die deutsche Sprache bloß im Gottesdienst gepflegt wurde, haben weder dem Deutschtum, noch ihrem Kirchenwesen auf die Dauer genützt. Die Generation, die heute solche Kirchen besucht, kann die deutsche Predigt nur noch verstehen, spricht aber schon lange kein Deutsch mehr und fordert einen englischen Gottesdienst, falls die Macht der Gewohnheit nach einem deutschen Gottesdienst sich nicht allzu stark erweist.

Digitized by Google

Nicht die Frömmigkeit oder der Gottesdienst, sondern die Kirche, die ihre Lehre durch Unterricht und Schriften auf ihre Mitglieder zu übertragen befleißigte, muß einerseits als kräftiges Mittel zur Förderung des Deutschtums angesehen werden. In diesem Zusammenhang soll vor allem der katholischen Kirche Erwähnung getan werden. Sie hat den Deutschen, die sie zu den ihrigen zählte, im Hinblick auf ihre Muttersprache jegliches Entgegenkommen gezeigt, und hat nicht nur deutsche Gottesdienste, sondern vor allem deutsche Gemeindeschulen ins Leben gerufen. Sie ließ ihre heranwachsende Jugend nicht ausschließlich die öffentlichen Schulen besuchen, sondern verlangte, daß sie wenigstens zwei Jahre lang, bis zur Konfirmation, ihre Ausbildung in der Kirchenschule empfingen, während viele schon von dem ersten Schuljahre an diese Schulen besuchten. In diesen wurde und wird das Deutsche in gleichem Maße wie das Englische gelehrt, so daß das Deutsche, das die Zöglinge zu Hause gelernt hatten, in der Schule weiter gepflegt wurde, die meisten unter ihnen daher bis zu ihrem vierzehnten Lebensjahre fließend Deutsch sprechen konnten. Besuchten sie dagegen ausschließlich die öffentlichen Schulen, waren sie in kurzer Zeit der deutschen Sprache nicht mehr mächtig, die sie doch ihre Muttersprache nennen mußten. Hiermit erreichte die katholische Kirche also nicht nur ihren Zweck, ihre Mitglieder an sich zu ketten, sondern auf diese indirekte Weise belebte sie das Deutschtum immer wieder von neuem. Dafür werden ihr alle Deutschen Dank wissen. Ohne ihrem Wirken Abbruch tun zu wollen, muß aber darauf hingewiesen werden, daß dieser Weg, das Deutschtum zu fördern, als indirekter Weg kein vollkommen zuverlässiger ist. Die katholische Kirche ist international und wird darum nicht aus irgendeiner Vorliebe für das Deutschtum die deutsche Sprache in ihren Gottesdiensten und Schulen einführen. Anders steht es mit der großen deutsch-lutherischen Kirche in Amerika, die das Luthertum, und damit zugleich das Deutschtum tief in den amerikanischen Boden eingepflanzt hat.

Ein Blick auf die Deutschlutheraner im Westen belehrt uns, warum diesem Kirchenkörper vor allem der Ruf zukommt, das Deutschtum um des Deutschtums willen gefördert zu haben. Gleich in ihrem Anfangsstadium waren diese deutschen Auswanderer, die um ihres Bekenntnisses willen mit ihrem Vaterlande gebrochen hatten, im fremden Lande aber auch von ihrem Geistlichen verlassen waren, auf die Schriften Luthers angewiesen, an Hand derer sie sich zu einer lutherischen Gemeinschaft zusammenschlossen, die sich über den weiten Westen der Vereinigten Staaten gleichsam als eine zweite Reformation Luthers verbreitete. Ihrem Lebensretter dankte sie mit der Losung: Luther und die Bekenntnisschriften. Und Luther wurde gelesen und studiert wie noch nie zuvor. Nicht nur unter den Theologen, sondern der Bauer, der hinter seinem Pfluge herging, kannte oft seinen Luther besser als sein Pastor. Es blieb aber nicht nur beim Studium des einzelnen. Genau dasselbe Interesse, das die katholische Kirche leitete, ihren Nachkommen das so geschätzte geistliche

Digitized by Google

Gut zu übertragen, beseelte ebenfalls diese Lutheraner, ihre eigenen Schulen zu gründen. Luther war es wiederum, der sie auf den Wert christlicher Gemeindeschulen hinwies. Ihres Luthers und ihres Bekenntnisses wegen nahmen diese Deutschen ihre Kinder aus den religionslosen englischen Schulen und sorgten selbst für den Unterricht ihrer Kinder. Daß diese Gemeindeschulen ganz unter dem Zeichen des Luthertums standen und stehen, ist eben auf den Ursprung dieser Kirche zurückzuführen. Vor allem wurden Luthers Bibelübersetzung und sein Kleiner Katechismus geradezu auswendig gelernt, und welch ein Stück Deutschtums in dieser herrlichen Bibel steckt, wird ein jeder Kenner wissen. In eben demselben Maße wurden aber auch die Schüler in die Sagen- und Geschichtswelt, das Alltagsleben der Deutschen eingeführt. Obwohl die englische Literatur nicht weniger gelesen wurde, kann ich mir die englischen Erzählungen beim besten Willen nicht mehr ins Gedächtnis zurückrufen, solch überwiegenden Eindruck machten die deutschen Erzählungen auf das Knabengemüt. Mathematik und Geographie, um nur die hauptsächlichsten Fächer herauszugreifen, wurden englisch unterrichtet, um den Schülern das Weiterlernen an englischen Schulen nicht zu erschweren. In Gegenden aber, wo das Englische von außen her keinen besonderen Druck ausübte, wird der Unterricht sich ganz deutsch gestaltet haben. Daß diese Schulen zuletzt den Ruf, deutsche Schulen zu sein, erhielten, läßt sich denken. Ob sie das als Lob oder Tadel anzusehen haben, ist eine Frage für sich; uns genügt es zu wissen, wie sehr das Deutsche in diesen Schulen durch den Nachdruck, der auf einen gründlichen lutherischen Religionsunterricht gelegt wird, überhand nahm. Hier können wir in der Tat von einem Fortschritt des Deutschtums gegenüber den englischen Schulen sprechen. — Es blieb aber nicht nur bei einzelnen wenigen Schulen. Große Bereitwilligkeit und Opferfreudigkeit wurde von den Gemeinden gezeigt. Eine Gemeinde von 75 Familien ließ es sich nicht nehmen, auch die Kosten einer Schule und Lehrkraft zu bestreiten und, falls die Zahl der Gemeindemitglieder zu klein war, um das nötige Geld aufzubringen, wurde wenigstens auf einen deutschen Unterricht während der Sommermonate Wert gelegt. Daß diese Schulen und Kirchen wiederum Seminare benötigten, wo die eigenen Prediger und Lehrer ausgebildet werden konnten, soll nur erwähnt sein. Selbst die einzelnen Familien standen unter dem Bann dieser ganzen Bewegung, indem durch Biographien großer Kirchenmänner und sonstigen Schriften deutsches Leben, deutsche Art ihren Einfluß geltend machten. Nicht das Bild Washingtons, sondern das Bild Luthers findet man darum in diesen Häusern. Überhaupt lag durch Luther mit seiner Reformation der Kirche und der Sprache der Kern des Deutschtums vor diesen Gemeinden stets aufgedeckt, von dem auch jeder Deutsche, soll ihm nicht ein wesentliches Stück seines Deutschtums entgehen, zehren muß.

Dies Verhältnis zwischen Lutheranern und Luther hat an Innigkeit zugenommen, indem man vielfach in dem deutschen Luther, — es gibt auch einen englisch über-

Digitized by Google

setzten — die Bürgschaft für die Fortdauer des wahren Luthertums sieht. Der deutsche Luther und das Luthertum sind für viele zwei gleiche Begriffe geworden. Sie behaupten: das Luthertum wurzele nun einmal in den deutschen Schriften Luthers. Sobald man den englischen Luther vor sich hat, fühlt man nicht mehr die Pulsader des Luthertums schlagen. Und es wird dabei auf die Geschichte hingewiesen, die uns belehren soll, daß alle englisch denkenden und redenden Völker das Luthertum niemals angenommen haben. England hat zwar die Reformation zuerst durch Sendboten und Schüler Luthers kennen gelernt, ist dennoch in seiner Reformation eigene Wege gegangen. Und was vor allem in die Wagschale für ihre Behauptungen fallen soll: die Lutheraner im Osten Amerikas, die in ihrer Mehrzahl eine englische Kirche geworden sind, seien doch nicht mehr volle Lutheraner, die Luther eingehend im Original studieren und ihm infolgedessen volles Verständnis entgegenbringen könnten. Das Englische begnüge sich auch nach der oberflächlichen amerikanischen Art damit, den Kindern fast den ganzen Bibelunterricht in den Sonntagsschulen, die nur einmal wöchentlich stattfinden, zu bieten, während die Gemeindeschulen seit dem Überhandnehmen des Englischen eingegangen seien. Für das Luthertum aber wäre es darum besser, wenn es in der deutschen Sprache gepredigt würde. Nur dadurch würde das echte Luthertum erhalten bleiben. Wieweit dieser Gedankengang den Tatsachen entspricht, soll hier nicht untersucht werden. Diese Ausführung geschah nur, um die innige Verbindung des Deutschtums mit dem Luthertum in Amerika zu zeigen. Nicht nur die Anhänglichkeit an Luther, sondern die Unzertrennlichkeit des deutschen Luthers vom Luthertum, die in der ersten Zeit gar nicht in Frage kam, nun aber, seitdem das Englische sich immer mehr geltend gemacht hat, zu einer viel besprochenen Frage geworden ist, haben das Deutschtum im Luthertum erhalten und mächtig gefördert.

Wo man aber auch in diesen Kreisen die Abhängigkeit des Luthertums vom deutschen Luther nicht anerkennen will, leistet man nicht Verzicht auf das Original-Luthertum und damit — es sei wiederholt — auf das Deutschtum. Die ganze deutsch-lutherische Kirche des Westens ist in Wahrheit eine lutherische Kirche, die geschichtlich und aus der Gegenwart betrachtet, ihre Wurzeln in Luther und den Bekenntnisschriften hat. Auch behauptet sie, der eigentliche Hort des Luthertums zu sein. Diese Stellungnahme soll hervorgehoben werden, weil sie zugleich eine Bürgschaft für das Fortleben des Deutschtums ist. Die lutherische Kirche des Ostens hat nie in dem Maße das Bewußtsein gehabt, ihr Entstehen und ihr Fortleben Luther zu verdanken und ist darum eine englische Kirche geworden. Diese enge Gemeinschaft mit Luther hat aber die deutsch-lutherische Kirche des Westens. Man wird darum, menschlicher Voraussicht nach, auf lange Zeit bestrebt sein — auch wenn die Gemeinden schon englisch geworden sind, was wohl nicht ausbleiben wird, — aus dem deutschen Luther zu schöpfen und damit wird fortdauernd ein starkes deutsches Element erhalten, und von Geschlecht zu Geschlecht übertragen.

Digitized by Google

Notizen

Ein Mahnwort an die Regierung. Im letzten Hefte der „Preußischen Jahrbücher" ist eine Erklärung führender Männer der Geisteswelt veröffentlicht, die mit großer Energie die Notwendigkeit des raschen Zugreifens in der Frage der inneren Neuorientierung betont, wie es der Artikel „Die Stunde drängt" unseres Herausgebers Dr. Paul Rohrbach in der vorigen Nummer bereits tat. Da außer ihm noch Dr. Thimme, der speziell in unserer Zeitschrift die innerpolitischen Fragen behandelt, zu den Unterzeichnern gehört, ist es wohl nicht nötig, in längeren Ausführungen zu betonen, daß wir auf dem Boden dieser Ausführungen stehen. Die Erklärung hatte folgenden Wortlaut:

„Der große Kampf, in dem das deutsche Volk steht, ist noch nicht beendet. Die Unterzeichneten haben bisher meist der Auffassung gehuldigt, daß die Verheißungen der Kaiserlichen Osterbotschaft zur Vermeidung gar zu harter innerer Kämpfe in Vereinbarung mit den konservativen Elementen des öffentlichen Lebens durchzuführen seien. Aber der Widerstand, der von dieser Seite geleistet wird, ist so stark, daß Zweifel entstehen müßten, ob überhaupt die Osterbotschaft nach Abschluß des Friedens ihrem Geiste nach voll zur Verwirklichung gelangen wird. Ein solcher Zweifel ist heute unerträglich. Um das deutsche Volk in dem Vertrauen zu erhalten, auf das es ein Recht hat, ist es notwendig, ohne Verzug die Hand ans Werk zu legen. Wir stehen daher nicht an, die Forderung des Tages öffentlich zu erheben, daß die Regierung dem Landtag unverzüglich eine Wahlreform vorlege, die nicht nur das allgemeine, direkte und geheime, sondern auch das gleiche Stimmrecht fordert und daß die Regierung auch selbst dem Vertrauen wirksamen und sichtbaren Ausdruck gebe, welches das deutsche Volk verdient.

Professor Hans Delbrück, Oberbürgermeister Dominicus, Professor Emil Fischer, Wirklicher Geheimer Rat Ad. von Harnack, Wirklicher Geh. Rat Professor Friedrich Meinecke, Professor Walter Nernst, Dr. Paul Rohrbach, Dr. Friedrich Thimme, Professor Ernst Troeltsch."

Mitteleuropa heißt eine neue Wochenschrift des Arbeitsausschusses für Mitteleuropa, die von den Reichstagsmitgliedern Dr. Friedrich Naumann, Freiherr von Rechenberg, Dr. Eugen Schiffer und Robert Schmidt herausgegeben wird. Je eine Vertreter der beiden liberalen Parteien, des Zentrums und der sozialdemokratischen Partei haben sich zusammengetan und ein Organ geschaffen, das sie in den Stand setzt, die deutsche Öffentlichkeit über die Probleme von Mitteleuropa zu unterrichten. Da wir hoffen, in der nächsten Zeit von einem der führenden Geister dieser Bewegung einen Artikel zu dieser Frage in unserer Zeitschrift bringen zu können, begnügen wir uns heute damit, diese Neuerscheinung zu begrüßen und aus dem ersten Artikel, den Friedrich Naumann, der Vater dieser Bewegung, in ihr veröffentlicht hat, folgende Sätze hier nachzudrucken: „Eine alte Erfahrung besagt, daß eine richtige Behandlung der zentralen Angelegenheiten alle Außenfragen unendlich erleichtert. Der gegenwärtige Zustand der mitteleuropäischen Entwicklung aber ist das Herumdoktern an Außendingen bei Vermeidung der Kernfragen. Soll man das Unbehilflichkeit nennen oder Schüchternheit oder welchen schönen Namen habt ihr dafür? Die Völker müssen wissen, ob es einen Zweck hat, daß sie gegenseitig für einander hungern und sterben. Wenn man es ihnen nicht in festen Linien vor Augen hält, warum wir so viel gegenseitige Haftbarkeit auf uns nehmen, dann bleibt der Krieg wie etwas Schattenhaftes für die Menge des Volkes. Die Zweikaisererklärung für Mitteleuropa ist fällig, ist dringend nötig. Einzelheiten kann man später abmachen, aber der Grund muß gelegt werden. Wozu haben wir Staatsmänner, wenn nicht für dieses historische Werk?"

Rußland und der Krieg. Eine sehr offenherzige Darstellung der Verhältnisse in Rußland gibt Rothey Reynolds in „Daily News" vom 13. Juni: „Die russische Revolution hat der

Digitized by Google

Unterhaltung zwischen Rußland und den Alliierten eine neue Note zugefügt: Die der Aufrichtigkeit. Bevor die Revolution kam, waren die Russen sehr besorgt, keine öffentliche Äußerung durchzulassen, die als eine Kritik der Verbündeten hätte gedeutet werden können. Sie lobten unsere guten Eigenschaften und übergingen unsere Fehler mit Schweigen. Rußlands reaktionäre Zeitungen, die vor dem Krieg gegen England sehr feindlich waren, wechselten den Ton und sangen unser Lob. In England wurden alle Erörterungen über das russische Regierungssystem mit Kriegsausbruch abgebrochen.

Die russische Revolution hat diesen Zustand geändert; wie sie ja überhaupt sehr viel geändert hat. Jetzt spricht man in Rußland über England und Frankreich mit einer Offenheit, die erstaunlich wirkt, nach den Liebenswürdigkeiten, die bisher für die Unterhaltungen der Verbündeten charakteristisch waren. Die Haltung einzelner unserer Zeitungen gegenüber Rußland war weniger überlegt als während der 2½ Jahre eingelernter Höflichkeit. Die neue Lage kann wirklich verglichen werden mit der Lage einer höflichen Gesellschaft, in die ein Mensch kommt, der erklärt, daß er ein einfacher Mann ist und genau das sagt, was er denkt. Die Russen sagen wenigstens ganz genau, was sie denken. In ihren neuen Zeitungen „Prawda", „Rabot. Gas", „Now. Shisn" und anderen erklären sie klipp und klar, daß sie England und Frankreich nicht als wirklich demokratische Länder betrachten, sondern als Kapitalistenstaaten. Deshalb darf man sich auch nicht wundern, Bemerkungen wie die folgende zu finden: „Würden die Völker Europas von einem vollen Siege Englands über Deutschland viel gewinnen, oder würden sie am Ende vom Regen in die Traufe kommen?"

Es wäre nun ganz falsch zu glauben, daß diese Worte aus Deutschfreundlichkeit geschrieben sind, sondern sie entspringen lediglich den Wünschen der Petersburger Demokraten. Der Hauptwunsch der Russen ist, den Krieg zu beenden und Europa in Zukunft vor dem Krieg zu bewahren. Sie sind der Ansicht, daß in vieler Beziehung die englische und französische Bourgeoisie nicht besser ist „als die deutsche und erklären uns, daß wir nach ihrer Ansicht in gewissen Dingen absolut nicht als Demokraten gezeigt hätten. So protestieren sie gegen das Kriegsprogramm des Vierverbandes vom Dezember letzten Jahres. Sie nennen es ein Eroberungsprogramm und verlangen, daß das Programm des Zaren, Miljukows, Briands und Lloyd Georges vernichtet wird. Sie erklären auch, daß sie nicht gewillt sind zu kämpfen, damit England Mesopotamien erhalten kann. Rußland ist das Land der Ideale."

Gewiß ist es für England bedeutsam, daß Rußland sich nicht für ein englisches Mesopotamien schlagen will, für Deutschland aber ist es nicht minder wichtig zu erklären, daß eine Gegnerschaft gegen Englands imperialistische Ziele noch lange nicht, wie manche deutsche Blätter es darzustellen lieben — Deutschfreundlichkeit bedeutet. Vor diesem Irrtum kann nicht oft genug gewarnt werden.

Neuerscheinungen

Unsere Feinde und wir

Wir nehmen den Titel der heutigen Überschrift aus einem Buch des Oberregierungsrats Karl Georg Negenborn (Verlag Siegismund, Berlin, M. 1.—). Ton und Inhalt dieser Schrift waren symptomatisch für die Kriegsliteratur des ersten Kriegsjahres: alle Schuld liegt auf Seiten der Feinde; Eroberung und Vernichtung sind ihre Ziele; weil ein Staat Macht sein muß, erstreben wir einen ehrenvollen Frieden, d. h. ein „größeres und glücklicheres Deutschland". Auch der Kriegsvortrag des Realgymnasialdirektors E. Mackel „Warum sind die Deutschen so verhaßt?" (Westermann, Braunschweig 1915) gehört zu diesen Nachzüglern aus dem ersten Kriegsjahr. „Jetzt müssen wir im Gefühl unseres eigenen Rechts ruhig und gelassen vorwärtssehen und -schreiten. Zu Worten ist jetzt keine Zeit. Jetzt heißt es handeln. Jeder gute Schlag, den wir tun, sichert uns nicht nur unser Dasein, er ist auch gerechte Strafe für alle die, die uns jetzt den Leib töten wollen, nachdem sie uns die Seele in den Augen der Welt schon getötet haben. Wir wollen kämpfen und dabei denken, daß wir deutsche Frömmigkeit, deutsche

Digitized by Google

Innerlichkeit, deutsches Pflichtgefühl, deutsches Gemütsleben, deutsche Treue, deutsches Familienleben, das deutsche Weihnachtsfest, das deutsche Wandern, das deutsche Turnen, das deutsche Lied, die deutsche Freude am Vogelgesang und an Blumenpracht der Welt zu erhalten haben. Wenn aber Gott uns beisteht und wir dann den Platz einnehmen, der uns durch unsere Friedens- und Kulturarbeit zukommt, dann wollen wir der ganzen uns jetzt so verkennenden Welt zeigen, wer und wie wir sind, die wahren Schirmherren der Freiheit, des Rechts, der Gleichberechtigung und des Friedens der Völker." Um noch einige weitere Nachzügler zu nennen: Dr. Ritter-Winterstetten übernimmt für Österreich in der Schrift „Österreichs Rechnung mit England" (Strache, Warnsdorf 1917, M. —.80) die Formel des Grafen Ernst zu Reventlow: „Der englische Vampyr hat auch an unserer Kraft und unserem Blute sich angesaugt und uns oft genug Schaden angetan und Schande antun wollen. Auch wir haben daher hundertfache Ursache, mit aller Überzeugung und mit todesmutiger Entschlossenheit neben unserem herrlichen Bundesgenossen den Entscheidungskampf durchzukämpfen: für die Befreiung der Welt von ihrem furchtbarsten, von rücksichtslosester Selbstsucht und Grausamkeit erfüllten, völkermordenden Tyrannen!" Auch die Beurteiler des eigenen und fremden Kulturlebens sind noch nicht immer frei von nationalistischer Voreingenommenheit. So kommen Schiefheiten heraus, wie in den „flüchtigen zehn Kapiteln zur europäischen Literatur" von H. Hatzfeld („Von Freund und Feind", Hans Sachs-Verlag, München, M. 1.50), einem Büchlein, das neben der „Kulturprovinz" der Provence dem Geiste des mittelalterlichen Italien so gerecht wird. Er sagt da zum Beispiel von England: „Alles Unenglische, gegen das die Engländer revoltieren, oder vor dem sie sich knirschend beugen, ist im Prinzip ein Andersdenken, ein Anderswollen als dasjenige, an das der Durchschnitt gewöhnt ist. Durchschnitt ist und bleibt in England die Parole. Jeder Engländer hat in der Hauptsache die nämliche Weltanschauung, die nämliche Bildung. Die Geister, die diese Fessel zu sprengen versuchen, bleiben als individuelle Erscheinungen beachtenswert." Gilt das nur für England? Nur Vorteile, die der Anteil Amerikas am Weltkriege bringt, sieht Spiridion Gopčević („Amerikas Rolle im Weltkriege", B. Elischer Nachf., Leipzig.) „Die amerikanische Kriegserklärung wird wahrscheinlich ebenso zu Deutschlands Vorteil ausgehen wie der hinterlistige Angriff Italiens und Rumäniens den Österreichern und Deutschen nur Vorteile brachte, trotzdem darüber auch damals unsere Miesmacher ein Wehgeschrei angestimmt hatten. Unser Volk, schreibt Herr Spiridion Gopčević, täte also gut, die Sachlage und die Aussichten eines Krieges mit Amerika richtig einzuschätzen und sich nicht beunruhigen zu lassen. Hat doch Bismarck seinerzeit mit Recht gesagt: „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt!" Man wird also hoffentlich heute nicht so weit sinken, zu sagen: „Wir Deutschen fürchten sonst die ganze gegen uns verbündete Welt nicht — wohl aber Amerika!" Und deshalb zweifle ich nicht, daß die Deutschen auch fernerhin mit Überzeugung singen können: „Lieb Vaterland magst ruhig sein!" Neutrale läßt eine Schrift „Amerika ohne Maske" (Rembrandt-Verlag, Oberweimar) gegen Amerika und Wilson, die imperialistischen Bestrebungen Amerikas, die Mißgriffe und Mängel Wilsons sprechen.

Glücklicherweise melden sich diese Helden der Phrase und gespreizten Selbstherrlichkeit nur noch vereinzelt zum Wort. Man wird daraus schließen dürfen, daß es nicht mehr von vielen gehört wird. Schriftsteller und Schriften, die die Wahrheit suchen, scheinen nicht mehr die stillen Wege der Einzelbetrachtungen zu gehen, sondern, wenn man aus der mehr und mehr anwachsenden Zahl ihrer Schriften schließen darf, in die Breite zu wirken. Den deutschen Standpunkt, auf dem wir allmählich auch im Schrifttum wieder anzulangen hoffen, hat Graf Ernst zu Reventlow in seiner Vorrede zu der soeben erschienenen zweiten Auflage des schnell bekannt gewordenen Buches von Homer Lea „Des Britischen Reiches Schicksalsstunde" (E. S. Mittler, Berlin 1917, M. 6.—) klassisch formuliert: „Wir Deutsche haben eine Eigenschaft, welche den meisten anderen Völkern abgeht, nämlich diejenige unparteiischer und sachlicher Würdigung einer Leistung, auch wenn ihr Zweck unser Verderben, auch wenn ihr Geist uns feindlich ist." Wie Graf zu Reventlow aus deutscher Gesinnung heraus auch das Recht unserer Anteilnahme an Homer Lea aus der „merkwürdigen und bisweilen dichterisch anklingenden Kraft der inneren Anschauung" des Amerikaners ableitet; daraus, „daß die großen Ereignisse und Völkerschicksale der Geschichte bis heute in ihm lebendig sind, daß man fühlt, wie sie auf ihm lasten". Wir lassen die Hinweise auf die Schriften folgen, die, von diesem Standpunkt aus gesehen, um „innere Anschauung", sich bemühen:

Vereinigte Staaten: Amerikas Verhalten im Krieg vermag richtiger, als es aus der Tagesmeinung heraus geschehen kann, zu beurteilen, wer die kleine Schrift von Bratter „Die Staatenbildung in der nordamerikanischen Union" (Berlin, Grote), liest. Es ist wohl richtig, weist B. nach, daß die amerikanischen geschichtlichen Traditionen anti-englisch sind. „Wenn trotz dieser Einsicht, trotz aller Erfahrungen die erdrückende Mehrheit des amerikanischen Volkes und alle seine Führer in diesem Weltringen sich an die Seite Englands stellen, so kann man die Erklärung dafür nur in der Geschichte der amerikanischen Staatengründung finden. In jenen Jahren ist das

Digitized by Google

kulturelle britische Reis so tief in den Boden Amerikas gesenkt worden, daß seine Wurzeln unausrottbar sind. Kein Sturm, keine Kälte, keine sonstigen Einflüsse können den Stamm, der jenem Reis entsprossen ist, entwurzeln. Diese geschichtliche Tatsache löst das Rätel, vor welchem wir jetzt kopfschüttelnd stehen." Die Schrift von Joseph Danziger „Erlebnis aus dem Schmelztiegel der Völker" (Kiepenheuer, Weimar), die wie ein spannender Völkerroman das Aufgehen des Deutschen im amerikanischen Volkskörper schildert, gibt dieser Auffassung recht. Sie kommt zu demselben Ergebnis der überragenden Vorherrschaft des Angelsachsentums: „Fünfundzwanzig Millionen Deutsche jenseits des Ozeans, kampffähig und willig, doch verstreut und unvereint, fühlen den Mangel eines klugen, machtvollen Willens und einer treuen Hand, die den drohenden Untergang ihres Deutschtums abwendet." Vor Verstiegenheiten warnt auch die Schrift von S. Hellmann „Deutschland und Amerika." (Dunker & Humblot, München 1917). Er versucht nicht „den amerikanischen Druck" durch einen Wortrausch illusorisch zu machen, sondern sieht die Lage so: „In weiter Ferne erhebt sich vor uns die Möglichkeit eines dauernden engeren Zusammenschlusses der Union mit dem britischen Weltreich, der Entstehung eines panangelsächsischen Bundesstaatensystems, in dem dann freilich der Schwerpunkt der Entscheidung nicht mehr in London, sondern in Washington liegen und für das Alt-England eines Tages nur noch eine gewaltige Inselfestung darstellen würde, von der aus Amerika Europa in Schach hält. Es ist nicht gesagt, daß es so kommen muß, aber die Möglichkeit ist nicht abzustreiten. Jedenfalls aber haben wir auch nach dem Kriege mit der Fortdauer des Gegensatzes zu England zu rechnen, und er wird durch den zu Amerika verschärft sein. Suchen wir nach Stützen gegenüber dieser angelsächsischen Gefahr, so scheidet Frankreich aus. Selbst wenn es stärker wäre, als es tatsächlich ist und nach dem Kriege noch sein kann, müßte es als mindestens unsicherer Posten, wenn nicht als dauernd feindlich außer Ansatz bleiben. Müssen wir aber schon mit der Front nach Westen stehen, so ist es notwendig, daß wir wenigstens nach Osten hin Deckung suchen. Wie sich die Verhältnisse in Rußland gestalten werden, vermag im Augenblick freilich niemand vorauszusagen. Bleibt die Monarchie nicht nur als eine Schattenmonarchie erhalten, dann ist wohl die Möglichkeit eines erträglichen Verhältnisses vorhanden; behält die Herrschaft das liberale Bürgertum, so haben wir trotz der russischen Niederlagen mit einer Neubelebung des Panslawismus und einer aggressiven Politik zu rechnen; entsteht endlich eine sozialistische Republik, so können Ereignisse eintreten, deren Tragweite für den ganzen Erdteil überhaupt nicht auszudenken sind. Jedenfalls ist es angesichts dieser Probleme mindestens gewagt, wenn man davon träumt, große slawische Gebiete von Rußland loszureißen und zu germanisieren, ganz davon zu schweigen, daß in der Zeit des Dampfpfluges, der Säe- und Erntemaschine die Besiedelung weiter Landstriche mit Kleinbauern wie eine romantische Seltsamkeit anmutet, und daß Polen und Litauer weder nach der russischen noch der deutschen Bureaukratie Verlangen tragen, im Zweifelsfalle aber die erstere vorziehen, weil sie bestechlich ist und durch ihre Maschen schlüpfen läßt. Der einzige Gesichtspunkt, der uns beim Abschluß des künftigen Friedens mit Rußland leiten darf, ist der militärische; was für unsere und unserer Bundesgenossen Sicherung unbedingt notwendig ist, muß erlangt werden, darüber hinaus aber ist weder für die Gedanken der alten Wochenblattspartei noch für historische Sentimentalitäten oder gar Rücksichten auf uferlose Balkanpläne von irgendeiner Seite ein Platz; niemals dürfen wir uns dadurch zu Forderungen verleiten lassen, die uns auf die Dauer in unversöhnlichen Gegensatz zu Rußland bringen. Amerika gegenüber aber ist Japan der sicherste Posten in unserer Rechnung." „Wenn wir in großen überseeischen Gegensätzen ein Gegengewicht gegen den amerikanischen Druck suchen, so müssen wir uns allerdings vor dem Schlagwort ‚Entscheidungskampf' hüten. Wir dürfen nicht erwarten, daß in absehbarer Zeit im fernen Osten ein Kampf entbrennt, der eine Last von uns nimmt. So schnell arbeitet die Geschichte nicht." „Der Zustand des Gleichgewichtes im Stillen Ozean, der amerikanische Kräfte bindet, ist dasjenige, was wir wünschen müssen. Will freilich Deutschland die Früchte dieser Situation pflücken, so braucht es dazu zweierlei: einmal eine geschickte Diplomatie, wie sich der Deutsche (nicht nur der Berufsdiplomat) überhaupt nach dem Kriege die Fähigkeit anzüchten muß, Fremde zu behandeln und fremde Eigentümlichkeiten und Empfindlichkeiten zu schonen. Dann aber den unerschütterlichen Willen, die Aufgabe zu erfüllen, die uns so gut wie Angelsachsen, Slawen und Mongolen geworden ist."

England: „Indien, seine Bedeutung für Großbritannien, Deutschland und die Zukunft der Welt" untersucht Graf Ernst zu Reventlow (E. S. Mittler, Berlin 1917, M. 2.—), wie in allen angelsächsischen Fragen sachkundig und auf Grund weitschichtigen Materials aus Geschichte, Wirtschaft und Politik und unter dem Aspekt, der sich im Kriege herausgestellt hat: daß die großbritannischen Staatsmänner es verstanden haben, bei aller Lässigkeit in äußerer Form die inneren Zusammenhänge mit den Kolonien stark und vollkommen zuverlässig und im Kriegsfalle selbsttätig arbeitend zu gestalten; daß mit dem Kriege das Britische Reich, Mutterland und Kolonien, nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich als ein Ganzes und dem Deutschen Reich als ein einziger, fest zusammengeschlossener Feind ent-

Digitized by Google

gegentraten; daß das angelsächsische über den ganzen Erdball reichende Genossenschaftsgefühl, die Überzeugung von der unbedingten Solidarität des Angelsachsentums sich in überraschender Weise gezeigt hat und manche Vermutungen und Berechnungen, denen man sich in Deutschland gern hingab, sich als unrichtig erwiesen.

Rußland: Karl Nötzel untersucht die Grundlagen des geistigen Rußland. (Eugen Diederichs, Jena. M. 7.—.) Bei aller Sympathie für den russischen Bauer kommt der Verfasser auf Grund langjähriger Studien in Rußland zu einem ablehnenden Urteil über den Großrussen. Die beiden Wurzeln des Großrussentums: Byzantikertum und Mongolentum und ihr Sprößling, geistige Unfreiheit, unter deren Einfluß sich die Russen aus der Wirklichkeit in die religiöse Mystik oder einen schrankenlosen Subjektivismus hineingeflüchtet haben, werden schonungslos aufgedeckt. Bilder des Jammers und rohester Gesinnung sind die Berichte der Abordnungen der amerikanischen Gesandtschaft in Petersburg über die Besichtigung der deutschen Gefangenenlager in Rußland. (Füßli, Zürich M. — .80.) Das Verhältnis zwischen Bulgarien und Rußland in neuerer Zeit wird von Rizoff, dem bulgarischen Gesandten in Berlin, dargestellt. In der Einschätzung der breiten russischen Volksmassen, in der Frage Krieg oder Frieden können wir ihm nicht folgen. Die schroffe Ablehnung, die ihm Maxim Gorki auf sein Angebot der Vermittlung eines Separatfriedens hat zuteil werden lassen, ist Beweis dafür, daß auch dieser gute Beobachter Rußlands die russische Psyche nicht restlos erkannt hat; sonst hätte er sich die Ablage dieses russischen Dichters und Freiheitsmannes voraussagen müssen. Im Augenblick, wo jeder Russe sich am Gefühl berauscht, endgültig ein vollgültiger Genosse der westlichen Demokratien geworden zu sein, die Möglichkeit eines Abspringens Rußlands vom Bündnis in Rechnung zu stellen, ist für eine russische Mentalität völlig undenkbar.

Frankreich: Betzerrt und fanatisch sind die von J. Kühn zu einem Bändchen „Französische Kulturträger im Dienste der Völkerverhetzung“ (E. Diederichs, Jena, M. 1.50) vereinigten Skizzen, mit denen die Führer des französischen Geisteslebens zu Deutschland und dem Deutschtum Stellung nehmen. Ein dunkles Kapitel von der Blindheit, mit der der überpatriotische sich selber schlägt. Ein Zeichen für die Verheerung des Krieges, das kommende Geschlechter warnen kann. Dieses Frankreich hat kein Recht, den Satz: „Es lebe über alles die Gerechtigkeit, die Freiheit in dieser Welt“ dem Wunsche gleichzusetzen: Es lebe Frankreich!

Belgien: Carl Hampes wissenschaftlich ruhiges kleines Buch „Belgiens Vergangenheit und Gegenwart“ erscheint bereits in der zweiten (umgearbeiteten und erweiterten) Auflage (B. G. Teubner, Leipzig, M. 2.—). Die Erweiterung gilt vor allem der vlämischen Bewegung und der Vorgeschichte des Krieges. Im übrigen geht die Kulturarbeit für Belgien weiter: Der Münchener Kunsthistoriker Hugo Kehrer ist während seines Aufenthaltes als Offizier in Antwerpen der künstlerischen Vergangenheit der Stadt nachgegangen und gibt aus seinen Eindrücken einen anregenden Führer durch die Kunststätten Antwerpens („Altantwerpen“, H. Schmidt, München, geb. M. 3.50). Die Reden zur Übergabe und Wiedereröffnung der vlämischen Hochschule in Gent (20., 21. und 24. Oktober 1916) erscheinen in schönem Druck gesammelt in der Deutschen Verlags-Anstalt Stuttgart, geh. M. 1.60. Die Gesellschaft zur Pflege der deutsch-vlämischen Beziehungen gibt ihre erste Schrift, eine Würdigung Hendrik Consciences, durch Franz Jostes heraus (M.-Gladbach, Volksvereins-Verlag, 80 Pfg.).

Griechenland: Durch die jüngsten Ereignisse in Griechenland werden auch die literarischen deutschen Bemühungen um die Griechen in Görlitz in besonderes Licht gerückt. Die „Görlitzer Nachrichten“ haben bekanntlich eine griechische Ausgabe veranstaltet, in der den Verhältnissen in Griechenland ein besonders breiter Raum gewidmet wird. Zum griechischen Nationalfest wurde eine besondere Festnummer hergestellt, zu Neujahr ein Kriegskalender, der griechische Nationalhymnus wurde gedruckt. (Alles im Verlag der „Görlitzer Nachrichten“.)

Balkan: Das Buch von Ernst v. Hesse-Wartegg „Die Balkanstaaten und ihre Völker“ (Fr. Pustet, Regensburg, M. 4,80) läßt den Krieg draußen. Es erzählt von den Ländern und Völkern der Balkanhalbinsel, von dem Leben in den Städten und auf dem Land, von friedlicher Arbeit und von den Aussichten der Zukunft, denen der Krieg vielerorts so rasch und so gründlich ein verändertes Gesicht gegeben hat.

Türkei: Für die Türkei bringt der Verlag B. G. Teubner, Leipzig (der, wie die Titelblätter zeigen, seinem Zweighause in Berlin ein zweites Haus in Konstantinopel an die Seite gestellt hat), zwei ausgezeichnete Handbücher heraus. Das eine ist ein Auskunftsbuch für den „Handel mit der Türkei“ von H. W. Schmidt. In der Form eines kurzen Nachschlagebuches wird in der präzisen, zuverlässigen, übersichtlichen Form alles Wesentliche für den Aufenthalt und den Verkehr mit der Türkei zusammengestellt. Eine Ergänzung ist das türkische Sprachenbuch von W. Padel für die Bedürfnisse des täglichen und beruflichen Lebens. (M. 4.—.) Auch da liefert die deutsche Methodik der Spracherlernung ein wechselseitiges, klares und zielsicheres Hilfsmittel.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Axel Schmidt, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik“, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. bei jeder Postanstalt und durch Kolbpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. Druck und Stereotypie: Dietsch & Brückner in Weimar.

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Rohrbach, Keine Selbsttäuschungen! 913
Naumann, Mitteleuropa-Sorgen 916
Bahr, Das österreichische Problem 919
Schmidt, Das Auferstehen der Ukraine 924
Hartung, Konservative Politik 929
Stoll, Praktische Vorschläge zur Geburtenpolitik 934
Notizen / Neuerscheinungen 937

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang | 20. Juli 1917 | Heft 29

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Be

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh ◆ Paul Rohrbach ◆ Philipp Stein

unter ständiger Mitarbeit von:

Prof. Dr. Paul Arndt, Berlin; Prof. Dr. Anbagen, Dahlem-Berlin; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. C. H. Becker, Berlin; Professor D. Deißmann, Berlin; Prof. Dr. Rudolf Eucken, Jena; Prof. Dr. Eulenburg, Leipzig; Anton Fendrich, Freiburg-Zähringen; Prof. Dr. E. Franke, Berlin; Prof. Dr. O. Franke, Hamburg; Oberbürgermeister Dr. Geßler, Nürnberg; Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig; Prof. Dr. Harms, Kiel; Oberbürgermeister Dr. Külz, Zittau; Prof. Dr. Lampe, Berlin; Dr. Freiherr von Mackay, München; Wilhelm v. Massow, Berlin; Prof. Dr. F. Meinecke, Berlin; Dr. Adrian Molin, Stockholm; Geh. Reg.-Rat Dr. Mutheſius, Berlin; Geh. Justizrat Prof. Dr. Niemeyer, Kiel; Prof. Dr. Oncken, Heidelberg; Dr. Alfons Paquet, Frankfurt a. M.; Prof. Dr. Pohl, Greifswald; Justizrat Dr. Rhode, Berlin; Prof. Dr. Roloff, Gießen; Prof. Dr. von Rümker, Berlin-Nikolassee; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schiemann, Berlin; Axel Schmidt, Berlin; Geh. Rat Dr. Schneider, Frankfurt a. O.; Geh. Admiralitätsrat Dr. Schrameier, Berlin-Halensee; Prof. Dr. Schumacher, Bonn; Reichstagsabgeordneter Geh. Rat Prof. Dr. v. Schulze-Gävernitz, Freiburg; Geh. Regierungsrat Prof. Dr. M. Sering, Berlin-Grunewald; Dr. Somary, Berlin; Prof. Dr. Martin Spahn, Straßburg; Dr. Friedrich Thimme, Berlin; Dr. lic. theol. Gottfried Traub, Dortmund; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Troeltſch, Berlin; Admiral z. D. Gouverneur v. Truppel, Berlin; Prof. Dr. Georg Wegener, Berlin; Dr. Fritz Wertheimer, Berlin; Prof. Dr. Wiedenfeld, Halle; Geh. Rat Prof. Dr. Wohltmann, Halle; Kgl. Miniſterialrat Zahn, München; Regierungsrat Zache, Hamburg.

Einsendungen (mit Rückporto) für die Schriftleitung sind zu richten nach Berlin W 50, Augsburger Str. 74 II. Telephon: Amt Lützow 5723. / Einsendungen, welche den Versand und Inseratenteil der Zeitschrift betreffen, dagegen nur an den Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburger Str. 74 II, Telephon: Amt Lützow 5723; oder Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar, Wörthstraße 43. Telephon: 53.

Gustav Kiepenheuer Verlag, Abt. „Deutsche Politik", Berlin

Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M 3,20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M 3.80, Ausland M 4.50.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 20. Juli 1917 • Heft 29

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Keine Selbsttäuschungen!

Von Dr. Paul Rohrbach

Die große Umwandlung unserer inneren Verhältnisse ist Tatsache, und soweit sie noch im Gange ist, lassen sich die Linien des Fortschreitens unwiderruflich erkennen. Das alte Preußen, das Preußen des Dreiklassenwahlrechts, ist nicht mehr. Was man mit einem Schlagwort den Junkerstaat genannt hat, das wird jetzt abgetragen und wird nicht wieder aufgebaut werden. Es mag länger dauern, als manche meinen, bis das alte System in Regierung und Verwaltung seinen vollen Abschied nimmt. Aber den Abschied selbst schenkt ihm niemand. Viele ehrliche Männer sehen darin Unheil; es wird ihnen nichts übrig bleiben, als sich zu überzeugen, daß auch das neue Preußen keinen Sturz in den politischen Abgrund tun wird. Sie sehen jetzt schwarz in die Zukunft; wenn sie eine Weile gewartet haben, werden sie sehen, daß es hell genug tagt!

Auch im Reich, so unklar in vielem noch sein mag, wie die verstärkte Mitarbeit der Parlamentarier in der Regierung mit der Stellung des Bundesrats und dem Widerspruch mancher Einzelstaaten gegen Reichsministerien sich ausgleichen wird, ist die Demokratisierung im Gange und kann nicht wieder rückwärts entwickelt werden. Man nenne es ruhig Demokratisierung, obwohl auch das ein Schlagwort ist wie Junkertum und dergleichen, nicht besser und nicht schlechter. Man weiß, was gemeint ist; die es wollen, wissen es, und die es nicht wollen, wissen es erst recht. Sehr glaublich, daß mancher Reichstagpolitiker sich zunächst etwas wunderbar als Minister, Staatssekretär oder Unterstaatssekretär vorkommen wird; sehr glaublich, daß er merkwürdige Dinge mit der ihm plötzlich „nachgeordneten" Bureaukratie erleben und manche Stunde durchmachen wird, bei der ihm der Wunsch kommt: Ach, wäre sie erst vorüber! Ein Ministerium gibt es sogar, in dem man die Bureaukratie, so wenig glänzend sie sich auch gerade hier gezeigt hat, noch eine Weile wird allein lassen müssen. Das ist das Auswärtige Amt. Es war früher einmal von einem parlamentarischen Beirat für dieses Amt die Rede. Das war ein unmöglicher Gedanke, denn man kann weder

Digitized by Google

das Wissen um die Geschäfte der auswärtigen Politik, noch die Verantwortlichkeit für sie zwischen dem Amt und einem Beirat teilen. Die Geschäfte des Amts sind zum Teil nicht so geführt worden, wie sie hätten geführt werden sollen, vor dem Kriege und während des Krieges, aber die Summe der Kenntnis alles Geschehenen liegt nun einmal im Amt, und es gibt niemanden im Reichstag, der sich zutrauen könnte, hier ohne weiteres die Zügel zu ergreifen. An dieser Stelle rächt es sich, daß die Reichstagsabgeordneten es alle miteinander bisher zufrieden gewesen sind, in der auswärtigen Politik Dilettanten zu bleiben, und viele nicht einmal das. Über Einzelfragen gibt es gute Spezialisten im Reichstag; über das auswärtige Ganze hat überhaupt nur ein Abgeordneter (von Anbeginn des Reichstags an), der Freiherr von Hertling, sprechen können. Was sonst auftrat, mußte doch viel Nachsicht in Anspruch nehmen.

Auch das Reichskanzleramt wird nach den Ereignissen der jetzt von uns durchlebten Tage nicht mehr dasselbe sein wie früher. Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ist der Feindschaft zahlloser Gegner gewichen, von denen vielleicht kein einziger imstande war, ihn richtig zu beurteilen. So mancher aber wird sich in der Stille gestanden haben, daß die eigentlich Verantwortlichen, die, um deretwillen der Kanzler die Geschäfte des Reichs nicht mehr weiter bis zum Frieden und darüber hinaus führen sollte — — — doch darüber wird zu reden sein, wenn Friede ist — wie über so vieles, worüber jetzt geschwiegen werden muß, oder besser geschwiegen wird.

Nur eins wird sich über dem Vielen, was sich mit Deutschland ändert, sicher nicht ändern, und das ist die Feindschaft derer, die Deutschland zu Boden drücken wollen — ganz gleich, ob es cäsaristisch und militaristisch oder demokratisch und zu einem „Verständigungsfrieden" bereit ist. Die guten Leute, die da glauben, mit der innerpolitischen Umwandlung schon etwas Entscheidendes in der Frage von Krieg und Frieden erreicht zu haben oder demnächst zu erreichen, die könnten leicht eine große Enttäuschung erleben, und es wäre für sie und für Deutschland besser, man machte diese Erfahrung, wenn sie einmal kommen muß, so bald wie möglich. Sicher gibt es in den feindlichen Ländern auch Friedensfreunde, aber was bedeuten sie, und namentlich: was bedeuten diejenigen unter ihnen, die imstande sind, ein Deutschland zu ertragen, das sich nach dem Kriege wieder kräftig an die ihm gebührende Stelle unter den Weltvölkern setzt?

Unsere Sozialdemokraten und sonstigen Pazifisten wissen viel zu wenig von der brutalen Entschlossenheit, namentlich in England, bei Gelegenheit dieses Krieges die Gefahr auf immer zu beseitigen, daß ein anderes Volk an die englische „Suprematie" auf den Meeren, d. h. in der Welt, rühre. England sieht heute, daß Frankreich verblutet ist, Rußland auf unbestimmte Zeit in innere Wirren gestürzt, Italien (falls es überhaupt nötig ist, von diesem zu reden) ohnmächtig. Einen besseren Stand der Dinge als diesen kann sich England in Europa gar nicht wünschen — namentlich wenn nun auch noch Deutschland besiegt werden kann. Die einzige für England pein-

Digitized by Google

liche Begleiterscheinung wäre in diesem Falle nur die unvermeidliche starke Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Man weiß ja, wie erstaunt die Amerikaner waren, als sie bei ihrem Eintritt in den Krieg nach und nach erfuhren, wie nahe England samt seinen Bundesgenossen bereits dem Ende seiner Kräfte gewesen war. Für derart notwendig hatte selbst Wilson sein rettendes Eingreifen noch nicht gehalten. England weiß also, daß, wenn es daran denkt, den Krieg bis zum Siege fortzuführen, der Sieg, wenn er überhaupt kommen sollte, nur von Wilsons Gnade käme. Das bedeutet eine gewisse Aufforderung an England, sich die Fortführung des Krieges im gegenwärtigen Augenblick zu überlegen, aber es ist trotzdem unwahrscheinlich, daß die herrschende Kriegspartei bei der Gemütsverfassung, in die sie einmal geraten ist, wegen solcher Erwägungen der Hoffnung entsagen wird, Deutschland „niederzuwerfen". Auch in Frankreich spielen die Poincaré und Genossen um Kopf und Kragen, und ihr Kopf wird nicht festsitzen, wenn sie eines Tages gestehen müssen: wir sind am Ende! Was Rußland endlich angeht, so haben ja die Bemühungen um den Sonderfrieden schließlich den Erfolg gehabt, der ihnen bei soviel Ausdauer nicht versagt bleiben konnte, und die Russen haben sich überzeugen lassen, daß es uns schlecht gehen müsse. Ihnen diese Überzeugung zu nehmen und wieder die gegenteilige beizubringen, wird ein mühsameres Geschäft sein, als es die Offerten in Sonderfriedensmustern waren.

Es ist also zu erwarten, daß die harmlosen Leute, die mit der „Demokratisierung" Deutschlands nun schon Friedensluft auf allen Seiten wittern, eines besseren belehrt werden, und das wird für unser Volk gut sein. Wenn der neue Reichskanzler gesagt hat, der Wille zur Einigkeit müsse wieder ein maßgebender Faktor unserer Politik werden, so ist das ein notwendiger und guter Wunsch, aber soll er erfüllt werden, so kann nach den Erfahrungen, die wir in der letzten Zeit gemacht haben, die Hoffnung im Grunde doch kaum auf etwas anderem beruhen, als darauf, daß die Feinde die nötige Erziehungsarbeit an uns besorgen werden.

Das, worauf wir uns jetzt im Innern einzurichten haben, ist der nächste Winterfeldzug — und es wäre besser gewesen, man hätte bei unserem Volke und bei unseren Bundesgenossen von Anfang an dafür gesorgt, daß diese Notwendigkeit nicht den Beigeschmack der Enttäuschung bekommt. Auch Herr von Bethmann Hollweg ist als Reichskanzler der Täuschung darüber erlegen, was eigentlich der U-Bootkrieg wirken werde, wie lange es bis zum Eintritt der Wirkung dauern würde und was daraufhin zu wagen und nicht zu wagen sei. Man kann ja sagen, wenn niemand in der Regierung imstande war, hier klar zu sehen — war es dann trotzdem vom Reichskanzler zu verlangen? Gleichviel; die Autorität in dieser Frage ist und bleibt allein bei der obersten Heeresleitung und es muß durchgehalten werden. In dem bisherigen Reichskanzler aber scheidet ein Mann, der zwar zu langsamen Entschlusses und zu bedenklichen Gemüts für eine solche Zeit und eine solche Stellung war, dessen Opfer aber

Digitized by Google

verlangt wird, damit andere, die vorher auch nicht klüger waren, an der Stelle von neuem anfangen können, wo er aufhören mußte.

Von dem neuen Reichskanzler wird gesagt, er sei ein Mann von ausgesprochen religiösem Sinn — von so ausgesprochenem, daß ihm der Rahmen der offiziellen Kirchlichkeit für seine Person nicht zusage. Wer unser Landeskirchentum kennt, wird zunächst geneigt sein, in einer derartigen Haltung zugleich den Beweis kirchlicher Frömmigkeit und ein Zeichen entschlossener Verantwortungsbereitschaft zu sehen. Die den Kirchen aus Religion selbständig gegenüberstehen, pflegen auch sonst nicht viel Umschweife zu machen, wo ihre Überzeugung ins Spiel kommt. Was zu wünschen übrig bleibt, ist, daß der Kanzler Michaelis auch den Blick haben möge, seine Mitarbeiter zu wählen, denn er selbst wird sich darüber im klaren sein, daß Vieles im Reichskanzleramt ihm noch eine fremde Welt ist.

Ein Erbe, das nicht gut ist, tritt in der auswärtigen Politik der Nachfolger Herrn v. Bethmann Hollwegs auf jeden Fall an, und mit ihm der neue Leiter des Auswärtigen Amts. Das ist die Summe von Fehlern, die aus ungenügender Kenntnis der geistigen Verfassung des Auslandes während dieses Krieges entstand. Unser Verfahren in bezug auf Rußland, auf England und auf Amerika bietet dafür gleich starke Belege. Verantwortlich für das Übel ist im einzelnen kein Reichskanzler, kein Staats- oder Unterstaatssekretär; verantwortlich ist unser System der politisch-diplomatischen Auslandsschulung, das von 1914 bis 1917 vor aller Augen sein Jena erlitten hat. Ein Engländer, Norman Angell, sagte schon am Anfang des Krieges: „Wenn man die Irrtümer der preußischen Diplomatie und Regierung betrachtet, so wird man finden, daß die meisten davon hervorgerufen sind durch das vollkommene Unvermögen der Preußen, sich in andere Leute hineinzudenken (this absolute incapacity of the Prussian to put himself in the other man's shoes“). Das ist hart und feindselig gesagt, wie es der Feind zu tun pflegt. Es steckt aber soviel Wahres darin, daß wir, auch wenn wir an den Frieden denken, den uns schließlich hinter allem unsere und unserer Bundesgenossen Kraft und Ausdauer zum gemeinsamen Segen doch schaffen wird, als aufrichtigsten und heißesten unserer Wünsche den neuen Männern diesen entgegenrufen möchten: Möge endlich jene politische „Schuh“-Psychologie zur Beherzigung kommen, damit nicht die späteren Enttäuschungen schlimmer werden, als die ersten schon waren!

Mitteleuropa-Sorgen

Von Dr. Friedrich Naumann, M. d. R.

Wenn jetzt in den Tagen der deutschen Staatskrisis viel von Versäumnissen einer zu langsam sich entschließenden Regierung die Rede war, so können wir diese Vorwürfe nur sehr teilweise für berechtigt halten. Man soll nicht ohne weiteres Vor-

Digitized by Google

sicht und Abwägen mit Willensschwäche verwechseln! In einer Hinsicht aber hat tatsächlich das rechtzeitige Erfassen der günstigen Lage gefehlt, nämlich in der Herstellung der staatsrechtlichen Grundlagen von Mitteleuropa. Schon muß man fürchten, daß es für wichtige Schritte zu spät geworden ist, sicher aber liegt vor Augen, daß heute die Einleitung von Staatsverträgen, die als Grundlegung einer Geschichtsperiode betrachtet werden können, weit schwerer sein wird, als es in den ersten Kriegsjahren der Fall war.

Durch die Verhandlungen der beiden Häuser des österreichischen Reichsrates ist offenkundig geworden, wie schwer die inneren Probleme Österreichs sind. Es ist formell festgestellt worden, daß eine nichtdeutsche parlamentarische Mehrheit unter Umständen als geschlossene Macht auftreten kann. Ob es richtig war, solche Umstände herbeizuführen, geht uns hier nichts an, denn das Geschehene läßt sich nicht wegwischen. Auch ist sehr fraglich, ob die Amnestierung der tschechischen Führer, die bei Kriegsschluß als ein versöhnendes Werk gegolten hätte, jetzt während des Krieges zur Erleichterung der Nationalitätsbeziehungen beiträgt. Der österreichische Staat wird zur Zeit von einem Übergangsministerium geleitet, das kaum geneigt und in der Lage sein wird, einen Staatsakt erster Ordnung vorzubereiten, da es eben nur als Provisorium eingesetzt wurde.

Auch in Ungarn ist die Gegenwart so sehr mit innerpolitischem Stoffe angefüllt, daß es schwer ist, die Ohren für etwas andres zu öffnen als für Krieg und Wahlrecht. Solange Graf Tisza den Staat lenkte, wußten wir, daß er dem mitteleuropäischen Bündnis nicht ohne starke Bedenken und Bedingungen gegenüberstand, aber wir durften annehmen, daß eine Form der Staatsverträge, bei der die Selbständigkeit der ungarischen Staatlichkeit in keiner Weise berührt worden wäre, für ein festgeleiteres Ungarn nicht unmöglich war. Jetzt sind zum Teil entschiedenere Freunde des mitteleuropäischen Gedankens in die Regierung gelangt, die Regierung selbst aber konnte noch nicht zu sicherer Ruhe kommen, da sie mit einem schweren Probleme zugleich geboren wurde.

Während der mitteleuropäische Vertrag als Abschluß und Ausklang der Lebensarbeit von Kaiser Franz Joseph ein Testament von unvergänglichem und einzigartigem Werte geworden und allen beteiligten Nationen als heiliges Vermächtnis erschienen wäre, wird er nun ein Bestandteil des noch unübersehbaren Neubaues der Doppelmonarchie. Das erhöht die politischen Hemmnisse beträchtlich und gefährdet den Erfolg. Zu erlangen war der Vertrag schon 1915. Darüber aber öffentlich zu reden, ist zurzeit nicht angebracht, weil die Akten nicht vorliegen.

Selbstverständlich konnten sich die beiden mitteleuropäischen Reiche und die in ihnen enthaltenen Staaten nur dann bündnismäßig vereinigen, wenn sie sich über die Hauptfragen ihrer beiderseitigen Interessen in den Grundlinien verständigten. Das will besagen, daß man grundsätzliche Klarheit über Polen, Balkan und

Digitized by Google

Handelspolitik herstellen mußte, soweit das bei fortdauerndem Kriege möglich war. Hier liegen die Punkte der Versäumnis. Um im gemeinsamen Kriege den Verhandlungsstoff auf das möglichst kleinste Maß zu beschränken, wurden Angelegenheiten, die nicht unmittelbar dringend erschienen, hinausgeschoben, absichtlich übersehen, mit Handbewegungen abgetan, als ob man sie jederzeit noch in derselben Weise wieder aufnehmen könnte. Das letztere war der Irrtum. Am Verlauf der polnischen Angelegenheiten sieht schon alle Welt, welche Folgen das Nichtvorhandensein einer durchgearbeiteten mitteleuropäischen Verständigung gehabt hat: die Zweikaiserproklamation vom 5. November 1916 war ein mitteleuropäischer Akt ohne mitteleuropäischen Hintergrund! Ähnliches wird noch mehr geschehen, wenn die bisherige Methode fortgesetzt wird. Zur gemeinsamen weltgeschichtlichen Arbeit gehört vertragsmäßige Zusammenschließung der Zentralstellen.

Nun ist zu dem allen auch noch die innerdeutsche Regierungskrisis gekommen und verwickelt den Ablauf der mitteleuropäischen Vereinigungsbestrebungen noch mehr, indem sie auch bei uns eine Zeitspanne herbeiführt, in der die Geister nichts anderes sehen als den Krieg und den Streit um die Regierung. Unsere Verhältnisse gleichen infolge der neuesten Vorkommnisse in gewisser Weise denen in Ungarn und Österreich: die Neuorientierung marschiert und verhindert zunächst die Klarheit bundesgenossenschaftlicher Handlungen. Wir wollen es nicht beklagen, denn es war nötig, daß Deutschlands innere Entwicklung einen merkbaren Ruck vorwärts machte, aber auch bei geänderten Regierungsmethoden bleiben die weltpolitischen und mitteleuropäischen Probleme bestehen und verlangen, daß man sich mit ihnen beschäftigt.

Indem die deutsche Regierungskrisis von einer Kundgebung des Friedenswillens im Sinne eines Verständigungsfriedens ausging, wirkte sie sachlich als Annäherung der reichsdeutschen an die österreichisch-ungarische Auffassung. Nachdem Österreich und Ungarn mit uns in waffenbrüderlicher Treue den für sie nicht leichten Entschluß des verschärften Unterseebootkrieges gefaßt haben und seine Folgen auf sich nehmen, sind wir nun unsererseits bereit, ihre Wünsche hinsichtlich der Methode der Friedensanbahnung mehr als bisher in unsere Rechnung einzusetzen. Damit ist wieder freiere Bahn für mitteleuropäisches Handeln geschaffen. Dieser Zeitpunkt darf nicht nochmals versäumt werden, wenn nicht alle Beteiligten Schaden leiden sollen. Trotz der von uns dargelegten Hemmungen, die in allen drei Staaten vorhanden sind, muß die sachliche Notwendigkeit, jetzt endlich feste Verbindungen zu gestalten, an der Spree wie in den Hauptstädten der Donau eingesehen werden, denn gerade dann, wenn unsere gemeinsamen Friedensbestrebungen irgendwelchen Erfolg haben, wenn man beginnt, das blutige Unheil zu entwirren, wird es für jeden weiteren Schritt von erster und wichtigster Bedeutung sein, ob es eine mitteleuropäische Gemeinsamkeit gibt oder nicht. Gehen wir als getrennte Staaten in die Friedensverhandlungen hinein, so werden wir in ihnen vermutlich oder möglicherweise auseinandergerissen. Um

Digitized by Google

es nochmals zu sagen: Wenn die Mitteleuropäer kein gemeinsames Programm über die Aufrichtung des polnischen Staates mitbringen, so werden schon dadurch unsere Gegner zu Schiedsrichtern über eine der allerwichtigsten mitteleuropäischen Angelegenheiten. Und was machen die Bulgaren, wenn sie nicht wissen, was sie von Berlin, Wien und Budapest zu erwarten haben? Lassen sich neue weltwirtschaftliche Beziehungen anknüpfen, wenn bei uns die handelspolitischen Konferenzen der mitteleuropäischen Delegierten von Monat zu Monat verschoben werden? Wer fühlt hier die Verantwortung? Wer hat hier einen Willen?

Indem ich das alles mit ernster Eindringlichkeit auszusprechen suche, kämpfe ich nicht um eine besondere Form der mitteleuropäischen Idee, sondern nur um den politischen Grundgedanken selbst. Alles einzelne unterliegt dem Gange der kommenden Verhandlungen. Diese selbst aber müssen, sollen jetzt mit allem Pflichtbewußtsein begonnen werden. Es ist schon hohe Zeit geworden. Das sollen Staatsleiter und Volksvertreter sich vergegenwärtigen!

Das österreichische Problem

Von Richard Bahr

Es ist beschämend, mit welcher vollendeten Urteilslosigkeit die österreichischen Dinge in einem großen Teil unserer Presse behandelt werden. Da dehnt sich an unserer Südgrenze von West nach Ost ein Land, in das wir selber mit 8 bis 10 Millionen unserer Stammesgenossen hineinreichen. Die siedeln überwiegend auf uraltem, deutschen Volksboden, älterem vielfach, als die Reichsbürger von heute, und stellen, wie immer man an das Problem herantreten mag, ein nationales Kapitel dar, das in Zeitläuften, die doch nun einmal, ob's uns behagt oder als Irrtum erscheint, am tiefsten nach wie vor von völkischen Fragen bewegt werden, aufmerksamster Beachtung, sorgfältigster Pflege, wirksamster Unterstützung würdig wäre. In führenden Blättern aber — und zwar in Blättern aller Parteischattierungen — wird über sie und den Staat, in dem ihnen zu leben und zu wirken bestimmt ist, nicht viel anders berichtet als über die Zustände in Paraguay und Guatemala. Die Verhältnisse sind verwickelt, häufig unerquicklich und erfordern zu ihrer Erkenntnis eindringendes Studium. Schon das ist für viele ein Grund, die Beschäftigung mit ihnen weit von sich zu schieben. Andere glauben sich mit ihnen abzufinden, indem sie über diese Unbehaglichkeiten wie einen Segensspruch die nachgerade etwas abgestandene Formel von der „Nichteinmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten" murmeln. Oder aber sie gehen flugs zum Angriff über und brandmarken, was sie nicht verstehen und auch gar nicht verstehen wollen, als alldeutsches Gemächte, das uns die wertvolle Freundschaft von Tschechen und Südslawen kosten könne. Und Tag für Tag liest man so den selben Unsinn, der die paar Leute, die bei uns in Deutschland diese Dinge kennen,

Digitized by Google

empört und unsere Stammesbrüder, die einzigen Freunde nebenbei, die wir neben den Magyaren in der Monarchie haben, beleidigt. Feuilletonschreiber, die sich mit bedenklichem Erfolg für ihren ohnehin überladenen Stil auf dem Balkan herumtrieben, werden nach einem kurzem Lehrkursus in Budapest auf Österreich losgelassen und fallen nun jedem Einspänner, jedem wurzellosen Kaffeehausschwätzer, jeder offiziösen Einflüsterung zum Opfer. Leute, die selbst allen völkischen Empfindens entraten, sitzen kaltschnäuzig und hochmütig über Männer und Erscheinungen zu Gericht, die sich doch nur aus solchem Empfinden heraus begreifen lassen. Und schädigen, indem sie hergebrachte Parteilehren, Vorurteile, Neigungen und Abneigungen auf die so durchaus anders gearteten Verhältnisse übertragen, zumeist ohne es zu wollen, sicher ohne es zu ahnen, mit der Gesamtnation auch die Interessen der eigenen Reichsgemeinschaft.

In den Tagen, da dieser fürchterliche Krieg auch den Heimgebliebenen noch ein erschütterndes, innerlich aufwühlendes Erlebnis war, haben die Enthusiastischen unter uns wohl gemeint: wir kämpften einen deutschen Krieg. Einen, in dem zum erstenmal wieder seit hundert Jahren alle deutschen Stämme in die nämliche Schlachtreihe sich fügten und der sie nach mancherlei Mißverständnissen, Zerwürfnissen und einer bis in die Zeiten der Gegenreformation zurückreichenden Entfremdung nun doch wohl für alle Zukunft ganz anders als bisher und enger miteinander verknüpfen müßte. Die Deutschen Österreichs vollends waren in Lebensnot und täglich sich erneuernden Opfern, die sie ungleich härter trafen, als die anderen Bewohner der Monarchie, froher Hoffnung. Sie glaubten nicht, weil sie der Wirklichkeit aus der Nähe ins Antlitz sehen konnten, an die Legende von dem wundersamen Völkerfrühling, auf die bei uns auch Hochschulprofessoren staatsrechtliche Lehrgebäude zu stützen begannen, an den Anbruch des goldenen Zeitalters, in dem Wolf und Lamm einander zärtlich zu umfangen lernten und alles ausgetilgt sei, was zwischen ihnen und den Slawen stand. Aber sie trösteten sich: nun, nach diesen schmerzlichen Erfahrungen, deren Eindrücken selbst Männer sich nicht entziehen konnten, die durch ein ganzes Leben die Großmannsgelüste von West- und Südslawen und ihren Separatismus begönnert hatten, müßte sich alles wenden. Jetzt endlich würde ihnen der Lohn werden für die Treue, mit der sie den alten Kaiserstaat über alle Fährnisse hinwegtrugen. Nie wieder könnte es sich begeben, daß man, um Slawen und Welsche, die aufdringlich Heischenden, zu befriedigen, ihnen das Erbteil und damit, was immer zusammenhängt, auch dem Staat seine Rechte kürzte. Und stürzten sich mit der jauchzenden Begeisterungsfähigkeit, die den Süddeutschen österreichischer Prägung ein schönes Angebinde der Natur ist (der freilich, wie allemal bei solchen Temperamenten, leicht Abflauen und Ermüdung zur Seite gehen) auf alle Dinge, die eine Vertiefung und Verinnerlichung des Bündnisses mit dem Reiche zu gewährleisten schienen. Aus solchen Stimmungen erwuchs — sie soll erst nach Kriegsende

Digitized by Google

der Öffentlichkeit übergeben werden und könnte es eigentlich jetzt schon — die „Denkschrift aus Deutsch-Österreich", die nach allen diesen Richtungen ein wohlabgemessenes, ernst durchdachtes Programm entwarf. Die Vorschläge von Wissenschaftlern (auch der jüngst verstorbene Philippovic gehörte zu ihrem Kreis), von Militärs und Männern der Staatspraxis aneinanderreihte über die Ausweitung und den Ausbau des Bündnisses zwischen dem Reich und der habsburgischen Monarchie, die darum nicht aufhören sollten, in jedem Belang souveräne und unabhängige Staaten zu bleiben.

Es ist dann bekanntlich anders gekommen, leider so ziemlich in allen Stücken anders. Die Schlachtfelder — wozu noch das Versteckspiel, das einander Trunkenmachen mit schillernden geschwollenen Redensarten: wir haben ihrer nachgerade übergenug — haben uns nicht genähert. Zumeist kamen unsere Mannschaften mit den eigentlichen deutschen Kerntruppen der Monarchie wohl überhaupt nicht in Berührung. Die wurden allemal dahin geworfen, wo es am heißesten zuging, wo man die Treuesten brauchte und die Zuverlässigsten. In die Eiswelt der Tiroler Höhen, auf die Karstfläche, an den Isonzo, und ließen da unter Strapazen, von denen man bei uns im Reiche sich kaum ein rechtes Bild macht, Gesundheit und Leben. Unseren Leuten wurden als Kampfgenossen im großen Durchschnitt Nichtdeutsche gesellt, und was an ihnen fremdartig berührte, was Verdruß, Ärger, gelegentlich wohl auch gerechten Zorn weckte, das ward in vorschneller Verallgemeinerung auf alle Angehörigen des Donaustaates, nicht zuletzt auch die Deutschen, übertragen und selbst bei den gebildeten Schichten Entstammenden, bei Offizieren und Akademikern, setzte die Vorstellung einer österreichischen Nation sich fest, die es nie gegeben hat und auch gar nicht geben kann.

Derweil schritt aber auch daheim, hinter der Front, die Annäherung nicht fort. Die wirtschaftliche nicht und die allgemeine, politische und, wenn man so sagen darf, menschliche, schon erst recht nicht. Es war ein glücklicher Gedanke, daß man an eine Idee aus den sechziger Jahren, die damals doch auch schon eine Einrichtung gewesen war, anknüpfte und auf veränderter Grundlage und mit anderen Zielen die Abgeordnetentage wieder zu beleben versuchte. Die österreichischen Reichsratsmitglieder deutschen Stammes gedachten so mit Parlamentariern aus dem Reich zusammenzukommen, sie in das Verständnis der Institutionen, der Menschen, der Kämpfe in der Donaumonarchie einzuführen und sie für gemeindeutsche Aufgaben und Interessen zu erwärmen, die es am Ende doch wohl geben darf, auch wenn es den Deutschen oder gerade weil es ihnen nicht in einem Staate zu leben beschieden ist. „Dem übernationalen Staat", sagt einmal der kluge und nachdenkliche Franz Jesser, der einen deutschmährischen Kreis im Reichsrat vertritt, „muß die überstaatliche Nation entsprechen." Der schöne Plan ist in den Anfängen stecken geblieben. Zwei-, dreimal ist man beieinander gewesen, seither nicht wieder. Österreichische Freunde klagten mir:

Digitized by Google

sie hätten immer das Gefühl gehabt, über die Köpfe hin zu sprechen. Das ist sicher nicht bei allen, die aus dem Reich kamen, die Wirkung gewesen. Ich kenne manchen Abgeordneten, dem es durchaus ernst war mit diesen Zusammenkünften. Ich kenne aber — leider — auch andere. Einen hörte ich prahlen: er sei überhaupt nur hingegangen, um zu verhindern, daß die gemeindeutsche Begeisterung über die Ufer schäume. Er und seine Freunde (durchweg konservativen Geblüts) hätten denn auch den Herren aus Österreich gleich zu verstehen gegeben: in ihre inneren Angelegenheiten, in die Auseinandersetzungen mit Tschechen und Südslawen gedächten sie sich nicht einzumischen. Da haben wir sie wieder, diese im Polizeisinne korrekte „Nichteinmischung", mit der von allen Völkern wir Deutschen uns ins Gesicht schlagen: derlei Narrheit aber heißt bei uns zu Lande sich „Realpolitik".

Vollends die wirtschaftliche Annäherung war, noch ehe sie recht beginnen konnte, auf den toten Strang geraten. Sie hätte zum Erfolg führen können, wenn wir uns der hochgemuten Antriebe der Anfänge bedienten und außer dem Rechenstift auch etwas von dem glaubensfrohen Enthusiasmus mitbrachten, der damals ganz Deutsch-Österreich durchpulste und selbst die Widerstrebenden aus den Reihen der Schwerindustrie zum Nachgeben gezwungen hätte. Wir behandelten statt dessen — noch mit erkaltender Hand hat bis in seine letzten Lebenstage Gustav Schmoller davor gewarnt — die Frage ausschließlich mit dem Rechenstift. Bis es mittlerweile dann zu spät geworden war. Denn mittlerweile hatte, zwar nicht Ungarn, aber Österreich sich völlig gewandelt. Noch bis in diesen Spätwinter hinein hatte es selbst billig denkenden Tschechen, die man in der Vereinzelung bisweilen trifft, als selbstverständlich gegolten, daß das bisherige System, die Slawen zu verhätscheln, und die Deutschen, weil ihre Staatstreue doch keiner Anfechtung unterliege, grundsätzlich beiseite zu schieben, ein Ende haben müsse. Was man die „deutschen Belange" genannt hat (und woran sozialistische und demokratische Grünlinge bis heute ihren dürftigen Witz üben) waren ja in keinem Betracht Forderungen überheblicher nationalistischer Eigensucht. Gelegentlich mag wohl der eine oder andere Radikale aus der Gefolgschaft Karl Hermann Wolffs, um seinen Wählern Eindruck zu machen, sie als das austrompetet haben. In Wahrheit waren sie — allen voran die einheitliche Geschäftssprache, die doch nun einmal, solange die tschechische, slowenische und serbische Mundart sich nicht allgemeiner Kenntnis erfreuen, nur das von allen Völkern der Monarchie verstandene Deutsch sein konnte — lediglich das Mindestmaß dessen, was der Staat brauchte und noch braucht, soll er nicht in ein unorganisches, gar nicht mehr zu übersehendes und zu leitendes Gewimmel zerfallen. Nur darüber ging noch der Streit, ob man das, was unbedingt not tat, auf dem Wege kaiserlicher Verordnungen, des vielberufenen Oktroys, oder verfassungsmäßig, unter Mitwirkung des Parlaments durchführen sollte. Wer die Frage rückschauend auf Grund der heutigen Erfahrungen und Erlebnisse beurteilt, wird bekennen müssen: das Oktroy

Digitized by Google

wäre doch nur eine zweischneidige, mehr noch: eine stumpfe Waffe gewesen. Es hätte für den Augenblick zwar den Knoten durchschlagen, eine Gewähr dafür, daß man nicht hinterher unter dem Ansturm slawischer Volksleidenschaften doch wieder gezwungen würde, die beiden Enden aneinander zu fügen, konnte es nicht geben. Doch auch der parlamentarische Weg war nicht aussichtslos, wenn man ihn nur früh beschritt. Wenn man auch da die Zeit der starken Antriebe aus den Anfängen des Krieges benutzte, die heiß auflodernde gerechte Entrüstung der Deutschen, die tiefe Niedergeschlagenheit der Tschechen, denen die Kainsmale noch zu frisch und zu deutlich auf der Stirn brannten, und die noch keine Zeit fanden — sie haben's hernach meisterlich gelernt — sich zurückzuorientieren. Nach der russischen Revolution war auch dieser Weg verbaut und verrammelt. Die hat, so die ewig Harmlosen verleugnend, die auf allen Gassen und Märkten das Märlein von dem im Kriege erschlagenen Pan- und Neoslawismus plärrten, die ganze slawische Welt in einen Taumel versetzt, hat ihr allerlei neue Möglichkeiten eröffnet und Selbstgefühl, Kraft und Willen zum Widerstand gestärkt. Angesichts solcher Stimmungen blieb der österreichischen Regierung im Augenblick wirklich nicht mehr viel anderes übrig, als bis zu einem gewissen Grade gute Miene zum bösen Spiel zu machen; das zu versuchen, was die Engländer mit einem schwer übersetzbaren Ausdruck „to make the best of it" nennen. Tschechen, Polen, Serben, Slowenen, Ruthenen in traulichem Verein hatten das Ministerium Clam-Martinic, das gewiß kraftlos gewesen war, gestürzt, hatten im Abgeordnetenhaus die babylonische Sprachenwirrnis zum Gesetz erhoben und ohne Scheu in die Welt geschrien, daß dieser Krieg nicht ihr Krieg sei und daß sie das österreichische Nationalitätenproblem, nach dem Programm der Entente — wenn's sein muß, auch gegen den Staat — gelöst zu sehen wünschten. Der Staat aber breitete zum ach wievielten Mal den Mantel verzeihender Liebe über die Sünder. Nach den durchaus abgünstigen Erfahrungen zweier Menschenalter, nach einem Kriege, in dem ausschließlich die selbstlose Treue, die nicht nach Woher? und Wohin? fragende Hingabe der Deutschen den alten Kaiserstaat gerettet hatten, wurden diese von neuem in den Winkel gestellt, das Laster aber durfte sich zu Tische setzen.

Das schafft eine neue Situation, an der auch wir Deutsche im Reich nicht länger mit verbundenen Augen vorübergehen dürfen. Der Wiener „Beschwichtigungshofrat" geht auch bei uns wieder um, und wer seine Kenntnis nur von dem gefälligen offiziösen Draht und den wahllos herumhorchenden Korrespondenten der Berliner Großpresse bezieht, hat fast den Eindruck, als ob auch das deutsche Volk Österreichs mit den Slawen frohlocke und nur ein Häuflein kümmerlicher Querköpfe, Alldeutsche und halbe Irredentisten, in die Zügel knirschten. Das ist nicht wahr. Deutsch-Österreich, das schon seit Monaten argwöhnische, ist in tiefster Seele verwundet, erschüttert, ratlos, vielfach zu Boden gedrückt und schier ohne Hoffnung. Nun wird es Zeit, daß wir im Reich der Pflichten gedenken, die wir

Digitized by Google

gegen die Brüder jenseits der schwarzgelben Grenze haben. Wir haben ihnen schon genug Unrecht getan, indem wir verkannten, daß auf ihnen in Waffendienst und Organisation die ganze Last des Krieges lag und daß, wenn mitunter nicht alles nach Wunsch ging, solches daher kam, daß 10 Millionen für einen Staat von 28 Millionen zu stehen hatten. Wir haben auch immer wieder versäumt, so lebhaft wir durch all die Zeit über Kriegsziele und den angeblichen „deutschen Frieden" deklamierten, unseren österreichischen Stammesgenossen zu sagen, daß es gemeindeutsche Kriegsziele gäbe, an denen sie profitieren könnten (und wundern uns nun, wenn sie in ihrer Lebensnot fragen: was ist uns Hekuba, was Flandern und das nasse Dreieck?) Jetzt dürfen wir sie nicht dem niederschmetternden Gefühl überlassen, daß ihre Angst, ihre Sorge, ihre Qual bei uns kein Echo wecken. Daß wir mit kühlem Achselzucken uns von ihnen wenden: hilf dir selbst, so wird dir Gott helfen. Um keinen Preis der Welt darf bei ihnen die Vorstellung aufkommen, daß sie verraten und verkauft werden. Das ist (um die starken Geister zu beruhigen, die das Maß politischer Einsicht danach messen, mit welchem Erfolg man sich die „Sentimentalität abgewöhnte") nicht etwa ein ethisches, gefühlmäßiges Postulat, ist lediglich eine Forderung des eigenen Nutzens, der nüchternen politischen Erwägung. Es handelt sich da nämlich, die Sache auf eine schlichte Formel gebracht, ganz einfach um die Haltbarkeit, den Bestand, die Zukunft des Bündnisses ...

Das Auferstehen der Ukraine

Von Axel Schmidt

Es ist wunderbar, das Auferstehen eines Volkes zu erleben. Auch Polen war als Staat tot, aber niemandem fiel es ein, das Bestehen eines polnischen Volkes zu leugnen. Anders mit den Ukrainern. Nachdem der mongolische Ansturm den alten Kiewer (ukrainischen) Staat fortgefegt hatte, bis seine letzten kümmerlichen Reste in Galizien die Selbständigkeit verloren, hat sich ein ukrainischer Staat nie mehr recht bilden können. Das ukrainische Volk geriet in litauische, dann polnische und zuletzt moskowitische Hände, und so oft auch die Herrschaft wechselte, die brutale Unterdrückung blieb dieselbe. Den fremden Machthabern gelang es schließlich, Adel und Bildungsschicht zu entnationalisieren. Im Westen wurde die Oberschicht polonisiert, im Osten russifiziert, nur die Bauernschaft widerstand dem Drucke und hielt zäh an dem ukrainischen Volkstume fest. Dafür wurde sie durch die russische Regierung in völliger Unwissenheit gehalten; denn selbst die Volksschule bot nichts anderes als großrussischen Unterricht, dessen Sprache die ukrainischen Kinder nicht verstanden, sondern die sie erst mühsam erlernen mußten. Die Folgen dieser Politisierung der Schule sind nicht ausgeblieben. Die Zahl der Analphabeten ist in der Ukraine doppelt so groß wie im übrigen Rußland, wo

Digitized by Google

auch sie schon einen großen Prozentsatz bilden. Das Wort des Ministers Walujew unter dem „liberalen" Alexander II., „eine ukrainische Sprache hat es nicht gegeben, gibt es nicht und darf es nicht geben", bestand mit geringen Ausnahmen bis auf den heutigen Tag. Denn noch zu Anfang des Krieges wurden so gut wie alle ukrainischen Blätter, die seit der Revolution von 1905 entstanden waren, wieder verboten. Dieses Totsagen eines Volkes von 30 Millionen war von der russischen Regierung so gründlich besorgt worden, daß das Bestehen des ukrainischen Volkes, dem vor hundert Jahren noch deutscher Gelehrtenfleiß ein dickleibiges Geschichtswerk gewidmet hatte, völlig aus dem Bewußtsein, nicht nur des deutschen Volkes, sondern auch der deutschen Geschichtsforschung verschwunden war. Dazu hat natürlich nicht wenig beigetragen, daß die Ukrainer in Österreich bis vor kurzem von den Deutschen Ruthenen genannt wurden und Peter der Große die Ukrainer in Kleinrussen umtaufte, um dadurch den Anschein zu erwecken, als ob es sich um eine unbedeutende Spielart des Großrussischen handle. Solange in Rußland der zarische Absolutismus herrschte, war natürlich von einer öffentlichen politischen Bewegung keine Rede. Der Kampf konnte nur „unterirdisch" geführt werden. Wenn bei allen Revolutionen die schwersten Unruhen in Südrußland stattfanden, so lag letzten Endes der Grund dafür darin, daß dort die Ukrainer siedeln, die zu der allgemeinen Unzufriedenheit über den politischen Druck noch ihre Erbitterung über die Vergewaltigung des Ukrainentums in die Wagschale warfen. Auch die Agrarunruhen, die nur zu oft das ganze russische Reich erschüttert haben, bekamen in der Ukraine ein anderes Gesicht. Neben dem Landhunger, der dort andere Formen annahm, wie im Westen, wo der Einzelbesitz vorherrscht, und im Osten, wo der großrussische Mir (Gemeindeland) nur seit kurzer Zeit administrativ eingeführt ist und daher dort nicht fest im Volke verwurzelt war — spielte der nationale Gegensatz des ukrainischen Bauern zum polnischen, resp. großrussischen Großgrundbesitzer eine bedeutende Rolle. Nur einmal ist der Kampf der Ukrainer um bessere Lebensbedingungen an die Öffentlichkeit getreten. Das war, als in die erste und zweite Duma zur großen Überraschung der Regierung zahlreiche nationalbewußte Ukrainer gewählt wurden, die energisch für eine Autonomie eintraten. Als sich in der zweiten Duma 64 von ihnen zu einer Fraktion zusammenschlossen, bildete das eine der Ursachen, die Stolypin veranlaßten, durch einen Staatsstreich das Wahlrecht umzuändern. Indem dabei das Schwergewicht von der Bauernschaft auf den Großgrundbesitz verschoben wurde, beseitigte er mit einem Schlage die ukrainische Gefahr für die Öffentlichkeit. Im geheimen hat sie naturgemäß um so stärker fortgewirkt. Jedoch hat sich ihr Charakter in den letzten Jahren völlig verändert. Während sich an der Revolution von 1905 die Ukrainer, wie alle übrigen Fremdvölker lebhaft an der Seite der russischen Liberalen beteiligten, weil sie von letzteren bessere Lebensbedingungen erhofften, haben sie sich dieses Mal von der Revolution völlig fern gehalten. Im Gegenteil, sie

Digitized by Google

haben der neuen Regierung, d. h. den Bundesgenossen von 1905 sofort die schärfste Opposition gemacht, weil sie in den zehn Jahren der Dumaherrlichkeit erkannt hatten, daß die russischen Liberalen noch größere Chauvinisten sind, als die zarische Regierung. War doch z. B. der Hauptrufer im Streite gegen die kulturellen Bestrebungen der Ukrainer der kadettische Publizist P. Struwe. Kaum war der Zar entthront, so erstand unter Vorsitz des Professors Hruschewskij-Lemberg, einem gebürtigen Kiewer, der zufällig bei Ausbruch des Krieges in Rußland geweilt hatte, die Zentral-Rada, die die Sache der Ukraine in ihre Hand nahm. Diese Rada war ein Ausschuß aller ukrainischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen zur Erkämpfung einer Autonomie. Fürs erste ging die Absicht nur dahin, für das ukrainische Gebiet eine weitgehende Selbstverwaltung als Teil der großrussischen Republik zu fordern. Aber schon bei der Eröffnungssitzung erklärte Professor Hruschewskij, daß man nötigenfalls auch weitergehen werde. Er stellte damals unter dem Beifall der gesamten Versammlung fest:

„Das Banner der selbständigen Ukraine bleibt aber aufgerichtet und wird entrollt werden, sobald die russischen Zentralisten das Gelüst bekunden sollten, uns die gewünschte autonome Sonderstellung im förderativen demokratischen Rußland nicht zu gewähren. Die Sachlage ist klar — und das sollte auch den Leitern des russischen Reiches einleuchtend sein."

Immer energischer vertrat die ukrainische Bewegung folgende drei Forderungen: 1. Autonomie, 2. Teilnahme am Friedenskongreß (d. h. internationale Garantie ihrer neu zu schaffenden Rechte), 3. eigenes Heer. Die provisorische Regierung in Petersburg war erschreckt über die Stärke dieser Bewegung und versuchte durch Verschleppung der Verhandlung Zeit zu gewinnen, indem sie wie den Finnländern vorschützte, daß solch weitgehende staatsrechtliche Neubildungen nur von der konstituierenden Versammlung bewilligt werden könnten. Darauf aber will sich das ukrainische Volk nicht einlassen. Es hat energisch und zielbewußt seine Sache in die eigene Hand genommen. Zu diesem Zweck traten in letzter Zeit Bauernkongresse und Frontkongresse der Ukrainer zusammen, die mit großem Nachdruck die Forderungen der Zentral-Rada unterstützten. Auf ersterem hielt z. B. der bekannte ukrainische Politiker Kowalewski eine Rede, in der er unter anderem sagte:

„Es ist uns schmerzlich, wir haben geglaubt, daß die neue Regierung in Petersburg neue Wege einschlagen würde, und haben uns geirrt. Die Polen sind seitens der Regierung der Anerkennung der Unabhängigkeit Polens gewürdigt worden; wir wollen nicht einmal das, wir wollen nur die Anerkennung unseres Rechtes, unser Land für die Verwaltung durch eigene Gesetze vorzubereiten. Die Rechte Finnlands sind in weiterem Umfange anerkannt worden als unsere."

Der Bauer Odynetz äußerte in bezug auf die Petersburger Regierung: „Von Petersburg, diesem Pfuhl, wo viele Gebeine unserer Volksgenossen ruhen, haben

Digitized by Google

wir nichts zu hoffen. Man muß sich organisieren, die Organisation wird uns Autonomie verleihen."

Und auf dem letzten Frontkongreß, der trotz des Verbotes durch den Kriegsminister Kerenski von über 2300 Delegierten besucht war, die 1,7 Millionen Soldaten vertraten, wurden die drei Forderungen der Zentral-Rada, Autonomie, Teilnahme am Friedenskongreß, nationale Armee, auf das energischste unterstützt. Zu letzterem Punkt wurde folgende Resolution angenommen:

„Zwecks Bildung einer nationalen ukrainischen Armee sind hinter der Front sämtliche ukrainische Soldaten und Offiziere aus den gemischten Truppenformationen sofort zu entlassen und in gesonderten Regimentern zu sammeln. Wenn der Kongreß auch nicht darauf besteht, daß sämtliche Ukrainer sofort aus der Frontarmee ausscheiden, so verlangt er doch eine baldmögliche Zurückberufung seiner Volksgenossen aus dem Schützengräben, damit auch diese Soldaten und Offiziere Aufnahme in ukrainischen Truppenkörpern finden können." („Russkoje Slowo" vom 23. 5.)

Den Höhepunkt der Tagung bildete aber die Verlesung und Zustimmung der Versammlung zu dem „Universal" der Zentral-Rada, das folgenden Wortlaut hat:

„Ohne sich von Rußland zu trennen, hat das ukrainische Volk das Recht, auf seinem Territorium sein Leben sich selbst einzurichten. Die Verfassung der Ukraine soll auf einer, auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zusammenberufenen ukrainischen konstituierenden Versammlung festgelegt werden. Alle Gesetze, welche unsere Verfassung bestimmen, dürfen nur von dieser ukrainischen Versammlung herausgegeben werden; die Gesetze aber, die sich auf ganz Rußland beziehen, sollen vom allrussischen Parlament gegeben werden. Wir wollen, daß das Recht, über unsere ukrainischen Gebiete zu verfügen, ausschließlich uns und nur unserer ukrainischen Versammlung zukomme. Zu diesem Zweck haben die Vertreter der ganzen Ukraine aus ihrer Mitte uns, die ukrainische Zentral-Rada, gewählt und uns befohlen, an die Spitze des ukrainischen Volks zu treten, sein Recht zu verteidigen und das neue Leben der freien autonomen Ukraine zu organisieren. Wir, ukrainische Zentral-Rada, haben den Willen unseres Volkes erfüllt und diese große Last auf uns genommen.

Wir glaubten, daß die russische Regierung uns für diese Arbeit ihre Hand reichen würde, aber die provisorische russische Regierung hat alle unsere Forderungen abgelehnt und die ihr hingereichte Hand des ukrainischen Volks zurückgestoßen. Unsere hauptsächlichen Forderungen sind:

1. daß die russische Regierung durch einen besonderen Akt erklären sollte, daß sie sich nicht dem Recht unseres Volks auf eine Autonomie widersetzt.
2. Einsetzung eines ukrainischen Kommissars der russischen Regierung.

Digitized by Google

3. Einsetzung eines von uns gewählten Kommissars als Vertreter der russischen Regierung in der Ukraine.

4. Überführung eines Teils der von unserem Volk für die russische Staatskasse erhobenen Einnahmen an die Ukraine für nationale kulturelle Zwecke.

Alle diese Forderungen hat die russische Regierung abgelehnt. Wir können nicht unser Land der Anarchie preisgeben. Die provisorische Regierung ist nicht imstande, bei uns Ordnung zu schaffen und wünscht nicht, gemeinsam mit uns diese Arbeit auf sich zu nehmen. Deshalb erlassen wir, ukrainische Zentral-Rada, dieses Universal an unser gesamtes Volk und erklären, daß wir jetzt selbst unser Leben einrichten werden. Sobald die vorbereitenden Arbeiten beendet sind, werden wir die Vertreter aller Völker des ukrainischen Territoriums zusammenrufen und die Gesetze schaffen, welche die allrussisch konstituierende Versammlung bestätigen müssen wird.

Bis jetzt hat das ukrainische Volk alle seine Mittel der russischen Staatskasse zugeführt, ohne dafür das zu haben, worauf es Recht hatte. Deshalb schreiben wir, ukrainische Zentral-Rada, allen Bürgern unserer Dörfer und Städte und allen ukrainischen Behörden vor, vom 14. 7. an von der Bevölkerung Steuern für die Sache des Volkes zu erheben.

Ukrainisches Volk, in deinen Händen liegt dein Schicksal! Beweise in dieser schweren Stunde des allgemeinen Zusammenbruchs durch Zusammenschluß und Klugheit, daß du stolz und würdig an die Seite jedes organisierten und souveränen Volks als gleiches zum gleichen treten kannst."

Damit ist, wenn auch nicht de jure (von Rechts wegen), so doch de facto (in der Tat) ukrainische Staat proklamiert worden. Die gesamte großrussische Presse schlägt über diese „ukrainische Frechheit" Lärm. Bis auf die „Prawda" (Organ Lenins) lehnen alle den Schritt der Ukrainer entschieden ab. Die „Rabotschaja Gaseta" (soz.) spricht von „Übereiltheit und Leichtfertigkeit". „Nowaja Shisn" sagt: „Der Beschluß widerspricht der Logik der wirtschaftlichen Entwicklung, die eine Isolierung der Völker nicht zuläßt." „Djelo Nar." (soz.-rev.) erklärt: „Es ist ein unverantwortlicher Akt von Leuten, die Scheuklappen angelegt haben und nicht sehen wollen, was neben ihnen vor sich geht." „Djen" (Blatt Kerenskis, soz.-rev.) verlangt, daß die Regierung eine Deklaration über die Nationalitätenfrage erlasse, erklärt aber auch, daß die Ukrainer „ein neues Hindernis" auf dem Wege der Revolution aufgestellt haben. „Rjetsch" (Kad.) schreibt: „Die ukrainische Zentral-Rada hat sich als Regierung der Ukraine erklärt. Internationale Beziehungen mit dem sich von uns getrennten Ukrainer aufrecht zu erhalten, hieße die Aufteilung des russischen Staates anerkennen. Wird sich die Regierung zur energischen Maßnahme entschließen? Diese Frage beunruhigt uns noch viel mehr als die Tatsache der Loslösung der Ukrainer."

Aber nicht nur die großrussische Presse, sondern auch die provisorische Regierung ist höchstlich erschreckt über die Entwicklung, die die ukrainische Frage genommen hat.

Digitized by Google

Am 28. Juni fand nachts eine Sitzung der provisorischen Regierung statt, auf der die ukrainische Frage beraten wurde. Alle Mitglieder der Regierung verurteilten entschieden den Schritt der ukrainischen Zentral-Rada. Es wurde hervorgehoben, daß die Lage sehr ernst sei und daß an eine Lösung des Konflikts nur mit größter Vorsicht herangetreten werden könne.

Wie man aus diesen kurzen Ausführungen ersieht, marschiert die ukrainische Bewegung unaufhaltsam vorwärts. Dr. Rohrbach, der seit Beginn des Krieges darauf hingewiesen hat, daß die Ukraine das bedeutsamste internationale Problem des Krieges ist, hat allen Zweiflern zum Trotz recht behalten. Mit der Aufrollung dieser Frage ist aber Deutschland ein entscheidender Trumpf in die Hand gegeben, und es liegt an der deutschen Diplomatie, ihn auszunutzen. Mit ihm könnten wir die militärisch so glänzend begonnene Bezwingung der russischen Gefahr diplomatisch vollenden. Dazu gehört, daß wir die Hoffnung endlich fahren lassen, durch Entgegenkommen den Großrussen uns zum Freunde zu gewinnen. Wenn wir uns endlich entschlössen, die Forderung der Ukrainer offen zu unterstützen, am Tische des Friedenskongresses mittagen zu dürfen, so würde das das Streben nach Selbständigkeit in der Ukraine bedeutend fördern. Hat sich doch bereits ein Verband für ukrainische Staatlichkeit gebildet, der offen die Forderung vertritt, daß die ukrainische Nation eine Republik bilden solle, die alle Fragen „souverän" entscheiden müsse. Ein solches Stichwort der deutschen Regierung würde der Fremdvölkerbewegung in Rußland mächtige Antriebe geben und die auseinanderstrebenden Kräfte derartig stärken, daß die provisorische Regierung ihrer nicht mehr Herr werden könnte. Vorausgesetzt natürlich, daß hinter diesem Worte klar erkennbar der Wille zur Tat steht.

Konservative Politik

Von Prof. Dr. F. Hartung

Dieser Aufsatz will sich nicht etwa mit derjenigen Partei auseinandersetzen, die sich zurzeit in Deutschland als konservativ bezeichnet. Denn als konservativ, als staatserhaltend kann ich eine Partei nicht anerkennen, die deutlich bestrebt ist, lediglich die Interessen einer einzelnen, wenn auch noch so berechtigten und unentbehrlichen Gruppe, der ostelbischen Agrarier, zu vertreten, die offen zugibt, breite Volksschichten von der tätigen Anteilnahme am Staatsleben ausschließen zu wollen. Konservativ ist, wer den Staat als Ganzes lebendig und kräftig erhalten will. Konservative und Liberale unterscheiden sich nicht etwa in ihrer Stellung zu den wirtschaftlichen Interessen von Stadt und Land, ihr Gegensatz besteht vielmehr in den verschiedenen Ausgangspunkten der Betrachtung, indem der Liberale von den Rechten und Interessen des einzelnen ausgeht, während der Konservative demgegenüber die Interessen

Digitized by Google

des Ganzen betont. Dem entspricht die verschiedene Stellung zum geschichtlich Überkommenen; der Konservative wird stets das organisch Gewordene höher schätzen als das Neue, der Liberale dagegen dem Ererbten gegenüber das Recht, das mit uns geboren ist, ausspielen. So aufgefaßt ist der Gegensatz der beiden Auffassungen sicherlich ewig und nicht zu beseitigen; er entspricht dem Leben selbst, wo auch immer dem Bestehenden ein Werdendes gegenübertritt, das sich sein Recht erkämpfen will. Aber sobald dieses Werdende sich als lebenskräftig erwiesen und durchgesetzt hat, ist es selbst ein Bestehendes, das sich zu behaupten strebt. So müssen auch im politischen Leben einer richtig geleiteten konservativen Partei immer neue Kräfte zuwachsen.

Mit Recht spricht Paul de Lagarde in seinen auch heute noch lesenswerten „Deutschen Schriften" von der einem jeden sich selbst achtenden Volke so dringend nötigen konservativen Gesinnung. Aber um konservativ sein zu können, verlangt er Zustände, die des Konservierens wert sind. Daß unsere Zustände das zurzeit nicht sind, ist unbestreitbar; überall spricht man von Neuorientierung, auch die Regierung hat die Notwendigkeit gründlicher Reformen anerkannt. Das ist kein Unrecht gegen die Vergangenheit und gegen die Kräfte, die bisher mit bestem Willen und Gewissen unsern Staat getragen und noch während des Krieges unter schwierigen Verhältnissen oft Tüchtiges geleistet haben. Es ist lediglich das Eingeständnis, daß im Laufe des letzten Menschenalters sich die Dinge gewandelt haben und daß wir die Formen des Staatswesens dieser Veränderung anpassen müssen.

Nach zwei Richtungen ist die neuere Entwicklung über die alten Zustände hinausgewachsen. Einmal ist die politische Bildung und das politische Interesse und damit das Verlangen nach größerer politischer Freiheit und nach stärkerem Anteil an der Verwaltung größer und allgemeiner geworden. Das ist eine natürliche Folge des allgemeinen Wahlrechts und der Selbstverwaltung; es wäre ein Armutszeugnis für das deutsche Volk, wenn es anders wäre. Diesem Verlangen muß Rechnung getragen werden durch eine Verwaltungsreform, durch ein Zurücktreten der alten bureaukratischen Organisation, die vielfach noch zu sehr in den Überlieferungen des bevormundenden Polizeistaats steckt. Es kann auch unbedenklich geschehen, denn es bedeutet ja keine Schwächung des Staates, sondern nur einen durch die veränderte Staatsgesinnung der Bevölkerung möglich und notwendig gewordenen Umbau.

Sehr viel schwieriger ist die zweite Aufgabe, die durch die Neuordnung gelöst werden soll, die Erweiterung der politischen Rechte, die vor allem der industriellen Arbeiterschaft zugute kommen soll. Wir haben es hier mit einer Bevölkerungsschicht zu tun, die erst in den letzten Jahrzehnten emporgekommen ist und sich durch die auf frühere Zustände zugeschnittenen Verfassungsformen verkürzt fühlt. Sie besitzt durch ihre große Zahl und ihren festen parteipolitischen und gewerkschaftlichen Zusammenschluß große Bedeutung. Es kann kein Zweifel sein, daß wir den guten Willen dieser Massen brauchen, sowohl für das Gedeihen der Industrie wie b.son-

Digitized by Google

ders für die Verteidigung des Reiches nach außen; umgekehrt kann freilich auch kein Zweifel darüber sein, daß das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft von der Leistungsfähigkeit des industriellen Unternehmertums und von der Wohlfahrt des Reiches unbedingt abhängig ist und daß das den Arbeitern um deswegen noch nicht zum klaren Bewußtsein gekommen ist, weil es an diesen beiden Voraussetzungen bisher noch nie gefehlt hat.

Bis zum Kriege hat die Sozialdemokratie im Klassenkampf dem Staate und der bestehenden Wirtschaftsordnung grundsätzlich ablehnend gegenüber gestanden. In den unvergeßlichen Augusttagen 1914 hat sie sich aber mit verschwindenden Ausnahmen zur Verteidigung des Vaterlandes bereit erklärt, und es gilt nunmehr, sie durch Erweiterung der politischen Rechte — am dringendsten wird eine Verbesserung des Koalitionsrechts und die Wahlreform verlangt — zur dauernden Anerkennung von Staat und Gesellschaft zu bekehren, als gleichberechtigte Schicht dem Staate einzufügen und zur tätigen Mitarbeit am politischen Leben zu gewinnen.

Die größte Schwierigkeit besteht darin, daß die Sozialdemokratie auch heute noch gar nicht daran denkt, eine grundsätzliche Feindschaft gegen den Staat und den Klassenkampf aufzugeben. Trotzdem halte ich die Hoffnung, daß sich die Masse der deutschen Arbeiterschaft auf den Boden der bestehenden Staats- und Wirtschaftsverfassung stellen wird, nicht für utopisch. Nur dürfen wir dabei nicht nach Jahren, sondern müssen nach Generationen rechnen. Aber gerade wir konservativen Deutschen, die wir auf unsere organische Staatsauffassung im Gegensatz zur mechanischen der westlichen Demokratien so stolz sind, sollten nicht vergessen, daß Organe Zeit brauchen, um zu wachsen, das gilt, beiläufig gesagt, auch für unsere Stellung im Ausland, die uns immer wieder enttäuscht, weil wir die Ernte zu schnell nach der Saat haben wollen. Wir sind als Großmacht jung und können uns draußen in der Welt weder auf alte Kulturüberlegenheit wie Frankreich, noch auf überlieferte Machtstellung wie England berufen; wir müssen ruhig warten, bis sich das Ausland daran gewöhnt hat, daß wir auch auf der Welt sind und unsern Platz an der Sonne beanspruchen. Diese Entwicklung können wir nicht beschleunigen, weder durch Kriechen vor dem Ausland, noch durch große Worte und überforsches Auftreten; dadurch beeinträchtigen wir höchstens die Wirkung der Zeit. Das Gleiche müssen wir in der inneren Politik beherzigen, wir müssen wieder geduldig warten lernen, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Jahrzehnte hat es so gedauert, bis der brandenburgisch-preußische Adel sich dem hohenzollernschen Staatsgedanken gefügt hat, bis aus den widerspenstigen Vasallen Friedrich Wilhelms I. die königstreuen Edelleute Friedrichs des Großen geworden sind. Das liberale und demokratische Bürgertum, das bis 1866 staats- und heeresfeindlich gewesen ist, hat sich auch nicht von heute auf morgen geändert, die im Kampf gegen den Staat groß gewordene Generation mußte zunächst dahingehen, erst nach dem Tode Eugen Richters ist der deutsche Freisinn eine positiv mitarbeitende,

Digitized by Google

in den Staatsnotwendigkeiten zuverlässige Partei geworden. Ja, es ist nicht nur ein Umschwung in der politischen Haltung der Partei zu verzeichnen, sondern auch ein Wechsel in der politischen Gesinnung des Bürgertums. Denn es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß das Dreiklassenwahlrecht vor 1866 im ostelbischen Preußen eine erdrückende Mehrheit fortschrittlicher Abgeordneter ergab, während heute bei dem gleichen Wahlrecht und einem gegen früher sicher nicht gesteigerten Druck der Regierung diese Gegenden der feste Hort der konservativen Partei sind.

So müssen wir auch der Sozialdemokratie Zeit lassen, allmählich umzulernen und und in den Staat hineinzuwachsen. Es war ein Fehler, von der Sozialpolitik und der Aufhebung des Sozialistengesetzes zu erwarten, daß die Stimmung der Massen sofort umschlagen und daß die Zahl der Sozialdemokraten im Reichstag rasch sinken werde. Daß sich die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Vaterlande geändert hat, das hat sich beim Anspruch des Krieges glänzend erwiesen, und es hat sich auch während der langen Dauer des Krieges trotz manchen unerfreulichen Dingen gezeigt, daß wir uns auf unser Volk verlassen dürfen. Ich bin im Felde hauptsächlich mit jungen Arbeitern aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk zusammen gewesen; da fiel wohl manch scharfes und manch verständnisloses Wort auch über den Staat, aber in schweren Tagen hat doch jeder einzelne still und schlicht seine Pflicht getan. Es steckt ein guter Kern in unserm Volke; ihn gilt es zu entwickeln, langsam und stetig, vor allem ohne störende Einmischung. Dann dürfen wir hoffen, daß sich auch die breite Masse der Arbeiterschaft in den Staat einleben und in ihm etwas der Konservierung Wertes erblicken wird.

Die Hoffnung kann sich freilich nur dann erfüllen, wenn ein verbitternder Kampf um die Neuorientierung — der naturgemäß zu einem Kampf der Masse gegen den bestehenden Staat überhaupt würde — vermieden wird, wenn die politische Gleichberechtigung freiwillig eingeräumt wird als ein Recht, das der Masse zusteht, weil sie sich als ein notwendiges Glied unseres Staates erwiesen hat. Ja, es genügt nicht einmal, wenn, wie es zurzeit den Anschein hat, die Reform von den Parteien gemacht wird und die Regierung nur widerwillig und gezwungen zustimmt. Es handelt sich hier um das Interesse des Staates, und dieses darf nicht zum Gegenstande des Wettbewerbs der Parteien um Wählerstimmen herabgedrückt werden. Es ist deshalb dringend erforderlich, daß die Regierung die Reform in die Hand nehme.

Dafür spricht auch noch eine andere Erwägung: es handelt sich um Gleichberechtigung, nicht um Alleinberechtigung der großen Masse. Auch wer das Reichstagswahlrecht für unantastbar erklärt und sogar zugibt, daß es auch in Preußen eingeführt werden müsse, weil nur auf diese Weise der Wahlrechtskampf ein Ende finden könne, auch der kann nicht verkennen, daß in ihm die Gefahr der Vorherrschaft der Zahl liegt. Die Interessen der meisten Reichstagswähler gewinnen dabei allzu

Digitized by Google

leicht die Oberhand. Aber maßgebend darf immer nur das Interesse der Gesamtheit sein, das sich mit dem der einzelnen nicht notwendig deckt. Wie es einerseits eine die Schäden des modernen Wirtschaftslebens ausgleichende Sozialpolitik verlangt, so fordert es andererseits auch den Schutz unserer Landwirtschaft, nicht als eine Liebesgabe an die Agrarier auf Kosten der Mehrzahl der Bevölkerung, sondern als eine Ausgabe für den Schutz des Ganzen nach außen, die ebenso unerläßlich ist wie die Ausgaben für Heer und Flotte. Darum brauchen wir Gegenwichte gegen die Körperschaften des allgemeinen Wahlrechts, und zwar lebendige, kräftige. Wir haben im Reiche den Bundesrat, dessen stilles Wirken nicht recht erkannt wird, dessen Lebenskraft aber stark bleiben wird, solange der bundesstaatliche Charakter des Reiches von lebendigen Strömungen der Bevölkerung getragen wird. Das preußische Herrenhaus aber bedarf gleichzeitig mit dem preußischen Landtagswahlrecht einer Umbildung; es muß aus einer Verkörperung des alten Preußen zu einer Vertretung der lebendigen Kräfte des gegenwärtigen preußischen Staates werden. Sonst kann es seine Aufgabe als Gegengewicht nicht erfüllen, sonst laufen wir Gefahr, daß der Kampf gegen die derzeitige Zusammensetzung des Herrenhauses ein Kampf gegen das Zweikammersystem überhaupt wird und daß das Herrenhaus bedeutungslos wird wie das Haus der Lords in England.

Nur wenn die Regierung die Leitung übernimmt, wird es gelingen, beides zu schaffen, die richtig verstandene Freiheit im Staate und die erforderlichen Gegengewichte. Von ihr muß die Demokratisierung ausgehen, denn nur an ihr kann sie die notwendige Schranke finden. So wie die Dinge jetzt liegen, ist Demokratisierung wahrhaft konservative Politik; nur dadurch lassen sich Zustände schaffen, auf deren Boden sich die große Masse des Volkes stellen kann.

Damit gewänne die Regierung zugleich die Führung der politischen Entwicklung wieder, die sie sich hat entwinden lassen; der Streit um die parlamentarische Regierungsweise würde mit einemmal entschieden zugunsten der überlieferten Form einer monarchischen, über den Parteien stehenden Regierung. Die Leistungen unserer Parlamente und ihrer einzelnen Mitglieder in allen Ehren; aber ich glaube nicht, daß unvoreingenommene Betrachtung den Eindruck gewinnen kann, als seien hier überragende staatsmännische Begabungen zu finden. Und selbst wenn das der Fall wäre, so wären diese Talente bei den gegebenen und nicht ohne weiteres zu ändernden Mehrheitsverhältnissen zu Kompromissen mit den anderen Parteien gezwungen; wir bekämen also eine Regierung, die unter den Parteien stehen müßte. Wenn trotzdem der Ruf nach dem parlamentarischen System so laut werden konnte, so liegt das daran, daß wir alle fühlen, es muß jetzt etwas Durchgreifendes geschehen, während die Regierung die Dinge treiben läßt. Aber mit bloßer Verneinung und stillem Abwarten ist gegen dieses Drängen nichts zu erreichen. Nur Leistungen überzeugen von der

Digitized by Google

Überlegenheit der einen oder der anderen Regierungsweise, nur durch Taten kann die Regierung wieder Vertrauen zu ihrer Führerkraft erwecken.

Gewiß läßt sich auch manches für den Standpunkt der Regierung anführen. Die glückliche Beendigung des Krieges ist das eine, das not tut. Die innere Reform kann aufgeschoben werden, zumal da es sich um tiefgreifende Neuerungen handelt, die sich nicht übers Knie brechen lassen, die vielfach gar nicht vom Wortlaut des Gesetzes, sondern vom Geist der Handhabung abhängen. Aber mit Recht sagt Treitschke: es gibt Zeiten, wo man sich zwingen muß, zu vergessen, daß jedes Ding zwei Seiten hat. Und wenn je eine solche Zeit war, dann ist es die unsere. Wir müssen uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß wir einem weiteren Kriegswinter entgegengehen. Er wird hart und schwer sein; da können wir keine politische Verdrossenheit brauchen. Darum muß die Regierung durch Taten beweisen, daß es ihr mit Erfüllung ihrer Verheißungen ernst ist. Es ist natürlich nicht leicht für sie, gerade diejenigen Kreise vor den Kopf zu stoßen, auf die sie sich bisher am liebsten gestützt hat. Aber das kann jetzt nicht in Betracht kommen. Auch ist die Zahl der überzeugten Gegner der Reform nur klein; und die vielen Konservationen, die in der Demokratisierung eine zwar bedauerliche, aber unvermeidliche Entwicklung sehen, werden froh sein, wenn sie durch eine vollendete Tatsache aus dem unfruchtbaren Neinsagen herauskommen, wenn dadurch eine neue Grundlage für eine starke nicht agrar-, sondern staatskonservative Partei geschaffen wird.

Um das Ausland brauchen wir uns bei den inneren Reformen nicht zu kümmern. Unsern Feinden ist es ganz gleichgültig, wie wir regiert werden, sie wollen uns nicht frei, sondern schwach. Aber es wäre falsch, wenn wir den Lockrufen des Auslandes gegenüber uns auf den Standpunkt stellten: nun gerade nicht. Im Gegenteil, je stärker unsere Gegner unser Dasein bedrohen, desto notwendiger ist es für uns, alle unsere Kräfte zusammenzufassen. In diesem Zeichen möge die Regierung die Reform beginnen. Es handelt sich um folgenschwere Entschlüsse, um einen Sprung ins Dunkle. Mit Recht wird immer wieder an Bismarcks Übernahme des allgemeinen gleichen Wahlrechts erinnert. Es bedarf eines festen Vertrauens auf das Volk, wie es Bismarck gehabt hat, als er Deutschland in den Sattel setzte. Aber die Regierung hat so oft ihr Vertrauen auf unser Volk ausgesprochen; jetzt muß sie den Mut zur Tat finden. Das größte Bedürfnis eines Staates ist nach Goethe das einer mutigen Obrigkeit.

Praktische Vorschläge zur Geburtenpolitik

Von Kreisarzt Dr. Stoll

Hermann W. Siemens hat in einem ausgezeichneten Artikel in Heft 44, Jahrgang 1916, dieser Zeitschrift die Frage der Geburtenpolitik behandelt. Das Verdienstliche dieser Arbeit liegt ganz besonders darin, daß er mit außerordentlicher Klar-

Digitized by Google

heit all die verkehrten Maßnahmen, die in Parlament und Presse immer wieder als Heilmittel gegen den Geburtenrückgang empfohlen werden, aufgedeckt und demgegenüber kurz die rechten Wege einer wirksamen Geburtenpolitik gewiesen hat.

An Versuchen mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt hat es bekanntlich weder früher noch jetzt gefehlt. Zurzeit stehen im Vordergrund einmal die Bestrebungen durch polizeiliche Maßnahmen — *Verbot des Handels mit empfängnisverhütenden Mitteln* — und andererseits durch allgemeine *Wohlfahrtseinrichtungen der Gefahr Herr zu werden.*

Daß polizeiliche Maßnahmen eine untergeordnete Rolle spielen und daß man durch ihre Überschätzung nur vom Kernpunkt der Sache ablenkt, liegt auf der Hand.

Das Wohlfahrts-Vaterunser: billige, gute Wohnungen, reichlich zu essen, Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und der Geschlechtskrankheiten ist gebetet worden, lange bevor es eine Geburtenfrage gab, und wird weiter gebetet werden, solange wir an der *qualitativen* Verbesserung unseres Volkes arbeiten.

Die Bevölkerungsfrage ist aber eine Frage der *Zahl*. Die Wohlfahrtspflege ist deshalb bei ihrer Besprechung zunächst ganz auszuschalten. Wer die Sache bei der Säuglingssterblichkeit anpackt, weicht dem Problem aus.

Den Sturz der Geburtenkurve aufhalten, das allein heißt die Bevölkerungsfrage im Sinne der Lebensbejahung der Nation lösen.

Die Ursache des Geburtenrückganges ist die Geburtenverhütung. Sie wird geübt, weil die einseitig vom Individualinteresse geleitete Vernunft jedem, der sein Leben genießen und Opfern aller Art ausweichen will, rät, möglichst wenig Kinder zu erzeugen. Die ungeheuren Kosten, welche die Kindererziehung in den höheren Klassen verursacht, und das Streben, die Kinder in wirtschaftlich möglichst gesicherter Lage zurückzulassen, wirken im gleichen Sinn.

Diesen Vernunftgründen ihre Bedeutung zu nehmen und zugleich ins allgemeine Bewußtsein wieder das nationale Pflichtgefühl für den Fortbestand der Nation einzupflanzen, das ist also die Aufgabe der Geburtenpolitik.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn der Staat auf allen Gebieten die bevorzugt, die diese Pflicht erfüllen, und die benachteiligt, die sich dieser Pflicht entziehen. Solche Gebiete sind:

I. Das Wahlrecht. Man gebe dem, der das Haupt einer Familie von mindestens drei Kindern ist, der also damit einen Kreis von fünf Personen vertritt, ein entsprechendes Mehrstimmenrecht. (Aus allgemein politischen Gründen sind wir gegen ein Mehrstimmenrecht. Die Schriftl.)

II. Man errichte die gesamte Besoldungsstaffel auf dem Prinzip: Grundgehalt, Ehegehalt, Kindergehalt. Etwa derart, daß das jetzige Gehaltssystem das Grundgehalt bildet. Mit seiner Verheiratung erhält der Beamte 10 Proz. Zulage zu seiner jewei-

Digitized by Google

ligen Gehaltsstaffel und für jedes lebende Kind bis zum 8. weitere 5 Proz. Sobald das Kind das 14. Lebensjahr vollendet hat, wird die betreffende 5 Proz.-Zulage unwiderruflich und bleibt es auch, wenn das Kind später stirbt.

Beispiel: Ein Beamter mit 3000 Mark Gehalt heiratet und bekommt von da ab eine Zulage von 10 Proz., also 300 Mark, für jedes Kind bekommt er dann, solange sein Grundgehalt das gleiche bleibt, 150 Mark Zulage. Nehmen wir an, daß er zu der Zeit, wo er sein Höchstgehalt von 6000 Mark erreicht hat, acht Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr aufgezogen hat, so würde er jetzt an Zulagen zu beanspruchen haben: 10 Proz. Ehezulage und achtmal 5 Proz. Kinderzulagen, im ganzen 50 Proz. Zulage. Sein Höchstgehalt würde also statt 6000 Mark 9000 Mark betragen und nach diesem Gehalt würden auch seine Pension und das Witwengeld zu berechnen sein.

Der Gedanke, der diesem Schema zugrunde liegt, ist folgender: Erleichterung der Eheschließung, Beihilfe zu den Kosten der Kindererziehung, aber unabhängig davon, was der Vater seine Kinder werden läßt. Endlich Aussicht, daß die Eltern auch nach Abschluß der Erziehungsausgaben gewissermaßen als Lohn für die dem Staate geleisteten Dienste, die Kinderzulagen noch für sich genießen können.

III. Man gewähre bei der Einkommensteuer (Staats- und Kommunalsteuer) eine entsprechende Ermäßigung für Eheleute und für jedes Kind, bis zum 8. einschließlich. Auch diese Ermäßigung sei dauernd und unwiderruflich, sobald das Kind das 14. Lebensjahr vollendet hat.

Beispiel: Nach dem geltenden Steuertarif sind auf 3000 Mark Einkommen 52 Mark Steuern zu zahlen, die Kommunalsteuer sei 200 Proz., also im ganzen 156 Mark. Mit der Verheiratung fallen davon weg 10 Proz. = 15,6 Mark und für jedes Kind 5 Proz. = 7,8 Mark. Hat der Betreffende nach 25 Jahren ein Einkommen von 6000 Mark erreicht und hat er bis dahin acht Kinder über das 14. Lebensjahr hinaus erzogen, so sind ihm abzurechnen 50 Proz. Sein Steuersatz beträgt jetzt 146 Mark Staats- und 292 Mark Kommunalsteuer, zusammen 438 Mark. Davon sind abzuziehen 50 Proz., bleiben 219 Mark.

An Stelle einer Junggesellensteuer, von der man nicht weiß, wo sie anfangen soll, ob sie auch weibliche Personen betreffen soll und die immer den Charakter eines Ausnahmegesetzes behalten wird, ist also hier die systematische Abstufung der Steuerleistung nach dem Maßstabe der staatsbürgerlichen Leistung getreten.

IV. Man schaffe die Mittel zu solcher Besteuerungs- und Besoldungspolitik durch eine energische Erbschaftssteuer.

Prof. von Gruber hat bekanntlich vorgeschlagen, keinem Kinde mehr als $^1/_4$ des elterlichen Erbes zukommen zu lassen, indem beim Vorhandensein eines Kindes $^3/_4$ der Erbschaft, bei zwei Kindern die Hälfte der Erbschaft, bei drei Kindern $^1/_4$ der Erbschaft an die Seitenlinien gehen, die wieder entsprechend der Kinderzahl berücksichtigt werden sollen.

Digitized by Google

So richtig dieser Gedanke vom Standpunkt der Geburtenpolitik ist, so hat er doch zwei Fehler. Eine Abgabe von $^3/_4$ oder der Hälfte des Vermögens würde die Vererbung industriellen und landwirtschaftlichen Besitzes einfach unmöglich machen. Zum Zweck der Auszahlung müßten die Besitze veräußert werden. Der Bogen ist also überspannt. Der zweite Fehler liegt darin, daß der Staat leer ausgeht. Der Staat, der durch die bevölkerungspolitische Minderleistung des Erblassers allein geschädigt ist, hat aber ein gutes Recht, sich dafür am Erbgut schadlos zu halten. Die Seitenerben haben gar kein inneres Recht, an seine Stelle zu treten.

Ich schlage deshalb vor: volles Erbrecht des Staates, wo Anerben ersten, zweiten und dritten Grades nicht vorhanden sind. Halbes Erbrecht, wo nur Erben zweiten und dritten Grades sind. Ist ein Leibeserbe vorhanden, so erhält der Staat $^1/_2$, sind zwei vorhanden, so erhält er $^1/_4$, und sind drei vorhanden, so erhält er $^1/_5$ des Erbgutes.

Ein solches Erbrecht würde sich mit den berechtigten Anforderungen an die ungeteilte Erhaltung industrieller und landwirtschaftlicher Besitze wohl vereinigen lassen, und es würde doch dem Staat eine so ungeheure Einnahmequelle eröffnen, daß er nicht nur zur Durchführung der skizzierten Besoldungs- und Steuerpolitik fähig wäre, sondern auch noch

V. eine wirksame Siedelungspolitik einleiten könnte, wie sie Dr. Fritz Lenz vorgeschlagen hat: Siedelung in Form bäuerlicher Lehen, deren Erblichkeit an das Vorhandensein einer bestimmten Kinderzahl gebunden ist. (Siemens e. l.)

Notizen

Zehn Sätze zu deutscher Politik. I. Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik, das heißt: der Krieg ist nicht nur eine militärische Angelegenheit, sondern er muß auch und vor allem politisch, mit allen Mitteln der Politik und zu politischen Zielen hin geführt werden.

II. Krieg ist Revolution, ein Umwälzer und Erneurer der Dinge, Formen und Anschauungen.

III. Wir müssen siegen. Wir werden siegen und den Sieg zum Frieden gestalten, wenn wir den Krieg mit seiner ganzen elementaren Kraft führen.

IV. Der Krieg drängt zur Entscheidung und in dieser Stunde zerschlagen sich Regierung, Reichstag und Presse, nicht das deutsche Volk, um Fragen der Politik die Köpfe.

V. Deutschland ist nie überwunden worden, so lange es einig war; nur selbst hat es sich besiegt.

VI. Der jetzige Krieg ist die große Zuchtschule für das deutsche Volk zur Politik, vom Reden zum Handeln.

VII. Nebensächlich ist die Form des Wahlrechtes oder das Regierungssystem gegenüber dem Großen, das auf dem Spiele steht.

VIII. Es geht ums Ganze, um die nächsten Jahrhunderte unseres Volkes. Es geht um das Schicksal der Welt.

Entweder wir siegen. Dann wird Britanniens Übermacht, die wuchtend auf allen Ländern liegt, zu Ende sein; wir kämpfen den Freiheitskampf der Meere und der Länder, auch wenn sie

Digitized by Google

es sich nur in der Stille gestehen, oder Sold von England nehmen. Oder wir unterliegen. Dann ist nicht bloß Deutschland aus der Weltgeschichte gestrichen, Europa nur noch ein geographischer Begriff, dann sind alle Länder, auch die heutigen Bundesgenossen Englands, auch Rußland und Japan, Wachs in den Händen Großbritanniens, Objekte seines Willens.

IX. Mit jedem Wahlrecht kann ein Staatsmann regieren. Das Reichstagswahlrecht muß auch für Preußen kommen, nicht, weil es das beste ist, oder weil der Reichstag bessere politische Arbeit leistet als das preußische Abgeordnetenhaus, sondern weil es die Bahn frei macht und das ragende politische Zeichen ist, daß der Krieg als Volkskrieg bis zu seinem Ende geführt werden soll.

X. Bismarck schrieb einst an den preußischen Minister des Auswärtigen: „Treiben Sie deutsche Politik, auch bis zum Krieg, und machen Sie mich zu Ihrem Unterstaatssekretär; ich werde schon in Deutschland eine Revolution entfachen." Er wußte und handelte danach, daß im Krieg alle Kräfte des Volkes zur höchsten Entfaltung getrieben werden müssen, und er fühlte sich Manns genug, die losbrechenden Kräfte zusammenzufassen und zu meistern. Staatsmann sein, heißt Führer sein. Philipp Stein

Englisch-russische Freundschaftsversuche. Die Stellung der konservativen Presse Englands zu Rußland wurde kürzlich im Unterhause scharfen Angriffen unterzogen. Es wurde diesen Blättern der Vorwurf gemacht, sie verhinderten durch ihre unfreundlichen Artikel über Rußland ein Erstarken der Freundschaft zu der jungen Republik. Von diesem Vorwurf suchen die Betroffenen sich zu reinigen und sind nun bemüht, langsam ihre Stellung zu ändern. Diesem Zwecke dient u. a. „ein offener Brief an den Herausgeber", den die „Times" veröffentlicht. Er befaßt sich mit dem Gedanken, Rußland über England zu informieren, und stellt fest, daß es unbedingt nötig ist, einen wohl organisierten und dauernd anhaltenden Feldzug in Rußland zu führen, um gegen die gefährlichen Einflüsse zu arbeiten, die dort am Werk sind und deren Ziel die Entfremdung Rußlands von England ist. Es handelt sich darum, die vielen Lügen, die in Rußland über England im Umlauf sind, zu widerlegen. Um dies zu bewirken, wäre es angebracht, ein Nationalkomitee für englisch-russische Verbindungen zu schaffen, welches Vertreter der britischen Geistes- und Arbeitswelt und der Politik umfaßt und das Unterkomitees in den großen russischen Städten wie Petersburg, Moskau, Odessa, Kiew u. a. m. unterhält. In jeder dieser Städte befindet sich eine große Zahl englischer und russischer Männer und Frauen, die über die britischen Angelegenheiten Bescheid wissen und der englisch-russischen Freundschaft sehr zugetan sind. Alle diese werden sicherlich gern auch einem Komitee beitreten. Diese Komitees werden von der Londoner Hauptstelle dauernd auf telegraphischem Wege verständigt werden. Bei jedem russischen Kongreß und jeder Konferenz, die in der nächsten Zeit sicherlich sehr zahlreich sein werden, wird das Komitee von einem seiner Mitglieder als Gast oder als Abgeordneter vertreten sein, der dann in der Lage wäre, für die britische öffentliche Meinung zu sprechen. Eine weitere Aufgabe wäre, die Verbindung mit der russischen Presse herzustellen, besonders mit den Zeitungen, die keine eigenen Korrespondenten in England haben. Eine völlige Organisation könnte sehr viel Gutes schaffen.

Sieht man sich diesen Vorschlag näher an, so zeigt es sich, daß unter der Sorge um die englisch-russische Freundschaft sich der Wunsch verbirgt, möglichst viel englische Abgesandte bei rein russischen Angelegenheiten zu haben, in möglichst großem Maße in das russische Leben einzudringen, um die Wünsche und Geheimnisse Rußlands für England ausbeuten zu können.

Lebensmittelpreise in England und Amerika. Herr Joseph Danziger macht uns auf folgende auffällige Tatsache in bezug auf die Lebensmittelpreise in England aufmerksam: In Friedenszeiten rechnete man gewöhnlich in Liverpool 30 Mark (Shillings) pro Tonne Zuschlag auf die amerikanischen Weizenpreise. (Der Maßstab für Allewelt ist „Nr. 2 Hard Winter") Jetzt aber, wo die Frachtgebühren vielfach auf das Zehnfache gestiegen sind,

Digitized by Google

hätte man mit einer gleichen prozentualen Erhöhung für Getreide zwischen beiden Weltteilen zu rechnen; aber das Gegenteil ist der Fall, denn zu einer Zeit, wo für Weizen ein Höchstpreis von 2,75 Dollar pro Bushel von der amerikanischen Regierung festgesetzt worden ist, findet man in den englischen Zeitungen einen Preis von 80 Shillings pro Quarter zitiert, das ist 2,50 Dollar pro Bushel! Demnach wäre trotz der hohen Frachtgebühr der Weizen in Liverpool angeblich billiger wie in Chicago! Gleiches läßt sich von den Fleisch- und Viehpreisen sagen, wenn auch die Beweisführung weniger glänzend ausfällt.

Dagegen sind die Berichte der jüngsten amerikanischen Zeitungen nicht so schön gefärbt. Der Waggonpreis für alte Kartoffeln betrug 3 Dollar pro Bushel und Frühkartoffeln waren mit 3,75 angegeben, gleich 40, bezw. 50 Mark pro Zentner. Ein Warenhaus lockt seine Kundschaft durch ein Angebot von einer Peck Kartoffeln (ca. 7½ Pfund) für 65 Cents (M. 2.60), die aber nur bei einer gleichzeitigen Bestellung von 40 Mark anderer Lebensmittel abgegeben werden.

Das ortsübliche Weißbrot im Gewicht von 445 Gramm kostet 60 Pfennig (15 Cents) — und dies in dem Getreidemarkt der Welt, Chicago! Rind- oder Schweinefleisch bringen dem Farmer mehr als das doppelte der besten Friedenspreise, denn der Viehbestand ist erschreckend vermindert worden. Die allgemeine Preissteigerung hat auf anderen Gebieten eigenartige Ergebnisse gezeitigt. Die Chicagoer Straßenbahngesellschaft ist verpflichtet, der städtischen Kasse 55 Prozent ihres Reingewinns zu überweisen, und in den letzten zehn Jahren hat sie beinahe 100 Millionen Mark gezahlt. Dieses Jahr aber, berichtet die Direktion, kann infolge hoher Betriebs- und Material-Unkosten überhaupt kein Reingewinn ausgeschüttet werden.

Neuerscheinungen

Der Krieg und die geistigen Erscheinungen

Mit der intuitiven Begabung des künstlerisch veranlagten Denkers hat der Straßburger Philosoph Georg Simmel, schon in einer Rede im November 1914 (die jetzt mit drei späteren bei Duncker & Humblot, München, unter dem Titel „Der Krieg und die geistigen Entscheidungen" erscheint), den Sinn der inneren Wandlung, die sich inzwischen stetig, aber in langsamem Anwachsen vollzogen hat, erkannt: „Das Deutschland, in dem wir geworden sind, was wir sind, ist versunken wie ein ausgeträumter Traum, und, wie auch immer die jetzigen Ereignisse auslaufen mögen, wir werden unsere Zukunft auf dem Grund und Boden eines anderen Deutschland erleben. Niemand wird positiv zu bestimmen unternehmen, wie dieses nach Formen und Inhalten aussehen wird; aber vielleicht gerade, weil wir das Wie nicht wissen, sondern nur das Daß, beherrscht uns um so stärker, um so allgemeiner diese sozusagen undifferenzierte Idee: ein anderes Deutschland, als das in diesen Krieg hineinging, wird aus ihm hervorgehen. Was sie an Wucht und vitaler Bedeutung besitzt, kann die Jugend nicht in seiner ganzen Tiefe empfinden; sie hat zu wenig Vergangenheit, von der sie präjudiziert würde, zu wenig schon erworbenen Lebensstoff, um mit den Bedingungen, unter denen er erworben ist, verwachsen zu sein; sie wird sich in einheitlicher Anpassung an die neue Basis entwickeln. Für uns Ältere, die wir in der ganzen Epoche seit 1870 unser Leben geformt haben, liegt ein Abgrund von kaum abschätzbarer Breite zwischen ehemals und künftig, vor dem wir stehen wie vor der Entscheidung: noch einmal ein Leben auf neuen Voraussetzungen und in neuer Atmosphäre aufzubauen, oder, wenn die Kraft nicht dazu reicht, in Desorientiertheit und als unbrauchbares Überleibsel zugrunde zu gehen. Wir wissen nur, daß auch der glücklichste Erfolg den unsäglich vielgliedrigen, in unsägliche Komplizitäten verfeinerten Aufbau des bisherigen Deutschland nicht einfach wieder erstehen lassen kann; sondern das unbekannte Deutschland, das er verspricht, wird in jedem Falle ein anderes sein. Und dieses mehr oder weniger deutliche Bewußtsein, daß Deutschland von neuem in den Schmelztiegel geworfen ist, hat die maßlose Erschütterung dieser Tage vielleicht von noch tieferen Schichten her motiviert, als die unmittelbare kriegerische oder politische Gefährdung." Um mit den Fragen zu beginnen, die jetzt zur Diskussion stehen: Prof. Dr. Gerhard Anschütz schreibt, den Ereignissen vorauseilend, in der Schrift „Die preußische Wahlreform" (Berlin, Springer): „Was wir brauchen, ist ganze Arbeit, ein Reformwerk großen Stils, eine Tat wie die, welche uns vor 50 Jahren das allgemeine und gleiche Wahlrecht gab für das werdende Reich. Mögen unsere Staatsleiter und Volksvertreter nicht kleiner sein als Bismarck

Digitized by Google

und die mit ihm das Reich schufen, mögen sie das, was damals dem nationalen Ganzen gewährt wurde, jetzt dem größten seiner Gliedstaaten nicht länger vorenthalten, — mögen sie die preußische Wahlreformfrage so lösen, wie sie gelöst werden muß, wenn die Reform das Mittel sein soll, um Volk und Staat zu versöhnen, den gordischen Knoten des preußisch-deutschen Dualismus zu zerhauen und solchergestalt unsere innere Einheit zu vollenden: durch Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen." Auch aus der Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. G. Stresemann, „Neue Zeiten" (Reichsverl. H. Kulkoff, Berlin) seien einige Sätze hervorgehoben: „Die neue Zeit fordert ihr neues Recht. Wenn wir wieder einen Fehler machen würden in der inneren Politik, wie er im Jahre 1815 gemacht worden ist, dann würde das uns und unsere zukünftige Entwicklung auf das allerschwerste schädigen. Ich glaube, es gibt jetzt niemanden unter uns, der sich nicht herzlich des Bekenntnisses gefreut hätte, das innere Erleben dieses Weltkrieges umzusetzen in eine Neuordnung der Dinge in der Zukunft. Aber wir sind der Meinung, daß man damit nicht zu warten braucht bis zu der Zeit nach dem Kriege. Ich bin mir dabei bewußt, daß das im Widerspruch steht zu der Haltung, die wir bisher eingenommen haben. Daß Deutschland für eine Entwicklung in der Richtung der Stärkung parlamentarischer Rechte nicht reif wäre, das kann niemand behaupten." Die Petition an den sächsischen Landtag nimmt der Staatsrechtslehrer D. Dr. A. Wach zum Anlaß, zu den Angriffen auf die auswärtige Politik und der Regierung überhaupt Stellung zu nehmen. („Staatsmoral und Politik", S. Hirzel, Leipzig, M. 1.—.) Er sucht die Schwierigkeit des Friedensproblems darzustellen, die Gedankenlosigkeit des geheimen und offenen Treibens gegen den Kanzler, wie es vor der Krise gehandhabt wurde, als ein Vorgehen zu geißeln, das mit dem deutschen Volke nichts zu tun habe. „Das heißt das Vaterland durch Erregen von falschen Hoffnungen und Erwartungen der Feinde gefährden. Demgegenüber ist es Pflicht jedes Deutschen, laut gegen solches Treiben, mag es auch aus glühendstem Patriotismus hervorgehen, seine Stimme zu erheben."

Zur Besinnung auf „die soziale Bilanz des Krieges" ruft Parvus, der Herausgeber der „Glocke" auf. (Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin.) „Wenn wir die 350 Milliarden Mark Kriegsanleihen z. B. zum Bau von Arbeiterwohnungen verwendet hätten, so könnten wir damit 35 Millionen der schönsten Gartenhäuser bauen und darin eine Bevölkerung von mindestens 150 Millionen unterbringen. Eine neue Stadtkultur würde entstehen und eine neue Generation würde bei genügend Licht und Luft aufwachsen, die der Industrie unübersehbare Kräfte, der Zivilisation unschätzbare Werte zuführen würde! Statt dessen hat man es vorgezogen, mit 350 Milliarden Ausgaben 7 Millionen Menschen zu töten. Das macht pro Person 50 000 Mark. Noch nie ist der Mord so teuer bezahlt worden! Europa, auf dem die moderne Zivilisation beruht, muß sich zum friedlichen Wirken in Arbeit und Wissenschaft einigen. Der Krieg schließt mit dem Bankerott des Nationalismus und Imperialismus." Es ist nach einem solchen Bilde erfreulich zu sehen, wie sehr die zukunftfrohen Stimmen sich mehren. Prof. J. Jastrow urteilt über die Beziehungen zwischen „Völkerrecht und Wirtschaftskrieg" (Breslau, Kern): „Der englische Wirtschaftskrieg hat nicht, wie man gewöhnlich annimmt, seine eigentliche Grundlage in den Völkerrechtsbrüchen. Seine Grundlage ist vielmehr die Ansammlung und Ausdehnung einer wirtschaftlichen Macht, durch die England befähigt wird, jedem der Deutschland umarmenden fünf neutralen Staaten gewisse unentbehrliche Lieferungen zu versagen. Indem an die Stelle der Versagung eine Gewährung tritt, die an Bedingungen geknüpft, ergibt sich in diesen Bedingungen eine Beeinflussung des gesamten Wirtschaftslebens des neutralen Landes, insbesondere auch eine Beeinflussung in der Verfügung über seine eigenen Produkte. Indem dies einerseits bis zu einem vollständigen Zwangssystem gesteigert wird, wird anderseits entsprechend der Entstehung des Systems eine Phraseologie ausgebildet und beibehalten, in der jede dieser Zwangsmaßregeln als ein „Zugeständnis" an das neutrale Land erscheint. Alle Anzeichen aber sprechen dafür, daß aus dem Weltkriege, der größere Ländermassen und mannigfachere Interessengebiete als irgendein früherer in den Kampfesstrudel hineingerissen hat, ein Friedensinstrument hervorgehen wird, in dem spätere Generationen den Ansatz zu einer festeren Völkerrechts-Entwicklung erblicken werden." Auch die gewaltsamen Versuche, „Macht" an die Stelle des Rechts, vor allem des Völkerrechts, zu setzen, scheinen sich in diesem Zusammenhang überholt zu haben. Der Jenenser Professor Hedemann sagt in seinem Vortrag über den „Krieg als Lehrmeister auf dem Gebiete des Rechts" (B. G. Teubner, Leipzig, 80 Pf.): „Wer das Völkerrecht kassieren will, der müßte alle Abmachungen in Acht und Bann erklären. Das jedoch ist eben ein Ding der Unmöglichkeit. Die Völker müssen leben auf dem Boden von geschlossenen Verträgen. Und alle solche Verträge sind juristische Gebilde. Selbst ein Bismarck hat nicht alles mit Blut und Eisen gemacht, sondern gar vieles und starkes auch mit der Waffe des Vertrages". „Darum", so beschließt Hedemann seinen Vortrag, „wollen wir nicht lassen von dem Glauben, daß alles, was das Recht uns bringt und was es künftig uns gewähren soll, viel zu groß, viel zu gewaltig ist, um von einzelnen Menschen geschaffen zu werden. Mag diese letzte Vorstellung, bei der wir enden, arm sein im Auge logischer Kritik, weil sie ausmündet in unfaßbarer Vielheit. Schön ist sie doch und am besten angefügt dem Geiste unserer Tage: das ganze Volk schafft sich sein Recht.

Digitized by Google

Wir haben es in diesen Tagen mehr erlebt als je, daß sich das Volksganze als ein kräftiges Lebewesen betätigen kann. Darum ist es kein Märchen, keine Phantasie, daß auch ein Volk als Ganzes Recht zu schaffen weiß. — Drüben stehen die anderen Völker. Auch bei ihnen gärt es von rechtlichem Verlangen. Auch bei ihnen heischt Umwertung vieler Dinge nach neuer juristischer Form. Und der Wettkampf der Waffen wird weit in den Frieden hinein zum Wettkampf der Gesetze werden. Deutsches Volk, steh fest auch in diesem Kampfe. Wehe, wenn allzu starke Risse klaffen in deiner Geistes- und Seelenverfassung. Dann bist du kein Volk als Ganzes mehr. Zimmere dein Recht, ring mit dem Schicksal, aber bleibe einig dabei. Denn du wußt Stärke brauchen im Frieden wie jetzt im Kriege." Hedemann bekommt einen Helfer für seine Ansichten in Professor Fritz Stier-Somlo in der Schrift „Die Freiheit der Meere und das Völkerrecht" (Veit, Leipzig M. 3.50), der über das Friedensvölkerrecht der Zukunft so sich äußert: „Ein sehr großer Teil der sogenannten Völkerrechtsverletzungen besteht in Wirklichkeit nur in der Unvollkommenheit, Unsicherheit, Lückenhaftigkeit und in dem Bestrittensein der völkerrechtlichen Normen, nicht aber in dem bösen Willen irgendeines Kriegführenden. Der Weg der Zukunft ist also der der Behebung jener Fehler und Unzulänglichkeiten." Wir können also dem Wiederaufbau des Völkerrechts guten Muts entgegensehen. „Wir stehen — das muß meines Erachtens allgemeine Überzeugung werden — auch nach dem Kriege und dann erst recht, vor der Tatsache, daß unsere internationalen Wirtschafts-, insbesondere Handels- und Verkehrsbeziehungen noch größer werden als vor dem Kriege. Das Wirtschaftsleben der Welt gestaltet sich immer mehr als ein einheitliches und die Wirtschaftsentwicklung der einzelnen Staaten ist miteinander unlösbar verflochten. Mögen wir uns darüber klar werden, daß keine der großen Kulturnationen in wirtschaftlicher Isolierung denkbar ist. Dann aber bedarf es eines schleunigen und intensiven Ausbaues unserer internationalrechtlichen Grundsätze. Diese müssen, neben den Völkerrechtssätzen, zu dem sich immer dichter gestaltenden Netze der Rechtsbeziehungen für die Völker werden, so daß einseitige Verletzung schon wegen der Gefahr der Vergeltung möglichst als Ausnahme wird gelten können. Niemals dürfen wir verkennen, daß die Bewahrung des Völkerrechts wie des internationalen Rechts vor allem auf der Überzeugung von der Gemeinsamkeit der Interessen der solcher Art verbundenen Staaten beruht."

Kurt Wolzendorff weist Deutschland in dem Buch „Vom deutschen Staat und seinem Recht" (Veit, Leipzig, M. 4.20) einen Hauptanteil an dem Aufbau zu, wenn er den Geist von 1914 als die Vollendung jener Selbstbesinnung deutschen Staatsrechtsdenkens verkündet, die die Reformer in Preußens traurigster Zeit erstrebten; als die Verinnerlichung des Staatsgedankens im Sinne der alten deutschen Rechtsidee. Um so mehr, meint der Verfasser, müssen wir dem Ausland zeigen, „daß die grundsätzlichen Elemente unseres Staatsgedankens keine anderen als die des modernen Staates überhaupt sind, sondern nur intensiv ist und zwar intensiv nicht in der Macht-, sondern in der Rechtsidee". „Die gewaltigsten Probleme müssen aus dem innersten Kern der deutschen Rechtsidee erwachsen, ihrer sittlichen Gerechtigkeitsbewertung." Oskar Grün gibt ihm recht („Die Grundlagen der deutschen Volkskraft" (M. Drechsel, Bern). „Die gewaltige Kraft der deutschen zentralisierten Macht fließt wohl aus der Mannigfaltigkeit ihrer Machtquellen und aus der bewundernswerten Organisation; aber das alles resultiert in erster Linie aus der geistigen und sittlichen Kohäsionskraft, die dieses diamantenharte ehrliche und moralisch disziplinierte Volk in sich trägt."

Und wie eine Bestätigung aus der Vergangenheit ist das Bild, das Bruno Bauch von Immanuel Kant gibt. (G. J. Göschensche Verlagshandlung, Berlin, geh. M. 12.—.) Die Gesamtheit des Kantischen Denkens ist ihm ein Zeugnis dafür, daß gerade Deutschland den Kampf zwischen dem neuen Leben und der mittelalterlich-kirchlichen Tradition am schwersten und innerlich erregtesten auszukämpfen hatte. „Sein Leben war, so einfach und schlicht es nach außen erscheinen mag, ebenso tief und erhaben und reich im Innern. Und gerade wegen seines innern Reichtums mußte es äußerlich so still und bescheiden sein. Es war ein Leben ganz im Dienste einer Sache. Ihr hatte sich das Individuum Kant ohne Rest und Rückhalt hingegeben und der Aufgabe der Erkenntnis sich im Bewußtsein strengster Pflichterfüllung geweiht. Der lauteste und glühendste Erkenntnistrieb und das reinste und strengste Pflichtbewußtsein hatten in der Persönlichkeit Kants eine ganz einzigartige, denkwürdige Verbindung geschlossen und gaben ihr das auszeichnende Gepräge. Die Wahrheit und die Pflicht sind die Leitsterne, unter denen dieses Leben von den ersten Anfängen seine Bewußtheit bis zu deren letzter Stunde gestanden hat. Sie mögen dieses Leben zum Teil einförmig gemacht haben, sie mögen die unbedingte Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit in der Ausübung der Pflichten oft in die Formen von einförmigen Regeln und Maximen gepreßt haben, so haben sie doch die Zeitlichkeit der Person mit der Ewigkeit menschlicher Bestimmung verknüpft. Die Größe der Aufgabe dieses Lebens war es gerade, die von der Persönlichkeit ihres Trägers jene pikanten Reize der Individualität fernhielt, die hier der gewöhnlichen Anschauungsweise „interessant" erscheinen lassen. Gerade hier erforderte die Größe auch die Einfalt. Und darum ist die Signatur von Kants Persönlichkeit und Leben edle Einfalt und stille Größe."

Ein wichtiges Kapitel des Umlernens eröffnet die Schrift von Umbreit „Die deutschen Gewerkschaften im Weltkrieg" (Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin). Aus Mißverständnissen und An-

feindungen entwickelt sich die Anerkenntnis der Gleichberechtigung, der Wichtigkeit einer hochentwickelten Arbeiterschaft für das Deutsche Reich, ein Bild emsiger, vielseitiger Kriegsarbeit der deutschen Gewerkschaften. Ruhig und folgerichtig wie diese Arbeit ist der Ausblick in die Zukunft. „Wenn die amtliche Sozialpolitik gleicherweise dem Ziele zustrebt, wie der deutsche Reichskanzler es umschrieb: eine Zukunft Deutschlands, in der alle seine Söhne ihr Glück finden, so wird sie sich keinen eifrigeren und verständnisvolleren Mitkämpfer wünschen können als die deutschen Gewerkschaften. Aber auch ohne diese Hilfe werden die letzteren nicht zögern, getreu ihrer sozialpolitischen Vergangenheit, den Kampf für soziale Reform, für die gesetzliche Sicherung der Arbeiterrechte und für die Anerkennung der vollen Gleichberechtigung der Arbeiterklasse aufzunehmen." F. A. Theilhaber spricht in der Schrift „Die Juden im Weltkriege" (Welt-Verlag, Berlin) den Wunsch aus: „Wenn aber die Zeitgeschichte etwas gelehrt hat, dann wird hoffentlich nach dem Kriege der unselige Klassen-, Rassen- und Religionshaß in die Rumpelkammer der Geschichte verschwinden." „Die Lösung der Judeafrage im deutschen Reiche" untersucht ferner Curt Trützschler von Falkenstein (Falken-Verlag, Darmstadt). Außer der Lösung, die die Erfüllung des heißen Wunsches der Zionisten ist, der Ansiedelung aller Juden in Palästina, bietet sich ihm die folgende dar: „Es wäre im innern und äußern Interesse der Juden gelegen, wenn sie sämtlich einsehen würden, daß die christliche Nächstenliebe der jüdischen Morallehre gegenüber einen religiösen, kulturellen, geistigen Fortschritt bedeutet. Aus diesem Grund sollten die deutschen Juden den Entschluß fassen, jüdische Christen zu werden. Aus messianischer Liebe und von dem Gedanken einer heilig-religiös-menschlichen Mission erfüllt, ersehne ich die Amalgamierung, Assimilierung des mit Ausnahme der Edel-Juden heilungsbedürftigen jüdischen Geistes herbei. Alsdann herrscht endlich auch in diesem Punkte innerpolitisch-soziale, religiöse Harmonie."

Walter Rathenau beantwortet in der „Streit-Schrift vom Glauben" (S. Fischer-Berlin) diese Auffassung, in dem er den Kirchenbegriff (des Christentums) neben den (dogmenlosen) Religionsbegriff (des Judentums) stellt. Denn „wer Eintritt in die kirchliche Gemeinschaft sucht, hat seine Beziehung zu Dogmen und Symbolen zu prüfen, deren Auslegung ein für allemal feststeht und vom Laufe der Entwicklung kaum mehr berührt werden kann." Er hat auch politisch Stellung zu nehmen. „Ich will, sagt darüber R., den christlichen Staat, denn auf seinen Boden sind wir und mit uns die gesamte abendländische Welt der Gedanken und Gefühle erwachsen." „Ich glaube aber nicht, daß es der Staatsgewalt oder der Staatskirche bedarf, um Staaten ungezählter Millionen christlicher Bürger in christlichem Geist zu erhalten. Wäre dies nötig, so müßte man folgern, daß die heutigen christlichen Glaubensformen ihre Lebenskraft verloren hätten und sich neu gestalten müßten. Diese Folgerung trifft aber nicht zu; denn gerade in den kirchenfremden, ja kirchenfeindlichen Staaten erhebt sich in unserer Zeit das christliche Bekennen zu neuer Kraft. Hilfe und Stütze schuldet der Staat jeder Lebensform, soweit die Zahl ihrer Bekenner hinlänglich und ihre Lehre nicht der Vernunft und Sitte zuwider ist. Politische Folgerungen aus der Zugehörigkeit zu einer anerkannten Religionsgemeinschaft zu ziehen, entspricht nicht der staatlichen Gerechtigkeit."

Wir haben sogar schon in den literarischen, menschlichen Wertungen umgelernt. Otto Flake schreibt in dem „Logbuch" (S. Fischer, Berlin, M. 3.50), einem bunten Buch mit Skizzen von Menschen, Städten, Gedanken und Gefühlen, über Maeterlinck: „Maeterlinck hat über Deutschland nach dem Einmarsch in Belgien erregte, leidenschaftliche Worte ausgesprochen. Es wäre schon viel gewesen, wenn er in der Not seines Vaterlandes geschwiegen hätte. In dem Augenblick, wo er sich zum Reden und zum Bekenntnis entschloß, konnte er gewiß nicht seine Dankbarkeit gegen das geistige Deutschland betonen, selbstverständlich sah er nur, daß seine Heimat als neutral galt und nun den Schrecken des Krieges ausgesetzt war. Bei uns hätte niemand anders gehandelt. Der ärgste Aufschrei des Schmerzes ist in solcher Lage entschuldigt. Später wird Maeterlinck ruhiger denken; vermutlich glaubt er schon heute nicht mehr, daß die Deutschen die öffentlichen Bauten von Brüssel unterminiert haben. Ich werde also in meiner Glosse sagen, daß es heute schöner als je ist, seine Huldigung an Schiller zu lesen. Nun, die Glosse ist ganz anders ausgefallen. Es lohnt sich nicht, sie abzudrucken. Schlimmer ist, daß eine große führende deutsche Zeitung einen ellenlangen Aufsatz brachte, in dem ein deutscher Schriftsteller, der nicht groß und führend ist, mit allen Hilfsmitteln einer bohrenden und doch nur so armseligen Psychologie nachwies, daß Maeterlincks pathologischer Zustand — denn seine Erregung könne nur pathologisch sein — schon längst aus seiner effeminierten Struktur erklärlich sei. Er, der deutsche Schriftsteller, hatte das schon vor 10 Jahren gewußt."

Und wir ermessen diese Wandlungen an dem Sinn des Buches, das der im Krieg gefallene, bis dahin unbekannte Dichter Gustav Sack hinterlassen hat: „Ein verbummelter Student" (S. Fischer, Berlin, M. 3.50). „Es ist ein Lügen, das Leben lieben, das Leben, von dem ich nur seine Lüge kenne; es verlachen, wenn ich nicht weiß, worüber ich lache; es erforschen, wo ich nicht weiß, was ich erforsche; mich an ihm freuen, da ich nicht weiß, worüber ich mich freue; es fortwerfen, wenn ich nicht weiß, was ich fortwerfe; es weiter wollen — wozu? wo ist der Sinn? wo ist der Zweck? wo ist der Grund? — Kein Wissen, kein Sinn, kein Zweck, kein Grund, kein Ziel, kein Entfliehn —." Muß man besonders

Digitized by Google

fragen, ob wir annehmen dürfen, daß unsere Dichter nach dem Erlebnis des Krieges so zu uns sprechen, die aus der Gebundenheit dreier Kriegsjahre vom Drang nach neuem Schaffen, nach Aufbau und Fortschritt erfüllt sind?

Indem Professor H. Großmann in Aufsätzen aus England, Frankreich und den Vereinigten Staaten den „Kampf um die industrielle Vorherrschaft" sich spiegeln läßt (Veit, Leipzig, M. 2.80), beweist er, daß auch das Ausland unter dem Eindruck des Krieges umgelernt hat, daß es vor allem eingesehen hat, daß nur durch eifrige Förderung des wissenschaftlichen und technischen Hochschulunterrichts und durch Verbreitung chemischer und naturwissenschaftlicher Kenntnisse in allen Teilen der Bevölkerung der deutschen chemischen Industrie auf die Dauer Abbruch getan werden kann. Großmann zieht daraus die Folgerungen für uns selbst: „Es gilt unter keinen Umständen etwa nur in selbstgerechter Weise das Lob der unübertrefflichen deutschen Wissenschaft und Industrie zu singen, sondern da muß man vor allem die offenen und versteckten Gegner gründlich kennen, von ihnen lernen und darnach seine Maßnahmen treffen." „Die Industrie und auch die Behörden werden aus diesem Kriege sehr viel lernen müssen, denn die Konkurrenz im feindlichen und neutralen Ausland ist während des Krieges zweifellos, und zum Teil recht erheblich, erstarkt. In der deutschen Presse findet man leider häufiger als wünschenswert die Ansicht vertreten, daß Deutschland fast allein in der Lage sei, die ganze Welt mit Chemikalien zu versorgen. Derartige nicht sachverständige Äußerungen dienen aber dann leider allzu häufig unseren Gegnern dazu, um die deutsche Industrie der Überhebung und Anmaßung zu beschuldigen und eine schon vorhandene ungünstige Stimmung im Auslande noch zu verstärken. Sie sind aber auch insofern bedenklich, als sie den Glauben zu erwecken scheinen, als habe Deutschland und seine Industrie vom Ausland überhaupt kaum noch etwas zu lernen. Für die schwere Zeit nach dem Kriege sollte man sich jedoch unter keinen Umständen derartig in eigener Ruhmsucht nur selbst bespiegeln, sondern vielmehr in neidloser Anerkennung der wissenschaftlichen Leistungen des Auslandes mit allen Mitteln versuchen, selbst immer noch Besseres zu leisten als die anderen Nationen."

Es fehlt nicht an Äußerungen der Sorge auch für die Zukunft: So wenn Friedr. Naumann um die Idee vom mitteleuropäischen polnischen Königtum „Was wird aus Polen?" (Georg Reimer, Berlin, M. 1.—) sich besorgt: „Die große Idee, die als weitgehender, „verheißungsvoller politischer Gedanke" sich in der Befreiung zum erstenmal auswirkt, darf nicht in kleinen Portionen aufgetragen werden. Wir fragen uns, ob es klug ist, diese Zwangslage so zu verwenden, wie es jetzt geschieht: eine langgedehnte, peinvolle künstliche Unklarheit. Es gibt für jede Zukunftsaussaat einen wichtigen Monat, ein historisch gegebenes Wetter. Dieser Monat war ungefähr der November. Hätte man damals die Armee gleich fertig gemacht, dem Staatsrat positive Arbeit gegeben, den Polen ihre Mittätigkeit merkbar werden lassen, so würden heute schon grüne Halme auf dem Acker stehen. Statt dessen stritt man über Eidesformel und anderes. Wo ist in Mitteleuropa der Mann, der solche Störungen geschichtlich richtig begonnener Werke verbietet? Ist er im Hauptquartier, ist er in der Zivilregierung? Wo ist der Mann, der die Gabe des freien großen politischen Gestaltens besitzt? Die Zeit ist reif, daß er seine Hand fühlbar werden läßt."

Aber wie viel fruchtbarer ist noch solche durchgedachte Sorge als der verbissene, blinde Streit um die Kriegsziele. Man halte, um das in aller Schärfe zu begreifen, gegen die Entscheidungen und die Stimmung des Tages nur einmal Äußerungen wie die des Prof. v. Gierke in der Schrift „Unsere Friedensziele" (Julius Springer, Berlin, M. 1.60), der in die Fußtapfen seines Berliner Kollegen H. Triepel und dessen Schrift über die „Freiheit der Meere" tritt. „Möge die bange Furcht, der das bekannte geflügelte Wort, die Feder verderbe, was das Schwert errungen hat, Ausdruck verleiht, sich diesesmal in der über die Zukunft unseres Vaterlandes für Jahrhunderte entscheidenden Stunde als bloßes Schreckgespenst erweisen. Zu den Gefahren, die es zu überwinden gilt, damit nicht dennoch das Wort wieder, wie einst nach den Freiheitskriegen, zur Wahrheit werde, gehört nicht in letzter Linie auch das Blendwerk lebensfremder Doktrinen. Nach den Freiheitskriegen waren es die von der über Europa hereinbrechenden reaktionären Flutwelle getragenen Dogmen, die unheilvollen Einfluß auf das Werk des Wiener Kongresses gewannen. Möge jetzt nicht die demokratische Flutwelle, die sich über die Welt ergießt, mit den von ihr den Völkern aufgedrängten wirklichkeitsfremden Dogmen die Sinne des deutschen Volkes und der deutschen Staatsmänner verwirren. Auf daß das deutsche Wesen, an dem doch die Welt genesen soll, nicht tiefer, innerlicher, unheilbarer verwundet werde, als einst durch die seinen Aufstieg zur Einheit und zur Freiheit verzögernde Reaktion!" Die „Freiheit der Meere" wird übrigens aus derselben Gesinnung heraus von Geheimrat Dr. W. von Siemens (Verlag E. S. Mittler, M. 2.25) von neuem zur Diskussion gestellt. Nicht Verträge und Abkommen über Seerecht verbürgen ihm die Freiheit der Meere. „Nur durch einen entscheidenden Sieg kann die für Deutschlands Zukunft ausschlaggebende Freiheit gewonnen werden. Nicht durch Paragraphen und Abmachungen kann diese Freiheit gewonnen und gesichert werden, sondern nur durch die Freiheit der Waffen. Für Deutschland sind Freiheit der Meere und Freiheit der Waffen gleichbedeutend. Beide sind miteinander eng verbunden und können voneinander nicht getrennt werden."

Digitized by Google

Einen merkwürdigen Widerspruch seiner Voraussetzungen leistet sich bei der Teilnahme an diesem Feldzug der Worte Ernst Zitelmann in der Schrift „Das Schicksal Belgiens bei Friedensschluß“ (Duncker & Humblot, München), in der er die Notwendigkeit der Trennung Belgiens in zwei Staaten und die Einführung einer Staatsform begründet, die zwischen dem deutschen Reich auf Grund eines Einverständnisses mit den Kammern der neuen Staaten bestimmt werden muß. Eine Voraussetzung für seine Schlußfolgerung ist nämlich die: „Für die Gestaltung des Schicksals Belgiens dürfen ausschließlich Erwägungen über das, was Deutschlands Interesse fordert, maßgebend sein; keinerlei Empfindsamkeit, keinerlei Mitleid oder Rücksichtnahme darf hindern, das für Deutschland Nützliche zu tun.“ „Dennoch, so ist die zweite Voraussetzung, müssen die Schranken innegehalten werden, die durch unser ethisches Gewissen gezogen werden.“ Denn „wir Barbaren wollen das Volk reiner Gesinnung bleiben, das wir bisher waren, und wir wollen mit reinem Gewissen in unsere größere Zukunft hineingehen“.

Auch der Bund deutscher Gelehrter und Künstler scheint seine Aufgabe darin zu sehen, allen Erfahrungen zum Trotz die Stimmung vom August 1914 durch das Wort wachhalten zu wollen. Im 3. Heft seiner Flugschriften sucht August Winnig, stellvertretender Vorsitzender des Bauarbeiter-Verbandes, nachzuweisen, daß England der Kriegstreiber ist, daß die Erreichung des englischen Kriegsziels für Deutschland die wirtschaftliche Versklavung und Verelendung bedeuten würde, daß England einen reinen Niederwerfungskrieg führe.

Franz Hochstetter glaubt die Forderungen der Zeit zusammenzufassen, wenn er ruft: „Mehr Land!“ (Verlag Politik, Berlin). „Die dauernde Besitzergreifung von erobertem Gebiet eröffnet den besten Weg zur Ebnung unserer organischen Erträge.“ (Immerhin ist für Franz Hochstetter dieser Weg nicht der einzige. „Durch Kultivierung der Ödländereien sowie durch Steigerung der Durchschnittserträge läßt sich wie bis 1914, so auch weiter die Ergiebigkeit des alten Reichsgebietes fördern.“)

Im Ton und Stil des August 1914 halten Dr. Karl Alexander von Müller und Bankdirektor Wilhelm Seitz Kriegsvorträge über „Deutschlands Kampf auf Leben und Tod“ (Max Kellerer München. M. —.60). Auf den Boden derselben Zeit stellt sich Dr. Bernhard Stichel, wenn er in der Schrift „Die Zukunft in Marokko“ (Dietrich Reimer, Berlin. Mk. 1.—) auf Grund des Rechts und des Krieges ein deutsches Marokko verlangt und in dem „Neuland Marokko eines der schönsten und dankbarsten Betätigungsfelder einer neuen kriegsgestärkten Generation sieht“.

Selbst der Vorsitzende des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses hält sich in seiner Flugschrift an die deutsche Arbeiterschaft „Was der deutsche Arbeiter vom Frieden erwartet“ (O. Rippel, Hagen) von den leidigen Phrasen nicht frei: „Ehrenvoll und im Arbeiterinteresse ist der Friede aber nur dann, wenn er das Vaterland und die deutsche Zukunft sichert.“

Als indirekten Urheber solcher Stimmen betrachtet Martin Wenk in der Flugschrift „Alldeutsche Taktik“ (E. Diederichs, Jena) die Tätigkeit des Alldeutschen Verbandes. Er war bald nach Anfang des Krieges, als noch niemand dessen Verlauf weder in militärischer noch gar in politischer Hinsicht zu überblicken vermochte, bestrebt, möglichst weitgehende Kriegsziele aufzustellen, von denen er noch dazu zur Freude des chauvinistischen Auslandes behaupten konnte, er hätte sie seit Jahren für Deutschlands Lebensinteresse als unumgänglich notwendig gefordert. Werden diese Kriegsziele, die das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit als viel zu weitgehend ablehnt, nun nicht erreicht, so droht das nicht nur in allen von der alldeutschen Werbearbeit beeinflußten Kreisen des deutschen Volkes den künftigen Friedensschluß zu vergiften, sondern auch im gesamten Auslande den falschen Glauben zu erwecken, daß dann die künftige deutsche Auslandspolitik ihre Ziele in den noch nicht errreichten Eroberungen durch möglichst baldige neue Kriege suchen werde. Es ist zu hoffen und anzustreben, daß das deutsche Volk und auch gerade seine Regierung dann viel deutlicher und kraftvoller als vor dem Kriege aller Welt zeigt, daß es von diesem alldeutschen Geiste nichts wissen will, der wie in der inneren so in der äußeren Politik nur entfremdend, ja aufreizend wirken kann. Auch wir bekennen uns zu dem Glauben an die Zukunft des „Deutschtum“ unter Wahrung seiner Eigenart und seiner kraftvollen Stellung in der Welt, aber nicht in völkischer Selbstüberhebung und in irgend welchen Weltherrschaftsgedanken mit den Mitteln äußerer Macht, sondern so, wie Schiller den „Tag des Deutschen“ kommen sah, in gleicher Frontstellung gegen den Chauvinismus der fremden Völker wie gegen ihm verwandte Gedanken der Alldeutschen.“

Zur gefl. Beachtung! Einem Teil unserer dieswöchentlichen Auflage sind Inhaltsverzeichnisse für einen Halbjahresband der Hefte 1—26 beigegeben. Wir machen noch besonders auf die Anzeige im Inseratenteil aufmerksam, die Einbanddecken betreffend.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Axel Schmidt, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik“, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Jäckh, Michaelis' Offenbarung 945
Thimme, Der Kanzlerwechsel 948
Otto, „Jedenfalls so frühzeitig" 955
Weil, Die Wirkung von 5 Monaten U-Bootkrieg 958
Rade, Die Neutralen und wir 967
Notizen, Briefkasten 971
Neuerscheinungen 974

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 27. Juli 1917 Heft 30

Gustav Kiepenheuer Verlag Weimar-Berlin

Rottweiler Jagdpatronen

Rottweiler rauchloses Scheibenpulver „P" für Bleigeschosse

Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken Berlin NW 7

Digitized by Google

2. Jahrgang • 27. Juli 1917 • Heft 30

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Michaelis' Offenbarung

Von Professor Dr. E. Jäckh

Wenn der bisherige Kanzler Bethmann Hollweg das Bedürfnis hätte, wie weiland Fürst Bülow sich von der Öffentlichkeit zu verabschieden, das heißt also durch ein geflügeltes Wort aus Büchmanns Band, so könnte er die Bülowsche Verwendung von Cäsars Geist etwa so variieren: „In Michaelis sehen wir uns wieder!" Das Programm, zu dem der neue Kanzler Michaelis in seiner ersten Reichstagsrede sich bekannt hat, ist genau das Programm des alten Kanzlers Bethmann Hollweg. Michaelis selbst bestätigt es, daß er seine Aufgabe erfaßt „in dem Geist gegen den hochverdienten Mann, der an diesem Posten acht Jahre gestanden hat"; und er bebekennt gegenüber der „vielfach mit Feindschaft und Haß durchsetzten Kritik": „erst wenn das Buch dieses Krieges geöffnet vor uns liegen wird, werden wir voll würdigen können, was Bethmanns Kanzlerschaft für Deutschland bedeutet hat." Das deckt sich mit dem, was wir in der „Deutschen Politik" schon so ausgesprochen haben: daß Bethmann Hollweg in der Geschichte wachsen wird gegenüber der öffentlichen Meinung der Gegenwart. Bismarck hat es erleben müssen, daß die Konservativen in der Deklarantenzeit folgendes freundliche Rätsel über seinen Namen durch Deutschland trugen: „Das erste macht dem Menschen Schmerz — das zweite ist des Landes Herz — das ganze ist zu Schimpf und Schand' — dem großen, deutschen Vaterland!" Das war Bismarck ...

Michaelis offenbart und erfüllt, was Bethmann Hollweg vorbereitet und eingeleitet hat: innerpolitisch das Reichstagswahlrecht in Preußen und eine „Parlamentarisierung" durch Berufung von Vertrauensleuten der Volksvertretung in leitende Stellen, und außerpolitisch einen „Verständigungsfrieden". Aber — wenn zwei das Gleiche tun oder sagen, ist es eben nicht das Gleiche — — wenn der eine von den Parteien „Haß" verfolgt und der andere von der Parteien „Gunst" getragen wird, wenn der eine als ein durch acht Jahre vollgeschriebenes Buch gewogen und der andere als ein durch acht Tage unbeschriebenes Blatt geschätzt wird. Die wörtlich gleiche

Digitized by Google

Rede von Bethmann Hollweg hätte eine fanatische Opposition bei der konservativ-alldeutschen Gruppe entfacht, die dem gleichen Wortlaut gegenüber sich mit einer platonischen Begrüßung begnügt.

Wie stehen denn nun in Wirklichkeit die Dinge?

Die Mehrheit des Reichstags (Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei, Sozialdemokratie) hat mit 214 Stimmen folgende Formel angenommen:

Der Reichstag erklärt: Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: „Uns treibt nicht Eroberungssucht!" Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern. Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberungen und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampf das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihm sicher.

Der Reichskanzler Dr. Michaelis hat den „Rahmen dieser Resolution" gebilligt und übernommen und auch namens der Obersten Heeresleitung ihr in folgender Formulierung zugestimmt:

Deutschland hat den Krieg nicht gewollt, um Eroberungen zu machen, um seine Macht gewaltsam zu vergrößern, und darum wird Deutschland auch nicht einen Tag länger Krieg führen, wenn es einen ehrenvollen Frieden bekommt, bloß darum, um gewaltsame Eroberungen zu machen. Das, was wir wollen, ist in erster Linie, daß wir den Frieden als solche machen, die sich erfolgreich durchgesetzt haben. Die jetzige Generation und die kommenden Geschlechter sollen diese Kriegsprüfungszeit als eine Zeit unerhörter Tatkraft und Opferfreudigkeit unseres Volkes und unserer Heere in leuchtendem Gedächtnis behalten für die Jahrhunderte. In diesem Geiste wollen wir in die Verhandlungen eintreten, wenn es Zeit ist. Wir können den Frieden nicht nochmals anbieten. Die Hand, die einmal ehrlich und friedensbereit ausgestreckt war, hat ins Leere gegriffen. Wenn wir Frieden machen, dann müssen wir in erster Linie erreichen, daß die Grenzen des Deutschen Reiches für alle Zeit sichergestellt werden. Wir müssen im Wege der Verständigung und des Ausgleichs die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und über See garantieren. Der Frieden muß die Grundlage für eine dauernde Versöhnung der Völker bilden! Er muß der weiteren Verfeindung der Völker durch wirtschaftliche Absperrung vorbeugen. Er muß uns davor sichern, daß sich der Waffenbund unserer Gegner zu einem wirtschaftlichen Trutzbund gegen uns auswächst. Diese Ziele lassen sich im Rahmen der Resolution, wie ich sie auffasse, erreichen. Wenn die Feinde ihre Eroberungsgelüste, ihre Niederwerfungsgelüste aufgegeben haben und eine Verhandlung wünschen, dann ist das gesamte deutsche Volk und die deutsche Armee mit ihren Führern, die mit diesen Erklärungen

Digitized by Google

einverstanden sind, darin einig, daß wir den Gegner, der die Fühler ausstreckt, fragen, was er uns zu sagen hat, dann wollen wir ehrlich und friedensbereit in die Verhandlungen eintreten.

Also: Reichsregierung, Oberste Heeresleitung und Reichstagsmehrheit sind einig für einen „Verständigungsfrieden". Von den 116 Abgeordneten, die gegen die 214 stimmen, geben auch die Nationalliberalen eine sachliche Zustimmung ab und wünschen nur eine andere Formulierung, so daß auch sie zur „Reichstagsmehrheit" zuzuschlagen sind. Bleiben die alldeutschen Konservativen und die unabhängigen Sozialdemokraten übrig. Es ist also festzustellen: daß zum erstenmal der alldeutsche Annexionismus abgelehnt und zurückgewiesen wird von Reichsregierung, Oberster Heeresleitung und Reichstagsmehrheit. Das ist die Bedeutung des 19. Juli. Dadurch ist der erste und endgültige Strich gemacht unter jene Kriegszielauffassung, wie sie in der „Denkschrift der wirtschaftlichen Verbände" zusammengefaßt worden ist, im Herbst 1914, damals ohne Kenntnis der realen Wirklichkeiten. Diese Eroberungsabsichten werden nunmehr von einem Teil der bisherigen Propagandaredner selbst aufgegeben und verleugnet. Und auch die Konservativen, die vorher noch von einem „Schmachfrieden" geschimpft und die vom Reichskanzler Dr. Michaelis richtig kommentierte Resolution ein „kaudinisches Joch" genannt hatten, erklären zwar, daß sie „bedauern", daß sie „ablehnen", beschränken sich aber doch auf die Forderung, „den Frieden so zu gestalten, daß er Deutschland und seinen Verbündeten Dasein, Zukunft und Entwicklungsfreiheit wirksam sichert". Die Einigkeit von Reichsregierung, Oberster Heeresleitung und Volksvertretung ist zustande gekommen — aber nicht im Sinne der konservativ-alldeutschen Absichten, sondern im Gegenteil: im Sinne der bisherigen Bethmann Hollwegschen Auffassung. „In Michaelis sehen wir uns wieder!" Michaelis kam und Bethmann Hollweg siegte.

Was wird die Wirkung aufs Ausland sein? Dreierlei ist an sich möglich: der Eindruck von Schwäche oder von Stärke oder auch von Bluff. Der Eindruck der Schwäche wird auf die Dauer unmöglich sein, weil unsere militärische und wirtschaftliche Lage das Gegenteil beweisen werden: unsere Fronten sind allüberall fest, unsere Heere gehen an verschiedenen Punkten zu erfolgreichen Offensiven über, die U-Boote wirken wie „Gottes Mühlen mahlen", und unsere Ernährung wird wieder reichlicher. Woher sollte da „Schwäche" kommen können? Auch der Vorwurf eines „Bluffs", einer täuschenden „Farce" oder „Geste" wird sich nicht aufrecht erhalten lassen, um so weniger wenn die Reichsregierung auch mit ihrer innerpolitischen „Neuorientierung" nunmehr Ernst macht: durch „Demokratisierung" (durch das Wahlrecht in Preußen) und durch „Parlamentarisierung" (durch Berufung von Volksvertretern zur Regierungsverantwortlichkeit; über die Form wird noch zu sprechen sein). Dann wird draußen wirken „das freie, friedliche, machtvolle Deutschland, das wir alle lieben. Dieses Deutschland wollen wir uns erkämpfen, allen Feinden zum Trotz".

Digitized by Google

Der Kanzlerwechsel

Von Friedrich Thimme

Nun hat auch Herrn von Bethmann Hollweg als letzten der leitenden Staatsmänner der an dem Weltkriege beteiligten Reiche der Sturz, oft prophezeit und dennoch unerwartet, erreicht. Wir waren bisher stolz darauf, in dieser Beziehung eine Ausnahme zu machen; es gewährte uns vor aller Welt den Anschein, als ob unsere inneren Zustände, unsere Regierungsverhältnisse stabiler und gesicherter, mehr von dem Vertrauen der großen Masse des Volkes getragen seien als in den gegnerischen Staaten. Mußte es sein, daß wir diesen Ruhm, der nicht gering war, verloren? Ja, es hätte sein müssen, wenn es wahr wäre, was in diesen Tagen von dem größten Teil der deutschen Presse, vorab von der konservativ-alldeutschen, versichert wurde, daß Herr von Bethmann Hollweg das Vertrauen der Mehrheit des deutschen Volkes verloren hätte, wenn es wahr wäre, daß seine Politik eine Politik der Unschlüssigkeit und der Mißerfolge war, die für den endlichen Ausgang des Krieges das Schlimmste befürchten ließ. Hören wir nur einige der markantesten Pressestimmen. „Es wird wie ein Aufatmen durch die nationalen Kreise des Landes gehen," schrieb die „Kreuzzeitung" am 15. Juli, „daß der Mann von seinem Posten beseitigt wurde, der acht Jahre hindurch mit einem seltenen Maße von Unfähigkeit und Mißgeschick die Geschicke Preußens und Deutschlands an oberster Stelle geleitet hat." Ebenso die „Deutsche Tageszeitung" am 14. Juli: „In weitesten Kreisen des deutschen Volkes wird die Nachricht, daß der Kaiser das Entlassungsgesuch des Herrn von Bethmann Hollweg genehmigt hat, mit einem Gefühl der Erleichterung aufgenommen werden; wir glauben sogar, daß, abgesehen von einzelnen politischen Gruppen, die von der Schwäche der Bethmannschen Politik noch besondere Parteivorteile erhofften, kaum jemand im deutschen Volke seinen Abgang heute noch bedauern wird ... Wir können von der Kanzlerschaft Bethmann Hollwegs nur mit Bitterkeit Abschied nehmen, weil die Zahl der Mißerfolge, der versäumten Gelegenheiten und der Trümmer deutscher Werte, allem voran hier das alte Preußen, und eine Unsumme verwüsteten monarchischen Kapitals, auf diesem Unheilswege zu gewaltig groß ist!"

Prüfen wir an diesen beiden Äußerungen aus dem Blätterkonzert ganz kühl und sachlich, ohne jede Voreingenommenheit für oder gegen Herrn von Bethmann Hollweg, ob eine solche restlose Verurteilung des fünften Kanzlers gerechtfertigt ist.

Unrichtig und irreführend ist jedenfalls schon die Behauptung, es werde bei dem Sturz des Kanzlers wie ein Aufatmen durch die nationalen Kreise gegangen sein. Zu den „nationalen Kreisen" werden wir doch auch unsern Kaiser und König rechnen dürfen. Dieser aber hat sich laut seines Briefes an Herrn von Bethmann Hollweg, der wahrlich nicht ein konventioneller Dankesbrief ist, sondern von der tiefsten Bewegung getragen ist, nur „mit schwerem Herzen" zu der Entlassung entschlossen.

Digitized by Google

Ausdrücklich bezeugt der Kaiser auch, daß Herr von Bethmann Hollweg die höchsten Ämter des Reichs- und Staatsdienstes in vorbildlicher Treue geführt und seine hervorragende Kraft und Persönlichkeit erfolgreich in den Dienst von Kaiser und Reich, König und Vaterland gestellt habe. Der Kaiser, der als Monarch doch wohl das sicherste Urteil darüber haben wird, ob sein erster verantwortlicher Ratgeber das monarchische Kapital verwüstet, oder im Gegenteil erhalten und gemehrt hat, ist also genau der entgegengesetzten Ansicht wie „Kreuzzeitung" und „Deutsche Tageszeitung", und seine Autorität ist, wie wir glauben, in nationalen Kreisen groß genug, um viele an einer allzu schnellen, allzu herben Verurteilung Herrn von Bethmann Hollwegs stutzig werden zu lassen.

Für weite nationale Kreise Deutschlands hätte es einer solchen Stellungnahme des Kaisers und Königs nicht einmal bedurft. Schon bei unseren Feldgrauen draußen war die Stimmung trotz der maßlosen Agitation, die gerade an der Front gegen den Kanzler betrieben wurde, unbedingt mehr für als gegen ihn. Ein kürzlich in der „Hilfe" veröffentlichter Feldbrief nahm nach meiner Erinnerung — ich muß in der Sommerfrische aus dem Gedächtnis zitieren — wenn nicht die ganze, so doch fast die ganze Mannschaft für den Kanzler in Anspruch. Mir selbst ist es von zahlreichen aktiven Militärs, vom hochstehenden General bis zum einfachen Landsturmmann herab bestätigt worden, daß die Feldgrauen in ihrer Mehrzahl für Herrn von Bethmann Hollweg seien, weil sie wüßten und vertrauten, daß er den Krieg nicht um irgend welcher Eroberungsziele willen verlängern würde. Auch daheim hat doch die Überzeugung, daß nur ein Verständigungsfriede der sonst unabsehbaren Dauer des Krieges ein Ende bereiten könne, rapide an Boden im Volke gewonnen; er beherrscht fast das ganze Zentrum und mindestens einen nicht geringen Teil der Nationalliberalen, von den Freisinnigen und den Sozialdemokraten gar nicht zu reden. Ist es wirklich zu glauben, daß alle diese Kreise, die doch viele Millionen des deutschen Volkes umfassen, von Grund aus gegen einen Kanzler gewesen sein sollten, dem gerade die Neigung zu einem Verständigungsfrieden von seinen Gegnern als schlimmstes Verbrechen ausgelegt wurde? Mögen auch innerhalb dieser Kreise manche, vielleicht viele besonders unter den Nationalliberalen der Überzeugung gewesen sein, daß Herr von Bethmann Hollweg nicht behende und entschlußkräftig genug sei, die sich etwa bietenden Möglichkeiten zu einem solchen Verständigungsfrieden, vielleicht auch zu einem Sonderfrieden zu erfassen und auszunutzen; von einer prinzipiellen Gegnerschaft kann hier doch kaum die Rede sein, und man darf überzeugt sein, daß mindestens im Zentrum heute schon viele bedauern, Herrn von Bethmann Hollweg nicht kräftiger gestützt zu haben. Zu den entschiedensten Anhängern des Kanzlers zählten jedenfalls die dem Zentrum nahestehenden Schichten der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, deren Führer es erst noch vor kurzem ausgesprochen hat, daß die christlich-nationale Arbeiterschaft mindestens in allen innerpolitischen Zukunftsfragen geschlossen wie ein

Digitized by Google

Mann hinter dem Kanzler stehe. Nehmen wir zu alledem noch die große Anzahl der außerhalb jedes Parteigetriebes stehenden Deutschen, darunter vieler führender Geister unserer Nation hinzu, die in Herrn von Bethmann Hollweg bei all seinen Fehlern und Mängeln doch den Exponenten[1] des deutschen Gewissens und den Staatsmann sahen, der mehr als irgendein anderer dazu beigetragen habe, die sozialdemokratische Arbeiterschaft mit Staatsgesinnung zu erfüllen — wir kommen auf diesen Punkt noch zurück — so ist klar, daß die Gegnerschaft gegen den Kanzler, die Notwendigkeit von der Überzeugung seines Abgangs eine so allgemeine und eine so tiefgewurzelte keineswegs gewesen sein kann, wie es in der Hast der sich überstürzenden Vorgänge während der Krise erscheinen mochte.

Eine tiefer greifende, unbefangene Betrachtung wird auch nicht zugeben können, daß die Politik des Herrn von Bethmann Hollweg nach außen und nach innen weiter nichts als eine Kette von Mißgriffen und Mißerfolgen gewesen sei. Wir wollen ganz davon absehen, ob es dem entlassenen Kanzler zur Last gelegt werden darf, daß er vor dem Weltkrieg die weit vorgeschrittene Einkreisungspolitik unserer Gegner nicht zu vereiteln vermocht habe; noch hat ja keiner der Widersacher ein Mittel anzugeben gewußt, wie das hätte erreicht werden sollen und können. Wenn gegen Herrn von Bethmann Hollweg mit Vorliebe sein eigenes Zugeständnis ausgespielt wird, daß seine ganze auf Verständigung gerichtete Politik mit dem Kriege zusammengebrochen sei, so ließe sich mit demselben Rechte sagen, daß die ganze fünfundzwanzigjährige Politik unseres Kaisers, die doch ausgesprochenermaßeen auf die Erhaltung des Weltfriedens hinauslief, zusammengebrochen sei. Mit dergleichen allgemeinen Vorwürfen wird im Grunde gar nichts bewiesen. Während des Weltkrieges aber hat der Kanzler neben manchen Fehlern, manchen entschiedenen Mißgriffen in der Wahl seiner Gehilfen, die wir am wenigsten leugnen oder beschönigen wollen, doch auch ganz entschiedene Erfolge aufzuweisen. Ist die Gewinnung der Türkei, dann Bulgariens zu Bundesgenossen nicht als ein ganz großer, keineswegs von vornherein selbstverständlicher oder auch nur wahrscheinlicher Erfolg Herrn von Bethmann Hollwegs zu buchen? Darf nicht auch die Hinausschiebung des Bruches mit Italien bis zu einem Zeitpunkt, wo er eine vitale Gefahr für unseren österreichischen Bundesgenossen nicht mehr bedeutete, die Hinausschiebung des Bruches auch mit Amerika, um von der Bewahrung der Neutralität der Nordstaaten usw., die doch auch mehrfach ernstlich gefährdet war, zu schweigen, Erfolg und Verdienst genannt werden? Wenn die Verzögerung der Verhängung des verschärften U-Bootkrieges von den Gegnern Bethmann Hollwegs immer nur ihm zur Last gelegt wird, so vergessen sie, daß die Oberste Heeresleitung hier ganz auf Seiten des Kanzlers gestanden hat. Heute frägt sich, ob wir nicht wünschen müßten, daß es Herrn von Bethmann Hollweg gelungen wäre, den rücksichtslosen U-Bootkrieg noch um anderthalb weitere Monate hinauszuschieben. Denn wäre die russische Revolution eingetreten, ehe Amerika auf der Seite unserer

[1] Exponent = Zeiger, Gradzahl.

Digitized by Google

Gegner stand, so wäre die Widerstandskraft der Entente wohl schon im vergangenen Frühjahr erlahmt, statt daß jetzt gerade die Bundesgenossenschaft Amerikas den Kriegswillen unserer Gegner aufrecht erhält und den Krieg über das dritte Jahr hinaus verlängert. Keinenfalls darf endlich die vorzeitige Festlegung in der polnischen Frage, die auch wir für einen Fehler halten, Herrn von Bethmann Hollweg in die Schuhe geschoben werden; ist es doch völlig notorisch, daß hier wieder unsere Heeresleitung den Ausschlag gegeben hat. Ich glaube nicht, daß das deutsche Volk die weitgehende Berücksichtigung der Auffassung der Heeresleitung auch in politischen Dingen, die sich freilich ein Bismarck schwerlich hätte gefallen lassen, Herrn von Bethmann Hollweg als einen Fehler anrechnen wird.

Es kann ebensowenig die Rede davon sein, daß Herrn von Bethmann Hollwegs Politik darauf gerichtet gewesen sei oder auch nur den Erfolg gehabt habe, den ursprünglichen Siegeswillen und die Siegeszuversicht des deutschen Volkes zu lähmen und zu zermürben. Wir dächten, der entlassene Reichskanzler hätte im Reichstage doch oft genug kräftige Töne gefunden, um dem Willen des deutschen Volkes zum Durchhalten und zum Siegen Ausdruck zu verleihen. Wenn die Überzeugung sehr weiter Schichten des Volkes, daß uns ein „deuscher Machtfrieden" beschieden sein könne, ins Wanken geraten ist, so ist daran nicht etwa die Persönlichkeit und das Verhalten Bethmann Hollwegs, sondern einzig und allein die reale Kriegslage schuld. So günstig diese am Schlusse des dritten Kriegsjahres steht, so sagt sich doch das Volk nachgerade, daß unsere und unserer Bundesgenossen militärische Kräfte allein nicht hinreichen, um ein siegreiches Ende des Krieges zu erzwingen. Unsere Siegeshoffnung steht und fällt mit dem U-Bootkrieg. Auf den U-Bootkrieg hat unser Volk — dank denen, die dessen Wirkung mit den glühendsten Farben ausmalten — überschwängliche Hoffnungen gesetzt; weit verbreitet war die Ansicht, daß die Erfolge dieser Waffe England bis zur Mitte dieses Jahres auf die Knie zwingen würde. Nun sieht das deutsche Volk, daß es dem vierten Kriegswinter, dessen Sorgen und Entbehrungen aller Voraussicht nach noch größer sein werden als die des dritten, entgegengeht, und daß eine entscheidende Wirkung des U-Bootkrieges nicht vor dem Spätwinter erwartet werden kann. Diese Lage, die das Volk in seinen breiten Massen klar und nüchtern durchschaut, ist es, die nicht den Willen zum Durchhalten — der ist ungebrochen wie nur je —, nicht die Zuversicht auf einen ehrenvollen Ausgang des Weltkrieges, wohl aber die Gewißheit eines deutschen Machtfriedens erheblich beeinträchtigt hat. Diese Lage ist es, die die Majorität des Reichstages zu der Einbringung und dem Festhalten an der Friedensresolution veranlaßt hat. Wäre Herr von Bethmann Hollweg irgend schuld an dem Geist, aus dem die Friedensresolution geboren ist, so würde sie sich doch jetzt, wo er gegangen ist, schwerlich auf der Tagesordnung behaupten können. Wenn es dennoch der Fall ist, so ist es ein sonnenklarer Beweis dafür daß die Lähmung des Siegeswillens, die Herrn von Bethmann Hollwegs Gegner

Digitized by Google

auf ihn zurückführen möchten, ihre Ursache nicht in ihm, sondern in ganz anderen Dingen hat.

Und die innere Politik? Hat Herr von Bethmann Hollweg wirklich eine Unsumme monarchischen Kapitals verwüstet, wie die „Deutsche Tageszeitung" behauptet? Das monarchische Kapital setzt sich einmal aus den Rechten der Krone und zweitens aus dem Vertrauen zusammen, das sie im Volke besitzt. Daß die Monarchie aber während des Krieges im Volke an Vertrauen verloren habe, wird wohl niemand behaupten können und wollen. Oder will die „Deutsche Tageszeitung" sagen, daß die monarchische Gesinnung in den ihr nahestehenden Kreisen ins Wanken geraten sei? Auf seiten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft hat jedenfalls in dem Maße, als die Krone immer bewußter und klarer das „Volkskönigtum der Hohenzollern" ausgeprägt hat, auch die Erfüllung mit Staatsbewußtsein, die freundliche Haltung zur Monarchie zugenommen, wie es vor dem Kriege niemand erwarten konnte. Wir haben in unserer Zeitschrift selbst vor einiger Zeit in dem Aufsatz des Abgeordneten Haenisch ein sehr bemerkenswertes Zeugnis für diese Wandlung der Sozialdemokratie veröffentlichen können. Wer die sozialdemokratische Presse verfolgt, wird immer wieder neue Beweise dafür zu finden. Eben erst konnte man z. B. im „Hamburger Echo" lesen: „Daß die deutsche Sozialdemokratie unbeschadet ihrer demokratischen Grundsätze nicht darauf erpicht ist, aus Deutschland eine Republik zu machen, am allerwenigsten eine bürgerliche Republik nach französisch-amerikanischem Vorbild, ist oft genug gesagt worden. Bleiben der deutsche Kaiser und seine Nachfolger den Grundsätzen treu, die erneut in der Osterbotschaft und im Julierlaß ausgesprochen sind, so wird in den kommenden Zeiten die Monarchie Deutschlands auf den Schultern der Millionen werktätiger Männer, die nun zu voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung gelangen sollen, mindestens ebenso fest und sicher ruhen wie auf den gekrümmten Rücken jener altpreußischen Granden, deren Königstreue jedesmal zu wackeln beginnt, wenn der König nicht ihren Willen tut." Entkleiden wir dieses Zitat seiner polemischen Zuspitzung, so stellt es doch eine Entwicklung dar, die einen ungeheuren Zuwachs an monarchischem Kapital in sich schließt. Diesen Zuwachs aber dankt die Krone, dankt Preußen-Deutschland in allererster Linie Herrn von Bethmann Hollweg, der während seiner ganzen Wirksamkeit als Reichskanzler und zumal seit dem Ausbruch des Weltkrieges ganz fest und unverrückt das Ziel verfolgt hat, die sozialdemokratische Arbeiterschaft für Kaiser und Reich zu gewinnen. Daß dieses Ziel nicht zu erreichen gewesen wäre ohne die einheitliche Linie, die von jenem herrlichen Kaiserwort des 3. August 1914 bis zu dem jüngsten Wahlrechtserlaß vom 11. Juli verläuft, liegt auf der Hand. Welche Bedeutung aber die vaterländische Haltung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, wenigstens ihres Gros[1], auch für unser Aushalten im Weltkrieg gehabt hat und bis auf den heutigen Tag hat, braucht hier nicht erst von neuem dargelegt zu werden; ohne sie wären wir, das hat ein Lloyd George geradezu herausgesagt, längst verloren

[1] Gros = Hauptmasse.

Digitized by Google

gewesen. Mir scheint, das Verdienst, das Herr von Bethmann Hollweg sich in dieser Richtung erworben hat, ist so groß, so bedeutungsvoll für alle Zukunft, daß es nach dem biblischen Wort selbst der Sünden Menge zudecken würde. Das ist offenbar auch die Auffassung des Kaisers, wenn er in seinem Brief an den entlassenen Kanzler davon spricht, daß dieser seine Kraft und seine Persönlichkeit erfolgreich in den Dienst von Kaiser und Reich, König und Vaterland gestellt habe.

Und dieser Zuwachs an monarchischem Kapital, den die vaterländische Haltung der Sozialdemokratie vorstellt, ist nicht etwa erkauft auf Kosten der monarchischen Rechte! Die Rechte der Krone sind verfassungsmäßig bis auf den heutigen Tag genau die gleichen geblieben, und wir wüßten nicht, daß Herr von Bethmann Hollweg auch nur das geringste derselben aufgegeben hätte. Gewiß, die Rechte des Monarchen sind während des Krieges nicht unangetastet geblieben. Niemals ist das Recht des Kaisers und Königs, seinen ersten Ratgeber aus eigenem Vertrauen zu ernennen und zu halten, so sehr vergewaltigt worden wie in den Tagen der jüngsten Regierungskrise. Das Vertrauen des Kaisers zu Herrn von Bethmann Hollweg ist bis zu dem letzten Augenblick völlig unerschüttert geblieben, das Schreiben vom 14. Juli lehrt es; trotzdem ist der Kaiser durch einen moralischen Druck sondergleichen genötigt worden, ihn zu entlassen. In derselben Weise ist in die Kommandogewalt des Kaisers durch die Versuche des preußischen Landtags, in die Frage der Verhängung des U-Bootkrieges hineinzureden, wenn nicht nach dem Willen der Antragsteller so doch tatsächlich eingegriffen worden. An diesen Eingriffen aber ist, das werden auch die Gegner Herrn von Bethmann Hollwegs zugeben müssen, dieser so unschuldig wie ein neugeborenes Kind. Ihre Behauptungen aber, daß der Kanzler bereit gewesen sei, wesentliche Kronrechte durch ein Eingehen auf die Forderung der Parlamentarisierung aufzugeben, sind gänzlich unerwiesen, mehr als das, sind einfach unbegründet. Im Gegenteil hat Herr von Bethmann Hollweg — und das ist der Grund, weshalb seine Freunde von der Linken ihn so lau gestützt haben, daß die Gegner von den Rechten die Oberhand gewannen — mit aller Entschiedenheit dafür eingetreten, daß der Krone das Recht verbleibe, ihre Ratgeber nach eigenem Ermessen zu ernennen und zu entlassen. Sicherlich ist Herr von Bethmann Hollweg bereit gewesen, insoweit auf die Wünsche des Reichstags einzugehen, daß eine engere Fühlung zwischen der Regierung und den Parlamenten, eine stärkere Berücksichtigung des parlamentarischen Elements bei den Ministerernennungen herbeigeführt werde, in dem Sinne also, wie Zentrum und Nationalliberale die Parlamentarisierung verstanden wissen wollen. Aber ganz gewiß hat er der Krone hinsichtlich der Ernennung und der Entlassung der Minister die letzte Entscheidung vorbehalten wissen wollen. Er ist gefallen, mögen seine Gegner sagen, was sie wollen, weil er gewichtige Rechte seines königlichen und kaiserlichen Herrn, und weil er weiterhin die auf dem bundesstaatlichen Prinzip beruhende Reichsverfassung in dem plötzlichen Ansturm, der sich am 7. Juli im Hauptausschuß des Reichs-

Digitized by Google

tags erhob, nicht kurzerhand aufgeben, sondern zumindest eine sorgsame Prüfung der schwierigen verfassungsmäßigen Materie voraufgehen lassen wollte. Sein Fehler war es, diesen Generalansturm, der doch gleichsam in der Luft lag, nicht vorhergesehen zu haben, oder wenn er ihn vorhersah, ihm nicht vorgebeugt zu haben. Ich darf in diesem Zusammenhang erwähnen, daß ich selbst an maßgebender Stelle geraten hatte, vor dem Zusammentritt des Verfassungsausschusses und des Reichstages einen Kronrat aus ausgesprochenen Vertrauensmännern des deutschen Volkes zusammenzurufen, um die wichtige Frage zu beraten und zu klären, wie die in der Osterbotschaft verheißene freie und freudige Mitwirkung aller Glieder des Volkes am Staatsleben in Wirklichkeit umzusetzen sei. Ähnliche Ratschläge sind, so viel mir bekannt ist, auch von anderen Seiten, die das drohende Unheil kommen sahen, erteilt. Wären solche Beratnngen unter den Auspizien der Krone, die so die Führung in der Hand behalten hätte, rechtzeitig eingeleitet worden, ja wäre die Regierung sich wenigstens vollkommen klar und schlüssig darüber gewesen, wie die verheißene Mitwirkung des Volkes und insonderheit des Parlaments erreicht werden könne und solle, so hätte die Regierungskrise schwerlich solchen Umfang annehmen können. Der Mangel an Klarheit und Entschlußfähigkeit aber, der in den Tagen seit dem 7. Juli immer augenscheinlicher wurde, aber weniger in der Persönlichkeit des Kanzlers, als in den vorliegenden Verhältnissen, der fehlenden Übereinstimmung zwischen den Ministern auf der einen, den verbündeten Regierungen auf der anderen Seite begründet lag, scheint die Anhängerschaft des Kanzlers in der nationalliberalen Partei und dem Zentrum, die ursprünglich nicht gering war, zusehends verringert zu haben, so daß er sozusagen parlamentarisch in der Luft hing. Von den Linksparteien war es in diesem kritischen Moment schwerlich klug gehandelt, sich nicht auf das Erreichbare und das dann auch tatsächlich Erreichte, die Sanktionierung des gleichen Wahlrechts für Preußen, zu beschränken, sondern mit einem Male auch die volle Parlamentarisierung durchdrücken zu wollen. Sie haben damit nur erreicht, daß der Kanzler, der den besten Willen hatte, das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament so innig wie nur möglich zu knüpfen, der mit heißem Bemühen nach Mitteln und Wegen suchte, um, ohne entscheidende Kronrechte aufzugeben, doch dem Reichstage nach Möglichkeit entgegenzukommen, zu Fall kam. Daß die Linksparteien damit vorerst das Spiel im wesentlichen in einem Moment, wo alles zu ihren Gunsten lag, verloren haben, dürften sie inzwischen an der Art ersehen haben, wie ohne jede Mitwirkung des Parlaments die Ernennung des neuen Kanzlers zustande kam, und wie die weitere Besetzung der vakant werdenden Posten im Reiche und in Preußen sich vorbereitet. War die Demokratisierung unserer Verfassungseinrichtungen nicht bloß im Hinblick auf die freieste Gestaltung des Wahlrechts, sondern auch auf die Mitwirkung von Volk und Parlament an der Regierung im Interesse unserer Weltgeltung und Weltmachtstellung für wünschenswert und notwendig hält, kann das Verhalten unserer Linken nur bedauern.

Digitized by Google

Auf die Dauer freilich wird sich auch der Nachfolger Herrn von Bethmann Hollwegs, Reichskanzler Dr. Michaelis, der Notwendigkeit nicht entziehen können, wieder da anzuknüpfen, wo jener aufzuhören genötigt wurde. Nach wie vor bleibt es das große und beherrschende Problem unserer innerpolitischen Zukunft, wie die freie und freudige Mitwirkung aller Glieder unseres Volkes am Staatsleben, wie sein Anteil an der Regierung in Wirklichkeit umzusetzen ist. An dem Vermögen unserer Bureaukratie, das Volk innerhalb der großen Weltzusammenhänge ohne seine eigene Mitwirkung und Mitbestimmung zu regieren, ist das deutsche Volk, vielleicht nicht ohne Mitschuld Herrn von Bethmann Hollwegs, aber ganz gewiß nicht durch seine alleinige Schuld im Laufe des Weltkrieges mehr und mehr irre geworden; kein Kanzler wird ihm dies zurückgeben können. Herrn Dr. Michaelis sagt man nach, daß er einer der gescheitesten und tatkräftigsten unter unseren Bureaukraten sei. Vor Herrn von Bethmann hat er den großen Vorzug voraus, daß er nicht belastet ist mit der Fülle von Gegnerschaften und Widerständen, die dessen Wirksamkeit so unendlich erschwerten. Freilich auf wie lange? Auch wenn es Herrn Dr. Michaelis in seiner heutigen ersten Reichstagsrede gelungen sein sollte[1], an den Klippen der Friedensresolution glücklich vorüberzusteuern und sich eine Schonzeit auf den Gebieten der hohen und auch der inneren Politik, die ihm bisher wesentlich fremd waren, auszuwirken, so wird er doch bald gerade als ein homo novus um so mehr bedrängt werden, Farbe zu bekennen. Um nur eins zu nennen: zu seinen Aufgaben gehört doch auch, das gleiche Wahlrecht für Preußen, das, einmal von der Krone bewilligt und gut geheißen, nie wieder rückgängig gemacht werden kann, durchzuführen. Hier wird er die Unbeugsamkeit und Rücksichtslosigkeit, die er als preußischer Ernährungsdiktator an den Tag gelegt hat und an die mancher Oberpräsident, Regierungspräsident und Landrat schon hat glauben müssen, in ihrer ganzen Ausdehnung anwenden können und müssen. Wer weiß, ob nicht die Rechte noch einmal die Tage des milderen Herrn von Bethmann Hollweg zurücksehnt!

Wir aber wünschen dem neuen Reichskanzler, so sehr wir den Rücktritt Herrn von Bethmann Hollwegs in vieler Beziehung bedauern, Glück und Erfolg auf seinen Wegen. Denn sein Glück und sein Erfolg bedeuten zugleich die des deutschen Volkes, die uns über alles gehen.

„Jedenfalls so frühzeitig“

Von Professor D. Dr. Rudolf Otto, Mitglied des Abgeordnetenhauses

1. „Die Wahlreform *jetzt*“: so hatten wir auf S. 669 dieser Zeitschrift seinerzeit gewünscht. Diesem Wunsche kommt der neue Königliche Erlaß vom 11. Juli entgegen, ja wir hoffen, daß er die ganze Erfüllung unseres Wunsches bringen wird. Er enthält den Satz: „Die Vorlage ist *jedenfalls* so *frühzeitig* einzubringen, daß

[1] Der Aufsatz wurde bereits am 19. Juli geschrieben.

Digitized by Google

die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlgesetz erfolgen können." „Jedenfalls so frühzeitig": Das setzt als äußerst zulässigen Termin den Schluß dieser Landtags-Periode. Aber eben nur als äußersten. Es schließt völlig die Möglichkeit ein, den Termin auch früher zu wählen, ja ihn *jetzt* und *sogleich* anzusetzen, wenn dieses im allgemeinen Interesse und im Interesse der Sache selber liegt.

2. Das aber ist nun zweifellos der Fall, und heute noch viel mehr als vor einigen Wochen. Froh und erleichtert atmen wir auf, daß unser früher ausgesprochener Wunsch in Erfüllung gegangen ist: die Regierung und die Krone hat zum ersten Schritte der Osterbotschaft den zweiten getan, der ja nur die richtige Konsequenz des ersten war, sie hat die Zügel ergriffen, die Führung übernommen, ihren festen Willen aufs neue ausgesprochen und weiter geklärt. Das aber schafft dem Parlamente sofort und ohne weiteres die sichere Unterlage, seine Arbeit in dieser Frage zu beginnen, und jetzt und sogleich zu beginnen. Die Situation, der große Moment ist da. Warum also zögern und warten! *Jetzt* ist die Lage klar, die Dinge reif. Also rufe man uns *jetzt* zur Arbeit. Bereits bringen die Zeitungen die Nachricht, daß der Landtag früh, früher als man erwartet hatte, nämlich schon am 9. Oktober, seine Arbeiten neu beginnen solle. Wenn so früh, so tue man noch einen Schritt und rufe ihn noch früher, rufe ihn *jetzt*, damit dieses Riesenwerk getan ist, bevor der Schwall der regelmäßigen Geschäfte hereinbricht. Es braucht Muße und freie Zeit, braucht Wochen für diese Arbeit allein. Die ist im August und September vorhanden, im Oktober und den folgenden Monaten aber nicht mehr.

3. Ein Werk zum innern Frieden, zur Entspannung allzugroßer Spannungen soll die Wahlreform sein. Ist es geschehen, so wird es uns neue, vielleicht ungeahnte Kräfte neuer Sammlung, neuen Mutes, neuer Entschlußfähigkeit geben. Die brauchen wir. Denn wir wollen die große Geduldsprobe bestehen, die uns die Feinde aufs neue auferlegen wollen. Darum fort mit allen Hemmnissen und Aufhaltungen, die sich steigern, je länger man die Entspannung verschiebt. Die fertige, vollzogene *Tat* ist es, die Wunder wirkt und Leben geben wird. Wer vor ihr sich fürchtet, wird den Alpdruck los sein, wenn sie erst fertig vorliegt, wird sich mit ihr abfinden und in die neue Lage der Dinge sich einfügen. Wer auf sie hoffte, wird aus einem Zweifler, Nörgler und Widerstrebenden endlich ein Williger und Zuversichtlicher werden. In beiden Fällen werden Gefühle ausgeschaltet, die die Tatkraft lähmen, wird das Interesse und die Energie, die jetzt durch die inneren Streitigkeiten festgehalten und verbraucht werden, hingelenkt auf das, was zurzeit das eine ist, was not tut: auf Kriegs- und Siegeswillen.

4. Aber — so fragt man — wenn das Parlament widerstrebt! Wenn Regierung und Abgeordnetenhaus, Abgeordnetenhaus und Herrenhaus nicht einig werden? Wenn alles im Leeren verläuft! — Hier frage ich aufs neue, wie in meinem vorigen Aufsatze: „Treffen solche Einwände nicht ganz gleichermaßen zu jeder Zeit zu? Ist

Digitized by Google

die Schwierigkeit, ein etwa widerstrebendes Haus aufzulösen, unmittelbar vor oder nach dem Frieden irgendwie *geringer* als *jetzt*! Sie ist jetzt zweifellos groß genug. Aber später wird sie einfach unübersteiglich sein. Im Tumulte des Kriegsabschlusses ist eine Auflösung ein völliges Unding. Und kein vernünftiger Parlamentarier kann damit rechnen. Ja, weder später noch jetzt kann ein vernünftiger Mensch die Möglichkeit einer Auflösung überhaupt mit in Rechnung ziehen. Parlament und Regierung *müssen* miteinander fertig werden, sobald einmal die Vorlage an das Haus gegangen ist, und sie *werden* miteinander fertig werden. Man mache sich doch nur folgendes klar: Wollte ein Parlament den Widerstand zu *weit* treiben, wohin würde es dann kommen? Zur Auflösung? Nein, niemals. Denn Auflösung würde nach sich ziehen eine Wiederwahl nach dem *alten* Wahlrecht. Das aber ist *unmöglich*, nach dem einmal ergangenen Königsworte! Nicht Auflösung, nicht Wiederwahl wären die Folge, sondern — der *Konflikt*. Der Konflikt in *dieser* Zeit — das ist Wahnsinn. Das hieße, die Regierung dahin treiben, wovor uns ein gütiges Schicksal bewahren wolle: nämlich zu handeln mit Ausschaltung des Parlamentes. Das hieße, sie in die Gewaltmittel und in die Arme der Demokratie jagen. Denn eines ist sicher: *Dieses Königswort kann und wird nicht gebrochen werden.*

5. Aber fort mit solchen Gespenstern, an die niemand ernstlich glaubt. Vielmehr auf zur mutigen, entschlossenen und schnellen Tat. Ihr Erfolg wird ihr um so weniger fehlen, je schneller sie vollzogen wird. Der allgemeine Rahmen des Wahlgesetzes ist durch den Königlichen Erlaß gegeben. Noch ist es Zeit, innerhalb dieses Rahmens ein Werk zu vollbringen, das den unausweichlichen Forderungen der Zeit entspricht, ohne daß man dabei ultraradikalen Richtungen zu erliegen braucht. Auch ein *gleiches* Wahlrecht läßt sich immer noch so ausbauen und gestalten und mit solchen Sicherungen versehen, daß den berechtigten Forderungen organischer Entwicklung entsprochen werden kann. Ein *gleiches* Wahlrecht ist auch ein solches, das gewisse einschränkende Sicherungen enthält, sobald diese *gleichmäßig* alle Stände und Klassen treffen. So würde z. B. eine Zusatzstimme für höheres Alter durchaus im Rahmen eines gleichen Wahlrechtes möglich bleiben. Denn das Alter trifft hoch und niedrig, arm und reich in gleicher Weise. Ein gleiches Wahlrecht schließt ferner nicht aus, daß man bei Bestimmung der Wahlkreise nicht nur die bloße Zahl, sondern auch die Besonderheit von „Land und Leuten“ gebührend berücksichtigt. Noch weniger schließt es aus, daß es nur solchen verliehen wird, die wirklich Zugehörige des Staates Preußen sind und dieses durch eine festzusetzende Mindestfrist ihres Weilens in Preußen bewiesen haben. Es schließt nicht aus, daß es zugleich ergänzt werde durch eine *Wahlpflicht*, die dann ebenfalls gleichmäßig jeden betreffen würde. Es schließt den Proporz nicht aus, der in die Parteiverhältnisse ein stabilisierendes Moment hineinbringen und die Ordnungsparteien vor jähen Überflutungen durch Demokratie und Demagogie schützen würde. Und so würde man vielleicht noch über manche

Digitized by Google

andere Maßregeln nachdenken können, die uns vor übermäßiger Demokratisierung und tumultuarischen Erschütterungen schützen könnten.

6. Über solche Maßregeln nachdenken und darüber sich verständigen könnte man jetzt noch, wenn man nicht mehr zu lange wartet, wenn man nicht aufs neue zögert und hinausschiebt und die Ungeduld zur Siedehitze und die demokratische Flut über alle Ufer steigen läßt. Darum jetzt, jetzt, und nicht nach Monaten! Ob man es später auch noch können wird, ist, wie die Dinge laufen, mehr als fraglich. Und wer, wie der Verfasser dieser Zeilen, nicht Demokrat ist, kann nur mit Sorgen daran denken, daß das Jetzt wieder verpaßt werden könnte. Jetzt ist der Augenblick da. Der Königliche Erlaß hat den Boden gegeben, auf dem man sich schließlich zusammenfinden muß und wird von rechts und links her. Die Männer der Rechten können nicht auf die Dauer streiten gegen die mächtige Volks- und Zeitbewegung und gegen den königlichen Willen zugleich. Und die Männer der Linken können sich nicht, nachdem die wesentlichen Punkte ihrer Forderungen zugestanden sind, sträuben, nun ihrerseits Sicherungen zuzugestehen, wie etwa die genannten. Gestehen sie sie aber zu und kommen sie so bis zu einer mittleren Linie entgegen, so ist es ausgeschlossen, daß das Parlament nicht zu einer Einigung in sich selbst gelangte, und dann auch mit der Regierung.

7. Soll das aber geschehen, so ist das Parlament „jedenfalls so frühzeitig" zur Arbeit zu berufen, daß nicht der rechte Augenblick verpaßt werde; das heißt aber eben: Jetzt.

Die Wirkung von 5 Monaten U-Bootkrieg

Von Hermann Weil, Frankfurt a. M.

Die lange Dauer des Krieges hat in allen Ländern — sowohl den kriegführenden als auch den neutralen — Verdrossenheit, und das lang andauernde Elend Pessimismus erzeugt, die zu einem Schrei nach Frieden sich gesteigert haben.

Abgesehen von der Umwälzung in Rußland, haben wir in den letzten Tagen gesehen, daß im französischen Parlament sich gegen den Oberbefehlshaber Nivelle, als den für die Menschenschlächterei Verantwortlichen, die Anklagestimmung hervorgewagt hat, die sich aber in Wirklichkeit gegen Poincaré wendet. In England sah sich Lloyd George genötigt, in einer Rede, die sich im Original viel milder und konzilianter[1] liest als in dem vom Wolffschen Bureau veröffentlichten Auszuge, zur Lage Stellung zu nehmen. Er hat viel Wasser in seinen Wein gegossen und mit seinen Mahnungen zum Durchhalten den Ernst, der durch unsere U-Boote geschaffenen Lage, ehrlich zugegeben. Noch am 25. Mai, als die U-Booterfolge etwas zurückgegangen waren, saß er auf hohem Roß; am 1. Juli gab er dagegen schon zu, daß England noch weniger Brot zu essen bekommen und sich von Hafergrütze werde ernähren müssen. Die Quintessenz seiner Rede war aber ein Friedensangebot, das er einem, wie England, parlamentarisch regierten Deutschland machte. Auch in Italien ist die Krisis latent.

Wenn ich nun auch verstehe, daß das Wiederaufleben der russischen Offensive, der Erfolg der

[1] konziliant = entgegenkommend, versöhnlich.

Digitized by Google

Entente in Brasilien und Griechenland, sowie die Dürre im Monat Juni geeignet waren, die Stimmung niederzudrücken, so muß ich doch sagen, daß ein schwerwiegender Grund dafür nicht vorhanden ist. Wir haben die beruhigende Gewißheit, daß bei uns in Deutschland der durch die Dürre verursachte Schaden in erster Linie nur die Frühgemüse betroffen hat und nur der Strohertrag, nicht aber der Körnerertrag der Getreideernte herabgemindert sein wird. Roggen und Weizen stehen in ganz Deutschland recht gut, Hafer und Gerste stehen in Süddeutschland gut, werden jedoch in Mittel- und Norddeutschland eine schwache Ernte geben, die aber längst nicht so schlecht sein wird, wie sie im Jahre 1915 war. Für die Kartoffeln ist der eingetretene Regen überall noch rechtzeitig gekommen, ebenso für die Rüben und Hackfrüchte, so daß wir im großen ganzen mit dem Stand der Ernte zufrieden sein können. Die Wintergerste ist zum großen Teil bereits gedroschen und die Ergebnisse sind gut. Auch der Roggenschnitt hat in Süddeutschland begonnen, so daß wir auch über die Übergangsperiode sehr gut hinwegkommen werden. — Schlechter steht es allerdings in Österreich-Ungarn, wo zwar die Hauptsaat — Roggen und Weizen — auch befriedigt, dagegen Hafer und Gerste durch den Regenmangel größeren Schaden erlitten haben als bei uns. Eine Schätzung der Kartoffelernte ist heute noch nicht möglich, doch sind die Aussichten in Deutschland vielversprechend und der Ertrag dürfte an eine normale Ernte herankommen. Die rumänische Ernte steht sehr gut, so daß von dort ein Zuschuß von 3 Millionen Tonnen zu erwarten ist. Ebenso stehen die Ernten in Bulgarien und der Türkei gut, so daß beide Länder in diesem Jahre der Unterstützung wahrscheinlich nicht bedürfen.

Angesichts der wunderbaren Arbeit unserer U-Boote ist daher die Mißstimmung in Deutschland durchaus nicht am Platze. Wir standen militärisch zu Lande und zur See zu keiner Zeit günstiger als gerade jetzt, und der am 10. d. M. veröffentlichte Hinweis des Admiralstabes auf die praktischen Erfolge des U-Bootkrieges müßte eigentlich jedem logisch Denkenden einleuchten. Es muß hervorgehoben werden, daß ein großer Unterschied zu machen ist zwischen den Hetzreden und Broschüren, die vor Erklärung des rücksichtslosen U-Bootkrieges verbreitet wurden und der Ansicht Ausdruck gaben, daß mittels der U-Boote England sich innerhalb weniger Monate auf Gnade oder Ungnade werde ergeben müssen, und dem bedachtvollen Maßstabe, den die deutsche Admiralität und die Reichsleitung in Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung dem rücksichtslosen U-Bootkrieg beilegten. Ich hatte im Herbst des Vorjahres, als Voraussetzung der Aushungerung Englands, eine tägliche Versenkung von mindestens zwei Getreideschiffen während des ganzen Jahres aufgestellt, also ungefähr 10000 Tonnen per Tag. Die Admiralität rechnete sogar mit der Versenkung von vier Schiffen täglich, ohne aber dabei gewährleisten zu können, daß mindestens zwei davon Getreideladungen enthielten. Trotzdem in der Praxis viel mehr Schiffe im Durchschnitt versenkt wurden, hat das von mir als Minimalforderung aufgestellte Quantum Getreide nicht vernichtet werden können.

Ich habe in meinem Artikel „Götterdämmerung" ausgeführt, daß wir im Februar ein Quantum, das ungefähr 10 Proz. der den Alliierten gehörenden, nicht Kriegszwecken dienenden Handelstonnage ausmacht, versenkt haben und daß, sofern wir noch weitere drei bis vier Monate mit gleichem Erfolge arbeiteten, selbst der fanatischste Engländer werde einsehen müssen, daß ein Fortsetzen des Kampfes unter diesen Bedingungen Selbstmord bedeute und die Alliierten die Hand zur Verständigung bieten müßten.

Der U-Bootkrieg war und ist basiert auf die mathematische Rechnung der Tonnage-Vernichtung. Ich habe in dem schon erwähnten Artikel ausgeführt, daß die den Lebensbedürfnissen der Alliierten dienende, nicht für Kriegszwecke requirierte feindliche Handelstonnage 7,5 Millionen Tonnen beträgt; daß außerdem 3,5 Millionen neutrale Tonnage für die Zufuhren zur Verfügung stehen, wozu in den 5 Monaten noch ungefähr 1 Million Tonnen

Digitized by Google

an Neubauten und uns weggenommenen Schiffen kommen mögen. Davon sind bis Ende Juni 4 3/4 Millionen Tonnen versenkt worden und mindestens 1/4 Million durch Strandungen, Kollisionen usw. verloren gegangen; aufgelegt sind von neutralen Schiffen mindestens 1 Million Tonnen, zusammen 6 Millionen. Es verbleiben also noch 6 Millionen[1]. Angenommen, daß in den nächsten 3 Monaten weitere je 200000 Tonnen Neubauten in Dienst gestellt werden — was aber als eine sehr hohe Ziffer zu betrachten ist — und daß es ferner gelingt, noch weitere 600000 Tonnen beschlagnahmte deutsche Schiffe zu reparieren, was übrigens sehr fraglich ist, so kommt die Entente wieder auf 7,2 Millionen. Wir haben allen Grund zu der Annahme, daß die Versenkungen im Tempo von 1 Million pro Monat durchgehalten werden; dann steht die Entente in 3 Monaten nur noch mit einem Saldo von 4,2 Millionen Tonnen da und damit vor der vollkommenen Unmöglichkeit, ihre Bedürfnisse noch weiter zu verfrachten. Selbstverständlich gibt es noch viel mehr neutrale Schiffe, aber diese sind für den Dienst ihrer Heimatländer durchaus unentbehrlich. Ebenso unentbehrlich sind die von den feindlichen Regierungen zum Kriegsdienst requirierten Schiffe. Gerade am 4. Juli machte der große Reeder Houston in Liverpool der englischen Regierung die bittersten Vorwürfe darüber, daß sie die besten, schnellsten und größten Liniendampfer als Hilfskreuzer, Lazarett- und Truppentransportschiffe in Dienst gestellt habe, nachdem sie es versäumte, rechtzeitig Wach- und Truppentransportschiffe zu bauen. Außer den von unserer Admiralität veröffentlichten Versenkungen sind noch eine große Anzahl Dampfer bei Lloyds als überfällig gemeldet, und die Tatsache, daß sie im Stillen Ozean überfällig sind, ja, daß sogar der große Liniendampfer „Mongolia“ in der Nähe von Bombay auf eine Mine lief und unterging, beweist, daß nicht nur unsere U-Boote draußen sind, sondern daß auch die „Möve“ Eier gelegt hat und die Nachkommenschaft der Mutter alle Ehre macht. Wir haben daher Grund anzunehmen, daß die feindlichen Verluste an Tonnage noch größer sind, als wir wissen, und dies um so mehr, als die „Times“, „Morning Post“ und „Manchester Guardian“ fast täglich melden müssen, daß ein neuer englischer Hafen gesperrt werden mußte, weil er durch Minen verseucht ist. Unsere Minenleger arbeiten in aller Stille ebenso erfolgreich wie unsere U-Boote, nur daß wir von ihren Verdiensten erst nach dem Kriege Kenntnis erhalten werden.

Um einen Begriff zu geben, wie groß die Anzahl der Schiffe sein muß, um den Trafik zu bewerkstelligen, muß ich bemerken, daß Tausende von Schiffen lediglich als Patrouillenschiffe nötig sind, um die Kanäle, Fahrtrats und Hafeneinfahrten zu bewachen; ferner sind viele Hunderte größere und kleine Schiffe als Minensucher tätig, sowie viele Bewachungsschiffe für die von den Engländern ausgelegten Minenfelder, und zu jedem Convoi von 4 bis 5 Schiffen gehört die doppelte Anzahl von Bewachungsschiffen. Wenn man bedenkt, daß außerdem noch die vielen Lazarett- und Truppentransportschiffe notwendig sind, um die Truppen und Ersatztruppen aus allen Weltteilen zusammen zu holen, ebenso die Lebensmittel, Pferde, Munition, Flugzeuge, Automobile, Eisenbahnteile, Holz, Zement usw., ferner die ungeheuere Zahl von Schiffen für die Kohlentransporte und die Erfordernisse der Flotte, so wird man ohne weiteres begreifen, daß die englische und alliierte Admiralität 60 Proz. der ganzen Tonnage für ihre Zwecke benötigt. Dann wird man auch begreifen, daß es dazu kommen konnte, — wie wir aus einwandfreien amtlichen Quellen wissen — daß England das in Australien lagernde Weizenquantum von zirka 3,5 Millionen Tonnen nicht abtransportieren kann, so daß es dort, da Lagerhäuser nicht vorhanden sind, im Freien dem Verderb durch die Witterung, durch Un-

[1] Diese Angabe erscheint etwas optimistisch; die von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts herausgegebene Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ kommt nach sehr eingehenden Untersuchungen zu dem Schluß, daß England allein (also ohne die Neutralen) Ende Mai noch einen Frachtraum von 6 600 000 Tonnen (also Anfang Juli etwa 6 Millionen Tonnen) zur Verfügung gehabt haben dürfte, und daß auch die England dienstbare fremde Tonnage noch größer sei, als man seinerzeit gerechnet habe.

Digitized by Google

geziefer und Mäuse preisgegeben ist. Andererseits importiert England aus Amerika Schundweizen, der sonst nur zu Schweinefutter und zur Destillerie Verwendung fand, und zwingt die Müller, zu je 1000 qrs. Nr 1 und 3 ein entsprechendes Quantum 4, 5 und 6 zu vermahlen und dies lediglich deshalb, weil zum Transport von Nordamerika nur ein Drittel oder ein Viertel der Tonnage notwendig ist, welche der Transport von Australien erfordert. Auf diese Praxis sind auch die Beschwerden der Londoner Bäcker zurück zu führen, die Lloyd George, wie dies „Times" in ein emgroßen Artikel mitteilten, erklärten, daß sie nicht gewillt seien, diesen „most wretched stuff" (elendes Zeug) noch fernerhin zu verbacken; das Brot sei für das Publikum ungenießbar, und zwei Bäcker mußten 1600 Laibe Brot ins Wasser werfen, weil sie selbst als Schweinefutter unbrauchbar waren. Die Zusammensetzung des Mehls rufe nur Krankheiten, Koliken und Unzufriedenheiten hervor. Lloyd George hat darauf Abhilfe versprochen.

Ich muß zugeben, daß ich seinerzeit in meiner Berechnung die Segler nicht erwähnt habe, welche zwar keine große Hilfe sind, aber immerhin für die Transporte von Australien nach der amerikanischen Pacific-Küste eine Rolle spielen und auch im Salpeter- und Holztransport Verwendung finden, ohne daß dies jedoch von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Ich komme nun zur Getreideversorgung. Hier bin ich, wie es scheint, von vielen Herren gründlich mißverstanden worden, und ich will deshalb zunächst wiederholen, was ich in meinem besagten Artikel festlegte. Dann werde ich feststellen, wie sich die Berechnungen in der Praxis bewährten und welche Fehler unterliefen.

Ich berechnete auf Grund der amtlich mitgeteilten Verschiffungen vom 1. August bis 17. März und der am 1. August im Lande befindlichen Vorräte aus Import und eigenen Ernten, sowie des normalen Verbrauches bis 1. Februar und des verminderten Verbrauches ab 1. Februar, daß ohne neue Zufuhren die Vorräte in England bis zum 21. April, in Frankreich und Italien bis Ende Mai reichen würden. Ich fügte hinzu, daß noch eine Reserve in dem am 1. August auf See schwimmenden Quantum von zirka 5 Millionen qrs. vorhanden sei, wovon ungefähr zwei Drittel für die Entente bestimmt waren, wegegen aber die Versenkungen durch die U-Boote in Rechnung gestellt werden müßten. Ich führte ferner aus, daß mit einer weiteren wöchentlichen Weltverschiffung von ungefähr 1 Million qrs. zu rechnen sei, welche — auf Basis der Ankünfte im Monat Januar, die für England nur noch 380000 qrs. betrugen — wahrscheinlich für England nur noch 350000 qrs. wöchentlich, für Frankreich und Italien nur noch je 220000 qrs. betragen würden, während das Restquantum an die Neutralen gehe. Von diesen letzteren würden Spanien, Brasilien und die nichteuropäischen Länder von der Entente in ihren Zufuhren unbehelligt bleiben, während die Zufuhren für Holland, die Schweiz, Skandinavien und Griechenland unsicher seien. Mit Ausnahme von Schweden und Griechenland haben die Neutralen bis jetzt ihr Kontingent größtenteils erhalten. Schweden blieb lange gesperrt, und erst am 1. Juli sind einige wenige Schiffe durchgelassen worden.

Auf Grund dieser Berechnungen wären die Vorräte in den alliierten Ländern inkl. der wöchentlichen Zufuhren vom 17. März ab, in England ungefähr Ende Mai, in den anderen Ländern Ende Juni, erschöpft gewesen, und die Alliierten hätten von da ab nur von den Zufuhren plus Viehreserven leben müssen.

Ich muß nun allerdings mitteilen, daß die Verladungen sich im Durchschnitt höher gestellt haben und zwar auf 1200000 qrs. per Woche, wovon die nichteuropäischen Länder und die europäischen Neutralen ungefähr 250000 qrs. wöchentlich erhalten haben. Es sind mir die Ziffern bis zum 29. Juni bekannt, auf Grund deren ich berechnen muß, daß die Zufuhren an die Alliierten wöchentlich 950000 qrs. gewesen sind, statt wie von mir angenommen 790000 qrs.; also ungefähr 160000 qrs. per Woche gleich 2,4 Millionen qrs. bis 22. Juni, die zweifellos England zugute gekommen sind.

Digitized by Google

An Gerste dürfte England weitere 400000 qrs. für Mahlzwecke verwendet haben. Außerdem behaupten die Engländer noch ungefähr eine halbe Million Quarters Mehl in der sogenannten zweiten Hand besessen zu haben; das macht zusammen 3,3 Millionen qrs. Durch Mischung von Mais-, Bohnen- und Reismehl wollen wir eine Ersparnis von weiteren 500000 qrs. annehmen. Das würde das Durchhalten Englands auf weitere 7 1/2 Wochen, also bis Ende Juli, ermöglichen. Die Engländer werden alles aufbieten, um die Verschiffungen auch weiterhin auf der Höhe von 1,2 Millionen zu halten, jedoch müssen sie seit Mitte Juni an Frankreich mindestens 500000 qrs. wöchentlich liefern, weil Frankreich fast gar nichts mehr hat; ferner an Italien 200000 und an Belgien und Holland 150000 qrs., während die Schweiz, Spanien, Brasilien, Griechenland und Skandinavien ebenfalls 200000 qrs. per Woche bekommen, so daß für England selbst sehr wenig bleibt. Daher rühren auch die jetzigen Bestrebungen, weder der Schweiz, noch Schweden und Holland weitere Zufuhren zu gestatten, selbst auf die Gefahr hin, das besetzte Belgien und Frankreich ohne Nahrung zu lassen. Trotz alledem dürften für England selbst nur etwa 350000 bis 400000 qrs. per Woche ab 22. Juni bis Anfang September, also für die Dauer von 10 Wochen, gleich 3,5 bis 4 Millionen qrs. verbleiben, oder 7 bis 8 Wochenrationen. Bei all diesen Rechnungen ist aber das Quantum abzuziehen, das die U-Boote versenkt haben und noch versenken. Da wir die Ladung der versenkten Schiffe nur zu einem relativ kleinen Teil kennen, so ist als Maßstab eine Bemerkung der englischen Fachpresse bemerkenswert, welche feststellt, daß es noch in keiner Woche den U-Booten gelungen sei, volle 10 Proz. Getreid zu versenken. Wenn wir nur 9 Proz. annehmen, so würde das für ein halbes Jahr schon 2 3/4 Millionen qrs. ausmachen, und für das ganze Jahr seit dem 1. August kommen wir bestimmt auf eine Versenkungsziffer für Weizen, Mehl und Futtergetreide von weit über 1 Million Tonnen, welche an den verschifften Quantitäten fehlen. Insgesamt stellt sich das Getreideminus des laufenden Jahres gegen das Vorjahr bei der Entente auf 3,5 Millionen Tonnen Minderverladungen, 2,5 Millionen Tonnen Mindererne und 1 1/4 Millionen Tonnen Versenkungen; total 7 1/4 Millionen Tonnen, die sich selbstverständlich im Juli, August und September erst richtig fühlbar machen werden.

Auch die Verschiffungen von Futtergetreide sind anhaltend sehr klein geblieben und erreichen im Durchschnitt kaum zwei Drittel des normalen Bedarfs. Tatsache ist, daß Frankreich schon seit Anfang Juni vollständig ohne Hafer und nur auf die kleinen überseeischen Zufuhren angewiesen ist.

Auch Englands Vorräte an Futtergetreide sind erschöpft, wenngleich der Bedarf hierin durch die vermehrten Abschlachtungen nachgelassen hat. England hat den anfänglich uns nachgemachten fleischlosen Tag wöchentlich längst wieder aufgehoben, nachdem es die Erfahrung gemacht hatte, daß in den Monaten Februar, März und April der Brotkonsum genau so hoch blieb wie in Friedenszeiten. Food Dictator ordnete darauf an, daß jedermann täglich 3/4 Pfund Fleisch essen solle, um Brot zu ersparen. Das bedeutet 5 1/4 Pfund Fleisch pro Woche, oder mehr als das Doppelte des normalen Konsums, oder einen Monatskonsum von 500000 Tonnen Fleisch. Da aber die normale Inlandsproduktion nur 125000 Tonnen per Monat beträgt, der frühere Import von ebensoviel Tonnen auf die Hälfte, gleich 62000 Tonnen, zurückgegangen ist, so erfordert der monatliche Mehrverbrauch an Fleisch von 312000 Tonnen die Abschlachtung von 1,5 Millionen Stück Rindvieh per Monat. Dies geschieht in England nun schon seit 3 Monaten, so daß die inländische Fleischproduktion, Milchertrag und Dung schon ganz gewaltig zurückgegangen sind. In einem Monat wird der Viehstand auf die Hälfte reduziert sein, denn er betrug nur 12 Millionen Stück. Dann bleibt noch die Schweine- und Schafreserve, die aber schon jetzt eine bedeutende Einbuße erlitten hat. In diesem Frühjahr trat infolge der kalten Witterung ein großes Sterben unter der Lämmern und Mutterschafen

Digitized by Google

auf, das 25 bis 50 Proz. des Bestandes ausmachte, so daß also auch diese Reserve nur den Fleischverbrauch von einem Monat deckt. Selbst wenn 15 Millionen Stück Schafe abgeschlachtet werden, so ergibt das kaum mehr als 300000 Tonnen Fleisch.

Dabei ist nicht zu vergessen, daß die englische Getreideernte erst Ende September schnittreif und in der Regel nicht früher als im November—Dezember mahlfähig wird. Es regnet erfahrungsgemäß sehr oft in der Erntezeit, und zum Trocknen und Dreschen wird viel mehr Zeit gebraucht, als bei uns.

Trotz der großen Worte Lloyd Georges über den Mehranbau sind in diesem Jahre überhaupt nur 400000 Hektar Land mehr angebaut worden als im Vorjahr; dabei ist der Weizenanbau sogar um 8 Proz. zurückgegangen. Der Gersteanbau blieb gleich und nur Hafer und Kartoffeln haben eine Vermehrung von 8 bis 10 Proz. erfahren. Dabei ist die Überwinterung des Weizens in England schlecht (infolge der strengen Kälte ohne Schnee). Der Frühjahrsanbau war außerordentlich verspätet, weil es bis zum 21. Mai in ganz England nicht geregnet hat, und die „Times" vom 2. Juli meldet ausdrücklich, daß der Stand von Weizen, Hafer und Gerste durch die im Juni herrschende Hitze zum mindestens ebensosehr gelitten hat, wie der unsrige. Da aber bei uns Roggen und Weizen, in England dagegen Gerste und Hafer die Hauptsache sind, so hat der ungünstige Juni England viel härter getroffen als uns.

Auch die großen Ankündigungen über den projektierten Neuanbau von 3 Millionen Acres gleich 1,2 Millionen Hektar für das Jahr 1918 finden in England selbst die größte Opposition, und Sachverständige allerorts weisen darauf hin, daß die Umwandlung so großer Flächen Grasland in Ackerland eine solche Unsumme an Entwässerungskanälen, Drainage usw., Anlagen neuer Wege, Arbeitern, Motorpflügen und Düngemitteln erfordere, daß es von vornherein ausgeschlossen sei, dieses Projekt durchzuführen. Man betrachtet diesen Versuch praktisch als ein großes Fiasko, wobei wertvolles Weideland mit sicherem Ertrag aufs Spiel gesetzt werde, um einem Phantom nachzujagen. Es kann uns ja nur recht sein, wenn England dieses Projekt verwirklicht, vorausgesetzt, daß es die Hunderttausende von Arbeitskräften auftreiben kann.

Der Kartoffelstand in Irland ist ebenfalls schlecht und weite Strecken leiden unter Mehltau. Die jüngste Nachricht, daß England jetzt Kartoffelzufuhren in genügender Menge habe, ist wieder eine echte Reutermeldung. Die „Times" vom 2. Juli besagt ausdrücklich, daß noch keine englischen Kartoffeln auf den Markt kommen. Man erwartet 40000 Tonnen aus Spanien, 35000 Tonnen aus New Yersey, 10000 Tonnen von Kapstadt und 12000 Tonnen von Holland. Letztere faulen einstweilen dort, wegen Mangel an Schiffsraum. Aber selbst wenn alle diese Quantitäten untorpediert nach England kommen sollten, so erlauben diese 100000 Tonnen der englischen Bevölkerung einen Monatsverbrauch von 1 Kilo Kartoffeln während der nächsten beiden Monate, denn erst Mitte August beginnt die englische Frühkartoffelernte.

Die schlimmsten Monate für die Ernährung Englands sind die Monate Juli, August und September, und wir haben allen Grund anzunehmen, daß die Situation für das Land von Woche zu Woche prekärer[1] wird. Bei der wunderbaren Arbeit unserer U-Boote werden die Lebensmittel ja nicht verschont und schließlich ist auch die Lebensmittelfrage vor allem Tonnagenfrage.

Kapitän Bathurst verlangte, daß jedermann täglich wenigstens 2 Stück Brot sparen solle, oder die Gesamtheit 80 Millionen Stück, um dadurch die Zwangsrationierung zu vermeiden. Sein Nachfolger, Lord Rhondda, ist Gegner der Zwangsrationierung. Er behauptet, aus Deutschland gehört zu haben, daß sehr viel Schwindel mit den Brotmarken getrieben und der Schleichhandel gefördert werde, und daß man die ungeheuere Menge von Männern zur Überwachung

[1] prekär = unsicher, mißlich.

Digitized by Google

und das Papier für die Formulare usw. besser anderweit benützen könne. Er behauptet, mit dem War Saving Committee und gegenseitiger Kontrolle der Haushalte mehr Ersparnisse erzielen zu können, als mit der Zwangsrationierung. Tatsächlich können wir ja nicht leugnen, daß bei uns in dieser Beziehung nicht alles ist, wie es sein sollte.

Daß Lord Rhondda das Ausbrüten von Geflügel verbot und die Abschlachtung aller Hähne, die für Zuchtzwecke nicht notwendig sind, sowie aller Hühner, die älter als ein Jahr sind, anordnete, sowie der Vorschlag der Lady Rhondda, daß alle Nichtarbeiter wöchentlich einen vollständigen Fasttag halten sollen, beweist zur Genüge den Ernst der englischen Situation. Nicht minder auch die Tatsache, daß in den India-Docks Hunde- und Katzenfleisch verkauft wird und dort die arme Bevölkerung stundenlang Posten steht, um etwas von diesem Fleisch zu erhaschen.

Auch Frankreichs Ernte sieht schlecht. Der Anbau ist um 2 Millionen Hektae zurückgegangen; die Überwinterang war miserabel und die Junihitze hat Frankreich mindestens ebenso schwer betroffen wie uns. Minister Violette hat bei seinem Amtsantritt Anfang Mai eine Bestandaufnahme veranlaßt und daraus das betrübende Fazit erhalten, daß — ähnlich wie bei uns — 1 100000 Tonnen Weizen weniger vorhanden waren, als die theoretische Ernteziffer ergeben hatte. Auch in Frankreich ist also viel mehr verfüttert oder verzehrt worden, als erlaubt war. Dieses Manko muß in den Monaten Juni, Juli, August ersetzt werden. Die Zufuhren im Juni waren in Frankreich klein und die Verhältnisse liegen noch härter als in England, denn der französische Süden, der frühe Ernten hat, ist gerade am schlechtesten angebaut worden, und die Zufuhren von Algier und Tunis, auf welche Frankreich von August an rechnen zu können glaubt, begegnen auch wieder unseren U-Booten. In den algerischen Häfen verdirbt das Getreide wegen Schiffsmangels.

Auch in Frankreich ist der Viehstand derart dezimiert, daß fleischlose Tage mit größter Strenge durchgeführt werden sollen, dann aber wird man wieder mehr Brot brauchen, denn von Gemüse allein können die Leute nicht leben. Daß die französischen Kriegsgefangenen noch immer die Brotrationen erhalten, ist ein politischer Trick.

Am besten hat sich noch Italien gehalten, das, als es seine schlechte Maisernte erkannte, schon im vorigen Herbst zu großen Abschlachtungen schritt und dadurch Getreide und Mais für die Bevölkerung reservierte. Die neue Weizenernte wird offiziell mit 1 Million qrs. schlechter als im Vorjahr geschätzt, hat aber seitdem durch Überschwemmungen schwer gelitten und dürfte demnach noch schlechter sein. Die Maisernte läßt sich bis jetzt gut an.

Infolge der Versenkung von drei Weizendampfern, Ende Juni, im Golf von Neapel blieb die ganze Provinz Calabrien einige Tage ohne Brot. Der Lebensmittel-Minister Canepa ist ebenfalls gegen die Einführung der Brotkarte wegen der damit in Deutschland gemachten Erfahrungen. Er hat dagegen die Mehlzuweisungen an jede Gemeinde durchgeführt, welche ihrerseits den Verbrauch zu kontrollieren hat.

Auch in Rußland ist der Anbau stark zurückgegangen und zwar, wie angegeben wird, infolge schlechter Witterung, Arbeitermangel und Bauernstreiks. In dem wichtigen Dongebiet sind die Saaten stark ausgewintert. Bemerkenswert ist, daß die russischen Bauern sich weigern, Getreide — selbst gegen Bezahlung — abzuliefern. Das Geld hat seinen Wert verloren und die Bauern geben Getreide höchstens im Austausch gegen andere von ihnen benötigte Dinge ab. Sie kümmern sich nicht darum, ob Rußland als Ganzes leidet und wie Stadt und Armee zu ernähren sind; sie verbergen das Getreide vor den Lokalkommissionen derart, daß es ihnen selbst verdirbt. Der Lebensmittel-Minister erklärte, daß es unmöglich sei, gegen viele Millionen Bauern mit Gewalt vorzugehen. Dieses Problem stelle die schwerste Gefahr für Rußland dar; kann Petersburg nicht ernährt werden, so kann keine Macht der Welt den Zusammenbruch der Regierung verhindern, gleichviel, welche Art Regierung es sei.

Digitized by Google

Die Lieferungen Nordamerikas sind größer, als man theoretisch errechnen konnte; das erklärt sich einesteils durch die Zufuhren, die von Australien nach der Pacific-Küste seit April organisiert sind. Andererseits mag durch die enorm hohen Preise der Inlandkonsum seit April zurückgegangen sein und außerdem wurden erhebliche Mengen Weizen Nr. 4, 5 und 6, Sorten, die sonst als Schweinefutter dienten, nach England verladen.

Der Stand der neuen Weizenernte in Amerika nach Ausweis vom 9. Juni schlecht und erlaubt theoretisch einen Export von 9,5 Millionen qrs. Die Monate Juli und August können aber diesen Ertrag noch verschlechtern. In Wirklichkeit sind die Resultate fast immer geringer als die Schätzungen im Juli. — Die erste Schätzung des Maisanbaues ist sehr hoch und (mit 3 124 000 000) um 600 Millionen Bushels höher als im Vorjahre. Auch hier gilt wieder das oben Gesagte; in den kommenden Monaten verringert sich der Ertrag gegenüber der Schätzung zumeist bedeutend.

Die Hafer- und Gersteschätzungen halten sich ungefähr wie im Vormonat.

In normaleu Jahren hat Nordamerika nur ungefähr 3 Proz. seiner Ernte in Mais, Hafer und Gerste für den Export übrig gehabt. Die amerikanische Regierung gibt sich die größte Mühe, den Export in diesem Jahre zu heben, vor allem durch Verminderung des Verbrauches in Amerika selbst. Der Lebensmitteldiktator Hoover hat einen Aufruf in Millionen Exemplaren an alle amerikanischen Hausfrauen versandt, in welchem er sie auffordert, dafür Sorge zu tragen, daß weniger Brot und Fett gegessen wird und keinerlei Nahrungsmittel in irgendeiner Form verschwendet werdeu, damit auf diese Weise der Konsum um 20 Proz. verringert werde. Es ist kein Zweifel, daß Amerika sparen kann, wenn es will; ob aber praktisch das Volk diesen Wunsch der Regierung erfüllt, muß erst abgewartet werden.

Da Argentinien bis zum Frühjahr 1918 als Lieferant ganz wegfällt und seither 60 Proz. von Mais und 25 Proz. von Hafer geliefert hat, so muß Amerika auf alle Fälle ca. 200 Millionen Bushels mehr liefern als seither. Auch hier gilt nicht das Wort der Lieferungsmöglichkeit, sondern der Verschiffungsgelegenheit.

Über Kanadas Ernte sind bis jetzt keine Schätzungen bekannt. Wenn die Entente so verblendet sein sollte, den Kampf noch in das Jahr 1918 hinein zu führen, so wird der Kampf der U-Boote noch unterstützt werden durch die Notwendigkeit, für die Entente so viel mehr Getreide gegen 1916/17 zu importieren, als ihre eigenen Ernten 1917 durch Minderanbau und Mindererertrag der Ergänzung bedürfen. Der Weizenbedarf muß größtenteils von Indien und Australien gedeckt werden und bedarf daher der dreifachen Tonnage. Allein für Frankreich handelt es sich schon um einige Millionen Tonnen Mehrimport.

Nichts illustriert die Bedeutung des U-Bootkrieges besser als die Steigerung der Frachten, die von 15 sh. per Tonne in normalen Zeiten auf 450 sh. gestiegen sind; 400 sh. wurden von Brasilien nach Le Havre gezahlt und das Verhältnis findet sich überall.

Es ist gar nicht denkbar, daß die besonnenen Elemente in Frankreich und England eine derartige Verlängerung und die systematische Versenkung der Handelsschiffe noch lange hinnehmen, denn selbst wenn es gelingen sollte, den monatlichen Neubau an Schiffen auf 3 000 000 Tonnen zu steigern, so bleibt doch die Gefahr bestehen, daß unsere U-Boottätigkeit dauernd auf 900 000 bis 1 Million Tonnen monatlich beharrt, so daß die Schiffstonnage mathematisch auf ein Minimum reduziert wird.

Schon laufen große englische Zeitungen wie „Manchester Guardian" und „John Bull" Sturm gegen Lloyd George; auch in Frankreich ist die Kriegsmüdigkeit ungeheuer gestiegen, und Lloyd Georges letzte Rede ist nichts anderes als eine goldene Brücke, um sich selbst aus dem Dilemma zu ziehen. Seine Rede war außerordentlich geschickt und diabolisch klug. Nachdem es ihm gelungen war, die neue russische Regierung, speziell Arbeiter und Soldaten, von einem Sonder-

Digitized by Google

frieden mit Deutschland abzuhalten, nicht nur durch Bestechungen und Drohungen mit der Besetzung Sibiriens durch Japan, sondern auch mit Erregung des Mißtrauens, daß das militärische und reaktionäre Deutschland über kurz oder lang den Russen ihren Zaren wieder aufzwingen werde, setzte er den Hebel auch in Deutschland selbst an, um zum mindesten Unzufriedenheit oder noch mehr Unheil anzuregen. Er rechnete damit, daß die leitenden Kreise, und besonders die Konservativen und Alldeutschen, jetzt erst recht nicht für Reformen zu haben wären, weil er diese als englisches Kriegsziel aufstellte, und hoffte dabei auf die deutsche Uneinigkeit und ihre Folgen. Er sprach vorsichtigerweise kein Wort von der Zertrümmerung Deutschlands, kein Wort gegen das Haus Hohenzollern, noch weniger von Elsaß-Lothringen, sondern erwähnte nur Mesopotaminen, dessen Zukunft er als die eines unabhängigen Landes unter internationaler Kontrolle durchschimmern ließ; selbst die Hottentoten wollte er ein Plebiszit[1] veranstalten lassen, ob sie lieber deutsch bleiben oder à la Kitchener behandelt sein wollten. Dagegen sagte er, daß mit einem parlamentarisch regierten demokratischen Deutschland — wie England, Italien und Frankreich — also mit monarchischer Spitze, er sich leichter zu Verhandlungen an den Tisch setzen könnte, wenn nur Belgien erst wieder hergestellt wäre. Nicht aber als Vasall Deutschlands, sondern als freier Staat (aber auch nicht als Sprungbrett der Entente).

Wenn wir nun in Deutschland, nicht etwa auf Lloyd Georges Antrieb, sondern entsprechend den längst geäußerten Wünschen des Reichstagsausschusses, eine gesunde Reform mit parlamentarischer Verantwortung treffen, dann kann er seinen Engländern gegenüber ruhig behaupten, es sei sein Werk; er hat gegen den preußischen Militarismus gekämpft, Deutschland hat sich demokratisiert, sein Kriegsziel ist erreicht und die Verhandlungen können beginnen. Dann ist ein Verständigungsfrieden mit England um so mehr erleichtert, als das Gerede von der Aushungerung Deutschlands angesichts der neuen Ernte nicht mehr haltbar ist und die U-Boottätigkeit für jeden Engländer eine sehr zwingende, überzeugende Sprache spricht.

Trotz alledem ist ein Verständigungsfrieden der Erkämpfung eines Machtfriedens vorzuziehen. Der Krieg kostet viel Geld, und wenn er noch lange dauert, so wird nur noch ein Land — Amerika — imstande sein, die Kriegskosten zu zahlen, das aber nur schwer dazu wird herangezogen werden können. Unter Verständigungsfrieden verstehe ich vor allem vollkommene Wiederherstellung der Handelsfreiheit, die Freiheit der Meere, Wiederherstellung der Patente, Herausgabe der beschlagnahmten Vermögen der besetzten Gebiete und eine großzügige, geschlossene Kolonie in Afrika. Ist das nicht zu erreichen, so gilt die Losung: Durchhalten und die U-Boote arbeiten lassen.

Nachschrift. Es sind inzwischen zwei weitere Wochenverschiffungen bekannt geworden und zwar betragen sie 1 200 000 resp. 1 Million qrs. Weizen. Gerade in der ersten Juliwoche sind also die Verschiffungen stark zurückgegangen, dagegen die Hafer-Verschiffungen auf 436 000 resp. 708 000 qrs. gestiegen. Da Hafer ein Drittel mehr Frachtraum beansprucht als Weizen, so beweist dies einesteils, daß mehr Weizen nicht vorhanden war, und andererseits den großen Haferbedarf in England und Frankreich. Jedenfalls steht damit auch die Bemerkung Lloyd Georges in Zusammenhang, daß an Stelle von Weizenbrot Hafergrütze gegessen werden müsse. — Sowohl die Fachpresse als auch die „Morning Post" und „Times" vom 10. und 11. Juli sind voll Klagen über die schlechte Beschaffenheit des englischen Kriegsbrotes. Die Bäcker-Vereinigungen machen offiziell bekannt, daß Tausende und Abertausende von Vierpfund-Brotlaiben haben vernichtet werden müssen, weil sie nicht einmal zu Schweinefutter verwendet werden konnten. Schuld an diesem Zustande sei die Vermischung des Brotmehles mit Mais-,

[1] Plebiszit = Volksabstimmung.

Digitized by Google

Bohnen- und sogar Erdnuß-Mehl, und zwar soll die Streckung mit diesen Zusätzen nach Angabe der Bäcker 30 bis 50 v. H. betragen. Das damit hergestellte Brot ist nicht nur unbekömmlich, sondern direkt ungenießbar. Einem Beauftragten des War Saving Committees[1] wurde nachgewiesen, daß bei einem Bäcker 97 Sack dieses schlechten Mehles weggeworfen werden mußten. Die Bäcker verlangen Wiedereinführung der Ausmahlung auf 76 Proz. und Weglassung der schlechten Beimengungen, sowie ein Verbot, die schlechten Weizensorten 4, 5 und 6 mit zu vermahlen.

Die „Times" vom 10. Juli bringt die Antwort des Lebensmittel-Ministers, wodurch, wie es scheint, das Publikum darauf vorbereitet werden soll, daß es genötigt sein wird, Brot aus allen möglichen Mehlmischungen zu essen. Der Minister führt jedoch aus, es sei zu hoffen, daß das Brot besser werde, wenn erst Müller und Bäcker in der Herstellung und Behandlung des Mehles mehr Erfahrung gewonnen haben werden. Die Hauptsache bleibe die Ersparnis von Weizen, und dazu bleibe nur ein Weg, den vorhandenen Weizen mit anderem importierten Getreide als Zusatz zu vermischen. Es müsse genommen werden, was nahe bei der Hand sei, und die Müller müßten sich nur besser einrichten, um daraus ein besseres und bekömmlicheres Mehl herzustellen. Die Müller dagegen verlangen Import von gutem Weizen, selbst auf Kosten der Munitionstransporte.

Außerdem wurde im Oberhaus scharf Klage geführt über das Verbot der Herstellung von Jagdmunition. Der Minister verteidigte sich damit, daß im letzten Jahre 3300 Tonnen Blei und 500 Tonnen Kupfer nötig waren, um die Jagdmunition herzustellen, und daß er schon genötigt gewesen sei, den Bleiballast der Vergnügungs-Yachten zu beschlagnahmen. Die Gegner der Verordnung machten darauf aufmerksam, daß mit jeder Tonne Munition 20 000 Feldhühner geschossen werden können gleich 15 000 engl. Pfd. Fleisch, und daß, wenn auch die Fasanen ziemlich ausgerottet seien, doch die Wald- und Rebhühner bei Verbot des Abschusses derart überhand nehmen würden, daß sie einen großen Schaden für die Felder bedeuteten.

Die Neutralen und wir

Von Prof. Dr. Rade, Marburg

Die Neutralen werden für uns immer wichtiger. Das ist weder ein Geheimnis noch ein Zeichen der Schwäche. Es ist einfach natürlich. Unsere Feinde legen sich auf den Krieg immer mehr fest. Um so interessanter werden für uns die beweglichen Faktoren. Auch die neutralen Staaten ihrerseits machen eine ähnliche Entwicklung durch. Je länger der Krieg währt, desto schwerer ist es für sie, sich von ihm fernzuhalten. Viele, die es sicher erst im Sinn hatten, haben es schon nicht mehr vermocht. Die Bedeutung der Neutralität der Staaten, die sie noch wahren, ist dadurch nur gewachsen. Wir sollten einige Folgerungen daraus ziehen.

Es ist uns Deutschen von Anfang des Krieges an nicht leicht geworden, zu den Neutralen das richtige Verhältnis zu finden. Sehen wir von Belgien ab, so lag für die Regierung wohl die Aufgabe sehr einfach. Aber das Volk hatte damals für Neutralität überhaupt keinen Sinn. Man hatte in der Leidenschaft des Zusammenstoßes und im Gefühl des erlittenen Unrechts den Begriff, daß da niemand neutral bleiben könnte.

[1] Kriegssparkomitee

Digitized by Google

„Wer nicht für mich ist, der ist wider mich." Da nun die feindlichen Völker auch so empfanden und die Neutralen hierauf zum Teil sehr lebhaft reagierten, begann der große Wettbewerb um die Seele der Neutralen. Nicht eben glücklich von uns geführt, wie heute jedermann sagt, wild, stoßweise, ohne Einfühlung in die äußere und innere Situation des Adressaten. Es hat freilich nicht an der Zurückhaltung der Feinde gelegen, wenn sie mehr Erfolg hatten. Jedenfalls ist uns die plumpe Propaganda bald selber leid geworden: diese Periode ist vorüber.

Aber noch immer gibt es Deutsche genug, die Begriff und Wert neutraler Gesinnung nicht verstehen wollen. In solcher Sache, in solchem Krieg muß jedermann Partei ergreifen! Nun, mit dem Gemüte wohl. Sympathisieren mit hüben oder drüben werden unter den Neutralen gewiß alle, die diese Katastrophe überhaupt innerlich mit erleben. Aber was es zu begreifen gilt, ist, daß der neutrale Staatsbürger von Politik und Grundsatz eben doch seine Neutralität behaupten kann und wird. Das gilt von den Verantwortlichen voran, aber auch von ganzen Volksschichten und Massen. Es gilt z. B. in hohem Grade von den Deutschschweizern. Es ist ihnen seit Kriegsanfang von vielen Deutschen zugemutet worden, daß sie für uns Partei ergreifen sollten wie die Welschschweizer für die Franzosen. Wir haben es als Kränkung und — Verrat empfunden, wenn sie das nicht taten. Heute sollten wir so weit sein, zu wissen, daß die Deutschschweizer die wahrhaften Patrioten ihres Landes gewesen sind, indem sie das eigentümliche Gut ihres Staates, eben die Neutralität, vor allem eifersüchtig gehütet und hochgehalten haben. Sie erfüllten und erfüllen damit eine Mission nicht nur für den Gang dieses Krieges, sondern auch für die Zukunft der Menschheit. Jeder, der durch Vermittelung der Schweiz einen Liebesdienst für einen deutschen Kriegsgefangenen erreichte, wie er ihm sonst unmöglich wäre, jeder, der nur eine Ahnung hat, was an ausgleichender Fürsorge zwischen den feindlichen Völkern von einem Lande wie der Schweiz unermüdet bis heute geleistet wird, sollte mit Ehrfurcht erfüllt sein vor der Bedeutung, die wirklich vorhandene und tapfer durchgeführte Neutralität innerhalb des jetzigen Weltbrandes hat. Er muß Respekt bekommen vor einem Prinzip, das immer wieder auch den Widerwilligen Gesetze gibt, wie man z. B. an den Welschschweizern beobachten kann, das aber vor allem auch aus ihnen immer wieder Willige gebiert (und weshalb sollte Herr Ador, nachdem er sein neues Amt übernommen hat, nicht ein solcher sein?). Er muß etwas davon begriffen haben, daß es gerade inmitten der wachsenden Schwierigkeiten für redliche Neutralität gegenüber denen, die sie doch durchsetzen, schlechterdings gilt: „Wer nicht wider uns ist, der ist für uns."

Diese Schwierigkeiten sind in der Tat groß. Die meisten von uns haben nicht die Ruhe, sich hinein zu versetzen. Immerhin hätte das Schauspiel, das Griechenland uns gegeben hat, uns wohl allen dafür die Augen öffnen können. Der Druck, der von den kriegführenden Staaten auf die neutralen ausgeübt wird, ist dort unter beson-

Digitized by Google

ders unglücklichen Umständen mit schrecklichem Erfolge nur von der einen Seite her erlitten worden. Auch andere neutrale Staaten sind bei ihrer geographischen und politischen Lage fast widerstandslos, gleich einseitigem Zwange gefolgt: denken wir an die Absagen und Kriegserklärungen aus Amerika. Staaten wie die skandinavischen, die Schweiz, Holland, auch Spanien erliegen aber doppeltem Druck. Das erhält sie freilich um so länger in der Schwebe, ist jedoch auch keine Annehmlichkeit; es bedeutet nur in bedingtem Maße Zufuhr von Kraft und Macht, stellt vielmehr an Staatsleiter und Völker die größten Ansprüche. Währt der Krieg lange, so sind die Massen diesen Ansprüchen um so schlechter gewachsen, als ihnen die anreizende Wirkung, die der Krieg mit seinen Opfern und Hoffnungen, Siegen und Niederlagen auf die Psyche der kriegführenden Völker immer wieder ausübt, versagt bleibt. Sie leiden unter dem Krieg, ohne das Erhebende von ihm zu erfahren, ohne das Äußerste durch ihn zu erleiden: so machen sie ihn durch zwar als etwas überaus Lästiges, aber ohne eine Reinigung durch ihn zu erfahren. Ohne Tragik; daher keine Katharsis (Reinigung). Freilich das arme Griechenland und sein König haben ihre Tragödie reichlich: möge ihnen dafür auch Reinigung und Erhebung nicht versagt sein.

Indem nun aber viele auch unter uns Deutschen den besonderen Beruf und die besondere Notlage der Neutralen nicht verstehen wollen, kommen sie dann zu sonderbaren Vorwürfen, nicht nur gegen sie, sondern auch gegen unsere eigene Regierung, die gottlob richtige Neutralität besser zu schätzen weiß. „Warum bekommen unsere Nachbarn noch immer z. B. Kohlen, wo wir selber nicht genug haben?" Daß solche Reden geführt werden, obwohl heute jedermann wissen könnte, daß das nach dem Grundsatze geschieht Do ut des (gib, wenn du bekommen willst), daß wir also ganz bestimmte Gegengaben aus den neutralen Ländern empfangen, an denen uns wahrlich gelegen sein muß, ist unverantwortlich. Aber gesetzt auch, das, was wir empfangen, hielte dem, was wir geben, nicht genau die Wage, so bliebe doch die Weisheit des Spruches: „Machet euch Freunde mit dem ungerechten Mammon." Wer Feinde hat, braucht Freunde. Das war ja auch das ganz richtige Gefühl, welches jener einseitigen Propaganda unter den Neutralen mit zugrunde lag. Es ist weder gegen dies Gefühl noch gegen ein entsprechendes Handeln irgend etwas zu sagen. Im Gegenteil, dieses muß nur klug und richtig sein. Also in Gottes Namen auch für die Freundschaft der Neutralen etwas Besonderes getan! Wirkt es nicht Liebe, so schafft es doch Luft. Und einen Luftraum um sich her, der nicht auch von Krieg erfüllt ist, brauchen kriegführende Völker.

Nun liegen aber die Verhältnisse heute so, daß wir diesen Luftraum recht wohl erweitern und uns die Neutralen ganz anders zu Freunden machen könnten. Zwar muten wir den seefahrenden Nationen viel zu durch unsern Tauchbootkrieg. Das ist nicht zu ändern. Aber wie hart wir damit unsern Nachbarn begegnen, unsere Feinde kommen uns ja in dieser Verlegenheit kräftig zu Hilfe. Denn sie quälen mit ihrer

Digitized by Google

Politik die Neutralen viel mehr. Der in stets erneuerten und vermehrten Maßregeln auf sie ausgeübte Druck, die rücksichtslose Einengung ihrer wirtschaftlichen und politischen Freiheit, die sie sich gefallen lassen müssen, wirkt ohne Unterlaß als unser Bundesgenosse. Mögen die Völker zum Teil durch Mangel an Einblick oder durch den Einfluß einer verführten Presse sich dem lange zu entziehen, die Verantwortlichen im Staat erkennen das schon, und den Völkern werden auch immer mehr die Augen dafür aufgehen. Jetzt nur unserseits keine Fehler machen! Wie schrieb doch neulich die „Idea Nazionale"? „Für uns und unsere Verbündeten sind die Neutralen unnütze Mäuler und störendes Gerümpel" (KBZ. 638). Man kann den feindlichen Zeitungen für solche Offenheit nicht dankbar genug sein.

Aber freilich, man darf die Befreiung der Neutralen von der guten Meinung, die sie für unsere Feinde haben, nicht diesen allein überlassen. Sonst kann es kommen, daß die Feinde zwar alle Sympathien in den neutralen Ländern verlieren, aber daß die Folge nur ist Verzweiflung, und schließlich aus Verzweiflung Übergabe an die mitleidlosen Bedränger. Die einfachste Erwägung der Staatskunst gebietet uns in dem Maße, als die Neutralen von unseren Feinden mißhandelt werden, sie gut zu behandeln. Wir sind auf dem Wege, trotz Belgien das Vertrauen der Neutralen immer mehr zu gewinnen: es bedarf nur in dieser Linie einer noch entschlosseneren Politik.

Diesem Ziele näher bringen würde ein Schritt, der uns nicht einmal augenblickliche Kosten verursachte und doch von symbolischer, prinzipieller Wirkung wäre. Ich habe schon einmal in der „Christlichen Welt" gesagt, daß unser Vierbund ohne Zögern die neutralen Staaten einladen sollte, sich mit an den Tisch zu setzen, an dem die Friedensverhandlungen stattfinden werden. Die Entrüstung war ja früher bei uns groß, wenn von einem Anspruch der Neutralen, mit in den Frieden hineinzureden, gelegentliche Zeugnisse zu uns kamen. Indessen warum? Leiden diese Staaten nicht genug unter dem Krieg? Haben sie ihn nicht selber mit geführt? Mit viel Unkosten, mit viel Mühe und Arbeit! Haben sie nicht auch, wenn gleich grundsätzlich passiv, ihr Schwert in die Wagschale geworfen? Für welche Kriegspartei wiegt ihre Macht, so bescheiden sie sein mag, und ihr Verhalten nichts? Daß aber im Friedensrate die Neutralen über die Kriegsstaaten Oberhand haben und sie übereinstimmen würden, diese Besorgnis ist an sich ungereimt, hat aber heute, nachdem die Zahl der am Kriege beteiligten Mächte viel größer geworden ist als die der unbeteiligten, gar keinen Grund mehr. Wohl aber haben wir das Interesse, daß nicht noch mehr Staaten sich in den Krieg hineinziehen lassen. Erinnern wir uns, daß es in Spanien doch einmal so aussah, als wollte man darum aus der Neutralität heraus, um beim Frieden nicht außerhalb derer zu stehen, die den neuen Zustand mit bestimmen werden. Bei mancher der jüngsten Kriegserklärungen mag diese Vorstellung mitgewirkt haben. Schneiden wir ihr den Lebensfaden ab, indem wir sagen: „Selbstverständlich, so wie heute der Krieg

Digitized by Google

sich zur Weltsache ausgewachsen hat, sind auch die neutralen Staaten berechtigt und berufen, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen."

Über den wirklichen Ausgang des Krieges entscheidet das nicht. Der hängt von dem weiteren Erfolge unseres Waffenganges ab. Das Deutsche Reich mit seinen Verbündeten hat von seiner Bereitschaft zum Frieden deutliche Beweise gegeben. So bekannt ist unser Friedenswille, daß wir schon sagen müssen: „Es ist der Kundgebungen in dieser Richtung genug." Aber weil wir kaum in der Lage sind, den Feinden weiter entgegenzukommen, sollen wir darum nicht müde werden, in der Welt Vertrauen zu uns zu säen. Gerade wenn und weil der Krieg so lange dauert, haben wir die Zeit und die Pflicht, jeden Anlaß dazu wahrzunehmen. Die Beobachtung, wie schwer das Los der neutralen Staaten heute ist, sollte uns den Anstoß geben, ihnen das Recht auf Mitwirkung beim Friedensschluß in aller Form zuzusprechen. —

Inzwischen sind freilich Zustände eingetreten, die mehr als symbolische und prinzipielle Erklärungen verlangen. Der Druck, der zumal von Amerika her ganz unverschämt auf die nordischen Staaten ausgeübt wird, nimmt so bedrohlichen Charakter an, daß wir alle Ursache haben, ihrer Neutralität zu Hilfe zu kommen. Aber eben ihrer Neutralität! Daß sie das glauben, uns nichts anderes zutrauen, darauf käme es an. Also selbstverständlich keine unerbetene Hilfe. Aber wir dürfen da in unserer nächsten Nachbarschaft kein zweites Griechenland erleben.

Notizen

Die englische Arbeiterschaft und der Sozialismus. Die Labour unrust (Unruhe der Arbeiterschaft) ist zur ständigen Rubrik in den englischen Tageszeitungen geworden. Obgleich die Regierung sich durch das Gesetz zum Schutz des Reiches genügende Vollmacht hat geben lassen, um jeden Versuch der Arbeiterschaft, sich den Regierungsbestimmungen, besonders denen in bezug auf die Arbeit in den Munitionsfabriken zu widersetzen, als Staatsverrat zu bestrafen, hat sie doch nicht gewagt, bis zum äußersten zu gehen und ist Schritt für Schritt vor den Arbeitern zurückgewichen. Die Unruhe der Arbeiterschaft hat hauptsächlich ihren Grund darin, daß Lloyd George sein bei Einbringung des oben erwähnten Gesetzes gegebenes Versprechen, die Aufhebung der Rechte der Trade-Unions (Gewerkvereine) sei nur für die Kriegszeit beabsichtigt, zu umgehen versuchte. Die Aufregung der Arbeiterschaft war so groß, daß man offenen Widerstand befürchten mußte. Es war nämlich beabsichtigt, die für die Kriegszeit von der Arbeiterschaft zugelassene Verwendung nichtgelernter Arbeiter neben den gelernten Arbeitern, das Streikverbot und das Verbot, die Arbeitsleistung auf ein bestimmtes Höchstmaß zu beschränken, auch nach dem Kriege beizubehalten. Der Erfolg bestand in zahlreichen Streiks, die noch immer nicht gänzlich beendet sind. Nach dem Kriege befürchtet man schwere Arbeiterunruhen.

Über die Stellung der Arbeiterschaft zu den Fragen des Sozialismus schreibt der „Manchester Guardian": „Besonders wichtig ist die Haltung der Arbeiterschaft in bezug auf ihre eigene Zukunft, die Ansicht darüber, welche Stellung sie in dem sozialen System einzunehmen haben wird. Unser Korrespondent berichtet uns, daß während der ganzen Dauer des Krieges hierin große Veränderungen eingetreten sind, die noch immer zum Teil unausgesprochen und daher

Digitized by Google

schwierig zu beurteilen sind. Schritt für Schritt begegnen wir einem Wechsel in der Richtung der Arbeiterbewegung. Früher handelte es sich bei jeder Streitfrage der Arbeiter um Löhne, Arbeitsdauer und andere Bedingungen, um Brot- und Butterfragen, die leicht zu verstehen, allerdings bisweilen schwer zu lösen waren. Der denkende Teil der Arbeiterschaft erhoffte in jenen Tagen von einer Art Staatssozialismus endgültige Lösung. Sie betrachteten sich als eine Lohnarbeiterklasse, geleitet durch öffentliche Beamte und als an dem Nutzen ihrer Arbeit beteiligte Bürger. Die neue Arbeiterbewegung ist über die Brot- und Butterprobleme hinausgeschritten und stellt sich feindlich dem Staatssozialismus gegenüber. Sie arbeitet für etwas anderes als für Lohnerhöhungen, Verkürzung der Arbeitszeit und bessere Gesundheitsbedingungen. Sie verlangt Kontrolle ihres eigenen Geschickes, sie arbeitet für eine Beteiligung an der Fabrikleitung — ein weit schwieriger zu befriedigender Anspruch. Mit der indirekten Kontrolle, die die Bürger eines sozialistischen Staates ausüben würden, sind sie nicht zufrieden. Die Wahrheit ist, daß wir während der drei Kriegsjahre Staatssozialismus versucht haben und daß der Erfolg die Arbeiterschaft nicht befriedigt hat. Der Arbeiter findet, daß die Kontrolle des ganzen Staatsmechanismus durch die Wählerschaft zu umständlich ist, um erfolgreich zu sein. Er beginnt zu argwöhnen, daß er im sozialistischen Staate weniger und nicht mehr Freiheit finden wird und daß er nur eine Speiche in den Rädern der Staatsmaschine sein würde. Da er aber Selbstbestimmung für sich verlangt, so erstrebt er ein direktes Zusammenarbeiten mit den Fabrikleitern; Selbstleitung der Arbeitsstätten oder eine sich selbst regierende Industrie ist jetzt sein Ziel. Er strebt darnach für den jetzigen Trade unionism den industriellen Unionismus zu setzen und erstrebt eine Zunftverfassung, welche die jetzige Trade-Union er setzen soll, indem sie Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer Korporation vereint.

Die Gefahr ist, daß, angefeuert durch die russische Revolution, die Arbeiter geneigt sein könnten, große Veränderungen anzustreben, ohne zu wissen, wohin sie gehen ... Eine Lage voll von Gefahren und wenn man irgendeine Art von Lösung versuchen will, die in sich das Element der Dauerhaftigkeit trägt, dann muß man vor allen Dingen versuchen, die Lage zu verstehen."

Der Kongreß der A. S.-Räte zum Kriege. „Da ein Separatfrieden der einen kriegführenden Partei die Möglichkeit geben würde, über die andere zu siegen, und Rußland nicht vom Weltimperialismus befreien und die internationale Vereinigung aller Arbeiter erschweren würde, verwirft der Kongreß kategorisch jede Politik, die auf einen Separatfrieden oder Waffenstillstand hinzielen würde. Die russische revolutionäre Demokratie muß mit allen Mitteln die Wiederherstellung der revolutionären Internationale und die Einberufung einer revolutionären sozialistischen Konferenz erstreben. Solange aber durch die internationalen Bemühungen der Demokratien der Krieg nicht beendigt ist, ist die russische, revolutionäre Demokratie verpflichtet, alles zu tun, um die Kampffähigkeit der russischen Armee sowohl für die Verteidigung als auch für eine Offensive zu stärken, da eine Durchbrechung der russischen Front eine Niederlage der russischen Revolution und einen schweren Schlag für die internationale Demokratie bedeuten würde." („Nowaja Shisn", 26. 6.)

„Nowaja Shisn" über das Friedensprogramm der deutschen Sozialdemokratie. Kritschewski erklärt in der „Nowaja Shisn" (Internat., 19. 6.), daß das Friedensprogramm der deutschen Sozialdemokratie sich zwar auf die Formel des A. S.-Rates „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen" berufe, in seiner konkreten Formulierung aber in jedem Punkte sein Einverständnis mit der Losung der revolutionären Demokratie Rußlands glänzend leugne; das Selbstbestimmungsrecht werde wohl auf Polen und Finnland, nicht aber auf Elsaß-Lothringen angewandt:

Schon bei Polen und Finnland liegt ein Mißverständnis vor; wenn die Zerstörung Polens

Digitized by Google

durch die preußischen Husaren und die gewaltsame Einführung der deutschen Verwaltung mit der Wiederherstellung der finnländischen Konstitution durch die provisorische Regierung verglichen wird, so sind wir Zeugen, wie sehr die deutschen Sozialdemokraten im Verlaufe des dreijährigen Krieges es nicht nur verlernt haben, sozialistisch, sondern überhaupt logisch zu denken.

Wenn aber Polen und Finnland das Recht einer Selbstbestimmung haben, weshalb wird es dann Elsaß-Lothringen abgesprochen? Die Deutschen erklären, daß neun Zehntel der Bevölkerung Elsaß-Lothringens deutsch wären. Ausgezeichnet! Weshalb fürchten dann die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, daß die Bevölkerung selbst hierüber schlüssig wird?

Schließlich heißt es in dem Memorandum, daß das Prinzip des annexionslosen Friedens nicht die Möglichkeit freundschaftlicher Grenzregulierungen ausschließe. Wo bleibt aber in diesem Falle die Meinung der Völker, über deren Schicksal die imperialistischen Regierungen sich freundschaftlich vereinbaren sollen? Nein, die deutschen Sozialdemokraten haben nicht die Lösung des A. S.-Rates angenommen, sondern versuchen es nur, diese möglichst der imperialistischen Politik ihrer Regierung anzupassen, die sie bisher so eifrig unterstützt haben, und auch jetzt bereit sind, zu unterstützen."

Ein wertvolles Geständnis. Edouard Diault, einer der hervorragendsten französischen Historiker, schreibt, einem Bericht der holländischen Zeitschrift „De Wartburg" zufolge, in seinem Buch, „Les Traditions politiques de la France et les Condition de la paix" über die Ursachen für Frankreichs Kampf gegen Deutschland folgendes: „Da Deutschland nicht willig war, von Elsaß-Lothringen abzustehen, ging Delcassé ein Übereinkommen mit Italien, England und Spanien ein, demzufolge Italien Tripolis, England Ägypten und Spanien das nördliche Marokko behalten sollte. Dieses Übereinkommen legte den Grund zu dem heutigen Revanchekrieg und stimmte den Ideen Eduards VII. überein, der das alte Deutsche Reich einkreisen wollte. Die panslawistische Politik Rußlands gewann den vollen Anschluß Frankreichs und Englands; denn es galt, dem deutschen und österreichischen Handel im Osten eine Schranke zu ziehen. Unsere Diplomatie arbeitete unermüdlich daran, das Deutsche Reich zurückzudrängen, das allmählich eine starke Stellung auf dem Weltmarkte erobert und sich dadurch England verfeindet hatte. Jede Politik, die darauf zugespitzt war, Deutschland zu schwächen, wurde von Frankreich mit allen potitischen Kunstkniffen unterstützt. Durch ein Geheimabkommen mit Italien wurde das Balkanbündnis gebildet. England gab den Gedanken auf, die Dardanellen zu schließen, und gewöhnte sich an die Vorstellung eines russischen Konstantinopel. Schritt für Schritt kam man dem Ziele näher: Deutschland die Halsschlinge zuzuziehen und es ein für allemal zu zwingen, von seinen handelspolitischen Ausdehnungsbestrebungen abzulassen. Deswegen können die deutschen Staatsmänner mit Recht behaupten, daß die Initiative, Deutschland zu schwächen und zu erniedrigen, von Frankreich ausging. Wir führen einen Revanchekrieg.

Briefkasten

H. K. in Bergsruh. Ihre Vermutung, daß Amerika dem Kriege beigetreten ist, um sich durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für den voraussichtlich kommenden Krieg mit Japan vorzubereiten, dürfte schon deshalb nicht zutreffen, weil die Kriegserklärung an Deutschland dazu nicht notwendig war. Der Abbruch der Beziehungen rechtfertigte vielmehr schon vollkommen diese Maßnahme. Die von Ihnen ausgesprochene Vermutung, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht sei mit Rücksicht auf Japan erfolgt, ist wiederholt in der Presse und zwar

Digitized by Google

zuerst von einem schwedischen Blatte ausgesprochen worden. Es mag etwas Wahres daran sein. Das weitere Verhalten des Präsidenten Wilson Deutschland gegenüber, ebenso aber der Umstand, daß zur selben Zeit zwischen den Vereinigten Staaten und Japan nähere Handelsbeziehungen angeknüpft wurden und eine Einigung über ein gemeinsames Arbeiten in China vorbereitet wurde, lassen darauf schließen, daß es den Vereinigten Staaten in erster Linie darauf ankam, einen Sieg Deutschlands zu verhindern. Wenn lediglich die Rücksicht auf Japan den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Kriege veranlaßt hätte, dann wäre es nicht notwendig gewesen, daß Wilson einen derartig scharfen, durch die Umstände in keiner Weise begründeten Ton angeschlagen und in allen seinen Reden und Maßnahmen eine derartige Gehässigkeit an den Tag gelegt hätte, wie er das tatsächlich getan hat. Nur die Besorgnis, daß Deutschland tatsächlich siegreich bleiben könnte, und die ausgesprochene Absicht, dies zu verhindern und — wenn möglich — den Sieg für die Seite der Entente zu sichern, lassen den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg begreiflich erscheinen. Außerdem ist aber in letzter Zeit wiederholt und von durchaus ernsten Politikern die Behauptung aufgestellt worden, daß bereits unter Roosevelt ein Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten und England abgeschlossen worden ist.

Neuerscheinungen

Von unseren Bundesgenossen

Aus Österreich kommen Stimmen zum Frieden und zum Wiederaufbau. Für Völkerverständigung setzt sich Karl Schleck in einer Schrift dieses Titels (Anzengruber-Verlag, Wien) ein: „Um den Frieden zu einem dauernden zu gestalten, ist eine weitere, überstaatliche Organisation, ein Zusammenwirken der einzelnen Völker und Staaten erforderlich." Der frühere österreichische Finanzminister August Frhr. v. Engel veröffentlicht in der Reihe der österreichisch-ungarischen Flugschriften (Rich. Strache, Wamsdorf, 1.— Kr.) „Betrachtungen über den staatsfinanziellen Wiederaufbau Österreichs". Er kommt zum Ergebnis, „daß mit all den bisherigen Einnahmequellen des Staates, ungeachtet ihrer Steigerung, Ausgestaltung und Erweiterung, eine völlig klaglose Führung des Staatshaushaltes nach dem Kriege nicht gesichert ist und insbesondere, daß dies ohne schädliche wirtschaftliche Nebenwirkungen nicht zu erreichen sein wird". „Es muß vielmehr, und zwar gerade infolge der Kriegswirtschaft und infolge der Lehren, die wir daraus zu ziehen haben, noch ein weiterer Ertragsfaktor in die Staatswirtschaft eintreten, den wir in der unmittelbaren Beteiligung des Staates an gewissen ertragsreichen Unternehmungen suchen müssen. Es ergibt sich aus der durch den Krieg geschaffenen Zwangslage die Forderung, daß diese Konzentration auf eine mehr gemeinwirtschaftliche gestellt werde, so daß zwar eine möglichst rationelle Produktion und eine kaufmännisch geschickte Leitung, aber trotzdem eine Betriebsführung ermöglicht wird, in welcher neben den berechtigten Interessen der Kapitalsgeber auch jene der Arbeiter und Verbraucher, wie nicht minder die finanziellen Interessen des Staates zur Geltung kommen und ein gewisser Zwang auf die verschiedensten Erwerbsfaktoren zu tatkräftiger Betätigung des allgemeinen Interesses, zur Rücksichtnahme auf die gemeinwirtschaftlichen Bedürfnisse und zur Einschränkung der Ausnützung des rein individuellen Privatinteresses ausgeübt wird. Diese Lehre hat der Krieg gegeben, der ein Existenzkrieg ist, ein Krieg, der nicht bloß die Existenz des Staates, sondern auch die Existenz der Einzelwirtschaften sichern soll." Joseph Szterényi sieht den Augenblick gekommen, zur Bezwingung der Arbeitsleistung und Deckung der Kriegslasten die handelspolitischen Verhältnisse der Mittelmächte bald zu ordnen, und beleuchtet die daraus erwachsenden Probleme von ungarischen Gesichtspunkten in dem Buche „Ungarn und Deutschland" (G. Fischer, Jena, M. 4.—) Er zieht aus der Geschichte der Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland vor dem Kriege und aus den Verhältnissen, die der Krieg geschaffen hat, den Schluß, „daß fast die letzte Stunde schon herangebrochen ist — ganz abgesehen von dem hoffentlich nicht sehr weit entfernten Frieden — daß wir uns wirtschaftlich zusammenschließen, damit das wirtschaftliche Bündnis zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn ehestens zustande komme, bevor uns die Möglichkeit einer Kraftentfaltung genommen wird, die den Bestrebungen der feindlichen Staaten mit entsprechendem Erfolge entgegenzutreten vermag." Aus demselben Gedankenkreis ist die Bibliographie der mitteleuropäischen Zollunionsfrage von Dr. Matlekovits Sandor (Budapest 1917, „Pester Lloyd") gewachsen, die beweist, daß sie seit 1840 literarisch umkämpft ist. Einer durch den Krieg bedingten

Digitized by Google

Wandlung tragen „Die finanzwirtschaftlichen Zeitfragen" mit einem Heft über „Österreich-Ungarns Volkswirtschaft im Weltkrieg" von Dr. Moritz Dub (Verlag Ferd. Enke, Stuttgart) Rechnung: dem Ineinanderfließen der Grenzen zwischen Finanz- und Volkswirtschaft. Es verlohnt, die Begründung ausführlicher zu hören: Die Nutzanwendung macht Dub auf Österreich-Ungarns Volkswirtschaft im nämlichen Sinne wie der oben genannte August v. Engel: „Die direkten und indirekten Steuern, auch die von Deutschland her angeregte Vermögenssteuer, vermögen die Schuldenlast Österreich-Ungarns nicht zu tragen. Neben der Vermögenssteuer müssen also staatliche Einnahmen, Monopole und Gewinnanteile des Staates der industriellen Produktion erschließen. Bestimmend ist auch für Dub die Überzeugung, von der Aug. v. Engel ausgegangen ist: daß alle Kräfte aufgeboten werden müssen, um das Gleichgewicht im Staatshaushalt so rasch als möglich zu sichern und festzuhalten. Freilich ist die Wiederaufrichtung geordneter Verhältnisse nach dem Kriege, der Wiederaufbau der Wirtschaft und die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalte, die Rückführung des Valuta auf den früheren Stand nicht die Frage eines oder mehrerer Jahre, sondern vielleicht die Aufgabe von Jahrzehnten. Eine Ausblutung, wie sie der jetzige Krieg gebracht hat, bringt sich nur nach einer höchst intensiven Kräftigungskur wieder herein. Die zukünftige Handelspolitik ist für diese Kräftigung nach Dubs Meinung ein wesentlicher Faktor. „Der Balkan mit seinen reichen Kapitalquellen, Kleinasien und die Levante werden die Gebiete gemeinsamer Erschließung, eines zukunftsreichen Exports in gegenseitiger Aufteilung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn bilden." Die politische Aufgabe der Zukunft zeigt Aug. Fournier (Prof. in Wien) in dem zuversichtlichen Büchlein „Von Österreich-Ungarns Neubau unter Kaiser Franz Joseph" (Ullstein, Berlin, M. 1.—). „Durch den Krieg wurde den ungelösten Problemen der Monarchie manches neue hinzugefügt. Eins darunter, immaterieller Natur, erscheint vor anderen beachtenswert. Die Kampfesnot hat im Donaureich nicht nur die alte, in Jahrhunderten erprobte Kraft zähen Widerstandes geweckt, sie hat auch dem Staatsgefühl für das ganze große Habsburger Erbe den Puls gestärkt, dessen Grenze die Heimat aller umfängt, die da „miteinander" („együtt") kämpfen und bluten und ihre Lieben und ihr Eigen vor offen einbekannter Raublust schützen. Diesem Empfinden Stetigkeit zu verleihen, es dauernd und immer fester an sein Objekt zu knüpfen, kurz, es in gesunde Politik umzusetzen, bildet eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft."

Die rechtlichen Grundlagen für das Verhältnis der Doppelmonarchie werden einer eingehenden Betrachtung von Professor Dr. Georg von Eppstein (Detmold, Meyer) unterzogen, der die Geschichte des rechtshistorischen Verhältnisses zwischen Österreich und Ungarn verfolgt und in seiner rechtlichen Eigentümlichkeit begreiflich macht. Das Ergebnis ist: „Im Jahre 1917 wird Ungarn in jedem Fall ohne jedes rechtliche Hindernis darüber entscheiden können, ob es mit Österreich über die wirtschaftlichen Angelegenheiten einen neuen Vertrag schließen will, der auf der Basis des einheitlichen Zollgebietes steht oder ob es einen Vertrag schließen will, bei dem Ungarn — als ein von Österreich abgesondertes Rechtssubjekt mit besonderem Zollgebiet — auf Grund eines autonomen ungarischen Zolltarifs seine Handelsbeziehungen zu fremden Staaten regelt und auch gegen Österreich Zollschranken errichtet. In diesem Fall müßte natürlich vom 1. Januar 1918 an auch die gemeinsame Handelsvertretung aufhören. Nach alldem darf man wohl sagen, daß die moderne ungarische Verfassung nicht nur einen weitgehenden und tiefgehenden Einfluß auf die Rechtsstellung der Doppelmonarchie besitzt. Die ungarische Verfassung hat vielfach erst die gegenwärtigen Formen der österreichischen Verfassung hervorgebracht. Die ungarische Verfassung ist unbedingt stärker, gesünder, kräftiger entwickelt als die österreichische Verfassung. Die ungarische Verfassung gibt dem Verfassungsleben der Donaumonarchie vieles von ihrem charakteristischen Gepräge, wiewohl nicht alles. Wobei nicht verschwiegen werden darf, daß auch die ungarische Verfassung in mancher Beziehung empfindliche Lücken aufweist, die sich wohl in den Verfassungskämpfen, die nach dem politischen Weltfriedensschluß kommen dürften, werden ausfüllen lassen." Wie bei uns rückt auch in Österreich das Bevölkerungsproblem allmählich mehr und mehr in den Kreis der Betrachtung. Eine Grundlage schafft Henryk Großmann in der Schrift „Die Anfänge der geschichtlichen Entwicklung der amtlichen Statistik in Österreich" (Friedr. Irrgang, Brünn, 3 Kr.) Den gleichartigen Arbeiten in Deutschland wird damit der erste Versuch Österreichs an die Seite gestellt, die Anfänge und Ergebnisse der österreichischen Verwaltungsstatistik zur Grundlage für alle spätere Entwicklung herauszuarbeiten. (Die Untersuchungen beginnen mit den ersten Versuchen zur Zeit der Maria Theresia und des theresianischen Volkszählungsgesetzes als Ausgangspunkt.) Episoden aus den Kämpfen der österreichisch-ungarischen Wehrmacht gibt das k. k. Kriegsarchiv unter Leitung des Obersten Veltzé bei Manz (Wien) heraus. Die besten österreichischen Dichter, darunter R. H. Bartsch, F. K. Ginzkey, H. Müller, Stephan Zweig erzählen kleine Geschichten aus den österreichisch-ungarischen Kämpfen. Gleichwertige Maler begeiten die lebhaften, farbigen Schilderungen mit Bildertafeln. Essayistische, literarische, historische und künstlerische Beiträge über das „Jüdische Prag" vereinigt

Digitized by Google

ein Sammelheft der jüdischen Wochenschrift „Selbstwehr“ (Verlag Prag). Die deutsche Partei-Zeitung tat gut daran, freie Meinungs- und Stimmungsäußerungen von ihren Autoren zu erbitten. So kam ein absichtsloses eindringliches Bild von dem Anteil des jüdischen Prag an dem Schrifttum und der Kunst des heutigen Österreich heraus. Auch Hans Müllers Buch über „Die Kunst sich zu freuen“ (Cotta, Leipzig, M. 6.—) ist ein Einblick in die Art, wie Österreich, voran Wien, den Krieg erlebt. Die Gestalten, Bilder und Erlebnisse, die in Skizzen vorüberziehen, sind erfüllt vom Anteil des Herzens, des Gefühls, der Empfindung. Eine Lehre, wie man in Wien die Schrecken des Kriegs überwindet, dadurch, daß man mit seinem Empfinden, mit Stolz und Liebe zu den Kämpfern daran Anteil nimmt und aus brüderlichem Herzen ihnen zu helfen sucht; wie man bemüht ist, das Menschentum wahrhaftig zu erhalten.

Aus Ungarns Türkenzeit erzählt Georg Jakob in einem in Hamburg gehaltenen Vortrag (H. Keller, Frankfurt a. M.). Jakob versucht dabei insbesondere Mißverständnisse über die Türkei aufzuklären und zu einer kritischen Haltung zur türkischen Geschichte aufzurufen. „Was an türkischen Urkunden in deutschen, österreichischen und ungarischen Archiven, Bibliotheken und Museen noch vorhanden ist, dürfte nach meinen bisherigen Nachforschungen ein zweites Fajjum darstellen. Die Osmanen haben wie kein anderes Volk des Morgenlandes Jahrhunderte hindurch in die Geschichte des Deutschen Reiches eingegriffen, sie haben eine Architektur gezeitigt, die ihr bester Kenner, Cornelius Gurlitt, der italienischen Renaissance mindestens gleichwertig erachtet und auf vielen Gebieten des Kunstgewerbes, auf denen die Araber vollständig versagen, Musterleistungen hervorgebracht, die unsere Technik mit unserem Zollstab der Korrektheit nicht zu erreichen vermag, weil ihr das empfindend schaffende Gemüt verloren ging.“ Über die finanzielle Lage der Türkei unterrichtet die Rede von Dschawid-Bei (Der Deutsche Krieg, 94. Heft, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 50 Pf.). Für die deutsche Mitarbeit wesentlich ist die Bemerkung Dschawids: „Bildet sich in Europa die Überzeugung, daß die Lebensinteressen aller, die innerhalb unserer Grenzen leben, unbedingt in Sicherheit sind, so können Sie bestimmt damit rechnen, daß in weniger denn 10 Jahren das Land alle notwendigen Wirtschaftseinrichtungen besitzen wird.“ Diese Auffassung entspricht dem Satze, den Dschawid in seiner Senatsrede vom 12. Februar 1917 ausgesprochen hat: „Wenn meine Hoffnungen sich erfüllen und tatsächlich 100 bis 150 Millionen türkische Pfund der Landwirtschaft, der Industrie, den Eisenbahnen, Straßen und Kanälen zugeführt werden, so bin ich überzeugt, daß das Reich in etwa zehn Jahren in der Lage sein wird, seine ordentlichen Ausgaben voll zu decken und mit der Tilgung der neuen Staatsschuld zu beginnen.“ Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Möglichkeiten in der Türkei hat K. A. Müller ein wirtschaftliches Handbuch geschrieben, das unter wel. wirtschaftlichem Gesichtspunkt von der Beschaffenheit des Landes und der Leute in Kleinasien lebhafte Vorstellungen gibt. („Die wirtschaftliche Bedeutung der Bagdadbahn“, Boysen & Maasch, Hamburg, M. 3.50). Ein achtunggebietender Teil der deutschen Mitarbeit an dem Wiederaufbau des Orients wird von dem medizinischen Professor Goebel der Öffentlichkeit erschlossen: „Die deutschen Krankenhäuser im Orient“ (E. Gaebler, Leipzig). Die kulturelle Zusammenarbeit bereitet immer neue Organe vor. Das Nachrichtenblatt für den Orient erscheint jetzt in erweiterter Form als Halbmonatsschrift „Der neue Orient“ für das politische, wirtschaftliche, geistige Leben in dem gesamten Orient. Unter Leitung von Dr. H. Müller klären Sachkenner in Aufsätzen und kleinen Nachrichten über den Orient auf. Der rein politisch-wirtschaftlichen Anlage dieser Zeitschrift gegenüber faßt die „Islamische Welt“ den Kreis ihrer Betrachtungen weiter. Das Leben im Orient, seine Landschaften, Städte und Menschen werden in Bild und Wort vorgeführt und in Aufsätzen über die Zustände im Orient erläutert. Für die „Islamische Welt“ sind Herausgeber: Scheich Abdul Aziz Schauisch, Abdul Malik Hamsa Bey. Jedes Heft M. 1.—. Beide Organe schlagen politische, wirtschaftliche, geistige, menschliche Brücken zwischen uns und dem Orient.

Das bulgarische Eisenbahnwesen wird an Hand zahlreicher Bildertafeln und Karten von Dr. Jordan Dantschoff, Ingenieur, Inspektor im Eisenbahn-Ministerium, dargestellt (Leipzig, I. Parlapanoff, Heft 3 der Bulgarischen Bibliothek). Eine Sammlung wirtschaftlicher und kulturpolitischer Abhandlungen über die Balkanländer wird mit einem Heft des Herausgebers Otto Keßler über „Die Textilindustrie auf dem Balkan unter besonderer Berücksichtigung Bulgariens“ eröffnet. (Berlin-Friedenau, Selbstverlag, M. 1.—.) Das Heft ist die erste Äußerung einer kleinen Gemeinde von deutschen Handelspionieren, Volkswirtschaftlern und Gelehrten, die um die Klärung der Wirtschaftsverhältnisse auf dem Balkan sich bemühen und vor allem der Mitarbeit in der wirtschaftlichen Betätigung der Zentralmächte in Bulgarien sich widmen. „Die historischen Rechte Bulgariens auf Mazedonien“ sucht Funck-Misontsch (Schwetschke & Sohn, Berlin) zu erweisen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik“, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Rohrbach, Wo stehen wir? 977
Sario, Zur Lage in Finnland 982
Sieger, Der Umschwung in Österreich 988
Endres, Vom türkischen Volk 994
Schaffner, Zum Kampf vom Tage 999
Notizen / Neuerscheinungen 1103

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang | 3. August 1917 | Heft 31

Gustav Kiepenheuer Verlag, Weimar-Berlin

Digitized by Google

Börsenhandels-Zeitung

Erscheint wöchentlich — Begründet 1902

Organ für die Interessen der Börse, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

(Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels)

Sachkundige kritische Abhandlungen über das Börsenwesen, die Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- und Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 2 Mark, jährlich 8 Mark, Ausland 9 Mark.
Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15
Kurfürstendamm 48—49 (Fernspr.: Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12—2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Dr. Möller's Sanatorium Dresden-Loschwitz
Herrliche Lage Wirks. Heilverf. i. chron. Krankh. **Diätetische Kuren** Zweiganst. tägl. 6 M. Prosp. u. Brosch. fr.

Technische Glasartikel
Wiederverkäufer gesucht
HERMANN HERZIG, GÖRLITZ IN SCHLESIEN

Bei allen Anfragen und Bestellungen aus dem Inseratenteil bitten wir, ich auf die „Deutsche Politik" zu beziehen.

AUTO-LICHT-ENTWICKLER „DANIEL"
Größter Schlager. Export nach allen Ländern.

Digitized by Google

2. Jahrgang * 3. August 1917 * Heft 31

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

29. Juli 1917

Wo stehen wir?

Von Dr. Paul Rohrbach

Die innerpolitische Krisis und die Erklärung der Reichstagsmehrheit über unser Kriegsziel sind nun vorbei — mit dem Ergebnis, daß jeder, der nicht in die wirklichen Zusammenhänge eingeweiht ist, sich fragt: wozu denn nun eigentlich der Kanzlerwechsel?! Es ist nichts geschehen, was nicht ebensogut hätte geschehen können, wenn Herr von Bethmann Hollweg im Amt geblieben wäre. Die Zusage in bezug auf das preußische Wahlrecht und die Heranziehung von Parlamentariern für die preußische und für die Reichsregierung war unter dem vorigen Kanzler gegeben und wird unter dem jetzigen eingelöst werden, mit dem nicht sehr wesentlichen Unterschied, daß der Reichskanzler Michaelis den Wunsch haben wird, die Leute, die der Reichskanzler von Bethmann Hollweg schon kannte, auch noch erst kennen zu lernen, bevor er sich entschließt. Ebenso hat Herr Michaelis der Resolution des Reichstags über die Kriegsziele in ähnlichen, vermutlich sogar in sehr ähnlichen Wendungen zugestimmt, wie Herr von Bethmann Hollweg ihr zugestimmt hätte. Ein Friedensangebot und vollends gar ein Verzichtfriedensangebot ist es unter Michaelis nicht geworden und wäre es ebensowenig unter Bethmann Hollweg geworden. Wenn von rechtskonservativer Seite versucht wird, die Sache so darzustellen, als ob der Kaiser, die Oberste Heeresleitung und die „nationalen" Parteien im Gegensatz gegen die Reichstagsmehrheit einig wären, so braucht sich niemand darüber aufzuregen, und es ist überflüssig, wenn die Linke nach einer besonderen Staatsaktion dagegen ruft. Gegen eine politische Taktik, deren Beweggründe so durchsichtig sind, braucht man kein schweres politisches Geschütz in Tätigkeit zu setzen. Wenn also Herr von Bethmann Hollweg geopfert worden ist — im eigentlichen Sinne des Wortes geopfert —, so ist damit zwar noch nichts in der Frage entschieden, ob sein Ausscheiden an sich noch notwendig oder überflüssig war; wohl aber sieht man, daß hier besondere Einflüsse im Spiel gewesen sind. Über einen Teil dieser Einflüsse ist durch ein westdeutsches Zentrumsblatt der Schleier durch die Mitteilung gelüftet worden, der Präsident Wilson habe einer bestimmten neu-

Digitized by Google

tralen Stelle angedeutet, er sei außerstande, mit diesem Reichskanzler Frieden zu schließen. Hier also läge für diejenigen Stellen, die im besonderen, d. h. im alldeutschen Sinne national zu sein behaupten, doch kein Grund vor, sich des mit Hilfe eines solchen Bundesgenossen erreichten Kanzlersturzes zu freuen. Wenigstens sollte wirkliches deutsches Selbstgefühl anders urteilen. Was sonst entscheidend gewirkt hat, um den Wechsel im Reichskanzleramt herbeizuführen, davon sollte vorläufig nicht geredet werden, aber altpreußische Überlieferung war es auch nicht, und wenn wir diese Methode noch einmal erleben, so wird es trotz der jetzt gebotenen Zurückhaltung doch nicht ohne öffentlichen Protest abgehen können — immer vorbehalten, daß es sich nicht um die Eignung eines bestimmten Mannes zum Reichskanzler, sondern um die Art und Weise seiner Beseitigung gehandelt hat.

Die Entschließung des Reichstages hat bei den Gegnern das gewirkt, was hier voraus gesagt wurde. Die Feinde denken gar nicht daran, ihrerseits nun etwas von Friedensbereitschaft hören zu lassen, sei es selbst im Sinne eines annexionslosen und entschädigungslosen Friedens, sondern sie erklären alles für Schein und Blendwerk und verkünden weiterhin als ihr Ziel die Niederwerfung Deutschlands. Das ist nur natürlich, denn wie schon öfters gesagt, ist ihnen ein demokratisches, im übrigen aber starkes Deutschland genau so unangenehm, wie ein militaristisches; ja man kann annehmen, daß es ihnen in Wahrheit noch unangenehmer wäre, denn für England, den Herrn der Entente, fiele dann ja das beste „moralische" Kampfmittel gegen den Konkurrenten Deutschland fort, und demokratischer Wettbewerb auf dem Weltmarkt tut nicht weniger weh, widerspricht auch nicht weniger der von der Vorsehung gewollten Wohlfahrt des auserwählten Volkes von England, als militaristischer. Schaden in dem Sinne, daß dadurch deutsche Schwäche offenbart würde, tut uns die Entschließung des Reichstages trotz der gegenteiligen Behauptung nicht; dafür sorgen die bedeutenden Erfolge unserer Offensive im Osten, deren Vorbereitung begonnen haben muß, lange bevor die Resolution des Reichstags keimte. Wäre diese Resolution aber nicht zustande gekommen, so hättte bei großen und wichtigen Parteien dauernd das Mißtrauen geschwält, ob nicht doch durch ein klares Bekenntnis zum ehrlichen deutschen Friedenswillen und zur Bereitschaft, der von den Feinden als Kriegsziel vorgeschützten Friedensorganisation beizutreten, unsere moralische und politische Lage hätte gebessert werden können. Sie ist gebessert, aber freilich nicht in dem Sinne, wie manche es erwartet haben, sondern in dem gegenteiligen, daß die Feinde zu dem Bekenntnis genötigt worden sind: Deutschland an sich ist der Feind, der zu Boden soll!

Wir können den Krieg nur weiter führen, wenn das Volk, die Masse, die den Staat trägt, überzeugt ist: es muß weiter gefochten werden! Diese Überzeugung erwirbt das Volk jetzt durch das Verhalten der Feinde, und Sache der Regierung ist es, dafür zu sorgen, daß durch ehrliche Auslegung und Befolgung der gemachten Zusagen, im Sinne stärkerer und aktiverer Beteiligung der Massen durch ihre Vertreter an unserer

Digitized by Google

nationalen Politik, die Stimmung auch nach dieser Seite hin unter dem Druck der materiellen Kriegsnöte nicht sinkt. Hier jetzt eine Politik nachträglicher Vorbehalte, politischer Wiedereinbringungen und „Ersparnisse" machen zu wollen, wäre eine Dummheit und ein Verbrechen. Die Rechnung ist geschrieben und gezeichnet und muß ohne zwecklose Prolongationsversuche bezahlt werden. Das einzusehen, ist unter den heutigen Umständen ein Zeichen nicht nur von politischer Ehrlichkeit, sondern auch vom notwendigsten politischen Verstand. Der neue Reichskanzler wird hier hoffentlich klar sehen und fest stehen; sonst würde er von vornherein nur mit einer sehr kurzen Amtsdauer rechnen können. Es handelt sich nicht darum, ob jemand die Demokratie, oder was man so nennt, für eine an sich beglückende politische Staatsform hält. Es kann jemand für sich persönlich recht geringe demokratische Bedürfnisse haben, aber er kann, ja er muß heute einsehen, daß es um höhere Dinge, als um politische Geschmacksurteile, daß es um das Wohl des Ganzen, des Vaterlandes, geht.

Auf derselben Linie wie die Neuorientierung stehen praktisch die Ernährungsfragen — nur, daß es gut wäre, hier so wenig wie möglich zu reden und zu versprechen und auch so wenig wie möglich praktische Mißerfolge zu häufen. Mit Berechnungen und Versprechungen, die falsch waren und nicht gehalten werden konnten, mit Verordnungen ohne vernünftigen Sinn und Zweck und mit Beschwichtigungen sind wir nun zwei Jahre lang so gefüttert worden, daß niemand mehr als ein Achselzucken noch dafür übrig hat. Diese Maschine sollte also zum Stillstand gebracht werden, wenigstens soweit wie möglich. Das Entscheidende ist, daß wir menschlicher Voraussicht nach eine gute Kartoffelernte und eine genügende Brotversorgung von unserem eigenen Acker und aus Rumänien haben werden. Im Besitz dieser Gaben könnte man schlimmstenfalls auch noch einigen weiteren Versprechungs- und Verordnungssegen aushalten, aber besser wäre es schon, er käme nicht. Auch mit dem Wucher wird man sich als mit einem Übel abfinden müssen, gegen das unser Staat ohnmächtig ist. Die wenigen Fälle, wo jemand beim Wucher erwischt wird, sind nichts gegen die zahllosen bekannten und unbekannten, großen und kleinen, wo niemand einschreitet. Unser Strafsystem gegen den Wucher ist ein Pappschwert; will man sich nicht entschließen, mit dem Standrecht zu arbeiten, Steuerzuschläge von 100 Proz. und mehr gegen hinterhaltige Ablieferungsbezirke einzuführen und ohne Erbarmen die bürgerlichen Ehrenrechte abzuerkennen, so mag man sich das wenig bedeutende Vergnügen weiterer Verurteilungen gegen die paar ertappten Wucherer, von denen die meisten sich auch nach der Strafe noch ins Fäustchen lachen, leisten. Die Hälfte des ganzen jetzigen Preisbildungssystems, namentlich auf dem Lebensmittelmarkt, ist schamloser Wucher, vom Erzeuger bis zum Verkäufer. Das eine Mal ist mehr Schuld dieser, das andere Mal mehr jener. Wir haben den Krieg bisher trotz Nahrungsmangel und Wucher ausgehalten und werden ihn, wenn die Dinge nicht wesentlich schlimmer werden als bisher, auch noch weiter solange aushalten, bis die U-Boote wirken. Was das deutsche Volk zu

Digitized by Google

Hause und was der Mann im Schützengraben in diesen drei Jahren ertragen und geleistet haben, das ist so groß, das übersteigt so sehr alles, was man vorher für möglich halten konnte, daß man ehrlich bekennen möchte: für uns ist überhaupt nichts mehr unmöglich, was noch im Bereich menschlicher Kräfte liegt. Die Unzufriedenheit, die Erbitterung, die hier und da vorgekommenen tatsächlichen Ausschreitungen, sie sind im Vergleich zu dem, was bis zur jetzt beginnenden neuen Ernte hat ausgehalten werden müssen, nicht groß, nicht besorgniserregend, vielmehr sind sie, was auch immer mit unterlaufen sein mag, bisher verhältnismäßig so wenig schwer gewesen, daß man wiederum nur staunen und danken, stets von neuem danken kann: Du deutsches Volk, ihr deutschen Arbeiter, deutschen Bürger, deutschen Frauen, was habt ihr ausgehalten, was habt ihr geleistet, um den Feind nicht mächtig über Deutschland werden zu lassen! Wenn nun die Ernte genug Lebensmittel bringt, und man darf durchaus hoffen, daß sie es wird, dann werden wir noch den längern Atem haben, als England!

Allerdings, eines wäre dabei sehr erwünscht: daß man uns von nun an von nachgeordneten, hohen und immer höheren Stellen nicht weiter vorrechnen und keine Prophezeiungen kolportieren läßt, wie lange es noch mit England dauern wird. Davon haben wir jetzt ebenso genug, wie von den Versprechungen bezüglich der Lebensmittel. Heute kann man vom letzten Kreisblatt bis zur größten hauptstädtischen Zeitung und von ganz links bis ganz nach rechts ein beliebiges Blatt aufschlagen, und man findet immer dieselben Klischees aus derselben halbamtlichen Fabrik, von dem Neutralen, der kürzlich irgendwo mit irgend jemandem aus England gesprochen hat, oder vom Zeitungsbericht aus dem neutralen Ausland, in dem irgendein englischer Bericht wiedergegeben wird, wonach es in England soundso schlecht und soundso teuer, soundso unzufrieden hergehen soll. Wozu all diese Methoden dienen? Welcher urteilsfähige Leser läßt sich denn dadurch noch beeinflussen? Wenn es den Engländern wirklich schlecht geht, und es wird ihnen allmählich sicher schlecht gehen, dann werden wir es doch anders und unzweideutiger merken, als durch diese Art von Zeitungsarbeit. Wir sind jetzt vollkommen ruhig und geduldig, nachdem wir wissen: es geht voraussichtlich ein viertes Mal in den Winter und wir haben die Kräfte und den Willen, auch den vierten Winter, und solange es überhaupt mit Englands Widerstandskraft dauert, durchzuhalten. Das ist genug, und weiterer Mittel, um die Stimmung zu heben und zu halten, bedarf es bei uns nicht. Der Schaden, der durch die falschen Versprechungen kam, ist nun einmal angerichtet, er ist durch die Krisis im Reichstag und die Antwort der Feinde einesteils repariert, der Rest auf Verlustkonto gebucht, und damit ist diese Seite für solange abgeschlossen, bis nach dem Kriege die allgemeine Bilanz unseres moralischen und politischen Soll und Habens, unserer Leistungen und Fehler, gezogen wird.

Der Erfolg der Offensive im Osten ist sicher eine mächtige Ermutigung für die nächst bevorstehende Zeit. Nur dürfen und werden wir nicht vergessen, daß unsere Helden

Digitized by Google

im Westen in der Verteidigung denselben, ja vielleicht noch höheren und heißeren Dank verdienen, wie die siegreich vorstürmenden Angreifer im Osten. Ohne die einen auch nicht die andern! Dazu erhebt sich die Frage: Der Sieg ist zwar groß und die Hoffnungen, die sich an seine Verfolgung knüpfen, dürfen noch größer sein — wird man aber verstehen, die gefährlichen politischen Klippen zu umschiffen, in deren Bereich man voraussichtlich bald geraten wird? Je weiter wir vordringen, desto unausweichlicher erhebt sich die ukrainische Frage, und diese wiederum ist eng verknüpft mit der polnischen. Wir haben bisher den Standpunkt vertreten, daß es deutsche und mitteleuropäische Politik bedeutet, wenn wir eine positive, der Erneuerung des polnischen Staatswesens freundliche Polenpolitik machen. In unserer innerdeutschen Polenfrage dürfen keine Rückwärts-Änderungen geschehen; es muß beim „neuen" Ostmarkenkurs bleiben, nicht um der Polen, sondern um der Deutschen willen. Was aber den polnischen Staat angeht, so müssen wir allerdings gestehen, daß uns nach dem Verhalten eines großen Teils der polnischen Politiker innerhalb wie außerhalb Kongreß-Polens starke Zweifel kommen, ob wir dauernd auf dem Wege des Zusammenarbeitens mit ihnen werden bleiben können. Es scheint, die Polen wollen sich darauf einrichten, je nach den Umständen auf die eine oder auf die andere Seite, die der Entente oder die Mittel-Europas, zu fallen. Das geht nicht, und sollten Beweise dafür vorliegen, daß auf polnischer Seite dergleichen im Werke ist, dann haben die Polen selbst die Aussichten verspielt, die sich für sie aus politischen wie moralischen Gründen aus einem bei ehrlichem Zusammengehen mit uns ergaben. Gegner Deutschlands im mitteleuropäischen Hause können wir nicht brauchen, und wenn die Polen es verschmähen unsere Freunde zu sein, — nicht wegen irgendwelcher Gefühlsgründe, sondern aus vernünftigen realpolitischen Erwägungen — so werden sie, was daraus kommt, niemandem sonst zuzuschreiben haben, als sich selber.

England macht den Polen Aussichten, auf teilweise Wiederherstellung des alten Polenreiches einschließlich eines erheblichen Stücks der Ukraine, wenn die Polen ententefreundlich werden. Angeblich wird ihnen sogar versprochen, sie sollen alsdann über Kurland bis an die Ostsee gelangen. Gleichviel was daran wahr sein mag: die Ukraine ist für uns wichtiger als Polen. Wie stark die ukrainische Bewegung gegen das Großrussentum ist, das zeigt sich von Tag zu Tag mehr — ein Beweis dafür, wie recht wir gehabt haben, die wir von Anfang an das ukrainische Problem als das Zentralproblem der russischen Zukunft ansahen, im Gegensatz zu den angeblichen Rußlandkennern innerhalb und außerhalb unserer Ämter, die Schlag für Schlag durch die Ereignisse widerlegt worden sind. Wenn unsere und die verbündeten Truppen jetzt in die russische Westukraine (rechts des Dnjepr) einrücken, so werden sie dort polnischen Großgrundbesitz und eine landarme, landhungrige ukrainische Bauernschaft finden. In dem Augenblick, wo die ukrainischen Bauern etwa die Vorstellung erhalten sollten, daß die deutschen oder österreichisch-ungarischen Kräfte polenfreund-

Digitized by Google

lich sind, daß sie es mit den großen polnischen Grundherren halten, kann der mächtige ukrainische Trumpf für uns verspielt sein und statt für die Mittelmächte für die Entente schlagen. Wir müssen gestehen, daß wir hier nicht ohne lebhafte Sorge in die nächste Zukunft sehen. Es ist in russischen Dingen schon so Vieles bei uns falsch gemacht worden und falsch gelaufen, daß auch hier nicht von vornherein die Gewähr besteht, vermeidbare Fehler würden vermieden werden. Die Entwicklung der ukrainischen Dinge ist ein Schulbeispiel dafür, wie grundlegende Dinge man bisher — an unseren maßgebenden Stellen wie in der Öffentlichkeit — teils überhaupt nicht gewußt, teils unrichtig und oberflächlich beurteilt hat. Wenn jetzt nicht geschickt vorgegangen wird, so besteht die Gefahr, daß die Ukrainer, die noch stärkere Gegner des Polentums als der Moskowiter sind, den Anschluß an den Frieden im mitteleuropäischen Sinne ablehnen, in Gegensatz zu Österreich geraten, ja sogar wieder mit dem Großrussentum paktieren. Unermeßliches steht auf dem Spiel — mögen Einsicht, geschickte Hände und Entschlußkraft (sie, die man ja dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg absprach!) hier für Deutschland und für Mitteleuropa walten!

Zur Lage in Finnland

Von Dr. Samuli Sario, Helsingfors

Das Ziel der Zukunftsbestrebungen des finnländischen Volkes ist klar. „Los von Rußland" lautet die einhellige Parole, von dem ganzen Volke angenommen. Autoritative[1] Äußerungen geben dies in einer unzweideutigen Weise kund. Erklärungen von seiten der Regierung und Volksvertretung, von den Parteitagungen und von der Presse lauten einstimmig. Die ehemaligen Gegensätze, die sprachlich-nationalen wie die sozialen, sind von der großen vaterländischen Sache in den Hintergrund gedrängt worden.

Auch in Rußland kann man nicht mehr umhin, dies einzusehen und anzuerkennen. So lange irgendwie möglich versuchte man, die Bedeutung der finnländischen Meinungsäußerungen als eine Lappalie zu erklären. Einerseits wollten oder vermochten die demokratischen Kreise es nicht zu glauben, daß ein Volk, das sie „befreit" hatten, seine eigene Wege wandern und sein Glück nicht in dem russischen Mutterschoß finden wollte. Anderseits war es in dem nationalistisch-imperialistischen Interesse, die Lockerheit des russischen Reichs für Außerhalbstehende nach bestem Vermögen zu verhüllen.

Je mehr es für die Russen unmöglich wurde, für sich selbst sowohl als auch für andere den wirklichen Inhalt des finnländischen Separatismus[2] abzuleugnen, traten sie in Harnisch dagegen. Nur die äußerste Linke der russischen Sozialdemokratie machte dabei eine Ausnahme. Sie ist wirklich bereit, aus dem Programme Ernst zu machen und auch dem finnländischen Volke die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts nach

[1] Autoritativ = maßgebend, entscheidend. [2] Separatismus = Neigung zur Trennung, Absonderung

Digitized by Google

dessen eigenem Willen frei zu lassen. Dieser Gruppe darf indes, wie auch natürlich, keine beträchtliche praktisch-politische Bedeutung beigemessen werden.

Die große Mehrheit des russischen Volks sowie seine einflußreichsten Führer wollen die Völker der Erde nach ihrem eigenen Glauben selig machen. Allem anderen aber werden die Interessen des russischen Reichs vorangestellt. Sie werden auch als maßgebend für das finnländische Volk betrachtet. Es wird somit, allen schönen Grundsätzen zu Trotz, von dem finnländischen Volke verlangt, daß es für ein Reich, mit dem es nichts gemeinsam hat, weder die Sprache noch die Religion, weder Kultur noch Staatsleben, seine nationalen Ziele opfere. Kein Geheimnis ist, daß hinter diesen Forderungen auch die Interessen des Ententedirigenten England stecken, das in der Unabhängigkeit Finnlands sowie in der deutsch-orientierten Politik desselben ein Hindernis für seine eigenen Ostseepläne sieht.

Ein offener finnisch-russischer Konflikt liegt somit vor. Für die Finnländer ist er keine Überraschung. Selbstverständlich gibt es auch unter ihnen Ideologen[1], die auf eine friedliche Lösung des Problems auf dem von der russischen Linken vertretenen Wege russischer Eingeständnisse hoffen. Aber schon die Tatsache, daß die Hauptstadt des russischen Reichs in einer Entfernung von wenigen Dutzend Kilometern von der finnländischen Grenze liegt, machen es jedem mit Sinn für das Wirkliche Begabten ersichtlich, daß solche Träumereien nicht in Erfüllung gehen können. Freiwillig werden die Russen ihre und ihrer Alliierten Stellung an der Ostsee nicht aufgeben, für welche Petersburg die stärkste Stütze ausmacht. Nur eine Schwächung Rußlands in solchem Maß, daß es genötigt wird, sich auf seine innere Positionen zu konzentrieren, kann die Erreichung und vor allem die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit für Finnland ermöglichen. Für diese harte Wirklichkeit schließt man in Finnland nicht die Augen.

Wie ist dann möglich, daß die Finnländer sich den Hoffnungen hingeben, ihre Pläne durchsetzen zu können? Wie können sie, ein Volk von 3½ Millionen, dem russischen Riesenreich mit seinen 175 Millionen oder, wenn schon die nichtrussischen Nationalitäten aus der Rechnung ausgeschaltet werden könnten, mit immerhin 80 Millionen Großrussen, trotzen?

In erster Linie haben die Finnländer auf die Mittelmächte gerechnet. Sobald Deutschland sich als Feind gegen Rußland stellte, war die Haltung der Finnländer gegeben. Nach dem Maße ihres geringen Vermögens haben sie ihren Platz an der gemeinsamen Front eingenommen, zwar im großem ganzen als ein unbewaffneter Bundesgenosse, der allerdings nicht ohne jegliche Möglichkeit war, an dem Kampf teilzunehmen. In welcher Weise dies an den Tag gekommen, darf in diesem Zusammenhang nicht näher dargestellt werden. Die Hauptsache ist, daß der Lauf der Dinge bisher den Finnländern recht gegeben hat. Die von Hindenburg den Russen zugefügten

[1] Ideologe = Schwärmer, Träumer.

Digitized by Google

Niederlagen mit allen ihren Folgen brachten die Schwäche Rußlands zur Vollendung, die Revolution zur Reife. Aber noch ist es nicht so weit gekommen, daß Finnland mit seinen eigenen Kräften seine Ansprüche geltend machen könnte, vor allem nicht für die Dauer. Was glauben danach die Finnländer von der russischen Zukunft noch erwarten zu dürfen?

Die 30—35 Millionen Ukrainer mit der Möglichkeit, ihre in der russischen Armee dienenden, fertig ausgebildeten Soldaten zu einem eigenen Heer zu sammeln, sind in der Lage, ihre Ziele mit bewaffneter Macht zu vertreten und ihre Autonomie[1] oder Selbständigkeit durchzuführen und sogar zu verteidigen. Anders ist die Lage für die Finnländer. Sie können keine genügende eigene Kraft in den Kampf einsetzen, um so weniger, weil sie wenigstens bisher kein Militär haben. Sie sind somit auf Hilfe und Unterstützung anderer angewiesen. Heißt es denn nicht alles auf eine Karte setzen, wenn sie unter solchen Voraussetzungen trotzdem auf der Ausführung ihrer Pläne beharren? Was auch unter zufälligen günstigen Umständen gewonnen werden könnte, müßte wieder verloren gehen, und das letzte Übel würde größer als das erste.

Somit taucht eine Frage auf, die ein Außerhalbstehender, der sich nicht durch Gefühlseinflüsse irreführen läßt, unwillkürlich stellen muß. Wird doch nicht eine Verständigung mit Rußland für Finnland das einzig mögliche sein, wenn es überhaupt weiter leben will? Anstatt durch zu hoch gespannte Ansprüche alles zu verlieren, könnten die Finnländer wenigstens ein leidliches Dasein im Rahmen des russischen Reichs finden, vielleicht, dank den günstigen natürlichen Voraussetzungen ihres Landes, sogar erhebliche Vorteile für ihre wirtschaftliche Tätigkeit gewinnen.

Ein solcher Gedankengang liegt wohl auf der Hand. Er ist auch keineswegs fremd in Finnland, oder richtiger, ist es nicht gewesen. Jedoch ist er einer anderen Auffassung vollständig gewichen, derjenigen, die die einzigen Zukunftsmöglichkeiten des Volkes in der vollen Selbständigkeit sieht.

Bestrebungen nach einem möglichst selbständigen politischen Leben sind nicht neu in der Geschichte des finnländischen Volkes, wenn sie auch früher nie mit einer solchen Kraft und Zielbewußtheit an den Tag getreten sind wie gerade jetzt. Abgesehen von so frühzeitigen Strömungen, wie die kirchlich-staatlichen Pläne im 13. Jahrhundert, mit welchen sich der tatkräftige Bischof Thomas zu Abo beschäftigte, oder von den Intentionen[2] des finnländischen Adels in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, erhielten die Selbständigkeitsstrebungen im 18. Jahrhundert eine besondere Stärke und sogar eine näher umrissene Gestalt. Nach der Vereinigung Finnlands mit Rußland im Jahre 1809 gaben sie sich seltener und schwächer zu erkennen. Einerseits befriedigte die Stellung, die das Land nun als ein in seinem Innern autonomer Staat gewonnen hatte, die Ansprüche auf ein selbständiges politisches Leben in erheblich höherem Grad als früher der Fall gewesen war. Anderseits waren die führenden

[1] Autonomie = Unabhängigkeit, Selbständigkeit. [2] Intentionen = Absichten.

Digitized by Google

gebildeten Kreise zu schwach, um ohne Unterstützung von den breiten Schichten des Volkes, welche noch nicht zu nationaler und politischer Selbstbewußtheit gelangt waren, weitergehende Ansprüche hervorzuführen. Auch nachdem ein Erwachen der breiten Schichten um die Mitte des 19. Jahrhunderts sich geltend zu machen begann, gaben die damaligen Verhältnisse in Rußland, unter dem Zaren Alexander II., die Möglichkeit einer freieren Entwicklung der finnländischen Verfassung zu. Dies war natürlich dazu angetan, den Blick der Finnländer für die Bedürfnisse und die Gefahren der Zukunft zu verdunkeln. Aber als die panslawistische Expansionspolitik[1] gegen Ende des vorigen Jahrhunderts unverhüllt auch auf Finnland übertragen wurde und rückhaltlos die vollständige „Unifizierung"[2] des Landes mit dem Zarenreich forderte und rücksichtslos daraufhin arbeitete — um den Weg nach dem Atlantik im Nordwesten anzubahnen — da wurde bei den Finnländern die Einsicht wach, daß es für sie nur einen Rettungsweg gab, denjenigen, der sie so weit wie irgend möglich von Rußland entfernte.

Es ist somit nicht nur die bei einem jeden zum nationalen Bewußtsein erwachten Volk zu findende natürliche Sehnsucht nach einem freien, seiner eigenen Wesensart entsprechenden Leben, die die separatistischen Bestrebungen der Finnländer zur Reife gebracht. Es sind die von ihnen gemachten Erfahrungen, verglichen mit den Vorgängen bei anderen Rußland untergebenen Völkern, die mit der Kraft der Naturnotwendigkeit die Finnländer auf den Weg des Separatismus getrieben haben. So lange sie mit Rußland vereinigt bleiben, unter der russischen Kontrolle, sind sie jeder Möglichkeit entblößt, Vorkehrungen zu treffen, um sich gegen die Unterdrückung zu wehren. Die Zerstörungspolitik, nach dem bewährten großrussischen Muster, wie es in Polen, Litauen, der Ukraine, Kaukasus, in den baltischen Provinzen erprobt worden ist, wird mit der Zeit sogar das nationale Rückgrat brechen. Eine Verständigung kann es unter derartigen Bedingungen nicht geben.

Auch etliche wirtschaftliche Vorteile wiegen gegen solche grundlegenden Tatsachen federleicht. Übrigens sind diese vielfach den Finnländern vor den Augen geführten wirtschaftlichen Vorteile, die eine Vereinigung mit Rußland ihnen bringen sollte, im Grunde genommen schon vor der Einleitung der Verrussungspolitik mehr als fraglich gewesen. Die russisch-finnländischen Handelsbeziehungen, aus denen die Vorteile sich in erster Linie ergeben sollten, sind von Rußland, dank seiner Machtstellung Finnland gegenüber, immer nur einseitig, den russischen Interessen entsprechend, bestimmt worden, mit dem Zweck, den finnländischen Markt für russische Erzeugnisse vorzubehalten, wogegen die Zugänglichkeit des russischen Marktes für finnländische Produktion ausschließlich nach den Bedürfnissen Rußlands bestimmt wurde. Finnland war es nicht gestattet, durch eigene Vertretungen seine Handelsinteressen im Ausland wahrzunehmen; die russischen Vertreter kümmerten sich herzlich wenig darum. Sehr hem-

[1] Expansionspolitik = Ausdehnungspolitik. [2] Unifizierung = Gleichmachung.

Digitized by Google

mend auf die wirtschaftlichen Fortschritte hat die Unmöglichkeit gewirkt, notwendige soziale Reformen durchzuführen und die Volksbildung zu heben, am meisten jedoch das allgemeine politische Unsicherheitsgefühl.

Anfänglich verbreitete und vertiefte sich der radikale Separatismus nur langsam. Die Möglichkeiten, denselben in eine praktische Politik umzusetzen, schienen gering zu sein, wenn es solche Möglichkeiten überhaupt gab. Die Hinwendungen an Europa haben kein Resultat. Der russisch-japanische Krieg und die Revolution 1905 schenkten nur eine vorübergehende Dämmerung, der ein um so tieferes Dunkel folgte. So kam der Weltkrieg, warf wie mit einem Schlag die ganze Lage um, und stellte neue Möglichkeiten in Aussicht. Wie die Finnländer diese ausgenutzt haben, ist oben angedeutet worden. Eine möglichst durchgreifende Schwächung des Russenreichs war der Gegenstand ihrer Hoffnungen, das Ziel ihrer Arbeit.

Mag sein — meint der nachdenkliche Verteidiger der vorsichtigen sogenannten Realpolitik — daß die angeführten Gesichtspunkte ausschlaggebend sein können, solange es sich um das autokratische, expansionslüsterne Rußland handelt. Wesentlich neue Momente müssen aber in die Rechnung eingetragen, die Fragestellung somit eine ganz andere werden, sobald die Revolution andere Kräfte zur Macht gebracht hat, Kräfte die die Fahne mit der Inschrift „Selbstbestimmungsrecht der Völker" hoch schwingen.

Keine weitläufige Spekulationen[1] über die wahrscheinlichen Ergebnisse der in der russischen Revolution wirksamen Kräfte sind vonnöten, um die wirkliche Bedeutung dieser Kräfte, wenigstens vom finnländischen Standpunkt aus, klar zu machen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder geht Rußland aus der Revolutionskrise als eine starke Einheit oder als eine wesentlich geschwächte, seiner Auflösung entgegengehende Macht heraus. Daß im ersteren Fall die nationalistischen und somit auch imperialistischen Neigungen die maßgebenden sein werden, liegt auf der Hand. Das zeigen mit aller erwünschten Deutlichkeit auch die Ereignisse während der Revolution. In diesem Falle wird die Lage Finnlands nach der Revolution genau dieselbe sein wie früher. Die Vorgangsformen des erneuten russischen Nationalismus können anders sein als die früheren, für Finnland wird er dieselbe verderbliche Bedeutung haben. Wird wiederum Rußland aus dieser Krise wesentlich geschwächt hervorgehen, so wird die Gefahr, die eine Verständigung Finnlands mit Rußland bedingen sollte, je nach dem Maße der Schwächung vermindert oder fällt sogar völlig weg.

Eine Tatsache von großer symptomatischer Bedeutung ist, daß die finnländische Sozialdemokratie gar nicht geneigt ist, mit der russischen Revolution zusammenzugehen. Haben doch die finnländischen Sozialdemokraten in den früheren Zeiten direkt mit ihren russischen Meinungsgenossen zusammengearbeitet und bis zur letzten Zeit mit denselben Fühlung gehalten. Unwiderleglich müssen sie als Sachkenner angesehen werden. Aber fast noch ausgesprochener als die Bürgerlichen Finnlands streben die Sozialdemokraten nach der Loslösung ihres Landes von Rußland. Wenn sie aber nicht die Zukunft des Landes auf diejenige der russischen Sozialdemokratie gründen

[1] Spekulation = Grübeln, Nachsinnen.

Digitized by Google

wollen, müssen sie schon ihre guten Gründe dafür haben. Sie sehen vollkommen ein, welches Unglück es über Finnland bringen würde, wenn es, mit Rußland zusammengekettet, alle die Erschütterungen durchzumachen hätte, denen Rußland entgegengeht.

Wir können somit die Tatsache nochmals feststellen, daß Finnland die volle staatliche Selbständigkeit verlangt, und zwar auf Grund tiefgehender Erfahrungen und ernsthafter Erwägung aller auf die Sache einwirkenden Umstände. Es wäre noch übrig, die Mittel und Wege zu untersuchen, welche die Finnländer zur Durchführung ihrer Pläne finden können. Die größte Schwierigkeit liegt selbstredend darin, daß Finnland, selbst in so gut wie völliger Ermangelung einer Waffengewalt, von einer erheblichen Menge russischer Truppen besetzt ist. Wie diese hinausmanövriert oder in anderer Weise für die finnländischen Bestrebungen unschädlich gemacht werden können, das muß im wesentlichen von der Entwicklung der allgemeinen politischen und militärischen Lage abhängen, vor allem aber von dem weiteren Laufe der Revolution in Rußland.

Die letzten Ereignisse in Finnland sollen hier nur kurz gestreift werden. Beim Beurteilen derselben dürfen einzelne anarchisch[1] anmutende Ereignisse nicht verallgemeinert werden, um so weniger, als die in Finnland befindlichen russischen Soldaten derartige Handlungen seitens der Bevölkerung häufig direkt provozieren. Auch wird die finnländische Arbeiterleitung die unorganisierten Elemente immer mehr in ihre Hand bekommen. Zu ernsten Zusammenstößen zwischen den Soldaten und der Bevölkerung ist es in einzelnen Fällen gekommen. Anzunehmen ist aber, daß solche sich vermehren werden. Die Bevölkerung ist besonders deswegen gegen die Soldaten erbittert, weil die Truppen die äußerst knappen Lebensmittel immer stärker in Anspruch nehmen, trotzdem das Land eine enorme Menge russischer Zivilflüchtlinge, deren Anzahl nunmehr bis 800 000 Personen beträgt, ohne jede Zufuhr aus Rußland zu ernähren hat. Das Hauptinteresse lenkt doch die staatsrechtliche Frage auf sich. Es handelt sich zunächst um die Ausübung der Befugnisse, die der Zar in seiner Eigenschaft als Großfürst Finnlands besaß. Die russische Interimsregierung[2] hat sie sich aneignen wollen. Dagegen erheben die Finnländer Einspruch, weil solchenfalls ein russisches Staatsorgan die Regierungsmacht in Finnland bekäme, was direkt gegen die finnländischen Grundgesetze wäre. In diesem Konflikt hat die Interimsregierung sich schon genötigt gesehen, gewisse Eingeständnisse zu machen. Auf der finnländischen Seite fordert man aber, daß die Regierungsbefugnisse, mit Ausnahme von Angelegenheiten, die die auswärtige Politik oder den Krieg berühren, in finnländische Hände gelegt werden. Wie dieser Konflikt nun auch entschieden werden mag, die jetzt vor sich gehende Regelung wird von beiden Seiten ausdrücklich als provisorisch erklärt, russischerseits bis zum Zusammentritt der Konstituante[3], finnischerseits — bis weitere Schritte nach dem Endziel, der vollen Selbständigkeit gemacht werden können.

[1] anarchisch = gesetzlos. [2] Interimsregierung = Vorläufige Regierung. [3] Konstituante = Versammlung zur Festlegung der Staatsverfassung.

Digitized by Google

Der Umschwung in Österreich

Von Prof. Dr. Robert Sieger, Graz

Kaum jemand von uns, die wir vor der bedingungslosen Einberufung des Reichsrats in seiner heutigen Zusammensetzung warnten und von den allzu lebhaft geäußerten Friedenswünschen nur einen Ansporn für die Feinde und eine Verlängerung des Kriegs erwarteten, kaum jemand von uns hat wohl geahnt, daß uns die Entwicklung, die von dem entscheidenden Eingreifen des Grafen Czernin ausging, so rasch und so grausam Recht geben werde. Sie hat uns mit einer durch keine Rückschläge verminderten Beschleunigung dorthin geführt, wohin sie folgerichtig führen mußte: von der zeitweisen Zurückstellung der Neuordnung zu ihrem völligen Fallenlassen, zu dem Suchen nach „neuen Wegen" und dem Sturz des Ministeriums Clam, das auch auf diesen nicht zur Auflösung des Staats in seine Bruchteile gelangen wollte; von dem Verzicht auf alle angeblich nationalen Forderungen zur überlauten Verkündigung auseinandergehender, die Staatseinheit bedrohender, den Kriegszielen der Feinde verwandter Partei- und Volksprogramme, zur Aufhebung vieler als unentbehrlich angesehenen Kriegsgesetze und Kriegsgewalten, zum Wiedereintritt der wegen Staatsfeindschaft verurteilten Männer in das politische Leben; von der in Schutz und Trutz selbstverständlichen mitteleuropäischen Gemeinschaft zu leidenschaftlichen öffentlichen und geheimen Erörterungen, die in Deutschlands und Ungarns Lebensfragen eingreifen, Mißtrauen säen und Mißtrauen erregen und auf die Krieger und das Hinterland bedenklich nachwirken müssen; von der versäumten Gelegenheit eines überraschenden Sieges über die zerrüttete russische Heeresmacht zu der Notwendigkeit, die Angriffe eines neugeordneten, von fanatischem Massenwillen beherrschten Revolutionsheeres blutig abzuwehren. Diese Entwicklung hat aber nicht zu dem Ziel geführt, um dessentwillen man all ihre Gefahren in den Kauf genommen hat: zu einer fruchtbaren wirtschaftlichen und sozialen Arbeit der gesetzgebenden Körperschaften, die von den Kundgebungen politischer Gesinnungen noch nicht einmal den Weg zu den Delegationswahlen gefunden haben und mit Mühe und Not ein paar Gesetze fertig bringen dürften, die mit dem § 14 auch nicht wesentlich anders ausgefallen wären. Sie hat nicht zu einem einträchtigen Zusammenarbeiten der durch den Krieg vielfach belehrten Völkerschaften führen können, weil deren alte Vertreter wieder zu Wort kamen — diese Vertreter, deren Verhalten im März 1914 das Abgeordnetenhaus unmöglich gemacht hat und die nun die alten Wege nach der langen schwer empfundenen Pause mit doppeltem Eifer wieder einschlugen. Ihre Beseitigung hofften wir von den „Männern aus dem Schützengraben", die im Kriege zum Staatsbewußtsein gewachsen seien, bei den Neuwahlen nach dem Friedensschluß. Nun aber führen sie das Wort, schleudern thersitische Reden gegen einander, gegen die Deutschen, gegen die ehrliche Regierung des Grafen Clam und die Bemühungen seines Nachfolgers und suchen

Digitized by Google

durch Hetzereien die Leidenschaften der breiten Volksmassen aufzustacheln, um sich so auch nach dem Erlöschen der verlängerten Mandate zu behaupten.

Einig sind sie in dem Ruf nach „Demokratisierung" des Staats — ein Lockruf, auf den so viele deutsche Doktrinäre um so bereitwilliger hören, wenn er auch von dem Minister des Äußeren angestimmt wird, bei dem man aber nicht an die Durchdringung des Volks mit dem wahren demokratischen Geiste der Organisation von Pflicht und Verantwortung denkt, sondern an schöne Paragraphen und Grundrechtserklärungen. Österreich ist demokratischer, als dem politischen Bildungszustand seiner meisten Bürger entspricht; haben sie sich doch nicht durch längere Übung allgemeiner, aber abgestufter Wählerpflichten das gleiche Wahlrecht erkämpft, sondern es zugleich mit dem allgemeinen erhalten! Nun soll es auch auf die Gemeinden und die Länder ausgedehnt, die Frauen unvermittelt zur Wahl, ja zum Geschworenenamt zugelassen werden usw.

Alle, die den festen Einheitsstaat in Österreich anstreben und zu dem Parlament von 1914 kein Vertrauen hegten, sind durch Czernins Forderung nach dessen schleuniger Berufung und das Nachgeben der Regierung Clam auf das schwerste betroffen worden. Die Hoffnung, daß diesmal „aufgeschoben" nicht „aufgehoben" bedeute, hegten wohl wenige. Die Deutschen, denen nun plötzlich der Verzicht auf die Sicherung für Staat und Volk, die so nahe bevorstehend erschienen war, auferlegt wurde, ergriff eine Erregung, die uns damals beispiellos schien (seither — ich schreibe wie erwähnt, Anfang Juli — haben wir freilich stärkere kennen gelernt). Sie hätte beinahe ein einheitliches Vorgehen verhindert. Aber die Deutschen fanden sich rasch in der einmütigen würdigen Erklärung, an den dauernden Notwendigkeiten als solchen festzuhalten, aber alle übereilten Schritte zu unterlassen und zunächst im Parlament bedingungslos ihre Pflicht zu tun. Vorbehaltlose Arbeit für den Staat forderte bald darauf zu ihrer Genugtuung auch die Thronrede, und der Ministerpräsident bezeichnete kurzweg „Österreich" als sein Programm. Dagegen war von vornherein klar, daß die Thronrede sich die deutschen Staatsforderungen nur ganz im allgemeinen zu eigen machte und der Minister sprach von „neuen Wegen" in einer Weise, die dem Fernerstehenden zunächst nicht sehr klar sein konnte. Was dem Zusammentritt des Reichsrats folgte, die slawischen und anderen Rechtsverwahrungen und sonstigen Kundgebungen, die aufrichtigen Äußerungen in Stockholm (wo mit den tschechischen Sozialdemokraten geradezu über einen Sonderfrieden zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, also den nackten Verrat gesprochen wurde), die Kundgebung gegen Staats- und Parlamentssprache, die in der „Lex franta" lag, die nicht vollbefriedigende Abwehr im Herrenhause (sonst, wie seine Adresse zeigt, heute dem letzten Zufluchtsort politischer Vernunft und dem berufenen Träger des österreichischen Staatsgedankens), die mannigfachen Versuche des Grafen Clam, mit den Parteien sich zu verständigen, und eine Menge sonstiger Erscheinungen, welche die politische Erregung steigerten,

Digitized by Google

sind hier nicht zu besprechen. Sie waren, wenn auch nicht in diesem Umfang, von dem Augenblick an zu erwarten, als es wieder, wie in der „guten, alten Zeit" in den Zeitungen hieß: „Die Regierung hat die Verhandlungen mit den Parteien begonnen." Die Wirkungen, die sie nach außen hin gehabt haben, sind ebenso schädlich, als lehrreich; welche Schlußfolgerungen Graf Czernin aus ihnen gezogen hat, ist mir nicht bekannt. Die Siedehitze der slawischen Ausbrüche, die Maßlosigkeit auch sonst ruhiger nichtdeutscher Redner, die gelegentlich auch einmal die Deutschen aus der beschlossenen scharfen, aber ruhigen Haltung herauszwangen und damit den Vorwand zu theatralischen Entrüstungskundgebungen gewannen, läßt annehmen, daß man sowohl auf die Regierung, als auch nach außen hin einen Eindruck erzielen, seine Macht zeigen, die Regierung zu wachsender Nachgiebigkeit zwingen und womöglich in der Richtung eines Friedens um jeden Preis, einer Verständigung mit Rußland und dessen, was daraus folgen mußte, wirken wollte.

„Diejenigen, die diese Konfusion angezettelt haben," sagte Fürst Auersperg im Herrenhause, „gehören nicht zu Österreich und wollen nicht zu Österreich halten, sonst hätten sie diese Verwirrung nicht angerichtet." Die letzten Ziele mancher Redner sind damit gut gekennzeichnet. Aber von den eigentlichen Führern ist nicht anzunehmen, daß sie ernstlich meinen, solche Ziele — von denen Graf Clam mit Recht sagte, daß sie einander durchkreuzen — bald erreichen zu können. Sie müssen mindestens als Zwischenstufe andere im Auge haben, die sie für unmittelbar erreichbar halten. Diese Ziele der maßgebenden Führer sind allmählich klarer geworden, nicht zuletzt durch den Sturz des Ministeriums Clam. Von *ihnen* haben wir zu reden, nicht von den Stürmen der Oberfläche. Die Polen, die formell den Ministerwechsel herbeiführten, haben sicherlich ihre besonderen Ziele verfolgt. Sie wollten ihre Stellung als Zünglein an der Wage erhalten und den maßgebenden Einfluß in Österreich dazu benutzen, um auch auf die Gestaltung der galizischen Verhältnisse und des Königreichs Polen den maßgebenden Einfluß zu gewinnen. Jene Deutschen, die mit dem Fortbestand des gegenwärtigen Parlaments rechnen, ja ihn für notwendig oder wünschenswert ansehen, fassen denn auch eine Mehrheitsbildung ins Auge, die aus Deutschen, Polen und Sozialdemokraten erstehen soll. Auch um sie zu ermöglichen, wollte man „*neue Wege*" einschlagen. Graf Clam meinte, daß auf solchen vielleicht allein die freie kulturelle und nationale Entwicklung gleichberechtigter Völker erreicht werden könne. Er fügte allerdings hinzu, daß dies unter *Aufrechterhaltung der Kronländer* erfolgen müsse und die Thronrede betonte, daß die Neugestaltung „im Rahmen der Einheit des Staats und unter verläßlicher Sicherung seiner Funktionen" vorzunehmen sei. Man hat daraus das Schlagwort „autonomistischer Zentralismus" oder „zentralistische Autonomie" gebildet. An dem Gegensatz *dieser* Autonomieforderung zu den von allen zentralistischen Vorstellungen, ja selbst von der bisherigen Idee der Kronlandsautonomie gänzlich unberührten Forderungen der Nichtdeutschen nach „natio-

Digitized by Google

naler Autonomie" ist Graf Clam wohl ebensosehr gescheitert, als an seiner Abwehr der schon aus militärischen Gründen schwer annehmbaren polnischen Höchstforderungen.

Um es kurz zu sagen: beide Teile stellten sich grundsätzlich auf den Boden der von dem Sozialdemokraten Karl Renner und mit ihm von seiner Partei vertretenen „nationalen Autonomie", welche die territoriale Abgrenzung der Sprachgebiete, wo diese aber versagt, die Trennung in nationale Gruppen nach dem „Personalitätsprinzip" bedeutet. Die Gesamtheit der gleichsprachigen, in demselben „nationalen Kataster" verzeichneten Personen soll eine rechtliche Einheit, eine juristische Person oder Körperschaft darstellen, was sie heute nicht ist. Der Staat aber ist ein aus diesen gesetzlich organisierten Nationen gebildeter „Nationalitätenbundesstaat". Einen solchen — wie sie es ausdrücken: „einen Bundesstaat von freien und gleichberechtigten nationalen Staaten" — verlangen die Tschechen an der Spitze ihrer Rechtsverwahrung, und in zahlreichen andern Kundgebungen bedeutet „nationaler Staat", „nationale Autonomie", „Vereinigung aller Volksangehörigen", „Entfernung aller fremdvölkischen Beamten aus dem Volksgebiet" u. dergl. das gleiche Ziel, wobei allerdings zuweilen die räumliche, zuweilen die personenmäßige Abgrenzung stärker hervortritt. So ist auch das böhmische Staatsrecht zwar nicht ganz beiseite gelassen, aber neben dem Wunsch nach Vereinigung aller Stämme des tschechoslawischen Volkes zu einem demokratischen Staat, also mit Einschluß der ungarländischen Slowaken, stark in den Hintergrund gestellt worden. In Stockholm verkündeten Renner und seine Genossen im Gegensatz zu dem vielfach undurchführbaren Nationalstaat den Nationalitätenstaat mit nationaler Autonomie als allgemeinen Grundsatz und verlangten diese Art Autonomie für Südosteuropa, Preußen, Elsaß-Lothringen und andere Länder ebenso wie für die Monarchie.

Graf Clam lehnte ebenso wie die Deutschen den „Nationalitätenbundesstaat" als solchen ab, strebte aber die nationale Autonomie im Rahmen der Kronländer an. Er erhoffte dafür die Zustimmung der Deutschen und der Polen, zeitweise vielleicht auch die anderer Nationen, und die der Sozialdemokraten. Da Renner sich mit der geschichtlich gegebenen Tatsache der Kronländer für die nächste Zeit ebenso wie mit dem Dualismus abgefunden hatte, da er mit dem Grafen Czernin in enger Fühlung gestanden haben soll, da er seinerzeit zum Ernährungsminister ausersehen war und somit wohl vor dem Kaiser seine zweifellos bedeutsamen, ins einzelne durchdachten Gedankengänge entwickeln konnte, da anderseits auch in deutschen Kreisen, besonders bei den Deutschböhmen die nationale Autonomie innerhalb des Kronlands viel Anklang findet und Abgeordnete, wie Knieschek und Lodgeman, gleich den Slawen allgemein vom Selbstbestimmungsrecht der Völker oder von der nationalen Autonomie sprachen, mag die Hoffnung auf Mehrheitsbildung in diesem Zeichen nicht unbegründet gewesen sein, ja es mögen zwischen gewissen Parteien Abmachungen bestanden

Digitized by Google

haben, die durch den Beitritt der Polen verwirklicht hätten werden können. Die Polen aber und andere lehnten den Grafen Clam und seine Minister als Personen ab und so machten diese einem Geschäftsministerium Platz, das die Verfassungsfragen zunächst der Vereinbarung der Parteien überlassen wollte. Wir machen hier halt; die Fragen, wie sich die Deutschen in den einzelnen Ländern (man denke an Niederösterreich oder Kärnten!) und im Reich zur nationaten Autonomie stellen können oder müssen, ob sie ihre bisherigen Forderungen mit ihr ganz oder teilweise vereinbaren können oder ihr zu Liebe aufgeben dürfen, ohne den Staat zu gefährden, ob sie die Gegenforderung der „finanziellen Autonomie" erheben müßten, die nicht nach dem Geschmack der anderen Völker ist, diese und verwandte Fragen sind zu schwerwiegend und verwickelt, um in wenigen Zeilen erörtert werden zu können. Wir haben noch anderer Folgen des Regierungswechsels zu gedenken, die zeitweise die Frage der nationalen Autonomie in den Hintergrund drängen können. Wir wollen daher nur feststellen, daß ein Problem von gewaltiger Tragweite, das bisher nur theoretisch erörtert wurde, nun praktisch-politische Bedeutung gewonnen hat und die Geister, nicht nur in Österreich, lebhaft bewegen wird.

Die unmittelbare Folge des Ministerwechsels ist der Wegfall aller vom Grafen Clam gegebenen Zusagen und mancher in der Thronrede aufgestellten politischen Leitsätze. Die Zurückstellung der von den Deutschen als Anwälte des Einheitsstaates gestellten Forderungen hat sich, wie zu erwarten war, in ihr völliges Fallenlassen verwandelt, und wenn wir an ihnen festhalten, müssen wir für sie einen schweren Kampf führen. Volle Unsicherheit herrscht aber auch darüber, in welchem Umfang das wirtschaftliche und finanzielle Programm der Regierung Clam aufrechterhalten werden wird. Das gilt insbesondere von dem umfassenden Finanzplan Dr. v. Spitzmüllers, der als Fachmann ersten Ranges angesehen wird, und wir müssen lebhaft wünschen, bald darüber beruhigt zu werden, daß seine umfassende Arbeit für den Staat nicht verloren ist.

Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses hat auch das Übergangsministerium sofort ihre volle Macht fühlen lassen. Der Unwille über die vielen Schattenseiten der absolutistischen Regierungsweise — Zensur, Härte und Fehlurteile der Militärgerichte, wirtschaftliche Gewaltmaßregeln und Mißgriffe usw. — hat vielfach auch die Deutschen dazu geführt, die mit dem § 14 getroffenen Maßnahmen zu bekämpfen. Eine um die andere wird fast einstimmig aufgehoben, der formale Verfassungsgesichtspunkt und der „demokratische Zug der Zeit" reißen das Volkshaus immer weiter mit sich, das Herrenhaus wird nur teilweise Widerstand leisten können und das Ministerium hat schwere Mühe, dafür zu sorgen, daß durch eilig entworfene und durchgepeitschte Gesetze die Lücken ausgefüllt und die im Krieg notwendige Ordnung, die militärischen Notwendigkeiten vor allem, gesichert werden. Es wird dies um so schwerer halten, als eine kaum zu vermeidende Folge der Entwicklung die Deutschen in die Opposition gedrängt hat.

Digitized by Google

Aus den Ausschußberatungen war mit Sicherheit zu erwarten, und es ist seither teilweise auch eingetroffen, daß das Haus die militärische Ausnahmsgerichtsbarkeit und andere Kriegsmaßnahmen für rechtswidrig erklären werde. Der nächste Schritt wäre die Aufhebung der gefällten Urteile oder doch ihre Anfechtung vor den normalen Gerichten gewesen. War doch davon schon die Rede und wurden schon bei der Präsidentenwahl im Abgeordnetenhaus 9 Stimmen für den verurteilten Kramarsch abgegeben, der in Untersuchung befindliche Klofac geflissentlich zum Obmann des tschechisch-radikalen Verbandes gewählt usw.! Wollte man das Haus nicht auflösen, so mußte man einer solchen Niederlage des Staats durch einen Gnadenakt zuvorkommen. Dieser ist erfolgt und er schloß die Aufhebung der politischen Rechtsfolgen für die wegen Hochverrats und anderer politischer Verbrechen Verurteilten in sich. Kramarsch und Genossen können also in das nächste Abgeordnetenhaus gewählt werden, zur politischen Macht gelangen, Österreichs künftige Führer werden. Es wird schon jetzt behauptet, Kramarsch habe mit sich über die Bedingungen unterhandeln lassen, unter denen er die Begnadigung annahm. Das mag übertrieben sein. Jedenfalls war die Erregung, die sich der deutschen Bevölkerung, nicht nur in Böhmen, und anderer staatstreuer Elemente bemächtigte, unabsehbar; der Nationalverband mußte Verwahrung einlegen und erklären, daß es dem weiteren Verhalten der Regierung nur mit Mißtrauen entgegensehen könne. Wie die Soldaten im Feld die Begnadigung jener Männer empfinden müssen, durch deren Schuld so viele um Leben und Gesundheit gekommen sind, liegt auf der Hand. Ist doch erst kürzlich durch die Mitteilung des Landesverteidigungsministers Georgi der volle Umfang der tschechischen Verrätereien den Abgeordneten bekannt geworden und der von den Tschechen herbeigeführte Sturz des wackeren Soldaten hat seine Ausführungen nicht entkräftet! Bekanntlich wurde auch am 4. Juli im Abgeordnetenhause sein Nachfolger gefragt, ob er über das Verhalten der tschechischen Mannschaften der 19. Infanterietruppendivision bei Zborow und den derzeitigen Verbleib dieser Division Auskunft geben könne. Der russische Kriegsbericht beantwortet diese Anfrage, indem er sagt: „Die tschecho-slowakische Brigade" (nach der Behauptung unserer Tschechen besteht sie aus vor dem Krieg in Rußland eingebürgerten Tschechen) „nahm 62 Offiziere und 3150 Soldaten gefangen und erbeutete 15 Kanonen und viele Maschinengewehre, die zum großen Teil gegen den Feind gerichtet wurden." Wir wollen diese Vorgänge nicht verallgemeinern, wie das der einfache Mann tut, dem sie verständlicher sind als staatsrechtliche Vererbungen oder als etwa die Behauptung des Abgeordneten Tertil, das Streben der Polen nach einem freien, geeinten, unabhängigen Königreich sei in den Staatsgrundgesetzen gewährleistet, eine Behauptung, die sich mit gleichem Recht für großserbische oder panslawistische Bestrebungen vorbringen ließe. Aber wenn sich die Tschechen mit Ungestüm dagegen wehren, daß man ganze Volksstämme wegen der Verfehlungen einzelner verdächtige und zugleich mit aller Entschiedenheit für diese

Digitized by Google

recht zahlreichen „Einzelnen" eintreten, so wird wohl gesagt werden dürfen, daß nach alter Erfahrung die Gnade wenig Eindruck auf sie erzielen wird, wenn ihnen nicht zugleich eine starke Hand jene vorbehaltlose Pflichterfüllung aufzwingt, von der die Thronrede sprach. Sie stellen das Verlangen nach Kräftigung der Staatsgewalt als eine Bemäntelung deutscher Herrschgelüste hin, die es nicht gibt; aber schon wird Ungarn besorgt, und es ist nicht unmöglich, daß der Minister des Äußeren endlich eingreifen wird müssen, um jene Neuordnung herbeizuführen, die auf seinen Wunsch vor wenig Monaten vertagt wurde. Vorläufig ist das noch kaum zu gewärtigen, aber es wird sich bald entscheiden müssen, ob das Ministerium Seidler sich behaupten kann und ob nicht die Tage dieses Abgeordnetenhauses, das heute mit beflissener Harmlosigkeit Ernährungsfragen behandelt, morgen aber wieder in nationalistische Krämpfe verfallen kann, gezählt sind. Sollte es vor oder, was wahrscheinlicher ist, nach dem Kriegsende zu Neuwahlen kommen, so müssen sie im Zeichen Österreichs stehen, wenn nicht die im Felde geschlagenen Feinde einen unblutigen aber entscheidenden Sieg erringen sollen. Noch einmal die Gelegenheit zur Neuordnung versäumen, hieße vermutlich jene Schicksalsstunde Österreichs versäumen, von der seit 1914 so viel geredet wird und deren wichtige Bedeutung doch so vielen nicht klar ist.

Von türkischem Volk[1]

Von Major a. D. Franz Carl Endres

Dem Wanderer über die große Brücke, die Stambul mit Galata verbindet, begegnet ein bunter Strom von Menschen aller Nationen: Türken, Armenier, Araber und Kurden, Christen Mitteleuropas und der Levante, Juden und Tscherkessen, Zigeuner und weiß der Himmel wer alles noch dazu, bewegen und drängen sich, tragen Eitelkeit und Armut, Hochmut und Niedrigkeit, Intellekt[2] und dumpfes Vegetieren[3] an uns vorüber. Ein grauer, ewiger Wurm wälzt sich hinüber und kehrt zurück in entgegengerichteter Bewegung, und scheint nicht vom Platz zu kommen in seinen Krümmungen und Windungen.

Und wer in der Europäerstadt Pera in Hotels und in Gesellschaften sich bewegte, der fand — vor dem Kriege wenigstens — alle Nationen Europas versammelt und hörte alle ihre Sprachen. Konstantinopel ist, so wie es sich dem Fremden bot, die internationalste aller europäischen Städte gewesen.

Diese Eigentümlichkeit hätte von allen beachtet werden müssen, die Konstantinopel

[1] Der Verfasser erlaubt sich hinzuweisen auf sein Buch „Die Türkei" erschienen bei C. H. Beck, München 1917. 3. Auflage. Preis gebunden 5 Mk., in dem der Leser Eingehendes über das türkische Volk findet.

[2] Intellekt = Verstand.

[3] Vegetieren = tatenlos dahinleben.

Digitized by Google

besuchten. Denn sie alle haben nicht türkisches Volk, sondern eben Konstantinopel gesehen und kennen gelernt. Konstantinopel aber ist nicht die Türkei, und das Leben in Pera hat mit türkischem Leben nicht das geringste zu tun. Schon weit türkischer ist Stambul, um mit diesem Namen all die großen Stadtteile zusammenzufassen, die auf dem südlichen Ufer des „Goldenen Hornes" sich ausdehnen. Hier gibt es Gassen und Gäßchen, in denen noch kaum jemals der Fuß eines Fremden geschritten ist. Hier spielt sich ein Stück altes Leben ab, inmitten der Weltstadt und doch fern von ihrem Geiste.

Muß man so schon in der Hauptstadt des Reiches rein türkische Lebensmittelpunkte geradezu suchen, so ist das in mancher Hinsicht im Innern des weiten Reiches nicht anders. Man kann nicht irgendwohin reisen im Lande der Türkei und, angekommen, ohne weiteres annehmen, daß man nun auch unter Türken sich befindet.

Da würde man großen Irrtümern sich aussetzen. An der Küste des Ägäischen Meeres, mit dem Mittelpunkte Smyrna, wohnen Griechen. Auch am Marmarameer und an der Küste des Schwarzen Meeres bis Trapezunt bilden sie starke Bestandteile, ja häufig die Mehrzahl der mittleren und oberen Bevölkerungsschichten. Weit hinein in das Innere von Anatolien erstrecken sich ihre Siedelungen, und es gibt wohl keine Stadt in der ganzen Türkei, in der nicht einige griechische Kaufleute leben.

Noch verbreiteter — vor dem Kriege — waren die Armenier. Überall im Reiche gab es ihrer. Die gebildeten Armenier hatten wichtige Stellen im Staatsleben inne. Die bedeutendsten Ärzte, Gelehrten und Künstler der Türkei waren Armenier.

Südlich der Linie Alexandrette — Aleppo beginnt mit der vorherrschenden arabischen Sprache auch eine arabische oder wenigstens arabisierte Bevölkerung. Syrien selbst ist von einer Reihe von Volksstämmen bewohnt. Von Türken ist da nichts mehr zu verspüren. Lediglich türkische Beamte und türkisches Militär erinnern daran, daß man noch in der Türkei sich befindet. In Mesopotamien endlich gesellt sich zum arabischen Teil (Beduinen) noch der Perser und auch hier sind nur verschwindend wenig Türken zu finden.

Die zahlenmäßige Verteilung der Gesamtbevölkerung der Türkei auf die verschiedenen Volksstämme zeigt uns, wie wenig Türken, oder besser gesagt Osmanen, in der Türkei leben im Verhältnis zu nichttürkischen Elementen.

Vor dem Kriege wohnten in der Türkei etwa [1]:

Osmanen	9 200 000	
Kurden	1 209 000	
Araber	5 600 000	
Armenier	1 845 450	(nach neuer Statistik)
Griechen	2 000 000	
Juden	400 000	
Drusen und Maroniten	400 000	

Und eine Reihe von anderen kleineren Volksstämmen nebst sehr vielen Europäern.

[1] Türkische Bewohnerzahlen sind bei dem Fehlen jeder geordneten Statistik stets nur groben Schätzungen entsprungen. In Obigem ist wohl nur die Angabe über die Armenier verlässig.

Digitized by Google

Die Hochburg des Osmanen ist das Massiv von Anatolien. Und nur der vermag türkisches Wesen zu erkennen, der in Anatolien selbst, womöglich fern von der Bahn gereist ist und besser noch: gelebt hat. Ja selbst innerhalb der Osmanen haben die oberen Schichten durch die Notwendigkeit des internationalen Verkehrs, durch ihre meist im Auslande genossene Bildung und durch Gewohnheiten der Ära Abdul Hamids, die sich erst in Jahrzehnten wieder werden abschleifen, Merkmale angenommen, die nicht osmanisch sind und die uns hier nicht weiter beschäftigen sollen. Dazu kommt, daß durch zahlreiche Ehen osmanischer Männer mit Frauen aller Rassen, seit Jahrhunderten schon, eine immer stärkere Mischung der eigentlichen osmanischen Rasse stattgefunden hat, so daß der Urtypus, auch rein äußerlich, kaum mehr zu finden ist. Er fällt geradezu auf, wo man noch einmal auf ihn stößt.

Dieser Urtypus des Osmanen ist dem mongolischen nahe verwandt und ihm auch sehr ähnlich. Nach unserem Geschmack ist er häßlich. In einem großen Kopf stehen dunkle kleine Augen und unter der niederen Stirn ragt eine platte Nase nur wenig hervor. Der Bartwuchs ist gering, die Haarfarbe schwarz bis braun, die Hautfarbe gelblich bis gelb. Der gedrungene kleine Körper hat starke Knochen. Der Türke, wie wir ihn uns vorstellen und wie er auch in der Regel ist, sieht ganz anders aus. Namentlich jüdische, griechische und georgische Blutmischung hat große Augen, starke schwarze Haare und Bärte, eine große gebogene Nase und einen oft schlanken, grazilen Körperbau hervorgerufen — kurz er hat, wie das sehr häufig der Fall ist, die Rasse ganz wesentlich verschönt. Nur bei den Osmaninnen ist das in unserem Geschmacke nicht ganz geglückt. Die Vorliebe des Türken für starke Hüften und breite Figuren läßt die Türkinnen Formen annehmen, die sich mit unserem Schönheitsbegriff nicht recht decken wollen.

Allerdings tritt die Rassenmischung auch hier veredelnd auf, und es gibt „mongolisch" aussehende, also rasseechte Türkinnen ebensowenig mehr, wie dergestaltete Türken.

Von besonderem Interesse ist der Charakter des Türken, den wir als unseren treuen Bundesgenossen genau kennen müssen, um die rechte Grundlage für den Verkehr zu finden. Wir Deutsche machen sehr oft den Fehler, uns von irgendeinem fremden Menschen oder auch aus fremden Verhältnissen überschnell ein Bild zu fertigen, dies Bild dann zu lieben oder zu hassen, es währenddessen zu verändern und immer unähnlicher seinem Vorbilde zu gestalten. Wir pflegen dieses bedenkliche Abrücken des Bildes von der Wirklichkeit gar nicht zu bemerken, weil wir nicht nüchtern genug schauen und unsere Empfindungen zu wenig mit dem kritischen Verstande nachprüfen. Daher kommen unsere häufigen Täuschungen über Menschen und Dinge, daher manches, was wir nach dem Kriege ganz wesentlich besser machen müssen.

Vor allem müssen wir festhalten, daß der Türke ein reiner Orientale ist und daß daher sein Empfindungsleben auf einer uns ganz fremden Grundlage steht. Dazu

Digitized by Google

kommt, daß er sehr verschlossen — trotz aller Liebenswürdigkeit — sich nicht so leicht „gibt" wie der Europäer und namentlich wie der Deutsche. Der Orientale ist der geborene Diplomat. Der Deutsche hat wenigstens in seinen bisher berufenen Vertretern, die aber bis zu einem gewissen Grade doch auch Vertreter des Volkscharakters sind, gar kein Talent zu diesem Berufe gezeigt. —

Das kommt daher, daß der Deutsche zu viel spricht, wo der Orientale schweigt, mit dem Herzen arbeitet, wo der Orientale nur den Verstand arbeiten läßt, immer belehren und nach sich ummodeln will, wo der Orientale stolz und gleichgültig Fremdes als Fremdes betrachtet, ohne Wunsch nach Aufprägung seiner eigenen Persönlichkeit.

Der Türke ist im Verkehr würdig, wenn auch nicht ganz aufrichtig, langsam und bedächtig. „Die Eile ist vom Teufel" — dies Sprichwort paßt nicht in das Rattern deutscher Maschinen, in des Hasten Eilen und Jagen des deutschen Alltages. Aber es ist fehlerhaft, zu versuchen, dem Türken die Überzeugung beibringen zu wollen, daß die Eile nun nicht vom Teufel, sondern von Gott sei. Besser ist es, ihm in der Praxis die Notwendigkeit der Eile vorzuführen und ihn dieser Notwendigkeit gegenüberzustellen. Dann wird er sich von selbst allmählich entwickeln.

Auch auf türkischer Lebensauffassung lastet eine Tradition von tausend Jahren und das noch ohne die rapide wissenschaftlich-technische Entwickelung Deutschlands, die unsere träumenden Giebelstädtchen des 18. Jahrhunderts in pulsierende Mittelpunkte enormer Kraftleistung umgewandelt hat. Wir sind durch die Jahrhunderte gerannt, der Orientale ist gewandelt, nicht ohne oft lange stehen geblieben und sich sinnend, umgeschaut zu haben.

Die angeborene Bedächtigkeit läßt den Türken im geschäftlichen Kampf mit dem Griechen, Juden und Armenier unterliegen und hat ihn, weil die fremdnationalen Elemente einsprangen, allmählich ganz den Berufen entfremdet, in denen Beweglichkeit des Geistes, technisches Können und Unternehmungslust maßgebende Faktoren sind.

Der gebildete, meist noch mehr vermischten Rassen entstammende Türke, hat diese Bedächtigkeit oft mit großer Beweglichkeit und Gewandtheit vertauscht. Aber seine Zurückhaltung, seine Vorsicht hat er behalten.

Viele der gebildeten Türken sind im Auslande erzogen, in Deutschland, Frankreich, England oder Amerika. Der Erfolg solcher Erziehung ist meist nur, wo deutsche Erziehung in Frage kam, einwandfrei gut. Aber auch, in Deutschland erzogen, wird der Türke niemals innerlich ein Germane werden, sondern bleibt mit seiner ganzen Seele ein Orientale. Diese starke Eigenschaft seiner Rasse hat er vor uns Deutschen voraus, die, in fremde Länder versetzt, aus der uns angeborenen Überschätzung alles Fremden, so häufig unser Deutschtum völlig verlieren.

In Zukunft wird türkische Jugend noch mehr als bisher deutscher Erziehung, sei es

Digitized by Google

in Deutschland oder durch deutsche Lehrer in der Türkei, zugänglich gemacht werden. Die dem Orientalen eigenartige Dankbarkeit dem Lehrer gegenüber wird dies Erziehungswerk erleichtern, die geringe Hartnäckigkeit der Arbeit gegenüber, sowie das rasche Nachlassen zuerst sehr lebhaften Interesses, die beide auch dem Orientalen eigen sind, wird es erschweren. Die Bildungsfrage ist das wichtigste Problem der modernen Türkei. Zahlreiche Schulen sind neu gegründet, noch zahlreichere sind geplant. Bis jetzt konnten nur etwa 5% der Gesamtbevölkerung lesen und schreiben. Das muß man sich recht klar machen, wenn man die enormen Schwierigkeiten, die alle Reformen in der Türkei haben, erkennen und würdigen will.

Der Türke bewundert unsere deutsche Kultur in ihren Leistungen. Er erkennt, daß sie allein ihn konkurrenzfähig im Rate der Völker machen kann — aber gleichzeitig fürchtet er sie auch. Während bei uns Tätigkeit als Lebensprinzip des rechten Mannes allgemein anerkannt ist, ist des Türken Natur auf Beschaulichkeit gestellt. Das Knattern der Maschinen, die Hast des Alltages, das Donnern und Dröhnen unserer technischen Kultur ist dem Türken innerlich ein Schmerz. Er hat das Ende im Auge! Wozu sich abmühen, wenn man einst alles doch zurücklassen muß. Der Türke hat noch viel vom Nomaden, der er einst war, in sich. Heute ist heute! Leben und leben lassen! Er denkt noch nicht an den Zinseszins menschlicher Arbeit. Die Einordnung der Einzelarbeit in das Große und Ganze der Volksleistung und dieser in das Ewige des Entwickelungsgedankens ist ihm etwas Unverständliches. Er hat es auch jahrhundertelang nicht gebraucht, hat vom Kapital seines herrlichen Landes gelebt, gut gelebt und hat das Kapital nahezu aufgebraucht. Nun kommt eine neue Zeit. Da erfordert das Anpassen eine Änderung der Lebensanschauungen, die nicht von heute auf morgen vor sich gehen, nicht ohne Reibungen, Rückschläge und verfehlte Versuche gelingen kann.

Gleichzeitig mit den beginnenden grundlegenden Reformen macht sich ein Zug im Volk bemerkbar, der in den letzten Jahrzehnten ganz Europa erfaßt hat: die Betonung der nationalen Empfindung. Das ist bei den Türken besonders neuartig, weil sie bisher streng in Sinne des Islam die Glaubensgemeinde als verbindenden Begriff allein kannten, die Nationalität nur eine Frage zweiter Bedeutung war.

Desto lebhafter wird heute die Frage der nationalen Zusammenhänge in den Ideen des Pantürkismus und des Turanismus aufgefaßt und wie das bei jeder neuen Idee, die gewaltige Widerstände zu überwinden hat, der Fall ist, gelegentlich auch stark übertrieben. Es gilt auch hier, daß, wer einen Schritt in neues Land gehen will, den Himmel stürmen soll. Zwischen Wollen und Vollbringen, zwischen Wunsch und Möglichkeit baut sich dann in nüchtener Form allmählich das Haus der Wirklichkeit auf. —

Das türkische Volk kämpft in diesem großen Kriege treu an unserer Seite. Es wird auch im Frieden die tausend Fäden, die es mit uns verbinden, nicht zerreißen wollen,

Digitized by Google

denn diese Fäden sind Adern vergleichbar, durch die edelste Lebenssäfte in den von jahrhundertelanger Mißwirtschaft, von Kriegen und Revolutionen matt gewordenen Staatskörper der Türkei fließen. Diejenigen Türken, und es sind heute schon sehr viele, die das erkennen und eng bei Deutschland bleiben wollen, werden den Segen ihres Landes bilden.

Wenn wir die eben angedeuteten Verhältnisse berücksichtigen, so ist es höchst anerkennenswert, was die Türkei im Weltkriege geleistet hat. Das Land ist fast ohne Ruhe aus den schweren Erschütterungen des Balkankrieges heraus vor bisher ganz unerhörte Leistungen gestellt worden. Und das bei gleichzeitiger sehr heftiger innerpolitischer Umwandlung! Freilich ist das weniger die Sache des eigentlichen Volkes gewesen, als die der oberen, politisierenden Kreise, aber was in jeder Hinsicht an Leistung gefordert werden mußte, das war doch endlich Leistung des Volkes.

Unendlich geduldig, zufrieden, bescheiden ist der Anatolier. Seit Jahren ziehen riesige Scharen von Männern aus ihrer anatolischen Heimat zu Krieg und Kampf, nach Albanien, nach dem mörderischen Yemen, in den Balkankrieg, zu Gefechten der Revolution, endlich zum Weltkrieg an alle Fronten des Reiches. Das Land der Witwen nennt der türkische Richter sein Anatolien!

Unendlich geduldig, zufrieden, bescheiden trägt der türkische Soldat sein Los. In seinen Träumen liegt die ferne Heimat vor ihm, in seinen Liedern ersteht sie wehmütiger Melodie, in den Tränen des Heimwehs zeigt sie erschütternd ihre Kraft — aber Allah hat es gewollt, Allah hat genommen, er wird geben, Allah ist groß! —

Die tiefe wahre Religiosität des einfachen türkischen Mannes macht ihn im Leiden stark, in Erdulden vorbildlich. Auch der Tod hat keine Schrecken für ihn. Allah ruft die Seele zu seligen Freuden, wie sie die Erde dem armen Manne nie verleihen konnte. In Allah schlafen die Toten! Allah gibt Frieden! —

Zum Kampf vom Tage

Von Jakob Schaffner

Ich hoffe, daß es mir erlaubt ist, als Schweizer einige schweizerische Beleuchtungen zum deutschen innern Kampf vom Tage zu geben. Der Kampf faßt sich, wie ich ihn verstehe, zusammen in der Forderung nach Liberalisierung, nicht Demokratisierung, des öffentlichen deutschen Lebens, einer bodenwüchsigen Forderung, die keine umstürzende Neuerung in Aussicht stellt, sondern eine natürliche und lebendige politische Weiterentwicklung des alten deutschen Humanismus erstrebt, sie enthält nicht einmal eine Radikalisierung, sondern einen maßvollen und besonnenen Gedanken des Notwendigen. Sie macht auch nicht den Versuch, die Verfassung der deutschen Seele einer Umwälzung zu unterwerfen, sondern ganz davon abgesehen, daß diese deutsche Seele nicht umzuwälzen ist, fühlt sich die Forderung nach fortschreitender Liberalisierung

Digitized by Google

einzig von dem Wunsch getrieben, dieser deutschen Seele zu ihrem Wachstum erweiterte Möglichkeiten zu verschaffen. Aber nicht nur der Seele. Auch der Körper des Volkes, von seiner Seele untrennbar, braucht weise und nach seinem Gefühl würdige Verhältnisse zu seinem Gedeihen. In einem gesunden Körper wohnt nach der alten Erkenntnis eine gesunde Seele, und in einem zufriedenen eine zufriedene. Ich gehöre nicht zu den blindbegeisterten Anhängern der politischen Freiheiten, die von diesen alles Heil für den Menschen erwarten und sich ohne sie keines vorstellen können. Es ist schon manches große und heilsame Werk für die Menschheit geschaffen worden ohne besondere „demokratische Institutionen", und Völker mit sprichwörtlich berühmten Freiheiten erleben gegenwärtig eine rücksichtslose Vergewaltigung durch gerissene und kapitalstarke Minderheiten. Auch bin ich als Schweizer an eine ganze Reihe von Freiheiten durchaus gewöhnt, ohne bis jetzt gesehen zu haben, daß sie dazu dienten, gewisse menschliche Unvollkommenheiten, Elendzustände, Mißwaltungen und Beschränktheiten auszurotten oder nur ungewöhnlich scharf anzugreifen. Trotzdem ist es unmöglich, einem Volk liberale Einrichtungen vorzuenthalten, wenn es sie ins Auge gefaßt hat als diejenigen Zustände, in welchen es zufriedener und würdiger fortzuleben hofft. Es ist auch unmöglich, ihm andere Einrichtungen zu geben als diejenigen, die es aus seinem stillsten Traum geschöpft hat als persönliche Wunscherfüllung und als Mittel zur Verbesserung von gegenwärtigen Zuständen, in welchen es sich nicht mehr wohl und gut aufgehoben fühlt. Das Regieren ist ja heute keine Schwarzkunst mehr, die den natürlichen Gang der Dinge zu verändern trachtet, sondern eine echte Weisheitskunst, die eben diesen natürlichen Gang zu erhorchen strebt, um ihn zu fördern. Eine Willkür ist auch aus dem allerbesten Wollen und dem reinsten Stilgefühl im Regierungsgeschäft von heute nicht mehr denkbar, sondern wie die zugestutzten Bäume mit ihren Pyramiden, Kugeln, stilisierten Tieren und sonstigen Figuren aus unsern Gärten zugunsten der freien, schönen Natur verschwunden sind, so werden auch alle künstlichen und einengenden Formen aus unserm öffentlichen Leben verschwinden. Das Gefühl von Bedauern, mit welchem wir vertraute und liebgewordene Beschränkungen und enge Wohlanständigkeiten der alten Zeit fallen sehen, ist ein Opfer, welches wir dem lebendigen Bedürfnis des gegenwärtigen Menschen bringen müssen. Uns persönlich als Individuum oder Gruppe bleibt es überlassen, unsre Kulturideale nach unserm Bedürfnis zu wählen, denn es macht das Wesen des echten Liberalismus aus, daß er die öffentliche Verfassung ist, in welcher sich jede innerliche nach Trieb und Kraft auswirken kann. Grenzen finden sich erst dort, wo die persönliche Freiheit des einzelnen entartet und zur persönlichen Willkür des einzelnen oder der Gruppe wird.

Vor dieser Aussicht staut sich denn auch am häufigsten der Widerstand gegen die Forderung des Tages. Der Widerstand ist eingegeben aus edlen Besorgnissen um die Zukunft des deutschen Wesens, das man um keinen Preis nach westeuropäischen oder

Digitized by Google

amerikanischem Muster umbilden lassen möchte. Man sieht, daß sogenannte freie Regierungseinrichtungen gerade in dieser Zeit, in welcher die Völker grenzenlose Opfer für nationale Ziele einsetzen, die Willkürherrschaft von einzelnen Einflußgruppen nicht nur nicht ausschließen, sondern in auffallender Weise die Bildung von Gewaltherrschaften und die Förderung von unvölkischen und sogar volksfremden Einflüssen zu begünstigen scheinen, wie gegenwärtig in Rußland. Daß diese Beobachtung lebhaftestes Mißtrauen einflößt, ist begreiflich. Man erlebt auch am amerikanischen Beispiel, wie ein „demokratisches" Volk von einer entschlossenen und geldstarken Minderheit Wege geführt werden kann, die es nicht im Traum von selber eingeschlagen hätte und die ihm seiner Natur und seiner Vergangenheit nach vollkommen uneigen sind. Wir können nicht so denken, planen, leben und zielen wie jene Nationen, weil wir nicht die Lage dazu haben, weil wir nach unsrer Lage und Anlage durch Methoden schwächer werden müßten, durch welche die andern zu Einfluß und Macht kommen. Wir haben kein reiches und grenzenloses Land, keine offenen Wege in die Welt, keine von Natur geschützte geographische, ethnographische und strategische Lage, und müssen immer noch auf unsre Sicherheit bedacht sein, wo die andern längst zu Unternehmungen ausschwärmen. Da diese Verhältnisse sich nie ändern können, werden auch notgedrungen unsre äußern und innern Sicherungen fortdauern müssen. Dies sind in kurzen Worten die Bedenken der Männer, die eine nationale Furcht davor empfinden, sich den Forderung des Liberalismus zu öffnen.

Ihre äußern Begründungen sind richtig und unwiderleglich; ich bin selber am tiefsten von ihrer geschichtlichen Wahrheit durchdrungen. Aber in der Anwendung auf die deutsche Seele und den weltsittlichen Bestand des deutschen Wesens scheinen sie mir zu wenig Zutrauen zur innern tiefen Bedingtheit dieses Wesens und zur sittlichen Hoheit jener Seele zu besitzen. Mögen sie auf jenen deutschen Stamm blicken, der südlich des Rheines lebt, durch eine staatliche Grenze vom Großdeutschtum abgetrennt, durch den Grundsatz der Neutralität auch dessen Geschichte entfremdet, in enger Ehe mit romanischer Kultur, allen internationalen Einwirkungen wie einem ständigen sittlichen Bombardement ausgesetzt, und zum Teil unter so freien öffentlichen Einrichtungen, wie sie in deutschen Landschaften nicht einmal als Traum umgehen, geschweige als Forderung aufgestellt sind, wozu vielleicht tatsächlich die geschichtliche Lage fehlt. Bewiesen ist dies aber noch nicht und es sollte beachtet werden, daß der Grundstein zum modernen schweizerischen Staat zur Zeit der größten Freiheit seiner Völker gelegt wurde. Die wirklichen Freiheiten haben seither abgenommen, was sich neuerlich mehr wirtschaftlich aus dem Druck des internationalen Kapitalismus erklärt als moralisch aus früheren allgemein-politischen Wandlungen, deren Einflüsse doch im wesentlichen überwunden sind. Es darf auch bemerkt werden, daß Deutschland einmal eine Zeit hatte, in welcher es die größten schweizerischen Volksfreiheiten in weiten Gebieten selber pflegte, und es war nicht seine undeutscheste Zeit. Was aber den

Digitized by Google

schweizerischen Menschen deutscher Zunge angeht, so muß man zuerst alle Trübungen wegschaffen, die sein romanischer Partner an seinem Bild vornimmt, um zu seinem wahren Wesen vorzudringen, und das ist völkisch so ursprünglich deutsch und unverbildet, wie es irgendwo in Schwaben, Bayern und Westfalen und auf dem platten Land der norddeutschen Tiefebene nur sein kann. Darüber soll man sich keinen Zweifeln hingeben. Hat man sie, so soll man einmal die deutsch-schweizerische Literatur durchgehen, oder, was noch besser ist, ein paar Sommerwochen anstatt in einer schweizerischen Fremdenkarawanserei im unberührten Mittelland verbringen. Die deutschen Tugenden, das muß einmal gesagt werden, leuchten dort ungebrochen aus der Haltung von Volk und Regierung in der gegenwärtigen außerordentlich schweren Zeit. Von belgischem Temperament oder rumänischem Wesen erfüllt wäre die Schweiz längst den Weg jener Staaten gegangen. Wäre die politische Form die charakterbildende Macht im Volk, so müßte alle französische politische Korruption im Land zu finden sein, denn außer der geistigen Erbschaft der Revolution haben wir ja auch noch genug romanisches Blut. Dagegen geschieht das Gegenteil. Alle revolutionären Freiheiten und die modernen dazu, denn wir sind noch ein ganzes Teil freier als Westeuropa und Amerika zusammen genommen, bringen uns nicht um unsre angestammte germanische Sitte und unsre deutsche Geistes- und Sachkultur, sondern die Fortschritte müssen es sich gefallen lassen, nach unserm Herkommen und Gefühl umgebildet und nach unsrer ganz persönlichen Vorstellung angewendet zu werden. Denn der Geist ist es, der lebendig macht. Der Geist weht aber nicht da her und dort her, sondern jedes Ding hat seinen Geist in sich, geschweige jedes lebendige Wesen. Wir sind noch so deutsch und ursprünglich, daß wir im Reich als altmodisch gelten mit allen modernen Errungenschaften. Das heißt mit andern Worten, der Reichsdeutsche hat bereits internationale Abwandlungen erlitten nicht durch politische Freiheiten, die er selber noch zu vermissen erklärt, sondern durch den internationalen Kapitalismus und durch jene Triebe und Getriebenheiten, die man als Imperialismus bezeichnet. Trotzdem: ist es möglich, das moderne deutsche Volk mit dem modernen englischen oder französischen zu verwechseln? Ferner: ist es besser, dem deutschen Menschen durch die Vorenthaltung von modernen Freiheiten zu westeuropäischen Sehnsüchten und Geistesmoden zu verhelfen, oder ihn durch wirkliche Freiheiten im eigenen Land und hinter seiner Tür nutzbringend und häuslich zu beschäftigen? Die Ausländerei war am größten in Deutschland immer zu den Zeiten der geringsten politischen Freiheit, und das Deutschtum am selbstherrlichsten in den Zeiten des wirklichen Liberalismus von Volkes Gnaden. Dieser Satz ist sicher und heilig fest: das deutsche Volk kann jede Freiheit vertragen, aber keine Unfreiheit auf die Dauer, ohne an seiner innern Hoheit und Selbstachtung Schaden zu leiden. Völkische Freiheit ist das wahre Gegengift gegen alle kosmopolitische Sehnsüchtelei. Die Schweizer waren Franzdslinge, bis sie ihre Freiheiten hatten, dann wurden sie Schweizer, auch die Welschschweizer. (Von etwas

Digitized by Google

Zeitgetümmel lassen wir uns nicht irre machen.) Und dann bleibt ja immer noch die deutsche geschichtliche und geographische, ethnographische, wirtschaftliche und strategische Lage, die nicht aufzuheben ist, die tausend Jahre lang und länger dem Volk ihren Stempel aufdrückte, sein Denken beeinflußte, seine besondere Kultur aufbaute und unter bestimmtem atmosphärischem Druck seine einmalige und unübertragbare Moral hervor brachte. Diese Lage wird so lange unerbittlich weiter wirken, bis das deutsche Volk zwischen Vogesen und Pyrenäen oder zwischen den Atlanischen und Stillen Ozean verpflanzt wird. Dann werden andere Gesetze beginnen. Inzwischen wird es einen großmütigen und reichen Liberalismus nötig haben, um den äußern Druck seiner Lage und die ungewöhnlichen Forderungen, die es an sich selber stellen muß, um sich weiterhin zu erhalten, nicht nur zu ertragen, sondern in der schöpferischen Tiefe seines Gemütes zu Fruchtbarkeit und Gestaltung zu verwandeln. Es ist nicht genug, daß man einem Volk Furcht macht, um an seine Notwendigkeit und an seine geheimen Kräfte zu glauben, man muß ihm dazu auch Freude machen. Im modernen Staat verwandelt sich ohnehin jede Regung in Pflicht. Aber wie gesagt: wen Zweifel anfechten, der blicke auf das schweizerische Volk, um zu sehen, wie moderne Freiheiten im deutschen Wesen sich gestalten.

Immer ist dabei die Rede von einer deutschen Freiheit, die sich von jeder andern Freiheit in wesentlichen Stücken unterscheiden muß. Auch gibt es keine Befreiung von dem moralischen Druck dieser Wahrheit: Wer den Liberalismus verhindert, bereitet den Durchbruch der Demokratie vor. Es ist heutzutage bloß noch nötig, den sittlichen Trieb der Zeitgenossen zur geistig-politischen Freiheit mit zureichenden Mitteln zu bekämpfen, um die Zukunft der Nation dem ungeistigen Zwang zur Gleichheit auszuliefern.

Notizen

Nochmals die Kinoreklame. In Heft 9 der „Deutschen Politik" vom 2. März haben wir auf die unangenehme Kinoreklame eines Hallenser Lichtbild-Theaters hingewiesen, die durch die marktschreierische Form der Anpreisung ihrer Bilder von der Somme-Schlacht das Empfinden unserer Feldgrauen verletzen mußte. Jetzt sendet uns ein Feldgrauer ein Inserat aus der „Leipziger Volkszeitung" vom 21. Juni 1917, in welcher das Astoria-Theater in der Windmühlenstraße die Erstaufführung von Szenen aus der 10. Isonzo-Schlacht mit den Worten ankündigt: „Aufgenommen mit Bewilligung des Armee-Oberkommandos und des Kriegsministeriums. Authentische Aufnahmen von 14 Operateuren in den vordersten Stellungen."

Hierzu schreibt uns der vorgenannte Feldgraue: „Vor einigen Tagen kam ich an einer Gruppe Infanteristen vorüber, die gerade aus der Stellung in der Champagne nach schweren Kämpfen zurückgezogen waren. Eine Zeitung bildete den Gegenstand der Unterhaltung. Die Äußerungeu der Leute waren aber nichts weniger als zufrieden. „Nun wissen wir ja, warum wir noch hier draußen uns totschlagen lassen müssen. Damit die Leut' ins Kino gehen können und eine Schlacht zu sehen bekommen." Ich ahnte, was in der Zeitung stand und meine Ahnung wurde bestätigt, als ich die hier beigefügte Anzeige aus der „Leipziger Volkszeitung" vom 21. Juni las.

Vor einiger Zeit hat die „Deutsche Politik" bereits zu dieser Frage Stellung genommen.

Digitized by Google

Was damit erreicht ist, zeigt die Anzeige der „L. N.-Z." Ist man denn immer noch der Meinung, es hebe die gute Stimmung und die Kampfesstimmung der Truppen, wenn sie sich, während sie in tagelangem Trommelfeuer liegen, sagen müssen: da hinten stehen einige „Kinofritzen" und kurbeln, damit die Kinos Geld verdienen und die Leute sich amüsieren können? Wie sehr der Ausgang des ganzen Ringens von der guten Stimmung der Truppen abhängt, sollte doch endlich allgemein bekannt sein. Und wenn es nicht bekannt ist, so sollte von maßgebender Stelle dafür gesorgt werden, daß derartige Äußerungen der Verständnislosigkeit und der fehlenden Kraft der Daheimgebliebenen, im Entbehren von Unterhaltung und Vergnügung „Durchzuhalten", nicht möglich sind und großes Unheil anrichten können. Es wäre meines Erachtens eine lohnende sittliche Aufgabe, das erreichen zu können."

Wilson beabsichtigt die Spaltung der Mittelmächte. Der Sonderberichterstatter der „Morning Post" in Washington schreibt in der Nummer vom 19. 7. unter dem 18. 7.: „Die Krise in Deutschland und in Österreich-Ungarn wird von der Regierung in Washington aufmerksam verfolgt. Man hat erfahren, daß Österreich-Ungarn gerne Frieden machen möchte, aber von Deutschland daran gehindert wird. Auf die verschiedenen Gerüchte dieser Art legt man in Washington jedoch keinen besonders großen Wert. Über die Verhältnisse in Österreich-Ungarn ist man ziemlich gut orientiert. Man weiß, daß Österreich dauernd in Not ist, daß das Volk sehr leidet, daß zwischen Zisleithanien und Transleithanien Zwiespalt besteht, und daß die Magyaren nicht mit Leib und Seele beim Kriege sind. Aber man weiß auch, daß Österreich so sehr unter deutschem Einfluß steht, daß es nicht wagt, das Bündnis zu brechen, solange es nicht sicher ist, daß Deutschlands innere Verhältnisse so verzweifelt sind, daß man im Falle eines Bruches nichts mehr von ihm zu fürchten braucht. So weit ist es aber nach Ansicht der Regierung in Washington noch nicht gekommen.

Das gegenwärtige Verhältnis Österreichs zu den Vereinigten Staaten ist sonderbarer Art. Obwohl die diplomatischen Beziehungen abgebrochen sind und man sich gegenseitig als Feind ansieht, hat weder die eine noch die andere Seite formell den Krieg erklärt. Bis jetzt sind die normalen Beziehungen der beiden Länder noch durch nichts gestört worden. Darin liegt eine Absicht des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Er verfolgt Österreich gegenüber eine versöhnliche Politik. Er hofft dadurch im Falle eines Bruchs zwischen Deutschland und Österreich eine Verständigung zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten zu erleichtern. Dies würde dann zum völligen Bruch mit Deutschland führen und Österreich einen Frieden mit den Verbandsmächten ermöglichen.

Zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei sind die diplomatischen Beziehungen abgebrochen, bis jetzt ist aber noch von keiner Seite eine offene Feindseligkeit erfolgt. Auch zwischen Bulgarien und den Vereinigten Staaten sind die diplomatischen Beziehungen nicht abgebrochen. Die bulgarische Gesandtschaft befindet sich noch in Washington und ihr diplomatischer Vertreter wird vom Staatssekretär in der gleichen Weise empfangen, wie die Vertreter aller anderen Länder. Das Staatsdepartement wurde deshalb häufig gewarnt und darauf aufmerksam gemacht, daß die Mittelmächte durch die bulgarische Gesandschaft wichtige Informationen erhalten könnten. Doch ist man auf Regierungsseite offenbar der Ansicht, es lohne sich, angesichts des dabei möglichen Gewinnes, dieses Risiko auf sich zu nehmen. Man glaubt in Washington, daß das Bündnis mit den Mittelmächten bald auseinanderfallen wird, da Bulgarien und die Türkei kriegsmüde sind, und beide Länder keinen Vorteil darin erblicken könnten, im Falle eines Sieges der Mittelmächte zu Puppen Österreichs und Deutschlands zu werden und im Falle einer Niederlage mit ihnen zugrunde zu gehen."

England gibt den Verlust seiner Seeherrschaft zu. Im Leitartikel des „Manchester Guardian" vom 18. 7. findet sich folgendes betrübte Geständnis: Das deutsche U-Boot hat

Digitized by Google

unsere Seeherrschaft sehr verringert, indem es den freien Lauf unserer Handelsschiffahrt gehindert hat. Die Seeherrschaft im alten Sinne des Wortes besitzen wir nicht mehr, und wir werden sie nicht wiedererlangen, bis ein neues Mittel gegen din U-Boote — vielleicht durch Umbau unserer Handelsschiffe in Handels-U-Boote — gefunden werden wird.

Was man in England von der russischen Offensive erhoffte. Der militärische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" schreibt am 17. 7.: Die militärische Auswirkung der jüngsten russischen Siege hängt davon ab, in welchem Grade die anderen russischen Armeen eingesetzt werden können, sowie von der Versorgung mit Munition und Kriegsmaterial, den Truppennachschüben und dem Zustande der rückwärtigen Eisenbahnverbindungen. Auf alle Fälle steht das deutsche Oberkommando heute vor einer viel ungünstigeren Lage als vor zwei Wochen, denn die russische Front bedarf sorgfältiger Aufmerksamkeit, wenn die Russen gehindert werden sollen, das im Jahre 1915 verlorene Gebiet wieder zu erobern. Die Wirkung der Offensive wird sich auch sofort auf der italienischen Front bemerkbar machen, wo man einen starken deutsch-österreichischen Angriff jeden Tag zu befürchten hatte. Auch in Frankreich wird das deutsche Oberkommando nicht so starke Kräfte zur Abwehr unserer Offensive verfügbar haben.

Die Selbständigkeitsbestrebung der Ukraine und die provisorische Regierung. Der Kompromiß der sozialistischen Minister mit der Ukraine bedeutet nur eine Vertagung der ukrainischen Frage. Die Selbständigkeitsbewegung in der Ukraine ist viel zu tief orientiert und dürfte zu sehr dem inneren Streben der Ukrainer entsprechen, als daß Vertröstungen tiefergehende Wirkung haben könnten. Die russische Öffentlichkeit weiß dies sehr gut. Auch in Kiew betrachtet man die Spannung nur als vorübergehend gemildert. Wie uns aus Stockholm gemeldet wird, hat der ukrainische Zentralrat es als notwendig erachtet, die ukrainische konstituierende Versammlung einzuberufen und das Generalsekretariat der Ukraine beauftragt, einen Vorschlag in der Sache auszuarbeiten. Auf den Straßen Kiews wehen anstatt der roten russischen Revolutionsfahnen gelbblaue ukrainische Fahnen.

Unter den gegenwärtigen Umständen hat die ukrainische Bewegung das eine unbedingt erreicht: ein russischer Einheitsstaat ist jetzt ein Ding der Unmöglichkeit. Nur eine förderative Republik mit weitgehender Autonomie der Grenzmarken dürfte denkbar erscheinen. Welch eine Bedeutung diese Tatsache hat, braucht nicht weiter erörtert zu werden.

Neuerscheinungen

Die Neutralen

Der frühere holländische Minister S. van Houten äußert in einer Schrift „Der Ausweg" („Politik", Berlin) Gedanken über Staatsgemeinschaft: „Internationale Verwaltung des Meeres ist das einzige Mittel, welches einen der friedlichen Arbeit der Völker dienenden Zustand wiederherstellen kann. Man müßte auf den Grundsatz, daß das Meer niemandem gehört, zurückgehen und eine internationale Seepolizei einführen, natürlich mit besonderen Verfügungen für Staaten, deren verschiedene Gebietsteile durch das Meer getrennt sind. Es ist der einzige Ausweg aus dieser immer heißer werdenden Hölle. Natürlich wird jeder sogleich die Frage aufwerfen: Und England? Meine Antwort ist: versucht es! Warum soll England nicht mit der führenden Rolle in der internationalen Seepolizei zufrieden sein können? In Anbetracht seiner Weltmacht kann es keinen Stärkeren auf dem Meer dulden, und in dieser Hinsicht muß man England recht geben. Aber ohne Opfer und Kampf die gleichen Bürgschaften für seine eigenen Interessen zu erlangen ist entschieden der bessere Weg, nicht nur für die Anhänger von Cobden und Bright, sondern auch für den Steuerzahler, dem in England die Schraube ohne Ende nicht weniger verdrießlich sein wird als anderswo." „Aber wird England seine Oberherrschaft zur See freiwillig aufgeben? Diese Frage wird England selbst zu beantworten haben. Diejenigen, welche eine Neuorganisation unterstützen, die England die gleichen Rechte wie allen anderen Staaten gibt, brauchen deshalb ihre Pläne nicht aufzugeben, weil möglicherweise England sich

Digitized by Google

ihnen widersetzen wird. Englands Machtstellung verursacht auch ungeheure Kosten, die das Land überbürden; dieser Zustand würde sich noch verschlimmern, wenn es sich einer Neuorganisation gegen den einstimmigen Wunsch der anderen Völker widersetzen wollte. Und das freiwillige Zusammenwirken Englands? Warum wäre das nicht möglich? England schwankt auch in seiner internationalen Politik. Es hat einen Weg verfolgt, der für England reaktionär geworden ist. Die Politik, die seit der Abschaffung von Cromwells Handelsgesetzen und der Getreidezölle, gewöhnlich Cobden- und Brightzölle genannt, ganz auf der Höhe gestanden hatte, verlor durch den Verrat Chamberlains für einige Zeit ihr Prestige. Im Jahre 1906 hatte sie ihre frühere Macht zurückerlangt. Die Bildung des Ministeriums Campbell Bannermann war ein Wechsel des Spiels und der Spieler. Die öffentliche Meinung in England war anti-militaristisch in derjenigen Partei, welche die Gewalt über die Regierung ausübte. Dieselbe wünschte Verminderung der Kosten für die Marine und freundschaftliche Beziehungen zu anderen Ländern. Unglücklicherweise wurde diese Partei von Anfang an in ihrer Politik durch Deutschlands Flottenprogramm stark beeinträchtigt, denn, obgleich dasselbe nicht mehr als zwei Drittel soviel Schiffe baute als England, ignorierte es doch die Tatsache, daß die Partei, die in England die Regierungsgewalt besaß, ihr letztes Drittel nicht aus freien Stücken baute, sondern nur um dieses Verhältnis Deutschland gegenüber aufrecht zu erhalten. Durch diese Sachlage beeinflußt, wurde die kosmopolitische Friedenspartei im Ministerium geschwächt, und der nationale egoistische Geist, der durch das Oberhaus und die Unionisten vertreten war, bekam die Oberhand. Und so kam es, daß der Krieg als Mittel dienen sollte, die Konkurrenz um die Oberherrschaft zur See zu zerstören. Nichtsdestoweniger kann niemand vorhersagen, was England tun würde, falls Deutschland, Rußland und andere Nationen jene „Freiheit der Meere" im Grundsatz annähmen, ohne jede andere Flotte als die internationale Polizeiflotte. Es würde sicherlich dahin führen, daß von einem „deutschen Militarismus" nicht mehr die Rede sein kann, um dessentwillen, der englischen Presse zufolge, der Krieg angefangen wurde. Die ungeheure Ausdehnung des gegenwärtigen Krieges, die Unmenschlichkeit der Kriegführung und die noch viel entsetzlichere Lage, welche entstehen wird, wenn alle Völker fortfahren werden, mit der Erfindung technischer Mittel zum Zwecke gegenseitiger Vernichtung zu rivalisieren, erheischen von seiten der Anhänger der Friedensbewegung, sowie durch die Kooperation der Völker ebenso wirkungsvolle Mittel zum gemeinsamen Handeln. Es wird jedem von Tag zu Tag klarer, daß es sich hier nicht mehr um eine unbedeutende Machtverschiebung, sondern um die Vernichtung unserer ganzen Zivilisation handelt."

Mit Skandinavien beschäftigt sich nur eine Untersuchung über „Die künftigen Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Skandinavien" von O. Seligmann (Westermann, Braunschweig), die zu dem Ergebnis kommt, „daß in Skandinavien bisher für das Ziel, nach dem Kriege in möglichster Ausdehnung auf dem russischen Markte festen Fuß zu fassen, zwar eine Reihe bedeutsamer Einrichtungen, die bei uns größte Beachtung verdienen und in Zukunft Früchte tragen können, geschaffen sind, daß aber die tatsächliche Bearbeitung dieses Wirtschaftsgebietes zumal bei Berücksichtigung der nach dem Kriege drohenden amerikanischen und englischen Konkurrenz, um von Deutschland zu schweigen, nicht über Ansätze hinausgekommen ist."

Sehr reich fließt das literarische Leben in der Schweiz. Kriegsbeginn und Kriegsende spielen darin die führende Rolle. Dazwischen sieht man die Schweiz rüstig um ihre eigenen geistigen Angelegenheiten sich bekümmern:

Mit der Schuldfrage am Kriege im weiteren Sinne beschäftigt sich M. Beer in dem Buch „L'entente annexioniste" (Ferd. Wyß, Bern 1917). Sein Standpunkt ist so verständig, daß es verlohnt, ihn hervorzuheben. „Es ist unmöglich, heute zu einem Einverständnis in der Schuldfrage zu kommen. Wie alle Wahrheiten, wird auch die nur langsam sich durchsetzen. Man hat lange Jahre hindurch die Wurzeln des Krieges von 1870 erörtert und noch ist nicht einmal in Frankreich eine Einigung erzielt. Die große Arbeit, sich über die Irrtümer der Vergangenheit klar zu werden, setzt das Aufhören der Feindseligkeiten voraus, man kann sie nicht leisten in dem Lärm der Kanonen, sie nicht beenden mitten unter Tränen, unter Schreien der Leidenschaft und des Hasses." — „Man kann aber", sagt der Verfasser, „als Forderung für den Frieden schon jetzt das Verlangen nach Annexionen zurückdrängen, das sich vor dem Kriege oder während des Krieges herausgestellt hat." Und die geschichtliche Untersuchung, die der Verfasser anstellt, beweist zur Genüge, daß die Ausführung und die Absicht von Annexionen im gegnerischen Lager größer und rücksichtsloser waren als im Lager unserer alldeutschen Annexionisten. Um so dringlicher erhebt sich die Forderung, daß man gegen diese Verirrung des zeitgenössischen Geistes Front macht. „Der Friede darf nicht eher kommen, bevor die moralische Gesundung sich vollzogen hat. Der zukünftige Friede wird nicht allein politisch, sondern auch moralisch sein müssen, er ist unmöglich, wenn er nicht auf der gegenseitigen Achtung der Völker ruht, wenn er dem Geist, dem Herzen der Völker Gewalt antut. Solange es Völker gibt, die darauf ausgehen, ihre

Digitized by Google

Nachbarn zu berauben und ihre Entwicklung zu hemmen, ist der Friede unmöglich. Man hat so viel von Reichen und Imperialismus gesprochen, der Augenblick ist gekommen, wo man wieder von Menschen und der Menschlichkeit sprechen muß." Mit einem „Aufruf zur Geduld" wendet sich William Archer an die Neutralen (Orell Füßli, Zürich 50 C.). Ein Angehöriger der Entente versucht die Kriegsmüdigkeit der Neutralen durch den Hinweis auf das baldige Kriegsende zu bekämpfen.

Unter den eigenen Angelegenheiten stehn, wie überall, die Ernährungsfrage und die Finanzfrage im Vordergrunde: J. Käppeli überblickt sie in einer Schrift „Die Lebensmittelversorgung der Schweiz" (Ferd. Wyß, Bern). Die Behörden seien bestrebt gewesen, dem Ganzen nach Kräften zu dienen, und hätten hierbei bei den wirtschaftlichen Organisationen weitgehende Unterstützung gefunden: „Die zuständigen Organe haben sich zutreffend gesagt, daß mit einer einseitigen Festsetzung von Höchstpreisen der Bevölkerung nicht gedient sei, wenn dadurch Gemüse, Kartoffeln, Obst und dergleichen vom Markt ferngehalten werden. Infolgedessen haben sie sich selbst nach Möglichkeit mit der Beschaffung dieser Artikel befaßt, diese an Markttagen zu angemessenen Preisen abgegeben und dadurch gleichzeitig preisregulierend auf die ganze Marktzufuhr einzuwirken vermocht." Die Ursachen der bestehenden Teuerung „sind weniger örtlicher als internationaler Natur". Das schweizerische Finanzproblem untersucht Oskar Baumgarten in einer Schrift, die bei Ferd. Wyß, Bern, erschienen ist. Folgendes ist nach Baumgarten der Kern des Problems: „Die Steuergleichheit des Schweizer Bürgers ist ein kantonaler Begriff, auf dem Bundesgebiete ist die Gleichheit des Bürgers vor dem Gesetz in dieser Materie noch nicht hergestellt. Es ist klar, daß dieser Zustand kein bleibender sein kann, so wenig, als die wirtschaftliche Entwicklung angehalten werden könnte. Das Ziel der allgemeinen schweizerischen Steuerentwicklung ist gegeben. Das Prinzip der künftigen Entwicklung wird zweifellos nicht der Föderalismus, sondern der Zentralismus sein." Ein Blick auf die Finanzlage der Kantone nämlich beweist, „daß es nicht nur ein eidgenössisches, sondern ein allgemein schweizerisches, auch kantonales Finanzproblem ist, an dem wir laborieren. Dieser Ausgleich würde in einem geregelten Subventionswesen und einer nach dem Maßstabe der Bedürfnisse abgestuften Anteilnahme der Kantone am Bundeserträgnis bestehen. Als Grundgesetz müßte ein Verfassungsparagraph niedergelegt werden, welcher die Souveränität des Bundes in Finanzdingen über diejenige der Kantone stellte. Der Bund erhielte dadurch, genau wie sein Vorbild, der Nordamerikanische Staatenbund vom Jahre 1787, die Kompetenz zur Auflage direkter und indirekter Steuern. Die Bundessteuer wäre nichts anderes als die moderne Konsequenz aus den kantonalen Kontingenten."

In einer Schrift „Wir Schweizer und unsere Beziehungen zum Ausland" kommt C. A. Loosli (O. Füßli, Zürich) zu dem Schluß: „Die Kluft, die sich in der Schweiz aufgetan hat, besteht im letzten Grunde nicht zwischen Eidgenossen, sondern zwischen Leuten, die sich als Schweizer, und nur als Schweizer fühlen und dem im Solde des Auslandes stehenden Ring, dessen planmäßige andauernde Tätigkeit einen Teil der schweizerischen Köpfe dermaßen verwirrte, daß sie sich nicht mehr auf ihr ursprüngliches Schweizertum zurückzubesinnen vermögen. Diese Kluft soll und darf nicht überbrückt werden! Denn solches Überbrücken wäre gleichbedeutend mit der Preisgabe alles dessen, was uns die Schweiz als Vaterland und Heimat lieb und teuer macht. Nein, unsere Aufgabe als Schweizer muß darin gipfeln, den Ring zu sprengen; seine Tätigkeit auf jedem Gebiete zu entlarven und bloßzustellen; seine Führer zu besiegen und seine Werkzeuge unschädlich zu machen. Ist dies einmal geschehen, dann, aber aber auch erst dann, wird auch die Kluft, die uns trennt, verschwunden sein." Auch Werner Anderhalden spricht vom 500. Geburtstag von Niklaus von der Flüe ähnliche Gedanken aus („Mehr Stolz, ihr Schweizer!" Füßli, Zürich) „Das unermüdliche Verbeugen vor allem, was anderer Art ist, aus einer Ehrfurcht, die nicht verständlich ist, bringt uns in die Gefahr, unsere Eigenart zu verlieren, vermindert die Fähigkeit, Fremdes in Eigenes umzugestalten, und dort, wo seine Aufnahme nicht erwünscht ist, bewußt fernzuhalten oder abzustoßen. Auf den Geist kommt es an, der zwischen uns wohnt. Dieser Geist muß ohne Kompromiß der unserer Ahnen sein, die mit ganzer Seele und ohne Falsch und schmerzliches Seitwärtsblinzeln an ihrer Heimat hingen. Wo er nicht gleich geartet ist, lehnen wir es ab, ihn als Schweizergeist anzuerkennen und auf der Stufe der Gleichberechtigung zu behandeln." Ein Denkmal dieser echten Schweizer Art ist die Biographie des Bundesrats Frey-Herosé, eines Typus der politischen Sturm- und Drangperiode von 1848 und eines ausgeprägten demokratischen Parteipolitikers, mit der Hans Schmid, ein Schüler von Oechsli, eine Geschichte vom Aargau in der Schweiz in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts gibt. Das ist Schweizer Eigenart, daß Verwaltung, Militär, Handelspolitik, innere und äußere Politik vom Parteileben zum eidgenössischen Zollwesen und zu den ersten Handelsverträgen sich in der Lebensgeschichte eines einzelnen Mannes spiegeln können, der zudem „als Abbild echten Schweizertums mit der Regeneration des neuen Bundes für immer verknüpft ist". (Sauerländer & Co., Aargau.)

Am meisten ringt sich dieses durch den Krieg gesteigerte Selbstgefühl des Schweizers in der eigenen

Digitized by Google

literarischen Betätigung der Schweiz durch. Der Verlag W. Schneider in St. Gallen eröffnet eine neue Sammlung schweizerischer populär-wissenschaftlicher Vorträge und Abhandlungen mit einem Vortrag des Dr. Imboden über „Religion und ärztliches Wissen". Mit diesem Unternehmen wird für die Schweiz die erste Sammlung von Schriften geschaffen, die wissenschaftliche Darstellung in gemeinverständlicher Form der Allgemeinheit zugänglich machen wollen. Die großen deutschen Unternehmungen erhalten dadurch in der Schweiz das erste Gegenstück. Deutsche Vorbilder liegen auch dem Unternehmen zugrunde, das Orell Füßli in Zürich eröffnet hat. Unter dem Titel „Die stille Stunde" vereint der Herausgeber Jacob Bührer schweizerische Dichtungen in hübscher Ausstattung zu wohlfeilem Preis. Wie durch die wohlfeilen Bände des Verlages S. Fischer und der Insel die modernen deutschen Dichter, so kann man jetzt für 1—1½ Frank Proben der jüngsten Schweizer Dichter bekommen: Moeschlin, Reinhart, Lang, Marti. Infolge des Krieges sind manche deutsche Autoren zu Schweizer Verlegern übergegangen. Robert Walser gibt die neueste Sammlung seiner zierlichen, feinziselierten Stimmungsbilder bei Franke in Bern heraus (geb. M. 5.—). Ricarda Huch hat einen Vortrag über Jeremias Gotthelfs Weltanschauung bei A. Franke, Bern, erscheinen und damit der Pflege deutsch-schweizerisch er Beziehungen eine bedeutsame Förderung zuteil werden lassen. Aber auch für den Zeitgeist Wesentliches spricht Ricarda Huch da aus, wo sie Gotthelfs Verhältnis zum Staate betrachtet. „In dem modernen Staate," so umschreibt sie die Auffassung Gotthelfs, „der eine Erfindung des menschlichen Verstandes ist, eine, wenn auch feine bewundernswerte Maschine, ist das Natürlich-Göttliche nicht mehr vertreten, der Mensch wird nur als menschliches, sinnlich-selbstsüchtiges, aber moralisches Verstandswesen betrachtet." „Dennoch war Gotthelf," so sagt sie weiter, „kein Romantiker, der sich von seiner eigenen Zeit tatenlos abwendet. Dazu war Gotthelf eine viel zu christliche Natur, d. h. auf intensive Anteilnahme, persönliches Leben und Handeln, auf Kampf gestellt. Er sah ein, daß es Stillstand nicht gibt, sondern daß, wie die Einzelnen, so die Geschlechter und Völker eine Entwicklung durchlaufen, und daß nach einem Naturgesetz die herrschenden, die oberen Glieder einmal erlahmen, und daß die Kraft dann in die jeweils niederen übergeht, bis alle durchlaufen sind. So sah er ein, daß keine Volksherrschaft aufkommen würde, wenn die Herrscher nicht zuvor schwach und untüchtig würden, und daß ohne zunehmende Schwäche der Männer keine Frauenemanzipation entstehen könnte. Mit dem Erlahmen der herrschenden Glieder schwindet aber auch der Einfluß Gottes, da die Dienenden ihr Recht nur außerhalb der göttlichen Ordnung begründen können. Darum, weil Gotthelf das Notwendige und Unaufhaltsame der Entwicklung begriff, bekämpfte er nicht nur sie, sondern alles Schlechte. Auf der gegebenen Grundlage suchte er innerhalb erreichbarer Möglichkeit zu bessern und namentlich in den einzelnen Personen das Gute zu erregen, das Böse zu entlarven und zu vernichten. Daneben stellte er mächtig sein Idealbild hin, die natürlich göttliche Ordnung, der die menschliche sich ergänzend einfügt, nicht um eine Revolution zu bewirken, sondern, wie man in der Zeit der winterlichen Sonnenwende auf die Sonne weist, die, wenn die rechte Stunde da ist, den greisenhaften Winter, die Zeit der Erstarrung, der Surrogate des Lebens überwinden und den Frühling wiederbringen wird ‚So denke ich mir,' sagte er einmal, ‚werden die Völker, wenn sie recht in Wirrwarr, durch den Staat in Sümpfe gekommen, wo ihnen der Tod droht, wiederum das Heil in Christo suchen, werden erkennen, daß er der einzige Name ist, in dem die Menschen können selig werden, daß in ihm allein die wahre Freude ist, die von innen heraus, aus dem Heiligtum des Gemütes wachsen kann.'" Von sich aus fügt Ricardo Huch hinzu: „Indem der moderne Mensch sich auf sich selbst stellt, anstatt auf Gott, überspannt er seine zentrale Kraft, seinen Geist und sein Gemüt, und es tritt infolgedessen früher oder später eine Dezentralisation in Form von Geistes- und Gemütskrankheiten aller Art ein. Bei größeren Gemeinschaften, Ehe, Familie, Nation, führt die vermehrte Selbständigkeit der Individuen und ihre Loslösung aus dem natürlich göttlichen Grund und Mittel gleichfalls zur Auflösung und zum Zerfall. Die Hemmung der Natur auf der einen und die Überspannung der geistigen Kraft auf der anderen Seite, worauf die menschlich konventionelle Ordnung beruht, bewirkt Auflösung des Einzelnen wie der Gemeinschaften, das Hinausgehenwollen über die Art ohne Gott führt zur Entartung. Die Not wird die Menschheit treiben, wieder einen außer ihrer Willkür liegenden Mittelpunkt zu suchen, der ihr die verlorene Kraft wiedergibt, und damit zur natürlich-göttlichen Ordnung zurückzukehren."

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Jäckh, Verlust und Gewinn 1109
Deißmann, Das Kriegsmanifest der amerikanischen Kirchen 1112
Herre, Von Garcia Prieto zu Eduardo Dato 1118
Schmidt, Die Schulsprache unserer polnisch redenden Volksbezirke 1124
Schiemann, Streiflichter zur Weltlage X 1128
Notizen / Neuerscheinungen 1135

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 10. August 1917 Heft 32

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Beherrschung des Balkans vom Schwarzen Meer bis zu den Schwarzen Bergen Montenegros, noch die Zertrümmerung der Türkei. Auch alle drei Mächte zusammen haben ihr schließlich gemeinsames Kriegsziel einer Teilung der Türkei nicht erreicht. Auch die späteren Bundesgenossen und Hilfebringer haben weder ihre Entente noch sich selbst befriedigt: Italien weder im Trentino, noch vor Triest, noch gegenüber Dalmatien; und Rumänien nicht im „unerlösten" Siebenbürgen. Gemessen an den Kriegszielen, hat die Entente nur Verlust zu buchen.

Der Vergleich mit dem Zustand im vorherigen Frieden ergibt eine ähnliche Feststellung für alle — außer England. Frankreich sieht seine reichsten Gebiete verloren oder verwüstet, in Feindeshand oder als Schlachtfeld, das erst die Arbeit einer Generation wieder fruchtbar wird machen können. Frankreich fühlt sich menschlich verbluten und politisch als Pachtgebiet von England und von Amerika wie ein zweites Portugal. Als einzige „Entschädigung" gilt ihm der dünne elsässische Streifen ... Rußland sieht seine westlichen Gebiete in Feindeshand oder als Schlachtfeld, sieht seine östliche Macht durch den japanischen Freund geschwächt und erlebt als Republik die gänzliche Auflösung in einzelne Länder und Autonomien. Als einzige „Entschädigung" gilt ihm der unwirtliche armenische Teil ... Italien sieht nördliches und koloniales Gebiet (Tripolitanien) in Feindeshand oder als Schlachtfeld. Als einzige „Entschädigung" gilt ihm das bißchen Görz und das albanische Valona ... Serbien und Montenegro sind völlig verschwunden, und Belgien und Rumänien zum größten oder größeren Teil. Gemessen auch am Friedensbestand hat die Entente im wesentlichen Verluste zu buchen — außer England.

Gewiß — auch England hat politische Verluste sehr schwerer Art. Die Verluste der Geschäftsteilhaber sind auch die Verluste des Geschäftsleiters, besonders da dieser noch der verleitende und garantierende Anführer ist. Die Tatsache, daß es England nicht gelungen ist und nicht gelingt, mit Hilfe fast der ganzen Welt Deutschland und seine drei Verbündeten niederzukämpfen, wird je länger, je schwerer ein Schlag gegen das englische Weltprestige sein und bleiben und auch die Wiederkehr der gleichen Weltverführung verhindern. Dazu kommt der Verlust der wirklichen Seeherrschaft durch die wachsende Unterseebootswaffe. Dazu kommt auch der Verlust an militärischem Prestige durch die Orientniederlagen in den Dardanellen und in Kut el Amara, der auch durch den bisherigen Bagdaderfolg nicht ganz ausgeglichen wird. Gutzuschreiben ist die englische Leistung in Organisation und Armeekraft, die anfänglich und lange in Deutschland unterschätzt worden ist. Hauptgewinn für England ist aber heute zweierlei: einmal die Zusammenschweißung des englischen Imperiums und seiner Kolonien durch den Krieg und insbesondere die Stärkung des ägyptisch-indischen Zusammenhangs, durch Besetzung sowohl von Inseln im östlichen Mittelmeer, wie von arabischen und mesopotamischen Teilen. Der von England seit einem Jahrhundert angestrebte Zusammenhang zwischen Mittelmeer und Indien ist noch

Digitized by Google

nicht geglückt: die Türkei schiebt als starken und sicheren Keil Syrien und Palästina, sowie den weitaus größten Teil von Arabien und von Mesopotamien dazwischen; aber Ägypten und Persien hat England in festerer Hand als vorher, und Arabien und Mesopotamien spüren die gefährliche Hand näher und stärker als vorher — — solange Bagdad englisch bleibt... Zweitens hat England zunächst gewonnen durch die Besetzung der afrikanischen Kolonien Deutschlands; aber auch dort nur vorübergehend...

Der gleiche Maßstab von Kriegsziel und von Friedensbestand ergibt für unsern Vierbund andre, bessere Gewinne. Das Kriegsziel von Deutschland und von Österreich-Ungarn war von Anfang an kein anderes als Selbstbehauptung. Das ist gelungen: Deutschland steht fast überall in Feindesland, abgesehen von der elsässischen Ecke; und auch Österreich-Ungarn wird in diesen Tagen wieder vom Feind fast völlig befreit, abgesehen von einer italienischen Ecke. Ebenso war und ist es das Kriegsziel der Türkei: Selbständigkeit und Selbstbehauptung, in der Form der Abschüttelung der sie innerlich auflösenden und zersetzenden feindlichen Vorrechte der „Kapitulationen"... Die Türkei wollte und will türkisch werden: das ist das türkische Kriegsziel, und das hat sie bisher erreicht und das ist gesichert trotz der augenblicklichen Gebietsverluste an den drei peripherischen Rändern. Daß schließlich Bulgarien sein volles Kriegsziel erreicht hat, liegt auf der Hand: das Groß-Bulgarien ist fertig nach den beiden Bundesgenossen Österreich-Ungarn und Türkei hin und auf Kosten Serbiens und Rumäniens und nötigenfalls eines — feindlichen — Griechenland. Gemessen an den Kriegszielen hat der Vierbund Gewinn zu buchen.

Das Gleiche gilt — gemessen am Friedensbestand — ganz einwandsfrei für Bulgarien, das auch so nichts verloren, sondern nur gewonnen hat. Dann zunächst auch für Österreich-Ungarn, das bald nur noch den italienischen Feind zu vertreiben haben wird. Deutschland und die Türkei haben zurzeit je ihren Kolonialbesitz verloren: Deutschland in Ostasien, Südsee und Afrika; und die Türkei — aus dem gleichen Grund der fehlenden Verbindung — abgelegenes armenisches und arabisch-mesopotamisches Gebiet. Für beiderlei Verluste besitzt aber der Vierbund soviel gemeinsam gewonnenes und gemeinsam zu verrechnendes Kompensationsgebiet, daß weit darüber hinaus noch Gewinne gesichert werden können, die in mancherlei Werte umzusetzen sind. Gemessen auch am Friedensbestand hat der Vierbund Gewinn zu buchen.

Auf Grund der heutigen Kriegskarte ist nur ein guter Friede denkbar. Das weiß auch England, und deshalb will es die Kriegskarte noch in letzter Stunde zu seinen Gunsten verändern. Der Krieg ist für England verloren, wenn Deutschland der Sieger von heute bleibt. Der deutsche Sieg und der deutsche Friede läßt sich über alle einzelnen Verluste hinaus in folgenden Gewinnlinien verzeichnen:

1. Mitteleuropa. Das heißt: Der territoriale Zusammenhang zwischen Deutschland,

Digitized by Google

Österreich-Ungarn, Bulgarien und Türkei ist erkämpft und gesichert und wird über alle Anfangsschwierigkeiten hinweg ausgebaut und ausgestaltet, einschließlich wiederum von Bagdad-Basra. Das erstreckt sich auch auf die Neuordnung Rumäniens wie Montenegro-Serbiens. Das bedeutet einmal die Befreiung des Balkans von der russischen Vorherrschaft und sodann die Sicherung des Orients auch gegenüber der englischen Weltherrschaft. Die Tatsache dieses mitteleuropäischen Vierbundes wird um so sicherer den künftigen Frieden verbürgen, je stärker der Zusammenhang durchorganisiert ist.

2. Mittelafrika. Das heißt: Ein territorialer Zusammenhang eines Kolonialreiches ist aus wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gründen notwendig und kann auf Grund unserer französischen und belgischen Besitztümer erreicht werden.

3. Die westliche Grenze wird Veränderungen erfahren: strategischer Art und auch politisch, insofern das neue Belgien etwas anderes sein muß und wird als das alte Glacis von England und Frankreich. Auch das ausgeblutete Frankreich ist ein andrer Nachbar als zuvor.

4. Die östliche Grenze wird Veränderungen erfahren: strategischer Art und auch politisch, insofern das neue Polen etwas anderes sein muß und wird als das bedrohliche Aufmarschgebiet von Rußland. Auch das aufgelöste Rußland ist ein anderer Nachbar als zuvor.

So schwer der Krieg ist, die Opfer sind für uns und unsere Verbündeten nicht umsonst. Wir zogen aus, um uns zu behaupten gegen eine Übermacht vor Überfall, allmählich gegen eine ganze Welt. Der Krieg wäre gewonnen, wenn uns nur der Kriegserfolg eines Friedrichs des Großen beschert gewesen wäre: Selbstbehauptung. Es ist mehr erkämpft und erreicht worden und dieses Mehr wird sich auch in einem werbenden Prestige auswerten noch nach dem Kriege. Nicht alle Feinde von heute müssen unsere Feinde bleiben: unser Mitteleuropa kann und muß sich ausbauen — vielleicht mit Rußland bis Japan, vielleicht als europäisch-asiatischer Block gegen die angelsächsische Verschwörung von England und Amerika.

Das Kriegsmanifest[1] der amerikanischen Kirchen

Von Professor D. Adolf Deißmann

Spät, recht spät hat sich die noch junge Zusammenfassung der protestantischen Kirchen Nordamerikas, das „Federal Council of the Churches of Christ in America“ („Bundes-Rat der Kirchen Christi in Amerika“), in welchem 30 große Kirchenkörper mit etwa 125 000 Gemeinden vertreten sind, zu einer Kriegskundgebung entschlossen. Die Zeit vor dem Abbruch der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland war für die kirchlichen Kreise drüben leidenschaftlich bewegt gewesen; aber die weit überwiegende Mehrheit hatte mehr Leidenschaft für den Welt-

[1] Manifest = öffentliche Erklärung, Aufruf.

Digitized by Google

frieden, als für die Verstrickung Amerikas in den Krieg. Bezeichnend dafür war, daß ein um die Jahreswende 1916/17 in kirchlichen Kreisen vertriebenes kriegshetzerisches Manifest nur die Unterschrift von etwa 70 Kirchenmännern trug[1], während sich an einer wahrscheinlich als Gegenmanifest aufzufassenden friedensfreundlichen Kundgebung vom 22. Januar 1917 700 der angesehensten christlichen Führer (Bischöfe, Professoren, Herausgeber von Zeitungen, Leiter der großen religiösen und sozialen Organisationen, hervorragende Laien) beteiligten.

Es hat über vier Wochen nach der Kriegserklärung des Präsidenten Wilson gedauert, bis das „Federal Council" seine Stimme erhob. Bei Ausbruch des europäischen Krieges hatte es schnellere Arbeit getan: bereits am 17. August 1914 hatte es eine Kundgebung an Präsident Wilson beschlossen, die zur unverbrüchlichsten Neutralität mahnte. Das Kriegsmanifest dagegen ist erst am 10. Mai 1917 in Washington zustande gekommen.

Ich gebe hier den Text in seinen Hauptteilen deutsch wieder:

Von den Kanzeln zu verlesen
an einem oder mehreren
Sonntagen.

Die Pflicht der Kirche in der Stunde nationaler Not.

Botschaft des zu einer Sondertagung in Washington, D. C., am 8. und 9. Mai 1917 versammelten
Federal Council of the Churches of Christ in America.

I. Unsere Gesinnung und unser Endziel.

Nach langem geduldigem Zuwarten und im feierlichen Bewußtsein ihrer Verantwortung hat sich die Regierung der Vereinigten Staaten genötigt gesehen, das Vorhandensein des Kriegszustandes zwischen unserem Lande und Deutschland anzuerkennen, und der Präsident hat in einem Aufruf an die pflichtgetreue Unterstützung und einmütige Hingebung der gesamten Bevölkerung appelliert. Als amerikanische Bürger und Glieder christlicher Kirchen sind wir hier zum Bundeskonzil versammelt, um zu geloben, daß wir unsere Unterstützung und Hingebung in uneingeschränktem Maße zum Ausdruck zu bringen bereit sind.

Wir sind sowohl Christen als auch Bürger. Eine doppelte Verantwortung ruht deshalb auf uns. Wir sind es unserem Lande schuldig, das uns zugefallene Erbe der Freiheit und der Demokratie unversehrt zu erhalten und unverkürzt unsern Nachkommen zu hinterlassen. Höher noch als dies alles aber muß uns unsere Pflicht zur Treue gegen unseren himmlischen Herrn stehen, der Sein Leben hingab zur Erlösung der Welt, und dessen Liebesabsicht alle umfaßt, den einzelnen wie die Völker.

Als Bürger einer friedliebenden Nation verabscheuen wir den Krieg. Wir haben uns lange bemüht, die Lösung aller internationalen Streitigkeiten durch Schiedsgerichte herbeizuführen. Nachdem nun aber trotz aller Anstrengungen der Krieg doch ausgebrochen ist, sind wir dankbar, daß die Kampfziele, für die wir uns eingesetzt haben, unsere Billigung finden können. Die Grundsätze der Gerechtigkeit und der Unverletzlichkeit von Treue und Glauben im Verkehr der

[1] Vgl. hierzu den Aufsatz von Pfarrer Walther Wolff, Aachen: „Die englische Staatskirche und die englische Weltherrschaft" in Heft 21 1917, Seite 678.

Digitized by Google

Völker untereinander zu verteidigen; das Recht aller Völker, der großen wie der kleinen, ihr Leben in Freiheit und Frieden führen zu dürfen, sicherzustellen; den Mächten siegreich zu widerstehen, welche einer Vereinigung aller Nationen zu einem Gemeinwesen freier Völker im Wege stehen, einem Gemeinwesen, dessen Einheitsbewußtsein in der Verfolgung idealer Absichten beruht: — das sind Ziele, für die ein jeder von uns alles, was er hat, ja sein Leben willig einsetzt.

Wir treten in den Krieg ein ohne Übereilung oder Leidenschaft, ohne private oder nationale Vorteile im Auge zu haben und ohne Haß oder Bitterkeit gegen diejenigen, die wir bekämpfen.

Niemand ist imstande, den Ausgang des Kampfes vorauszusehen. Er wird die Nation nötigen, alles aufzubieten, dessen sie fähig ist, all ihre Kraft und all ihren Heldenmut. Worin besteht nun aber die Aufgabe der Kirche in dieser Stunde der Krisis und Gefahr? Darin, daß wir an alles, was im Namen des Volkes getan oder geplant wird, den Maßstab der Gesinnung Christi anlegen.

In der Auffassung dieser Gesinnung sind wir allerdings in einem Punkte nicht alle einmütig. Einige von uns sind der ehrlichen Überzeugung, daß ein Jünger Christi unter keinen Umständen am Kriege teilnehmen darf. Die Mehrzahl jedoch glaubt, daß die von Christus gebotene allgemeine Menschenliebe von uns fordert, daß wir mit allen uns zu Gebote stehenden Machtmitteln die geheiligten Menschheitsrechte verteidigen. In der Treue gegen Volk und Land jedoch und in der unentwegten, einmütigen Dienstbereitschaft für sie sind wir alle einig.

Als Gliedern der Kirche Christi legt uns die Stunde besondere Verpflichtungen auf:

unsere Herzen von aller Anmaßung und Selbstsucht zu reinigen;

die Nation zu stützen und zu begeistern;

uns und unseren Verbündeten immer wieder das Ziel unseres Kampfes vor Augen zu halten;

darauf zu achten, daß die Nation den Idealen der Gerechtigkeit, Freiheit und Brüderlichkeit, zu denen sie sich bekennt, treu bleibt;

unseren Mitchristen in allen Ländern, besonders denen, die uns vorläufig entfremdet sind, unser Bewußtsein der dennoch unzerbrochenen Einheit in Christo zu bezeugen;

alle die vielen, die ihre Feinde lieben und bereit sind, mit ihnen vereint sofort nach Friedensschluß das Verwüstete wieder aufzubauen, zu gemeinsamer dienender Arbeit zu vereinigen;

fleißig zu sein in Werken der Hilfe und Barmherzigkeit, ohne die geistliche Handreichung, zu der wir als Christen besonders verpflichtet sind, zu vergessen;

den Geist des Gebets lebendig zu erhalten, damit die Menschen in diesen Zeiten der Drangsal und Sorge durch die Gewißheit der Gegenwart und Kraft Gottes aufrecht erhalten werden;

diejenigen, welche zur Front gehen, aufzumuntern und ihre zurückgebliebenen Lieben zu trösten;

für das Wohl unserer Jungmannschaften in Heer und Flotte Sorge zu tragen, damit sie, im Charakter gefestigt, imstande sind, der Versuchung zu widerstehen;

auf der Hut zu sein gegen jeden Versuch, den Geist der Rachsucht und des ungerechtfertigten Argwohns gegen diejenigen zu erregen, welche fremder Abstammung sind oder Sympathien für die Gegner hegen;

die Gewissensrechte gegen jeglichen Versuch einer Beeinträchtigung zu schirmen;

unsere christlichen Einrichtungen und Betätigungen, wie die Heilighaltung des Herrntags und das Studium der heiligen Schriften, uneingeschränkt aufrecht zu erhalten, damit die Seele unseres Volkes genährt und erneuert werde durch die Verehrung und den Dienst des allmächtigen Gottes;

das bisher auf dem Gebiet des Erziehungswesens, des sozialen Fortschritts und der wirtschaftlichen Freiheit unter so großem Aufwand Erreichte zu hüten und jede Gelegenheit,

Digitized by Google

selbst die durch den Krieg und während des Krieges gebotene, zu Erweiterung des Gewonnenen voll auszunützen;

uns die Aufgeschlossenheit und den weiten Blick zu bewahren, die uns nach Eintritt des gerechten und geheiligten Friedens, den wir erflehen, die Lehren des Krieges nicht vergessen lassen;

vor allem aber die Menschen überall zur Erneuerung ihres Gehorsams gegen den Willen Gottes unseres Vaters aufzufordern, der in Christus in vollendeter Selbstaufopferung Sich Selbst zur Erlösung der Welt dahingegeben hat und der uns einlädt, mit Ihm teilzuhaben an Seinem Amte der Versöhnung.

Zu solchem Dienst möchten wir unsere Mitchristen jeden Namens aufbieten. In diesem Geiste möchten wir uns mit allem, was wir haben, der Sache der Nation weihen. In dieser Hoffnung möchten wir allen Menschen, die eines guten Willens sind in allen Ländern und Rassen, die Hand reichen, um auf dieser vom Krieg beherrschten und verwüsteten Erde das Gemeinwesen der Menschheit wieder aufzubauen und die Reiche der Welt zum Reich des Gesalbten zu gestalten.

II. Unsere praktischen Pflichten[1].

Heer und Flotte . . . . . .
Der Alkoholverkehr.

In dieser kritischen Zeit legt das „Federal Council" den Kirchen dringend ans Herz, als Kriegsmaßnahme mit dem Aufgebot aller Kräfte ein nationales Alkoholverbot durchzusetzen, das in gleicher Weise eine Forderung wirtschaftlicher, moralischer und religiöser Überzeugung ist. Der Alkoholverkehr hat im letzten Jahre ein Quantum von Lebensmitteln verschlungen, das 7 Millionen Menschen ein Jahr lang hätte satt machen können, hat zur Erzeugung dieser Lebensmittel die sechsmonatige angestrengte Arbeit von 75 000 Farmern in Anspruch genommen und außerdem 62 920 Arbeiter beschäftigt, die in der rechtmäßigen Industrie nötig gewesen wären; dazu hat er einen furchtbaren Zoll von Menschenleben gefordert. Die Nation kann sich diese Vergeudung wirtschaftlicher und moralischer Werte nicht leisten[2].

Das soziale Übel . . . . . .
Hilfsarbeit . . . . . .
Jugendfürsorge . . . . . .
Vermehrte Lebensmittel-Erzeugung . . . . .
Vermeidung von Verschwendung . . . . . .
Richtlinien für die industrielle Betätigung .
Gerechtigkeit in der Verteilung . . . . . .
Die Kriegskosten . . . . . .
Sicherstellung der Demokratie.

Wenn wir den Fortschritt der Demokratie auf der ganzen Erde fördern wollen, müssen wir sie zuerst im eigenen Volke in musterhafter Weise zur Durchführung bringen. Sie darf weder von der Industrie noch von der Regierung verleugnet werden. Mißbrauch der Redefreiheit ist selbst in der Drangsal des Krieges nicht so gefährlich wie ihre Unterdrückung, und das so teuer erkaufte Recht der Gewissensfreiheit darf unter keinen Umständen vernichtet werden. Es ist

[1] Ich gebe von diesem Teil des Textes nur die Stichworte und einige charakteristische Proben.

[2] Das hier so scharf verlangte Alkoholverbot ist inzwischen vom amerikanischen Senat mit 52 gegen 34 Stimmen abgelehnt worden. Das autokratische Rußland hatte es 1914 mit einem Federstrich durchgesetzt; die Demokratie Amerikas majorisiert (übereinstimmen) seelenruhig die christliche öffentliche Meinung Amerikas.

Digitized by Google

eine der patriotischen Pflichten der christlichen Kanzel, im Volke immer wieder die Entschlossenheit zu stärken, daß der Krieg kein geringeres Endziel haben darf, als dieses: ein aufbauender Friede, der den Beginn einer Weltdemokratie sichert.

Im Auftrage des Council:
gez. Frank Mason North, Präsident,
gez. Charles S. Macfarland, Generalsekretär.

L. S.
Washington, D. C.,
den 10. Mai 1917.

Mindestens ebenso bemerkenswert wie der positive Inhalt dieses Manifestes ist die Tatsache, daß vieles in ihm fehlt, was man hätte erwarten müssen, wenn die von England verbreiteten Nachrichten über die Stimmung Amerikas richtig wären. Ja ich gestehe: daß so vieles und was alles in diesem Text nicht gesagt ist, hat mich zunächst am meisten beschäftigt.

Es fehlen dieser Kundgebung jede Kriegsleidenschaft und jede Begeisterung für diesen Krieg; an ihrer Stelle bemerken wir eine Stimmung des Sichabfindens mit dem Kriege, die den Eindruck erweckt, daß es doch eine recht harte Sache ist, für die Menschenrechte kämpfen zu müssen. Kein Ton schmetternder Fanfaren; „es geht bei gedämpfter Trommel Klang . . .“ Es fehlen völlig auch Schmähungen gegen Deutschland, und der von den Kanzeln zu verlesende Text ist ohne Kanzelpathos und erst recht ohne jene üblen Kanzelphrasen verfaßt, die sich im Kriege besonders leicht einstellen. Unterlassen sind auch unnötige Brückensprengungen durch Ächtungsversuche, wie sie im Wortkrieg der europäischen Christen leider an der Tagesordnung waren. Dafür hören wir ein ausdrückliches und feierliches Bekenntnis zur Einheit in Christo auch mit den vorläufig Entfremdeten und ein Gelöbnis der Bereitschaft zur gemeinsamen Arbeit des Aufbaues mit uns nach Wiederherstellung des Friedens.

Wer heute bei uns solche Worte aus Amerika hört, ist leicht geneigt, sie falsch einzuschätzen; er wird sie vor allem, wenn er an die Verlängerung des Kriegselendes denkt, die Amerikas Verhalten schon während seiner sogenannten Neutralität über Europa gebracht hat, leicht für unaufrichtig halten. Aber ich muß (und ich stimme da Rohrbachs ähnlichen Mahnungen ganz zu) vor dieser raschen Verurteilung warnen; so paradox es für viele klingen wird: ich zweifle in keiner Weise an der subjektiven Ehrlichkeit der Urheber des Manifestes. Gerade ein Mann wie der mitunterzeichnete Dr. Macfarland, mit dem ich während des Krieges in einem sehr engen schriftlichen und mündlichen Austausch gewesen bin, hatte schon 1913, längst ehe ein Krieg mit uns in Aussicht stand, gegen den am Gemetzel des Krieges sich mästenden Kommerzialismus[1] seiner Landsleute protestiert und während des ganzen Krieges ehrlich versucht, die christliche Gemeinschaft mit uns nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auch zu stärken. Daß er, vor die vollendete Tatsache der Kriegserklärung gegen Deutschland gestellt, als loyaler[2] Bürger mit den anderen Führern des „Federal Council“

[1] Kommerzialismus = (Handels-)Gewinnsucht.
[2] loyal = wohlgesinnt.

Digitized by Google

auf der Seite seiner Regierung blieb, war, so sehr ich persönlich den Wunsch gehabt hätte, die Kirche hätte sich etwa zur kriegs- und regierungsgegnerischen Sozialistischen Partei Amerikas gestellt, für einen nüchternen Beobachter nicht anders zu erwarten: die moralische Aufmachung der Kriegsmotive Amerikas durch die Machthaber hatte eben ihren Eindruck auf die Gemüter ebensowenig verfehlt, wie die technisch geradezu meisterhaft inszenierte und durch unsere Mißgriffe erleichterte moralische Mobilisation des britischen Volkes vor drei Jahren.

Fruchtbarer, als an der bona fides[1] des Manifestes zu zweifeln, ist es, den inneren Konflikt[2] zu bedenken, in den viele der Besten unter den Christen Amerikas durch den Krieg gebracht worden sind, trotz aller schönen Worte über den Kampf für die Menschenrechte. Das Manifest läßt ihn zwischen seinen Zeilen ahnen. Zwar am Anfang scheint alles durch den Satz „wir sind sowohl Christen als auch Bürger" auf eine glatte Formel gebracht zu sein; aber mit wohltuender Offenheit gesteht das die innere Unsicherheit auch durch jene Gedämpftheit seiner ganzen Tönung verratende Manifest selbst ein, daß die Glieder des „Federal Council" in ihrer Stellung zum Krieg nicht einmütig sind: die Mehrzahl zwar hält es für eine evangelische Pflicht, für die geheiligten Menschenrechte mit allen Machtmitteln zu kämpfen, aber eine Minderheit sieht die Teilnahme eines Jüngers Christi an einem Kriege unter allen Umständen für unerlaubt an.

Die Teilnahme an einem Krieg. Das Manifest meint nicht speziell den Krieg gegen Deutschland, sondern den Krieg überhaupt und offenbart hier die in Amerika eine Macht darstellende quäkerische oder wie man sie sonst nennen will grundsätzliche christliche Gegnerschaft gegen den Krieg als solchen. Daß es aber unter den bewußten Christen drüben nicht nur grundsätzliche Kriegsgegner in beachtenswerter Zahl gibt, sondern auch Gegner dieses Krieges, des Krieges mit Deutschland, ist sicher; das Manifest des „Federal Council" erwähnt diese Tatsache wohl nur deshalb nicht, weil seine Veranlasser nicht zu diesen Kreisen gehören. Nach den Erfahrungen, die die europäische Christenheit während des Weltkrieges seither gemacht hat, glaube ich übrigens sagen zu dürfen: auch in Amerika wird die grundsätzlich kriegsgegnerische Stimmung durch diesen Krieg ungemein an Boden gewinnen.

Noch vieles ließe sich zu dem denkwürdigen Texte bemerken, aber ich breche für heute ab. Zum Losungswort „Demokratie" hoffe ich, selbst für wirklich volkstümliche Methoden und Formen des politischen Lebens aufs höchste interessiert, später mehr zu sagen. Hier sei nur der sonderbare Widerspruch hervorgehoben, daß das für die Gewissensfreiheit mit Wärme eintretende Manifest einen Krieg billigt, der einem Volke von 70 Millionen Menschen die politische Gewissensfreiheit in der selbständigen und friedlichen Wahl und Ausgestaltung seiner Staatsform gewaltsam unter Blutvergießen rauben will. Sollten die aufgeklärten Führer des „Federal Council" den

[1] bona fides = guter Glaube. [2] Konflikt = Zusammenstoß, Streit.

Digitized by Google

Widersinn einer mit demokratischer Miene vorgetragenen autokratisch-tyrannischen[1] Losung nicht bald selbst erkennen? Im ganzen macht das Manifest aber, wenn man billig urteilt, keinen ungünstigen Eindruck; es zeigt, daß die amerikanischen Kirchenmänner während des Krieges mancherlei gelernt haben, was vielen europäischen Christen bei Ausbruch des Kampfes verborgen war und zum Teil heute noch verborgen ist. Stark verwandt dem oben erwähnten Manifest der Siebenhundert, stammt die Kundgebung des „Federal Council", so stark wir auch viele ihrer spezifisch angelsächsisch orientierten[2] Meinungen ablehnen müssen, doch von Menschen, die eines guten Willens sind, und es kann unsere eigene innere Stellung nur stärker, wenn wir sie ohne irreführende Leidenschaft prüfen.

Von Garcia Prieto zu Eduardo Dato

Von Professor Dr. Paul Herre, Leipzig

Seit dem Bericht, den ich über den Ministerwechsel vom 20. April des Jahres in dieser Wochenschrift gab[3], haben sich in Spanien bedeutsame Vorgänge abgespielt, die eine neue Betrachtung verdienen. Der Umschwung der Verhältnisse kommt in der Ersetzung des Ministeriums Garcia Prieto durch das Kabinett Eduardo Dato unmittelbar zum Ausdruck, doch hat er darüber hinaus einen sehr viel umfassenderen Inhalt.

Aus vorwiegend außerpolitischen Gründen hatte Garcia Prieto die Regierung übernommen. Graf Romanones, sein Vorgänger, hatte sich, von seiner persönlichen Vorliebe für die Sache der Entente verleitet, gegen den Willen der großen Mehrheit des spanischen Volkes entschlossen, die Neutralität aufzugeben, und hatte deswegen zurücktreten müssen. So war es das eigentliche Programm des neuen Ministeriums, Spanien ohne Anschluß an eine Partei durch die Klippen des Weltkrieges zu führen, und es muß Garcia Prieto das Zeugnis ausgestellt werden, daß er in wahrhaft staatsmännischem Geiste an die Lösung dieser schwierigen Aufgabe gegangen ist. Wenn er trotzdem schon nach 50 Tagen das Ruder wieder aus der Hand geben mußte, so war das in innerpolitischen Verhältnissen begründet, für die er selbst keine Verantwortung trug, die vielmehr auf die verhängnisvolle Wirksamkeit seines Vorgängers zurückgingen, soweit sie nicht in der Eigenart des politischen Lebens Spaniens wurzelten.

Noch in den Tagen, da die Ententepresse emsig damit beschäftigt war, die formelle Versicherung des neuen Ministerpräsidenten, er werde Romanones' Politik fortsetzen, für ihre Sache auszuschlachten, trat gerade das Gegenteil hervor. Nicht als ob Garcia Prieto eine Wendung gegen die westeuropäischen Großmächte vollzogen hätte; sie lag sowohl seiner persönlichen Neigung wie seiner politischen Überzeugung fern. Aber sogleich brach er mit dem System der Begünstigung, die sich nicht scheute, das Inter-

[1] autokratisch-tyrannisch = selbstherrlich-gewaltsam. [2] orientiert = eingestellt. [3] Heft 18 vom 4. Mai 1917. S. 553—558.

Digitized by Google

esse des eigenen Landes preiszugeben. Die wirtschaftliche Not und die Gefahr, daß die Politik der geheimen Liebesdienste Spanien auch wider seinen Willen in den Strudel hineinziehen würde, führten ihn auf den Weg der unbedingten Neutralität zurück. Es war in spanischem Interesse gehandelt, wenn er alsbald ein Ausfuhrverbot für Eisen, Blei und Gemüse erließ, wenn er es ablehnte, das noch kurz vor Romanones' Rücktritt mit England abgeschlossene Wirtschaftsabkommen zu vollziehen, das diesem die gesamte spanische Handelsflotte ausgeliefert hätte, wenn er sich gegenüber den französischen Bemühungen zurückhielt, über den französisch-spanischen Wechselkurs eine Vereinbarung zu treffen. Es war eine Fortführung seines eigenen politischen Werkes früherer Jahre, wenn er in Spanisch-Marokko mit dem einstigen Rebellen Raisuli eine selbständige Politik trieb, um so den unaufhörlichen Machenschaften von Französisch-Marokko her entgegenzuwirken. Es war schließlich der Ausdruck eines stolzen spanischen Staatsgefühls, wenn er mit Entschiedenheit die Versuche der Entente zurückwies, die Souveränität Spaniens in den Küstengewässern anzutasten. Frankreich und England aber nahmen diese Haltung als eine Störung ihrer Pläne hin, die sich auf der mehr als entgegenkommenden Geschäftspolitik des Grafen Romanones aufbauten. Sie sahen darüber hinweg, daß Garcia Prieto das spanische Interesse mit der gleichen Festigkeit gegenüber Deutschland zu wahren bestrebt war, dessen U-Boote ihn zu mehreren dringenden Vorstellungen bei der Reichsregierung veranlaßten. Sie waren mit der uneingeschränkten Neutralität nicht zufrieden und unternahmen es, den selbständigen Staatsmann auf die vielversprechenden Bahnen seines Vorgängers zurückzuzwingen.

In diesen schwierigen Verhältnissen mußte die innerpolitische Lage den Ausschlag geben. Aber eben sie war der Regierung von vornherein ungünstig. Allerdings hätte ihr als Verkörperung des demokratischen Flügels der liberalen Partei die vorhandene liberale Parlamentsmehrheit formell zur Verfügung stehen sollen, indessen die Abkehr von der interventionsfreundlichen Politik Romanones' machte ihr diesen zum Gegner und raubte ihr seine Anhängerschaft. Gleichzeitig sagten sich die der Entente zugeneigten Reformisten Melquiades Alvarez', die sich im Herbst 1913 unter Zurückstellung ihrer einstigen republikanischen Anschauungen den Liberalen angeschlossen hatten, von der Partei los und begaben sich in das radikale Lager zurück. So konnte Garcia Prieto nur mit Hilfe der Konservativen regieren, die nach wie vor die eigentlichen Träger der Neutralitätspolitik waren und ihm ihre Unterstützung gewährten. Zweifellos kam es ihm da zugute, daß der hochangesehene Führer des rechtskonservativen Flügels Antonio Maura wenige Tage nach dem Ministerwechsel (29. April) in einer eindrucksvollen Kundgebung als die Vorbedingung einer Freundschaft mit den Westmächten die Wiedergewinnung Gibraltars und der vollen Souveränität in der Meerenge bezeichnete und einen Bruch Spaniens mit Deutschland als unbegründet zurückwies; daß auch die anderen konservativen Häupter, Eduardo Dato an der Spitze

Digitized by Google

der Gemäßigtkonservativen und Vasquez de Mella für die Jaimisten, mit scharfen Worten erklärten, sich der Intervention[1] widersetzen zu wollen. Aber es bedeutete von vornherein einen Zustand großer Unsicherheit, daß ein liberales Ministerium mit der konservativen Minderheit eines vorwiegend liberal oder sogar oppositionell zusammengesetzten Parlaments eine ohnehin schwierige Politik führen sollte, und im Hinblick darauf hatte ich schon vor 10 Wochen der Vermutung Ausdruck gegeben, das neue demokratisch-liberale Kabinett werde zu gegebener Zeit einem konservativen Platz machen.

Freilich ist der Zeitpunkt früher eingetreten, als man nach der damaligen Kenntnis der Dinge annehmen konnte. Mehrere Ursachen trafen zusammen, die das Ende des Ministeriums Garcia Prieto beschleunigten. Keine tiefere Einwirkung übte die Kundgebung der oppositionellen Gruppen am 27. Mai, die als eine Abwehrmaßnahme gegen Mauras Programmrede gedacht war. Sie trat zwar mit Entschiedenheit für die Intervention Spaniens an der Seite der Entente ein, aber mit ihren überscharfen Angriffen gegen König, Dynastie, Monarchie und Heer machte sie sich bei den besonnenen Kreisen nur verdächtig. Immerhin griff die Regierung angesichts der wachsenden Erregung mit dem Verbot aller öffentlichen Kundgebungen zur internationalen Frage ein, und wenn dadurch auch geplante neutralistische Gegenmaßregeln vereitelt wurden, so war doch zugleich den radikalen Machenschaften in der Provinz Halt geboten. Dagegen führte der Zusammenschluß der Republikaner, Radikalen und Sozialisten mit den Reformisten zu einem festen Block eine Stärkung der Opposition herbei, die um so gefährlicher war, als die neue Arbeitsgemeinschaft von seiten der Romanones-Gruppe eine gewisse Förderung erfuhr und offener denn je mit der Entente in Verbindung trat. Andererseits stießen die Pariser und Londoner Regierung, bezw. ihre Vordermänner, gestützt auf die republikanisch-sozialistische Bewegung, immer entschiedener vor, um mit revolutionären Mitteln vielleicht doch ihr Ziel zu erreichen. Die durch Romanones' gewissenlose Wirtschaftspolitik ins Volk getragene Unzufriedenheit benutzend, wirkten die inneren und äußeren Feinde der Neutralität Schulter an Schulter auf die Massen ein, und um ihren Absichten Nachdruck zu verleihen, trat man in Paris mit der Drohung heraus, man werde Spanien nicht nur die europäische, sondern auch die amerikanische Zufuhr abschneiden, falls es sich weiter weigere, der Entente sich anzuschließen. Ließen die deutlichen Antworten aus Spanien, die auf die Möglichkeit des Ausfuhrverbots der Erzerzeugnisse von Riotinto und Huelva hinwiesen, den Plan auch sogleich verschwinden, so zeigte die Andeutung doch, wessen sich eine Regierung zu versehen hatte, die entschlossen war, an der Neutralität festzuhalten.

Jedoch ausschlaggebend für den vorzeitigen Rücktritt Garcia Prietos waren all diese Schwierigkeiten nicht. Die entscheidende Ursache war vielmehr eine militärische Be-

[1] Intervention = Eingreifen.

Digitized by Google

wegung, von der die Öffentlichkeit erst wenige Tage vor der Krise eine erste Kenntnis gewann. Will man ihr Wesen recht verstehen, muß man sich die Rolle vergegenwärtigen, die das Heer als politische Kraft in der konstitutionellen Entwicklung Spaniens gespielt hat. Militärische „Pronunciamentos“[1] haben die spanische Geschichte mehrmals entscheidend beeinflußt, und es war insbesondere ein Sieg der militärischen Partei unter der Führung Canovas' del Castillo, dem die regierende Dynastie ihre Wiederherstellung verdankt und auf dem das heutige monarchisch-konstitutionelle Spanien fußt. Darin ist das schlechthin unvergleichbare Verhältnis zwischen Königtum und Heer begründet, darin auch der Gegensatz zwischen der Armee und der liberalen Partei, für die das Heer immer die gefürchtete Hochburg des Konservatismus blieb. Der Zusammenschluß der Offiziere zu „Abwehrvereinen“ (juntas de defensa) war deshalb über die engeren Bestrebungen zur Besserung der reformbedürftigen Verhältnisse des Offizierskorps hinaus ein Vorstoß gegen die liberale Führung überhaupt, einmal hinsichtlich der Vernachlässigung des Heerwesens seitens der liberalen Partei und die Unterlassung der längst zugesagten Reformen, dann aber auch bezüglich der gesamten politischen Richtung, und man darf annehmen, daß auch die neutralistische Stimmung der großen Mehrheit des Offizierskorps an der Bewegung nicht ohne Anteil war.

Auch für sie war Romanones' böses Regiment der Ausgang, aber Garcia Prieto hatte nicht nur als Nachfolger seines Vorgängers die Kosten des Verfahrens zu tragen, sondern machte sich selbst mitschuldig. Denn wenn er auch gewillt war, zwischen den kriegführenden Parteien eine rein spanische Politik zu führen, so handelte er schließlich doch als Liberaler. Das zeigte sich darin, daß er von dem Vorhandensein jener „Abwehrvereine“ in Kenntnis gesetzt, ihre Auflösung betrieb, um erst nach dem Siege der Zivilgewalt die notwendigen militärischen Reformen einzuleiten. Es sprach auch mit, daß er sich durch Verhandlungen mit dem General Liautey, der zum zweitenmal den Posten des Generalresidenten Französisch-Marokkos angetreten hatte, verdächtig machte. Mochten die konservativen Befürchtungen bezüglich der Absichten der Staatsleitung auch unbegründet sein, so schlossen die Besprechungen, für die der angesehene General den König und die liberalen Staatsmänner bei seinem Aufenthalte in Madrid gewann und die sich wahrscheinlich auf der Grundlage bestimmter Vorschläge der Entente bewegten, doch die Gefahr in sich, daß die Regierung gegen ihren Willen in das interventionistische Lager getrieben wurde. Jedenfalls wirkte zusammen mit den Erscheinungen der Unruhe und Erregung im Lande die Haltung der Regierung dahin, daß die Offiziersorganisationen ihre Unterwerfung verweigerten und vielmehr in einem förmlichen Ultimatum die Anerkennung ihrer Ausschüsse und Ansprüche forderten. Und wieder war es in den dargelegten Verhältnissen begründet, wenn der König über den Kopf seines Kabinetts hinweg die Forderungen der Komitees

[1] Pronunciamentos = aufrührerische Kundgebungen gegen die Regierung.

Digitized by Google

anerkannte und so die gefährdete Verbindung zwischen Krone und Armee wieder herstellte.

Damit war für Garcia Prieto an der Spitze seines liberalen Ministeriums des Bleibens nicht länger; am 10. Juni trat er zurück, obschon der König ihn zu halten suchte. In der Tat sprachen manché Gesichtspunkte, zumal Rücksichten auf die parlamentarischen Verhältnisse für ein Verbleiben in den liberalen Bahnen; im besonderen wäre ein rechtsliberales Kabinett unter Villanueva in Betracht gekommen. Aber die mißtrauische Haltung des Offizierskorps machte mit der zunehmenden Zerklüftung der liberalen Partei die Nachfolge der Konservativen unausweichlich. Von den Parteiführern, die das Staatssteuer ergreifen konnten, hätte das Heer wohl Maura am liebsten gesehen, doch war dieser der Entente gegenüber allzusehr Partei geworden und innerpolitisch dem im Parlamente herrschenden Liberalismus allzu entgegengesetzt. So übernahm der Führer der Gemäßigtkonservativen, Eduardo Dato, am 11. Juni ein zweitesmal die Regierung, der Staatsmann, der während der ersten 1½ Jahre des Krieges bereits mit Geschick und Besonnenheit die Politik Spaniens geleitet hatte. Als hervorragender Sozialpolitiker war er für die Aufgaben der Zeit vornehmlich geeignet, und daß er ihre Lösung nur auf der Grundlage des Festhaltens an der Neutralität für möglich hielt, hatte er immer wieder zum Ausdruck gebracht. Freilich die Last, die er mit der Nachfolge der beiden liberalen Ministerien übernahm, war überschwer, und es ist Dato hoch anzurechnen, daß er das vaterländische Opfer nicht gescheut hat.

Denn allerdings war von vornherein damit zu rechnen, daß die inneren und äußeren Feinde der Neutralität nach der neuen Niederlage, die sie erlitten hatten, geschlossener denn je gegen deren Verteidiger zu Felde ziehen würden. In der Tat erschöpft sich die Wirksamkeit der neuen Regierung bisher in der Abwehr der geheimen und offenen Bemühungen, Spanien an der Seite der Entente in den Krieg zu zwingen. Wenn wir dem Wortlaut der Pariser und Londoner Meldungen glauben wollten, steht die allgemeine Revolution mit der Wendung gegen die Monarchie unmittelbar vor der Tür. Sicherlich war und ist die Lage ernst, aber trotz aller beunruhigenden Nachrichten ist es unverkennbar, daß Dato mit seiner Politik unbeirrbarer Festigkeit vorwärts kommt. Die Versöhnung mit der Armee trug nun ihre Früchte, denn die Zuverlässigkeit des Heeres gab der Regierung für ihr Auftreten den Rückhalt. Allerdings rief das Beispiel der Offiziere in der zivilen Beamtenschaft Nachahmung hervor und wirkte somit nicht in jeder Hinsicht zur Stärkung der Regierungsgewalt. Jedoch bleibt diese Bewegung in den Grenzen berechtigter Reformforderungen und greift ebensowenig an die Grundlagen des Staates, wie sie die Verbindung mit dem Auslande sucht. Man muß sich vor Augen halten, daß die inneren Verhältnisse Spaniens in mannigfacher Hinsicht der Besserung und Erneuerung bedürfen. König und Regierung haben zu erkennen gegeben, daß sie derartigen Reformwünschen Rechnung zu tragen bereit sind, und man darf annehmen, daß von dieser Seite keine ernste Gefahr droht.

Digitized by Google

Um so mehr droht sie von seiten der alten Widersacher. Offen ging die Entente nunmehr auf die volle Revolutionierung Spaniens aus. Da man in London und Paris erkannte, daß sich König Alfons niemals zugunsten der Beteiligung am Kriege entscheiden würde, ließ sie jede Rücksicht fallen und agitierte durch ihre Agenten unverdeckt gegen die Dynastie. Neben der Arbeiterschaft, deren Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen ihr nach wie vor eine brauchbare Handhabe für Unruhestiftung und Streik bietet, versucht sie neuerdings auch den unteren Soldatenstand auf republikanischer Grundlage zu mobilisieren, mit dem Ziele, durch die Einrichtung von Soldatenräten nach russischem Vorbilde zu den besonders verhaßten Offiziersausschüssen Gegengewichte zu schaffen. Indessen darf man den Versicherungen der Regierungspresse glauben, daß die Bemühungen bisher ohne Erfolg geblieben sind, wenn auch angesichts der verständnisvollen Mitarbeit des oppositionellen Blocks auf die Dauer keine volle Sicherheit besteht.

Von vornherein bedenklicher war die Entfachung des Separatismus[1] in Katalonien, jener alten Bewegung, die auf die Verselbständigung des aragonesischen Landes innerhalb des iberischen Gesamtstaats ausgeht und in der Sprachen- und Stammesverwandtschaft der Katalanen mit den Südfranzosen eine Stütze hat. Es war ein bedeutender Erfolg der Entente, daß sich ein halbes Hundert separatistischer Parlamentarier zu einem scharfen Vorstoß gegen die Madrider Regierung organisierte und eine Reihe radikaler Politiker sich angliederte. Aber die drohende Gefahr ließ Dato um so entschiedener auftreten und führte selbst Romanones dazu, die Verbindung mit der katalonischen Bewegung abzulehnen. Die Konstituierung eines zweiten Parlaments, die vielleicht einen Bürgerkrieg eingeleitet hätte, wurde so dank der festen Haltung der Regierung verhindert.

Um gegenüber der revolutionären Bestrebungen durchgreifen zu können, hatte der Ministerpräsident zuvor (25. Juni) den sichernden Schritt getan und die verfassungsmäßigen Bürgschaften aufgehoben. Mit vollem Recht hat die Regierung betont, daß seit dem Bestehen der Verfassung die Maßnahme niemals begründeter war. In der Tat besitzt sie so die gesetzlichen Handhaben, innerpolitischen Organisationen, die den staatlichen Bestand zu gefährden drohen, entgegenzutreten. Zugleich aber ist ihr auf diese Weise über die Schwierigkeiten der parlamentarischen Lage hinweggeholfen. Denn die durch die unselige Politik des Grafen Romanones hervorgerufene Spaltung der liberalen Partei, die Anfang Juli sich endgültig vollzog, besserte zwar die zukünftigen Aussichten der konservativen Partei, stärkte jedoch keineswegs die Stellung der konservativen Regierung, die in der bestehenden Gärung an eine Neuwahl für die Cortes nicht denken darf. Wenn Dato, im engsten Einverständnis mit dem König und getragen von der Zustimmung der besonnenen Elemente aller staatserhaltenden Parteien, d. h. der großen Mehrheit des spanischen Volkes, die Zügel fest in der Hand

[1] Separatismus = Absonderungsgeist.

Digitized by Google

behält, wird es ihm gelingen, Spanien vor dem Schicksal Griechenlands zu bewahren und ihm den Frieden zu erhalten. Dann aber haben die Worte ein noch gesteigertes Recht, die der inzwischen verstorbene große Dramatiker José Echegaray, der Anhänger einer liberalen Parteianschauung, vor zwei Jahren bereits über den Ministerpräsidenten gesprochen hat: alle Spanier schuldeten ihm Achtung, Ehrerbietung und Dankbarkeit, ja er habe seinem Vaterlande in dem großen Brande Europas einen ungeheuren Dienst erwiesen.

Die Schulsprache unserer polnisch redenden Volksbezirke

Von Ferdinand Jakob Schmidt,
Professor der Philosophie und Pädagogik an der Universität Berlin

Wir haben uns gegenwärtig mit der Tatsache abzufinden, daß wieder ein polnischer Staat ins Leben gerufen worden ist, und es fragt sich nur, welche Folgerungen wir daraus für die Behandlung des deutschen Polentums ziehen müssen. In bezug hierauf muß zunächst dem fundamentalen Irrtum mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden, als ob Sprache und natürliche Abstammung schon den Anspruch bestimmter Volksteile rechtfertigen, einem anderen Nationalstaate angegliedert zu werden. Alle neueren Nationen sind nicht physische, sondern geschichtliche Gebilde, und, wie sie politisch nicht alles umfassen, was gleichen Ursprunges und gleicher Redeweise ist, so enthalten die Nationalstaaten vielerlei Volksbestandteile, die verschiedener Herkunft sind. Aber auch dies muß als eine völlig willkürliche Theorie[1] zurückgewiesen werden, daß der subjektive Wille einer bestimmten Volksmasse darüber zu entscheiden habe, welchem der Staaten sie mit dem von ihr bewohnten Gebiet angehören wolle. Das hängt nicht von der Neigung und Stimmung gewisser Sondergruppen ab, sondern von der notwendigen Selbstgestaltung der staatsbildenden Gewalten. Die im Deutschen Reiche ansässigen Polen sind trotz ihrer Abstammung und Sprache deutsche Staatsbürger.

Dürfen wir darüber keinen Zweifel aufkommen lassen, so ist doch noch immer keine Klarheit darüber geschaffen worden, wie es mit der Schulsprache in den Provinzen mit polnisch redender Bevölkerung zu halten sei. Unter den gegenwärtigen Umständen ist es aber eine der dringendsten Aufgaben, diese Angelegenheit in einer befriedigenden Weise zu regeln, ehe es wieder zu erbitterten, unheilvollen und zersetzenden Kämpfen kommt. Jedenfalls müßten wir in solche notwendig verwickelt werden, wenn etwa die Ansichten nach wie vor Gehör finden sollten, die der Posener Provinzialschulrat Wilhelm Bock neuerdings in seiner Schrift („Zur Sprachenfrage in der Provinz Posen", Berlin, Deutscher Verlag, 1917) gemacht hat. Denn, was er verlangt, ist die schärfste und rücksichtsloseste Weiterführung desjenigen Systems, das in seiner Wirkung gerade insofern völlig Bankrott gemacht hat, als es nicht zu einer Förderung des Deutschtums, sondern des Polentums in unseren

[1] Theorie = Ansicht, Lehre.

Digitized by Google

Ostmarken geführt hat. Jedoch nicht über diese allgemeine Frage will ich mich in einen Streit mit dem Herrn Provinzialschulrat einlassen. Wohl aber fühle ich mich gedrungen eine Warnungstafel vor der Art der pädagogischen Beweisführung aufzuhängen, wie sie in jener Schrift geboten wird. Wir wollen nationale Gesittung, aber nicht nationalen Idiotismus[1] pflegen, und dazu gehört in allererster Linie, daß wir nicht Erziehungsgrundsätzen huldigen, die ihrem innersten Wesen nach unbillig, unpädagogisch, undeutsch sind.

Unbillig aber ist es, wenn schlechthin die Forderung aufgestellt wird: es bleibe wie bisher das Recht und die Pflicht des preußischen Staates unverbrüchlich bestehen, dafür zu sorgen, daß alle seine Staatsangehörigen, also auch die polnisch sprechenden Preußen, die deutsche Sprache beherrschen! Dieser alles andere bestimmende Grundsatz leidet, wissenschaftlich angesehen, an dem äußerst bedenklichen Fehler, daß er zu weit und zu unbestimmt ist. Bekanntermaßen gibt es einen nicht geringen Teil der deutschen Bevölkerung, der trotz des Besuches der Volksschule über keinen größeren Vorrat von Ausdrücken verfügt als über etwa 500—800 Wörter. Heißt das, die deutsche Sprache beherrschen? Oder, wenn es auf den Stil ankommt, kann man dann noch von einer Beherrschung unserer Sprache reden, wenn solche Satzungetüme gebildet werden, wie der folgende: dieser doppelten Verpflichtung kann die Volksschule nur gerecht werden, „wenn dem fremdsprachigen Kinde die deutsche Sprache unter steter Berücksichtigung der berechtigten pädagogischen Forderungen des Heimatprinzips, des richtig verstandenen sogenannten Arbeits- und Wirklichkeitsunterrichtes wie seiner Muttersprache gelehrt und dafür Sorge getragen wird, daß schon im ersten Schuljahre die Kinder polnischer Zunge zum gleichmäßigen Fortschritte mit den deutschen Kindern befähigt und letztere nicht dauernd in ihrer Ausbildung benachteiligt werden, eine Gefahr, die von denen, die der polnischen Sprache einen breiteren Raum in der Volksschule einzuräumen nicht abgeneigt sind, offenbar nicht beachtet oder mindestens bedeutend unterschätzt wird" —? Und wenn es nun so mit dieser Sache bestellt ist, kann man dann gerechterweise so schlechtweg die pädagogische Forderung aufstellen, daß auch die polnisch sprechenden Preußen die deutsche Sprache beherrschen? Dieses Verlangen ist selbst dann noch übertrieben, wenn hinzugefügt wird, daß auch die mit den polnischen Kindern gleichzeitig unterrichteten deutschen in demselben Maße wie Kinder deutsch sprechender Provinzen zur Teilnahme an deutscher Bildung befähigt und für das staatsbürgerliche und praktische Leben tüchtig gemacht werden. Es ist geradezu eine psychologische Ungeheuerlichkeit, von den polnischen Kindern die Bewältigung desselben Zieles im Deutschen erzwingen zu wollen, wie von den Kindern derjenigen Volksschulen, wo durchgängig deutsch als Muttersprache geredet wird. Durch ein solches, allen gesunden Erziehungsmethoden von Grund auf widersprechendes Verfahren kann in der polnisch sprechenden Bevölkerung nur eines großgezüchtet werden: der tiefe und unauslöschliche Haß gegen alles Deutsche von Kindesbeinen an!

[1] Idiotismus = Blödsinn.

Digitized by Google

Nicht besser aber steht es mit der diktatorischen Behauptung: „erfolgreicher Betrieb zweier Sprachen ist in unserer Volksschule unterrichtstechnisch unmöglich." Erstens einmal gibt es Gebiete, wo dies längst und mit ausreichendem Erfolge geleistet wird. Sodann liegt es in der Natur der Dinge, daß ein zweisprachiger Schulbetrieb überall da notwendig wird, wo für einen größeren Bestandteil der Nation die allgemeine Landessprache nicht zur Muttersprache geworden ist. Aber zugegeben, es träfe zu, was uns der Herr Provinzialschulrat als unerschütterliches Ergebnis schultechnischer Weisheit verkündet, so müßte jeder unbefangene Pädagoge gerade die umgekehrte Folgerung daraus ziehen, die in jener Schrift daraus gezogen wird. Denn zum mindesten seit Ratichius und Comenius steht kaum ein anderer pädagogischer Satz so fest als der, daß aller Grundunterricht in der Muttersprache erteilt werden müsse. Mit der Errichtung des allgemeinen und öffentlichen Volksschulwesens ist dies ethisch und schultechnisch für so selbstverständlich erachtet worden, daß alle Volksschulpädagogik unmittelbar darauf gegründet ist. Macht man demnach Ernst mit jenem Satz, daß ein zweisprachiger Betrieb nicht nur in den unteren Klassen, sondern in der ganzen Volksschule überhaupt unterrichtstechnisch unmöglich sei, so müßte jeder unbeirrbare Pädagoge unweigerlich zu dem Schluß kommen, daß dann die Kinder unserer polnisch sprechenden Mitbürger notwendig in einer Volksschule mit lediglich polnischer Unterrichtssprache unterrichtet werden müßten. Gilt jener Satz, so gilt auch diese Folgerung; und die Erfahrung hat bewiesen, daß die Aufstellung jenes schultechnischen Prinzipes auch stets von sich aus in unserem Polentum die Forderung erzeugt hat, das Polnische in den Volksschulen dieser Bezirke zur ausschließlichen Unterrichtssprache zu machen. Statt dieser Verwirrung mit erziehungswissenschaftlicher Klarheit entgegenzutreten, wird auch in der vorliegenden Schrift mit dem größten Nachdruck wiederum der doppelte Fehler begangen, daß erst ein falscher Grundsatz aufgestellt wird, und daß dann noch eine falsche, ganz unpädagogische Bestimmung daraus abgeleitet wird. Es wird ohne jede zureichende Begründung von oben herab erklärt, daß auch unsere Polen in der Volksschule nur in einer Schulsprache unterwiesen werden dürften, und zugleich, daß diese Unterrichtssprache nicht die Muttersprache sein dürfte. Diesem Bestreben, das schon in der Wurzel allen nationalerzieherischen Erfolg unterbindet, kann hier lediglich andeutungsweise der pädagogische Satz entgegengestellt werden: die Polen können zu einer innigeren Verschmelzung mit der deutschen Nationalbildung nur durch einen zweisprachigen Volksschulunterricht erhoben werden, und zwar in der Weise, daß anfänglich der muttersprachliche, später der deutschsprachliche Unterricht das Übergewicht erhält.

Ist es endlich wider alle Errungenschaften der Erziehungswissenschaft, daß die Muttersprache nicht zum Ausgang des Volksschulunterrichtes gemacht wird, so ist es vollends wider den Geist aller wahrhaft deutschen Gesittung, die religiöse Erziehung durch eine andere Sprache, als durch diejenige des in die Tiefen des Herzens

Digitized by Google

dringenden Familienlebens zu vermitteln. Eine Vergewaltigung in bezug auf diese Angelegenheit durch die Schule heißt nicht mehr und nicht weniger als die Verleugnung eines der edelsten und höchsten Güter unserer Reformation. Denn, als Luther uns endlich die Freiheit erkämpfte, die christliche Religion aus dem Wesen des deutschen Geistes und der deutschen Sprache zu erfassen, da wollte er das, was er zunächst für sein eigenes Volk tat, für das Innenleben jedes Volkstums gesichert wissen. Und nicht anders hat Fichte später den Begriff der deutschen Bildung dahin gedeutet, daß durch uns die ganze Menschheit dazu erzogen werde solle, sich kraft der eigenen, ursprünglichen Selbstbestimmung zu der Idee des Ganzen zu erheben. Das ist das Bildungsgut, das wir in der ganzen Welt aufzurichten haben, und wodurch wir allein unserer deutschen Nationalbewegung die Weihe der überlegenen und gewinnenden Kraft zu geben vermögen. Aber gerade dieses erhabenste und heiligste Erbe wird wieder preisgegeben, wenn wir die Achtung davor verlieren, daß die religiöse Erziehung der Kinder aus der Empfindung und der Ausdrucksweise des Elternhauses herauswachsen muß. Eben deshalb ist es einer der schlimmsten Mißgriffe, mit Gewalt durchzusetzen, daß der Religionsunterricht in einer anderen als der Muttersprache erteilt wird. Denn dadurch wird die so behandelte Bevölkerung nicht nur auf das äußerste verbittert und dem Geist der nationalen Gemeinschaft entfremdet, sondern der Nationalstaat entäußert sich dadurch selbst zugleich seiner eigenen freiheitschöpferischen Kraft. Darum muß der Grundsatz: im Religionsunterrichte sind zweisprachige Kinder wie deutsche zu behandeln, als von Grund auf undeutsch in der schärfsten Weise bekämpft werden. Vielmehr muß, solange es innerhalb unserer Nation eine polnisch sprechende Familiengemeinschaft gibt, ihr auch das Recht zugestanden werden, für die religiöse Erziehung die polnische Unterrichtssprache zu verlangen. Wer anders verfährt, versündigt sich an dem produktiven Ethos des deutschen Volkstums.

Die nationale Angleichung fremdsprachlicher Volksbestandteile kann heute nicht mehr durch die Mittel der Gewalt vollzogen werden. Wer dies dennoch versucht, wird nur einen Mißerfolg auf den anderen häufen. Die Assimilierung eines andersartigen Volkstums kann allein noch gelingen kraft einer überlegenen Gesittung und Bildung, um deren Zueignung willen dann ehemaliges Stammgut von geringerem Wert von selbst dahinschwindet. Das aber kann nur das Werk eines sehr allmählich fortschreitenden Prozesses der gesamten Bildungsarbeit sein, wobei vor allem dafür gesorgt werden muß, daß dieser Fortgang nicht durch die Unklugheit äußerer Gewaltakte gehemmt wird. Ein Hauptirrtum, der hierbei mitspielt, ist der, daß gewisse Leute noch immer glauben, man müsse die Polen zu unserer Zeit ebenso anfassen, wie man ehedem im Mittelalter das heidnische und barbarische Wendentum zu bändigen suchte. So erklärt Herr Bock mit patriotisch klingendem Pathos an einer anderen Stelle: „Möge das erhebende Bewußtsein, daß wir alle,

Digitized by Google

die wir in Stadt und Land, an höheren, mittleren oder Volksschulen oder in der Schulverwaltung tätig sind, auf dem Boden an der Erziehung der Jugend arbeiten dürfen, auf dem sich die sieghafte Großtat des Mittelalters, an der das ganze deutsche Volk in allen seinen Ständen, nicht zuletzt deutsche Bischöfe und wackere Zisterziensermönche Anteil hatten, vollzog, zu neuer begeisterter und zielbewußter Arbeit anregen und uns auch dann nicht mutlos werden lassen, wenn das Ziel, die Jugend der polnisch redenden Bevölkerung nicht nur sprachlich, sondern auch national zu gewinnen, in immer größere Ferne zu rücken scheint." Jawohl, dieses Ziel wird um so unerreichbarer werden, solange man sich nicht klar macht, daß die Polen seit Jahrhunderten auch Christen sind und in allem den Anschluß an die abendländische Bildungsgemeinschaft vollzogen haben. Eine Polenpolitik aber, die dieses Volkstum nach wie vor mit mittelalterlichen Maßstäben mißt, muß notwendig scheitern. Sorgen wir deshalb dafür, daß hierin endlich ein anderes Verfahren eingeschlagen wird, und daß die weltgeschichtliche Verwirklichung der deutschen Freiheitsidee zuallererst unseren zweisprachlichen Volksgliedern zugute kommt.

Streiflichter zur Weltlage X

Juli 1917

Von Professor Dr. Schiemann

Es fällt überaus schwer, in den Schranken des mir zugemessenen knappen Raumes auch nur einigermaßen vollständig über die Ereignisse eines Monats zu berichten, der so überreich an bedeutsamen Tatsachen gewesen ist, wie der hinter uns liegende Juli. Suchen wir sie zunächst auf einige Schlagworte zusammenzupressen, so sind es: der Rücktritt des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg und die Ernennung des Unterstaatssekretärs Dr. Michaelis zu seinem Nachfolger nebst den daran hängenden Problemen der inneren und äußeren Politik; die am 1. Juli einsetzende russische Offensive als Teil der am 26. Juni in St. Jean de Maurienne vereinbarten Gesamtoffensive; das Zusammenbrechen der russischen Heeresmacht in Galizien und die gleichzeitig einsetzende Revolution gegen die revolutionäre provisorische Regierung in Petersburg; die Rückwirkung dieser Tatsachen auf England und Frankreich, endlich die Unabhängigkeitserklärung von Finnland und der Ukraine und die Zuspitzung der wenig erfreulichen Entwicklung, welche die Dinge in Polen nehmen. Im Osten war inzwischen die Erhebung des Generals Tschanghsun für den Mandschu-Kaiser Puyi acht Tage lang die große Sensation, die das chinesische Problem für Japan, Amerika und England in den Vordergrund des politischen Denkens rückte, um ebenso schnell wieder zu verschwinden, nachdem das republikanische Regiment wieder hergestellt war.

Das sind, wie gesagt, nur die Stichworte der Probleme, mit denen zu rechnen war. Wir wollen versuchen, die wichtigsten von ihnen genauer zu beleuchten.

Digitized by Google

Daß der Rücktritt des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg seit mehr als einem Jahr ein zeitweilig stürmisch geäußerter Wunsch politischer Kreise unseres Volkes war, ist jedem bekannt, der die handschriftlich oder in Maschinenschrift umlaufende Literatur der Zeit verfolgt hat. Bei aller Anerkennung, die seinem Patriotismus wohl an keiner Stelle versagt worden ist, richtete der Gegensatz sich gegen seine staatsmännische Befähigung, vornehmlich soweit es sich um Fragen der auswärtigen Politik handelte. Ihn nach dieser Richtung zu verteidigen, dürfte schwer fallen, auch wo man zugibt, daß das politische Erbe, das er übernehmen mußte, alle Keime der Probleme enthielt, die während der letzten Jahre seiner Kanzlerschaft den furchtbaren Kriegssturm brachten, den wir noch heute mit Anspannung all unserer Kräfte erfolgreich abzuwehren bemüht sind.

Die geniale Eingebung, die das Dunkel der Zukunft zu durchdringen vermag, ist ihm versagt geblieben und ebenso die Kraft, durch raschen Entschluß dem Augenblicke abzugewinnen, was er bieten konnte. Die Schwierigkeiten einer Lage sind ihm stets gegenständlicher gewesen, als die glänzenden Aussichten, die sie bieten konnte, und das unglückliche Bündnis, in das er mit dem pazifistischen Sozialismus trat, wurde ihm zum Verhängnis und wäre es für uns geworden, wenn nicht der Kaiser durch Annahme des Bethmannschen Abschiedsgesuches und durch Ernennuug eines minder gebundenen Nachfolgers die politische Lage im Innern und die Möglichkeiten, die sich uns nach außen hin noch boten, gerettet hätte. Daß Dr. Michaelis die unglückliche Friedenszielresolution der Reichstagsmajorität annehmen mußte, „so wie er sie verstand", lag an der politischen Kombination, mit der er als mit einer Tatsache rechnen mußte. Wir bringen ihm das Vertrauen entgegen, daß er aus ihr das möglichste machen wird, und dazu wird ihm die geniale Kraft unserer Obersten Heeresleitung die Wege ebnen. Sie hat es bereits getan; das unglückliche Buhlen um einen Frieden mit Rußland — den wir im Prinzip keineswegs ablehnen — hatte in den Kreisen der Entente die Vorstellung erweckt, daß es möglich sein werde, den psychologischen[1] Fehler, der damit begangen war, dahin auszunützen, dem tatsächlich kriegsmüden und nach Frieden verlangenden russischen Volke die Überzeugung einzuimpfen, daß es ihm gelingen werde, durch ein erneutes energisches Vorstoßen die bereits im Westen und Süden stark angespannte deutsche Heeresmacht über den Haufen zu rennen, und dadurch jenen Frieden zu erzwingen, von dem die russischen Idealisten sich ein utopisches[2] Zukunftsbild gebildet hatten. Mit bewunderungswürdiger Energie sind dabei England und Frankreich ans Werk gegangen. Alle Mittel der Überredung, der werktätigen Unterstützung durch Kriegsmaterial, Geld, Mannschaften und Offiziere, wurden ausgespielt; durch Ratschläge und durch Zwang haben sie es wirklich erreicht, die russischen Pazifisten ihren imperialistischen Zielen dienstbar zu machen und sie

[1] Hier: auf mangelndem Verständnis des Gegners beruhend.

[2] utopistisch = unerfüllbar.

Digitized by Google

für Zwecke, die mit den realen Interessen Rußlands nichts zu tun haben, aufs neue vorzuschicken zu einem Kampf auf Leben und Tod. Am 1. Juli begann die neue russische Offensive bei Dünaburg, Smorgon, Kowel, in Galizien, schließlich auch an den Grenzen der Moldau. Der Hauptangriff richtete sich aber auf Galizien. Dort war konzentriert worden, was an nicht durch die Revolution verdorbenen Truppen zusammengebracht werden konnte, ein gewaltiges Heer, das auf eine halbe Million geschätzt wird, mit dem Brussilow und Kornilow Lemberg nehmen und womöglich ganz Galizien gewinnen und in Ungarn die Entscheidung erzwingen wollten. Der Anfang war ihnen günstig, Halicz und Kalusch fielen, sie konnten zahlreiche Gefangene machen und hatten nicht unbeträchtlichen Gewinn an Gelände aufzuweisen; dann aber, um dieselbe Zeit, da in Berlin der Wechsel im Reichskanzleramt sich vollzog und die Franzosen ihr Nationalfest unter lautem Jubel über die russischen Siege feierten, trat die Wendung ein; am 17. Juli war es bereits so weit, daß der Rückzug der Russen begann, und von da ab hat das siegreiche Vordringen unserer Truppen nach Kämpfen von erstaunlicher Heftigkeit die russischen Armeen nicht nur zurückgeworfen, sondern sie buchstäblich zerschmettert trotz aller Bemühungen der französischen und englischen Offiziere, die den russischen Soldaten immer aufs neue in den Tod zu jagen verstanden und trotz der verzweifelten Anstrengungen Kerenskis, den sinkenden Mut und den patriotischen Stolz der Truppen wieder aufzurichten. Alle Verbände lösten sich auf. Es war ein Rückzug, entsetzlich wie der eines Heeres, das den Glauben an sich, an seine Führer und an die Gerechtigkeit seiner Sache verloren hat. Eine Stadt nach der anderen fiel; auch Tarnopol, der erste glänzende Gewinn, den die Russen zu Anfang des Krieges errungen hatten; schon bangen sie um Wolhynien. Und während hier ein furchtbares Gericht an einer schlechten Sache sich vollzieht, tobt in Petersburg der Bürgerkrieg. Auch da ist der 14. Juli der kritische Tag gewesen. Arbeiter- und Soldatenrat waren über die ukrainische Frage in scharfen Gegensatz zur provisorischen Regierung geraten. Die Minister, die aus den Kreisen der Duma entnommen waren, hatten sich geweigert, die Forderungen der Ukrainer auf Selbstregierung anzuerkennen, die Soldaten- und Arbeitervertreter hatte sie ihnen zugestanden. Am 15. mußten deshalb vier Minister zurücktreten und eine nunmehr ausschließlich aus Sozialisten bestehende provisorische Regierung ward konstituiert[1], als deren Haupt zwar noch der Fürst Lwow galt, deren Seele aber Kerenski war, der überhaupt derjenige ist, der heute, allerdings mit bereits stark angefochtener Autorität, noch Rußland zusammenhält. Aber wie unsicher seine Stellung ist, mußte er schon am 16. Juli erfahren. Die Arbeiterschaft von Petersburg, unterstützt von Teilen der Garnison und von der „Republik" Kronstadt, erhob sich gegen ihn und die zu ihm stehenden Truppen. Am 17. erklärten sie die provisorische Regierung für abgesetzt, am 18. waren sie Herren der Stadt. Sie sollten sich nicht lange ihres Triumphes freuen. Kerenski hatte von der Front herangezogen, was an Truppen irgend zu finden war, und am 19. be-

[1] konstituieren = festsetzen, bestimmen, gründen.

Digitized by Google

gann der Gegenangriff, der mit brutaler Rücksichtslosigkeit geführt, mit gleicher Erbitterung aufgenommen und erwidert wurde. Die Petersburger Arbeiter im Bunde mit der Republik Kronstadt, einigen Petersburger Garde-Regimentern und der baltischen Flotte auf der einen, die zu Kerenski stehenden übrigen Petersburger Regimenter nebst den aus den nächstliegenden Städten und von der Front herangezogenen Truppen auf der anderen Seite standen in erbittertem Kampfe einander gegenüber. Die provisorische Regierung bildete sich unter der Leitung von Kerenski um, der Ministerpräsident wurde, aber das Kriegsministerium dem bisherigen Arbeitsminister Skobelew überließ, Vizepräsident wurde Nekrassow, bisher Minister der Wege, Tseretelli, der Post- und Telegraphenminister, erhielt dazu im Hauptamt das wichtige Ministerium des Innern; in ihren früheren Stellungen belassen wurden Godnew als Reichskontrolleur, Peschechonow als Lebensmittelkontrolleur, Tschernow für Ackerbau und Wladimir Lwow als Vorsitzender des heil. Synod. Beseitigt sind der ehemalige Ministerpräsident Fürst Lwow, der Handelsminister Konowalow, der Justizminister Perewerſew, der Finanzminister Schingarew und der Unterrichtsminister Manuilow. Die letztgenannten fünf waren ehemalige Dumamitglieder, deren Glaubensbekenntnis nicht mit dem des Soldaten- und Arbeiterrats übereinstimmt und die deshalb weichen mußten. Daß man sich zunächst ohne Minister der Justiz, des Unterrichts und der Finanzen behilft, erklärt sich wohl aus der völligen Zerrüttung, in der diese Zweige der Staatsverwaltung sich befinden. Es ist bis zur Stunde (den 28. Juli) nicht zu erkennen, welcher der beiden um die Herrschaft ringenden Gruppen der Sieg zufallen wird: der die Anschauungen Lenins vertretenden Kombination[1] Petersburg Kronstadt oder der je länger, je mehr von zaristischen Methoden und imperialistischen Neigungen ergriffenen Partei derer um Kerenski, die sich als die englisch-französische Partei in Rußland bezeichnen lassen. Zunächst ist die Übermacht noch in ihren Händen, aber es ist charakteristisch, daß, wie der Korrespondent des ukrainischen Bureaus in Stockholm drahtet, diese neue provisorische Regierung in der ukrainischen Frage „auf der ganzen Linie nachgegeben hat, indem sie die völlige innere Autonomie der Ukraine proklamierte und das ukrainische Ministerium als höchste Behörde des Bundes anerkannte. Nur in militärischen Angelegenheiten vertritt die russische Regierung weiter den Standpunkt der Einheit der Armee Rußlands". Also doch nicht auf der ganzen Linie! und da dieses Zugeständnis ohne Zweifel infolge der Entmutigung erfolgte, welche die russischen Niederlagen in Galizien hervorgerufen haben, ist es sehr fraglich, ob die jetzt anerkannte innere Autonomie der Ukraine, namentlich ihre finanzielle Selbständigkeit, aufrecht erhalten wird, wenn die äußere und innere Lage der provisorischen Regierung sich gekräftigt haben sollte.

Was die Ukraine erstrebt, hat der Kiewer ukrainische Nationalkongreß in einer Reihe von Entschließungen am 2. Juli folgendermaßen formuliert:

[1] Kombination = Vereinigung.

Digitized by Google

1. Der Kongreß erkennt die Rada als die einzige und höchste Regierungsgewalt der Ukraine an.

2. Er fordert die Demokratie der ukrainischen Städte und Dörfer auf, im Verein mit dem Volke der Ukraine energisch an der Verwirklichung einer national-territorialen Autonomie der Ukraine zu arbeiten.

3. Das Manifest muß in allen Kirchen der Ukraine verlesen werden.

4. Über die Steuern, die vom 1. Juli an von dem ukrainischen Volk erhoben werden, darf die russische Regierung nur teilweise, und zwar durch Vermittelung der Rada und mit deren Zustimmung verfügen.

5. Die Rada muß öffentliche Institute, wie Post, Telegraph, Schulen ukrainisieren.

6. Alle bisherigen Verfügungen der provisorischen Regierung müssen in Hinblick auf ihre Nützlichkeit für die ukrainische Bevölkerung nochmals geprüft und eventuell abgeändert werden.

7. Die Kriegsschüler, soweit sie Ukrainer sind, müssen in das ukrainische Heer eintreten.

8. Ein Kongreß aller in der Ukraine befindlichen Nationalitäten muß baldigst einberufen werden.

Das Manifest, auf das hier hingewiesen wird, ist von dem Präsidenten der Zentralrada Vinnitschenko verlesen und von nicht enden wollenden Rufen: Es lebe die Zentralrada! es lebe das neu erstandene Volk! begrüßt worden. Es war die Antwort auf die ursprüngliche Weigerung der provisorischen Regierung, die ihr von einer Delegation vorgetragenen Wünsche der Ukrainer zu genehmigen. Wenn diese Genehmigung jetzt nur bedingt erfolgt ist, kann kaum zweifelhaft sein, daß die Rada, gestützt auf die Zustimmung des Kongresses, sich damit um so weniger begnügen wird, als es sich sichtlich nur darum für Kerenski handelt, die Wehrkraft der Ukraine nochmals ins Feld zu führen. Nebenher geht das Bemühen des Soldaten- und Arbeiterrats, die Wahlen zur konstituierenden Versammlung sofort vorzunehmen, um durch diese panrussische Versammlung die Sonderbestrebungen der Ukrainer und der Finnländer, die sich gleichfalls selbständig organisieren, niederstimmen zu lassen. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß die Autonomien des Nordens und des Südens diese großrussische Versammlung beschicken und sich ihr fügen.

So steht Rußland um so mehr vor neuen Problemen, als das Beispiel Finnlands und der Ukraine wahrscheinlich von den übrigen Fremdvölkern befolgt werden wird.

Inzwischen bringt jeder Tag neue Nachrichten von der verzweifelten Energie, durch welche Kerenski die ermattende Kriegsfähigkeit und die fast ganz versagende Kriegslust der Russen anzufeuern bemüht ist. Die Frauenlegion, die bei dem letzten Kampfe bereits beteiligt war, ist auf seine Veranlassung zurückzuführen, eine Wahnsinnstat, die als Heldentum darstellen will, was Hysterie[1] ist. Für die versagenden Truppen —

[1] Hysterie = eine Nervenkrankheit, die besonders bei Frauen vorkommt.

Digitized by Google

die er Meuterer nennt — hat Kerenski, der durchaus als Diktator schaltet, — die Todesstrafe wieder eingeführt, die Generäle werden vor ein Kriegsgericht gezogen, und was von den Petersburger Maximalisten in seine Hände fällt, muß jetzt von ihm lernen, was die neue Freiheit zu bedeuten hat, die England und Frankreich durch ihn den Russen gebracht haben. Man rühmt seine Vaterlandsliebe, aber es ist die Vaterlandsliebe der bösesten Tage der französischen Schreckensherrschaft, und Kerenski gewiß nicht ein Napoleon, der ihr ein Ende machen könnte.

So geht die russische Tragödie weiter unter Begleitung des Trommelfeuers der Engländer und Franzosen an unserer Westfront, wo die Engländer bemüht sind, an die flandernsche Küste durchzubrechen und die Franzosen ihrem jetzt auch von England offiziell bestätigten Kriegsziel: „Elsaß-Lothringen und beide Ufer des Rheins" zustreben. Auf der zweiten Balkankonferenz, die sie in Paris vom 23. bis 25. Juli abgehalten haben, erhoben sie dieses Programm zum Beschluß und, wie es scheint, haben sie neben ähnlichen Utopien, welche die politische Neugestaltung der Balkanhalbinsel und Vorderasiens betrafen, sich auch dafür entschieden, unter keinen Umständen die Geheimverträge zu veröffentlichen, die sie vor dem Kriege und während desselben abgeschlossen haben. Das ist im Gegensatz zu ihrem sonstigen Verhalten, außerordentlich praktisch gedacht, weil sie unter keinen Umständen den Zusammenhang der gegen uns gerichteten Ränke offenbaren können, ohne die volle und alleinige Verantwortung für den Ursprung des Krieges auf sich zu nehmen. Es haben sich übrigens doch einzelne ehrenwerte Männer gefunden, die jetzt mit der Wahrheit nicht zurückhalten: so der bekannte französische Historiker Driault, der zwei vortreffliche Bücher über die orientalische Frage in Europa und in Ostasien geschrieben hat. Driault spricht es rückhaltlos aus, daß Frankreich einen durch 40 Jahre vorbereiteten Revanchekrieg führe. Ein ähnliches Bekenntnis ist jüngst aus englischer Feder gekommen, dem wir die Gewißheit verdanken, daß die angebliche Verständigung, die 1912 Lord Haldane in Berlin zwischen uns und England vorzubereiten bemüht schien, in Wirklichkeit nichts anderes war als eine Spionage, die er dann zu unserem erheblichen Nachteil, dank der Harmlosigkeit, mit der er in Berlin rechnen mußte, ausgenützt hat. Wie die Rückwirkung in London war, beweist die Tatsache, daß daraufhin das Flottenbudget sofort von 36 auf 50 Mill. Pfd. Sterl. erhöht wurde. Das unglückliche Jahr 1912, das uns Haldane und die Baltischporter Erklärung brachte, ist fürwahr ein schwarzes Schicksalsjahr für uns gewesen. Wenn man bedenkt, daß damals in Hinblick auf die politische Lage nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die dringende Notwendigkeit vorlag, uns in Hinblick auf die offenkundige Feindseligkeit von Ost und West mit Kriegsmaterial und mit Rohstoffen für die Volksernährung und für das Leben unserer Industrie zu versorgen, und daß nach dieser Richtung nichts, absolut gar nichts geschehen ist, dann fragt man sich wohl, welches die Grenzen staatsmännischer Verblendung sein können. Offenbar sind sie überhaupt nicht vorhanden. Zu

Digitized by Google

unserem Glück war ebenso groß wie unsere Verblendung die Unterschätzung unserer Kraft und die Überschätzung der eigenen in den Reihen unserer Gegner. Drei schwere Jahre haben dafür unwiderlegliche Beweise gebracht, so daß ich keine Tatsachen dafür anzuführen brauche. Aber das verdient doch hervorgehoben zu werden, daß mit der Kette ihrer Niederlagen der Hochmut unserer Gegner gewachsen und ihre Scheu vor schamloser Lüge gesunken ist. Heute gibt es keine noch so freche Erdichtung, vor der sie zurückschrecken, wenn sie glauben, uns dadurch schädigen zu können, und seit der Hoheprieſter heuchlerischer Selbstgerechtigkeit, Woodrow Wilson, ihr anerkanntes Oberhaupt geworden ist, haben sie den Gipfel erreicht. Weder in der Vergangenheit noch in unseren Tagen ist die Wahrheit bewußter in ihr Gegenteil verkehrt worden als in der anglo-romanischen Presse der Gegenwart. Wir haben keinen anderen Wunsch als den, daß ihnen vergolten werde nach ihren Werken.

Die Nemesis[1] greift ja mitunter nicht zu spät ein. Uns tritt damit das vor die Seele, was sich zurzeit in Polen vollzieht. Im April dieses Jahres fand in London eine Konferenz von Ententepolitikern mit polnischen Führern: Graf Plater Syberg, Graf Zamoyski und Seyda statt, die den Polen die Gewißheit brachte, daß sie auf die Entente zur Unterstützung ihrer großpolnischen Pläne rechnen können, die bekanntlich auch Kurland, Littauen, Cholm und weitere ukrainische Gebiete neben Posen, Westpreußen und Schlesien umfassen. Es haben darüber Verhandlungen mit Bonar Law stattgefunden, und parallel damit gingen die Beratungen, die der tschechische Nationalrat in Paris mit Lloyd George pflog. Es wird behauptet, daß der Sturz des Ministeriums Clam Martinitz die Folge gewesen sei. Zieht man nun in Betracht, daß der Fürst Lubomirski öffentlich erklärt hat, daß dieses größere Polen zu Österreich gehören solle, daß bald danach die den Verrätern unter den Slawen zugute gekommene Amnestie folgte, daß in Rapperswyl eine Feier am Museum für dieses größere Polen stattfand, so fragt man nach dem Zusammenhang dieser Erscheinungen, zu denen wohl auch der Verrat des Brigadiers Pilsudski zu zählen ist.

Die Antwort weist wie überall in diesem Kriege, in welchem England seine Weltstellung als Einsatz des Spieles gesetzt hat, auf England hin. Es handelt sich um Organisation einer polnischen Armee in Frankreich, einer zweiten (die bereits perfekt ist) in Rußland; auf beide Formationen richten die Polen im Okkupationsgebiet ihre Hoffnungen und zugleich sind sie bemüht, durch eine Art politischer Chantage[2] von den Mittelmächten eine Summe politischer Zugeständnisse zu erpressen, die im umgekehrten Verhältnis zur Zuverlässigkeit stehen, mit der sie die loyale Verwendung vermehrter Macht garantieren können.

Je mehr man sich die Gesamtlage überlegt, um so fester drängt sich die Überzeugung auf, daß die Rechnung auf ein loyales Polen eine falsche Rechnung gewesen ist, und

[1] Nemesis = Vergeltung.

[2] Chantage = etwa Erpressung.

Digitized by Google

daß unsere Politik dahingehen muß, zuerst an unsere Interessen in dem eroberten Gebiet zu denken, und erst wenn dieses gesichert ist, daran zu schreiten, weitergehende Wünsche der Polen zu befriedigen.

Als Kuriosum notieren wir, daß es in England ein regierendes Haus Hannover nicht mehr gibt. König Georg hat seiner Dynastie den Namen „Haus Windsor" verliehen. Aus Who is who?[1] wissen wir, daß es bereits in England eine Familie dieses Namens gibt, die Windsor-Clive, deren Haupt der Viscount Windsor ist, der sich wohl durch den Zuwachs, der seinem Geschlecht gekommen ist, nicht wenig geschmeichelt fühlen mag. Uns gereicht es aber zu großer Befriedigung, daß nunmehr auch der letzte Schein eines Zusammenhangs des englischen Königshauses mit Hannover in aller Form beseitigt worden ist. Aber ein politisches Ereignis von weit größerer Tragweite ist der Wahlsieg, den der Sin Feiner De Valera in East Clare errungen hat, das bisher in unbestrittenem Besitz der Partei Redmonds war; die irische Frage ist dadurch mit einem Schlage aktueller geworden und das empfindet man auf beiden Seiten. De Valera hat in einer Rede, die er in Dublin hielt, mit aller Bestimmtheit erklärt, daß die Iren nicht „für den blutbefleckten Union-Jack" kämpfen würden und daran die Bemerkung geknüpft, daß, obgleich Irland eine besondere Vorliebe weder für Deutschland noch für Frankreich habe, es dennoch der Nation, die ihm die Hand entgegenstreckte, die Gegenleistung nicht schuldig bleiben werde. Das aber ist ohne Zweifel ernst gemeint und jedenfalls der Erwägung wert, ob es nicht trotz aller Hindernisse, mit denen gerechnet werden muß, nicht doch für uns möglich wäre, den Iren „die Hand entgegenzustrecken".

Notizen

Die Ukraine und Mitteleuropa. In seiner Korrespondenz „Deutsche Post und Afrika-Korrespondenz" schreibt Dr. Paul Rohrbach am Schlusse eines Artikels über die Vorgänge in der Ukraine: Vom Großrussentum hat die Ukraine also in Zukunft nichts zu erwarten. Sie muß daher von anderer Seite eine Verwirklichung ihrer Wünsche anzustreben suchen: von Mitteleuropa. Und hier treffen sich die Interessen Mitteleuropas und der Ukraine: nur eine unabhängige Ukraine wird Mitteleuropa dauernd vom Albdruck der großrussischen Gefahr befreien, und nur der Anschluß an Mitteleuropa wird der Ukraine diese Unabhängigkeit sichern. Zugleich würde aber erst dadurch die polnische Frage ihre endgültige und befriedigende Lösung finden: eine starke, durch Interessengemeinschaft mit den Mittelmächten verbundene, den Polen stets verhaßte, und auch diese hassende Ukraine im Rücken würde jede „polnische Gefahr" schon im Keime ersticken und die übertriebenen Ansprüche der Polen sehr zum Vorteil der deutsch-polnischen Beziehungen dämpfen. Polen war der erste Markstein zur Sicherung Mitteleuropas im Osten; erst durch den zweiten — die Ukraine — wird auch der erste den für uns notwendigen unerschütterlichen Halt erlangen.

Daß wir und die Ukrainer die gleichen Interessen haben und diese auch in Zukunft haben werden, liegt also auf der Hand. Es fragt sich nun, wie weit die Dinge in der Ukraine gegenwärtig gediehen sind, und ob die leitenden Persönlichkeiten in Kiew schon heute imstande

[1] Who is who = Englisches Lexikon hervorragender Zeitgenossen.

Digitized by Google

sind, ihren Willen entschlossen in die Tat umzusetzen und an unsere Seite zu treten. Von sich aus und allein werden sie hierzu kaum imstande sein, denn abgesehen von einigen soeben organisierten Regimentern besitzen sie kein eigenes Heer. Worauf man aber in der Ukraine hofft, das dürfte aus folgenden Äußerungen des ukrainischen Ministerpräsidenten Winnitschenko zur Genüge hervorgehen: „Unter den Ukrainern gibt es eine starke Strömung, die eine Öffnung der Front für vorteilhafter halten, da die Ukrainer von Rußland nicht das erreichen würden, was sie von einer deutschen Okkupation erlangen könnten!" („Rjetsch", 6. 7.)

Noch deutlicher ist dieser Wink: „Wir besitzen genügend Kraft und Autorität, daß auf unseren Ruf einige Millionen ukrainische Soldaten die Front verlassen würden!" Und weiter: „Wir stehen nicht auf dem Standpunkt: „Unversehrtheit Rußlands"; uns interessiert vor allen Dingen das, was hier, auf unserem Gebiete sein wird — und dann erst das Allgemeine!" („Utro Rossij", 6. 7.)

Die Hand ist nach uns ausgestreckt; hoffen wir, daß wir sie entschlossen ergreifen und daß unsere Heere diese Vereinigung verwirklichen werden. Denn nur von dieser Hand haben wir den Frieden zu erwarten, den wir brauchen — und nicht von Petersburg oder Moskau!

Von der Zukunft des englischen Welthandels. „Financial News" sind besorgt um die amerikanisch-japanische Konkurrenz in Südafrika. Der Handel zwischen England und Südafrika habe bekanntlich nie den Erwartungen entsprochen, die man in England nach Abschluß des Burenkrieges hegte. Aber so schwer habe es England in Südafrika nie gehabt, sich gegen die Konkurrenz zu behaupten, als jetzt, wo die Konkurrenz der Zentralmächte ausgeschaltet sei. Amerika und Japan hätten die deutschen Absatzgebiete an sich gebracht und bildeten eine noch gefährlichere Konkurrenz für England. Die Zeitschrift begnügt sich bei dieser Feststellung auch nicht mit der naheliegenden Begründung, daß es englischen Firmen zurzeit schwer sei, Offerten zu machen und unmöglich Lieferungen auszuführen. Sie stellt besorgt fest, daß die südafrikanischen Agenten sich naturgemäß fragen mußten, was die englischen Fabrikanten seit Kriegsbeginn zugelernt hätten und ob sie solche Waren herstellen wollten und konnten, die in Südafrika gebraucht würden. Denn bis jetzt seien gerade diese Waren in England nicht erhältlich gewesen. Der englische Fabrikant habe auch in Südafrika im Rufe gestanden, sich nicht nach den Bedürfnissen seiner Kundschaft richten zu wollen. Er habe wohl geschmackvolle Dinge geliefert, aber in viel zu teuren Waren, als daß sie die Konkurrenz hätten bestehen können.

Englands Kriegsziel. „Sobald wir den Beweis haben, daß die deutsche Regierung ihrem Volk die Freiheit gibt, wird sofort Frieden geschlossen, aber bis dahin, solange wir diese Überzeugung nicht haben, wird die Arbeiterklasse Englands seine Freiheit verteidigen" — sagte nach dem „Djen", der Minister Henderson in Moskau im A.- und S.-Rat.

Wofür kämpft der russische Soldat? „Wie ausführlich die Untersuchung auch gemacht werden mag, die Antwort auf die Frage, weshalb der russische Soldat kämpft, bleibt stets die gleiche; man hat ihn listig betrogen. Er glaubt für die Freiheit zu kämpfen, kämpft aber in Wirklichkeit für das Streben der anderen nach Unterdrückung. Er ist ein Opfer jener Irreführung der Weltmeinung, die mit außerordentlichen Mitteln und mit außerordentlicher Energie in Szene gesetzt worden ist." („Aftonbladet".)

Von den Schwierigkeiten der russischen Ernte. Nach den Mitteilungen der Presse erhebt sich gegen die Einbringung der Ernte eine unüberwindliche und sehr wesentliche Schwierigkeit. Die Bauern haben keine Sensen mehr. Die Zeitungen berechnen, daß man in Rußland vor dem Krieg 5 Millionen gebraucht hätte. Zum größten Teil seien die aus Österreich gekommen. Nun habe zunächst das Landwirtschaftsministerium für 1917 500 000 Stück in Schweden bestellt. Davon können aber nach den Meinungen der Zeitungen höchstens 20 000 rechtzeitig eintreffen. Dazu kommen vielleicht noch ein größerer Teil der Bestellung auf 500 000 in Ame-

Digitized by Google

rika. Freilich sind die Zeitungen nüchtern genug sich zu sagen, daß auf die rechtzeitige Lieferung der amerikanischen Bestellung wenig Hoffnung vorhanden ist. Bleibt nur noch die Deckung durch die inländische Produktion, die höchstens 10 Prozent beträgt. „Die Lage der Landwirte ist also aussichtslos."

Die Ausbeutung der neuen Platinfundstellen des Fürsten Demidow wird von „Raubarbeitern" in Angriff genommen. Soldaten, so berichten russische Zeitungen, seien zu ihrer Vertreibung ausgesandt. Nun wird es sich also darum handeln, ob der Raubbau bis dahin etwas übrig gelassen hat und wie weit die ausgesandten Soldaten das Interesse des Fürsten Demidow dem ihrigen voranstellen.

Die Hoffnungen Rußlands auf die amerikanische Hilfe. „Ein ununterbrochener Strom amerikanischer Soldaten wird bis zum Ende des Krieges über den Atlantischen Ozean fließen." („Russk. Slowo".)

Frankreich und das Prinzip der offenen Tür. Wie die chinesische Zeitung „Peking Daily News" berichtet, hat die französische Gesandschaft einen Protest gegen die der Firma Siems-Carey gewährte Konzession zum Bau von Eisenbahnen in Kuangshi eingereicht. Sie beruft sich dabei, wie die Zeitung weiter mitteilt, auf einen Brief von Sun-pao-ch'i vom September 1914, wonach Frankreich für die Provinz Kuangshi das Vorrecht der Finanzierung von Eisenbahnbauten und Bergwerken gegeben sei. „In chinesischen Beamtenkreisen ist man über diesen Protest überrascht. Man sieht darin seitens Frankreich von neuem den Versuch, den Gedanken der Interessensphären aufleben zu lassen, was dem Prinzip der offenen Tür zuwider ist."

Die französische Kultur in Südamerika. Die Bemühungen Frankreichs, den Weltkrieg dazu zu benützen, die französische Kultur zur Weltkultur zu machen, sind bekannt. Die neutralen Länder Europas wurden seit Kriegsbeginn mit französischen Büchern, französischem Theater, französischer Musik überschwemmt. Überall hat seit Jahren Frankreich unter dem Anschein, nur als Führer in den übrigen Ententestaaten zu erscheinen, mit höchster Tatkraft die Lage zugunsten der eigenen Kultur ausgenutzt. Jetzt kommen Nachrichten aus Südamerika, die zeigen, daß Frankreich seine Bemühungen auch dorthin übertragen hat. Die Anregung des Herrn Pierre Conbertin in der „Semana" eine französisch-chilenische Annäherung zustande zu bringen, ist darnach inzwischen verwirklicht worden. Die studentischen Vereinigungen haben am 22. Mai eine Feier veranstaltet, der selbst der Rektor der chilenischen Universität beiwohnte. Über die Tätigkeit Conbertins wird inzwischen berichtet, daß sein Institut gleichzeitig auch in den Hauptstädten von Argentinien, Brasilien, Peru, Ecuador seine Wirksamkeit beginne. Dieses Institut steht in unmittelbarer Beziehung zum französischen Kultur-Institut in Paris. Es ist also als ein Teil der großen Propaganda gedacht, mit der Frankreich systematisch den ganzen Erdball überzieht. Die französischen Künstler treten auch in Südamerika in den Dienst des französischen Gedankens. Suzanne Desprès und Lugue Poé sind in Südamerika gewesen. Wie die Zeitungen begriffen haben, nicht nur als künstlerische Gäste, sondern „als Träger einer französischen und künstlerischen Mission". Eine Zeitung schrieb darüber: „Sie kommen offiziel nach Chile und überbringen die Botschaft der reinen und großen Kunst; gleichzeitig wollen sie uns mit dem Heldentum Frankreichs sowohl wie mit dem kräftigen Leben seiner neueren Literatur bekannt machen."

Die italienischen Kriegsziele. Der „Mattino" griff vor kurzem „Sonnino" und die Kriegsparteien an. Sie bewegen sich in den italienischen Kriegszielen immer weiter auf der Linie des Verzichts.

Italien und Griechenland. Die Verstimmung Italiens gegen Griechenland hält an. Ein Leitartikel der „Stampa" hat vor kurzem die Politik von Venizelos als „eine Politik der Ausbeutung jedes möglichen Gegensatzes zwischen Italien und den übrigen Mittelmächten" be-

Digitized by Google

zeichnet. Deshalb bedeute er innerhalb der Entente eine Zweideutigkeit und eine Gefahr. Die Interessen Griechenlands und die der Entente gingen vollkommen nur in dem einen Punkt zusammen: daß sie nicht im geringsten mit den politischen Interessen und Bestrebungen des Herrn Venizelos zusammengingen. Auch der „Mattino" meint, das beste wäre Griechenland der ihm am meisten zusagenden Neutralität zurückzugeben. „Dieser Schritt würde die ganze Balkanfrage der Lösung näher rücken."

Neuerscheinungen

Kriegs- und Friedensziele

„Zum deutschen Kriegsziel" will eine Schrift von Heinrich Claß führen, die in J. F. Lehmanns Verlag, München, erschienen ist und die Gesamtheit der deutschen Aufgaben, Bedürfnisse, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen sucht, die für einen Frieden gegeben sind. Der Verfasser hält es für nötig, festzustellen, sie sei, „wenn man sich ihren gesamten Inhalt vergegenwärtige, nicht zwecklos". Sie geht von zwei Voraussetzungen aus, von denen der Verfasser meint, „es werde niemanden von politischem Urteil und Instinkt geben, der sie nicht als berechtigt anerkenne": „Der Sicherung vor ähnlichem Überfall von außen — nach innen der Gewähr für eine gesunde Zukunft durch ausreichenden Landerwerb". Diese Kriegsziele politisch und geographisch zu begründen, und „den Wollenden unter seinen deutschen Mitbürgern darzulegen" unternimmt Professor Dr. Felix Hänsch in dem weitläufigen Buch „An der Schwelle des größeren Reichs". (J. F. Lehmann Verlag, München, M. 5.—.) „Als einer, dem es nicht vergönnt ist, selbst mit ins Feld zu ziehen, fühlt er die Pflicht, für die Daheimgebliebenen zu sorgen und zu helfen, daß den Kämpfern da draußen auch der Siegespreis zuteil wird". „In ehrlicher Sachlichkeit" werden die Ostseeprovinzen, Briey, Lothringen den Grenzen des Reiches einverleibt („zu neuen Wohnstätten für ein tätiges, freies Volk und als wertvolles Gebiet schwerindustrieller Rohstoffgewinnung"). Mit fester Hand werden die neuen Grenzen in natürliche Schutzlinien verankert. „Nester ewiger Tücke und lauernden Verrats sind ausgehoben, denn Belgien und Serbien werden keine eigene auswärtige Politik mehr treiben, und aus dem polnischen Bogen, der die Reichshauptstadt bedrohte, sind die Russen vertrieben. Der Zugang zum offenen Meer und das Sprungbrett gegen England sind frei — am Kanal — und die englischen Gewässer werden von der flandrischen Küste aus zum Übungsplatz unserer Unterseeboote. Brüderlich vereint werden das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn gemeinsam die goldenen Fäden in ihr Zukunftskleid weben. Wo aber werden die Lüge und die Verleumdung unserer Feinde bleiben vor dem Siegeszuge solcher Kräfte? Sie werden versinken vor der ehernen Sprache der deutschen Tat oder — sich wieder flüchten in die elenden Höhlen der Ehrlosigkeit und des Verrats, vielleicht in ein neues Belgien oder in ein anderes Serbien, bis ein jüngeres deutsches Geschlecht erstehen wird, um sie wieder auszuräumen: Denn das muß ungeschriebenes Gesetz des neuen Staatenbundes werden, daß er das Land oder die Länder, die mit neuem Gifte unsere Zukunft vergeben wollen, mit eisenbewehrtem Schlage straft, ehe sie Zeit finden, Freunde zum heimtückischen Überfall zu werben." So denkt sich Professor Dr. Hänsch „ehrliche Sachlichkeit". Was Sachlichkeit ist, hat M. Sering in dem (bei B. G. Teubner, Leipzig) neu erschienenen Sammelwerk „Westrußland in seiner Bedeutung für die Entwicklung Mitteleuropas" (auf das wir noch im einzelnen werden zurückzukommen haben) präzisiert: „Das erste Ziel ist unserer Verbündeten Sicherung gegen erneuten Angriff. Aber es wäre nicht deutsche Art, Völker und Länder lediglich als Festungsgelände zu behandeln, eine erweiterte Staatseinheit herzustellen, der die innere Festigkeit fehlt, weil die Teile auseinanderstreben." Auch Sering ist bestrebt, Deutschlands Grenzen zu sichern. Aber er denkt es sich in der Form, daß die Staaten der europäischen Mitte um den durch den Krieg gefestigten Kern zur gemeinsamen Wahrung ihrer Unabhängigkeit sich zusammenschließen. „In solchem Wehrverbande ist die Grundlage für die gleichberechtigte Anteilnahme und freie Entfaltung auch den kleineren Völkern gegeben, weil die stärksten Bundesgenossen, wie sie selbst, ihre Zukunft an ein kleines Territorium gebunden sehen, während jede Anlehnung an eines der Imperien, vermöge des quantitativen Unterschieds der Territorien und Bevölkerungen, die Gefahr der Unterdrückung und Unifizierung verewigen würde." Kritik an Naumanns Mitteleuropa übt dagegen Professor Dr. Georg von Below in der Schrift „Kriegs- und Friedensfragen" (Verlag „Globus", Dresden 1917), zu der er vier Aufsätze zusammenfaßt. Mit Berufung auf Brandenburg hält er das „Ideal, das uns Naumann mit so beredten Worten verkünder, innerlich unrichtig". „Es ist eine Utopie, aber eine gefährliche Utopie" („weil es unsere Verhältnisse wahrheitswidrig in ungünstigem Licht darstellt, ein ganz falsches Bild von den österreichischen Verhältnissen entwirft, kein

Digitized by Google

Verständnis für die Bedeutung und die Aufgaben der Nation zeigt und uns Nachgiebigkeit und Schwäche predigt, weil es gegenüber dem fremden Rationalismus, der uns bedroht, den Kopf in den Sand steckt und den Deutschen empfiehlt, in nationaler Beziehung recht weichmütig und nachgiebig zu sein. Es liegt uns völlig fern, unser Verhältnis zu Österreich-Ungarn gering anzuschlagen, wir legen darauf starkes Gewicht. Aber ganz vom Ziel wegführen würde es uns bei der Neuordnung unserer auswärtigen Verhältnisse, wenn wir die Beziehungen zu Österreich-Ungarn oder einem noch weiter begrenzten „Mitteleuropa" (Türkei, Bulgarien) einseitig ins Auge fassen wollten. Wesentlich wird uns vor allem die Sicherung unserer Grenzen im Osten und Westen, von wo aus wir angegriffen worden sind, sein. Wir schätzen die Verbreiterung unserer Basis, die durch eine zweckmäßige Ordnung unserer Beziehungen zu Österreich-Ungarn gegeben sein würde. Allein die Freiheit unserer Entwicklung ist mehr an die Sicherung unserer Grenzen im Osten und Westen geknüpft.") Für Professor Dr. Georg von Below ist diese Freiheit unserer Entwicklung durch den Militarismus bedingt. „Man zertrümmere, wie unsere Feinde es planen, seine politisch-militärische Stellung. Man wird damit nicht die deutsche Kultur befreien und fördern, sondern in Fesseln schlagen, die Welt wertvollster Kulturelemente berauben." Die Freiheit ist ihm weiter bedingt durch den Widerstand gegen „die einseitige Pflege der Demokratie". „An welcher Stelle würde die Demokratie unsere Stoßkraft erhöhen? Würde das nationale Bewußtsein gewinnen, wo die Demokratie stets das geringste Quantum des nationalen Bewußtseins bevorzugt? Würde sie uns eine leistungsfähige Diplomatie bringen, wo sie stets nur der Nachgiebigkeit und Verständigung dem Auslande gegenüber das Wort redet? Würde sie unserer deutschen Kultur die gesunden Grundlagen und Einrichtungen schaffen?" — so fragt zweifelnd Herr von Below. Dr. Lothar Ritter v. Wimmer läßt sich in einer Schrift „Die Ostmark" (Österreich-Ungarns Mission in der Weltgeschichte, C. Fromme, Wien), über die Zukunft der deutsch-österreichisch-ungarischen Politik aus. Zu hoffen ist nach dem Kriege als Folge der geläuterten Erkenntnis eine einheitlichere, beiden Bundesgenossen entsprechende Richtung der auswärtigen Politik, vor allem um der beiden Teilen so schädlichen Zersplitterung der Kräfte vorzubeugen. Nicht zu verkennen sind die Anstrengungen, die das kosten wird und nicht zuletzt den österreichisch-ungarischen Staatsmännern, um die Deutschen zu bewegen, nicht in zu selbstherrlicher Weise die gerechte Beteiligung unserer Monarchie zu vergessen, die Beteiligung nur an den Lasten, sondern auch an den Vorteilen. Nie soll übersehen werden, daß die deutsche Stellung in Kleinasien ohne Österreich-Ungarn, seine langen harten Mühen auf dem Balkan und die nur so ermöglichte notwendige Verbindung Deutschlands mit dem Orient, nicht begründet und noch weniger hätte gehalten werden können. So wird bei gutem Willen beiderseits und bei der nötigen Entschiedenheit unserseits, die den gemilderten deutschen Separatismus in seiner neuen Gestalt zu bekämpfen hat, eine gerechte Verteilung gewiß in vollem Maße erreichbar sein. Die Frage: „Was soll aus Rumänien, Polen, Serbien und Belgien werden" beantwortet eine in Grafers Verlag, Annaberg, erschienene Schrift „Friedensziele = Kriegsziele". „Möchten die Diplomaten, welche die europäischen Verhältnisse bei Friedensschluß zu ordnen haben, nicht darauf zukommen, die kleineren Völker als Kompensationen zu benützen und zu zerreißen. Nicht Rumänien an Österreich, Rußland und Bulgarien aufzuteilen, etwa mit Belassung eines Teiles als selbständigen Staats. Auch den Serben darf man nicht wieder einen selbständigen Staat schaffen, der nur einen Teil des Volkes umfaßt, wie bisher. Eine derartige Vereitelung der Lösung der Nationalitätenfrage in Osteuropa und auf dem Balkan wäre verhängnisvoll; denn sie würde den Keim zu neuen Kriegen in der Zukunft legen. Die getrennten Nationalitäten würden nach Vereinigung streben wie bisher, und die Großmächte Rußland, England und Italien würden sich immer wieder einmischen. Dieses aber muß verhindert werden, wenn Frieden am Balkan werden soll." „Österreichische Kriegsziele" umschreibt ein namenloser deutsch-österreichischer Reichsratsabgeordneter in einer bei Ferd. Wyß, Bern 1917, erschienenen Schrift. Sie stellt den Kriegszielen der Entente das Kriegsziel „eines neuen, mächtigeren, freien Österreichs" entgegen: „Die Gelegenheit, unser Heim zu ordnen und unsere inneren Angelegenheiten ganz aus freiem Entschlusse zu regeln, noch ehe die Stunde des Friedens geschlagen hat, ist so günstig wie nie. Ganz Polen ist in unserem Besitz, alle südslawischen Gebiete stehen unter unserer Verwaltung. Es ist eine Gelegenheit, wie sie Österreich seit tausend Jahren nicht gehabt und in tausend Jahren nicht wieder haben wird. Wir stehen wahrhaftig vor einer Schicksalsstunde. Versäumen wir sie nicht aus kleinlichen und kurzsichtigen Bedenken. Reden wir nicht von Erobern, aber auch nicht vom Preisgeben. Reden wir nicht von Herrschaft, sondern reichen wir den Völkern, die durch das Schwert an uns gelangt sind, die Hand zum Bruderverein, um ihnen und uns ein neues, größeres, schöneres und freieres Heim zu bereiten. Beweisen wir unseren Feinden, daß die Völker des Donaureiches nicht unter Fremdherrschaft schmachten, sondern aus freieren Stücken an diesem Reiche festhalten und daß Europa kein Recht und keinen Anlaß hat, sich in unsere Angelegenheiten ordnend einzumischen. Noch einmal muß ich es sagen, wenn es keine Utopie ist, daß ernste Staatsmänner, kühle Realpolitiker von einer Völkerliga zur Erhaltung des Friedens sprechen,

Digitized by Google

warum sollte es eine Utopie sein, wenn man in diesem weltgeschichtlich entscheidenden Augenblick die Völker Österreichs aufruft, durch ihre berufenen und verantwortlichen Vertreter den nationalen Frieden Österreichs zu schließen und damit vielleicht den entscheidendsten Schritt zur Herbeiführung des europäischen Friedens selbst zu tun? Österreich hat in diesem Augenblick eine gewaltige Sendung vor Europa und vor der Menschheit, und es ist ein Stolz, Österreicher zu sein. Der englische Schatzkanzler hat uns jüngst das baufälligste Reich der Welt genannt. Beweisen wir unseren Feinden, daß wir das modernste Haus der Welt sind, das alle Völker aufnehmen kann, ohne ihnen zum Gefängnis zu werden."

Lose Blätter vom Schreibtisch eines Pazifisten vereinigt die Schrift „Der Dauerfriede" von Walther Schücking (Verlag „Naturwissenschaften", Leipzig 1917). Es ist ein Buch des Bekennens, denn der Weltkrieg „war das Golgatha des Pazifismus". Aber es ist auch ein Buch der Zuversicht: „Aus der Tragödie der Gegenwart mußten wir die Kräfte gewinnen, unsere Ideen in die Zukunft zu führen." Es ist ein kleines Rinnsal „im Vergleich zu strömenden Fluten, die aus dem Boden eines einseitigen national bestimmten Denkens hervorgebrochen sind, aber es wird künftige Geschlechter doch vielleicht freuen, daß es in Deutschland nicht gänzlich gefehlt hat, ähnlich wie sich heute der Forscher freut, bei den kleinen protestantischen Sekten des Reformationszeitalters schon früh jener Idee der religiösen Toleranz zu begegnen, die erst das Elend des Dreißigjährigen Krieges zum Allgemeingut gemacht hat". Um in Weltfriedensverträgen ein neues Europa auf festen Grundlagen aufzubauen, muß zweierlei geschehen: „Es müssen die entsprechenden organisatorischen Einrichtungen zu friedlicher Erledigung politischer Konflikte geschaffen werden." Die Kulturvölker müssen „ihre Gesinnungen ändern und begreifen, daß es in ihrem ureigensten Interesse notwendig ist, eine Synthese für den Nationalismus und den Internationalismus zu finden, wie das Bismarcksche Zeitalter in Deutschland das legitimistisch-dynastische Ideal der Konservativen mit dem nationalen Ideal der Demokraten auszusöhnen verstanden hat."

Für die Kriegsziele im Innern suchen vier beachtenswerte Aufsätze die Grundlinien zu zeigen, die unter dem Titel „Vorfragen innerer Politik" in dem Verlag der „Frankfurter Zeitung" 1917 erschienen. Bei Untersuchung der Grundlagen für den künftigen Ausbau ergeben sich dem Verfasser folgende durch den Krieg veranlaßte Veränderungen: 1. Die kirchlichen Beziehungen haben ihre entscheidende Bedeutung für die große Politik und für die Stellung des einzelnen zum Staat verloren. 2. Physisch hat der Staat, psychisch die Nation die Oberhand behalten. „Der nationale Gedanke hat die überwiegende Mehrheit der galizischen Polen an die Seite des Staates geführt, in dessen Hut die Polen ihre nationalen Interessen am besten gewahrt sehen mußten." 3. Wo (wie bei den Tschechen) ein Konflikt zwischen staatlichen und nationalen Gesichtspunkten bestand, ist dem äußeren Gehorsam auch die innerliche Unterwerfung der nationalen Ideen unter den Staatsgedanken gefolgt. 4. Dennoch wird „die Zukunft möglicherweise ganz neuartige Aufgaben stellen, die mit dem einfachen nationalstaatlichen Schema nicht bewältigt werden können. Als ein unmittelbares Kriegsergebnis erwarten viele die Gestaltung einer mitteleuropäischen Organisation, die mehr sein soll als ein labiles Bündnis der bisherigen Art; darüber hinaus mag aus dem Schutt des Krieges früher oder später vielleicht doch einmal ein neues und diesmal inhaltvolleres Europa erstehen". 5. Die durch das Aufkommen des internationalen Arbeitersozialismus in die innere Entwicklung der Staaten hineingetragene Krise hat durch den Krieg eine Entspannung zur Folge gehabt, die für eine spätere dauernde Aussöhnung die verheißungsvollste Aussicht eröffnet. 6. Wenn der Friede wiederkehrt, so werden die Menschen sich wieder mehr als Individuen fühlen, und sie werden dann wieder beginnen, selbst Ansprüche zu stellen. Sie werden vom Staat verlangen, daß er vollkommener als bisher der richtige politische Ausdruck für das werde, was das deutsche Volk ist, und für ihr individuelles Leben werden sie ein breite Sphäre persönlicher Freiheit fordern, in die der Staat nicht eingreift. Je rückhaltloser der Staat solche Ansprüche erfüllt, um so williger werden die Menschen auch in ruhigen Zeiten zu ihm stehen, weil er das notwendige und wirksamste Werkzeug menschlicher Kultur ist und weil er uns mit denen vereinigt, die mit uns gleichen Schicksals sind. Daß der Staat solche Gesinnung wecke, und daß er sie im ganzen Volk wecke, das ist die Grundfrage jeder inneren Politik.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Rohrbach, Politisches Handwerk und politische Kunst . . . 1141
Stein, Deutsche Politik 1147
Walter, Finnland und wir 1153
Kuczinski, Die deutsche Reichsfinanzpolitik 1155
Horovitz, Die Inder und die anglo-indische Verwaltung . 1161
Notizen / Neuerscheinungen 1167

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 17. August 1917 Heft 33

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Digitized by Google

Aus dem
Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar
das Neueste:

Jean Paul
(Friedrich Richter)
Geschichten

Herausgegeben von Johannes Reiher

Mit Handzeichnungen von Ch. Chr. Engelhorn

Der Liebhaber-Bibliothek 41. Band

Aus dem Tosen des Weltkrieges führt dieses Buch, das auf seinen 400 Seiten den „Feldprediger Schmelzle, die Doppelheerschau, den Rektor Florian, das vergnügte Schulmeisterlein Maria Wuz und des Luftschiffers Gianozzo Seebuch" enthält, in die behagliche Beschaulichkeit einer ruhigeren Zeit, deren feine Grazie und leise Ironie durch die Zeichnungen der jungen Münchener Künstlerin noch besonders betont werden.

Preis Mk. 1.50 leicht kartoniert, Mk. 2.- gut gebunden, Mk. 4.- in Halbfranz. Durch jede gute Buchhandlung oder direkt vom Verlag zu beziehen

Digitized by Google

2. Jahrgang • 17. August 1917 • Heft 33

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politisches Handwerk und politische Kunst

Von Dr. Paul Rohrbach

Der größte Meister politischer Kunst in seinem Jahrhundert war Bismarck. Das zu bestreiten wird nicht nur in Deutschland, sondern auch außerhalb unserer Grenzen so leicht niemandem einfallen. Wenn aber heute jemand es unternimmt, sich zum Beleg für seine eigenen Ideen auf Aussprüche oder Grundsätze Bismarcks zu berufen, so liegt die größte Wahrscheinlichkeit vor, daß bloßes politisches Handwerkertum mit dem Gerät höchster politischer Kunst zu hantieren versucht. Nur der kann solches vernünftig anwenden, der selbst als Meister der Kunst die politischen Gesetze zu handhaben weiß. Auswärtige und innere Politik z. B. sind von Anfang an mit einander verbunden. Es ist also schon falsch, wenn jemand sich vorstellt, er könne auf beiden Gebieten getrennt vorgehen. Das hat niemand besser gewußt als Bismarck. Welch eine Narrheit ist es da, unter völlig veränderten Umständen sich für einzelne Punkte im Innern oder nach auswärts ohne weiteres auf Bismarcksche Sätze zu berufen. Zwischen Bismarcks und unsern Tagen liegt eine Verwandlung aller Grundlagen des politischen Urteils, wie sie stärker nicht gedacht werden kann. Im Zeitalter Bismarcks gab es für uns europäische Politik und europäische Kriege; jetzt gibt es Weltpolitik und Weltkrieg. Unter Bismarck verkauften wir Getreide auf dem Weltmarkt, ließen unsre Schiffe in England bauen und waren außerhalb unserer Landgrenzen unverwundbar. Die Freiheit der Meere wäre uns damals recht gleichgültig gewesen und eine Blockade das alleruntauglichste Mittel, uns wehe zu tun. Heute hat sich das alles so gewandelt, daß kein Schatten des früheren Zustandes mehr da ist. Deutsche Gegenwartspolitik also kann nur von neuen Meistern der Kunst gemacht werden. Handwerkerrezepte lassen sich vererben; Künstler werden neu aus dem Geist geboren.

Wir haben einen großen Abschnitt in der politischen Entwicklung Deutschlands erlebt. Neue Männer, zum Teil auch solche von ungewohnter politischer Herkunft, sind am Ruder, auch in der auswärtigen Politik. Werden es Handwerker oder Künstler

Digitized by Google

sein? Davon wie sie sich zeigen, hängt der Ausgang des Weltkrieges für uns ab. Nicht als ob wir Gefahr liefen, den Feinden zu erliegen; zwischen Sieg und Niederlage aber breitet sich das Feld, auf dem die politische Kunst zu arbeiten hat.

Was heißt politische Kunst? Eine mit Worten sehr einfach zu erklärende Sache: die richtigen, d. h. die erreichbaren Ziele aufstellen und die geeigneten Mittel zu ihrer Erlangung erkennen und anwenden. Machen wir uns das an dem Beispiel unsrer Feinde klar. Die mangelhaftesten politischen Führer im Augenblick des Kriegsausbruches (leider nur in diesem!) hatte innerhalb der Entente ohne Zweifel England. Die Vorstellung von Grey und Asquith oder auch von Churchill und Genossen als tiefverschlagenen Intriganten und Einkreisern kann nur ein gewöhnlicher politischer Dilettant hegen. Namentlich Grey schob nicht, sondern wurde von den Kriegsmachern in Rußland geschoben. Niemand hat ihn erbarmungsloser verspottet als Bernard Shaw, der bekannte englische Satiriker, dessen irisches Blut wohl etwas dabei mitsprechen mag, der aber als Politiker doch Engländer ist. Die Führung war bei Rußland. Die englische Politik war sich klar über das Ziel: Beseitigung der deutschen Gefahr; nicht klar über den Weg, ob Krieg oder Vertrag. Die Russen aber wußten, was sie wollten und rissen Grey, Asquith und die Franzosen, mit deren Kriegspartei sie sich vorher verständigt hatten, mit in den Krieg fort. Dazu gehörte, daß es auch in England Mitglieder der Regierung und eine starke Presse gab, die für den Krieg waren; nur läßt sich nicht sagen, daß England oder die englische Regierung als Ganzes im Sommer 1914, als durch die Ermordung Franz Ferdinands die Krisis ausbrach, gleich Rußland von vornherein auf den Krieg und nichts als den Krieg lossteuerten.

Die englische Politik war also so weit entfernt davon, wirkliche politische Kunst im Sinne Bismarcks oder Napoleons oder Friedrichs des Großen zu sein, daß sie sich in der für England alles andere beherrschenden Frage, des Verhältnisses zu Deutschland, erstens die Entscheidung selbst, für Krieg statt für Vertrag, worüber sie mit sich selbst noch nicht einig war, von außen her aufnötigen ließ, und zweitens im Zusammenhang damit auch die Wahl des Zeitpunkts nicht sich vorbehielt, sondern dem Mitspieler überließ. Das ist ungefähr der schärfste Tadel, den man im ganzen gegen eine Politik ausspielen kann. Noch mehr als das: weder die englischen Politiker, noch ihre Genossen in der Entente haben, bevor sie in den Krieg gingen, sich ein richtiges Bild von der Widerstandskraft Deutschlands und Österreich-Ungarns und von den voraussichtlichen Folgen der Interessengemeinschaft zwischen den europäischen Mittelmächten, der Türkei und Bulgarien zu machen gewußt. Sie haben geglaubt, in Kürze mit Deutschland fertig zu werden, und der leitende englische Staatsmann besaß sogar noch die Harmlosigkeit, dem deutschen Botschafter beim Abschied anzudeuten, England werde dafür sorgen, daß es Deutschland nach seiner voraussichtlichen Niederlage nicht gar zu schlecht gehen solle. Man wollte eben nur das beseitigen, was man für die Hauptsache bei der deutschen Gefahr hielt, die deutsche Flotte und die überlegene

Digitized by Google

deutsche Handelskonkurrenz über See. Das, glaubte man, würde sich durch einen kurzen, rasch den entscheidenden Gewinn bringenden Krieg erreichen lassen. In demselben Irrtum waren Russen und Franzosen befangen.

So sehr also war die politische Rechnung unserer Feinde in allen Hauptpunkten davon entfernt, ein Erzeugnis wahrer politischer Kunst zu sein. Als die Kriegshandlung aber einmal begonnen hatte, da zeigte sich, wie große Vorteile trotzdem auch ohne schöpferisches Erfassen und Gestalten der Lage eine kriegführende Partei davon haben kann, wenn sie aus langer Übung die technischen Kunstgriffe, das Politisch-Handwerksmäßige in seiner Vollendung beherrscht, namentlich kommt ihr das zugute, wenn die Gegenseite darin so wenig bewandert ist, wie wir uns jetzt drei Jahre lang gezeigt haben. Man kann ja sagen, das sei kein Wunder, denn die zusammenhängende Überlieferung der englischen Staatskunst (seit Wilhelm von Oranien oder, wenn man will, schon seit Cromwell) erstreckt sich durch sieben oder acht politische Generationen, die unsrige noch nicht durch zwei. Dazu kommt auf unsrer Seite das Verhängnis, daß die Erinnerung an Bismarck und das Bismarcksche Erbe, aus einem Geschlecht in das nächste fortwirkend, für einen unverlierbaren Weisheitsschlüssel in der Politik gehalten wurden, als schon das Schloß, das dieser Schlüssel schließen sollte, sich ganz und gar verändert hatte! Das einzusehen, gehört zu unserem politischen Abc. Leider gibt es immer noch eine Menge guter Leute und schlechter Musikanten mit politischem Handwerkerhorizont, die es nicht merken wollen. England hat nicht nur vom ersten Augenblick dieses Krieges an, sondern schon seit ihm der Gegensatz seiner Interessen zu denen Deutschlands klar zu werden anfing, sich darauf gelegt, die Neutralen für sich zu gewinnen und gegen uns zu beeinflussen. Daß den Engländern dabei viele Dinge subjektiv in anderem Licht erschienen sind als uns, und daß sie darüber hinaus sich auch nie und nirgends gescheut haben, gegen ihr besseres Wissen und Gewissen in betreff unserer zu reden und zu handeln, ist wiederum selbstverständlich. Wir sollten uns daher lieber nicht die Blöße geben und uns fortgesetzt über die englische Lüge und Heuchelei aufregen. Die Engländer wissen eben, daß nur politische Kinder sich einbilden können, man führe Krieg allein mit der Waffe und es genüge, mit der Waffe zu siegen, um einen Krieg zu gewinnen. Statt jetzt seit drei Jahren uns über die Engländer zu entrüsten, wäre es klüger gewesen, wir hätten unsererseits die Kriegs- und Friedensfrage und alles was dazu gehört, richtiger eingeschätzt, und hätten ebenso erfolgreiche, aber moralisch einwandfreie Mittel angewendet, um den Engländern auch auf kriegspolitischem Gebiet gewachsen zu sein.

Wir haben zunächst beim Kriegsbeginn auch den Fehler gemacht — unsere berufenen Autoritäten nicht ausgenommen —, daß wir auf einen kurzen Krieg und schnellen, entscheidenden Sieg rechneten. Das kam in der Hauptsache davon, daß wir England ebenso unterschätzten, wie England uns. Die Engländer haben entgegen der allgemeinen Erwartung die Wehrpflicht nach unserem Muster eingeführt, sie haben damit eine

Digitized by Google

leistungsfähige Armee von mehreren Millionen Mann, ein wirkliches Volksheer, mit allem was dazu gehört, Generalität, Offizierkorps, Unteroffizieren usw., improvisiert, sie haben sich die Technik der Kriegführung mit solchen Massenheeren, in der sie ganz unbewandert waren, genügend angeeignet, und sie haben ihre Industrie für Waffen- und Munitionsherstellung in einer Weise organisiert, die auch dem Gegner Bewunderung abnötigen muß. All das hat man bei uns nicht für wahrscheinlich gehalten. Noch größer war unser Fehler, daß wir die Zähigkeit der englischen Volksnatur erst allmählich und spät richtig einschätzen lernten. In dem Engländer steckt nicht geringere moralische Kraft, als in uns selber, wenn sie auch von anderer Art ist und wenn es auch eines gewissen stillschweigenden Einverständnisses über den Gebrauch des Wortes „moralisch" in solchen Fällen bedarf. Dies vorausgeschickt läßt sich sagen, daß es eine Torheit ist, zu glauben, Leistungen wie diejenigen Englands in diesem Kriege ließen sich ohne ein starkes Maß innerer Volkstüchtigkeit hervorbringen. Was uns bei den Engländern abstößt, die Heuchelei und Roheit ihres Gebahrens, kommt daher, daß sie sich sagen: dieser Feind, Deutschland, ist so furchtbar, daß uns *jedes* Mittel im Kampfe gegen ihn recht sein muß. Wörtlich so hörte ich schon im Jahre 1911, als ich in China war, auf einer Gesellschaft in Tientsin einen englischen Bergwerks- und Eisenbahndirektor sich ausdrücken, dem „unfaire"[1] Praktiken gegen das deutsche Geschäft vorgeworfen wurden. Also nicht zu viel Geschelte, das immer die peinliche Nebenempfindung hervorruft, daß dem, der schilt, etwas weh tut; sondern besser, wirksamer handeln! Wir sagen ja auch nicht mehr „Gott strafe England", seit wir mit den U-Booten ein Stück von diesem Geschäft selbst in die Hand genommen haben.

Der größte Irrtum aber — ja mehr als ein bloßer Irrtum, ein verhängnisvoller und fürs Erste kaum wieder gutzumachender Fehler — war, daß wir nicht von Anfang an die Bedeutung der *politischen* Mittel für diesen Krieg auf eine Stufe mit den *militärischen* gestellt haben. Hier ist der Punkt, wo es leider ohne Umschweife heißen muß: es hat am Verständnis für wirkliche politische Kunst, an schöpferischem Einblick in das Wesen des Clausewitzschen Satzes gefehlt, daß der Krieg nur ein Stück Politik mit veränderten Mitteln ist. Es ist einfach politische Torheit, in einem Kriege wie diesem zu sagen, dem Feind die Schärfe des deutschen Schwertes zu kosten geben (oder wie die Redensarten sonst lauten), das sei die Hauptsache, und alles sonstige werde sich finden. Es ist ebensolcheine Torheit, zu meinen, jetzt sei die Heerführung am Werk, den Feind zu schlagen, und hernach habe die Staatskunst dafür zu sorgen, daß nichts vom Gewinn der Heerführung verloren gehe. Das galt nicht einmal 1870/71 in dieser kindlich einfachen Formulierung, und um wieviel verwickelter liegen die Dinge jetzt als damals!

Führen wir nicht diesen Krieg an der Seite von Bundesgenossen und steht uns nicht eine Koalition der verschiedensten Mächte gegenüber? War es nicht ein politischer

[1] unfaire Praktiken = unlautere Handlungsweise.

Digitized by Google

Fehler von wahrhaft furchtbarer Wirksamkeit, daß wir nicht im entscheidenden Augenblick sahen: Rußland ist der politisch morsche, der innerlich kraftlosere Gegner? Daß wir statt dessen uns auf den tatsächlich stärkeren Feind im Westen warfen? Freilich hätte zum richtigeren Handeln langjährig vorbereitete politische Kenntnis gehört, an deren Stelle bei uns weitgehende politische Unwissenheit über Rußland stand. Mag die Heerführung eine Kritik an dieser Stelle, die auch grundsätzlich während des Krieges nicht in die Öffentlichkeit gehört, ablehnen — der Fehler ist viel mehr politisch als militärisch; er konnte nur gemacht werden, weil die Leiter unserer Politik seit Jahr und Tag über Rußland falsche Vorstellungen hegten und es von Grund auf überschätzten. Jetzt haben wir gesehen, wie es in Wahrheit mit den inneren Grundlagen der russischen Kraft steht. Das Wesen wirklicher Staatskunst ist immer Autorität, auf tiefen Einblick in die politischen Grundtatsachen hüben und drüben gegründete Autorität. Das gilt für das Clausewitzsche wie für das Vorclausewitzsche Stadium[1] der Politik, und an solchen politischen Autoritäten, die das Tatsachenmaterial beherrschten und schöpferisch mit ihm umgehen konnten, hat es uns gefehlt.

Wahre politische Kunst hätte es verstanden, erstens die Tatsache, daß wir im Verteidigungskrieg gegen einen Überfall waren, vom ersten Augenblick an viel deutlicher zu machen, als es geschah, zweitens aber hätte sie die gefährlichste politische Waffe des Gegners, seine Behauptung, daß er für das Prinzip[2] des Rechts gegen das Prinzip der Gewalt kämpfe, wirksam abzustumpfen vermocht. Eins wie das andere war nicht unmöglich, sobald man erkannte, worum es sich handelte, und daß es notwendig war, unsere gewohnte politische Schablone zu verlassen. Aufgabe deutscher Staatskunst im Sinne Bismarcks war es, vom Moment der Kriegserklärung an mit unerbittlicher Schärfe alle noch so begreiflichen Reden von der Zerschmetterung des Gegners, von der Stärke der deutschen Faust, vom Schicksal des Besiegten, von der zukünftigen Einrichtung der Welt nach deutschen Bedürfnissen, vom Recht des Schwerts usw. zu unterdrücken. Auf all das haben die Feinde gelauert, um es auszunutzen, und wir haben es ihnen in einem Übermaß und mit einem Eifer geliefert, als ob wir ihrer und nicht unserer Sache zu dienen hätten. Es gibt noch andere, ähnliche Fehler, die begangen worden sind, über die jetzt besser noch nicht gesprochen wird. Auch über sie zu reden wird die Zeit kommen, und wir werden sehen, daß es jedesmal, so etwas versehen wurde, am Augenmaß dafür gefehlt hat, daß politische Fehler Folgen, schwere Folgen für den Gang der Dinge im Krieg haben können!

Schließlich — unter den vielen Beweisen dafür, daß wir wohl gut Krieg zu führen, aber lange nicht so gut Politik im Kriege zu machen verstehen, ist für mich der schlagendste immer, wie schlecht man bei uns den wundesten Punkt bei der Entente, den uranfänglichen Angriffswillen, auszunützen verstanden hat. Unsere politischen Leiter scheinen bisher geglaubt zu haben, es sei schon etwas, wenn ein Nachweis der und der Art in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht würde. Damit

[1] Stadium = Entwicklungsstufe. [2] Prinzip = Grundsatz.

Digitized by Google

kann man im Frieden arbeiten, aber im Kriege ist das eine nutzlose Schablone. Da müssen viel stärkere Register gezogen werden. (Auch mit den belgischen Dokumenten ist zu schwach gearbeitet worden.) Das Gesetz des erfolgreichen Eindrucks bei dieser Art von politischen Debatte, zumal in unserer ungünstigen Lage, ist das der öfteren eindrucksvollen Rede von hervorragender Stelle und der unausgesetzten Wiederholung mit allen Stimmen, so wie es die Gegner tun. Warum wurde der Ausbruch des Krieges unvermeidlich? Weil die bloße Tatsache der russischen Mobilmachung Deutschland in der Frist eines kurzen Augenblicks, wo Zögern so viel bedeuten konnte wie die Gefahr des Untergangs, vor die furchtbare Entscheidung auf Tod und Leben stellte. Seit drei Jahren sollte keines deutschen Staatsmanns Rede, kein deutsches Buch, keine deutsche Zeitung in die Welt hinausgehen, ohne daß es darin hieße: darum konnten wir nach 43 Jahren dem Kriege nicht mehr ausweichen, nachdem wir so lange eine Politik des Friedens gemacht haben; darum muß hinter diesem Kriege unsere politische Lage so sein, daß wir nicht mehr Gefahr laufen, um unserer Existenz willen eine solche Wahl treffen zu müssen! Nichts davon war bei uns zu spüren, und wer von uns mag das Gefühl der Befriedigung über uns beim Feinde ermessen, dem es so erspart wird, die Blöße seines bösen Gewissens nachhaltig wirksam vor der Welt aufgedeckt zu sehen! Noch kein halbes Jahr, bevor Herr Miljukow russischer Minister des Auswärtigen wurde, kam sein Buch nach Deutschland (die Leser werden sich an meine Besprechung erinnern), in dem mit klaren Worten eingestanden wurde, Serbien habe ein Recht gehabt, den russischen Beistand zur Zertrümmerung Österreich-Ungarns zu erwarten. Gibt es ein schlagenderes Mittel, um das englische Gerede zu entkräften, eine europäische Konferenz hätte ja (während Rußland weiter mobil machte!) den österreichisch-serbischen Konflikt glätten können? Hat aber irgendeine maßgebende politische Stelle in Deutschland diese unvergleichliche Waffe, diese unglaubliche Beichte über die Triebfeder der auswärtigen Politik Rußlands, die der Vertrauensmann und alsbaldige Nachfolger Ssasonows vollzog, aufgehoben und benutzt? Tiefes Schweigen. Diese Art von Kampfmitteln gibt es nicht für unsere politische Methode. Das aber ist nur ein Beispiel. Man könnte viele häufen und immer denselben Eindruck haben: in der Kriegführung wissen wir wohl, daß es darauf ankommt, dem Gegner das Gesetz des Handels vorzuschreiben (das eben ist Kriegskunst!); in der Politik aber lassen wir uns von Gegnern schlagen, die nicht einmal wirkliche politische Künstler sind, sondern nur geschickte und gerissene politische Techniker. Das fortan anders zu machen, wird die Aufgabe unserer neuen Männer sein.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Von Prof. Dr. Philipp Stein

Wir haben neue Männer, unter ihnen den ersten Sozialdemokraten in einem hohen Reichsamt. Es ist geschichtliche Folgerichtigkeit, daß er von den Arbeitergenossenschaften herkommt. Vor Jahren schon ging unter diesen die Meinung um: Die ersten sozialdemokratischen Minister werden wir stellen. Dem Genossenschaftler wird der Gewerkschaftler und der sozialdemokratische Politiker folgen. Ob morgen oder in Jahr und Tag, ob in gerader Linie oder in Unterbrechungen, hängt von Zeit und Umständen ab. Auch das wird kommen, die Geschichte handelt folgerichtig, selbst wenn sie Sprünge macht. Aber dies alles ist, so interessant und wichtig es auch ist, Nebensache, ebenso wie die anderen Fragen, ob wir ein Ministerium oder ein Kabinett bekommen haben, ob es mehr bureaukratisch oder schon etwas parlamentarisch, ob es eine Fortsetzung oder ein Übergang zu neuen Formen und Methoden des Regierens ist.

Da wir nun doch einmal noch im Krieg stehen, ist das Entscheidende, können und werden die neuen Männer eine offensive[1] Politik treiben oder nicht? Bisher führten wir den Krieg militärisch offensiv, politisch dagegen mit verschwindenden Ausnahmen defensiv[2]. Politisch schrieben uns die Gegner die Gesetze des Handelns vor und beherrschten zugleich die öffentliche Meinung. Nicht bloß im Ausland und bei den Neutralen, auch im Inland hatten wir mehr Anlaß und Gelegenheit, uns mit den Reden und Taten der Herren Lloyd George, Wilson usw., als mit denen unserer obersten Reichsbeamten zu beschäftigen.

Inneres Selbstgefühl und menschenkluge Taktik der Briten und Angloamerikaner, die sich dem lieben Gott näher fühlen als die anderen Menschen, und die zugleich wissen, daß es in Politik und Geschäft keine erfolgreichere Methode gibt, als den Gegner ins Unrecht zu setzen, haben vom ersten Kriegstag an und besonders seitdem Herr Wilson, der mit der selbstsicheren Überlegenheit des Amerikaners gegenüber den außerhalb der Neuen Welt lebenden Vertretern des Menschengeschlechts die Unfehlbarkeit des Professors verbindet, der Vorsitzender des internationalen Gerichtshofes geworden ist, Deutschland auf die Anklagebank gedrängt, um es die ganze Hoffnungslosigkeit und Verderbtheit seiner Sache so recht gründlich selbst empfinden zu lassen. Und wir? Wir haben uns verteidigt, verteidigt, verteidigt, drei Jahre lang. Deshalb war man nicht bloß verblüfft, sondern zornig empört, daß der Reichskanzler Michaelis in seinen „Enthüllungen" das erstemal zum Angriff übergegangen war.

Entscheidend für Geist und Erfolg der neuen Regierung wird sein, ob der Angriff ein glücklicher Zufall oder ein Anfang gewesen ist. Krieg ist Fortsetzung der Politik, er muß deshalb gleichmäßig militärisch und politisch geführt werden. Es ist nicht bloß Sache der Militärs, ebensowohl auch Sache der Staatsmänner und es ist keinerlei Herabsetzung unserer Offiziere draußen und drinnen, sondern die notwendige Er-

[1] offensiv = angreifend. [2] defensiv = verteidigungsweise.

Digitized by Google

gänzung und Entlastung der militärischen Arbeit, wenn unsere Staatsmänner die Zügel der Politik in straffe Hand nehmen. Draußen und drinnen. Auch wenn wir von der Welt bis auf unsere Nachbarländer abgeschnitten sind, können wir aktive auswärtige Politik treiben, jetzt und für später.

Selbst wer nicht während des Krieges ins neutrale Ausland gekommen ist, empfindet und weiß, wieviel besser an Menschen und Mitteln unsere Gegner für den politischen Kampf ausgerüstet sind, mit wieviel größerer Geschlossenheit und Entschlossenheit, mit welcher Mannigfaltigkeit der Methoden sie ihn gegen uns führen. Wir sollen beileibe nicht noch mehr Propaganda treiben, noch mehr prodeutsche Bücher und Bilder, Redner, Musiker und Schauspieler ins neutrale Ausland senden. Darin ist mehr als genug und gut geschehen. Offensive Politik heißt nicht mehr, sondern anders arbeiten in der Propaganda und — das ist letzthin auch für Umfang und Erfolg der Propaganda entscheidend — in unserer Politik, in der reinen wie in der Wirtschaftspolitik. Offensive Politik heißt zum anderen nicht aggressive[1] Politik gegen die Neutralen. Es ist doch wahrlich keine Redensart, sondern bittere geschichtliche Notwendigkeit, daß wir den Freiheitskampf der Meere und Länder gegen Britanniens Übermacht, die hart und elastisch wie ein Stahlband um die Erde läuft, kämpfen für uns und die andern Völker, die es sich in der Stille gestehen, auch wenn sie im Kriegssold Englands stehen. Was sind für Britannien die Schweiz, Holland, Skandinavien, Frankreich, Portugal, Italien, ja ganz Europa? Schachfiguren im Austauschwert von Bauern, allenfalls von Läufer und Pferd im Spiel um die Behauptung und Mehrung der Weltherrschaft. Britannien denkt wirklich in Kontinenten, wir haben den Begriff entdeckt und darüber geredet und geschrieben, und Europa ist für es eine Landbrücke zwischen Asien und Afrika.

Wir, als ein sich dehnender und streckender Mittelstaat, haben stärkstes Interesse an der Kraft und dem Wachsen der anderen Mittel- und Kleinstaaten. Je stärker und widerstandsfähiger Skandinavien, Holland und die Schweiz sind, um so stärker und unangreifbarer sind wir. Welche Flankensicherung für uns wäre ein starkes Belgien gewesen?

Die Ziele einer aktiven auswärtigen Politik werden aber nicht allein durch den Krieg bestimmt. Der Krieg ist doch nur trotz seines Riesenmaßes eine Teilerscheinung. Wir müssen schon jetzt an die Zeiten nach dem Krieg denken. Der Friede darf nicht nur den Krieg abschließen, er muß auch die Grundlagen für unsere auswärtige Politik des nächsten Menschenalters schaffen. Wir müssen uns schon im Krieg darauf vorbereiten, daß unter unseren Feinden von heute die Freunde von morgen sind, mit denen wir gemeinsam Politik machen wollen und müssen.

Politik treiben heißt voraussehen und vorsorgen. Auch drinnen. Auch hier wollen uns die Briten und Angloamerikaner die Gesetze des Handelns vorschreiben, möchten uns „befreien", wie sie unser Wirtschaftsleben einst durch den Freihandel zu befreien

[1] aggressiv = angreifend.

Digitized by Google

vorgaben. Die „Freiheit" gehört von jeher zu den beliebten Exportwaren der Engländer oder vielmehr zu den Marken, mit denen sie ihre Ausfuhr in Waren und Ideen ausgestattet haben.

Die „Demokratisierung" unserer Verfassung und des preußischen Wahlrechts muß und wird kommen, weil moderne Großstaaten mit ihren breiten zu wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht und zu politischem Machtbewußtsein emporgewachsenen Klassen der Bürger und Arbeiter gar nicht anders organisiert und regiert werden können. Wir wollen das aber nicht als amerikanisches oder britisches Ausfuhrgut uns von außen aufdrängen lassen oder nachmachen, sondern nach eigenem Willen und Rezept in Fortführung deutscher Entwickelung durchführen. Das sollten sowohl Herr Wilson und der Lloyd Protektor George, die ins modern demokratische übersetzte Kopie des puritanischen Lord Protektor Cromwell, sich gesagt sein lassen, wie es sich mancher deutsche Rufer im Streit selbst sagen sollte, — ein anderes wäre würdelos und dumm zugleich.

In welchem Umfang, in welchem Zeitmaß und auf welchem Gebiete sich diese Demokratisierung vollziehen wird, läßt sich weder am Studiertisch, noch am Redaktionstisch — sie sind nicht minder staubig grün als die Regierungstische — ausklügeln, ist von Zeit und Umständen, von den gegenseitigen Kräfteverhältnissen, vor allem aber von der politischen Gesamtlage abhängig. Mitte der 90er Jahre hat ein so kluger Politiker wie Herr v. Kardorff an eine Revision des Reichstagswahlrechts gedacht, die uns heute wie eine Historie aus Urgroßväterzeit anmutet. Vor dem Krieg, ja vielleicht noch im vorigen Jahr, wäre ein Entwurf, der in Preußen das indirekte Wahlverfahren und die Klasseneinteilung beseitigt, aber Pluralstimmen enthalten hätte, als ein großer Fortschritt begrüßt und auch von der Sozialdemokratie mit der Begründung, eine Abschlagszahlung darin zu sehen, zwar nicht angenommen, aber anerkannt worden. Verfassung und Wahlrechtsfragen sind nur ein Teil der allgemeinen Politik. Sie sind die ragenden Zeichen der politischen Lage und Entwickelung.

Es handelt sich heute um mehr als um die Frage, ob dieser oder jener Mann Reichskanzler ist, ob diese oder jene Partei unter irgendeinem Wahlrecht Aussicht hat, ihre Sitze zu behalten, zu vermehren oder zu verlieren. Es geht um das Ganze, um Leben und Gedeihen unserer Kinder und Kindeskinder. Es geht um das Schicksal der Welt. Der Krieg ist von dem letzten Mann im Volk in dieser ganzen geschichtlichen Verantwortung vom ersten Tag an empfunden worden, und das lebt noch trotz Nörgelei, Hamsterei und Streiterei im tiefsten Grunde eines jeden. Wir haben es nicht so einfach und bequem wie die anderen großen Weltvölker, gleichsam in großen mathematisch-geographischen Linien die Ziele der Entwickelung vor uns zu sehen, und doch läßt sich wenigstens der Krieg auch für uns auf eine einfache Formel bringen, auf entweder und oder. Entweder wir siegen. Dann wird Britanniens Übermacht, die wuchtend auf allen Ländern liegt, zu Ende sein. Oder wir unterliegen. Dann ist nicht bloß Deutschland aus der Weltgeschichte gestrichen, Europa nur noch ein geographischer

Digitized by Google

Begriff, dann sind alle Länder, auch die heutigen Bundesgenossen Englands, Wachs in den Händen Großbritanniens, Objekte seines Willens.

Diesem Entweder und Oder hat alles zu dienen, jeder einzelne im Volk, aber auch jede staatliche Einrichtung, ob sie Eisenbahn heißt oder Wahlrecht. Verfassungsfragen haben das Unleidliche, daß sie von Freund und Feind überschätzt werden, daß noch mehr als auf den anderen Gebieten des politischen Kampfes mit Prinzipien, Konstruktionen[1], Illusionen[2] und Sentimentalitäten[3] gekämpft wird — alles Produkte einer überwiegend literarisch gerichteten politischen Erziehung, die wir leider nicht, wie unsere Glocken von den Glockenstühlen unserer Gedanken herabzunehmen und im Tiegel des Krieges zu zweckmäßigen Dingen, die zu sachlichem Denken und Handeln geeignet sind, einzuschmelzen gewillt sind. Es wäre schlimm um den preußischen Staat bestellt, wenn das gegenwärtige preußische Wahlrecht ein Eckpfeiler seines Daseins wäre. Das gilt auch nicht für das Preußentum, nicht einmal für dessen politische Führerschicht, für das mit spöttisch-ingrimmischer Achtung bezeichnete und bekämpfte Junkertum. Sie haben viel tiefere und lebendigere Wurzeln ihrer politischen Kraft. Mit jedem Wahlrecht kann der preußische Staat bestehen, unter jedem Wahlrecht das Preußentum und das Junkertum ebenso seinen politischen Einfluß geltend machen, wie mit jedem Wahlrecht ein Staatsmann regieren kann. Im einen Fall bequemer, im anderen aufreibender. Bismarck hat mit dem preußischen Abgeordnetenhaus und dem Reichstag gekämpft und gearbeitet, aber kein Kampf ist ihm sachlich und menschlich so nahe gegangen und schwer geworden, wie der Konflikt mit seinen früheren konservativen Freunden.

In dem Zank um das Wahlrecht, in dem Ausklügeln von Wahlsystemen, die die höchste Gerechtigkeit oder die mindeste Gefahr einer möglicherweise zu weit getriebenen Demokratie verwirklichen sollen, kommt das Elementare, Einfache der Verfassungs- und Wahlrechtsfragen nicht zu seinem Recht. Ein Volk denkt und empfindet seine Geschichte nur in wenigen großen Linien und Ereignissen, Einzelheiten überläßt er den Fachleuten und Gelehrten.

So freudig und sicher es sich im großen Fluß der Geschehnisse tragen läßt, so unmutig und verwirrend wirkt auf Geist und Stimmung ein Kleinkram von Forderungen und Versprechungen. In einfachen Formeln müssen sie ihm dargeboten werden, die den Gedanken die einheitliche Richtung geben und zugleich der Phantasie freien Spielraum lassen. Sie müssen schlagwortartig und gegenständlich wie ein wirkungsvolles Reklamebild gefaßt sein. Das wissen und üben die großen politischen Regisseure über dem Kanal und über dem Meer. Unsere Vettern verstehen etwas von Massenpsychologie, während sie unseren Beamten meist eine völlig fremde und dunkle Wissenschaft ist, und doch ist im gewissen Sinne Psychologie[4] die Staatswissenschaft und ist Politik nichts anderes als angewandte Psychologie.

[1] Konstruktion = Aufbau. [2] Illusion = Trug, Wahn. [3] Sentimentalität = Empfindsamkeit. [4] Psychologie = Seelenkunde.

Digitized by Google

Das Volk dürstet im Krieg nach gewaltigen und unerhörten Erlebnissen. Die großen, packenden, durch die Erfolge von Gefangenen und Kriegsmaterial sinnfälligen Kriegsereignisse spielen sich seit Jahr und Tag auf den fernen Kriegsschauplätzen des Ostens ab; die stille, gewaltige militärische Leistung des Verteidigungskrieges erfordert ein ganz anderes Verstehen. Die meisten begnügen sich mit der zuversichtlichen Gewißheit: die Mauer hält. Im Innern wurden alle großen beherrschenden Fragen behutsam zur Wahrung des Burgfriedens bis nach dem Krieg vertagt. Kein Wunder, daß die Stimmung im Innern sich zerfaserte, daß die Sorgen des Alltags sich breit machten und daß der Streit nicht um große Dinge ging, sondern sich in kleinlichem Klatsch und Tratsch und Besserwisserei verlor. Ein Volk lebt wahrlich nicht von Brot und Kartoffeln allein, sondern es braucht große, politische Fragen, es braucht Kampf um hohe Dinge. Die Regierung stelle nur dem Volk große Aufgaben, es wird ihnen gewachsen sein. Und wenn dann auch im Innern in Wort und Schrift gekämpft werden wird, so wird es Nerven und Stimmung weniger zermürben, als der widerwärtige Zank um Hamsterer und Wucherer, um Kohlköpfe und Kriegsmus. Dagegen halfen weder schöne Reden noch gutgemeinte Aufklärungsartikel, sondern es gibt nur das eine: eine aktive innere Politik, die unserem Verfassungsleben und unserer Verwaltung neue Ziele setzt. Beides gehört zusammen. Die Verhältnisse unserer Verwaltung schrien schon vor dem Krieg nach einer grundlegenden Reform im Reich und in den Einzelstaaten. Der Krieg hat unsere Verwaltung in allen ihren Teilen der gewaltigsten Belastungsprobe unterworfen. Gerade wenn wir die Form unserer Verfassung demokratischer gestalten, müssen wir unsere Verwaltung um so einfacher, in sich fester und kleiner aufbauen. Einem starken Parlament muß eine starke, leistungsfähige Verwaltung gegenüberstehen. Es ist eine durch nichts bewiesene Behauptung, daß das parlamentarische System freier von Bureaukratie sei. Alle Tatsachen sprechen vielmehr dafür, daß unter dem Parlamentarismus die Bureaukratie erst recht herrschen wird. Es ist geradezu die Schicksalsfrage der Demokratie, ihre politischen Grundsätze mit den Grundbedingungen einer rasch entscheidenden, sparsam arbeitenden, verantwortungsfrohen Verwaltung in Einklang zu bringen. Der aufgeklärte Despotismus war die beste Verwaltungsform, aber nur möglich und erträglich bei einem wirklich aufgeklärten Herrscher im staatlichen Klein- und Mittelbetriebe, dessen Bürger sich noch als Untertanen empfanden. Wir sind heute ein staatlicher Großbetrieb und unsere Staatsverwaltung ist zum wichtigen Teile organisiert und arbeitet nach Methoden und mit Hilfsmitteln, die aus Zeiten stammen, in denen die Staatsverwaltung eine fürstliche Hof-, Domänen- und Gutsverwaltung war. Unmittelbar vor dem Krieg ist ein Buch „Eine Schicksalsstunde des preußischen Staates", Betrachtungen zur Neuordnung der preußischen Verwaltung von Borussius erschienen. Das Buch ist durch den Krieg zu Unrecht vergessen. Der Verfasser, allem Anschein nach ein preußischer Regierungspräsident, sieht die Ursache für den Niedergang unserer Verwaltung, das Mißverhältnis zwischen tat-

Digitized by Google

sächlicher Minderung des Einflusses und der Steigerung des Anspruches und der Vorstellung der Verwaltungsmacht darin, daß fortschreitend die Persönlichkeit des Beamten zurückgedrängt worden ist. Seine Forderung ist daher, daß die Verwaltung dem Mann im Verwaltungsbeamten Freiheit und Freude des Wirkens wieder verleihe, damit er wieder „fritzisch" regiere. „Fritzisch" konnten im staatlichen Kleinbetrieb Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große regieren, sie konnten noch das größte wie das kleinste in ihrem Staate bearbeiten, Weltpolitik treiben und gleich darauf sich um die Sporteln des Rentamtmanns von Küstrin oder um den Lebenswandel des Garnisonzimmermanns in Ruppin kümmern. „Fritzisch" kann heute nur noch der eine oder andere treffliche Landrat, der ungekrönte Landesvater seines Kreises, regieren, schon ein Oberpräsident kann's nicht mehr, geschweige ein Minister, dafür sorgen schon die Parlamente und die „Gazetten"[1], der Umfang der Geschäfte und schließlich der Umstand, daß die Staatsbürger doch nicht mehr Untertanen sind. Auch im Großbetrieb ist Platz für Persönlichkeiten und Männer, auch wenn nicht mehr „fritzisch" regiert werden kann. Sie müssen nur an die richtigen, d. h. entscheidenden Posten kommen, und zwar rechtzeitig in den Jahren der Kraft. Ein großer Beamtenkörper kann nicht aus lauter oder auch nur aus einer Mehrzahl hervorragender Personen bestehen, er darf es gar nicht. Das sprengte den ganzen Verwaltungsapparat auseinander, dagegen wäre eine Verwaltung aus lauter mäßig begabten Beamten noch vorzuziehen. Wir müssen unsere Verwaltung modernisieren und vereinfachen, in ihren Arbeitsgebieten, in ihrer Arbeitsweise und ihren Arbeitsmitteln.

Hand in Hand damit müssen wir unseren Beamtenkörper verjüngen und anders vorbilden, und zwar nicht erst und nicht allein in der Universität, wir müssen vor allem die Amtsarbeit selbst, die wichtigste Ausbildungsgelegenheit für den Beamten, kompetenzmäßig[2] und ressortmäßig[3] so gestalten, daß die leitenden Beamten weder in der Schreibarbeit aufgehen, noch in dem Kampf der Ressorts und in der Rücksicht auf Kollegialabstimmungen und in der Furcht der Vorgesetzten Lust und Freiheit zur Initiative[4] verlieren, allem „sympathisch gegenüber stehen vorbehaltlich der Entscheidung des Herrn Chefs", sondern Männer bleiben mit Verantwortung und Verantwortlichkeitsgefühl, die mitten im Fluß des Lebens stehend das Leben meistern. Wir müssen zum anderen, und das ist die neue, große und sachliche Aufgabe, die Brücken schlagen von der Verwaltung des Staates und der Gemeinden zu den großen im Freien aufgewachsenen Selbstverwaltungskörpern der Industrie, des Handels, der Arbeiterschaft und der freien Wohlfahrtsarbeit. Wie die Verwaltungs- und Städtereform vor 100 Jahren dem Staate die Kräfte der städtischen Selbstverwaltung erschlossen und zugeführt hat, so gilt es heute entsprechend den gewaltig gewachsenen Aufgaben des Staates und der Gesellschaft, neue Organe zu schaffen. Das vermag die Zwangsverwaltung des Staates nicht für sich, dafür fehlt es ihr an Menschen und Mitteln,

[1] Gazette = Zeitung. [2] Kompetenz = Zuständigkeit, Geschäftskreis. [3] ressortmäßig = amtszuständig. [4] Initiative = Entschlußkraft.

Digitized by Google

dafür ist ihre Arbeitsweise aus notwendigen Gründen zu schwerfällig und hart, deshalb müssen hierzu die freien Organisationen herangezogen und einbezogen werden.

Ob wir ein Ministerium oder ein Kabinett haben, gleichviel? was not tut ist, daß wir eine Regierung haben, die nicht die Verwaltung recht und schlecht führt, sondern die in Wahrheit regiert, draußen den Gegnern die Gesetze des Handelns, drinnen dem Volk die Gesetze des Denkens vorschreibt, die an sich und an das Volk glaubt und die den Mut zur Verantwortung und Tat besitzt.

Finnland und wir

Von Harald Walter

Der offene Bruch zwischen der russischen Interimsregierung und dem finnischen Landtag ist eingetreten: der Landtag weigert sich, seine von Petersburg verhängte Auflösung anzuerkennen.

Das formale Recht muß bei diesem Konflikt ganz auf finnländischer Seite sein. Denn es ist juristisch ein Unding, die Befugnisse, die die ehemaligen Zaren als Großfürsten von Finnland hatten, auf eine russische Behörde übertragen zu wollen.

Wichtiger als die Klarstellung des juristischen Sachverhalts erscheinen mir die politischen Folgerungen, die wir aus dem mannhaften Verhalten Finnlands zu ziehen haben.

Von Beginn des Krieges an hat Finnland sich auf die Seite der Mittelmächte gestellt. Und zwar nicht nur in seinen Gefühlen und gelegentlichen Äußerungen der Presse und führender Persönlichkeiten, sondern auch in offen feindseligem, ja militärischem Vorgehen gegen Rußland. Eine nähere Erörterung dieses letzten Punktes ist gegenwärtig, wo Finnland von russischem Militär besetzt ist, selbstverständlich unmöglich. Für das, was wir zu tun haben, genügt aber die den leitenden politischen und militärischen Stellen bekannte Tatsache.

Unsere Aufgabe muß es aber jetzt sein, dem Verlangen der Finnländer nach Unabhängigkeit auf jede Weise mit Wort und Tat zu sekundieren! Wir müssen es — sowohl die Regierung wie auch die Presse — immer wieder bei jeder passenden Gelegenheit betonen, daß unsere Interessen Rußland gegenüber mit denen Finnlands solidarisch sind, daß wir es nicht dulden dürfen, daß das hochkultivierte, europäisch denkende Volk an den östlichen Gestaden des Baltischen Meeres dem Druck des tatarisch-moskowitischen Großrussentums zum Opfer fällt. Eine derartige Propaganda[1] würde den Tendenzen[2] aller, auch unserer linksstehenden, Blätter entsprechen, denn sie — und in analoger[3] Weise die Mehrheitsparteien im Reichstag — haben klar und deutlich festgestellt, daß das deutsche Volk einen „Frieden der Vergewaltigungen" ablehnt ... Und einen Frieden der bittersten Vergewaltigung schlössen wir ab, wollten wir ruhig zusehen, wie Finnland vom brutalen Großrussentum zu Boden geworfen und entnationalisiert würde!

[1] Propaganda = Werbung. [2] Tendenz = Streben, Neigung. [3] analog = entsprechend.

Digitized by Google

Aber noch um anderer Gründe willen ist es von höchstem Interesse für uns, daß Finnland sich gegen Moskau siegreich durchsetzt.

Es handelt sich um nichts weniger, als um das Problem unserer Behauptung in der Ostsee.

Immer von neuem gehen schon seit geraumer Zeit Nachrichten durch die Presse der am Ostseeproblem interessierten kriegführenden und neutralen Länder, die mehr oder weniger offen zugeben, daß England mit gewohnter Energie — und mit Erfolg — bemüht ist, unter Ausnutzung der inneren Wirren im Russischen Reich die Herrschaft über die Ostsee an sich zu reißen.

Eine wirtschaftliche Durchdringung Estlands — durch Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit England, durch Aufkauf von weiten Landstrecken durch englische Agenten — die Besetzung des Revaler Kriegshafens, der Ålandsinseln, der Marineflugstationen auf Ösel, ja die Pachtung oder anderweitige Besitzergreifung der Halbinsel Sworbe auf Ösel zwecks Anlage einer großen Seefestung seitens England — letzteres eine direkte Bedrohung Kurlands und des Zugangs zum ganzen Rigaschen Meerbusen — alles das wird, ohne daß eine nur einigermaßen klare Ableugnung seitens Petersburgs erfolgt, offen besprochen.

Setzt England diese Pläne durch, ohne daß von uns unzweideutige Gegenmaßnahmen getroffen werden — und daß es sie bei der erstaunlichen Gleichgültigkeit, die bei uns gegenüber den uns wahrhaftig lebenswichtigen Machtfragen in der Ostsee herrscht, durchsetzen wird, scheint mir sehr wahrscheinlich zu sein —, dann sehen wir uns bei Kriegsende einer politischen, militärischen und wirtschaftlichen Umklammerung gegenüber, die auch durch eine größere Bewegungsfreiheit im Nordseegebiet niemals wettgemacht werden würde. Denn neben der ständigen Gefahr, die uns von Osten her drohen würde, wäre bei einer solchen Ostseestellung Englands, wie jetzt Norwegen, dann auch Schweden, außerstande, eine nur halbwegs selbständige Politik zwischen den Großmächtegruppen zu vertreten. Schweden würde dem übermächtigen englischen Druck unbedingt folgen müssen und langsam, aber sicher dem Schicksal einer „Portugalisierung" verfallen. Und — für uns wäre die Ostsee ein mare clausum[1].

Um diese nicht mehr hypothetische, sondern uns in greifbarer Nähe drohende Gefahr zu einem wenigstens erträglichen Maße herabzudrücken, scheint mir ein unabhängiges, anti-russisch und damit anti-britisch orientiertes Finnland die beste Gewähr zu bieten. Ein solches Finnland wäre ein direkter Schutzwall für Schweden gegen die von Osten drohende Gefahr, der es ihm ermöglichen würde, seine politische Mittelstellung aufrechtzuerhalten, und für uns würde es die Bedeutung eines militärgeographischen Brückenkopfs gegenüber der übermächtigen Stellung England—Rußland haben. Wie eine mitteleuropäische Zange würde Schweden—Finnland mit seiner strategisch günstigen Grenze zum russischen Gebiet drohend auf Petersburg

[1] mare clausum = geschlossenes Meer.

Digitized by Google

weisen und würde die zentrale Ostseestellung, die Großbritannien einzunehmen im Begriffe steht, uns im Rücken bedrohen können, — — wenn wir es wirklich versäumen sollten, Livland und Estland nebst den vorgelagerten Inseln militärisch, politisch und wirtschaftlich an den mitteleuropäischen Block zu binden.

Um aber ein solches Resultat zu erreichen, dazu bedarf es eines energischen, zielbewußten Auftretens unserer Staatsmänner und unserer Presse in dieser Richtung — als Rückenstärkung für den finnländischen Widerstand gegenüber dem Großrussentum und als Aufklärung gegenüber der deutschen Öffentlichkeit.

Die deutsche Reichsfinanzpolitik

Von Dr. Kuczinski

In den letzten Friedensjahren herrschten in kaufmännischen Kreisen vielfach sehr merkwürdige Anschauungen über die Finanzierung eines etwaigen Krieges. Am 22. Juni 1911 erklärte der Direktor der Deutschen Bank, Herr von Gwinner, im Preußischen Herrenhause, „Anleihen müsse man im Frieden machen, solange man nämlich borgen kann und für die Anleihen einen guten Preis bekommt. Kriege, wenigstens modern, können nur geführt werden mit Steuern und Papiergeld, mit Anleihen nicht. Ich wüßte nicht, wer uns große Milliardenanleihen dann geben sollte?"

Die Praxis hat, wie so oft, dem Praktiker Unrecht gegeben. Keine der kriegführenden Mächte hat das von Herrn Gwinner als einzige Möglichkeit bezeichnete Verfahren gewählt. Die deutsche Regierung insbesondere ging von vornherein andere Wege. In der denkwürdigen Reichstagssitzung vom 4. August 1914 ließ sie sich einen Anleihekredit von 5 Milliarden Mark bewilligen, und am 9. September erschien in 2800 Zeitungen das Inserat des Reichsbank-Direktoriums, das zu Zeichnungen auf die erste Kriegsanleihe aufforderte. Da der Kurswert der 4 prozentigen Reichsanleihen damals 94 bis 95 betrug, lag es nahe, als Zinsfuß 4½ Proz. zu wählen. Um jedoch der neuen Anleihe einen starken Erfolg zu sichern, entschied sich Schatzsekretär Kühn für einen Zinsfuß von 5 Proz. Seine Erwartungen wurden noch übertroffen. Die Gesamtsumme aller Zeichnungen belief sich auf 4481 Millionen Mark. Der Direktor der Deutschen Bank, Karl Helfferich, erklärte damals im Bank-Archiv: „Es darf hier ausgesprochen werden, daß der erzielte Betrag etwa doppelt so groß ist wie die Summe, auf die als Ergebnis der ersten Kriegsanleihe an den maßgebenden Stellen gerechnet wurde ... Der vom deutschen Volke aufgebrachte Betrag enthebt die deutsche Regierung bis weit in das kommende Jahr hinein der Sorge um die Beschaffung der für den Krieg erforderlichen Geldmittel ... Für einen Krieg, der bis ins nächste Frühjahr hinein dauert, ist also der Geldbedarf des Deutschen Reiches gedeckt."

Wie die maßgebenden Stellen den Ertrag der Anleihe unterschätzt hatten, so überschätzte Helfferich ihre Reichweite. Tatsächlich konnten daraus neben der Tilgung der

Digitized by Google

bei der Reichsbank diskontierten Schatzwechsel und sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten die Kriegsausgaben nur bis in den Dezember bestritten werden. Dann griff man wieder zu kurzfristigen Kreditaufnahmen in Form von Schatzwechseln und Anweisungen. Bei der zunehmenden Verteuerung der Kriegführung nahmen diese rasch zu, und schon am 26. Februar 1915 legte die Reichsregierung eine zweite Kriegsanleihe auf, um damit die Mittel zur Rückzahlung der schwebenden Schuld und zur Fortführung des Krieges zu gewinnen. (Vergl. Eheberg, Die Kriegsfinanzen, 2. Auflage, S. 24 f.) Der Erfolg war außerordentlich groß. Die Gesamtsumme aller Zeichnungen betrug 9103 Millionen Mark.

Inzwischen war Staatssekretär Kühn am 31. Januar 1915 aus dem Reichsschatzamt geschieden. Sein Nachfolger wurde Karl Helfferich. Selten ist wohl die Ernennung eines Staatssekretärs oder Ministers in Deutschland mit so allgemeiner Freude begrüßt worden wie die des neuen Schatzsekretärs. Seine ungewöhnliche Laufbahn — Privatdozent, Legationsrat, Bahndirektor, Bankdirektor — seine vielseitige Erfahrung im Inland und Ausland, seine ausgezeichnete theoretische und praktische Schulung in Finanzfragen ließen ihn als den Mann erscheinen, der mehr als jeder andere berufen war, die deutsche Kriegsfinanzwirtschaft auf eine gesunde Grundlage zu stellen und die Reichsfinanzreform für die Friedenszeit durchzuführen. Daß er nicht an der Tradition[1] kleben, daß er auch neuen Gedanken zugänglich sein würde, dafür bürgte seine Vorurteilslosigkeit. Hatte er, der gewohnt war, sich nur in den angesehensten wirtschaftlichen Unternehmungen zu betätigen, es doch nicht verschmäht, den Vorsitz im Aufsichtsrat der unseligen Tempelhofer Feld-A.-G. zu übernehmen, hatte er, der sich durch seine geldtheoretischen und handelspolitischen Schriften einen guten Namen als Nationaldkonom gemacht, doch den Mut gehabt, eine von Fehlern strotzende politische Festschrift über Deutschlands Volkswohlstand mit eben diesem Namen zu decken. Wer indes von dem neuen Schatzsekretär alsbald eine neue Finanzpolitik erwartete, sah sich enttäuscht. In der Rede, mit der er sich am 10. März 1915 dem Reichstage vorstellte, erklärte er:

„Die Mittel der Finanzierung eines modernen Krieges sind im wesentlichen die folgenden: Erstens die Aufnahme von Anleihen, zweitens die Inanspruchnahme der Noten- und Papiergeldpresse, drittens die Verminderung von Ausgaben und Kriegssteuern.

... Die verbündeten Regierungen ... haben geglaubt, dem Lande das Tragen der ohnedies schweren Kriegslasten nicht durch neue Steuern oder Steuererhöhungen noch schwerer machen zu sollen, solange aus der Gestaltung des ordentlichen Reichshaushaltes heraus eine Notwendigkeit hierzu nicht vorliegt. Sie sind in dieser Stellungnahme durch die Tatsache bestärkt worden, daß auch die schärfste Steuermaßnahme nur wenige Prozent der gewaltigen Kriegsausgaben würde decken können, daß überdies der gegenwärtige Krieg nicht nur für die Gegenwart, sondern vor allem

[1] Tradition = Überlieferung.

Digitized by Google

für unsere Zukunft geführt wird, und daß wir an der Hoffnung festhalten, die Rechnung für den uns aufgezwungenen Krieg beim Friedenschluß unseren Gegnern präsentieren zu können.

Wie die Dinge in diesem großen Kriege liegen, werden also die Kosten so gut wie ausschließlich durch Anleihe und durch Noten- und Papiergeldausgabe — beides geht ja bis zu einem gewissen Grad ineinander über — aufgebracht werden müssen."

Bei seiner Reichstagsrede zur dritten Kriegsanleihe am 20. August 1915 vertrat er den gleichen Standpunkt: „Wir wollen während des Krieges die gewaltigen Lasten, die unser Volk trägt, nicht durch Steuern erhöhen, solange hierfür keine zwingende Notwendigkeit vorliegt." Zu der damals von der öffentlichen Meinung allgemein geforderten Kriegsgewinnsteuer bemerkte er: „Wir sind auch der Ansicht, daß die Erhebung einer solchen Steuer erst nach Abschluß des Krieges stattfinden kann." „Wie die Dinge liegen, bleibt also vorläufig nur der Weg, die endgültige Regelung der Kriegskosten durch das Mittel des Kredits auf die Zukunft zu schieben, auf den Friedensschluß und auf die Friedenszeit . . . Das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter dieses Krieges verdient; sie mögen es durch die Jahrzehnte schleppen, nicht wir."

Inzwischen waren die Kriegsausgaben ungeheuer angeschwollen. Im August und Dezember 1914 waren je fünf Milliarden Kredit, im März, August und Dezember 1915 je 10 Milliarden, im ganzen also 40 Milliarden bewilligt worden. Dem standen aus den Kriegsanleihen rund 25 Milliarden Einnahmen gegenüber. Die Reichseinkünfte aus Zöllen, Verbrauchssteuern und Verkehrssteuern aber gingen dauernd zurück. Der Wert der Mark im neutralen Ausland sank bis Ende 1915 auf 75 Pfennig. Und selbst zu dem niedrigen Kurse blieb die auswärtige Nachfrage nach deutscher Kriegsanleihe gering. Der weitere Verzicht auf neue Steuern und die ausschließliche Deckung der Kriegskosten durch Anleihen, Noten und Papiergeld mit der Hoffnung auf spätere Kriegsentschädigung bedeutete eine ernste Gefährdung der Kreditwürdigkeit des Reiches. Dem konnte sich auch die Regierung nicht länger verschließen. In seiner Reichstagsrede zur vierten Kriegsanleihe vom 16. März 1916 erklärte Staatssekretär Helfferich: Die Möglichkeit, „unseren ordentlichen Etat einschließlich des Schuldendienstes auch ohne neue Einnahmen zu balanzieren, . . . war, als ich vor einem Jahre hier sprach, noch gegeben. Heute ist sie es nicht mehr, und hieraus haben wir die Konsequenzen zu ziehen."

Er hat diese Konsequenzen *nicht* gezogen. Wohl erklärte er ausdrücklich: „Wir können von unserem Volke, das jetzt zum viertenmal in Vaterlandsliebe und Vertrauen seine Sparpfennige dem Reiche darbietet, wir können von unserem Volke nicht die Milliardenbeträge der Anleihen verlangen und annehmen, wenn wir nicht rechtzeitig Vorsorge treffen, um die Verzinsung sicher zu stellen." Was er aber vom Reichstag forderte, war neben einer *einmaligen* Kriegsgewinnsteuer, die nach seiner Schätzung

Digitized by Google

nur eine Milliarde „erheblich überschreiten" sollte, ein Strauß kleiner Steuern, die ½ Milliarde liefern und bestenfalls die Ausfälle in den Zöllen und Verbrauchs- und Verkehrssteuern decken konnten. Am 22. Mai 1916 übernahm er das Reichsamt des Innern. Als Schatzsekretär hatte er in konsequenter Verfolgung der Finanzpolitik seines Vorgängers drei fünfprozentige Kriegsanleihen herausgebracht und — dank der Zeichnungswilligkeit der Bevölkerung, der hervorragenden Werbetätigkeit und seiner eigenen großen Erfahrung in der Emissionstechnik — die fabelhafte Summe von insgesamt 31 Milliarden erzielt. Aber während gleichzeitig in England und anderwärts der Zinsendienst der Kriegsschulden durch eine energische Steuerpolitik gesichert wurde, zahlte das Deutsche Reich seine Schuldzinsen mittels neuer Anleihen. Als Helfferich das Reichsschatzamt am 1. Juni 1916 — 22 Monate nach Kriegsausbruch — verließ, war noch keine einzige neue Steuer bewilligt. Und doch erklärte er am 24. Mai im Reichstag: „Erleichtert wird mir der Abschied durch das Bewußtsein, daß unsere finanzielle Kriegführung sich in gesicherten Bahnen bewegt."

Inzwischen hatte sich der Reichstag sehr eingehend mit den Steuervorlagen beschäftigt. Aus der Kriegsgewinnsteuer schied er die Besteuerung des Mehreinkommens von Privatpersonen aus, den Quittungsstempel verwarf er gänzlich und ersetzte ihn durch eine Warenumsatzsteuer, die Erhöhung der Tabakabgaben, den Zuschlag zu den Postgebühren und den Ausbau des Frachturkundenstempels nahm er mit Änderungen in Einzelheiten an. Mögen nun die Regierungsvorlagen durch den Reichstag verbessert oder verschlechtert worden sein, in jedem Falle gebührt ihm das Verdienst, daß die neuen Steuern mit jährlich 650 Millionen statt wie ursprünglich mit 500 Millionen zu veranschlagen waren. Die dritte Lesung fand am 5. Juni statt, vier Tage, nachdem der Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, Graf von Roedern, das Reichsschatzamt übernommen hatte.

Graf von Roedern ist jetzt fast ebenso lange im Reichsschatzamt, wie es Helfferich war, als er das Reichsamt des Innern übernahm, aber auch er hat einstweilen keine neuen Wege beschritten. Er hat zwei weitere Anleihen herausgebracht, die zusammen annähernd 24 Milliarden geliefert haben; er hat dem Reichstage drei Steuervorlagen gemacht und alle drei, den Zuschlag zur Kriegsgewinnsteuer, die Kohlensteuer und die Eisenbahnsteuer mit geringen Änderungen bewilligt erhalten. Aber bis heute ist dem Reiche kein Pfennig aus diesen Steuern zugeflossen, wie ja auch noch heute, nach drei Kriegsjahren, die Kriegsgewinnsteuer selbst nicht gezahlt ist. Überdies handelt es sich bei dem Zuschlag zur Kriegsgewinnsteuer, der 450 Millionen erbringen soll, wiederum um eine einmalige Abgabe, und die 800 Millionen, die jährlich von Kohlensteuer und Eisenbahnsteuer erwartet werden, fallen zu einem großen Teile dem Reiche in den Preisen für das Kriegsmaterial und in den Beförderungskosten militärischer Güter zur Last, die Kohlensteuer teilweise auch den staatlichen und städtischen Betrieben.

Die glänzenden Erfolge unserer Anleihen, die alles, was unsere Bundesgenossen und

Digitized by Google

unsere Gegner auf diesem Gebiete geleistet haben, weit in den Schatten stellen, haben unsern Blick für andere, nicht minder wichtige Aufgaben der Kriegsfinanzpolitik getrübt. Es ist dringend notwendig, daß wir wieder zur Besinnung kommen und den Tatsachen nüchtern ins Auge sehen. Die Steuereinnahmen des Reichs, die im letzten Friedensjahre reichlich 2 Milliarden betrugen, waren in den beiden ersten Kriegsjahren wesentlich geringer und im dritten Kriegsjahre jedenfalls nicht höher. Wir haben nicht nur die Kosten der Kriegführung aus Anleihen bestritten, es fehlen uns auch die laufenden Einnahmen, aus denen wir die Zinsen dieser Anleihen und die Renten der Kriegsbeschädigten, die wir ja beide auf die Dauer aus laufenden Einnahmen decken müssen, zahlen könnten. In anderen Ländern hat man anders vorgesorgt. England z. B. hat bereits im November 1914 seine Einkommensteuer erhöht, ebenso die Biersteuer und den Teezoll. Im September 1915 erhöhte es abermals die Einkommensteuer, die Zölle auf Zucker, Tee, Tabak, Kakao, Kaffee, Zichorie, getrocknete Früchte, Motorspiritus und Patentmedizinen, ferner die Post-, Telegraphen- und Telephongebühren, legte einen hohen Wertzoll auf Autos, Films, Uhren, Musikinstrumente, Spiegelglas, Hüte und führte eine scharfe Kriegsgewinnsteuer ein. Im April 1916 erhöhte es zum dritten Male die Einkommensteuer, ferner die Kriegsgewinnsteuer und die Steuern bezw. Zölle auf Zucker, Kakao, Kaffee, Zichorie und auf Automobile. Neu eingeführt wurden eine Lustbarkeitssteuer, eine Fahrkartensteuer, eine Zündholzsteuer und eine Steuer auf Mineralwasser und Obstwein. Im Mai 1917 erhöhte es die Kriegsgewinnsteuer, die Tabaksteuer und die Lustbarkeitssteuer. Die Einkommensteuer, die im Frieden bei 300 Pfund 2,3 Proz. betragen hatte, stieg am 1. Dezember 1914 auf 3,1 Proz., am 1. Mai 1915 auf 4,7 Proz., am 1. Dezember 1915 auf 6,7 Proz. und am 1. Mai 1916 auf 9,9 Proz. Gleichzeitig stieg der Steuersatz bei einem Einkommen von 5000 Pfund von 7,8 auf 28,1 Proz., bei einem Einkommen von 100000 Pfund von 12,6 auf 41,5 Proz. (Vergl. Eheberg S. 142 ff.) Von 1913/14 bis 1916/17 stiegen die Einnahmen aus der Einkommensteuer von 47 auf 205 Millionen Pfund, aus den Zöllen von 35 auf 71 Millionen Pfund. Die Kriegsgewinnsteuer erbrachte 1916/17: 140 Millionen Pfund. Für das Rechnungsjahr 1917/18 aber sind veranschlagt bei der Einkommensteuer 224 Millionen Pfund, bei der Kriegsgewinnsteuer 200 Millionen Pfund. Während die Steuereinnahmen des Deutschen Reiches sanken, erhöhte England seine Steuereinnahmen von 163 Millionen Pfund im Jahre 1913/14 auf 189 Millionen im Jahre 1914/15, 290 Millionen im Jahre 1915/16 und 514 Millionen im Jahre 1916/17. Für 1917/18 sind sogar 570 Millionen veranschlagt. England würde danach für die vier Jahre 1914/15 bis 1917/18 gegenüber 1913/14 ein Mehr von 18 Milliarden Mark erzielen, das Deutsche Reich (einschließlich Kriegsgewinnsteuer und Kriegsgewinnsteuerzuschlag) ein Mehr von 1½ Milliarden Mark. In England würde jedermann ausgelacht, der behaupten wollte, England könne die Zinsen seiner Kriegskosten und die Renten an

Digitized by Google

seine Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen nicht ohne fremde Hilfe, d. h. nicht ohne Kriegsentschädigung aufbringen. Denn die erforderlichen Summen gehen ja dort schon heute tatsächlich ein. Bei uns aber erheben sich tagtäglich Stimmen, die versichern, wir seien dazu nicht imstande. Männer, die im allgemeinen durchaus nicht kleinmütig sind und unsere militärische Lage und unsere außerpolitischen Möglichkeiten sehr zuversichtlich beurteilen — Graf Reventlow, Prinz Friedrich zu Löwenstein, Freiherr von Kerckerinck-Borg, Bezirksamtsassessor Fischer, Riedt — betonen immer wieder in Reden, in Zeitungsaufsätzen, in Flugschriften, daß wir unsere Verpflichtungen aus eigener Kraft nicht erfüllen können. Darf man sich da wundern, wenn die deutsche Mark im neutralen Auslande nur mit 50 Pfennig bewertet wird, wenn unsere Kriegsanleihen im neutralen Ausland zu halben Preisen keine Käufer finden?

Unsere Kriegsfinanzwirtschaft ist nicht wie sie sein sollte. Sie war ebenso glänzend vorbereitet wie die militärische Mobilmachung und hat zunächst ebenso wie jene weit besser funktioniert als bei unseren Gegnern. Wenn dann aber der Erfolg unserer Obersten Heeresleitung treu geblieben ist, so lag dies nicht zuletzt daran, daß diese im großen wie im kleinen bestrebt war, von unseren Gegnern zu lernen. Da war keine Neuerung im französischen, im russischen, im englischen Heere so unbedeutend, daß man sie nicht gründlich studiert und bei Bewährung übernommen hätte. Was aber haben wir aus den glänzenden Finanzreformen gelernt, die England, die Italien im Kriege durchgeführt haben? Stehen wir nicht heute nach drei Kriegsjahren noch fast auf derselben Stelle, wie damals am 9. September 1914, als die erste Anleihe aufgelegt wurde? Auch die Fristen, innerhalb deren die einmal beschlossenen Steuern eingeführt werden, sind bei uns noch immer nicht kriegsgemäß. In England wurde die erste Erhöhung der Einkommensteuer im November 1914 angenommen und trat am 1. Dezember 1914 in Kraft. Die englische Kriegsgewinnsteuer wurde im September 1915 beschlossen und erbrachte schon im Rechnungsjahr 1916/17 2,8 Milliarden Mark. Bei uns wurde über die Kriegsgewinnsteuer auf einer Zusammenkunft der Finanzminister der Einzelstaaten am 10. Juli 1915 ein grundsätzliches Einverständnis erzielt; am 24. Dezember 1915 wurde das „Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne" erlassen, am 21. Juli 1916 das Kriegssteuergesetz selbst. Jetzt im Juli 1917 gehen die ersten Veranlagungsbescheide den Steuerpflichtigen zu. Die Kohlensteuer, die nur von etwa 500 Betriebsinhabern erhoben wird, wurde am 8. April 1917 Gesetz; sie tritt erst am 1. August in Kraft. Ähnliches gilt für andere Steuern. Dabei wurden, wie Schatzsekretär Graf von Roedern ausdrücklich betonte, nur solche Steuern eingeführt, deren „Durchführung keine großen Organisationsschwierigkeiten macht". Gewiß, es fehlt zurzeit bei uns, wie überall, an leistungsfähigen Beamten. Aber es war doch möglich, 1000 neue Hilfskräfte lediglich zu dem Zwecke einzustellen, die Abrechnung zwischen Militärverwaltung und preußischen Staatsbahnen zu bewirken und diese Hilfskräfte dreizehn Monate

Digitized by Google

lang ausschließlich mit der Bearbeitung der Belege eines einzigen Monats zu beschäftigen.

Es ist höchste Zeit, daß hier Wandel geschaffen wird. Es muß unverzüglich ein Finanzprogramm aufgestellt werden, das dem Reiche eine jährliche Mehreinnahme von etwa 8 Milliarden Mark dauernd sichert, und dies Programm muß noch in der gegenwärtigen Legislaturperiode Gesetz werden. Nur so sind die Stimmen im Inland und Ausland, die daran zweifeln, daß wir unsere finanziellen Verpflichtungen erfüllen können, zum Schweigen zu bringen. Nur so können wir es vermeiden, daß wir noch nach Friedensschluß 10 oder 20 Milliarden Mark neue Anleihen aufnehmen müssen, um die Zinsen unserer Kriegsanleihen und die Renten an die Kriegsbeschädigten zu bezahlen.

Die Inder und die anglo-indische Verwaltung

Von Josef Horovitz

Indien wird von einer Beamtenklasse beherrscht, deren Pflichttreue und Tüchtigkeit das ihr so oft gespendete Lob vollauf verdient, die aber an Unfehlbarkeitsdünkel und Machthunger hinter der Bürokratie keines anderen Landes zurücksteht. Dieser aufgeklärte Despotismus ist mit den Grundsätzen, welche in der inneren Verwaltung Englands und seiner Siedlungskolonien durchgedrungen sind, unvereinbar; aber soweit man in den Kreisen des anglo-indischen Beamtentums die liberalen Prinzipien überhaupt anzuerkennen bereit ist, schränkt man ihre Gültigkeit auf europäische Verhältnisse ein. Für den „unwandelbaren Osten" ist — so wird versichert — nur das patriarchalische System zu gebrauchen, in welchem der Beamte befiehlt und der Untertan gehorcht. Das Land gedeihe dabei am besten, denn niemand kenne seine Bedürfnisse so gut wie der Beamte. Daß die Inder, deren Stimme an die Öffentlichkeit dringt, mit diesem System nicht einverstanden sind, beweise nichts gegen seine Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit; die modern gebildeten Klassen seien eine „mikroskopische Minorität", welche weder das Recht habe, im Namen der Allgemeinheit zu sprechen, noch auch für das Wohl und Wehe der Massen viel übrig habe. Ja, wenn man den Vertretern des Beamtentums glauben will, so wäre sogar die indische Intelligenz, obwohl im Lande geboren und erzogen und mit seinen Sprachen von Kindheit auf vertraut, über die Anschauungen und Wünsche der Massen keineswegs so gut unterrichtet, wie die aus der Fremde gekommenen Beamten. Noch geringere Bedeutung legen diese der Kritik der englischen Politiker radikaler Richtung bei; welches Recht haben diese armseligen Prinzipienreiter und berufsmäßigen Besserwisser, über den allein maßgeblichen kolonialen Praktiker zu Gericht zu sitzen? Angesichts der Geschlossenheit der Beamtenkaste konnten auch Vizekönige liberaler Prägung, wie Lord Ripon, mit ihren Reformplänen nicht durchdringen, und die erste Bresche in ihre Alleinherrschaft hat erst 1908 der damalige Staatssekretär für Indien, John

Digitized by Google

Morley, gelegt, dessen Ohr indische Politiker gewonnen hatten. Haben auch die von ihm eingeführten Reformen die Forderungen der gemäßigten Partei in Indien keineswegs befriedigt, so haben sie doch zum ersten Male gewählten Vertretern der Bevölkerung ein gewisses Maß verantwortlicher Mitarbeit an den Aufgaben der Verwaltung ermöglicht und auch dem indischen Element eine bescheidene Vertretung in dem Kabinett des Vizekönigs wie dem Rat des Staatssekretärs verschafft. Das alles sind nur Anfänge; das Ziel der indischen „Gemäßigten" (moderates), das sie auf dem Wege gesetzmäßiger Agitation zu erreichen suchen, bleibt die mit möglichster Beschleunigung durchzuführende Umwandlung der Beamtenherrschaft in ein System der Selbstverwaltung, das, beim Dorf anfangend, die ganze Stufenleiter der politischen Einheiten durchläuft und seine Vollendung in der Volksvertretung für ganz Indien findet. Denn die Theorien des britischen Liberalismus, die sich in den Augen des Beamtentums so fadenscheinig ausnehmen, haben unter der indischen Intelligenz begeisterte Anhänger gefunden. Die Bekanntschaft mit ihnen zählt sie zu den wertvollsten Gaben, die ihnen der englische Unterricht beschert hat, wie es ihre bitterste Enttäuschung ist, daß ihre englischen Lehrmeister sich weigern, sie in Indien in die Tat umzusetzen. Doch werden diese Forderungen nach Selbstverwaltung und parlamentarischen Einrichtungen keineswegs allein von Anhängern liberaler und demokratischer Prinzipien erhoben; auch solche Kreise, welche gegen eine Oligarchie[1] wenig einzuwenden hätten, wenn nur alle Macht in indischen Händen vereinigt wäre, machen sie sich zu eigen, weil sie in ihnen das geeignetste Kampfmittel gegen den Fortbestand der Fremdherrschaft sehen. Der Gegensatz zwischen Bevormundung und Selbstverwaltung löst sich so in den zwischen Fremdherrschaft und nationaler Unabhängigkeit auf, und an dem Ideal der nationalen Freiheit vor allem entzündet sich die Leidenschaft, welche die Reden der indischen Politiker durchglüht. So ist denn das Ziel des Kampfes nicht nur, der Bevölkerung durch politische Reformen den entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung zu sichern, sondern auch dem indischen Element innerhalb des Beamtentums die Vorherrschaft zu gewinnen. Die geborenen Führer der Bewegung sind die englisch sprechenden Inder, denen denn auch in erster Linie das Mißtrauen und der Ingrimm der englischen Bürokratie gilt. Dieser Schicht, die einmal früheren Generationen anglo-indischer Beamten als willkommene Bundesgenossen im Kampf gegen die rückständigen Mächte Indiens gegolten hatte, entstammen nicht nur die unerbittlichsten Kritiker der Verwaltung, sondern auch die unbequemen Mitbewerber um die einflußreichsten und bestbezahlten Stellen, welche die Engländer immer noch im wesentlichen als ihr Reservat betrachten. Die theoretische Begründung seiner Ansprüche macht sich das Beamtentum sehr leicht: in dem nimmer endenden Widerstreit der nach Herkunft, sozialer Stellung, Sprach- und Religionszugehörigkeit so verschiedenen Gemeinschaften, welche die Bevölkerung Indiens ausmachen, könne als unparteiischer Schiedsrichter sich nur Gehör verschaffen, wer all diesen Interessen

[1] Oligarchie = Herrschaft Weniger.

Digitized by Google

gleich unbeteiligt gegenüberstehe. Bestünde die Fremdherrschaft nicht schon, so müßte sie zum Wohle Indiens eingeführt werden.

Dieses Ideal der völligen Losgelöstheit von der indischen Umgebung, das gleichzeitig auch den exklusiven Instinkten des Angelsachsentums in so willkommener Weise entgegenkommt, hat aber auch seine gefährlichen Schattenseiten. Denn so groß auch die Verschiedenheiten sind, welche den Amalgamierungsprozeß[1] erschweren, alle übrigen Bewohner Indiens fühlen sich doch wenigstens als Söhne des gleichen Bodens. Auch die Nachkommen der fremden Eroberer haben in Indien ihre Heimat gefunden, mögen sie, wie die Mohammedaner, auch noch so zäh an ihren Überlieferungen und ihrer Sonderstellung festhalten. Die Engländer aber dürfen in Indien nicht heimisch werden, wollen sie des „britischen Charakters" nicht verlustig gehen. Denn weder die englische Abstammung, noch auch die Beibehaltung der heimischen Lebensweise genügt, seinen Besitz zu garantieren; nur die stetige Berührung mit dem Boden der Heimat kann ihn erhalten. Indien ist den Engländern nicht wie allen anderen das Land ihrer Zukunft und der Zukunft ihrer Kinder; sobald sie ihre Dienstzeit vollendet haben, kehren sie nach der Heimatinsel oder einer „weißen" Kolonie zurück, und Indien bleibt ihnen „the land of regrets"[2]. So stehen sie als die ewig Fremden allen übrigen gegenüber. Zwar lodert der Haß zwischen den verschiedenen Gruppen der Bevölkerung zuzeiten mächtig auf, und der zähe Kampf um den vorherrschenden Einfluß nimmt seinen Fortgang, aber darin sind doch alle einig, daß er nicht den Fremden gehören darf. Aller Spott über das „Hirngespinst einer einheitlichen indischen Nation" kann daran nichts ändern; mag auch die Einheit der Verwirklichung noch so fern sein, der Wille, dem Trennenden gegenüber das Einigende nicht wieder untergehen zu lassen, steht unerschütterlich fest. Nur die Eurasier schlagen sich zu den Fremden, diese Nachkommen der Ehen zwischen Europäern und indischen Frauen, welche auf das Erobererblut in ihren Adern stolz sind, so verächtlich auch Inder wie Engländer auf sie herabblicken mögen.

Kaum jemals ist die Überhebung des Beamtentums und die Verachtung, mit welcher es die Wünsche der indischen Intelligenz ablehnt, so grell zutage getreten, wie in den Wintermonaten der Jahre 1912/13 und 1913/14, als die königliche Kommission die größeren Städte Indiens besuchte, um Zeugen über die mit der Besetzung der höheren Beamtenstellen zusammenhängenden Fragen zu vernehmen; aber auch die Erbitterung und das Mißtrauen der Inder, die sich in der schroffsten Form als Angehörige minderwertiger Rassen gekennzeichnet sahen, hat selten so scharfen und einmütigen Ausdruck gefunden wie in den Aussagen ihrer Vertreter vor dieser Kommission. Monatelang sind damals Tag für Tag von Tausenden von Lesern diese Dokumente des Hasses verschlungen worden und haben die Leidenschaften zu gefährlicher Glut erhitzt. Im Frühjahr 1914 kehrte die Kommission nach England zurück, um ihren Bericht auszuarbeiten, dessen Veröffentlichung aber dann des Krieges wegen

[1] Amalgamierungsprozeß = Verschmelzungsprozeß. [2] land of regrets = Land der Sehnsucht.

Digitized by Google

hinausgeschoben wurde. Man fürchtete in England, die Veröffentlichung werde zu einem neuen Ausbruch des leidenschaftlichen Kampfes führen, während man in Indien in der Nichtveröffentlichung ein schlimmes Anzeichen für die Zurückweisung der indischen Forderungen sah. Das steigende Mißtrauen der Inder und die lange Dauer des Krieges haben dann zusammengewirkt, den früheren Entschluß umzuwerfen, und so ist der Bericht endlich Ende Januar dieses Jahres erschienen. Die Kommission zählte unter elf Mitgliedern auch drei Inder; die englischen Mitglieder gehörten verschiedenen politischen Parteien an, aber das imperialistische Element überwog. Von den indischen Mitgliedern ist eines, G. K. Gokhale, der hervorragendste Politiker des modernen Indiens, gestorben, ehe der Bericht veröffentlicht war; aber sein mohammedanischer Kollege Abdurrahim, der dem Bericht seine Unterschrift verweigert und seine abweichenden Anschauungen in einem ausführlichen Gutachten begründet hat, erklärt ausdrücklich, dieses im einzelnen mit Gokhale durchgesprochen und mit dessen voller Zustimmung abgefaßt zu haben.

In dem gewaltigen, nach Millionen zählenden Beamtenheer der indischen Regierung spielen, rein zahlenmäßig betrachtet, die Engländer nur eine geringe Rolle. Für die niedrigsten Stellen kommen nur Inder in Betracht, und erst in der Gehaltsstufe von monatlich 75 Rs. (= 100 M.) tauchen vereinzelt Europäer auf. Eine sehr erhebliche Rolle spielen sie aber bereits in den Stellen, die mit einem Monatsgehalt von 200 Rs. verbunden sind. Im Jahre 1913 gab es unter 11064 Beamten dieser Gehaltsklasse 4577 Inder bzw. Birmesen, 1593 „Anglo-Inder", d. i. Eurasier und Angehörige in Indien angesiedelter europäischer Familien, und 4898 Europäer. Bilden in dieser Klasse die Inder immer noch 42 % der Gesamtheit, so sinkt ihre Verhältniszahl ganz erheblich mit steigenden Gehältern. Unter 4984 Beamten mit einem Monatseinkommen von 500 Rs. waren nur noch 942, also 19 % Inder, gegenüber 352 Anglo-Indern und 3691 Europäern; unter den 2501 Stellen, welche mit einem Monatsgehalt von 800 Rs. oder mehr verbunden sind, waren nur 242 mit Indern, 106 mit Anglo-Indern und 2153 mit Europäern besetzt. Ein Vergleich dieser Zahlen mit denen des Jahres 1887 zeigt, daß die Inder seitdem Fortschritte gemacht haben; in der ersten der genannten Kategorien betrug ihre Zahl damals 34 %, gegenüber den 42 des Jahres 1913, in der zweiten 12, gegenüber 19, und in der dritten 4, gegenüber 10 %. Für die Besetzung der mittleren Beamtenstellen kommen nur solche Bewerber in Betracht, welche eine Schule mit englischer Unterrichtssprache absolviert haben und in den meisten Fällen auch im Besitz eines an einer indischen Universität erworbenen akademischen Grades sind. Zur Bewerbung um die höheren Stellungen reichen aber indische Qualifikationen[1] nicht aus, und das Bestehen in England abgehaltener Examina bleibt für sie eine unumgängliche Vorbedingung. Während nun die natürliche Entwicklung dahin geht, daß die Inder in den mittleren Dienststellen immer mehr die Oberhand gewinnen, bis diese im wesentlichen indisches

[1] Qualifikation = durch Prüfung nachgewiesene Befähigung.

Digitized by Google

Monopol werden, bewirkt der Zwang der in England abzulegenden Prüfung, daß die höheren Ämter ein englisches Reservat bleiben, in welchem die indische Minderheit das Gefühl, ungern geduldete Eindringlinge zu sein, noch kaum losgeworden ist. Wie schon seit Jahrzehnten, so haben deshalb auch wieder vor der Kommission die indischen Vertreter besonderen Nachdruck auf die Forderung gelegt, das Londoner Examen gleichzeitig auch in Indien abhalten und die Arbeiten beider Gruppen von Kandidaten von den gleichen Examinatoren prüfen zu lassen. Diese Forderung ist aber von dem englischen Beamtentum einstimmig abgelehnt worden, und auch die Kommission hat sie sich, wie zu erwarten war, nicht zu eigen gemacht. Die englischen Beamten, welche selber ihre Stellungen dem Bestehen dieses Examens verdanken, erklären, das ganze System, welches die Anstellung von Beamten lediglich von dem Ergebnis einer solchen Prüfung abhängig macht, passe nicht nach Indien. Bei englischen Bewerbern verbürge Abstammung und Erziehung den Besitz der Willensstärke und der Führereigenschaften, deren sie zur Ausübung ihrer Tätigkeit bedürfen. Bei Indern bestehe diese Sicherheit nicht in gleichem Maße; gerade unter den Angehörigen der geistig regsamsten indischen Rassen seien diese Eigenschaften seltener anzutreffen, als unter denen mancher rückständiger Klassen, und was dergleichen Argumente mehr sind. Der wirkliche Grund der Ablehnung der indischen Forderung liegt aber auf ganz anderem Gebiet: Indien ist kein gleichberechtigtes Glied des britischen Reiches, sondern ein Vasallenstaat und soll es bleiben; seine Gleichberechtigung würde den britischen Charakter des Reiches verwischen, den unversehrt zu erhalten, die Aufgabe der weißen Rassen ist. Engländer müssen also für die Verwaltung Indiens verantwortlich sein, und die wichtigsten Stellen müssen in ihren Händen bleiben.

Doch aber ist grundsätzlich die Gleichberechtigung längst und zu wiederholten Malen anerkannt worden. Zuerst 1833 war versprochen worden, daß niemand „lediglich seiner Religion, seines Geburtsortes, seiner Herkunft, seiner Hautfarbe wegen davon ausgeschlossen bleiben solle, irgendeine Stelle, ein Amt oder eine Anstellung unter der Gesellschaft einzunehmen", und nach Niederwerfung des indischen Soldatenaufstandes, als die britische Krone die Verwaltung von der ostindischen Kompanie übernahm, wiederholte die Königin Viktoria das Versprechen in ähnlichen Worten. Hatte man doch damals besonderen Grund, sich zu erinnern, wie wenig man mit seiner Verwirklichung Ernst gemacht hatte! Es steht ja auch seitdem wirklich den Indern die Bewerbung um die Stellen des höheren Dienstes frei; allerdings nicht um alle, von dem höheren Polizeidienst sind sie bis heute völlig ausgeschlossen. Aber auch da, wo dem Buchstaben nach die Gleichberechtigung durchgeführt ist, wird doch ihr Geist dadurch verletzt, daß indischen Bewerbern besondere Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Der Aufenthalt in England, der eine conditio sine qua non[1] für den Eintritt in die höheren Dienstzweige bildet, ist für zahlreiche Inder, welche nicht über die nötigen Mittel verfügen, ein unüberwindliches Hindernis, und die indischen Bewer-

[1] conditio sine qua non = unerläßliche Bedingung.

Digitized by Google

ber haben den englischen gegenüber den sehr erheblichen Nachteil zu überwinden, daß die Prüfung dem in England und nicht dem in Indien herrschenden Unterrichtssystem angepaßt ist. So ist denn auch die Zahl der Inder, welche in den höheren Verwaltungsdienst, den Indian Civil Service, gelangt sind, immer gering geblieben, und keinen von ihnen hat man die höchsten Staffeln der Dienstleiter erklimmen lassen. Wenn ihnen nun auch die Kommission in gewisser Hinsicht Erleichterungen gewähren will, so hält sie doch daran fest, daß ihre Zahl eine beschränkte bleiben müsse, denn „im indischen Verwaltungsdienst sowohl als auch im Polizeidienst fordere die britische Verantwortlichkeit für die gute Verwaltung Indiens gebieterisch die Anstellung einer überwiegenden Anzahl von britischen Beamten für die höheren Stellen". Den Indern will die Kommission dadurch entgegenkommen, daß sie ihnen alljährlich ein Viertel der zu besetzenden Stellen zuspricht, die von Indien, nicht von England aus besetzt werden sollen. Auch bleibt weiter theoretisch den Indern der Weg über das englische Examen offen, aber die Kommission selber sieht für den Fall der Annahme ihrer Vorschläge voraus, daß in England im wesentlichen sich nur europäische Bewerber melden werden. Das Viertel der Stellen aber, das den Indern zugesprochen wird, bleibt nicht diesen allein vorbehalten, sondern sie teilen es mit den Eurasiern und den in Indien dauernd ansässigen Engländern. Die Inder hören denn auch aus allen Vorschlägen der Kommission nur das „Nein" heraus, die Ablehnung ihrer Hauptforderung auf Schaffung wirklich gleicher Vorbedingungen für Inder und andere Untertanen des britischen Reiches. In der grundsätzlichen Beibehaltung einer englischen Mehrheit unter den Mitgliedern des höheren Dienstes, erblicken sie eine erneute Verleugnung der Grundsätze, welche in der „magna charta[1] der indischen Freiheit", der Proklamation des Jahres 1858, zum Ausdruck kommen. Die großen politischen Organisationen haben denn auch schon aufs schärfste gegen die Vorschläge der Kommission protestiert, und in der Meinungsäußerung Abdurrahims eine zutreffende Begründung ihrer Mindestforderungen anerkannt.

Mehr Entgegenkommen hat die Kommission den indischen Wünschen in bezug auf andere Zweige des öffentlichen Dienstes gezeigt, die nicht von der gleichen politischen Bedeutung sind wie der Zivildienst. Zwar hält sie daran fest, daß auch im Unterrichts- und Sanitätswesen, wie auch im Dienst der öffentlichen Arbeiten weiter Europäer neben Indern Anstellung finden, die ihnen aber von jetzt an völlig gleichgestellt sein sollen. Damit wird eine sachlich durch nichts zu begründende Ungerechtigkeit aufgehoben, welche in der lediglich auf der Abstammung der Beamten beruhenden Zweiteilung dieser Dienste lag. Für eine dritte Kategorie von meist technischen Dienstzweigen sieht die Kommission sogar die allmähliche Ausschaltung des europäischen Elements vor, die freilich erst erfolgen kann, wenn die technischen Unterrichtsanstalten erheblich vermehrt und entsprechend ausgestaltet sind. Die Agitation der Inder ist, wie man sieht, nicht

[1] magna charta = große Verfassungsurkunde.

Digitized by Google

ganz ohne Erfolg geblieben; aber diese Zugeständnisse nehmen sich heute um so geringfügiger aus, als sie in keiner Weise die Versprechungen von dem neuen „angle of vision“[1] erfüllen, unter dem, wie nach Ausbruch des Weltkrieges verkündet wurde, die indischen Verhältnisse nunmehr angesehen werden sollten. —

Die indische Regierung, welche nun über die Vorschläge der Kommission nach London zu berichten haben wird, wird nicht umhin können, noch weitere Konzessionen zu machen, will sie nicht das Vertrauen auf die versprochene Neuorientierung völlig erschüttern. Zwar hat es den Anschein, als versuche der neue Vizekönig, Lord Chelmsford, die politischen Forderungen der Inder durch Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiet zum Schweigen zu bringen. Aber damit kann er heute weniger Erfolg haben als je, nachdem die politischen Organisationen der Hindus und der Mohammedaner ihre Forderungen gemeinsam formuliert haben. Auch können Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiet keine andere Wirkung haben, als die Inder immer wieder zu erneuter Agitation auch auf politischem Gebiete anzuspornen. Die Grenze, bis zu der die Agitation durch kleine, in immer schnellerem Tempo aufeinanderfolgende Konzessionen für kurze Zeit beschwichtigt werden kann, ist bald erreicht. Darüber ist man sich auch in den Kreisen der Imperialisten klar, welche mit Beklemmung dem Augenblick entgegensehen, in welchem die Frage nach der Stellung Indiens innerhalb des neu zu organisierenden Reiches eine klare Antwort erheischt[2]. Die Inder kann — vorläufig — nur Gleichstellung mit den übrigen Gliedern des Reiches befriedigen. Die Forderung des Self government[3] steht denn auch jetzt im Mittelpunkte der politischen Diskussion, und wenn die Frage nach dem Anteil der Inder an den höheren Stellen der Verwaltung die Geister nicht mehr so stark beschäftigt wie vor drei Jahren, so liegt das lediglich daran, daß sie zu einem Teilpunkt jenes umfassenderen Programms herabgesunken ist.

Notizen

Rudolf Kjéllen über den fünften Reichskanzler. Die schwedische Zeitung „Nya dagligt Allehanda“ bringt in der Nummer vom 19. Juli einen Artikel über den fünften Reichskanzler aus der Feder Rudolf Kjéllens, der nach Form und Inhalt Beachtung verdient. Kjéllen sagt in ihm:

Acht Jahre hindurch, bis die Wolken des Daseinskampfes für das neue Deutschland sich zusammenballten und entluden, hat von Bethmann Hollweg von der Achtung der ganzen Welt begleitet die schwere Bürde seines Amtes getragen. Er kam aus der allgemeinen Beamtenkarriere und besaß für den Anfang nichts anderes als das Ansehen, das er als Beamter genoß; aber das Ansehen eines preußischen Beamten ist auch politisch kein verächtliches Kapital, es

[1] angle of vision = Gesichtswinkel.

[2] Inzwischen hat die Lage Indiens insofern eine Änderung erfahren, als beschlossen worden ist, auch indische Vertreter auf dem Imperial Council (Reichsrat, hier Kriegsreichsrat) zuzulassen. Indien ist damit zwar keineswegs den Dominien gleichgestellt, aber doch wenigstens als „wichtiger Teil des Reiches“ anerkannt und hört auf, eine bloße „Dependenz“ zu sein.

[3] Self government = Selbstverwaltung.

Digitized by Google

reicht zu vielem aus: aus dieser außerordentlichen Schule ging allmählich ein Staatsmann hervor, den mehr als ein Beobachter geneigt war als den einzuschätzen, der dem ersten in der Reihe der Reichskanzler an Rang zunächst stand. Sein Unglück — wenn man es so bezeichnen will — war, daß die Zeit, in die er versetzt war, nicht weniger forderte, als die Begabung des ersten Kanzlers; und so sehr er auch mit seiner Aufgabe wuchs, den Anforderungen dieser Zeit wurde er nicht gewachsen.

Was der Mitwelt am meisten in Bethmann Hollwegs politischem Gesicht imponierte, sind zwei Züge: Würde und Redlichkeit.

In einer Zeit, in der die hervorragendsten Redner sich und ihr Amt dadurch erniedrigt haben, daß sie beim Sprechen über den Feind den Instinkten der Gasse in zungenfertigem Haß und Hetzen freien Lauf gaben, steht der deutsche Reichskanzler vollständig rein von solchen Flecken da, eine Gestalt, weit vornehmer als die seiner angriffs lustigeren Widersacher, ein Bild von wirklicher Geistes-Zivilisation gegenüber denen, die dies Wort so fleißig im Munde führen, daß sie es im Handeln und in der Gesinnung vergessen. In den Zeiten allgemeiner Verwirrung ist es eine Erquickung gewesen, Deutschlands Reichskanzler sprechen zu hören: ruhig, beinahe leidenschaftslos, als ob man in tiefem Frieden mit der Welt stände, und doch mit Akzenten[1], die ein starkes Temperament in dem zugeknöpften Äußern verrieten. Der Ernst der Zeit hat keinem Staatsmann so tief wie ihm sein Gepräge gegeben — man hat ihn nicht scherzen hören, man kann ihn sich kaum lachend denken — und deshalb hat keiner einen so ernsthaften Eindruck auf seine Zeit gemacht, wie er.

Dazu kommt die auffällige Ehrlichkeit in seinem Auftreten und in seiner Rede. Die Worte haben für ihn nicht als wirkliche Aufgabe gelebt die Gedanken zu verbergen, die Ideale haben ihm auch nicht gedient als ein schönes Aushängeschild und als Köder, um andere damit zu fangen. Seine Rede ist Ja und Nein gewesen, und sein Ideal war ein bindendes Gesetz für ihn selbst. Wer erinnerte sich nicht des Eingeständnisses des Unrechts, das er offen im Namen des Landes ablegte, bei der Motivierung der Okkupation Belgiens! Hat jemand ein ähnliches Eingeständnis auf der Seite der Gegenpartei gehört, z. B. eines Unrechts gegen Griechenland oder gegen die Neutralen zur See?

So steht das Bild des fünften Reichskanzlers in einer Hoheit und einem Lichte da, das einen auffälligen Gegensatz bildet gegen andere Staatsmänner der Jetztzeit, und das auf sein großes Vaterland einen Wiederschein zurückstrahlen läßt. Aber — es ist nicht Hoheit und Licht, was die Welt augenblicklich bedarf. Nun dreht sich Alles um einen Pol: um den Sieg. Für diesen Zweck wechseln Böse und Gut, Schwarz und Weiß ihre festen Gegensätze. Und da die Welt betrogen sein will, so geht es ja an, Schwarz für Weiß auszugeben und Böses für Gut. Denn wenn alle auf einen Stein spucken, wird er naß, und der Speichel braucht dazu keineswegs so besonders rein zu sein.

In diesem Wettstreit stand Bethmann Hollweg hintenan. Die absolute Konzentrierung[2] des Willens auf das Ziel, vor welchem alle Rücksichten auf objektiven Wert fortfallen, diese lag ihm nicht. Man nannte ihn im Beginne seiner Laufbahn den Philosophen auf dem Ministersessel, und eine gewisse Bedächtigkeit verließ ihn nie. Das war der Schatten, den sein Ernst und seine Ehrlichkeit hinter ihm warfen. Er konnte die Rücksicht auf Wahrheit und Recht nicht so geschwind über Bord werfen. Und damit gab er seinen Gegnern den diplomatischen Trumpf in die Hand.

So wurde Ehrlichkeit ein Fehler. Ohne Zweifel hat sein Wort von dem Einfall in Belgien als einem Unrecht und von der Neutralitätsakte dieses Landes als einem „Papierfetzen" Deutschland geschadet. Wäre er in der Weise seiner Gegner verfahren, hätte er gesagt, das Deutschland in Belgien einbreche, ausschließlich um dessen Freiheit vor den Ränken Englands

[1] Akzent = Betonung. [2] Konzentrierung = Sammlung.

Digitized by Google

und Frankreichs zu schützen — das wäre übrigens beinahe wahr gewesen! Er hätte auch hoch und teuer diese Neutralität beschworen und sie gleichzeitig in Stücke gerissen. Aber er kannte nicht die Regeln des diplomatischen Spieles in dieser Zeit oder wollte sie nicht kennen, und das mußte sein Land büßen.

Damit hängt der ernstere Fehler zusammen, daß er von seinen Gegnern zu gut dachte. Er durchschaute nicht ganz die „fides punica“[1], mit der England kurz vor Ausbruch des Krieges Unterhandlungen über eine Versöhnung mit Deutschland eröffnete. Er nahm diese Politik für ernst. Er glaubte an die Möglichkeit eines Übereinkommens, das Deutschland einen Platz an der Sonne neben England geben sollte. Er glaubte, daß das englische Welt-Volk einem andern einen Platz neben sich überlassen könne und wolle. Dieser Glaube war die Leiche in der Ladung, die er mit sich in den Krieg hineinnahm, und die ihn zuletzt selbst in die Tiefe zog.

Es herrscht große Unklarheit über die Kräfte, die ihn gerade jetzt zu Falle brachten; aber man geht wohl kaum fehl, wenn man ihn für ein persönliches Opfer der konservativen Partei ansieht, dazu ersehen, den Schmerz der sachlichen Opfer zu mildern, die von dieser Partei in der Zeit der „Neuorientierung“ gefordert werden. Und Deutschlands Konservative haben gegen den Reichskanzler diese ständige Anklage erhoben: er hat seine Hände zu tief in der Versöhnungspolitik nach Westen, gegen den Todfeind England gehabt. „Er glaubt nicht wirklich an den Sieg über England, deswegen ist er nicht der Mann, ihn für uns zu gewinnen“, heißt es in Kapps Anklageschrift aus dem Frühjahre 1916. Es half ihm nichts, daß er sich zuletzt nachgiebig unter das Siegessymbol dieser Partei stellte: den U-Bootkrieg. Das hielt ihn noch ein halbes Jahr aufrecht, aber es vermehrte seine Autorität nicht, weil es nur unter einem Drucke geschehen zu sein schien. Das befestigte nur seinen Ruf als Opportunist[2], der zwischen den Parteien vermittelte und lavierte, wo man einen Mann wünschte, der stark genug war, die Parteien zu beugen.

Das wurde also die Signatur des fünften Reichskanzlers: ein ehrlicher Mann und ein Verstandesmensch, wo die Zeit einen Diplomaten und einen Willensmenschen erforderte. Nun steht, wenn das Gerücht wahr spricht, eine Kraftnatur dort auf seinem Platze am Steuer, bereit, das Schiff aus dem Sturme zum Ziele zu lenken. Aber wenn dem so ist, mag es auch ausgesprochen werden, daß der Gott, der die Geschicke der Völker lenkt, alles zum Besten von Deutschlands Volk gelenkt hat.

Denn einmal werden die verwirrenden und verwilderten Stimmen verstummen, und da wird sich vieles anders ausnehmen. Da wird es sich ohne Zweifel als ein unbestrittener Gewinn für das große deutsche Reich erweisen, daß es in den dunkelsten Zeiten des Krieges an seiner Spitze einen Mann hatte, der einen Kopf größer war als alle seine Gegner in dem, was den Menschenwert eines Privatmannes ausmacht. Da wird es auch wohl klar werden, daß der Kurs nach links, den er als Staatsmann einleitete, eine Notwendigkeit war in dem Reiche mit mindestens 5 Millionen sozialistischen Wählern, in einer Zeit wo diese ihre Pflicht gegen das Vaterland erfüllten. Es wird ebenso allen klar werden, daß die Unterseewaffe, die das Hauptwerkzeug zum Siege wurde, vor dem Rechtsgefühl der Menschheit nur in der Weise verteidigt werden kann, wie er sie aufnahm, nämlich nachdem Deutschlands Hand sich zum Frieden und Vergleich ausgestreckt hatte.

Stärkerer Hände als Bethmann Hollwegs bedarf es, um Deutschland den vollen Sieg zu bringen. Er konnte dazu nur mit einem moralischen Kapital beitragen. Wenn der Sieg gewonnen ist, wird auch dies Kapital zum Gewinn geschlagen werden. Da wird vielleicht ganz Deutschland mit schuldiger Dankbarkeit sich des fünften Kanzlers erinnern, der nur durch seine Tugenden sündigte. Er war zu ehrlich für die Lage, in die er versetzt wurde; aber auch die Ehrlichkeit ist eine Macht auf Erden — und sie währt am längsten.

[1] fides punica = punische Treue, Hinterhältigkeit. [2] Opportunist = Gelegenheitsmensch, Mantelträger.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Bücher über Erziehung

Was wir sind, ist nichts, was wir suchen, ist alles
Friedrich Hölderlin.

Eduard Schwartz, Professor an der Universität Straßburg, hat in einem Vortrag „Gymnasium und Weltkultur" (Verlag Englert & Schlosser, Frankfurt a. M. 1917, M. 1.—) sehr beachtenswerte Äußerungen über unsere höheren Schulen und die Lehrer getan. Wir setzen die über die Lehrer voran, weil sie für die behandelten Probleme grundlegend sind: „In der Wissenschaft kann auch ein, aufs Ganze gesehen, untergeordnetes Individuum mit einer einseitigen Begabung Nützliches und bis zu einem gewissen Grade Selbständiges leisten, wenn ihm die Aufgaben richtig gestellt werden; zum Lehrer taugt nur ein voller Mensch, der den Mangel wissenschaftlicher Produktion mehr als ausgleicht durch die im Unterricht wichtigere Gabe, den von der Wissenschaft gebotenen Stoff in seiner Individualität organisch aufzunehmen und als ein Ganzes, von ihm Geformtes wiederzugeben. Das sind alles Gegensätze, die im Wesen der Dinge begründet liegen und durch Prüfungsreglements, Vorschriften über den Studiengang, pädagogische Diskussionen, Handbücher usw. nicht beseitigt, eher sogar verschärft werden. Männer sind nötig, die mit individueller, schöpferischer Kraft immer wieder die Harmonie im Ungleichen herstellen und dafür sorgen, daß ein in die Schule beständig einströmendes wissenschaftliches Leben sie vor Erstarrung bewahrt und der wissenschaftliche Lehrbetrieb trotz, oder soll ich sagen, wegen seiner unerbittlichen Akribie[1] im Handwerk den Ausblick ins Weite und Große nicht verliert, den Eros[2] wach hält, ohne den doch alle Gelehrsamkeit ein tönendes Erz und eine klingende Schelle bleibt." So lebendig wie er die Lehrer sieht, begreift er das Wesen der Bildung. „Unter Bildung ist noch im vollen Wortsinn die Gestaltung des Menschen zu verstehen im Gegensatz zur Dressur auf bestimmte Zwecke. Wenn man aber diese Bildung zu einer Stoffmasse mechanisiert, durch deren nicht einmal äußerlich vollständige Aneignung Privilegien und Berechtigungen bündelweis erworben werden können, wenn die auf den Lehrerberuf vorbereitenden Studien lediglich als die Anwartschaft auf eine gesicherte Staatsstellung angesehen werden, die eine möglichst geringe, durch tägliche Routine aufzubringende Leistung mit einer möglichst reichen Rente belohnt, dann ist freilich jenes Bildungsideal zum Tode verurteilt, und es kann auch durch die an und für sich richtige Verteidigung nicht gerettet werden, daß nicht es selbst durch die Angriffe getroffen wird, sondern daß eine ganze Verkettung von Mißständen, die mit der veränderten gesellschaftlichen Schichtung zusammenhängen, es in der Entfaltung seiner Kraft gehemmt haben." Eduard Schwartz leitet dieses sein Bildungsideal aus der Zeit ab, wo auch in Deutschland das Lebensideal „in seinem Kern geistiger Art war und seine Herkunft aus der deutschen klassischen Dichtung und Philosophie nicht verleugnete". Er sieht im geschichtlichen Verlauf das politische nationale Wesen neben dieser immateriellen Lebenseinheit aufkommen, aber nicht zersetzend wirken, sondern ineinander verschmelzen. „Es ist mit Nichten das wieder erstarkte staatliche Leben, es sind nicht die siegreichen Kriege der Bismarckischen Epoche gewesen, die jene humanistische Gesellschaft zersetzt haben, auch nicht der wirtschaftliche Aufschwung an sich, sondern dessen atemlose Schnelligkeit und alle Volkskreise mit sich reißende Ausdehnung. Wir haben alle diese innere Revolution in der einen oder anderen Weise verspürt und tun es noch, so daß es nicht leicht ist, ruhig und klar über sie zu urteilen: aber das Charakteristische in ihr ist doch wohl, daß der Mensch aufhörte als freie, in sich geschlossene Persönlichkeit gewertet zu werden, daß er lediglich als Träger einer mehr oder weniger in sichtbare, wenn auch nicht immer materielle Werte umsetzbaren Leistung etwas bedeuten sollte." Eduard Schwartz kommt also zu Schlüssen, die denen entgegengesetzt sind, die jüngst Troeltsch aus engherzig nationalistischem Gesichtswinkel auf das Wesen und die Zukunft des Gymnasiums gezogen hat. Er lehnt „den schellenlauten undeutschen Patriotismus" entschlossen ab. Er weißt alle überstürzte gewaltsame Konstruktion des deutschen Wesens, das allein imstande sein soll, unserer Jugend den nötigen nationalen Geist einzuimpfen, scharf ab. Er will nichts zu tun haben mit den Versuchen, „aus der Fülle unseres geschichtlichen Daseins heraus einen deutschen Geist zu destillieren und wie ein Elixir auf Flaschen zu ziehen". Er weist den nationalen Heißspornen ihren wunderlichen Widerspruch mit sich selbst nach, „wenn sie einerseits die deutsche Schule, ja das deutsche Geistesleben überhaupt, in eine freiwillige Blockade einsperren wollen, unbekümmert um den geistigen Hunger, der sich dann bei seiner organisierten Naturen einstellen würde, und andererseits eine deutsche Weltmacht von phantastischer Ausdehnung fordern. Denn dazu gehören auch geistige Kräfte und vor allem Kenntnis der konkurrierenden Gegner sowohl wie derer, die als Bundesgenossen benutzt oder beglückt werden sollen; je zukunftsreicher die Auslandskunde ist, um so dürftiger, unpraktischer und kleindeutscher — um dem alten Ausdruck einen neuen Sinn unterzulegen — nehmen sich

[1] Akribie = peinliche Genauigkeit. [2] Eros = Gott der Liebe.

Digitized by Google

daneben die nationalistischen Blockadeprojekte aus". In diesem Sinne wollen wir auch die Meinung der Flugschrift von Georg Schmidt auffassen („Unsere Muttersprache als Waffe und Werkzeug des deutschen Gedankens", Diederichs, Jena M. 1.20): „es müsse die Kraft wirksam gemacht werden, die unserer Sprache und Kultur die Wege in die Welt ebnet und ihr Weltgeltung verschafft". Wir wollen so „jede deutsche Arbeit im Reich und unmittelbar alle Arbeit der Deutschen jenseits der Meere" auffassen", zu der Schmidt begeistert aufruft: „im Zusammenhang mit der Weltkultur unser Wesen bewußt zu machen und zu bereichern". Auch Dr. P. Rupert Hänni sieht in der Flugschrift „Die nationale Bedeutung der Antike und ihre Stellung im zukünftigen deutschen Bildungsideal" (Frankfurter Zeitgem. Brosch., Heft 2, Breer & Thiemann, Hamm, Westf. 50 Pf.) keinen Widerspruch „zwischen Humanismus und deutschem Nationalgefühl". Auch für ihn führt der Weg über Hellas und Rom zum wahren Deutschtum. „Den Strom der geistesgeschichtlichen Entwicklung wird keine Gegenströmung, auch der Germanistenverband nicht, rückwärts zu wenden vermögen. Das Erbe der deutschen Klassiker ist ein zu gefestigter Besitz geworden, als daß es durch die Flutwelle eines vermeintlichen reinen Deutschtums hinweggeschwemmt, oder auch nur in seinem Grundcharakter verändert werden könnte." Auch in der Zukunft soll „der junge Geist von den äußeren Merkmalen zur Erkenntnis der inneren Zusammenhänge fortschreiten, das ganze Gebiet der Kultur als ein organisches Ganzes überschauen." Aber auch Hänni verlangt zur Verwirklichung seiner Forderung statt „gelehrter Philosophen" „wahre Humanisten", Männer, die nicht in einseitigem Nationalismus befangen die Welt in den Kreis ihrer Betrachtung und ihres Urteils ziehen. Es ist kein Zufall, daß auch in den Kreisen der Studenten solche Anschauungen laut werden, wenn die Rede auf die Zukunft des Studententums kommt. So in der Schrift von Dr. Clemens Löffler „Unsere Studenten und unsere großen Kriege" (Frankfurter Zeitgem. Brosch., Heft 8. 50 Pf.), in welcher der Anteil der Studentenschaft an der kriegerischen und sozialen Arbeit während der letzten großen deutschen Kriege untersucht wird. Der Krieg, heißt es da, hat das akademische Gewissen wieder erweckt, „die Wertung des rein Geistigen, die Erkenntnis des Wertes und Sinnes des ganzen Lebens. Der Streber, der ohne rechts und links zu schauen und die Schönheit der Welt und des Lebens zu genießen, ohne die Welt und ihren Sinn kennen zu lernen und ohne das Erlebnis des geistigen Inhalts im Hintergrunde alles Lebens zu erfahren' einzig und allein auf das Examen als die Quelle eines Brotberufes hinstiert, der ist kein Akademiker, er ist vielleicht im besten Sinne ein fachmäßig Gebildeter, der nicht verdient, den Namen des Akademikers zu tragen ..." Es ist auch erfreulich, daß die Schule, die unter dem Zeichen Dürer steht, in ihrem ersten in Geist und Gesinnung hochstehenden Bericht („Dürerschule", Zeitschrift des Bundes Dürerschule, 1. Jahrg. 1916—1917, zur Frage des Nationalismus sich grundsätzlich so ausspricht: „Deutscher Geist, verschließe dich nicht den wirklichen Werten, die fremden Kulturen eigen sind; beschränkt und einseitig, unwissenschaftlich und schädlich wäre es, die Jugend ohne gründliche Kenntnis höchster geistiger Güter zu lassen, die in Vergangenheit und Gegenwart fremde Völker schufen."

Als Verfechter dieses überspannten Nationalgefühls treten zuletzt Rektor Hermann Kappert und Professor Dr. Budde auf. Rektor Kappert polemisiert in seiner Schrift „Einheitsschule und Mittelschule" (Hermann Schroedel, Halle, 1917) gegen Wilhelm von Humboldt, gegen den er folgendes „andere Bildungsziel" verficht: „An die Stelle der individuellen Kultur ist die Staatskultur, an die Stelle der Humanität das Nationalgefühl, an die Stelle des Weltbürgertums ist der Staatsbürger getreten. Möge in diesem Geiste unsere Schule und unser Volk einer großen und glücklichen Zukunft entgegengehen!" Professor Dr. Budde („Schulreform und Sprachunterricht", Jul. Belz, Langensalza) beruft sich auf Goethe, wenn er „das Problem der Schulreform" darin zu sehen vermeint, daß „unsere höheren Schulen aus Gelehrtenschulen in nationale Erziehungsanstalten" umgewandelt werden müssen. Es ist, so sagt Professor Dr. Budde, „ein hohes Ziel, das in Frage steht; da dürfen wir vor einem entschlossenen Bruch mit der Überlieferung nicht zurückschrecken. Er muß erfolgen auf dem Gebiete des Sprachunterrichts. Es überrascht nicht, daß durch solche Aussichten auch die Gegner der Lateinschule wieder mobil gemacht werden. Am energischsten und mit einem besonders weitschichtigen Fonds von Gründen tut es Oberlehrer Dr. Karl Ehrke in dem Buche „Lateinlose Schulen, Lateinlose Wissenschaft" (Marburg 1917, Verlag N. G. Elwert), das dazu helfen will, „unsere Jugend, unsere Schulen und unsere Wissenschaft von den altsprachlichen Banden zu befreien". Auch Professor Dr. Paul Schumann verführt übertriebener Nationalismus zum Angriff auf das humanistische Gymnasium („Deutschtum und Höhere Schulen, Verlag E. A. Koch, Dresden-Leipzig 1917, geh. M. 3.—.) Er stellt die Fragen: „Ist nicht gerade durch die griechisch-römische Bildung die Kluft zwischen höheren und niederen Ständen in das deutsche Volk gekommen? Wirkt nicht der frühzeitige Übergang von Schülern aus bessergestellten Familien in die lateinischen Gymnasien scharf trennend auf die großen Volksmassen und um so niederdrückender, weil sie darin ein Vorrecht des Besitzes sehen? Und eine Bildung, die so scharfe Klassenunterschiede schafft, soll deutsch-national

Digitized by Google

sein?" Werden aber gerade diese Mißstände durch eine deutsch orientierte höhere Schule beseitigt? Man bringt es in den Kreisen der deutschen Pädagogen schließlich sogar fertig, aus nationalen Gründen die Einheitsschule zu bekämpfen, die, aus den Lehren des Krieges erwachsen, die künstlichen und erzwungenen Unterschiede aufheben will, die das bisherige Schulsystem in der Erziehung für ein Alter machte, in der bei Kindern Unterschiede der Begabung und Anlagen noch gar nicht hervortreten. (Dr. G. Hoberg: „Die Einheitsschule", Caritas-Verlag, Freiburg i. Br. 1917; Albert Stohr, „Nationale Einheitsschule", Frankfurter Zeitgem. Brosch., Heft 7.)

Wir haben durch den Krieg für Einzelgebiete unserer Lehrtätigkeit neue Erkenntnisse gewonnen. Die wichtigste spricht Dr. Hans Osse in der Schrift „Politische Weltkunde" (Leipzig 1917, Chr. Herm. Tauchnitz, M. 2.50) aus, die mit dem Fach Erdkunde einen Unterricht in weltkundlichem Sinne geben will. Kein Unterricht verlangt so sehr nach Verlebendigung als der der Geographie. Die Vermittlung weltkundlicher Bildung kann man in der Tat mit dem Verfasser eine real gewordene Notwendigkeit nennen. Bruno Tanzmann gibt im Verlag der Wanderschriften-Zentrale, Hellerau-Dresden 1917, eine Denkschrift zur Begründung einer deutschen Volkshochschule heraus. Nach dem Vorbild der skandinavischen Anstalten wird die Hochschule als eine freie Bildungsanstalt gedacht, vom Staat unabhängig und nur subventioniert. Grundlage des Lehrsystems ist die Lebensgemeinschaft. Aufgenommen werden Deutsche im Alter von 18 bis 30 Jahren, die auf die Dauer des Studiums mit den Lehrern zusammenleben und eine Art Schulstaat bilden. Was wir für solche Einrichtungen außer von dem Norden von Amerika lernen können, lehrt uns jetzt das ausgezeichnete Buch des Professors Dr. Albrecht Penck, „U. S.-Amerika" (Engelhorn, Stuttgart). Der frühere Austauschprofessor schildert seine Eindrücke in Amerika. In Amerika sei der Lehrer nicht Autorität wie in Deutschland, sondern Mentor. Der Hochschulbetrieb stehe im Zeichen der Erziehung, nicht der Lehre. „Der Professor steht nicht wie bei uns dem Studenten als Meister gegenüber, sondern als wissenschaftlicher Erzieher zur Arbeit. Darum ist der Umgang zwischen Professoren und Studenten viel vertraulicher als bei uns. Die Grenze zwischen Lehrenden und Lernenden ist weniger scharf." „Nicht nur die regelmäßigen Lehrer einer bestimmten Universität wirken auf den Studierenden; überall bemüht man sich, dessen Interesse möglichst allseitig zu erwecken und die wenig entwickelte Freizügigkeit zu ersetzen dadurch, daß man fremde Gelehrte zum Wort kommen läßt." „Die Pflege der Erziehung paart sich auf den amerikanischen Universitäten mit der Sorge für gesundes Leben der Studierenden. Die Universität errichtet ihnen Dormitorien und Refektorien, stellt ihnen Klubräume zur Verfügung, wie für die geistige Ausbildung wird für den Körper gesorgt. Jede Universität hat ihre Turnhalle, die wie bei den Alten „Gymnasium" heißt. Nie bin ich in Amerika auf Gegner des Gymnasiums gestoßen, obwohl dort niemand für den Drill unserer Gymnasien Verständnis hat."

Ein Niederschlag der Lehre des Krieges ist auch die Schrift „Zeitfragen deutscher Nationalerziehung", die Georg Anschütz aus den nachgelassenen Schriften des Professors Ernst Neumann für Quelle & Meyer, Leipzig, zusammengestellt hat. Die Idee der Volkserziehung wird darin als eine der wesentlichen Aufgaben bezeichnet, die unsere Zeit uns aufgedrängt habe, und zu ihrer Förderung wird in erster Linie die Pflege richtigen wechselseitigen Verstehens verlangt. Vom nationalen Boden aus soll eine Angleichung an die Lehren erfolgen, die uns von draußen her zuteil werden können. Auch für die politische Erziehung, meint Neumann, können und müssen wir insbesondere von Amerika und England viel lernen, damit „die öffentliche Meinung eine wertvollere Macht im politischen Leben werde als sie es jetzt ist". Daß im neuen Deutschland freilich auch vieles anders werden muß, lehrt uns im großen und weiten eine Schrift, deren Inhalt der Vergangenheit angehört: Karl Lamprechts Rektoratserinnerungen. (F. A. Perthes, Gotha.) Schon Lamprecht entsprach dem Typus des Hochschullehrers, wie wir ihn in Zukunft brauchen. Schon er begriff die zunehmende Erstarrung des geistigen Lebens, die Verengerung des Horizonts, die Beziehungslosigkeit zwischen Studenten und Lehrern. Schon er wollte gegen die traditionelle Scholastik der Universitäten dem Leben zum Recht verhelfen. Nun lese man einmal die Erinnerungen Lamprechts daraufhin. Mit welchen Schwierigkeiten er als Rektor zu kämpfen hatte, um seinen Gedanken wenigstens die Verwirklichung zu verschaffen, die er in den Leipziger Forschungsinstituten gefunden hat. Dann begreift man, wie dringend not uns nicht nur der neue Geist, sondern auch ein neuer starker Wille tut, wenn die Zukunft anders aussehen soll, als die Vergangenheit ausgesehen hat.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

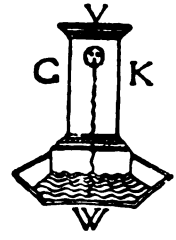
Hürbin, Deutschlands diplomatische Offensive gegen Frankreich 1073
Schrameier, Chinesische Finanzen 1078
Oppenheimer, Die russische Expansion und das Gesetz der Kapazität 1084
Rohrbach, Kapazität — Brutalität 1090
Muthesius, Das Reich und die Schule 1094
Notizen / Neuerscheinungen 1099

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 24. August 1917 Heft 34

Gustav Kiepenheuer-Verlag, Weimar-Berlin

Zu Goethes Geburtstag am 28. August



Reineke Fuchs

Mit 23 Vollholzschnitten und 31 Vignetten von Walter Klemm
Luxusausgabe: Ganzleder M. 200.—, Halbleder M. 35.—

Die Leiden des jungen Werther

Mit 4 Wiedergaben der Kupfer von Chodowiecki
Der Liebhaber-Bibliothek 26. Band. M. 1.50, M. 2.—, M. 4.—

Eckermann, Gespräche mit Goethe

Vollständige illustrierte Ausgabe. Halbperg. M. 8.—, Ganzl. M. 15.—
Herausgegeben von Dr. Hans T. Kroeber

Weimarische Interieurs aus der Goethezeit

von Wilhelm Wieger
16 ganzseitige Handzeichnungen. Geb. M. 6.—, Halbperg. M. 8.—

Johannes Höffner, Goethe und das Weimarer Hoftheater

Mit vielen Bildern damaliger Künstler nach alten Vorlagen und mit ausführlichem Text, der ein kulturgeschichtliches Bild des Weimarer Hoftheaters und des deutschen Theaters zur Goethezeit gibt. Geb. M. 2.—

Carl August von Weimar in seinen Briefen

Mit einem Bildnis. Herausgegeben von H. Wahl und D. Zenk
Der Liebhaber-Bibliothek 25. Band. M. 1.50, M. 2.—, M. 4.—

Damals in Weimar

Im Stile der Goethezeit gebd. M. 7.—
Halbpergamentband M. 10.—

Das Leben in Alt-Weimar

Im Stile der Goethezeit gebd. M. 8.—
Halbleder M. 12.—

Beide Bände mit 97 bezw. 80 Abbildungen nach alten Stichen, Radierungen, Handzeichnungen und Gemälden zusammengestellt und erläutert von Wilhelm Bode

---

Alle angeführten Bücher sind bei jeder guten Buchhandlung zu beziehen oder direkt von

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar

Digitized by Google

2. Jahrgang • 24. August 1917 • Heft 34

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Deutschlands diplomatische Offensive gegen Frankreich

Von Rudolf Hürbin, Aarau

Seit dem Ausbruch des Weltkrieges hat Deutschland den Westmächten gegenüber keinen so durchschlagenden politischen Erfolg erzielt wie durch die Rede, in der der neue deutsche Reichskanzler vor den deutschen Journalisten den französischen Imperialismus entlarvt hat. Vielleicht wäre die Wirkung dieser Rede noch tiefer gewesen, wenn Herr Michaelis den klassischen Satzbau der Bismarckschen Sprachkunst beherrschte oder wenn er die farbigere, klar und scharf geprägte Vortragsart Jakob Burckhardts sich zu eigen gemacht hätte. Allein trotz des verschnörkelten und schwerfälligen Beamtenstils war das Tatsachenmaterial der Rede derartig überzeugend und ihr offensiver Geist so niederschmetternd, daß die Wirkung der kurzen Rede nicht ausbleiben konnte. Niemals hat im Krieg unsere Schweiz eine deutsche Kanzlerrede mit so einmütiger Zustimmung aufgenommen. Im „Journal de Genève" schrieb William Martin: Die Enthüllungen des Reichskanzlers seien geschickt, besonders die Anspielung auf die Rolle Poincarés werde in Frankreich gehört werden. Das Vertrauen unter den Deputierten werde durch diese Indiskretion erschüttert. Sie könnte in Frankreich, Rußland und anderswo Verwirrung anrichten und für einige Augenblicke den Charakter und den Sinn des Krieges verdunkeln, sowie die pazifistische und deutsch-freundliche Propaganda ermutigen.

In der „Gazette de Lausanne" gestand Maurice Muret die Echtheit der Enthüllungen von Michaelis ein. Und die „Basler Nachrichten", die in der Ostschweiz die Interessen Frankreichs durch Hans Morf vertreten, schrieben: Daß die Mitteilungen des Reichskanzlers den Tatsachen entsprechen, werde man kaum in Zweifel ziehen können. Die Zeitung spricht die Vermutung aus, daß die Augen- und Ohrenzeugen einige französische Zimmerwalder seien, die mit der Politik der Regierung nicht einverstanden seien und dem Reichskanzler diese Mitteilungen haben zukommen lassen in der

Digitized by Google

Hoffnung und Erwartung, daß dadurch die Sache des Friedens gefördert werde. Das französisch-russische Abkommen werde in Rußland eine große Entrüstung auslösen und die abschätzigen Äußerungen Briands über das russische Volk würden böses Blut machen. Auch auf das französische und englische Volk könne die Wirkung nicht ausbleiben. Auch dürfe man sich fragen, ob es wirklich die Absicht Wilsons und des amerikanischen Volkes sei, daß amerikanische Bürger ihr Blut vergießen, um Frankreich Gebietserweiterungen zu verschaffen.

Ähnlich äußerte sich die „Zürcher Post". Und endlich äußerte sich das „Berner Intelligenzblatt" am 30. Juli unter der Überschrift „Französischer Imperialismus" folgendermaßen: „Die Enthüllungen des Reichskanzlers decken nun die Taten der französischen Geheimdiplomatie auf. Es sind schwere Anklagen gegen die Regierung, Poincaré und Briand sind vor dem neutralen Ausland, vor Amerika und vor dem eigenen Land, das sicher von solchen Annexionen nichts wissen will, schwer kompromittiert. Hat England, hat Italien etwas von diesem Vertrag gewußt und ihm zugestimmt? Wenn ja, müssen auch diesen beiden Staaten Konzessionen eingeräumt worden sein. Dann würde aber dieser Weltkrieg ein ganz anderes Gesicht auch in den Augen der französischen Sozialisten bekommen. Falls diese Enthüllungen des Reichskanzlers voll und ganz der Wahrheit entsprechen und ins französische Volk, in die Schützengräben dringen, so wird es mit dem Kriegswillen Frankreichs bergab gehen."

Nach dieser einmütigen Aufnahme der Enthüllungen des deutschen Kanzlers in der ganzen Schweiz sah man bei uns mit einer gewissen Spannung der Wirkung entgegen, die die Kanzlerrede in Frankreich auslösen würde. Der Wortlaut wurde im „Temps" vom 31. Juli abgedruckt. Schon dieser Abdruck ließ das böse Gewissen Frankreichs erkennen; denn das Pressebureau des Pariser Auswärtigen Amtes glaubte „im Interesse des Vaterlandes" folgende Abweichungen vornehmen zu müssen:

Dieser Vertrag sicherte Frankreich seine im Anschluß an frühere Eroberungskriege gezogenen Grenzen vom Jahre 1790 zu, also Elsaß-Lothringen, dazu das Saarbecken und weitgehende Gebietsveränderungen am linken Rheinufer, ganz nach Gutdünken Frankreichs.

Ce traité dont je viens de parler assurait à la France ses frontières de 1870, mais en les rectifiant par des lignes, qu' avaient établies les guerres de conquêtes antérieures, c'est à dire que la France aurait, an dehors de l'Alsace-Lorraine, le bassin de la Sarre et de vastes modifications territoriales sur la rive gauche du Rhin.

Es ließ ferner aus den gleichen Befürchtungen, daß Bestürzung im Lande entstehen könnte, folgenden Satz vorsichtigerweise ganz aus:

Digitized by Google

Man möge bedenken, daß die russische Revolution mit französischem Blute erkauft worden sei.

Die Presse der Rechten, d. h. die Zeitungen der Klerikalen, Monarchisten und des rechten Flügels der Radikalsozialisten, die alle seit Kriegsbeginn für die Rückgewinnung Elsaß-Lothringens und für die Einverleibung der deutschen Rheinprovinzen in Frankreich eingetreten sind, veröffentlichten die Kanzlerrede kommentarlos nur in einem kurzen Havas-Auszug, in dem die wesentlichsten Enthüllungen wohlweislich fehlten, erhoben aber dagegen, wie ertappte Verbrecher das häufig in blinder Wut zu tun pflegen, Gegenbeschuldigungen. „Journal des Débats" und „Petit Parisien" brachten längere Auszüge, ließen sich aber im allgemeinen von ähnlichen Zornesausbrüchen zu ähnlichen Gegenbeschuldigungen hinreißen. Dem „Matin", der die Rede in großer Aufmachung auf der ersten Seite veröffentlicht hatte, entschlüpfte das zynische Geständnis: Wir haben gewiß an das linke Rheinufer gedacht, das wird kein Mensch bezweifeln. Wir wollten es aber nicht um unserer selbst willen, sondern um unsere ehr- und bewunderungswürdigen kleinen Nachbarn vor den fürchterlichen Deutschen zu schützen.

Das war der erste Niederschlag der Kanzlerrede in Frankreich: Verlegenes Schweigen in den Kreisen der ertappten Imperialisten, wutschnaubendes Geschimpfe in den Regierungsblättern und offene Geständnisse von den politischen Zynikern.

Konnte man eine andere Wirkung in einem Lande erwarten, dessen politische Führer im Laufe des Krieges erklärt haben: „Ich fordere, daß die französischen Grenzen bis zum Rhein und bis an die Mosel gehen, und daß wir einen Präfekten der Republik in Koblenz amtieren sehen." (Der frühere Ministerpräsident Charles Dupuy.) Und: „Der gegenwärtige Krieg hat klar erwiesen, daß Ströme die wahren und sichersten Stützpunkte der Verteidigung sind. Mögen also Rhein und Mosel am Schutze Frankreichs teilnehmen! Solche Grenzen werden die Nation wirksam gegen Angriffe schützen, deren letzter der von 1914 gewesen sein muß, und sie werden ihre Unabhängigkeit sichern, indem sie ihr die für die freie Entwicklung seiner Industrie notwendigen und für die Landesverteidigung entscheidenden Rohmaterialien wiedergeben." (Abgeordneter Fernand Engerand.)

Der bekannte Romanschriftsteller René Bazin, der der französischen Akademie angehört, verlangt gleichfalls die Rheingrenze: „Die linksrheinischen Provinzen sind sämtlich uns bestimmt," schreibt er. (Ich zitiere nach der eben erschienenen Arbeit „Französische Kulturträger im Dienste der Völkerverhetzung" von Joachim Kühn, Jena 1917, Seite 12.) „Wenn uns das Elsaß und Lothringen von Natur gehören, so sind wir auch zum Besitz der Pfalz berechtigt, die eine Fortsetzung des heutigen Reichslandes bildet. Ein Frankreich, das sich im Norden bis zur Mosel erstreckte, Landau, Speyer, Mainz, Trier einbezöge und längs des Rheins von einem vergrößerten Belgien fortgesetzt würde, hätte nach dem Kriege, der die Karte Europas umgestalten

Digitized by Google

wird, nichts Unnatürliches, und ebensowenig würde sich ein geographischer Widersinn ergeben."

Diese Eroberungsgelüste von französischen Parlamentariern, Schriftstellern und Regierungsvertretern hat sich die französische Regierung zu eigen gemacht, wie wir Schweizer zuerst aus der „Berner Tagwacht" erfuhren und wie die ganze Welt durch die Enthüllungen des deutschen Reichskanzlers erfahren hat. Die Verwirrung, die diese Enthüllungen in der französischen Presse angerichtet haben, verschwindet hinter der Verwirrung, die diese Enthüllungen im französischen Parlament hervorgerufen haben, die nur infolge der Charakterlosigkeit und der Feigheit der französischen Radikalen nicht in eine Katastrophe ausartete. „Seit der Dreyfus-Affäre", schrieb mir ein französisches Parlamentsmitglied, dessen Namen ich natürlich gegenwärtig nicht nennen darf, „haben wir nicht eine derart stürmische Sitzung erlebt, wie diejenige vom 31. Juli, in der die Reinigung der politischen Atmosphäre geglückt wäre, wenn der linke Flügel der Radikalen nicht im letzten Augenblick abgeschwenkt wäre und noch einmal für die Regierung gestimmt hätte. Noch einmal. Ich hoffe, ich glaube zum letztenmal. Es war ein Pyrrhus-Sieg, den Poincaré und seine Strohmänner am 31. Juli erfochten haben. Sie wissen es selbst, daß die Stunde ihres Gerichtes naht. In Paris, in allen größeren Städten und auf dem Lande hat die Friedensbewegung eine derartige Ausdehnung gewonnen, daß Poincaré sich nicht mehr lange wird halten können. Mag er in letzter Verzweiflung die Diktatur gegen uns aufbieten und uns als Landesverräter und deutsche Agenten beschimpfen, es wird ihm nichts nützen. Wir schreiten von Erfolg zu Erfolg. Er und seine Horde kämpfen, wie Charles Peguy einst von den Antidreyfusards sagte, für ihr kleines, zeitliches Wohl, und wir für das ewige Heil Frankreichs. Und schon jetzt künden sich unsere Erfolge an: der kriegsfeindliche Roman von Henri Barbusse ist in über 100000 Exemplaren verbreitet und seine Wirkung nicht mehr einzudämmen. Marcelle Capys kriegsfeindliche Skizzensammlung hat eine Auflage von 40000 erreicht und über 12 kriegsfeindliche Zeitschriften sind in den letzten vier Monaten gegründet worden. Und wenn Herr Poincaré seine Spitzel und Zensoren verdoppelt und verdreifacht, er wird unsere Bewegung nicht mehr eindämmen. Sie hat schon die Front gewonnen, wohin die Urlauber mit den Rufen zurückkehren: ‚Vers la boucherie! Vive la Révolution! A bas Poincaré!'[1] Angesichts aller dieser Tatsachen war unsere Kammertagung vom 31. Juli eine Schande, nicht in dem Sinne, wie die Heimkrieger Barrès, Maurras und Daudet es meinen, sondern in dem Sinne, daß sich Franzosen finden, die es wagen, angesichts unserer gewaltigen Blutopfer, angesichts der allgemeinen Kriegsmüdigkeit im Lande und an der Front unsere in der Front stehenden Familienväter, angesichts der zahllosen und berechtigten Meutereien immer weiter in das Gemetzel hineinzupeitschen." . . .

Dem Brief dieses französischen Parlamentariers lag ein Bericht jener Kammerverhandlung bei, in dem er mich vornehmlich auf folgende Äußerungen aufmerksam machte:

[1] Nach dem Schlachthaus! Es lebe die Revolution! Nieder mit Poincaré!

Digitized by Google

1. Sachin forderte Ribot auf, unzweideutig zu erklären, ob nichts übrig geblieben sei von den im letzten Februar in Petersburg gepflogenen Verhandlungen, gegen Ende der zaristischen Regierung.

(Zwischenruf von Delaye: So spricht Michaelis!)

Ribot verweigerte die Antwort.

2. Ribot sagte: Es ist in der Tat möglich, daß Franzosen gewollt haben, daß sie selbst zu dieser Stunde versuchen wollen, das linke Rheinufer zu erobern. Sie wollen, daß ich denen Stillschweigen gebiete und daß ich ihnen gegenüber härter und kraftvoller auftrete als die deutsche Regierung gegenüber den Alldeutschen.

Seit drei Jahren forderten „Action française", „Croix", „Rappel" und „Victoire" täglich das linke Rheinufer, ein Gebiet, das zu erobern ihre militärische Kraft nicht ausreichte, während die Alldeutschen nur gelegentlich erörtert haben, ob die durch die deutsche militärische Kraft eroberten Gebiete annektiert werden sollen. Daß die deutsche Regierung diesen privaten Erörterungen fernsteht, beweist ja gerade die Rede des Kanzlers und die Resolution des Reichstages.

3. Zwischenruf von Moutet: Sie fördern das Manöver von Michaelis.

Ribot: Was ich gesagt habe, muß genügen; aber etwas gilt mehr als das Wort eines Ministers des Äußeren und zwar die Abstimmung, die Sie am 5. Juni gegeben haben. Es existiert die Tagesordnung, durch die Sie bestätigt haben, daß Sie die Rückgabe Elsaß-Lothringens fordern. Sie haben in dieser Tagesordnung noch mehr gesagt, daß Sie Garantien für einen dauernden Frieden wünschen, daß Sie den nur erzielen können nach Niederwerfung des preußischen Militarismus. (Beifall.) Das haben Sie gesagt. Wie ist diese Tagesordnung zustande gekommen, Herr Renaudel? Sie haben sie diskutiert, alle Parteien haben sie angenommen, Sie haben sie angenommen!

Mehrere Mitglieder der sozialistischen Partei: Nein.

Ribot: Sie haben sie angenommen, Herr Renaudel, auf die dringende Bitte, die ich an Sie gerichtet habe. Bedauern Sie das?

Ribot versuchte, seine Hände in Unschuld zu waschen und bemühte sich, durch diesen teuflischen Schachzug die ganze Verantwortung auf diejenigen abzuwälzen, deren Schwäche er durch seine Überredungskunst für sich gewonnen hatte.

Das Vertrauensvotum ist ein Zeichen der Charakterlosigkeit und der Feigheit der radikalen und sozialistischen Parteien, die nicht wagt, sich für ihre oppositionelle Meinung einzusetzen, die nur oppositionelle Reden hält, aber nicht oppositionell aufzutreten wagt.

4. findet sich im „Homme ench." vom 2. August folgendes Geständnis von Clémenceau: Die einfache Tatsache, daß Ribot nur nötig gehabt hat, seine früheren Worte ins Gedächtnis zu rufen, die in der einmütig angenommenen Tagesordnung der beiden Kammern enthalten sind, genügt, um die Überflüssigkeit seines Protestes für jeden aufrichtigen Menschen zu beweisen. Es ist möglich, daß die hohen Persönlichkeiten, welche Doumergue dem Zaren eiligst geschickt haben, Vorschläge gemacht haben, die die Nationalvertretung niemals gebilligt, ja nicht einmal gekannt hat. Uns sind diese Klatschereien unbekannt. Unser Parlament hat vor Europa alle Verantwortlichkeiten übernommen und wird sie aufrecht erhalten können.

Digitized by Google

Chinesische Finanzen

Von Dr. Wilh. Schrameier

Englische und französische den betreffenden Regierungen nahestehende Zeitungen in China weisen einmütig auf die schwierige Lage der chinesischen Finanzen hin. Es geschieht in demselben Augenblicke, wo der chinesischen Regierung als Wirkung eines Anschlusses an die Entente die Befreiung von der Zinszahlung auf die Deutschland geschuldeten Summen in den leuchtendsten Farben geschildert wird. Die „North-China Daily News" sprechen von einem finanziellen Chaos, schlimmer als je zuvor, und das „Echo de Chine" sucht die von dem Internationalen Syndikat, hinter dem die Regierungen der vertretenen Banken, also auch Großbritannien und Frankreich, stehen, geplante Anleihe zu diskreditieren[1], indem es vor einem Ankauf chinesischer Schuldverschreibungen warnt. Dunkel deutet das Blatt auf den letzten Ausweg für China hin. „Reich, wie das Land ist," so schreibt es, „könnte es, wenn es eine starke und kräftige Regierung, geschickte Minister und Beamte von musterhafter Ehrlichkeit hätte, mit einem Schlage seine finanziellen Verpflichtungen loswerden. China steht an einem Scheidewege, einem der wichtigsten in seiner Geschichte. Zwei Wege stehen ihm offen. Einer führt zur sofortigen Befreiung von allen finanziellen Verpflichtungen, der andere zur Kontrolle durch das Ausland. Welchen wird es wählen? Hoffen wir, daß die Leiter ein klares Verständnis für die Zukunft des Landes haben, die an erster Stelle von der Regierung abhängt."

Das ist der Ton, der in unendlichen Variationen[2] dem Chinesen aus der ausländischen Presse seines Landes entgegenschallt. Dabei ist weder Frankreich noch England in der Lage, China weitere Vorschüsse zu geben; die einzige Macht, die bis vor kurzem größere Mittel dem Lande hätte zur Verfügung stellen können, Amerika, hat sich durch Anschluß an die Entente dieser Möglichkeit zum weitaus größten Teile begeben. Nur Japan käme noch in Frage; doch weder läßt der Umfang der japanischen Rüstungsvorbereitungen eine wirksame Unterstützung Chinas zu, noch werden die dem Mikado verbündeten Mächte gelassen einer Stärkung der chinesischen Finanzen durch Japan, die ihm politische Vorteile sichern würde, zusehen.

Über die Drohung ist kein weiteres Wort zu verlieren. Wie aber steht es mit der Verheißung, falls China sich tatsächlich der Entente verschreibt? Hängt Chinas finanzielle Selbständigkeit von seinem Eintritt in den Krieg ab? Zunächst würde in diesem Falle die Verzinsung der Deutschland geschuldeten Beiträge fortfallen. Chinas Staatsschuld an das Ausland beträgt 171 906 000 £. Hiervon entfallen auf die Zentralregierung 157 617 000 £, auf die Provinzialregierungen 14 289 000 £. Deutschland ist an den ersteren mit 29 706 000, an den letzteren mit 1 600 000 £ beteiligt, also im ganzen nur mit etwa 18 Proz. Bereits im vorigen Jahre hat das Deutsche Banksyndikat seine Zustimmung dazu gegeben, daß die Zinsen aus diesen Beträgen in eine

[1] diskreditieren = in übeln Ruf bringen. [2] Variation = Abänderung.

Digitized by Google

neue Anleihe von erheblicher Höhe an China umgewandelt werden; mit Rücksicht auf die Lage der Dinge würde es ohne Zweifel im Bedarfsfalle in eine Erhöhung des neuen Anleihebetrages willigen. Die Kriegserklärung würde also in dieser Hinsicht keine Besserung bringen, geschweige denn eine Rettung aus allen Finanzsorgen, wie das französische Blatt in Aussicht stellt. Wollen denn die anderen Mächte auf ihren Anteil verzichten? Als Belohnung für eine Teilnahme Chinas am Kriege haben sie sich mit einer Stundung der fälligen Zinsen einverstanden erklärt, nicht aber mit deren Erlaß. China würde also zeitweilig die gleiche Erleichterung von ihnen erfahren, die es seit langem von Deutschland — und zwar bedingungslos — genießt. Die Zinsen würden in eine neue Schuld umgewandelt werden, die nach einigen Jahren abgetragen werden müßte; eine Befreiung aus allen finanziellen Verpflichtungen wäre also keineswegs damit verknüpft.

Als weitere Erleichterung haben die Verbandsmächte im Falle der Aufgabe der Neutralität Chinas sich zu einer Erhöhung des Zolltarifs bereit erklärt. Der vertragsmäßig festgelegte Tarif ist ein 5prozentiger Wertzoll. Nach Umwandlung des ursprünglichen Werttarifes in spezifische Zölle auf der Grundlage von 5 Proz. bleiben infolge des Fallens der Silberkurse die Erträgnisse vielfach hinter den vereinbarten und erwarteten zurück. Von Zeit zu Zeit ist deshalb eine Anpassung der spezifischen Zölle an die realen Kursverhältnisse erforderlich. Eine solche war zuletzt nach den Boxerwirren erfolgt, und bereits im Frühjahr 1914 hatte Deutschland sich zu einer Revision des Zolltarifs bereit erklärt. Es war sogar weiter gegangen und hatte seine grundsätzliche Zustimmung zu der seit dem englischen Handelsvertrage von 1904 allgemein angestrebten Zollerhöhung auf 7½ Proz. unter der Bedingung des Fortfalls der Inlandzölle (Likin) erteilt. Auch diese Frage ist in letzter Zeit wieder in Fluß gekommen. Am 15. Dezember v. J. meldete der „Ostasiatische Lloyd", daß das Ministerium für Handel und Industrie beim Auswärtigen Amte angeregt habe, diese Erhöhung der Seezollabgaben unter Abschaffung des Likin von neuem dem Diplomatischen Korps vorzuschlagen. China legte Wert darauf, bekannt zu geben, daß diese Revision seiner eigenen Anregung entspringe und nicht zu den Bedingungen gehöre, unter denen es dem Verbande gegebenenfalls beitrete. England war bereit, nach Besprechung mit seinen Verbündeten der Anregung zu folgen, ebenso Frankreich; auch Rußlands Zustimmung war nicht zweifelhaft. Nur Japan machte Schwierigkeiten. In der Genugtuung, die es nun einmal darüber empfindet, seinen Verbündeten in China hinderlich zu sein, sah es voraus, daß die Revision eine Förderung der chinesischen Baumwollindustrie zur Folge haben und dadurch japanische Interessen schädigen würde. Deshalb bestand es im Falle einer Berücksichtigung des chinesischen Wunsches auf eine Entschädigung für alle etwa entstehenden Verluste und Nachteile. Bis jetzt erscheint also die Lösung der Frage wenig aussichtsreich. Vielmehr zeigt sich, daß die wachsenden Interessen der verschiedenen Mächte einer Ein-

Digitized by Google

heitlichkeit des Zolltarifs im Wege stehen. Die Zeit wird nicht fern sein, wo jedes Land seine eigenen Handelsverträge ohne Rücksicht auf andere mit China schließt und die Meistbegünstigungsklausel fallen läßt. Je eher und gründlicher Deutschland sich darauf einstellt, einen um so größeren Dienst wird es sich und China in Zukunft erweisen.

Wie steht es denn nun mit der Befreiung von allen finanziellen Verpflichtungen, die die Ententepresse großmütig China für seine Neutralitätsaufgabe vormalt? Mit ziemlicher Gewißheit läßt sich annehmen, daß die Zinsen der fälligen Anleihen und Vorschüsse für einige Zeit gestundet, nicht niedergeschlagen werden. Dagegen wird sich eine Einigung über die gewünschte Tarifrevision und damit eine Stärkung der chinesischen Finanzen während der Kriegsdauer kaum herbeiführen lassen; ebensowenig kann China damit rechnen, daß die in den Krieg verwickelten Völker ihm zur Lösung seiner Verwaltungsaufgaben weitere Mittel borgen. Die finanziellen Vorteile sind also verschwindend und die Versprechungen erweisen sich als nichtig. Chinas Lage bleibt die gleiche wie früher, und ebensowenig wie bisher ein Grund vorlag, China unter die Finanzaufsicht des Auslandes zu stellen, erscheint die Drohung zurzeit berechtigt. Nur während der kurzen Periode der ersten Revolution hat der chinesische Schuldendienst versagt. Seither ist China allen Ansprüchen des Auslandes gerecht geworden; daß darin eine Änderung eintreten sollte, ist nur zu befürchten, wenn die Machinationen[1] der Mächte das Land von neuem in eine Verzweiflungslage versetzen. Gerade die wichtigsten Einnahmequellen des Reiches hatten sich im letzten Jahre wesentlich gebessert. Der 1916 an die Banken der Finanzgruppe ausgezahlte Reinertag der Salzzölle betrug 72 440 559 Dollar gegen 69 277 536 Dollar im Jahre 1915. Nach Bestreitung aller damit zusammenhängenden Verpflichtungen stellte sich der an die chinesische Regierung ausgezahlte Überschuß auf 52 226 000 Dollar. Ebenso stiegen die Einnahmen der Seezölle im Jahre 1916 auf 52 850 000 Dollar von 51 445 800 Dollar im Jahre 1915. Wenn auch Chinas Finanzlage fern von rosig ist, so läßt sich die Androhung einer Finanzkontrolle, solange die Regierung allen Verpflichtungen gewissenhaft nachkommt, nur als frivol bezeichnen.

Seit dem Ausgang der Mandschuzeit arbeitet die chinesische Regierung an der Aufgabe, das Finanzwesen zu modernisieren und eine genauere Kontrolle zu ermöglichen, aber bis jetzt sind die Versuche gescheitert. Die Aufgabe war um so verwickelter, als die wiederholten Revolutionen alle Pläne und Berechnungen über den Haufen warfen. Der Reichshaushaltsplan der Mandschuregierung schloß für das Jahr 1911 mit einem Überschuß von etwa 4,8 Millionen Dollar ab; durch Ausbruch der Revolution verwandelte sich der Überschuß in ein Defizit von 322 Millionen Dollar. Insgesamt ergab sich bis zum Jahre 1913, als einigermaßen geordnete Verhältnisse wiederkehrten, ein Nettofehlbetrag von 1036 Millionen Dollar. Auch die Unruhen

[1] Machinationen = Ränke.

Digitized by Google

während der Jahre 1913 und 1916 verschlangen große Summen, insbesondere vereitelten sie die Bemühungen, die vielen Söldnerhaufen, die sich um die Führer der Revolution geschart hatten und auf Staatskosten lebten, wieder loszuwerden. Jeder Versuch, diese Massen abzulohnen und zu entlassen, führte zu Ausschreitungen, so daß die Regierung gezwungen war, das Übel weiterzuschleppen. Die Ausgaben für Militär allein betragen in diesem Jahre über die Hälfte der Gesamtausgaben. Für Hebung der Industrie, Entwicklung des Handels und Ausbau der Eisenbahnen ist nur geringe Vorsorge getroffen. Schul- und Justizreform kommen aus Mangel an Mitteln nicht von der Stelle. Die Ausgaben müssen sich eben nach den Einnahmen richten, da es in China bis jetzt nicht möglich ist, die Einnahmen, wie es in jedem geordneten Staatswesen der Fall sein sollte, auf die Ausgaben zuzuschneiden. Weitere Einnahmequellen würden die Erhöhung des Zolltarifes und eine Reform der Grundsteuergesetze erschließen. Die erste bedarf der Zustimmung aller Vertragsmächte; die zweite ist, so oft sie versucht wurde, an dem Widerstande der Bevölkerung zusammengebrochen. Um neue Steuern auszuschreiben, gebricht es der Regierung im allgemeinen an Einfluß und Ansehen.

Somit ist China vorläufig auf eine weitgehende Anleihewirtschaft angewiesen. Inneren Anleihen steht durchweg das Mißtrauen des Volkes gegen die Regierung im Wege. Die Beiträge, die auf diese Weise zusammengekommen sind, sind verschwindend. Ausländer haben sich bis jetzt weniger zurückhaltend gezeigt; die Bedingungen, unter denen die Anleihen erfolgten, griffen jedoch in die Hoheit des chinesischen Reiches ein und gewährten dem Auslande neben reichlicher Verzinsung und vorteilhaften Ausgabekursen eine Kontrolle über die Einrichtungen, Anlagen und natürlichen Reichtümer des Landes.

Besonders blühte das Anleihewesen während der Revolutionsjahre. Da war kaum eine Provinz oder ein General, der sich nicht bemüht hätte, gegen Verpfändung irgendeines Besitzstückes der Regierung sich bares Geld zu verschaffen; sogar die Pekinger Universität versuchte im November 1912 auf diesem Wege sich über Wasser zu halten. Ausländische Geldgeber beeilten sich, allen Wünschen entgegenzukommen. Die fünfprozentige Staatsanleihe zu Reorganisationszwecken im Nennbetrage von 25 Millionen Pfd. Sterl. vom 26. April 1913, die letzte größeren Stils, die China vom Auslande erhielt, kam durch eine internationale Bankgruppe, das sogenannte Fünfmächtesyndikat, unter Beteiligung von England, Frankreich, Deutschland, Rußland und Japan zustande. Ursprünglich sollten die beteiligten Nationen 5 Millionen Pfd. Sterl. aufbringen; da Japan kein Geld hatte, wurde der Betrag so verteilt, daß England und Frankreich je 7 416 680 £, Deutschland 6 000 000, Rußland 2 777 773 und Belgien 1 388 887 £ übernahmen. Aus finanziellen Gründen hatte ein amerikanisches Konsortium sich anfangs angeschlossen und auch die Aufnahme von Rußland und Japan in das Syndikat angeregt. Als die politischen Nebenabsichten der

Digitized by Google

letzteren im Laufe der Verhandlungen klarer zutage traten und die wahren Zwecke des Finanzgeschäfts durch den Einspruch des französischen Gesandten enthüllt wurden, erklärte Präsident Wilson eine Anleihe nicht unterstützen zu können, deren Bedingungen in die Unabhängigkeit der Verwaltung Chinas eingriffen und in Zukunft möglicherweise zu einer gewaltsamen Einmischung in die finanziellen und politischen Verhältnisse der chinesischen Regierung führen könnten.

Der Austritt der amerikanischen Banken vollzog sich ohne besondere Störung, denn die anderen Mächte waren nur zu gern bereit, deren Anteil zu übernehmen. Eine Änderung brachte der europäische Krieg, in den alle dem Konsortium angehörenden Länder verwickelt waren. Allmählich floß das Gold von Europa in amerikanische Banken und machte Amerika zum alleinigen Geldgeber der Welt. China wandte sich, als das Fünfmächtesyndikat versagte, in seiner Bedrängnis an die amerikanische Bankgruppe in New York. Diese aber hielt sich unter Hinweis auf die Erklärung Wilsons zurück. Dem Einflusse der amerikanischen Regierung gelang es, eine vom Syndikat unabhängige Firma, das Bankhaus Lee, Higginson & Co., zu einem Vorschuß von 5 Millionen Golddollar an China zu veranlassen. Noch ehe der Betrag ausgehändigt war, brach die Empörung gegen Yuanschi-k'ai aus; nur 1 Million Golddollar blieb in Chinas Händen. Später verständigte sich das Bankhaus mit dem New Yorker Konsortium, und man hörte nichts mehr von ihm, obwohl Lee, Higginson & Co. die Option für weitere 25 bis 50 Millionen Dollar gegen das Versprechen der Verpfändung der chinesischen Grundsteuer hatten.

Nach seiner Wiederwahl beschäftigte sich Wilson lebhafter mit der Neuanknüpfung finanzieller Beziehungen zu China und der Stärkung amerikanischen Einflusses auf dem chinesischen Markte. Durch Vermittlung des Washingtoner Staatsdepartements gelang es der chinesischen Regierung, für ihre dringenden Augenblicksbedürfnisse mit der Chicagoer Continental and Commercial Bank Mitte November 1916 eine kurzfristige Anleihe von 5 Millionen Golddollar unter Zusicherung der Option auf ein weiteres Vorschußgeschäft von 25 Millionen Golddollar zu schließen. Dagegen protestierte das Internationale Syndikat, indem es sich auf Art. XVII des Reorganisationsanleihevertrages[1] berief, der den Syndikatsbanken die erste Option[2] bei künftigen Verwaltungsanleihen Chinas sicherte. Die chinesische Regierung hatte die Ausrede, daß nach dem formellen Ausschluß Deutschlands aus der Gruppe das Syndikat für sie nicht mehr bestehe, und da dieses außerdem ihr keine Hilfe gewähre, sie genötigt sei, sich in den Vereinigten Staaten umzusehen. Sie konnte sich weiter darauf berufen, daß in dem mit der Chicagoer Bank abgeschlossenen Vertrag es sich um eine Industrie-, nicht um eine Verwaltungsanleihe handle.

Angelockt durch das Angebot einer Verpfändung der Grundsteuer, das weite Ausblicke auf eine politische Einmischung in die innerchinesischen Verhältnisse eröffnete,

[1] Reorganisation = Neugestaltung. [2] Option = Wahl.

Digitized by Google

versuchte Japan mit allen Kräften, das Internationale Syndikat China wieder zuzuführen. Es erbot sich, durch dessen Vermittlung 10 Millionen Dollar sofort China auszuzahlen, damit die Regierung an das Syndikat gebunden bleibe, bis entweder das amerikanische Konsortium der Gruppe wieder beitrete oder sich eine andere Lösung ergebe. Obwohl das Angebot keine Annahme erhielt, wurden die Anleiheverhandlungen fortgesetzt und zuletzt nach London übertragen. Hier fanden am 30. Januar 1917 Besprechungen zwischen den Vertretern der verschiedenen an dem Syndikate beteiligten Länder mit Ausnahme Deutschlands statt, deren Ergebnis nach japanischen Quellen ein Beschluß war, die amerikanische Gruppe aufzufordern, wieder dem Syndikate beizutreten, China 50 bis 100 Millionen Golddollar, die von Japan und Amerika gemeinsam aufzubringen seien, vorzuschießen und neben dem noch nicht verpfändeten Reste der Salzeinnahmen die Grundsteuer als Sicherheit zu fordern. Japan bestand außerdem im Zusammenhang mit der Anleihe darauf, die größte Anzahl Berater zum Zwecke der Grundsteuerreform China zu stellen.

Ob China sich damit einverstanden erklärt haben würde, trotz seiner Verlegenheit Japaner als offizielle Berater bei der Grundsteuerreform anzuerkennen, steht dahin; die Bemühungen sind durch die Erklärung des amerikanischen Staatsdepartements vom März d. J. überholt. Das Departement hält an seiner Stellung fest, keine amerikanische Beteiligung an Anleihen zu unterstützen, soweit diese von solchen auswärtigen Banken ausgegeben werden sollen, die in Verbindung mit ihren Regierungen stehen und politische und finanzielle Zwecke verfolgen. Wilson beabsichtigt offenbar, nur unabhängige Geschäfte zwischen amerikanischen Banken und China zu begünstigen und die Chicagoer Bank gegen die Rivalität der New Yorker Gruppe zu halten. Ob Lansings ausdrückliche Zusicherung an die Continental and Commercial Bank, daß die Politik des Staatsdepartements darin bestehe, allen gesetzmäßigen Unternehmungen amerikanischer Bürger im Auslande den nötigen diplomatischen Schutz und die gewünschte Unterstützung zuteil werden zu lassen, unter allen Umständen die politische Einmischung der Regierung unnötig macht, mag unerörtert bleiben.

Nun scheint durch Amerikas Eintritt in den Krieg China auch die Aussicht auf Hilfe von dieser Seite zu schwinden. In seiner Notlage suchte es Japans Hilfe. Gegen Verpfändung von wertvollen Bergwerksrechten erhielt es von der japanischen Industrial and Development Company kurzfristige Vorschüsse von 5 Millionen Dollar. Die weitere Hergabe von 80 Millionen Dollar wurde in Aussicht gestellt. Indes fand das Abkommen wegen der allzu harten Bedingungen nicht die Genehmigung des chinesischen Parlaments. An Stelle der nicht bewilligten Bergbaugerechtsame erbat die japanische Gesellschaft die Erlaubnis, 60 000 Tonnen Kupfermünzen im Lande aufzukaufen, einzuschmelzen und auszuführen. Auch dieser Abmachung versagte das Parlament die Genehmigung.

Digitized by Google

Daß die Regierung selbst die Lage durchaus optimistisch beurteilt, zeigt sich darin, daß sie von neuem zu dem Mittel griff, innere Anleihen auszuschreiben. Nicht nur von einer, sondern von dreien zugleich ist die Rede. Der Verkehrsminister will eine innere Anleihe von 200 Millionen Dollar unterbringen. Die Bedingungen sind 6 Proz. Zinsen und Ausgabekurs 94. Die Anleihe soll in vier Serien auf den Markt gelegt werden; die erste Ausgabe von 50 Millionen Dollar war für den 1. März geplant, der Rest sollte folgen. Zu gleicher Zeit lud das Finanzministerium zur Zeichnung auf 50 Millionen Dollar zu Verwaltungszwecken ein, Zinsfuß ebenfalls 6 Proz., Ausgabekurs 95. Daneben beabsichtigte die Hsin Hua-Bank am 1. Januar im Auftrage der Regierung die zweite Reihe auslosbarer Schatzscheine für 10 Millionen Dollar auf den Markt zu werfen. Auch das Ministerium für Handel, Industrie und Ackerbau ging mit dem Gedanken der Ausgabe auslosbarer Industriescheine im Betrage von 10 Millionen Dollar während des Juli um. Schließlich heißt es, daß das Marineministerium sich aus einer inneren Anleihe von 20 Millionen Dollar die nötigen Mittel zum Flottenbau verschaffen will. Über den Zeitpunkt steht allerdings noch nichts fest.

Im ganzen handelt es sich um 290 Millionen mexikanischer Dollar. Nicht viel für ein finanziell gesundes Land, wie China trotz aller Schwäche bisher genannt werden mußte. Zu viel nur für ein Volk, das mitten in der Reform der wichtigsten Verwaltungszweige stecken bleibt und sich in inneren Kämpfen aufreibt. Wilsons Note hat den Verbandsmächten die Genugtuung bereitet, Chinas gesunde Entwicklung um Jahrzehnte zurückzuwerfen.

Die russische Expansion[1] und das Gesetz der Kapazität[2]

Von Prof. Dr. Franz Oppenheimer

Es sei mir gestattet zu dem Briefe des Herrn Dr. Paul Rohrbach an Loewe in Heft 25 dieser Zeitschrift das Wort zu nehmen.

R. glaubt, daß das großrussische Bauerntum selbst nach Aufteilung des gesamten Großgrundeigentums des Adels, der Krone, des Staates und der Kirche dennoch in allerkürzester Zeit, „nicht in 50, auch nicht in 20 Jahren, sondern sehr viel schneller" seinen Bodenspielraum voll besetzt haben und dann mit äußerster Kraft nach Westen, in das Gebiet der jetzt Rußland untertanen „Fremdstämmigen", und weiterhin gegen Deutschland drücken würde.

Ich bin aus verschiedenen Gründen anderer Meinung:

Erstens rechnet R. nicht mit dem nach allen Nachrichten ganz ungeheuerlichen Verlust an russischen Wehrmännern, die ja ganz überwiegend dem Bauernstande angehören, und an Mitgliedern der Zivilbevölkerung, die dem Hunger und den Seuchen

[1] Expansion — hier etwa „Ausdehnungsdrang".

[2] Kapazität = Fähigkeit, etwas in sich aufzunehmen.

Digitized by Google

zum Opfer gefallen sind. Ein Gesamtausfall von allerwenigstens sechs bis vielleicht zehn Millionen Männern aus der Reihe der vollwertigen Agrarproduzenten darf angenommen werden.

Zweitens erscheinen mir die Ziffern über Bodengröße und Bodenbedarf, die R. nach russischen Autoritäten anführt, „hinreichend verdächtig".

Das europäische Rußland hat fast genau die zehnfache Fläche des Deutschen Reiches, nämlich 5377444 qkm; 1910 hatte es 133879100 Einwohner, fast genau 25 pro qkm. Ballod (Grundriß der Statistik, Berlin 1913, Seite 24) rechnet 23 pro qkm. Es fragt sich, wieviel landwirtschaftliche Nutzfläche und wieviel landwirtschaftliche Bevölkerung wir für europäisch Rußland zu rechnen haben. Ballod schätzt für das europäische Rußland rund 123 Millionen Hektar Ackerland, 73 Millionen Hektar Wiesen, in Summa 40,3 Proz. der Fläche; ferner rund 197 Millionen Hektar Wald, gleich 40,4 Proz. der Fläche. Die Waldfläche ist offenbar übermäßig groß. Man wird annehmen dürfen, daß bei fortschreitender Kultur in Rußland noch ungeheuere Flächen heutigen Waldlandes dem Ackerbau gewonnen werden können.

Wir haben also 196 Millionen Hektar Nutzland sofort verfügbar, ohne die Flächen, die aus Waldland in Feldland verwandelt werden können, und ohne das durch Meliorationen[1] in agrarisches Nutzland verwandelbare Unland.

Die Zahlen stimmen scheinbar ganz ordentlich mit denen überein, die R. nach Jermolow zitiert, demzufolge dem Bauernlande von 163 Millionen Deßjätinen (180 Millionen Hektar) einige 40 Millionen Deßjätinen (ca. 45 Millionen Hektar) „landwirtschaftlich brauchbare Fläche aus dem Gutsbesitzerland, aus den Domänen, den Apanagen, den geistlichen und städtischen Ländereien gegenübersteht" (S. 794). Dennoch sind die Ziffern, wie ich glaube, stark irreführend. Denn das Bauernland besteht durchaus nicht zur Gänze aus Acker und Wiesen, sondern umfaßt große Teile Wald, schlechte Weide und Unland. Was die Bauern weniger an agrarischem Nutzland haben, müssen die diversen Großbesitzer eben mehr haben.

Wie viel mehr, läßt sich bei dem elenden Stand der russischen Statistik nicht angeben. Daß es aber viel mehr sein wird, als — aus sehr durchsichtigen Gründen — von den Verfechtern des heutigen Grundbesitzes angegeben wird, läßt sich wahrscheinlich machen:

Nach Wirminghaus[2] ist in den Jahren 1877—1880 eine umfassende Enquete[3] über die Grundbesitzverhältnisse des europäischen Rußland angestellt worden, die von rund 417 Millionen Deßjätinen (458 Millionen Hektar) 391 Millionen Deßjätinen (430 Millionen Hektar) berücksichtigte. Davon gehörte den Bauerngemeinden damals fast genau ein Drittel (33,6 Proz.); außerdem hatten 273074 bäuerliche Privatbesitzer noch 5,5 Millionen Hektar Fläche, durchschnittlich 20 Hektar. 114716

[1] Melioration = Bodenverbesserung.

[2] Art. „Grundbesitz" (Statistik) im Handwörterbuch d. d. Staatsw. 3. Aufl. V. 152.

[3] Enquete = Umfrage.

Digitized by Google

adlige Privatbesitzer besaßen rund 80 Millionen Hektar, durchschnittlich 700 Hektar, aller Privatbesitz zusammen betrug etwa 1/4 der Fläche, 38,5 Proz. waren Staatseigentum. Man wird annehmen dürfen, daß die Bauern, die von der Gesamtfläche rund 1/3 erhielten, auch von dem wertvollsten Teil der Gesamtfläche, der „agrarischen Nutzfläche", ein Drittel erhielten, vielleicht etwas mehr, weil die Grundbesitzer den Wald, wo er wertvoll war, für sich behielten, vielleicht etwas weniger, wenigstens dem Werte nach, weil sie die Macht hatten, das beste Land für sich zu behalten.

Wie viele Bauern gibt es nun in Rußland und wie viele agrarische Nutzfläche brauchen sie im Durchschnitt?

Das habe ich in einer eigenen Untersuchung festzustellen mich bemüht[1]. Nach der letzten russischen Volkszählung von 1897 gab es damals rund 72 Proz. (71,3) landwirtschaftliche Bevölkerung. Der Prozentsatz ist in den zwanzig Jahren seither bestimmt gefallen; wenn wir ihn trotzdem zugrunde legen, so kommen wir für 1910, wo das europäische Rußland auf ca. 134 Millionen Einwohner geschätzt wurde, auf rund 96 Millionen landwirtschaftliche Bevölkerung. Bei gleicher Verteilung käme also auf den Kopf 2, auf die (sehr kopfstarke) russische Bauernfamilie, in ihr lebende Aszendenten natürlich eingerechnet, 14—16 Hektar durchschnittlich.

Das ist aber selbst bei sehr extensivem Ackerbetrieb das Maximum, das eine Bauernfamilie auf mittlerem Boden ohne gemietete Hilfskräfte bestellen kann. Selbst in Sibirien, wo — offenbar, um der Anziehungskraft Kanadas zu begegnen — neuerdings in der Steppe 35—40 Deßjätinen pro Familie ausgegeben werden, also in allerextensivster Okkupationswirtschaft[2], „kann nur ein geringer Teil von den Bauern eigenhändig gepflügt werden" (Stolypin und Kriwoschein, Die Kolonisation Sibiriens, Berlin 1912).

Ich habe in der angeführten Untersuchung folgendermaßen zusammengefaßt:

Das Höchstmaß der Mittelbauernhufe dürfte mithin 15 Hektar betragen und mit dem heute noch verfügbaren Landvorrat fast genau übereinstimmen. Wohlverstanden das Höchstmaß!

Wie groß ist nun die Mindestgröße, die einer Familie anständigen Unterhalt gewährt?

Um diese Frage zu beantworten, muß man die Vorfrage stellen, warum denn der russische Bauer mit seiner für westeuropäische Auffassung so reichlichen Landausstattung nicht zu existieren vermag, auch nicht der Mittelbauer, auch sehr oft nicht der Großbauer?

Weil er bisher unter unmöglichen Bedingungen stand, unter wirtschaftlich und politisch unmöglichen Bedingungen[3].

Wirtschaftlich: das Land wurde den Bauern als Gemeineigentum (im „Mir") über-

[1] „Der russische Bauer". Revue de Politique Internationale. 1914. Heft 9/10.

[2] Okkupation = zeitweilige Besitzergreifung.

[3] Genaueres in meiner oben angeführten Untersuchung S. 254—266, der ich hier folge.

Digitized by Google

wiesen und zwar mit der Übung periodischer[1] Neuverteilung. Natürlich war Raubbau die Folge, denn niemand bessert oder düngt auch nur einen Acker, dessen Ertrag ihm nicht dauernd sicher ist.

Ferner: das Bauernland liegt zum großen Teile unwirtschaftlich weit vom Dorfe, bis zu zwanzig Kilometer, sehr häufig drei Kilometer. Solch Land kostet bekanntlich mehr als es einträgt.

Weiter: das Land ist unglaublich zersplittert. Eine in zwanzig Fetzen zersplitterte Hufe wird als nicht abnormal angesehen. Kommentar überflüssig.

Weiter: das ganze Land wird in Dreifelder-Wirtschaft im Flurzwang bestellt. Jeder Anbau der Brache, sogar Schwarzbrache, ist unmöglich, jeder technische Fortschritt ausgeschlossen, ein volles Drittel allen Ackers jährlich ertraglos.

Noch mehr: das System erzwingt zahllose breite Raine, die ein weiteres Siebentel des Bodens einnehmen und außerdem den Acker unheilbar verunkrauten.

Ferner: das Inventar ist tief unter allen noch so bescheidenen Ansprüchen. Das tote Inventar ist antidiluvianisch[2], der slawische Haken herrscht noch weithin. Die Viehausstattung war schon bei der Emanzipation ungenügend und sinkt andauernd trotz der Vermehrung der Seelenzahl und der Notwendigkeit, mehr Dung auf die pro Kopf verkleinerte Ackerfläche zu bringen.

Die Viehhaltung und das Viehprodukt ist in allen Ländern höherer Kultur das Rückgrat der Bauernwirtschaft. Peter Marlow sagt (a. a. O. S. 21/22): die Produktivität der Landwirtschaft sinkt, die Getreideernte wird geringer; und ferner (S. 28), es scheine keine Möglichkeit zu bestehen, daß jene zu höherer Prosperität[3] wieder kommen könne.

Unter diesen Umständen kann man sich einen Begriff davon machen, welche Ernten diese verstümmelten Bauernwirtschaften dem Boden entreißen. Nach Wrangell ist der Durchschnittsertrag pro Deßjätine 34 Pud. Da aber jährlich nur $^2/_3$ der Fläche tragen, so kommen nur 23 Pud auf die Deßjätine Gesamtfläche, d. h. ca. 380 Kilo.

Wir denken, die Ziffer genügt. Und man wird Marlow recht geben müssen, wenn er (S. 21) sagt, der russische „Bodenmangel" sei ganz eigener Natur. Er beruhe auf folgenden Ursachen: 1. Zu wenig Industrie; 2. schlechte Verteilung der Bevölkerung; 3. das Saatland nimmt einen zu kleinen Teil der kulturfähigen Fläche ein; 4. die Ernten sind zu gering.

Diese kläglichen Ertragsziffern und der Rückgang des Viehstandes sind durchaus Folgen der noch unmöglicheren politischen Bedingungen, unter denen der russische Bauer bisher gestanden hat.

Zunächst hat man ihn, ganz abgesehen von aller inoffiziell administrativen Aus-

[1] Periodisch = von Zeit zu Zeit.
[2] antidiluvianisch = vorsintflutlich.
[3] Prosperität = Gedeihen, Wohlstand.

Digitized by Google

saugung, auch offiziell von vornherein mit absolut unerschwinglichen Abgaben überlastet.

Die Abldsungslasten und die Steuern waren nicht erdrückend sondern erwürgend, und verhinderten jeden technischen Fortschritt.

Zu diesen gesetzlichen Lasten kamen noch die ungesetzlichen.

Die dörfliche Verwaltung war notorisch miserabel.

Ist es nötig, von der allgemeinen Staatsverwaltung und der „allgemeinen Kulturpolitik" des Reiches zu sprechen? Von der Bestechlichkeit und den Erpressungspraktiken der Beamten, von der Kulturfeindschaft des Systems, die jede freie Regung der Geister unterdrückte, jede persönliche Initiative[1] lähmte? Wir verzichten darauf. Was wir beigebracht haben, dürfte genügen, um einem westeuropäischen Kritiker das volle Verständnis dafür zu eröffnen, warum der russische Bauer auf einer Fläche Land verhungert, auf der der Wilde volle Nahrung findet, und warum er bisher in expansivem[2] Drang nach außen strebte. Er hat nicht zu wenig Land, sondern zu viel Steuern, Mißwirtschaft und politisch-wirtschaftliche Unterdrückung.

Diese Mißwirtschaft hat schließlich die segensreiche Entwicklung verhindert, die sonst überall den Landhunger des primitiven Agrarstaates lindert und zuletzt ganz stillt: die städtische, industrielle und kommerzielle Entfaltung.

Das bringt mich zu meinem dritten und wichtigsten Einwand gegen Rohrbachs Schlüsse. Er berücksichtigt nicht das „Gesetz der Kapazität". Das ist kein Vorwurf: denn auch Fachökonomisten wissen sehr häufig nichts davon. Und doch ist es für viele politische Erwägungen geradezu entscheidend:

In einigermaßen rationell verwalteten Ländern findet der Überschuß der Bevölkerung in immer steigendem Maße in Industrie und Handel Unterkunft. Der volkswirtschaftliche Mechanismus, den zuerst Adam Smith beschrieb, und den dann List und Carey zu dem von mir so genannten „Gesetz der Kapazität" ausarbeiten, ist der folgende: Mit steigender Kultur bringt der Bauer immer größere Mengen von Nahrung zu Markte, die als Nachfrage nach industriellen Produkten und Diensten erscheinen, und eröffnet eben dadurch einem Teil seines Nachwuchses die Möglichkeit ausreichender Existenz in Gewerben und im Handel. Dadurch wird die volkswirtschaftliche Arbeitsteilung weiter entwickelt, der Bauer erhält immer bessere Werkzeuge, Hilfsmittel und Arbeitsmethoden und immer bessere Preise für sein Produkt. Auf diese Weise wächst sein Rohertrag wieder, ruft neue städtische Elemente in die Existenz, und noch stärker wächst der Reinertrag pro Fläche, so daß auch die landwirtschaftliche Bevölkerung auf gegebener Fläche ziemlich schnell verdichtet werden kann und doch höhere Reinerträge pro Familie gewinnt.

Dieser segensreiche Mechanismus konnte in Rußland, wie die Verhältnisse lagen,

[1] Initiative = Entschlußkraft, Unternehmungsgeist.

[2] Expansivdrang = Ausdehnungsdrang.

Digitized by Google

kaum überhaupt einſetzen. Denn der Bauer ſtand auf der tiefſten Stufe der wirtſchaftlichen Ausbildung und inſtrumentellen Ausrüſtung und gewann durchſchnittlich dem Boden nicht einmal das ab, was er mit ſeiner Familie ſelbſt zu ſeiner Ernährung gebrauchte. Was vom Reinertrag allenfalls hie und da noch erwirtſchaftet wurde, nahm offiziell und inoffiziell die Regierung und verwendete es offiziell und inoffiziell zu Zwecken, die mit der wirtſchaftlichen Hebung des Landes nichts zu tun hatten, ſondern beſtenfalls auf eine überaus koſtſpielige Großmachtpolitik hinausliefen. Nicht einmal die Überſchüſſe der Großgrundbeſitzer kamen für die Entwicklung der ruſſiſchen Induſtrie in Frage. Denn dieſe Überſchüſſe mußten ins Ausland ausgeführt werden, um die Zinſen der Anleihen zu decken, die derſelben Unwirtſchaftspolitik gedient hatten. So fehlte eigentlich jeder mögliche Anſtoß zur allmählichen Induſtrialiſierung des mächtigen Reiches, und ſo iſt es zu erklären, daß Rußland das einzige der großen Nationalreiche iſt, das ſeine ſtädtiſche Bevölkerung nicht, wie unter geſunden Verhältniſſen geſchehen muß, viel ſtärker wachſen ſieht als ſeine agrariſche. Ich will nicht davon ſprechen, daß Deutſchlands agrariſche Bevölkerung ſogar in abſoluten Ziffern ſeit 100 Jahren ſehr beträchtlich zurückgegangen iſt: das iſt ungeſund und eine Folge unſerer Bodenſperre im Oſten. Aber blicken wir doch einmal zu den Vereinigten Staaten hinüber. Das Land iſt an Größe und geographiſcher Beſchaffenheit Rußland ſehr ähnlich und hat eine durchſchnittliche Bevölkerungsdichtigkeit von 11,73 für den Quadratkilometer, alſo $^2/_5$ ſelbſt nur der ruſſiſchen; und doch hat die Entwicklung der amerikaniſchen ſtädtiſchen Bevölkerung diejenige der deutſchen faſt erreicht. (Ballod a. a. O. S. 24.) Wir haben in Amerika 22 Proz. großſtädtiſche und etwa 9 Proz. mittelſtädtiſche Bevölkerung, in Deutſchland 21,3, reſp. 13 Proz. Hier kann man ſtudieren, wie jener ſegensreiche Mechanismus wirkt: in den Vereinigten Staaten iſt eben die Grundlage der Bevölkerungspyramide ein Stand von freien Bauern, die ungeheure Überſchüſſe zu Markte bringen und dadurch jene koloſſale ſtädtiſche Bevölkerung zu beiderſeitigem größten Nutzen ins Leben gerufen haben und ernähren.

Wo dieſe wirtſchaftliche Entwicklung durch politiſche Kräfte verhindert wird, da kann natürlich nicht davon die Rede ſein, daß eine Bevölkerung auf beſchränkter Fläche anſtändig exiſtieren kann.

*

Jetzt ſind wir in der Lage, die oben angeſtellte Frage zu beantworten, welche Landausſtattung durchſchnittlich das Minimum einer mittelbäuerlichen, ohne Lohn-Arbeiter wirtſchaftenden Familie ſein würde, wenn anſtändige wirtſchaftliche und politiſche Exiſtenzbedingungen hergeſtellt werden? Nun, ich glaube, daß unter dieſer Vorausſetzung 7 bis 8 Hektar pro Familie, 1 Hektar pro Kopf agrariſchen Nutzlandes (alſo ohne Wald, Weide und Unland) ausreichen würden. Man laſſe der wirtſchaftlichen und kulturellen Entwicklung freie Bahn, und die Städte werden aufblühen, ihre Kaufkraft wird unzählige Gärtnereibetriebe ernähren, die nur ſehr wenig Land

Digitized by Google

brauchen, so daß für die eigentlichen Bauernbetriebe große Flächen verfügbar werden. Diese werden, dank besseren Werkzeugen, höherer Intelligenz und entfalteter Technik, die dreifachen Ernten von der Fläche holen und jede Einheit doppelt und dreifach so hoch bezahlt erhalten wie heute, wo die Meisten ungeheure Transportkosten auf jammervollen Straßen über kolossale Entfernungen bis zum Markte zu tragen haben, ehe sie auch nur den niedrigen Inlandpreis erhalten.

Danach wäre allein im europäischen Rußland Raum für 196 Millionen rein landwirtschaftlicher Bevölkerung, ungerechnet die unzweifelhafte Möglichkeit, weitere Dutzende von Millionen Hektaren durch Abforstung und Unlandmelioration zu erhalten. Und wenn die städtische Bevölkerung auf nur 50 Proz. der Gesamtbevölkerung ansteigt (in Deutschland sind es bereits 75 Proz.), so ist allein im europäischen Rußland, wo 1914 höchstens 140 Millionen Menschen wohnten, Platz für 392 Millionen. Ehe nicht wenigstens diese Zahl erreicht wäre, hätten wir keine Sorge vor einer gewaltsamen Expansion zu hegen: und das wird nicht so arg schnell eintreten. Denn nach allen Erfahrungen darf man damit rechnen, daß mit steigendem Reichtum auch in Rußland die ungeheuer große Geburtenziffer allmählich sinken wird. Auf ein bis zwei Jahrhunderte allerwenigstens würde das Land sicherlich seiner Bevölkerung Raum gewähren, auch ohne die sibirische Kolonisation, die ganz gewiß ungeheure Fortschritte machen wird, wenn der Druck des Zarismus endgültig von dem strebsamen Lande genommen ist.

Freilich wird R. recht haben, wenn er annimmt, daß der landwirtschaftliche Ertrag zuerst eher sinken als steigen wird, wenn die von der Bauerndemokratie geforderte Landverteilung zur Wirklichkeit wird. Denn heute ist der Ertrag der Großgüter in der Tat reicher als der der Bauern. Aber das wird nur wenige Jahre dauern. Dann wird der freie, entlastete Bauer auch in Rußland, wie überall, den Ertrag seiner Äcker dauernd steigern, — bis über den seiner großen Nachbarn. Und für diese Übergangszeit ist in den angeblich nur einigen 40 Millionen Deßjätinen des Großeigentums und in den unzähligen durch den Krieg erledigten Bauernhöfen eine Landreserve gegeben, die weit mehr als ausreicht.

*

Die politischen Folgerungen zu ziehen, ist nicht meines Amtes. —

Kapazität — Brutalität

Von Dr. Paul Rohrbach

Oppenheimers Studie ist interessant, und wenn es sich nicht um Rußland handelte, so könnte man ihm auch auf seinen Weg folgen. Es handelt sich aber um Rußland und damit um das alte Unglück der Diskussion über russische Dinge zwischen Leuten, die eine ausgiebige persönliche Anschauung und geschichtliche Kenntnis von

Digitized by Google

Rußland haben, und anderen, die sie nicht haben. Diese anderen werden stets geneigt sein, der Berufung auf spezielle Rußlandkenntnis mißtrauisch gegenüber zu stehen. Sie werden darin leicht eine gewisse Anmaßung erblicken und sich nur ungern sagen lassen, daß ein Gedankengang, der an sich scharfsinnig und richtig, aber von westeuropäischen oder amerikanischen Verhältnissen abgeleitet ist, auf Rußland darum nicht paßt, weil dort vielfach andere nationale Lebensgesetze herrschen, als in Europa und Amerika. Man kann wohl sagen: das Unglück in unserm Verhältnis zu Rußland ist, daß immer wieder der Versuch gemacht wird, von uns oder von Europa auf Rußland zu folgern und darnach russische Politik zu treiben. Die Engländer sind uns auch darin überlegen, daß sie wissen: Rußland ist eine Welt für sich, auf die man kein gewohntes Schema anwenden soll. Ihnen fällt es nicht schwer, sich diese Grundvoraussetzung des Urteils und der Politik über Rußland anzueignen, denn sie haben in der Praxis genug mit fremden Verhältnissen großen Maßstabes, ja man kann sagen, mit fremden Welten zu tun, um von vornherein aufgeschlossen für den Gedanken zu sein, fremde Dinge möglichst allein nach sich selbst zu beurteilen. Diese instinktive Bereitschaft ist fast schon soviel wert, wie das Studium der fremden Verhältnisse selbst, denn sie bewahrt vor der prinzipiellen Gefahr die Dinge, um die es sich handelt, gleich anfangs von festen, aber falschen Gesichtspunkten aus zu betrachten.

Dies vorausgeschickt brauche ich gegenüber dem verehrten Opponenten[1] nicht lang zu sein. Er hat zunächst darin recht, daß er nur vom europäischen Rußland spricht, denn ob das asiatische, Sibirien, Turkestan und der Kaukasus in Zukunft noch viel als Siedlungsland für europäisch-russische Auswandrer in Betracht kommen wird, ist sehr fraglich. Sibirien, das wichtigste Kolonisationsgebiet, wird wahrscheinlich ausscheiden, weil die sibirischen Autonomisten von allem andern eher etwas wissen wollen, als von weiterem Zuzug von diesseits des Ural. Damit aber bin ich mit meiner Zustimmung zu Oppenheimer schon am Ende. Wenn er die Waldfläche im europäischen Rußland für „offenbar übermäßig groß" hält und annimmt, daß „noch ungeheuere Flächen heutigen Waldlandes" dort für den Ackerbau gewonnen werden können, so scheint das wohl etwas für sich zu haben, wenn man einfach hört: reichlich 40 Prozent des europäischen Rußland sind Wald! Das Bild ändert sich aber, sobald man bedenkt, daß der größere Teil dieses Waldes nördlich vom 60. Breitengrade liegt, und daß selbst die krüppelhafte Baumvegetation jenseits des Polarkreises in den russischen statistischen Angaben zum Teil als „Wald" gerechnet wird. Nördlich des 60. Grades (Stockholm, Petersburg) kann nicht mehr davon die Rede sein, Waldland in großem Umfang in ertragfähiges Ackerland zu verwandeln. Südlich davon steht nicht mehr viel überflüssiger Wald. Das mittlere Rußland leidet bereits vielfach unter Waldverwüstung, und das südliche ist in hohem Grade waldarm.

Ein weiterer Punkt, an dem man mit Oppenheimer nicht übereinstimmen kann, ist

[1] Opponent = Gegner.

Digitized by Google

seine Berechnung eines Normalschemas für den bäuerlichen Grundbesitz in Rußland. Der beste Kenner dieser Frage in Deutschland ist der Berliner Nationalökonom Ballod, auf den sich Oppenheimer auch selbst beruft. Ballod hat über den jetzigen Stand der Dinge in Rußland in der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung" vom 16. Juni 1917 gehandelt, und er berechnet nicht 96 Millionen, sondern (ohne Polen und für 1914) gegen 110 Millionen Bauern und die gesamte mit Getreide bestellte Fläche auf 80 Millionen Hektar = 0,73 Hektar auf den Kopf der landwirtschaftlichen Bevölkerung. In Deutschland sind es 0,80 Hektar! Auch Ballod bezeichnet den 59.—60. Breitengrad als die (durchschnittliche) praktische Nordgrenze des Getreidebaues in Rußland, er meint, nur wenn man alles Land im europäischen Rußland bis zu dieser Grenze an die Bauern verteilte, käme man auf 2,6 Hektar für den Kopf. Allerdings sagt auch Ballod, daß „eine Intensivierung der landwirtschaftlichen Kultur in Rußland noch Wunder schaffen könnte", da in Rußland, selbst im fruchtbaren Schwarzerdegebiet, die durchschnittliche Flächenernte nur ein Drittel bis zwei Fünftel so hoch sei, wie in Deutschland. Ballod fragt dann aber sofort: Wie aber sollte die Intensivierung der Kultur stattfinden? Und er antwortet:

„Alle russischen unabhängigen Nationalökonomen sind sich darüber einig, daß es dem russischen Bauern nicht nur an Belehrung, an Kapital, Gerät, Sämereien usw. gefehlt hat, sondern daß auch die Landverteilung so ist, daß ein großer Teil der russischen Bauern gar nicht rationell wirtschaften könne ... Oberflächliche Beurteiler gehen da wieder aus vom Durchschnitt, stellen fest, daß in ganz Rußland auf einen Hof rund 10 Deßjätinen = 10,925 Hektar = 43,1 preußische Morgen Land entfallen, und daß es daher wohl möglich sein müßte, rationell zu wirtschaften. Diese Größe der Landhufe ergibt sich aber nur, wenn man alles Land, auch Weide und Wald, und, vor allem, alle Gebiete zusammenwirft: in den bessern Gebieten der schwarzen Erde sinkt selbst die Durchschnittshufe auf 26 bis 30 Morgen, in Kiew auf 24, in Poltawa auf 20, in Podolien auf 16,6 Morgen ... Es gab im Jahre 1905 in ganz Rußland:

von — bis Deßjätinen	Höfe
0—1	236929
1—2	343423
2—3	607935
3—4	739672
4—5	929691
0—5	2856950
5—10	5071511
über 10	4070244
	Zusammen 11998706

Also besaßen nur rund ein Drittel der russischen Bauernhöfe eine nach russischen und auch deutschen Erfahrungen bei extensivem oder halb intensivem Betrieb ausreichende Landhufe, während zwei Fünftel schon als unzureichend mit Land versehen angesehen werden konnten. 2,8 Millionen oder 23,8 Proz. unbedingt als notleidend anzusehen waren!"

So Ballod, dessen Artikel („Was wird aus Rußland?") auch im übrigen unsern Le-

Digitized by Google

sern empfohlen sei. Ganz übereinstimmend mit ihm und am selben Datum (16. 6.) schreibt ein französisches Blatt, die „Dépêche de Toulouse", offenbar nach russischen Quellen:

„Die Landfrage ist in Rußland noch lange nicht entschieden. Die grundsätzlich beschlossene Aufteilung des großen und mittleren Besitzes wird dem Elend der Bauern keine wirksame Hilfe bringen... Im europäischen Rußland, Polen und die besetzten Teile abgerechnet, hat man 15645508 landwirtschaftliche Betriebe aufgenommen, davon 15535357 in bäuerlichem und 110157 in Großgrundbesitz... Ein mittleres Bauerngut umfaßt 4,1 Hektar, auf ihm leben 5,3 Personen."

Mit den 4,1 Hektaren ist vermutlich nur das Ackerland gemeint. Die „Dépêche de Toulouse" bemerkt dann noch, daß bei dem schnellen Wachstum der Bevölkerung auf dem flachen Lande die Güter, die noch den Großgrundbesitzern gehören, nicht lange hinreichen würden, um die Bauern zu befriedigen, daher sei der beste Rat für Rußland: Entwicklung der Industrie, Bebauung der brachliegenden (?) Staatsländereien und intensivere landwirtschaftliche Methoden.

Dieser Rat ist leicht gegeben; er stimmt auch ungefähr damit, was Oppenheimer meint. Nur fragt sich: wie soll er ausgeführt werden? Diese Frage bringt uns auf das, was eigentlich schon für sich allein genügen würde, um Oppenheimers Gedanken zu widerlegen. Oppenheimer und alle, die ähnlicher Meinung sind wie er, irren, wenn sie sich vorstellen, daß in Rußland, sobald einmal die Bauerndemokratie, die Sozialrevolutionäre oder wie man die Partei sonst nennen will, am Ruder ist, die Führer sich erst lange mit Plänen für landwirtschaftliche Intensivierung, Umbau des russischen Wirtschaftslebens u. dgl. abgeben würden, bevor sie sich an die unmittelbare Befriedigung der Masse machen. Da heißt es einfach: wo ist Land? Antwort: bei den Großgrundbesitzern zu Hause und bei den Fremdvölkern im Westen, *das wird genommen*! Wer dem Russentum da Bedenken oder Weichheit zutraut, der irrt so stark man nur irren kann, und wenn Rußland keine Bauerndemokratie werden, sondern wieder eine bürgerliche Verfassung erhalten sollte, sei es monarchische, sei es eine republikanische, so wird man sich wohl bemühen, den Großgrundbesitz, soweit es geht, zu retten, aber die Westgebiete wird man den landhungrigen russischen Bauern nur um so eilfertiger hinwerfen. Bei der Einnahme von Mitau fand sich ein Plan der zarischen Regierung aus dem Jahre 1913 oder 1914, wonach 300000 großrussische Bauern allein in Kurland anzusiedeln waren, und zwar auf dem Domänenbesitz des Staats und auf freihändig durch die Bauernbank anzukaufenden sonstigen Gütern. Dahinter aber erhob sich in der Presse schon das Verlangen nach einfacher Enteignung des gesamten Großgrundbesitzes in den baltischen Provinzen zugunsten russischer Bauern.

Es ist also gar kein Zweifel: behält Rußland das Verfügungsrecht über das Fremdvölkergebiet im Westen, so kommt es in kürzester Frist und mit der größten Brutalität zur Enteignung der dort Nichtrussen gehörigen Ländereien und zu einer Millionen-

Digitized by Google

siedlung von großrussischen Bauern hart an unserer Grenze, mit all den politischen Folgen, die sich daraus ergeben würden, und die hier im einzelnen zu schildern nicht nötig ist. Oppenheimer stellt sich die kommende Entwicklung Rußlands vor, ohne zu berücksichtigen, daß die russische Psychologie ihren eignen Gesetzen folgt, vor allen Dingen dem des rücksichtslosen Nationalismus und dem der bedenkenfreien Brutalität, wo es sich um die Vergewaltigung schwächerer Elemente zugunsten des „echten" Russentums handelt. Wie Entsetzliches hat die Welt in dieser Beziehung erlebt, als die russischen Heere die jetzt von uns besetzten Gebiete „räumten" und die Bevölkerung vor sich hertrieben! Millionen von Menschen wurden damals dem Untergang durch Hunger, Frost und Elend preisgegeben — aus keinem andern Grunde als um (schon damals!) für die Zeit nach dem Kriege im westlichen Fremdvölkergebiet leere Räume zur Kolonisation mit großrussischen Bauern zu schaffen. Freilich, um diesen Gang der Dinge anschaulich vor sich zu sehen, muß man das Russentum selber samt seiner Geschichte gründlich kennen. Rußland gegenüber sind aber schon seit einem Jahrzehnt, im Frieden wie im Kriege, im Grunde nichts als Fehler gemacht worden, und dabei wird es wohl noch eine Weile bleiben, wenn nicht die Russen selbst ein Einsehen mit uns haben, und uns helfen, so lange uns noch zu helfen ist! (Wie es jetzt ja scheint!)

Das Reich und die Schule

Von Karl Muthesius

Beide gehen sich bis jetzt recht wenig an. Das Schulwesen gehört nicht zu den Angelegenheiten, die „der Beaufsichtigung seitens des Reichs und der Gesetzgebung desselben unterliegen" (Art. 4 der Reichsverfassung). Infolgedessen ist bisher die Bildungspolitik aus der inneren Politik des Reichs ausgeschaltet gewesen. Allerdings nicht vollständig. Denn tatsächlich hat sich gleich in den ersten Jahren des jungen Reichs herausgestellt, daß es unmöglich sei, Bildungsfragen gänzlich aus der Reichspolitik auszuschließen. Zunächst nötigte eine Angelegenheit, in der Bildungs- und militärische Interessen verkettet sind, die Reichsregierung, sich mit dem Schulwesen zu befassen: die Berechtigung für den einjährigen Dienst. Durch Verordnung des Bundesrates vom 19. Februar 1875 wurde zur Regelung und dauernden Überwachung dieser Angelegenheit die Reichsschulkommission eingesetzt. In ihr haben wir also in der Tat eine Reichsschulbehörde.

Auch das Volksschulwesen ist, wenn auch nur mittelbar, durch die Reichsgesetzgebung beeinflußt worden durch die Regelung des Kinderschutzes und die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über Fürsorgeerziehung und Vormundschaftswesen. Unmittelbar eingegriffen hat die Reichsgesetzgebung in das Fortbildungsschulwesen. Im Jahre 1900 erhielt § 120 der Gewerbeordnung einen Zusatz, nach welchem im ganzen Reichsgebiet den Gemeinden die Befugnis erteilt wurde, durch ortsста-

Digitized by Google

tutarische Bestimmungen Fortbildungsschulen einzurichten, und ein weiterer Nachtrag ermächtigte 1911 die höheren Verwaltungsbehörden, die Gemeinden zur Errichtung von Fortbildungsschulen zu zwingen.

In engster Verbindung mit dem Reich steht das weitverzweigte Gebiet des Auslandschulwesens. Die Schulen in unsern Kolonien sind Reichsschulen im eigentlichen Sinne und unterstehen als solche der Leitung und Aufsicht des Reichs. Die zahlreichen deutschen Schulen in auswärtigen Staaten werden vom Reich namhaft unterstützt (nach dem letzten Friedenshaushalt mit 1 000 000 M.), durch das Auswärtige Amt mit Lehrern versorgt und durch eine der Reichsschulkommission angegliederte Organisation beaufsichtigt. Weiter ist das Marineschulwesen eigenste Angelegenheit des Reichs, und das Militärbildungswesen steht in den engsten Beziehungen zu ihm. Durch Verordnungen des Bundesrates sind ferner die Prüfungen für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte geregelt und dadurch mittelbar die diesen Prüfungen vorausgehenden Studiengänge. Endlich werden zahlreiche wissenschaftliche und künstlerische Unternehmungen vom Reiche durch namhafte Zuschüsse unterstützt, worüber eine dem Reichstag unterm 22. Februar d. J. vorgelegte Denkschrift ausführlichen Aufschluß gibt.

So sind in der Tat, trotzdem verfassungsrechtlich das Bildungswesen in seinem ganzen Umfang der Gesetzgebung und Beaufsichtigung der Bundesstaaten vorbehalten ist, die Beziehungen zwischen ihm und dem Reich sehr vielseitig und zum Teil sehr eng. In der Anknüpfung und Pflege dieser Beziehungen ist das Reich bereits über die ihm in der Verfassung gezogenen Grenzen seiner Befugnisse hinausgegangen. Und das mit vollem Recht. Denn wenn das Reich Bedürfnissen entgegenkommt, die bei der Reichsgründung noch nicht vorausgesehen werden konnten, so entspricht das nur dem gesunden Gedanken, daß die Verfassung des Reichs wegen da ist und nicht das Reich der Verfassung wegen.

Es entsteht nun die Frage, ob die Beziehungen des Reichs zum Bildungswesen nicht noch enger geknüpft werden, ob sie nicht in weiterem Umfang gesetzgeberisch befestigt werden sollten. Das ungeheure Schicksal des Weltkriegs hat das deutsche Volk zusammengeschmiedet, der Reichsgedanke ist mächtig erstarkt. Sollten nicht schon diese Tatsachen eine Erweiterung der gesetzgeberischen Befugnisse des Reiches nahelegen? Unzweideutig hat sich gezeigt, daß die Überlegenheit unsern Feinden gegenüber, daß die Riesenkraft, mit der wir dem Ansturm der halben Welt Trotz bieten, zu einem guten Teil auf der geistigen Kultur, auf der alle Schichten des Volks bis in die Tiefe durchdringenden allgemeinen Volksbildung beruht. Die Wehrkraft Deutschlands steht in engem ursächlichem Zusammenhang mit seiner Volksbildung. Nur seine Wehrkraft sichert aber dem Reiche die Daseinsmöglichkeit. Ist es dann nicht dringende Pflicht des Reichs, seine Einflußsphäre auf die Volksbildung zu erweitern? Eine andre Quelle unsrer nationalen Kraft ist die innere Einheit des Volkes. Wir preisen

Digitized by Google

es als das höchste vaterländische Glück, daß der Angriff auf unser nationales Dasein das deutsche Volk geschlossen und einig fand. Und immer mehr befestigt sich der Gedanke, daß die innere Volkseinheit weiter für das Vertrauen und das Ansehen, das wir in Zukunft von der Welt erwarten, mit entscheidend ist, daß es im wesentlichen mit von ihr abhängt, ob und wie wir nach dem Kriege unsre Stellung in der Welt behaupten. Die innere Einheit des Volkes beruht aber auf dem gemeinsamen Besitz geistiger Güter, auf der gemeinsamen Bildung. Ist für das Reich die dauernde innere Einheit des deutschen Volkes eine Daseinsfrage, so kann es nicht weiter die Bildung seiner Bürger vollständig aus seinem Interessenbereich ausschließen, es kann sich nicht dauernd damit abfinden, daß das Bildungswesen unter dem ausschließlichen gesetzgeberischen Einfluß der Bundesstaaten am besten aufgehoben sei.

Gewiß, die Einzelstaaten haben die Pflege der Bildung als eine ihrer hervorragendsten Aufgaben angesehen und darin Großes geleistet. Es gibt, das kann ohne jede Ruhmredigkeit behauptet werden, kein Land auf der Erde, in dem das das ganze Volk umfassende Schulwesen in jahrhundertelanger Behütung und Förderung zu einer solchen Blüte entwickelt worden ist, wie in Deutschland. Diese Tatsache läßt es vollkommen ausgeschlossen erscheinen, etwa künftig die Einzelstaaten aus dem Gebiet, da ihre Wirksamkeit so ungemein fruchtbar gewesen ist, zu verdrängen, oder auch nur ihre gesetzgeberischen Befugnisse wesentlich einzuschränken. Die Frage kann vielmehr nur so lauten, ob nicht in Rücksicht auf die angedeuteten tiefen Interessen des Reiches diesem in irgendeiner Form ein Mitbestimmungsrecht, die Möglichkeit, inneren Einfluß auszuüben, zugestanden werden sollte. An dem Verdienst der Einzelstaaten soll gerade in Rücksicht auf das Schulwesen nicht gerüttelt werden. Anderseits ist es aber eine offenkundige Tatsache, daß die allgemeine Bildungspolitik einzelner Bundesstaaten bisher schon nicht ganz gleichlaufend mit der innern Politik des Reichs gewesen ist, und wenn wir nach den wiederholten Ankündigungen des Reichskanzlers erwarten dürfen, daß die innere Politik des Reichs künftig neue Bahnen wandelt, so muß Vorsorge dafür getroffen werden, daß, wie ganz im allgemeinen die Gegensätze zwischen Innenpolitik des Reichs und der Bundesstaaten schwinden müssen, gerade auch dem gesamten deutschen Schulwesen die verheißene Neuorientierung zugute kommt. Es muß für das Reich die Möglichkeit geschaffen werden, den seinen Lebensinteressen entsprechenden Einfluß auf das Bildungswesen auszuüben.

Alle diese Fragen sind von neuem in Fluß gekommen durch Verhandlungen, die kürzlich im Reichstag und im Preußischen Abgeordnetenhause stattgefunden haben. An beiden Stellen war schon vor dem Kriege eine gründlichere Pflege der Auslandsstudien gefordert worden, eine Forderung, die durch den Weltkrieg und die aus ihm folgende Verschiebung unseres Verhältnisses zum Ausland erhöhte Bedeutung erhalten hat. Sowohl die Reichsregierung wie das Preußische Kultusministerium haben, zum Teil in Gemeinschaft, sich eingehend mit den Anregungen und Aufträgen der beiden

Digitized by Google

Körperschaften beschäftigt. Das Ergebnis wurde jetzt dem Abgeordnetenhaus vom Kultusminister in einer Denkschrift unterbreitet, fast gleichzeitig legte das Reichsamt des Innern dem Reichstag eine Denkschrift über den gleichen Gegenstand vor. Beide Denkschriften vertreten den Standpunkt, daß die hier vorliegende Aufgabe nicht Sache des Reichs, sondern der Einzelstaaten sei. Aus beiden aber geht unzweideutig hervor, daß hier ein Zwitterzustand besteht, der kaum den Bedürfnissen des Reichs in ausreichendem Maße gerecht werden kann. Die Auslandsstudien liegen im eigentlichen Interesse des Reichs, denn es handelt sich dabei um die Vorbildung seiner Beamten für den Auslands- und Kolonialdienst. Geldlich beteiligt es sich in erheblichem Maße an der Lösung dieser Aufgabe: es trägt die Hälfte der Kosten für das Orientalische Seminar in Berlin, es läßt dem Kolonialinstitut sowie dem Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten in Hamburg bedeutende Mittel zufließen, es unterstützt Landwirtschafts-, Handwerks- und Haushaltungsschulen zur Vermittlung praktischer Kenntnisse für den Gebrauch in den Schutzgebieten. Kann man es wirklich als einen gesunden, des Reiches würdigen Zustand bezeichnen, daß es fortlaufend Geldmittel für derartige Zwecke bewilligt, ohne daß ihm irgendwelche Mitwirkung bei der Verwendung zusteht? Das Reich zahlt, aber es begibt sich jedes Einflusses darauf, in welchem Sinn und in welchem Geiste die Anstalten arbeiten, die es mit unterhält. Kann das auf die Dauer so bleiben?

In geistvoller und eindringlicher Weise zeigt die Denkschrift des preußischen Kultusministeriums, daß die Auslandsstudien noch ein weiteres und tieferes Ziel verfolgen müssen als die rein praktische Aufgabe der Vorbildung unsrer Auslands- und Kolonialbeamten. Unsere gesamte Bildung sei bisher lediglich „binnenländisch orientiert, sie bedürfe der weltpolitischen Erweiterung. Der Staat brauche nicht nur gut vorbereitete Pioniere des Deutschtums im Auslande, sondern vor allen Dingen nicht mehr nur binnenländisch, sondern auch weltpolitisch gebildete Staatsbürger überhaupt". Auslandskenntnisse seien bei einem „Weltvolke" nicht nur das Rüstzeug für Auslandsbeamte und Auslandsinteressenten, sondern „ein unentbehrlicher Bestandteil der nationalen Bildung". Die „Erziehung zum Weltvolke" erfordere „eine den neuen Tatsachen unsrer Weltstellung gerecht werdende Erweiterung unsrer Bildungsinhalte". Die deutsche Jugend müsse sich „willig den neuen Aufgaben des Reichs" anpassen und sich mit weltpolitischem Denken erfüllen. „Das politische Denken muß geschult, der junge Deutsche muß politisiert werden." „Auf diesem gewaltigen Hintergrunde wächst dann ganz von selbst eine staatswissenschaftliche Allgemeinbildung, die dem Deutschen dringend nottut."

Alles ganz ausgezeichnet gesagt. Weisen aber nicht schon die sprachlichen Wendungen darauf hin, daß hier recht eigentlich die tiefsten Interessen und die bedeutungsvollsten Aufgaben des Reiches vorliegen? Ist es nicht folgewidrig, diese Aufgaben aus dem

Digitized by Google

Wirkungskreis des Reichs auszusondern und sie als eine preußische oder bayerische oder sächsische Angelegenheit in Anspruch zu nehmen?

Daß die Verhältnisse der Klärung bedürfen, zeigte sich auch bei andern Verhandlungen des Reichstags. Seitdem die sozialdemokratische Partei 1912 den Antrag auf Erlaß eines Reichsschulgesetzes eingebracht hat, finden alljährlich bei der Beratung des Haushalts für das Reichsamt des Innern Erörterungen über das Verhältnis des Reichs zur Schule statt. Diesmal stand ein Antrag auf Einberufung einer Reichsschulkonferenz auf der Tagesordnung, die nach Beendigung des Kriegs „im Hinblick auf die Kriegserfahrungen die Gesamtheit der pädagogischen, schulgesetzlichen und schulorganisatorischen Frage" beraten und sich gutachtlich darüber äußern solle. Der Antrag hat zwar nicht die Mehrheit des Reichstags gefunden, es sind aber bei den Verhandlungen über ihn einige Gesichtspunkte von Bedeutung hervorgetreten. Mit ihren früheren Schulanträgen stand die sozialdemokratische Partei allein. Diesmal hatten Abgeordnete der Deutschen Fraktion, der Nationalliberalen und der Freisinnigen Volkspartei den Antrag unterstützt. Früher lehnte die Reichsregierung jedes Eingehen auf derartige Anträge mit der Begründung ab, daß sie sich nicht innerhalb der Befugnisse des Reichs hielten. Diesmal ist der Vertreter des Reichskanzlers ausführlicher auf den Antrag eingegangen, hat ihn also wenigstens für erörterungsfähig erklärt, ja er hat sogar weiter die Überzeugung ausgesprochen, daß der Reichstag nicht verkennen werde, daß aus den Erfahrungen dieses Krieges auch für das Schulwesen eine Fülle neuer Anregungen entsprungen seien, die der Nachprüfung wert wären, womit gesagt ist, daß diese Anregungen in den Interessenkreis des Reichstags fallen, der Krieg also doch wohl das Verhältnis des Reichs zur Schule innerlich geändert hat.

Diese Tatsachen beweisen unzweideutig, daß der Gedanke, dem Reich irgendwelchen Einfluß auf die Weiterentwicklung des Schulwesens zu gewähren, Fortschritte gemacht hat. In welcher Form dem Reiche die Möglichkeit eines derartigen Einflusses nach unsrer Überzeugung geboten werden könnte, ist nach dem bisher Dargelegten nicht zweifelhaft: nicht in der Form eines Reichsschulgesetzes, das in die Einzelheiten des Schulbetriebes eingreift. Als Bedürfnis erweist sich vielmehr immer dringender eine Reichszentralstelle mit den Befugnissen der Beratung, der Begutachtung, der Sammlung. Sie müßte eine Vermittlungsstelle sein für alle in den Einzelstaaten hervortretenden Bedürfnisse pädagogischer, schultechnischer oder schulrechtlicher Art; eine Auskunftstelle für das Schulwesen aller Einzelstaaten, das oft selbst Fachmännern aus den Nachbarstaaten nicht in allen Einzelheiten bekannt ist, namentlich auch für das Schulwesen des Auslands; eine Beratungsstelle in all den weitverzweigten Fragen der Schulorganisation, des Unterrichts, der Lehrmittel, der Schulbauten; eine Beobachtungs- und Sammelstelle für die Reichsschulstatistik. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, in denen das Schulwesen ähnlich wie in Deutschland einzel-

Digitized by Google

staatliche Angelegenheit ist, besitzen eine solche Stelle in dem Bureau of education[1], und die Berichte, die diese Zentralstelle alljährlich in zwei starken Bänden veröffentlicht, beweisen, welch fruchtbare Arbeit dort geleistet wird.

Ja, der Interessenkreis dieser Zentralstelle müßte erweitert werden zu dem eines Reichsamtes für Volksbildung, in dem alle die zahlreichen Bestrebungen und Veranstaltungen, die für Hebung und Veredlung des geistigen Lebens der Nation gegenwärtig ohne Zusammenhang arbeiten, einen gemeinschaftlichen Mittelpunkt fänden. Dadurch wäre in diesem großen Gebiete des öffentlichen und staatlichen Lebens der innere Zusammenhang geschaffen, der für eine gedeihliche Entwicklung notwendig ist und den die Bedeutung und die Würde der Sache erfordert.

Hätten wir eine solche von staatlicher Autorität getragene Zentralstelle, so würde — um nur einige aus der Zeitlage geborene Aufgaben anzuführen — eine einheitliche Regelung über die Verleihung des Reifezeugnisses an Kriegsprimaner nicht an dem einzelstaatlichen Starrsinn gescheitert sein; diese Zentralstelle würde auch die allgemein als unumgänglich notwendig empfundene Neuregelung der Einjährigenberechtigung zweckmäßig vorbereiten können; sie könnte vorurteilsfrei und unter Abwägung aller Gründe und Gegengründe die Frage prüfen, ob die militärische Vorbereitung der Jugend durch ein Reichsjugendwehrgesetz zu regeln sei oder nicht, sie könnte zur Lösung der weiteren Aufgaben, die kürzlich der Geh. Admiralitätsrat Felisch in seinem ausgezeichneten Buche „Ein Reichsjugendgesetz" aufgezeigt hat, gründliche Vorarbeit leisten.

Sucht man in unsern staatlichen Einrichtungen nach einem Vergleich, so liegt die Erinnerung an das Reichsgesundheitsamt nahe, dessen überaus erfolgreiche Wirksamkeit allgemein anerkannt wird. Ähnlich wie dieses, ohne in die Befugnisse der Einzelstaaten unmittelbar einzugreifen, für die körperliche Gesundheit der Nation sorgt, könnte das Reichsamt für Volksbildung die geistige Gesundheit des deutschen Volkes in der segensreichsten Weise befruchten und fördern.

Notizen

Drohende Revolutionsgefahr in England. Der „Daily Telegraph" schreibt am 6. August unter der Überschrift „Revolutionsgefahr": Bischof Frodsham, welcher gestern in Cardiff gelegentlich der städtischen Gedenkfeier des 3. Jahrestages der Kriegserklärung sprach, bezog sich auf den Bericht der Kommissionen, welche ernannt wurden, um die Ursachen der Arbeiterunruhen in Süd-Wales zu untersuchen. Er sagte, er könne nur die letzte Empfehlung der Kommission unterstützen, daß eine gründliche Untersuchung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes veranstaltet werde. Die Ereignisse würden indes nicht auf Spezialkommissionen warten und es sollten schleunigst Schritte getan werden, um einen mörderischen Kampf nach Erklärung des Friedens zu verhindern. „Es besteht eine tatsächliche Revolutionsgefahr in unserem Lande", fährt Seine Lordschaft fort. „Nicht während des

[1] Erziehungsbureau.

Digitized by Google

Krieges, aber nach dem Kriege. Andererseits wird es keine Revolution geben, wenn die Arbeitgeber und die Arbeiter die Zukunft nicht als Gegner, sondern als Teilhaber, nicht als Fremde, sondern als Brüder ins Auge fassen. Eine jetzt oft übersehene Tatsache ist es, daß weder Kapital noch Arbeit geteilt oder zusammen die ganze Nation bedeuten. Was noch mehr ist, es kann kein Vertrag zwischen Arbeitgebern und Arbeitern jemals als zufriedenstellend oder dauernd angesehen werden, der sich auf geringeren Interessen aufbaut, als auf denjenigen der ganzen Nation."

Friedenspropaganda in Frankreich. Die Presse erregt sich in treuer Gefolgschaft für die Regierung noch immer über die schlimme Friedenspropaganda, die im stillen ihr verbrecherisches Werk trotz aller Gegenmaßregeln fortsetze. „Broschüren, Flugblätter und Zeitungen, welche die Trauer und Leiden ausnutzen und die deutschen Verbrechen entschuldigen, gelangen auf tausend dunklen Wegen in die Werkstätten, Schulen und Häuser. Der Innenminister beugt sich vor den Mächten der Unordnung." („Liberté".) Es ist billig, deutsche Agenten für diese Stimmung verantwortlich zu machen, aber ihrem Ernst und ihrer natürlichen Berechtigung wird man dadurch nicht gerecht.

„Das Selbstbestimmungsrecht der Völker", sagt „Nowoje Wremja", „ist ein schönes Prinzip, aber eine in der Praxis unausführbare Formel." Sie nimmt zum Beispiel Böhmen und erläutert daran die Auffassung, daß es bei großen Landesteilen mit gemischtsprachlicher Bevölkerung schwierig sei, die Grenzen abzustecken, innerhalb deren das Plebiszit stattfinden sollte. Je nach deren Ausmaß könne die Majorität nach der einen oder anderen Richtung ausschlagen. Infolgedessen käme es auf einen Kompromiß hinaus und ein Kompromiß bedeutet Streit. So würde selbst die Anerkennung des Prinzips des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker seitens Österreich die Frage in Wirklichkeit keinen Schritt voranbringen. Ähnlich verhalte es sich z. B. mit dem Elsaß: „Fast alle Elsässer, welche sich als Franzosen fühlten, sind nach Unterzeichnung des Frankfurter Vertrags nach Frankreich ausgewandert."

Protest gegen den Weltkrieg. „England hat 1914 auf den Rat eines Militärs zweiten oder dritten Ranges nach deutschem Vorbild seine ganze Politik umgekehrt und aus Torheit und Unwissenheit seine Produktivkräfte ins Heer gesteckt oder an die Alliierten verliehen; Bonar Laws Äußerungen über die Kriegsschuld zeigen, daß man drei Jahre in einem Narrenparadies gelebt hat; von den vielen Übeln des Kriegs ist das größte, daß er die europäische Kultur zugrunde richtet wie der Peloponnesische die Griechenlands; die Anstifter müssen aus moralischen Gründen streng bestraft werden." („Statist"). — Die in Vejle tagende Delegiertenversammlung der radikalen Jugendbünde Dänemarks hat folgenden Beschluß gefaßt: „Da die Ursachen des Weltkrieges in den bisher herrschenden wirtschaftlichen, militärischen und politischen Systemen zu suchen sind, fordert Dänemarks radikale Jugend den Kampf gegen die Wirtschaftsmonopole, die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, die Anerkennung der völligen Volksregierung, so daß die Volksvertretungen und Staatsoberhäupter von allen mündigen Bürgern gewählt und alle Prinzipienfragen durch Volksabstimmung entschieden werden, sowie die Stellung der auswärtigen Politik unter parlamentarische Kontrolle." („Politiken").

Deutschlands wirtschaftliche Zukunft. Die italienische Zeitung „Economista" beschäftigt sich wieder einmal mit Deutschlands wirtschaftlicher Isolierung. Um sie so durchzusetzen, wie es wünschenswert sei, wird die Forderung begründet, das Adriatische und Tyrrhenische Meer durch eine Kanalverbindung Venedig—Mailand—Genua—Genfer See zu verbinden. „Nur dann wird es möglich, die Güterbeförderung entsprechend zu verbilligen, neue Industrien an diesem Kanal zu entwickeln und dadurch die deutsche Konkurrenz wirksam zu bekämpfen."

Die lateinische Union scheint doch nicht eine Phrase bleiben zu wollen. Südamerikanische Zeitungen berichten von neuen Bestrebungen, die in Brasilien gemacht worden sind, die latei-

Digitized by Google

nischen Völker „zum Schutz der Weltzivilisation" zu einem Bund zu vereinigen. Die Franzosen haben diese Bemühungen mit allem Eifer bereits aufgegriffen. Bis nach Paris sind die Kundgebungen zu Ehren der spanisch-amerikanischen Republiken vorgedrungen. Als der Vorkämpfer der lateinischen Union tritt es an ihre Spitze. Es ruft Italien, Rumänien, Portugal gegen den gemeinsamen Feind, das lateinische Amerika zur Pflicht „gegen sich selbst und gegen die Menschheit". „Amerika ist der Weltteil der Freiheit und der Demokratie. Wir sind die neue Welt, und bei uns entwickelt sich das kommende Geschlecht, die Welt von morgen, die von den Fehlern und Irrtümern der bisherigen Welt gereinigt ist." („El Dia".) Einen praktischen Ausdruck findet diese Verbrüderung in der Erleichterung der Ausfuhr von Brasilien nach Italien. Eine Dampferlinie wird von Brasilien nach Barcelona—Marseille—Genua und Neapel geplant, um auf diese Weise die Handelsverbindungen mit dem Mittelländischen Meer zu entwickeln.

Der neue Kurs in Polen. Die polnische Öffentlichkeit beschäftigt sich immer eingehender mit den Absichten der Entente, die ein großes Polen als Damm gegen Deutschland aufzurichten zu beabsichtigen scheint. Die Warschauer „Gazeta Poranna" brachte an führender Stelle einen Artikel aus der „Fortnightly Review" von dem Engländer E. L. Dillon mit folgenden Ausführungen: Nach Dillons Meinung hätte die Entente ihre Kriegsziele seit 1914 wesentlich verändert. Damals handelte es sich lediglich um die Befreiung Belgiens und des Elsaß, sowie die Ausrottung des Militarismus. Die russische Staatsumwälzung hat inzwischen eine Korrektur der Kriegsziele erforderlich gemacht und die Tatsache vor Augen geführt, daß der Sieg mit der Herbeiführung eines neuen europäischen Gleichgewichts identisch sein müsse. Der Verfasser geht dann näher auf die Kriegsziele Amerikas ein und stellt die Abweichung der Alliierten von der Wilsonschen Friedensformel fest. Das ehemalige Kriegsziel Englands kann infolge der allgemein geänderten Situation nicht mehr als ausreichend bezeichnet werden. Dies würde die Fortsetzung des bis 1915 von den Deutschen geführten wirtschaftlichen Eroberungszuges bedeuten, den sie noch während des Krieges durchgeführt haben und trotz der militärischen Niederlage vollenden könnten. Es wäre irreführend, zu glauben, Deutschland könne wegen innerer Schwierigkeiten zerfallen. Auch ein Sturz der gegenwärtigen Regierung würde einen Friedensbund Deutschlands mit den Westmächten nicht ermöglichen. Ein Umschwung könnte nur von unten, vom Volke, und nicht von außen (Amerika) herbeigeführt werden. Daran anschließend, sagt Dillon:

„Solange der Geist des deutschen Volkes die Demokratien des Westens bedroht, muß Deutschland von tatsächlich unabhängigen Staaten im Sinne von König Eduard VII. Isolierungspolitik umgeben sein. Das ist der einzige Weg, Deutschland zu schwächen."

Der Plan der Bildung eines „Mitteleuropas" muß unter allen Umständen durchkreuzt werden; an seine Stelle soll ein nichtdeutscher Völkerbund treten. Zu diesem Zweck scheint dem Verfasser die Habsburgische Monarchie am besten geeignet zu sein; er schlägt die Aufteilung Österreichs vor. Damit das deutsche Mitteleuropa nicht zustande kommt, muß Deutschland nicht nur Elsaß, Schleswig und die polnischen Provinzen verlieren; es muß außerdem ein böhmischer Staat ins Leben gerufen werden, der Böhmen, Mähren und die südslawischen Provinzen Nord-Ungarns und (aus strategischen Gründen) den deutschen Streifen — ein Gebiet also von etwa 12½ Millionen Einwohnern — umfassen soll. Das neue Polen müßte die Provinz Posen, Oberschlesien und die Mündung der Weichsel mit Danzig einschließen und den Kern eines nichtdeutschen Mitteleuropas als Damm gegen die geplante Verbindung Berlin—Bagdad bilden.

Die offene Sprache dieses Aufsatzes, wiedergegeben in einem Warschauer Blatt, deckt die Pläne der Entente offen genug auf. Interessant ist, daß die Hoffnungen der Polen diesen Plänen entsprechen. „Dziennik Narodowy" (Galizien) vom 11. Juli bringt nach der „Gazeta Polska" die Resolutionen der Moskauer Sektion des „Nationalen Arbeiterbundes".

Digitized by Google

In denselben wird die Bedeutung des Aktes vom 5. November anerkannt und zugleich unterstrichen, daß dieser Akt nicht die endgültige Lösung der polnischen Frage bringt, weil die polnische Nation nur mit der Schaffung eines unabhängigen vereinigten polnischen Staates mit Zutritt zum Meere zufriedengestellt werden kann.

Da die österreichischen Polen ziemlich unverhohlen die Führung der polnischen Politik in ihrem bereits mehrfach charakterisierten Sinne anstreben, so ist es erklärlich, daß sich in Warschau warnende Stimmen dagegen erheben.

In einem Aufruf der „Partei der nationalen Unabhängigkeit“ („Zdinia“ Nr. 20 vom 5. Juli), der eine Abrechnung mit dem provisorischen Staatsrate enthält, finden wir einen Passus gegen den überhandnehmenden Einfluß Österreichs in polnischen Angelegenheiten. Prof. Jaworski, der Leiter des obersten Nationalkomitees in Galizien und Graf Adam Tarnowski, früherer Kandidat für den Posten eines polnischen Ministerpräsidenten, werden als im Dienste einer fremden Macht stehende Politiker sehr scharf angegriffen. Besonders scharf richtet sich der Aufruf gegen letzteren. „Wer ist Graf Tarnowski, wenn nicht ein Vertrauensmann einer uns fremden Monarchie und Regierung? Hat sich Graf Tarnowski, als er zur polnischen Politik überging, von seinen bisherigen Machthabern unabhängig gemacht? Kann er uns die Unabhängigkeit der polnischen Politik und ihren Schutz vor den Intrigen Österreichs garantieren?“

Neuerscheinungen

Die Neutralen

I.

„Amerikas Warenausfuhr und Neutralität“ unterzieht Professor Dr. Heinrich Pohl (Verlag J. Guttentag, Berlin) vom Standpunkt des Staatsrechtlers aus einer Betrachtung, die von den amerikanischen Kriegslieferungen und den verschiedenen Phasen von Wilsons Neutralitätsauffassung bis in die Gegenwart führt und zu dem Schluß kommt: „Die ‚neutralen‘ Vereinigten Staaten von Amerika haben durch die Duldung und Förderung der Massenlieferung von Waffen und Munition an Deutschlands Feinde eine ungeheure Schuld vor Gott und der Menschheit auf sich geladen. Ungezählte der besten Söhne des Deutschen Reichs, das in gerechtem Krieg sein Dasein und seine Zukunft verteidigte, ließen ihr Leben durch die Schuld Amerikas. Trugen England und Rußland die Verantwortung für die Entfesselung der Kriegsfurie, so war die Weiterführung des Krieges das Werk der Vereinigten Staaten, die es vollbrachten im Namen der Neutralität und des Weltfriedens.“ „Diese Maske ist nun ganz gefallen. Aus dem stillen Geschäftsteilhaber der Entente ist ein offener Gesellschafter geworden. Der längst unser Feind war, hat sich vor aller Welt als solchen bekannt.“ Diese Auffassung stimmt mit der Casements überein, von der er in einem bei Reichel in Augsburg erschienenen, von Dr. Rothfelder herausgegebenen Erinnerungsbuch „Casement in Deutschland“ Zeugnis ablegt: Es ist ein trauriges Kommentar, heute im Jahre 1916, zu den Zeilen, die die Vereinigten Staaten als eine Zufluchtsstätte darstellen, „wo der Arme soviel wie der Reiche gilt und leuchtend die Freiheit siegt“, daß es gerade vor allen Ländern Amerika ist, wo das grausame Kreuz von England, das Kreuz von Gold, an dem die Menschheit gekreuzigt wird, aufgerichtet ist und aufrecht gehalten wird von den Söhnen derjenigen Männer, die England ausgetrieben hat, daß sie eine Republik der Freiheit gründen. Die Freiheit ist zugrunde gegangen, und die feigste Tyrannei, die des Geldes, mordet wieder den Gründer unseres Glaubens und verkauft die Menschheit für eine Handvoll Gold. Im Lichte der nachfolgenden Ereignisse gewinnt auch ein schon im Jahre 1915 erschienenes Buch von Dr. Karl L. Henning „Die Wahrheit über Amerika“ Interesse. Es weist auf die anti-deutsche Haltung Amerikas seit Beginn des Krieges, zeigt, „daß sich ruhiger denkende Gemüter vergebens bemühten, in diesem Lärm zu Worte zu kommen, zur Mäßigung zu mahnen und dem Volke zu raten, abzuwarten, bis die Zeit gekommen sei, das Falsche von dem Wahren, das Übertriebene von den einfachen Tatsachen zu scheiden. Das amerikanische Volk aber“, so schließt der Verfasser, „ist nicht jener ideale Organismus, als den man ihn sich in Deutschland häufig denkt. Wir aber als Deutsche können die amerikanische „Freundschaft“ wohl entbehren, die doch stets nur eine erheuchelte war, denn was der Deutsche heute ist, ver-

Digitized by Google

dankt er nicht Amerika, sondern seiner eigenen Kraft, seinem Fleiß, seiner Ausdauer und Gründlichkeit, vor allem aber seiner Schule. Wie vor mehr als 100 Jahren der deutsche „Schulmeister" es war, der den Korsen überwand, so ist es auch heute wieder der deutsche „Schulmeister", der hinter den unvergleichlichen Waffentaten unseres Hindenburg, Mackensen, Emmich, Kluck und unserem greisen „Gottlieb" steht. Denn er hat unsere Helden zuerst erzogen und vorbereitet für die Riesenaufgaben, die diese Feldherren in einer Weise gelöst haben, wie wir sie selbst nie geträumt hätten."

Otfried Nippold (einer der schweizerischen Vorkämpfer für die Fortbildung des Völkerrechts) legt das Schlußkapitel eines größeren Werkes über das Völkerrecht in diesem Krieg unter dem Titel „Die Gestaltung des Völkerrechts nach dem Weltkrieg" (O. Füßli, Zürich, Fr. 8.—) vor. Darin wird ein Überblick über die völkerrechtlichen Zukunftsprobleme gegeben und richtunggebende Grundlinien aufgestellt, die zugleich die Grundtendenz in der völkerrechtlichen Entwicklung vor Augen führen sollen. Der Standpunkt Nippolds ist dabei der, daß die Erfahrungen des Krieges dazu helfen sollen, die Herrschaft des Rechts über die Macht zu sichern. 1. Als erste der zu lösenden Aufgaben auf dem Gebiete des Völkerrechts stellt sich die Regelung des Verfahrens bei Streitigkeiten zwischen den Staaten dar, und zwar in dem Sinne, daß die Staaten sich künftig verpflichten müssen, sich in Streitfällen einem solchen Verfahren auch tatsächlich stets zu unterwerfen. 2. Man muß reale Garantien dafür schaffen, daß die Staaten diesen zu statuierenden Pflichten auch wirklich nachkommen. Es muß also ein System von völkerrechtlichen Zwangsmitteln geschaffen werden, die eine Sanktion für die tatsächliche Beachtung des Völkerrechts im Staatenleben darstellen. 3. Eine Staatenliga muß begründet werden. Mit der Einführung eines solchen Systems von Sanktionen würde das bisherige System des Wettrüstens, das eine Gefährdung des Weltfriedens bedeutete, ohne weiteres entbehrlich. 4. Die künftige Entwicklung liegt in einer allmählichen Absorbierung des Kriegsrechts durch das Völkerrecht, vermöge deren das Völkerrecht im Staatenleben stetig an Terrain gewinnen und schließlich in demselben zur Herrschaft gelangen soll. 5. Eine Gestaltung des Völkerrechts in diesem Sinne wird dazu führen, daß künftig auch im internationalen Leben das Recht über der Macht steht, daß die Selbsthilfe, der Krieg, immer mehr in den Hintergrund gedrängt und daß dadurch dasjenige System, das sich hauptsächlich auf die Macht statt auf das Recht stützen will, das militaristische System ein für alle mal beseitigt würde. Die „Antwort eines kosmopoliten Schweizers auf die deutsche Propaganda zum Weltkrieg 1914" gibt H. J. Suter-Lerch in dem Buch „Deutschland sein eigener Richter" (Zürich 1917, O. Füßli). Aus der Politik der Entente und der Mittelmächte vor dem Kriege glaubt er folgendes Bild zu gewinnen: „In Deutschland wurde der Trieb nach Ausdehnung seit 1898 in steigendem Maße der Öffentlichkeit als unabwendbar hingestellt; die entsprechende Wirkung kam in den gebildeten Kreisen deutlich zum Ausdruck, namentlich seit der Marokkokrisis. Deutschland weigerte sich bei Kriegsbeginn, England gegenüber die Integrität der französischen Kolonien anzuerkennen und versprach dem italienischen Bundesgenossen schon am ersten Kriegstage Territorien aus fremdem Besitz. Der Reichskanzler scheute sich nicht, zur Zeit des deutschen Kriegsglückes zuzugeben, daß seine Politik schon vor der Kriegseröffnung auf die Zerstörung des europäischen Gleichgewichtes gerichtet war. Das eigenartige Zusammenspiel der deutschen und der österreichischen Regierungen zur Zeit des Kriegsausbruches konnte nur bezweckt haben, die seit 1913 vorbereitete Ausführung der deutschen Orientpolitik (Berlin—Bagdad) in Erfüllung zu bringen. Demnach sollte der durch die Zentralmächte entfesselte Weltkrieg bezwecken, die eigene wirtschaftliche und politische Macht zu erweitern und auf Generationen hinaus festzulegen. Diese agressive Politik mußte dem größten Teil des deutschen Volkes Schaden bringen, und nur eine Partei, die man die „alldeutsche" zu nennen pflegt (Militär, Beamte, Professoren und Großindustrielle), konnten hieraus Nutzen ziehen. — Die alldeutsche Mittelmeerpolitik schuf neue defensive Vereinigungen: Marokko brachte England und Frankreich zusammen, wenn auch leider nicht in einer bindenden, abschreckenden und somit dem dauernden Frieden nützlichen Form; Berlin—Konstantinopel—Bagdad zwang die Balkanstaaten zu einem Bunde und führte in letzter Linie zum heutigen Weltkrieg; dieser aber schuf die Weltkoalition gegen Deutschland.

J. W. Headlam, der Vorkämpfer der Ententepropaganda, äußert sich in einer Schrift „England oder Deutschland?" über den „Konfliktsgrund", „seine Ursachen und seine Ziele" (O. Füßli, Zürich.) Wann wird der Friede kommen, fragt er. „Er wird kommen, sobald Deutschland für ihn reif ist, und diese Stunde nähert sich. Er wird kommen, wenn Deutschland die Lehre dieses Krieges begriffen haben wird, wenn es, wie jede andere Nation, begriffen hat, daß die Stimme Europas nicht ungestraft herausgefordert werden kann noch darf. Er wird kommen, wenn Deutschland bereit ist, die Männer und die Ideen, die den Krieg unvermeidlich machten, von sich zu weisen, wenn die Militaristen und die Chauvinisten ein verachteter und ausgestoßener Überrest geworden sind, wenn das deutsche Volk ihnen sagt: „Auf euch haben wir gehört, euch haben wir gehorcht, euch haben wir alles geopfert, was uns das Leben wert macht, das Leben unserer Söhne, Gatten und Väter, die Ideale und den Glau-

Digitized by Google

ben unserer Vorfahren und das bessere Teil unserer eigenen Persönlichkeit. Ihr habt uns Reichtümer und Macht und Weltherrschaft versprochen, wir nahmen euer Anerbieten an und glaubten euren Versprechungen, und was haben wir jetzt? Wir haben für sie unser Alles hingegeben und haben nun dafür nichts als Hunger und Kälte, Nacktheit, Krankheit und Tod, Not und Ruin eingetauscht. Nie sah man in der Geschichte eine so einmütige Opferwilligkeit; vor unseren Taten müssen sich die Armeen eines Napoleon mit Respekt verneigen — und was haben wir damit gewonnen? Vor zwei Jahren noch lag uns die Welt zu Füßen, aus allen Ländern kamen die Menschen zum Besuch unserer Städte, in jedem Lande waren unsere Kaufleute die wohlhabendsten, unsere Erzeugnisse die verbreitetsten und unsere Gedanken waren auch Gemeingut der anderen. Und nun überblickt einmal die Welt! Da werdet ihr sehen, daß wir vom ganzen Menschengeschlecht verachtet und gehaßt sind; wir tragen den Fluch Kains an der Stirne, die Leute weichen uns in den Straßen aus und unsere Sprache ist mit Bann belegt. Euch verdanken wir es, daß das Werk eines ganzen Jahrhunderts nationaler Anstrengung zugrunde gerichtet wurde."

Wie England durch seine wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Neutralen kämpft, legt an Hand des Materials und aus juristischer Sachkenntnis ein unbekannter Verfasser in der Schrift „Comment L'Angleterre combat les neutres" (O. Füßli, Zürich) dar.

In einer anderen Aufklärungsschrift wir die Haltung Österreich-Ungarns zu Serbien gerechtfertigt. „Serajévo, serbe contre la monarchie Austro-Hongroise" (Ferd. Wyß, Bern, Fr. 4.—). Sie zählt die Zeugnisse des Wohlwollens auf, das seit dem 16. Jahrhundert Österreich-Ungarn Serbien gegeben hat. „Im 16. Jahrhundert öffnete es der serbischen Bevölkerung seine Grenzen, als diese sich dem Koran entziehen wollte, um ihrem Glauben treu zu bleiben. Als Serbien im Jahre 1804 seine Unabhängigkeit durchgesetzt hat, stellt es dieselbe unter den Schutz des Hauses Habsburg. Als es im Krieg gegen Bulgarien unterliegt, wird es von Österreich-Ungarn vor dem Untergang bewahrt. „Solange der verderbliche Einfluß der panslawistischen Drohungen die serbische Politik nicht berührte, bewahrte es auch die Erinnerung an die erhaltenen Wohltaten." — Aber von diesem Augenblick an vergaß es die Dankbarkeit. Die Monarchie wurde ebenso gehaßt, als man ihr verpflichtet war, die rechtmäßigsten Unternehmungen, so die durch den Vertrag von 1878 in Aussicht genommene Einverleibung von Bosnien und Herzegowina wurden zu Attentaten gegen die geheiligten Rechte Serbiens, sowie sie an die Interessen des Panslawismus rührten." Dadurch hat die Monarchie die dauernde Verschwörung gegen ihre Sicherheit mit einer beispiellosen Langmut ertragen, „die unaufhörlichen Herausforderungen, Drohungen, Anschläge auf ihre Beamten, die aufrührerische Propaganda in ihrem Lande und unter der Jugend ihrer Erziehungsanstalten". „Man hat die Monarchie angeklagt, ihre Forderungen an Serbien übertrieben zu haben, damit Serbien sie nicht erfüllen könne und der Krieg so unvermeidlich würde. Das ist eine verleumderische Unterstellung. Die Monarchie hat aus vollem Recht gehandelt und nur in dem Willen, endlich Garantien für ihre Sicherheit zu erhalten. „Die Monarchie hat davon abgesehen, vor das Schiedsgericht zu treten, sie hätte sich zu sehr erniedrigt, wenn sie eingewilligt hätte, eine tödliche Verletzung wie einen gewöhnlichen Prozeß zwischen Nachbarn behandelt zu sehen. Sie hätte ihre Würde eingebüßt, während andere nur Zeit gewonnen hätten, um die Vernichtung der Monarchie vorzubereiten. Und als Österreich-Ungarn nicht in die Erniedrigung einwilligen wollte, die ihr Selbstmord als Großmacht gewesen wäre, entschieden ihre Gegner, es durch die Waffengewalt zu vernichten."

Druckfehlerberichtigung. In Heft 33 unserer Zeitschrift, S. 1155, zweite Zeile von oben, ist durch ein Versehen das Wort „uns" eingeschaltet worden. Der Satz muß heißen: „Wie eine mitteleuropäische Zange würde Schweden—Finnland mit seiner strategisch günstigen Grenze zum russischen Gebiet drohend auf Petersburg weisen und würde die zentrale Ostseestellung, die Großbritannien einzunehmen im Begriffe steht, im Rücken bedrohen können, wenn wir es wirklich versäumen sollten, Livland und Estland nebst den vorgelagerten Inseln militärisch, politisch und wirtschaftlich an den mitteleuropäischen Block zu binden."

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Rohrbach, Macht, Recht und öffentliche Meinung 1105
Jöhlinger, Englands Kriegs-Bilanz 1110
Lehmann, Bulgariens innere Politik 1114
Thimme, Die Religion und ihr irrationaler Kern 1122
Brief an die „Deutsche Politik" 1130
Notizen / Neuerscheinungen 1131

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 31. August 1917 Heft 35

Gustav Kiepenheuer / Verlag / Weimar / Berlin

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh ◆ Paul Rohrbach ◆ Philipp Stein

unter ständiger Mitarbeit von:

Prof. Dr. Paul Arndt, Berlin; Prof. Dr. Anhagen, Dahlem-Berlin; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. C. H. Becker, Berlin; Professor D. Deißmann, Berlin; Prof. Dr. Rudolf Eucken, Jena; Prof. Dr. Eulenburg, Leipzig; Anton Fendrich, Freiburg-Zähringen; Prof. Dr. E. Franke, Berlin; Prof. Dr. O. Franke, Hamburg; Oberbürgermeister Dr. Geßler, Nürnberg; Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig; Prof. Dr. Harms, Kiel; Oberbürgermeister Dr. Külz, Zittau; Prof. Dr. Lampe, Berlin; Dr. Freiherr von Mackay, München; Wilhelm v. Massow, Berlin; Prof. Dr. F. Meinecke, Berlin; Dr. Adrian Molin, Stockholm; Geh. Reg.-Rat Dr. Muthesius, Berlin; Geh. Justizrat Prof. Dr. Niemeyer, Kiel; Prof. Dr. Oncken, Heidelberg; Dr. Alfons Paquet, Frankfurt a. M.; Prof. Dr. Pohl, Greifswald; Justizrat Dr. Rhode, Berlin; Prof. Dr. Roloff, Gießen; Prof. Dr. von Rümker, Berlin-Nikolassee; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schiemann, Berlin; Axel Schmidt, Berlin; Geh. Rat Dr. Schneider, Frankfurt a. O.; Geh. Admiralitätsrat Dr. Schrameier, Berlin-Halensee; Prof. Dr. Schumacher, Bonn; Reichstagsabgeordneter Geh. Rat Prof. Dr. von Schulze-Gävernitz, Freiburg; Geh. Regierungsrat Prof. Dr. M. Sering, Berlin-Grunewald; Dr. Somary, Berlin; Prof. Dr. Martin Spahn, Straßburg; Dr. Friedrich Thimme, Berlin; Dr. lic. theol. Gottfried Traub, Dortmund; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Troeltsch, Berlin; Admiral z. D. Gouverneur v. Truppel, Berlin; Prof. Dr. Georg Wegener, Berlin; Dr. Fritz Wertheimer, Berlin; Prof. Dr. Wiedenfeld, Halle; Geh. Rat Prof. Dr. Wohltmann, Halle; Kgl. Ministerialrat Zahn, München; Regierungsrat Zache, Hamburg.

Einsendungen (mit Rückporto) für die Schriftleitung sind zu richten nach Berlin W 50, Augsburger Str. 74 II. Telephon: Amt Lützow 5723. / Einsendungen, welche den Versand und Inseratenteil der Zeitschrift betreffen, dagegen nur an den Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburger Str. 74 II, Telephon: Amt Lützow 5723; oder Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar, Wörthstraße 43. Telephon 53.

Gustav Kiepenheuer Verlag, Abt. „Deutsche Politik", Berlin

Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M 3,20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M 3.80, Ausland M 4.50.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 31. August 1917 • Heft 35

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

den 26. August 1917.

Macht, Recht und öffentliche Meinung

Von Dr. Paul Rohrbach

Der neue Staatssekretär des Auswärtigen, Herr von Kühlmann, hat im Deutschen Reichstag kürzlich das Wort gebraucht: „In der Politik spricht die Macht, in der Politik spricht aber auch das Recht." Er fügte dann noch weiter hinzu: nur wenn wir unsere Politik auf diese beiden Pfeiler, Macht und Recht, gründeten, würden wir Dauerndes schaffen; eine nur auf dem Machtgedanken begründete Politik sei von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Was der Staatssekretär damit gesagt hat, ist an sich etwas Selbstverständliches. Allerdings hat es nie an Stimmen gefehlt, die da leugneten, daß in der Politik das Recht viel zu suchen habe. Wir erinnern uns an Machiavelli, der das Machtideal ohne jede Einschränkung vertrat. Bei uns haben sowohl vor dem Kriege als auch während des Krieges Vertreter des alldeutschen Gedankens in verschiedener Ausprägung das Prinzip „Gewalt, Gewalt und nochmals Gewalt" im Völkerleben verkündet. Auf englischer Seite ist im Weltkriege die frivole Wendung vom „Moratorium für die Bergpredigt" erfunden worden. Gegenüber solchen Torheiten und üblen Reden ist es gut, wenn ein verantwortlicher deutscher Staatsmann sagt, neben der Macht müsse auch das Recht gelten und Macht ohne Recht führe zu nichts.

Also ein dankenswertes, ein sehr dankenswertes Wort sogar! Wir haben manchmal auch von den Vorgängern der jetzt an der Regierung befindlichen Männer gute Worte gehört. Sie haben aber im Auslande meist wenig Eindruck gemacht, und zwar hauptsächlich deshalb, weil unsere Politik die psychologischen Werte nicht richtig zu handhaben gelernt hat. Allerdings hat Herr von Kühlmann in derselben Rede auch gesagt, man müsse dem Gegner psychologisch „an der Klinge bleiben". Wiederum ein vortrefflicher Ausdruck. Eines der obersten Gesetze psychologischer Wirksamkeit ist aber dieses, daß auch die beste Rede, das beste Wort praktisch-politisch wenig nützen, wenn nicht die angeschlagene Note dauernd wiederholt, in den öffentlichen Kund-

Digitized by Google

gebungen der Regierung und in der unabhängigen Presse immer von neuem benutzt wird. Ich habe schon vor zwei Wochen hier ausgeführt, daß es unser Fehler ist, feindliche Angriffe, die sich an die öffentliche Meinung der kriegführenden Länder richten, mit sachlichen Widerlegungen von der Art, wie sie in offiziösen Blättern stehen, zu beantworten, und wenn das Werk getan ist, diese Angelegenheit wieder ruhen zu lassen. Damit wird nichts erreicht: so zu arbeiten vermag nur politische Unerfahrenheit. Glaubt die Unerfahrenheit sich dabei in den Faltenwurf bureaukratischer Vornehmtuerei hüllen zu sollen — um so schlimmer. Auf unserem politischen Schlachtfeld wirkt nur die niemals abreißende Festhaltung desselben Motivs in allen Tonlagen und mit allen Hilfsmitteln. Wodurch haben denn die Gegner uns die verderblichen Niederlagen auf dem „moralischen" Kriegsschauplatz beigebracht? Vor allen Dingen dadurch, daß sie einige wenige Behauptungen in stupider Eintönigkeit und millionenfacher Wiederholung, in unzähligen Reden, mit endlosem Schreiben und Drucken, den Völkern ins Gehirn hineinarbeiteten. Stupid, scheinbar stupid, und nicht nur das, sondern auch gewissenlos und böswillig, aber psychologisch richtig berechnet und wirksam! Wenn man also nicht auch bei uns sich entschließt, diese Methode richtig anzuwenden, so werden auch die besten Worte politisch so wirkungslos bleiben, als ob sie nie gesprochen wären. Und dabei haben wir das bessere Material!

Der Staatssekretär hat selbst gesagt, alles was bei uns geredet und geschrieben würde, dringe auch bis zu unserem Feind. Es dringt nicht nur dorthin, sondern es übt auch Wirkungen aus — gute, wenn psychologisch richtig, verderbliche, wenn psychologisch falsch geredet wird. Die Kühlmannsche Formel, in der Politik spräche die Macht, aber auch das Recht, ist gut, aber nicht vollständig. Sie muß dahin erweitert werden, daß zu der Macht und dem Recht als dritter wirksamer Faktor die öffentliche Meinung tritt. Keine Regierung und kein Volk kann auf die Dauer Krieg führen, ohne die Macht der öffentlichen Meinung zu spüren. Die öffentliche Meinung läßt sich weder unter die Begriffsordnung der Gewalt, noch unter die des Rechtes bringen, aber sie ist unter Umständen stärker als Gewalt und Recht. Rußland hat 1905 seinen Krieg gegen Japan in dem Augenblick verloren, wo es sonst sicher gewesen wäre, ihn zu gewinnen — wenn nicht die öffentliche Meinung im Volke gegen den Krieg gewesen wäre, und die Regierung der Revolution wegen die Truppen vor den Japanern, die am Ende ihrer Kräfte waren, hätte zurücknehmen müssen. Umgekehrt sehen wir heute, daß ein fast zerschmettertes Rußland seinen Kriegswillen nicht aufgibt, weil die öffentliche Meinung sich von dem Glauben hat erfüllen lassen Deutschland müsse vernichtet werden, wenn das russische Volk seine „Freiheit" bewahren solle.

Macht, Recht und öffentliche Meinung! In dieser Formel liegt nicht weniger, als das Gesetz des Sieges im Weltkriege für uns enthalten. Spüren wir es nicht an uns selber, daß uns die Kräfte zum Sieg in dem Augenblick verlassen würden, wo unsere

Digitized by Google

öffentliche Meinung nicht mehr, zum festen nationalen Willen gesteigert, die Mehrheit unseres Volkes unter den Waffen und in der Heimat emporhielte? Darum kämpft auch die „Deutsche Politik" so andauernd für die Herbeirufung des Volkes im ganzen zur Mitbestimmung seiner Geschicke, weil nur starkes Erfüllen der Gesamtnation mit politischem Aktivitätsgefühl, nur Festhalten des Massenwillens bei Not, Tod und Kampf um des Sieges wegen, uns diesen Sieg noch schaffen kann! Es ist Unfähigkeit, sich von der trockenen Blässe alter Formeln freizumachen, wenn einer diesen inneren Kampf in Deutschland nicht anders zu beurteilen weiß, als nach dem Schlagwort von der Demokratisierung. Das ist eine Formel, die man meinetwegen brauchen mag, wie man um der Einfachheit halber auch chemische Buchstabenformeln für Bewegungsvorgänge in den Stoffen braucht, aus denen unsere Welt und wir selbst uns aufbauen. Über alle Formeln hinaus brauchen wir aber die Einheit im Willen der Masse, unser nationales Dasein, unsere Zukunft, zu sichern und zu behaupten. In gewöhnlichen Zeiten ist die Aufgabe derjenigen, die sich als Führer aus der Menge hervorheben, nicht so schwer. Die Schwierigkeit fängt aber an, wenn die Opfer, die der Masse zugemutet werden, sich steigern und steigern, wenn auf der einen Seite immer nur gesagt werden kann: es gilt eure und eurer Kinder Zukunft, auf der anderen aber der Tod auf dem Schlachtfelde nun schon ins vierte Jahr seine Ernte hält, die knappe Nahrung nicht reichlicher werden will und die Kraftquellen immer ausschließlicher aus der Anspannung des Willens, nicht mehr aus der Zunahme von Speise und Trank, aus Licht und Wärme, wenn es kalt wird, hervorfließen müssen.

Es kommt bei uns nicht mehr darauf an, daß das geschieht, was einzelne politische Richtungen oder Genossenschaften nach Interesse und Gesinnung vom Kriege verlangen, sondern darauf, daß lebendiges Vertrauen in die Volksmasse hineingegossen wird: die Lenker, die uns 70 Millionen Deutschen heißen, zu kämpfen, zu bluten und Not zu leiden, sie haben auch zu dem deutschen Volk im ganzen ohne Unterschied von Stand, Beruf und Vermögen das Vertrauen, sie hegen der Masse gegenüber die tiefe Dankbarkeit, daß sie ihr durch die Tat den Entschluß zeigen wollen, alles auf sie zu stellen. Die „oberen" Stände, was man so Besitz und Bildung nennt, die können die Schützengräben nicht füllen, können die Kohle nicht fördern, die Munition nicht schmieden, die unser Daseinskrieg braucht. Bringt unsere Regierung der Masse des Volkes nicht das notwendige und verdiente Dankopfer der Demokratisierung, tut sie es nicht ehrlich fest und schleunig, so zerbricht unsere Einheit und der Sieg entgleitet unseren Händen. Hier sehen wir an uns selbst, wie Einheit not tut. Wenn wir aber klug sind und das Material zu benutzen verstehen, das uns aus der feindlichen Welt zufließt, so merken wir auch leicht, daß es bei den Gegnern vor allem beim gefährlichsten Gegner, England, nicht anders steht. Das, worum die englische Kriegführung im Innern kämpft, ist die Einheit des Volkswillen. Lloyd George, der englische Diktator und Kriegsmacher,

Digitized by Google

weiß genau, daß sein Krieg verloren ist, sobald ein erheblicher Teil des englischen Volkes, sei es auch nur eine starke Minderheit, ihn nicht mehr will und sich nicht mehr davon überzeugen läßt, daß er notwendig ist. Das Hauptmittel, mit dem Lloyd George, Northcliffe und Genossen die englische öffentliche Meinung fort und fort in den Krieg treiben, ist ihre Predigt, Deutschland sei der Angreifer, Deutschland vertrete die Lehre von der Gewalt, die über alles Recht gehe, Deutschland wolle die Welt erobern und die Völkerfreiheit zertrümmern. Man sagt, die Heuchelei sei im Grunde das stärkste Bekenntnis zur Macht der Wahrheit, weil der Heuchler sich nicht traut, anders Glauben zu finden und zu siegen, als indem er sich in den gefälschten Mantel der Wahrheit kleidet. Sehr richtig. Ebenso unzweifelhaft aber ist es richtig, daß man kein großes Volk, auch das englische nicht, bei einem Kriege festhalten kann, der so viele Opfer fordert und der mit der Zunahme der Opfer auch zunehmendes Nachdenken und wachsende Kritik erregt, wenn man dem Volk nicht den Glauben beibringen kann, es handle sich um hohe und große Ziele. Nur ein törichter Mensch kann sich einbilden, es wäre Lloyd George möglich, den Kriegswillen in der Mehrheit des englischen Volkes einfach auf das stillschweigende brutale Einverständnis hin zu erhalten, es gelte einen großen Raubzug in allen Erdteilen, und vor allem die Ausplünderung Deutschlands. Das sind Gedanken einzelner politischer Führer und bestimmter materiell interessierter Schichten in England, aber das ist kein Programm, für das man ein englisches Volksheer, das im Verhältnis fast so viel bedeutet wie das deutsche, ohne Unterlaß in die flandrischen Blutbäder treiben und die Nation ins Endlose zu den auch für England immer schwerer werdenden Opfern anspornen kann. Die Möglichkeit, den englischen Kriegswillen geschlossen zu erhalten, steht und fällt mit der anderen: der englischen öffentlichen Meinung den Glauben an Englands Recht und Deutschlands Unrecht zu erhalten. Die englischen Kriegstreiber haben kein anderes Mittel, die Einheit unseres nationalen Willens zu erschüttern, als daß sie versuchen, den materiellen Druck, unter dem wir leiden, bis ins Unerträgliche zu steigern. Unsere Staatmänner aber halten ein viel stärkeres Mittel in der Hand, die innere Einheit des englischen Kriegswillens aufzuheben. Nur müssen sie verstehen, wie man es anwendet!

Durch nichts anderes sind wir imstande, die innere politische Front in England so sicher zu zersprengen, wie durch das wiederholte und freimütige Bekenntnis zum Recht als zur Entscheidungsgrundlage im Völkerstreit — wenn es in einer Weise geschieht, die zugleich geschickt ist und sachlich überzeugend wirkt. Nicht jene, sondern wir sind in Wahrheit die moralisch Stärkeren; jene aber, die Kriegstreiber der Entente, sind bisher die unendlich Geschickteren gewesen. Wir, nicht sie, wagen es zum Beispiel, die sozialdemokratischen Vertreter nach Stockholm zu schicken. Warum benutzt man von seiten unserer Regierung diese unvergleichliche moralische Waffe so schlecht? Ist das Staatskunst? Sieht man nicht, welch ein Kampfmittel für die öffentliche Meinung man da in der Hand hält — oder wagt man nicht, es zu gebrauchen? Eng-

Digitized by Google

länder, Franzosen und Amerikaner fürchten sich wie vor dem Feuer davor, daß die Aussprache in Stockholm unser Recht an den Tag bringen könnte. Die Proben, die unsere sozialdemokratischen Vertreter neulich dort von ihrem Standpunkt gaben, haben die helle Angst der Entente erregt, es könnte noch mehr von diesem deutschen Gericht aufgetischt werden. Das ist das eine, was sie fürchten. Das andere ist ihre Besorgnis vor dem Wachstum des politischen Einflusses der Sozialdemokratie in England, in Frankreich und in Amerika. Das sind die Demokraten im Heuchelkleide, die Demokratie und Freiheit im Munde führen, aber ihnen in weitem Bogen aus dem Wege gehen, wo sie ihnen wirklich begegnen können! Wie leicht wäre es, der Entente hier eine moralische Niederlage zu bereiten, von der sie sich nicht wieder erholt. Wo aber sind die Leute bei uns, die das fertig bringen? Rußland hat uns wider unseren Willen zur Kriegserklärung gezwungen, England wider unseren Willen zum rücksichtslosen U-Bootkrieg. Was ist notwendiger, als daß wir nicht aufhören, jene als die Zerstörer von Frieden und Recht auf der Welt zu brandmarken, uns aber als diejenigen zu erweisen, die, indem sie gezwungen und überfallen, um ihr Dasein ringen, in Wahrheit dafür kämpfen, daß Weltfriede und Weltrecht hinter dem Weltkrieg wieder ans Ruder gelangen können? Das Material, um diese Wahrheit zu erweisen, ist so groß, die Schwächen und Blößen der Gegner so zahlreich, die Methode des Erfolges so einfach, daß es für jede wirkliche Staatskunst ein Leichtes sein sollte, aus unserer bisherigen matten, ungeschickten und wenig überzeugenden Verteidigung zu kraftvoll durchgeführten und erfolgreichen Angriffen überzugehen. Nur ein Blinder kann sich heute noch davor verschließen, daß die Entscheidung im Weltkriege nicht mehr durch das Schwert allein, sondern ebensosehr und vielleicht noch eher durch richtige politische Strategie und Taktik erreicht werden wird. Es ist bei uns einiges dieser Art in letzter Zeit versucht worden, keineswegs ohne Erfolg. Im Vergleich dazu aber, was noch geschehen muß und geschehen kann, war es ein gar zu bescheidener und zaghafter Anfang. Die Hauptsache muß noch kommen, wenn es noch Staatsmänner bei uns gibt.

Ein Staatsmann soll die Natur des Gegners erkennen. Bei Rußland haben wir sie im entscheidenden Augenblick nicht erkannt und damit diesem Feinde wieder auf den Weg der Sammlung und Zusammenfassung seiner politischen Kräfte gegen uns geholfen. Die nationalistische und kriegsbegeisterte Gegenrevolution ist im Vordringen, Kerenski ist ihr Prophet geworden, und es wird nicht lange dauern, bis er sich in der Kriegspolitik Leuten wie Miljukow angeglichen hat. Daß die russische Revolution in das kriegerische Fahrwasser kam, ist das Werk unserer in bezug auf Rußland unwissenden Politik. Gut, (oder vielmehr nicht gut!) — finden wir uns damit ab, daß die für unsere Staatslenkung maßgebenden Leute Rußland gegenüber schwere Fehler gemacht haben, seien wir darauf gefaßt, daß die Reihe auf diesem Gebiet vielleicht auch jetzt noch nicht abgeschlossen ist, und hoffen wir, daß die inneren Schwierigkeiten Ruß-

Digitized by Google

lands am letzten Ende doch noch besser für uns arbeiten werden, als unsere eigene Politik es bisher getan hat.

Nun aber England! Bei England, so sollte man doch meinen, ist es für den deutschen Politiker nicht so schwer, psychologisch richtig zu verfahren, wie bei Rußland, wo Sprache, Volksart, Geschichte und so weiter für den durchschnittlichen Deutschen, auch für den durchschnittlichen deutschen Staatsmann, unbekannte Größen sind. Kann man wirklich an der jetzigen Lage der Dinge in England vorbeisehen? Ist es nicht deutlich, daß Lloyd George und Northcliffe, die Vertreter des heuchlerischen, lügenhaften und brutal gewaltpolitischen England, vor nichts soviel Furcht haben, wie vor einem Eintreten Deutschlands für Frieden und Menschlichkeit? Sie kämpfen nicht nur um den Sieg, sie kämpfen auch um die Rettung ihrer selbst. Daher ihre verzweifelte Kriegswut. Sie wissen, daß sie und ihr Krieg zusammen verloren sind, wenn Deutschland erklärt, zu einem Frieden ohne erzwungene Annexionen und Entschädigungen bereit zu sein. Ihr tägliches Gebet ist, daß ihnen deutsche Stimmen beschert werden mögen, mit denen sie dem andern England, das an Frieden denkt, die Unaufrichtigkeit Deutschlands und die Fortdauer der „deutschen Gefahr" glaubhaft machen können. Jeder englische Staatsmann, nicht nur Lloyd George, weiß, daß im kritischen Augenblick, wenn es an die Liquidation des Krieges geht, die Karten Englands aufgedeckt werden müssen und England dann seine Eroberungspläne bekennen muß. Welch eine Niederlage für die englische, welch ein Augenblick für die deutsche Politik, wenn sie sich jetzt klar und offen zu dem Grundsatz bekannt hat, den die Reichstagsresolution wiedergeben soll! Wir können alles glänzend gewinnen, den Krieg, unsere Zukunft, die öffentliche Meinung der Welt, wenn wir jetzt Einsicht und Entschlossenheit genug bewähren und eine psychologisch richtige Politik gegen England aufbringen. Wir können England moralisch zerschmettern, wenn wir wollen — das England, das sich von dem bösen Feind des Friedens, Lloyd George, immer weiter in das Blutmeer hineinpeitschen läßt. Wir können freilich etwas anderes tun: falsche Politik zur Freude Lloyd Georges, Wilsons, Poincarés und der gesamten Entente! Dazu brauchen wir nur weiter so zu tun, als ob es keine Staatskunst und keine politische Führung bei uns gäbe, die weiß, was sie will.

Englands Kriegs-Bilanz

Von Otto Jöhlinger

Wenn man jetzt englische Zeitungen durchliest, dann findet man immer wieder die Beteuerung von der „Selbstlosigkeit", mit der England in diesen Krieg gezogen ist. Immer wieder kann man lesen, daß England keinen Landerwerb erstrebe und daß es nach Kriegsbeendigung seine Truppen vom Kontinent zurückziehen würde. Es sei nur ideeller Güter wegen in den Krieg gezogen, materielle Werte erstrebe es

Digitized by Google

nicht. Wie sieht nun in Wirklichkeit die englische Behauptung aus? Es ist zuzugeben daß im allgemeinen England in Europa nicht auf Landerwerb ausgehen will, es sei denn, daß es Calais und Boulogne nicht mehr zu räumen gedenkt. Aber vom Yserkanal, aus Flandern und den sonstigen Gebieten von Nordfrankreich dürfte es wohl seine Truppen in der Tat zurückziehen. Damit erschöpft sich aber die englische Tätigkeit keineswegs. Denn Englands Truppen stehen ja nicht nur bei Ypern und an der Somme, sie waren ja auf der ganzen Welt verteilt, auf der Sinai-Halbinsel, in Saloniki, in Mesopotamien, in Bagdad, in Arabien, in Südwestafrika, in Togo und Kamerun und in Ostafrika; überall sind englische Armeen, und sieht man einmal die Weltkarte von diesem Gesichtspunkte an, dann ergibt sich doch ein ganz anderes Bild. Die Gebiete, die England hier besetzt hat, sie sind zusammengerechnet größer als ganz Europa. Zunächst hat England völlig besetzt: Deutsch-Südwestafrika, Togo und Kamerun, zum großen Teil Deutsch-Ostafrika, ferner Neu-Guinea, Samoa und den weitaus größten Teil unseres Südseebesitzes, soweit er nicht von Japan erobert ist. Es hat ferner annektiert die bereits seiner Oberhoheit unterstehenden Gebiete Ägyptens, und es hat in Persien seine Truppen weit vorgerückt. Die Sinai-Halbinsel ist vollständig von englischen Truppen besetzt. Arabien ist über Mekka hinaus erobert, Mesopotamien bis Bagdad. Es wird wohl heute kaum einen Engländer geben, der es verstehen würde, daß es sich hierbei nur um eine vorübergehende Besetzung handele. Jeder Engländer wird vielmehr der Ansicht sein, daß diese Gebiete englisch bleiben. Denn darüber muß man sich im klaren sein; so zerstreut die Gebiete auch an sich liegen, es liegt etwas unbedingt Systematisches in ihrer Erwerbung und zugleich die Erfüllung eines englischen Traumes; denn mit den Erwerbungen wird die Flankendeckung in West und Ost für Indien in fast idealer Weise bewirkt. Der Indische Ozean schwebt dem Engländer schon längst als „mare clausum britannicum“[1] vor, dessen Küsten bis auf wenige Ausnahmen englisch sind. Flankiert wird dieser Ozean durch Britisch-Südafrika und Britisch-Ostafrika auf der einen Seite und durch Australien, Neuseeland und das Inselgebiet in der Südsee auf der anderen Seite. Der Kernpunkt liegt in Indien, das durch diese Flanken geschützt wird. Dieses Dreieck, dessen einer Schenkel Südafrika mit Indien verbindet, dessen anderer von Indien nach Australien läuft und dessen Grundlinie Südafrika mit Australien vereinigt, war bisher nicht ganz lückenlos. Dazwischen lagen zunächst Deutsch-Ostafrika und Mosambik, auf der anderen Seite lagen die deutschen Südsee-Inseln. Darüber hinaus befinden sich inmitten des Gebietes noch Italienisch-Somali-Land, Madagaskar und im Osten der niederländische Inselbesitz. Immerhin ist England seinem Ziel durch den Krieg immer nähergekommen. Mosambik steht derartig unter englischem Einfluß, daß es nicht mehr störend wirkt. Stützpunkte von Großmächten, die Englands Pläne durchkreuzen können, sind seit der Eroberung von Ostafrika so gut wie nicht mehr vorhanden. Ge-

[1] „Geschlossenes englisches Meer“.

Digitized by Google

heimrat Stuhlmann hat kürzlich in der „Deutschen Kolonial-Zeitung" (vom 20. Juni 1917) berechnet, welche wirtschaftliche Bedeutung die in Frage kommenden Gebiete vor dem Kriege hatten, und da ergibt sich, daß die englischen Länder, die hier in Betracht kommen, einschließlich Australien, Indien und Ägypten zusammen 367 Millionen Einwohner hatten und einen Außenhandel von 16 Milliarden Mark aufwiesen. Deutschland war daran mit über 1,4 Milliarden Mark beteiligt. Hinzu kommen die im Kriege von England *besetzten* Gebiete, also vor allem die deutschen Kolonien und Mesopotamien mit über 8 Millionen Einwohner und 170 Millionen Außenhandel. Man sieht aus diesen wenigen Ziffern, daß es sich um einen stattlichen Besitz handelt, der durch die jetzt besetzten Gebiete eine außerordentliche Bereicherung und zugleich eine Zusammenfassung erfährt. Es heißt also für uns auf der Wacht zu sein; denn wenn England sein Ziel verwirklicht, wird Deutschland nicht nur politisch im Indischen Ozean ausgeschaltet, sondern auch wirtschaftlich völlig zurückgedrängt. Die Einkreisung Deutschlands in Europa erfährt für England eine unbezahlbare Ergänzung durch die Besetzung sämtlicher Küsten des Indischen Ozeans. Deutschland darf nicht dulden, daß Arabien und Mesopotamien unter englischem Einfluß stehen; denn sie bedeuten eine dauernde Bedrohung der Türkei und zugleich unserer eigenen Wirtschaftsinteressen.

Wie schon erwähnt, handelt es sich bei dem Vorgehen Englands keineswegs um etwas Zufälliges. Im Gegenteil, der Schachzug Englands im Indischen Ozean stellt das Ziel eines *planmäßigen* Strebens dar, und wer daran zweifelt, der greife zu einem Werk, das im Jahre 1913 erschienen ist: „The day of the Saxon" von *Homer Lea*. Der Verfasser, ein Amerikaner, hat mit geradezu prophetischem Geiste die Entwicklung vorausgesehen, und er hat England die Wege gewiesen, die es jetzt geht. Homer Lea erblickt überall Gefahren für das angelsächsische Reich, sowohl im Widerstreit mit den deutschen Interessen, als auch mit denen Rußlands und Japans, und er kommt zu dem Resultat, daß der verwundbarste Punkt im angelsächsischen Weltreich *Indien* darstellt. Das wird im einzelnen gezeigt und Homer Lea faßt seine Schilderungen zusammen in die Worte:

„Der Verlust Indiens ist nächst einem direkten Angriff und einer Einnahme der britischen Insel der tödlichste Schlag, der das angelsächsische Reich treffen kann. Indien ist mit der Erhaltung des Weltreiches so eng verknüpft, daß es keineswegs sicher, ob eine Invasion der britischen Inseln der Eroberung Indiens vorzuziehen wäre."[1]

Dabei betont der Verfasser, daß die wirtschaftliche Seite für ihn keine Rolle spiele. Die Bedeutung Indiens könnte durch Verlustzahlen materieller Natur gar nicht ausgedrückt werden. Indiens Verlust sei so groß, daß alles Blut, Eisen und Feuer der angelsächsischen Rasse den Ring der britischen Weltherrschaft nicht mehr zusammenschmieden könne. Deshalb solle England stets seine ganze Politik so treiben, daß Indien von keiner Seite genommen werden kann. Als ein Mittel hierfür sieht

[1] Dankenswerterweise hat Graf E. Reventlow im Verlage von E. S. Mittler & Sohn eine Übersetzung des ungemein interessanten Werkes unter dem Titel: „Des britischen Reiches Schicksalsstunde" herausgegeben.

Digitized by Google

Homer Lea in einer starken englischen Armee. Schon vor dem Kriege predigte er deshalb den Engländern, schleunigst die Wehrpflicht einzuführen, um in Europa Indien zu verteidigen. Homer Lea war der Überzeugung, daß die Ausdehnung Deutschlands, Rußlands und Japans sich in der Richtung auf Indien und dessen Interessen bewegen müsse, eine Anschauung, die für Deutschland ja völlig unzutreffend ist. Zur Illustration der Lage hatte er eine Landkarte gezeichnet, in der von Indien aus 13 strategische Dreiecke strahlenförmig ausgehen. 11 dieser Dreiecke liegen auf britischem Gebiet, 2 außerhalb. Ein Blick auf die Karte zeigt nun, daß die strategischen Dreiecke, die der Verfasser zeichnet, zu einem großen Teil in das Gebiet des jetzigen Weltkrieges fallen. Ein Dreieck umfaßt Persien, ein anderes Arabien, ein drittes endet bei Sansibar. An Hand dieser Karte verlangt nun Homer Lea, daß England sich alle die Gebiete sichern soll, die in die Dreiecke fallen. Vergleicht man aber die Karte Homer Leas mit den Ländern, die von England besetzt sind, so ergibt sich ein ganz auffallende Ähnlichkeit der beiden Landkarten. Das, was 1913 Homer Lea als notwendig für England vorausgesehen hat, ist bereits in Erfüllung gegangen. Die strategischen Dreiecke fallen jetzt zum weitaus größten Teil auf britisches resp. von Engländern besetztes Gebiet. Die Sicherung Englands und zugleich des Indischen Ozeans ist vollzogen!

Man sieht hieraus, wie systematisch die Engländer in diesem Kampfe vorgegangen sind und wie sie es verstanden haben, während die europäischen Heere auf den Schlachtfeldern verbluten, sich in Übersee die wertvollsten Stützpunkte ihrer Weltherrschaft zu verschaffen und damit ihre Vormacht im Indischen Ozean in einer Weise zu befestigen, wie es bisher nicht möglich war. Das muß man sich vor Augen halten, wenn man immer wieder liest, daß England in diesem Kriege keinen Landerwerb erzielt habe!

Ein Kapitel für sich ist Englands Stellung im Mittelmeer. Dieses ungemein wichtige Gebiet hat Großbritannien tatsächlich zu einem „englischen See" verwandelt. Zwar besitzt es hier nicht wie im Indischen Ozean die Küsten, aber es hat sich eine Kette von Stützpunkten geschaffen, die das Meer in einen geschlossenen Binnensee verwandeln und darüber hinaus noch die Küsten auf das schwerste gefährden können. Gibraltar und Suez sind die ersten Etappen auf diesem Wege, der gerade jetzt sehr erheblich ausgebaut worden ist. Zunächst hat England im gegenwärtigen Kriege das bisher dem Namen nach noch bestehende Protektorat Ägypten praktisch völlig zu einer englischen Kolonie herabgedrückt und den Suezkanal zu einer englischen Fahrstraße gemacht. Diesen Maßregeln schließt sich systematisch an die am 5. November 1914 erfolgte Annexion der Insel Cypern, die bisher der türkischen Oberhoheit unterstand. Mit Recht schrieb hierzu die „Reichspost" (Wien) vom 22. Juli 1917:

„Durch diese Annexion rückte England ein gewaltiges Bollwerk seiner Macht in die Nähe der Mündung des Suezkanals und zugleich an die Küste Syriens und Ciliciens. Cypern ist fortan die Ausfallpforte für alle englischen Unternehmen gegen Kleinasien und die Handelsstraßen, die hier in das Zweistromeland und gegen Osten laufen."

Digitized by Google

Damit begnügte sich aber England noch nicht: nachdem es die Dardanellen nicht besetzen konnte, „eroberte" es die Insel Tenedos. Hier wurde eine befestigte Station errichtet, die drohend vor dem Ausgang der Dardanellen Wacht hält. Die Geschichte der Erwerbung von Stützpunkten im Mittelländischen Meere ist typisch für die britische Weltpolitik!

Bulgariens innere Politik

Von Max Lehmann, Steglitz

Bulgarien demokratisiert sich, meldete vor einiger Zeit ein großes Berliner Blatt, König Ferdinand hat seinem Volk eine Neuordnung des Wahlrechts und der Bodenverteilung versprochen. Neuordnungen sind zwar zeitgemäß, aber dennoch war es erstaunlich, daß sie sich auch auf das demokratische Musterland Bulgarien erstrecken sollten. Es stellte sich denn auch bald heraus, daß eine Verwechselung mit Rumänien vorlag. Dieser Reinfall eines der ersten deutschen Blätter, das sich noch dazu besonderer Kennerschaft in Balkandingen rühmt, ist kennzeichnend dafür, wie wenig selbst in politischen deutschen Kreisen die Verhältnisse auf dem Balkan bekannt sind. Wir können zwar die Parteien Japans an den Fingern der Hand herzählen, Bücher über Tibet und Turkestan haben den größten buchhändlerischen Erfolg, an unseren Universitäten werden Vorlesungen über die uns gar nichts angehenden Indianerstämme Mexikos gelesen, dem Balkan gegenüber, von dem doch dieser furchtbare Weltenbrand ausgegangen ist und auf dem bereits Tausende unserer besten Soldaten ihr Blut verspritzt haben, zeigen wir eine erstaunliche Gleichgültigkeit. Nur ein Berliner Blatt hat einen ständigen Vertreter in Bulgarien, und seit den Zeiten des seligen Kanitz, seit den siebziger Jahren, ist kein umfangreicheres erschöpfendes Werk über Bulgarien mehr erschienen. Was beim Eintritt Bulgariens in den Weltkrieg an deutschen Büchern über diesen Gegenstand veröffentlicht worden ist, bewegt sich fast durchaus im Rahmen oberflächlicher Gelegenheitsschriftstellerei und wirkt durch plumpe Schönfärberei irreführend. Ich benutze deshalb gern die Gelegenheit, einer Aufforderung der Redaktion dieser Zeitschrift entsprechend, auf Grund meiner Beobachtungen während eines längeren Aufenthalts in Bulgarien das innerpolitische Leben unseres jüngsten Bundesgenossen zu schildern — gerade die innerpolitischen Zustände der verschiedenen Länder scheinen ja in dem beginnenden letzten Akt des großen Weltendramas eine wichtige Rolle spielen zu sollen.

Bulgarien ist eine erbliche, verfassungsmäßige Monarchie. Die Volksvertretung besteht aus einer Kammer, der Sobranje, die nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht, und zwar seit kurzem auf Grund der Verhältniswahl, auf vier Jahre gewählt wird. Die Regierung ist parlamentarisch, sie muß die Mehrheit in der Kammer besitzen. Infolge dieses demokratischen Charakters der Verfassung ist es unter dem Fürsten Alexander zu heftigen inneren Wirren gekommen, die in dem Staatsstreich von 1881

Digitized by Google

gipfelten. Seitdem dieser absolutistische Versuch gescheitert ist, haben sich keine Verfassungskonflikte mehr ereignet. Zweimal wurde die Verfassung in Einzelheiten geändert, zuletzt 1911, wo der Regierung u. a. das Recht zum Abschluß von Geheimverträgen verliehen wurde, der demokratische Grundzug blieb aber unangetastet.

Trotzdem hat es König Ferdinand immer verstanden, einen großen persönlichen Einfluß auszuüben. Eine vollendete Kunst der Menschenbehandlung, ein scharfer Sinn für die starken wie die schwachen Seiten seiner Gegenspieler, der Parteiführer, ein feines Gefühl für die Stimmung des Volkes, große Geschicklichkeit in der Auswahl der Personen seiner Umgebung unter den bedeutendsten Köpfen Bulgariens, alles dies verschaffte ihm eine Stellung, die an Einfluß derjenigen anderer Monarchen in weniger demokratischen Ländern nicht nachsteht, ohne daß er der Verfassung Gewalt angetan hätte. Dabei vollzieht sich sein Wirken fast unmerklich, er bleibt meist im Hintergrund, erscheint jedenfalls nie ohne „konstitutionelle Bekleidung". Seinem Volke bleibt er meistens unsichtbar, er liebt es nicht, sich umgeben von höfischem Gepränge in der Öffentlichkeit zu zeigen.

Dieser Sproß zweier der vornehmsten und ältesten Fürstengeschlechter Europas hat es meisterhaft verstanden, seinem derben und eigenwilligen, mißtrauischen und verschlossenen, nach jahrhundertelanger Knechtschaft endlich zur Freiheit gelangten und gerade deshalb die Freiheit doppelt liebenden, aber anderseits deswegen auch der Führung bedürftigen Volke gerecht zu werden. Zwar ist auch König Ferdinand nicht volkstümlich in dem Sinne, wie es die von einer großen Tradition getragenen Fürsten Mitteleuropas sind, aber er weiß wohl, daß es vergeblich wäre, bei seinem nüchternen, skeptischen Volke nach solcher Volkstümlichkeit zu streben. Das Verhältnis von Fürst und Volk ist in Bulgarien frei von jeder Romantik, deshalb mußte Fürst Alexander, der belastet mit allen Vorurteilen des preußischen Gardeoffiziers dort erschien, trotz all seiner sonstigen persönlichen Vorzüge scheitern. König Ferdinand hat bei seinen Untertanen das Gefühl von der Überlegenheit seiner Persönlichkeit hervorzurufen und die Überzeugung wach zu halten vermocht, daß er der rechte Mann an der rechten Stelle ist. Das ist das Geheimnis seiner Stellung. Wenn heute der Thron König Ferdinands fester dasteht, als irgendeiner auf dem Balkan, so ist dies vor allem seinen persönlichen Eigenschaften und seinem erfolgreichen Wirken zuzuschreiben.

Wesentlich erleichtert wurde die Wirksamkeit König Ferdinands durch die große natürliche Begabung des bulgarischen Volkes für die Politik. Der Bulgare hat von Haus aus einen gesunden Verstand, eine leichte Auffassungsgabe, viel Menschenkenntnis, so daß er sich so leicht nichts vormachen läßt, ein stets waches Mißtrauen, dabei ein vollständiges Unvermögen, sich für Dinge zu begeistern, die ihn nichts angehen. Die Vaterlandsliebe des Bulgaren ist über jedes Lob erhaben, und der Politik gibt er sich mit einer Leidenschaft hin, die ihn selbst bis zu Gewalttaten fortreißt. Deshalb ist der Kampf der Parteien heftig und erbittert und nicht frei von persön-

Digitized by Google

licher Gehässigkeit. Denn die Parteien in Bulgarien sind meist Personenparteien, ihre sachlichen Unterschiede sind gering. Zwar nennen sich die Parteien wie bei uns liberal, fortschrittlich, demokratisch usw., doch sind diese Namen nur das vom Auslande bezogene Aushängeschild.

Wollen wir die Parteibildung Bulgariens verstehen, so müssen wir uns deren soziale, wirtschaftliche und politische Voraussetzungen vergegenwärtigen. Als Bulgarien nach Jahrhunderte währender Knechtschaft neu erstand, war das Volk im wesentlichen eine gestaltlose, ungegliederte Masse. „Unser Volk war tot," schreibt Marin Drinow, „die Bulgaren waren kein Volk mehr, sondern nur ein Haufen unterjochter, bedrückter, ruinierter Leute. Gelangte wirklich jemand zu einem menschenwürdigen bürgerlichen Leben, so hörte er auch schon auf, Bulgare zu sein und wurde Grieche, weil es jenen gar nicht zukam, ein bürgerliches Leben zu führen; so etwas durfte sich nur der Grieche erlauben. Der Bulgare mußte Bauer bleiben." So bestand das bulgarische Volk bei seiner Befreiung fast nur aus einer sozialen Schicht, dem sogenannten kleinen Mittelstand in Stadt und Land. Ein eigentliches Proletariat gab es nicht, und die höheren Schichten wurden in den Städten überwiegend von Griechen, auf dem Lande von Türken gebildet, die zu einem beträchtlichen Teil auswanderten, soweit sie aber zurückblieben, keine eigenen Parteien zu bilden wagten. Soziale Ursachen der Parteibildung bestanden also zu Anfang nicht, erst später haben sich die sozialen Unterschiede herauszubilden begonnen, und seitdem üben auch sie einen gewissen Einfluß auf das Parteileben aus.

In wirtschaftlicher Beziehung war die Lage dieselbe, wie in sozialer. Seit der Befreiung und auch heute noch bildet der kleine selbständige Bauer die Hauptmasse der Bevölkerung und zwar heute noch über 80 Prozent. Die städtische Bevölkerung besteht meist aus kleinen Handwerkern, deren Interessen mit denen der Bauern vielfach übereinstimmen. Infolgedessen spielt der eine wirtschaftliche Hauptgegensatz Mitteleuropas, derjenige zwischen Stadt und Land, nur eine sehr geringe Rolle. Erst in Zukunft wird es vielleicht zu Reibungen zwischen den agrarischen Interessen und denen des Handels und der noch in den Anfängen steckenden, aber von der Regierung mit mehr Eifer als Erfolg geförderten Industrie kommen. Ein Gegensatz zwischen Großgrundbesitz und Bauernschaft besteht überhaupt nicht, da es einen Großgrundbesitz in Bulgarien nur in Einzelfällen gibt. In den Städten hat sich in der letzten Zeit ein sehr scharfer Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit herausgebildet, doch sind die davon berührten Unternehmer- und Arbeiterkreise so wenig umfangreich, daß auch er keine entscheidende Bedeutung hat.

In politischer Beziehung sind die Verhältnisse ein wenig anders, als in sozialer und wirtschaftlicher. Die heute herrschenden Parteien haben sich meist gebildet im Kampf gegen die Versuche des Fürsten Alexander, ein persönliches Regiment zu führen, und daher stammen ihre liberalen oder demokratischen Namen. Seitdem Fürst Alexander

Digitized by Google

abgetreten ist, hat es keine großen Verfassungskämpfe mehr gegeben. Die konservative Partei, die einst Alexander bei seinen reaktionären Versuchen unterstützt hat, ist heute von der Bildfläche verschwunden, sie besitzt weder eine Zeitung noch hat sie einen Vertreter in der Sobranje. Heute gibt es in Bulgarien weder eine Autokratie noch eine Aristokratie, weder ein bureaukratisches Regiment noch einen Klerikalismus, gegen den sich der Kampf der liberalen und demokratischen Parteien zu richten hätte.

Alle die großen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gegensätze, die in Mittel- und Westeuropa die Nationen in gegnerische Lager teilen, spielen in Bulgarien also nur eine untergeordnete Rolle. Den entscheidenden Einfluß hat auf die Parteibildung der Umstand gehabt, daß Bulgarien nicht aus eigener Kraft seine Freiheit errungen hat, daß es sie als Geschenk aus der Hand einer fremden Nation empfangen hat. So wurde das Verhältnis zu dieser Nation, die immer, wenn auch in wechselnder Form, Anspruch auf eine Vormundschaft über ihren Schützling geltend gemacht hat, zum zentralen Problem der inneren Politik Bulgariens. Russophile und Austrophile, das sind die beiden Heerlager, in die sich die bulgarischen Parteien trennen. „Rußland hat uns befreit, es kann sein Werk nicht im Stich lassen," so schallt es von drüben, und von hüben klingt es zurück: „Los von Rußland, das uns befreit hat, damit wir Bulgarien um so besser dienen." Das Ziel der einen ist die Balkanföderation auf der Grundlage des Panslawismus, der anderen die Vorherrschaft Bulgariens auf dem Balkan durch Anschluß an die Mittelmächte.

Innerhalb jedes dieser Lager gibt es mehrere Parteien und Gruppen, die sich von einander weniger durch ihr Programm, als durch die Person ihrer Führer unterscheiden. Um ihre Entstehung zu erklären, müßte man die ganze innerpolitische Geschichte Bulgariens seit fünfzig Jahren erzählen, und das würde natürlich hier zu weit führen. Es können deshalb hier nur einige kurze Hinweise gegeben werden.

Die gegenwärtige Sobranje setzte sich aus 128 Ministeriellen und 116 Oppositionellen zusammen. Sie ist nach der großen Katastrophe von 1913 gewählt worden, und zwar, nachdem die zuerst gewählte Sobranje hatte aufgelöst werden müssen, da die Regierung in ihr keine Mehrheit besaß und die prinzipielle Opposition infolge der allgemeinen Enttäuschung und Verbitterung einen übermäßig großen Raum einnahm. Den Hauptbestandteil der Ministeriellen bildet die einige achtzig Abgeordnete zählende liberale Partei des Ministerpräsidenten Radoslawow. Es ist wohl überflüssig, die Person dieses klugen, zielbewußten, vorsichtig abwägenden, aber im richtigen Augenblick fest zupackenden und dann mit eiserner Faust festhaltenden Staatsmannes hier zu schildern, dessen äußere Erscheinung mit ihrem gemütlichen, milden Ausdruck wenig seinem inneren Wesen entspricht. Zu seiner Partei gehören auch die meisten Minister, insbesondere auch der einflußreiche Unterrichtsminister Peschew, der den Ministerpräsidenten bei Reisen ins Ausland vertritt.

Die zweitgrößte Gruppe der Regierungsmehrheit bildet die stambulowistische Partei,

Digitized by Google

die ursprünglich durch den Arbeitsminister Petkow und den Eisenbahnminister Apostolow in der Regierung vertreten war. Die stambulowistische Partei pflegt, wie schon ihr Name andeutet, die österreichfreundlichen Ideen des großen bulgarischen Staatsmannes Stephan Stambulow. Ihr Führer war bei Ausbruch des Weltkrieges der ehemalige Minister Dr. Genadiew, ein Mazedonier von Geburt, wie man sagt ein Verwandter des weniselistischen Gesandten in London, Genadios. Genadiew war einer der bedeutendsten Politiker Bulgariens, ein kleiner beweglicher Mann mit etwas hervorquellenden Augen und stechendem Blick, von gewandten Umgangsformen und großer Geistesgegenwart. Er war einer der glänzendsten Redner der Sobranje, seine große Schlagfertigkeit machte ihn schnell zum Herren der Lage, als politischer Taktiker war er von großem Reichtum der Erfindung. Scharfe Auffassungsgabe, durchdringende Menschenkenntnis und klarer Verstand waren ihm eigen, er besaß eine Fülle von Kenntnissen, aber es fehlte ihm die Geduld zum Abwarten, und sein brennender Ehrgeiz ließ ihn vor nichts zurückschrecken. Seine großen Fähigkeiten bewirkten, daß sich eine Schar von fähigen, aber ehrgeizigen Männern um ihn sammelte, was ihm einen Einfluß gab, der ihn zu einem in der wichtigsten Faktoren der inneren Politik des Landes machte.

Genadiew war ein eifriger Anhänger der deutschfreundlichen Politik Radoslawows bis es im Frühjahr 1915 während seines Aufenthalts in Rom der Entente gelang, ihn für sich zu gewinnen. Seitdem hörten seine Wühlereien gegen Radoslawow und seine Politik nicht auf, ohne daß er jedoch offen in die Opposition ging. Die stambulowistische Partei aber spaltete sich, und es entbrannte ein heftiger Kampf zwischen den Anhängern Genadiews und den ihrem Programm treu gebliebenen Stambulowisten, die von dem Arbeitsminister Dobri Petkow und dem Vizepräsidenten der Sobranje, Dr. Momtschilow geführt wurden. Es gelang diesen verdienten Männern, Genadiew die Spitze zu bieten, so daß sich Bulgarien im gegebenen Augenblick den Mittelmächten anschließen konnte.

Der Eintritt Bulgariens in den Krieg machte den Intrigen Genadiews vorläufig ein Ende. Erst als im Sommer 1916 infolge der Somme- und der Brussilowschen Offensive, sowie der drohenden Haltung Rumäniens die Lage auf dem Balkan kritisch wurde, trat Genadiew wieder hervor. Bei der Abstimmung der Sobranje über sechs provisorische Budgetzwölftel ging er in die Opposition und beraubte dadurch die Regierung ihrer ohnehin schwachen Mehrheit. Es gelang der Regierung aber, den Schlag zu parieren, bei der zweiten Lesung fand sie die Unterstützung der Nationalpartei (Geschowisten), die sich dadurch ein patriotisches Verdienst erwarb. Die Niederlage Genadiews war um so empfindlicher, als die übrigen Oppositionsparteien erklärten, daß sie ihre Haltung aus prinzipiellen Gründen einnähmen und nichts mit Genadiew gemein hätten.

Dieser Vorstoß Genadiews wurde allgemein als ein Versuch betrachtet, den Gang

Digitized by Google

des gerade gegen ihn schwebenden Hochverratsprozesses zu beeinflussen. Genadiew und die Mehrzahl seiner Anhänger, sowie einige Abgeordnete anderer Parteien und mehrere Kaufleute waren nämlich angeklagt, im Sommer 1915 von dem französischen Agenten Décloſières Summen im Gesamtbetrage von mehreren Millionen angenommen zu haben, die angeblich dem Ankauf von Getreide dienten, nach Meinung des Gerichts aber der Bestechung dienten. Das Militärgericht verurteilte Genadiew zu zehn Jahren und mehrere seiner Anhänger zu acht Jahren Zuchthaus. Dadurch gingen auch die meisten Genadiewisten ihrer Abgeordnetensitze verlustig, und es traten an ihre Stelle die auf der Liste der Regierungsparteien von 1913 ihnen folgenden Kandidaten, also Radoslawisten oder Tontschewisten, so daß die Regierung heute wieder eine homogene Mehrheit in der Sobranje besitzt. An die Stelle des genadiewistischen Eisenbahnministers Apostolow trat bald darauf der stumbulowistische Vertreter von Küstendil, Kosnitschki.

Die dritte und kleinste Gruppe der Regierungskoalition ist die jungliberale Partei des Finanzministers Tontschew, dessen Verdienste um das Zustandekommen der bulgarischen Anleihe in Deutschland, wie überhaupt um den Anschluß Bulgariens an die Mittelmächte bekannt sind.

Den Übergang zu den sogenannten Russophilen bildet die demokratische Partei, die einen deutschfreundlichen Flügel besitzt. Zwar die alte Garde dieser von dem verstorbenen Staatsmann Karawelow gegründeten Partei, die früheren Minister Takew, Ljaptschew und Muschanow usw., besteht aus überzeugten Russophilen, aber die jüngeren Elemente, geführt von den Professoren Danailow und Mollow und dem Rechtsanwalt Radscho Madjarow, gelten als Vertreter einer den Mittelmächten freundlichen Politik. Der Führer der Partei, der ehemalige Ministerpräsident Malinow, der in Beßarabien geboren ist, eine russische Erziehung genossen hat und erst spät bulgarischer Staatsangehöriger geworden ist, hat während des Krieges eine zweideutige Rolle gespielt. Bald hat er in der Sobranje gegen Rußland vom Leder gezogen, bald hat er schlecht verhüllte Spitzen gegen Deutschland hervorgekehrt, immer nach der Gunst des Volkes schielend und bestrebt, die Stimmungen und Verstimmungen des Augenblicks für seine Parteizwecke auszunutzen. Als Rumänien an Österreich-Ungarn den Krieg erklärte, hat die demokratische Partei beschlossen, dem Ministerpräsidenten in dem neuen Kriege Neutralität zu empfehlen, doch wurden ihre Abgesandten von diesem nicht empfangen. Unter den Anhängern der Partei im Lande, die recht zahlreich sind, verfügt sie doch über die beste Organisation von allen Parteien, findet diese Politik durchaus nicht allgemeine Billigung, vielmehr sind schon seit langem Bestrebungen im Gange, um eine bessere Berücksichtigung der Wünsche der Mitglieder zu sichern. Daß Malinow auch anders kann, hat er während seiner Ministerpräsidentschaft gezeigt, wo er im Einvernehmen mit Österreich-Ungarn die Selbständigkeitserklärung des Fürstentums durchgesetzt hat.

Digitized by Google

Gering an der Zahl ihrer Vertreter in der Sobranje (neun), aber doch von Bedeutung ist die Volks- oder Nationalpartei des früheren Ministerpräsidenten Geschow, der sich während des Krieges durchaus loyal verhalten hat und durch seine Tätigkeit als Vorsitzender des bulgarischen Roten Kreuzes auch in Deutschland persönlich bekannt geworden ist. Der patriotischen Haltung der Partei bei der durch Genadiew im vorigen Sommer hervorgerufenen parlamentarischen Krise ist bereits oben gedacht worden. Die Partei erfreut sich der Unterstützung der bestgeleiteten und weitestverbreiteten Zeitung Bulgariens, des „Mir". Die meist von dem früheren Kultusminister Pejew-Platschkow geschriebenen glänzenden Leitartikel dieses Blattes verdienen größte Beachtung und sind von Bedeutung für die bulgarische Politik.

Die fünf Abgeordnete zählende radikale Partei spielt keine nennenswerte Rolle, wohl aber müssen wir auf die vierte und kleinste der „russophilen" Parteien eingehen, die fortschrittliche oder zankowistische Partei des früheren Ministerpräsidenten Danew, die durch drei Abgeordnete in der Sobranje vertreten ist. Es sind die Schuldigen von 1913, über die das Volk Gericht abgehalten hat. Es sind die fanatischen Russophilen, deren Leitsatz das Wort Danews ist: „Mit Rußland machen wir keine Politik", d. h. gegenüber Rußland gibt es nur den vertrauenden Gehorsam des Kindes. Die einst große und einflußreiche Partei des verstorbenen Volksmannes Dragan Zankow ist heute zusammengeschrumpft zu einem kleinen Häuflein Fanatiker; ohne Organisation und ohne Presse hat sie wenig Aussicht, je wieder zu Bedeutung zu gelangen.

Die genannten vier bürgerlichen Oppositionsparteien mit ihren 45 Mandaten werden an Zahl weit übertroffen durch die prinzipielle Opposition der Agrarier und Sozialdemokraten, die über 50 bezw. 21 Sitze verfügen. Die große Zahl ihrer Mandate verdanken diese Parteien der allgemeinen Verbitterung, die im Jahre 1913 infolge der schweren Opfer und der Niederlage im Balkankriege herrschte. Ihre Entstehung hingegen ist zurückzuführen auf die Herausbildung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Gegensätze, wie sie in den ersten Jahren nach der Befreiung nicht bestanden. Sie unterscheiden sich also dem Wesen nach von den übrigen politischen Parteien.

Die Agrarier darf man beileibe nicht unseren Agrariern gleichstellen, mit denen sie nichts weiter als den Namen und die Herkunft vom Lande gemein haben. Sind unsere Agrarier konservativ und monarchisch, so sind die bulgarischen äußerst radikal und republikanisch. Am besten kann man sie noch mit den russischen Sozialrevolutionären vergleichen. Sie sind eine Partei von ungehobelten Bauern mit engem Horizont. Ihre Losung ist: Kampf gegen die Steuern, gegen die Beamten und gegen den König. Die „ganze Richtung" paßt ihnen nicht, was aber an deren Stelle treten soll, darüber machen sie sich wenig Gedanken. Die Partei verdankt ihre Entstehung der gedrückten Lage vieler Kleinbauern infolge der Zersplitterung des Grundbesitzes, der geringen Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik, wie auch der Verkehrsmittel.

Digitized by Google

Unfähig, die wirklichen Ursachen ihrer Notlage zu erkennen, schieben sie die Schuld auf den Staat, auf die übrigens durchaus nicht hohen Steuern und die „nichtstuenden" Beamten, sowie auf den „kostspieligen" König. Es finden sich unter den Agrariern auch viele wohlhabende Bauern, die einfach aus dem Selbstgefühl des auf seiner eigenen Scholle sitzenden Bauern heraus gegen den Staat Opposition machen, der sich immer nur in unwillkommener Weise in ihren Bereich einmischt. Psychologisch also dieselbe Erscheinung, wie einst die Opposition unserer märkischen Junker gegen die Hohenzollern. Die Agrarier haben sich besonders unliebsam bemerkbar gemacht durch lärmende Kundgebungen gegen den König, so auf der Großsobranje, die 1911 die Verfassungsänderung annahm, und bei Eröffnung der Sobranje nach dem Bukarester Frieden.

In den Städten wird die prinzipielle Opposition gebildet von den Sozialisten, die in die gemäßigten „breiten" und die radikalen „engen" zerfallen. Die bulgarische Sozialdemokratie verdankt ihr Dasein wirtschaftlich-sozialen und geistigen Ursachen. Die Entstehung einer, wenn auch immer noch sehr unbedeutenden Industrie führte zur Bildung eines Proletariats, das von der gering bezahlten niederen Beamtenschaft beträchtlichen Zuzug erhielt. Die geistige Berührung mit den sozialistischen Ideen vollzog sich einerseits im Lande selbst durch die Propaganda politischer Flüchtlinge aus Rußland, denen sogar Lehrstühle an der Universität eingeräumt wurden. Andererseits nahmen viele bulgarische Studenten im Auslande sozialistische Lehren in sich auf, besonders in der Schweiz, Belgien, Frankreich und auch Deutschland.

Die Entstehung der sozialistischen Parteien zeigt, in welcher Richtung das bulgarische Parteiwesen sich weiter entwickeln wird. Die zunehmende soziale und wirtschaftliche Differenzierung wird auf die bisherigen Parteien zersetzend einwirken, und die gewaltigen Aufgaben, vor denen das bulgarische Volk nach dem Kriege stehen wird, werden zu großen Umwälzungen und Neubildungen führen. Schon heute hat die Unterscheidung in russophile und austrophile Parteien ihre Bedeutung verloren. Die Führer der Oppositionsparteien haben erklärt, daß sie sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen und die Regierung in der Durchführung des Krieges unterstützen werden, da sie vor allem Bulgaren seien. Insbesondere hat auch der bulgarische Soldat gezeigt, daß keinerlei Sympathien ihn in der Erfüllung seiner Pflicht beirren können. Ohne Zögern ist er auf die Russen losgegangen und hat sie mit derselben bewährten Tapferkeit bekämpft, wie die anderen Feinde. Vorkommnisse, wie sie bei den Tschechen usw. zu verzeichnen waren, haben sich in der bulgarischen Armee nicht ereignet. Zwischen Rußland und Bulgarien ist Blut geflossen; Rußland ist heute für den Bulgaren, abgesehen von einer Anzahl Berufspolitiker, die nicht aus ihrer Haut herauskönnen, eine Macht wie jede andere. Das Dogma, das Rußland aus der Reihe der anderen Nationen herausheben und ihm eine bevorzugte Stellung zuweisen wollte, ist gebrochen. Der Russophilismus als Glaubenssatz der inneren Politik ist tot, sorgen

Digitized by Google

wir dafür, daß er nicht durch unsere eigenen Fehler in anderer Form wieder aufersteht. Wir haben ja nun einmal leider die Gabe, uns überall unbeliebt zu machen und unsere Bundesgenossen vor den Kopf zu stoßen. Der Fall Wendel wird uns hoffentlich eine Lehre sein; beherzigen wir sie, so brauchen wir für die Zukunft keine Befürchtungen wegen unserer Stellung auf dem Balkan zu hegen.

Die Religion und ihr irrationaler Kern

Von Lic. W. Thimme, Pastor in Iburg

Oft schon hat man danach gefragt, wie der gegenwärtige Krieg auf das religiöse Leben einwirke. Die anfänglichen Hoffnungen christlicher Kreise auf eine Wiedergeburt unseres Volkes sind wohl im allgemeinen verflogen. Man hat erkannt, daß die Folgeerscheinungen des Krieges auf religiösem Gebiete verschiedener Art sind. Den starken, Frömmigkeit weckenden und vertiefenden Anregungen auf der einen Seite tritt auf der andern je länger je mehr eine ebensowenig zu leugnende Erkaltung und Verhärtung gegenüber. Ob in der Entwicklungsgeschichte des deutschen Christentums aufs Ganze gesehen die schöpferischen und fördernden oder die hemmenden und zerstörenden Wirkungen des Weltkrieges überwiegen werden, läßt sich einstweilen noch gar nicht abschätzen.

Aber warum antwortet die menschliche Seele so seltsam verschieden auf die Eindrücke der Kriegszeit? Wo das Christentum im wesentlichen nur Gewohnheitssache, wo der Glaube mehr angelernt als erlebt war und etwa auf die ohne viel Nachdenken angeeignete Überzeugung hinauslief, daß ein freundlicher und gerechter Gott über Welt und Menschenleben walte, dürfte der Krieg vielfach diesen kümmerlichen Besitz auch noch geraubt haben. Denn wie reimt sich all das Grausige und Schreckliche, das man sieht, hört und erlebt, mit dieser Überzeugung? Augenscheinlich gar nicht — also hinweg mit ihr! Ganz anders, wo die Religion nicht Annahme einiger, womöglich wässeriger und blasser Lehrsätze, sondern Herzenssache war, wo eine innerliche Verbindung zwischen der Seele und Gott bestand. Auch hier vielfach ein hilfloses Tasten im Dunkeln, ein quälendes Grübeln über Gottes unbegreifliche und unerforschliche Gerichte und Wege. Aber trotz aller inneren Nöte und Erschütterungen spürte man eine geheimnisvolle Annäherung Gottes, erzitterte vor seiner furchtbaren Allgewalt und fühlte sich wohl gar — darüber wie das grade jetzt möglich war, vermochte man sich keine Rechenschaft zu geben — tiefer als je ergriffen von seiner grenzenlosen Güte. Das ist ein Beweis dafür, daß nicht die Erkenntnis in der Relegion die Hauptsache, und daß der Glaube nicht ein bloßes Fürwahrhalten, sondern inneres Leben, und darum auch wie alles Leben unergründlich ist.

Diese Überlegung wirft auch auf die unvergeßliche religiöse Erhebung, die unser Volk beim Ausbruch des Krieges erlebte, einen Lichtschein. Hier liegt nämlich offenbar ein

Digitized by Google

psychologisches Problem vor. Was hat nationaler Zorn, vaterländische Begeisterung mit Religion zu tun? Gewiß erklärt sich das Aufsteigen jener religiösen Hochflut zum Teil durch Suggestion; eine große Menge von Menschen wurde bloß vom Strome mit hingerissen. Aber warum waren fast alle in diesen Tagen für religiöse Suggestion so empfänglich? Es wird nicht leicht sein, einen vernünftigen Grund dafür anzugeben; wir müssen uns einfach an die Tatsache halten, daß Tage und Stunden seelischer Erschütterung, zumal wenn diese Erschütterung nicht lähmt und zu Boden wirft, sondern aufrüttelt und mit Geist und Mut beseelt, auf geheimnisvolle Weise weithin religiöses Leben wecken. Selbstverständlich ist's nur da möglich, wo wenigstens Keime der Religion im Busen schlummern; manche kühle und harte, selbstsüchtige oder kritische Naturen sind auch damals von der heiligen religiösen Welle unberührt geblieben.

Der Auguststurm des Jahres 1914 ist verrauscht. Wir vernehmen nicht mehr wie damals den dröhnenden Schritt Gottes in den Hallen der Geschichte. Gott ist dem Volk wieder ferner gerückt, und manch einer, der ihn jetzt noch vor sich sieht, erschrickt, denn seine Gestalt scheint Ähnlichkeit zu haben mit dem schaurigen Bilde, das der indische Dichter des Bhagavad-Gita von Vischnu zeichnet, der riesenhaft und glühend dasteht und mit unersättlichem Schlunde Menschenmassen einschlürft, um sie zwischen seinen starrenden Zähnen zu zermalmen. Der Krieg ist in ein schleppendes Stadium eingetreten, hat alle Romantik verloren und wird gleichwohl von Monat zu Monat härter und grausiger. Nüchterne Not umgibt uns auf allen Seiten. Um in dem Gluthauch, den der Krieg jetzt ausatmet, nicht zu verdorren, müssen die Wurzeln des religiösen Lebens hinunterdringen bis zu den tiefen Wasserquellen. Wenn sie es vermögen, werden die Früchte köstlicher sein als je. Es kann uns jedoch nicht wundern, daß oberflächliche, gewohnheits- und verstandesmäßige Religion vielfach ganz absterbt.

Derartige Betrachtungen können dazu dienen, uns auf den irrationalen Kern der Religion aufmerksam zu machen. Die Religion besitzt ihre klaren Glaubensgedanken, aber sie gleicht der Flamme, deren Innerstes ein dunkles Dampf- und Gasgemisch bildet, das von einem Lichtmantel eingehüllt wird. Schleiermacher war es, der zuerst darauf hinwies, daß Religion in ihrem letzten Grunde Gefühl sei, eine Einsicht, die durch keine noch so berechtigte Betonung des Wertes religiöser Erkenntnis und Betätigung umgestoßen werden kann. Aber diese Einsicht bleibt noch viel zu allgemein und unbestimmt, als daß sie uns ein volles Verständnis der Religion erschließen könnte, und Schleiermachers bekannter Versuch, das religiöse Gefühl schärfer zu charakterisieren, indem er es in seiner Glaubenslehre als das Gefühl schlechtsinniger Abhängigkeit beschrieb, ist schwerlich besonders glücklich. Er zeigt uns nur ein sicherlich sehr wichtiges Moment religiösen Innenlebens. Dieses Leben aber ist nicht so arm und monoton, wie es nach der Definition des großen Theologen scheinen könnte, es ist reich und bewegt, eine nicht auszuschöpfende Fülle, eine Symphonie, in der die Dissonanzen nicht fehlen. Die neuere Religionspsychologie hat uns auf diesem Ge-

Digitized by Google

biete wesentlich weitergeführt. Ein Buch wie das wohl bekannteste aus der großen religionspsychologischen Literatur, James „Die religiöse Erfahrung in ihrer Mannigfaltigkeit", bietet uns das lebensvollste, reichhaltigste, bunteste Anschauungsmaterial zum Kennenlernen der inneren religiösen Vorgänge.

Doch wichtiger als die Sammlung von Anschauungsmaterial ist die Anleitung zur verständnisvollen Anschauung. Wir dürfen uns freuen, daß uns in dem Breslauer Professor der Theologie Rudolf Otto ein Führer und Wegweiser durch dieses bei aller Vertrautheit doch so dämmerig geheimnisvolle Gebiet erstanden ist. Sein kürzlich erschienenes Buch „Das Heilige, über das Irrationale in der Idee des Göttlichen und sein Verhältnis zum Rationalen"[1] dürfte das Tiefste, Reifste und Feinsinnigste sein, das über das wichtige Thema geschrieben worden ist. Ein ungewöhnlich leichtflüssiger, dabei das Gepräge persönlicher Eigenart tragender Stil vermehrt noch den Reiz seiner Lektüre. Der Leser wird immer wieder durch die Treffsicherheit des Ausdrucks und geistreiche, oft überraschende Wendungen und bildliche Verdeutlichungen gefesselt. Mehr noch als die umfassende philosophische und religionsgeschichtliche Gelehrsamkeit ruft die ganz ungewöhnliche Gabe des Autors, sich in die fremdartigsten Erscheinungen auf dem Gebiete der Religion hineinzufühlen, unsere Bewunderung hervor. Aus dem krausesten Wirrwarr von Tönen weiß er die uns bekannten religiösen Grundakkorde herauszuhören. Vieles aus unserm eigenen religiösen Leben, das sich im Dämmer des Halb- oder Unterbewußten versteckte, hebt er behutsam und sicher heraus. Mit Beweisen gibt er sich naturgemäß nicht ab, sondern zeigt auf, deutet an, rückt zurecht, erklärt. Seine beschreibende und analysierende Methode hat gewissermaßen etwas Diktatorisches. Er gleicht dem gründlichst geschulten, verständnisvollen Kunstkenner, der seinen Hörern die Eigenart, die Schönheiten und den geheimnisvollen Zauber großer Kunstwerke bald durch schlagende Behauptungen, die keinen Widerspruch dulden, bald durch zarte Fingerzeige, jetzt den Gesamtentwurf, jetzt eine scheinbar belanglose Einzelheit zwanglos erörternd, zu erschließen versteht.

Indem ich im folgenden versuche, den Hauptinhalt des Ottoschen Buches wiederzugeben, schließe ich mich weder genau an den Gedankengang noch an die Ausdrucksweise des Verfassers an, bemühe mich vielmehr auf die Gefahr hin, hier und da zu vergröbern, um Vereinfachung und Systematisierung. Um so weniger kann die kurze Darstellung den Anspruch erheben, das Studium des Werkes selbst zu ersetzen. Dieses ist angelegentlichst zu empfehlen. Selten macht sich verhältnismäßig geringe Mühe so gut belohnt. Denn Otto versteht es, den Reichtum seiner Gedanken und Anregungen auf knappem Raum zu entfalten.

Welches ist die Grundtatsache, das Urdatum der Religion? Man könnte in Anlehnung an Otto etwa sagen: das gefühlsmäßige Innewerden einer übersinnlichen Wirklichkeit. Die Ausdrücke gefühlsmäßig und übersinnlich erscheinen allerdings gleich als

[1] Breslau, Trewendt & Granier, 1917, 192 Seiten.

Digitized by Google

unzureichend. Kaum an einem andern Punkte spürt man so deutlich wie hier die Hilflosigkeit der ungelenken Sprache, eindeutig und eigenartig Erlebtes in zutreffende Worte zu fassen. Die Tatsächlichkeit überflutet die abgesteckten Linien des Begriffs. Im Gegensatz zu Schleiermacher, der zum religiösen Objekt erst durch eine Schlußfolgerung aus dem Abhängigkeitsgefühl gelangt (Gott ist ihm das „Woher" der schlechtsinnigen Abhängigkeit), ist mit Otto zu betonen, daß Religion unmittelbares Erleben jenes schwer oder vielmehr unmöglich zu beschreibenden Etwas ist, dem man auf dem Wege des Verstandes nur mit Negationen und Hyperbeln ein wenig näher kommen kann, das „Ganz andere", dessen „das in unsagbarem Geheimnis über allen Kreatur ist", vor dessen dunkel geahnter Machtfülle der Mensch sich seiner ganzen Nichtigkeit bewußt wird. Bereits in seinem früheren schönen Buche über „Naturalistische und religiöse Weltansicht" hat Otto es ausgesprochen: „Bevor Frommsein noch Glaube ist und herzliches Trauen in ewige Weisheit und zwecksetzende Vorsehung, ist es schon jenes andächtige Ergriffensein von dem Wunderbaren und höchst Geheimnisvollen, von der Tiefe und verborgenen Art aller Dinge und alles Seins überhaupt, von unaussprechlichen Geheimnissen, über denen wir schweben, und von abgründigen Tiefen, von denen wir getragen werden." Diese Einsicht ist Grundlage und Ausgangspunkt des neuen Werkes. Demnach ist Religion als das Innewerden eines geheimnisvollen, mächtigen Realen in oder über den Dingen in ihrem Kern irrational. Oder doch nicht ganz? Liegt nicht vielleicht doch in jenem Begriff des Innewerdens, des gefühlsmäßigen Erfassens, des Kreaturgefühls, wie Otto den Schleiermacherschen Begriff des schlechtsinnigen Abhängigkeitsgefühls abwandelt, auch ein rationales Moment? Vielleicht könnte man sagen — ich weiß nicht, ob Otto dem zustimmen würde —, daß jenes religiöse Urdatum uns in ein Gebiet versetzt, das sich jenseits des Gegensatzes von rational und irrational befindet und beide Momente noch unentfaltet in sich schließt.

Tritt man nun als Philosoph an das Urdatum aller Religion heran, so erkennt man, daß man von einer jener von Kant entdeckten aprioriſchen Kategorien steht, deren Eigenart Allgemeingültigkeit, Notwendigkeit und Unableitbarkeit ist.

Über den Vorgang jenes Innewerdens kann der Religionshistoriker und Psycholog interessante Feststellungen machen. Der primitive Mensch ist nicht imstande, sich des religiösen Objekts anders als in sinnenfälliger Verhüllung bewußt zu werden. Das absolut Andersartige verkleidet sich für ihn in das relativ Fremdartige. Gewaltige oder geheimnisvolle, fürchterliche oder entzückende Naturerscheinungen und Lebensvorgänge wecken nicht nur die entsprechenden natürlichen Empfindungen, Staunen, Furcht, Wonne usw., sondern regen auch das spezifisch religiöse Erleben an. Nicht nur die angeschlagene Saite erklingt, sondern auch eine andere irgendwie verwandt gestimmte, die religiöse, tönt mit. Neben der allen Psychologen geläufigen Ideenassoziation gibt es nämlich, wie Otto feinsinnig dartut, auch eine „Gefühlsgesellung": durch

Digitized by Google

ein auftauchendes Gefühl wird ein anderes, sich irgendwie mit dem ersten berührendes, analoges, wenn auch wesensverschiedenes mit herangezogen. Das religiöse Erleben wird infolgedessen zunächst mit jenen es anregenden natürlichen Erscheinungen und Vorgängen aufs engste verbunden gedacht, und erst auf späteren und höheren Stufen arbeitet man sich zu der Einsicht empor, daß diese Verkoppelung nicht zu Recht besteht. Man kann es sich klar machen, wenn man daran denkt, welche Rolle das Wunder in der Religionsgeschichte spielt. „Das Wunder ist des Glaubens liebstes Kind", heißt es, doch das ist nicht besonders treffend ausgedrückt. Das Wunder ist vielmehr gleichsam der Zauberstab, dessen Schlag das tiefverborgene Quellwasser der Religion aus dem Felsen des naiven und rohen menschlichen Gemüts hervorsprudeln läßt. Durch lockere Erde dagegen bahnt der Quell sich von selbst seinen Weg. Auf der Höhe freierer und reinerer Religion wird dem Frommen das sinnenfällige Wunder entbehrlich.

Die Fähigkeit, das religiöse Objekt zwar nicht zu ergründen, aber doch den es verhüllenden Schleier ahnungsvoll zu lüften und das Sinnenfällige als Symbol des Übersinnlichen und Göttlichen anzuschauen, heißt Divination. Man muß bei Otto nachlesen, wie Schleiermacher diesen wichtigen Begriff entdeckt, während sein größerer Zeitgenosse Goethe sich als echt divinatorische Natur bewährt, ohne freilich bis zu den letzten Tiefen christlicher Divination durchdringen zu können.

Hier mag noch erwähnt werden, daß Otto bei der Frage nach Entstehung und Fortpflanzung der Religion durchaus — um mich so auszudrücken — aristokratisch denkt. Der einzelne Inspirierte, der Prophet, ist Offenbarungsträger, die Masse bleibt stets anregungs- und leitungsbedürftig. Mögen sich die irdischen Staaten organisieren und regieren, wie sie wollen, das Reich des Geistes, dessen eine Provinz die Religion ist, bleibt eine Aristokratie. Nur aus einigen wenigen Berggipfeln bricht das vulkanische Feuer. Über diesen Punkt scheint sich die moderne Religionsforschung übrigens einig zu sein.

Das religiöse Urerlebnis reflektiert sich ferner in eigenartiger Weise im menschlichen Gemüte. Bei der Darstellung dieser Erscheinung zeigt sich ganz besonders die Meisterschaft Ottos, Verborgenes ans Licht zu ziehen, Verklungenes hell wieder anklingen zu lassen. Auf dunklen Pfaden führt er uns mit unbeirrbarer Sicherheit. Er zeigt, wie alles echte religiöse Leben sich in einem seltsamen Zwiespalt der Gefühle äußert. Das geheimnisvolle Objekt der Religion weckt auf der einen Seite Empfindungen, die von leise zitternder Scheu bis zum angstvollen Grausen und Entsetzen hinüberspielen, auf der andern Seite aber zieht es mit wundersamem Reiz die empfängliche Seele zu sich hin, bis diese am Ende wohl gar in Schauern höchster Wonne mit ihm zu verschmelzen meint. Das Mysterium ist sowohl tremendum als auch fascinosum[1]. Hier ist das

[1] Nach Otto bildet das Moment des Geheimnisvollen ein drittes neben dem des schaurig Furchtbaren und des wonnevoll Begeisternden. Doch will mir scheinen, daß man es besser bereits bei der Schilde-

Digitized by Google

eigentliche Gebiet des Irrationalen, hier ist die Mystik zu Hause. Denn Mystik ist nach Otto zwar dasselbe, was Religion auch ist, „aber mit einseitigem Überwiegen ihrer irrationalen Momente bei gleichzeitiger Überspannung derselben ins Überschwängliche". Jene ganze Stufenleiter widersprechender und doch unlösbar ineinander verschlungener religiöser Empfindungen, die man wohl mit Worten natürlicher Herkunft und Bedeutung wie Furcht, Schreck, Liebe usw. bezeichnen mag, aber ohne dabei zu vergessen, daß sie von qualitativer Besonderheit, unaussprechlich und nur erlebbar sind, ist die erste und ursprünglichste Manifestation des religiösen Urerlebnisses, es sind gleichsam seine dunklen X-Strahlen. Das „numinose" Gefühl — der Ausdruck „numinos" ist von Otto selbst geprägt — ist nicht vermittelt zu denken durch religiöse Vorstellungen, ein bei den Religionswissenschaftlern weit verbreiteter Irrtum. Die Vorstellungen Seele, Dämon, Gott usw. sind vielmehr abgeleitet, sei es Phantasieerzeugnisse, sei es mehr oder weniger gelungene Deutungsversuche des nachhinkenden Verstandes[1].

Außerordentlich reizvoll ist es, dem Verfasser zu folgen, wenn er weiter teils kurz andeutend, teils in liebevollen Einzelbetrachtungen aufzeigt, wie nun diese mannigfaltigen Schwingungen religiösen Gefühlslebens zutage treten in den primitiven und geschichtlichen Religionen, beispielsweise im Islam, der uns die intensivste und einseitigste, oft zum Fanatismus ausartende Steigerung des dunklen Gefühlselements bietet, in den indischen Religionen, die Otto sich neuerdings zum besonderen Forschungsgebiet erwählt hat, vor allem aber natürlich in der alttestamentlichen und christlichen Religion selbst bis hin zu den frommen, allerdings immer matter werdenden Klängen des evangelischen Kirchenliedes. Wir sehen Abraham sich vor dem Herrn niederwerfen in dem demütigen Bewußtsein, Erde und Asche zu sein, wir hören mit Jesaja das Heilig, heilig der Seraphine, zwei alttestamentliche Stellen, die uns in klassischer Weise schlicht und eindringlich Aufschluß über das geben, was Otto unter dem „Numinosen" versteht. Überraschend ist die Lösung des Hiobproblems. Hiob wird nicht von Gott überzeugt, aber auch nicht etwa bloß zur schweigenden Unterwerfung gezwungen, sondern indem Gott ihm in seiner ganzen irrationalen Urgewalt entgegentritt, erlebt der Schwergeprüfte in zitterndem Staunen das schauervolle Geheimnis zugleich als wunderbar und beseligend. An diesem Punkte drängt sich besonders die Parallele des Weltkrieges auf. Auch im Neuen Testamente, sowohl in der Verkündigung

rung des religiösen Grunderlebnisses zur Darstellung bringt. Schon in dem Ausdruck „Mysterium tremendum et fascinosum" liegt es, daß tremendum und fascinosum die Attribute sind, während Mysterium, wie Otto selbst gelegentlich bemerkt, Hauptbegriff ist.

[1] An diesem Punkte hege ich einige Bedenken. Gewiß gibt es eine Fülle sekundärer mystischer Vorstellungen und theologischer Hilfskonstruktionen, aber ob nicht die hellen Blitze religiöser Intuitionen gleich ursprünglich und unmittelbar sind wie jene dunklen Gemütswallungen? Jedenfalls ist schwerlich, wie Otto S. 117 meint, annehmen zu dürfen, eine Entwicklung dieser denkbar, etwa so, daß dämonische Scheu sich zu heiliger Andacht läuterte, ohne vermittelndes Eingreifen jener.

Digitized by Google

Jesu als auch ganz besonders in den Briefen des Paulus, webt und waltet das Numinose — man denke nur an die Lehre des Apostels vom Geist, in welcher das Moment des Fascinosum, und an seine von Otto mit tiefdringendem Scharfsinn gewürdigte Lehre von der Prädestination, in der das Tremendum aufs stärkste zum Vorschein kommt. Ein Glanzkapitel des Werkes handelt von dem Numinosen bei Luther. Zumal in der wichtigen Schrift des Reformators „De servo arbitrio" bricht es mit ganz einzigartiger Wucht hervor, und wir hören mit Interesse, daß Otto bemerkt, an De servo arbitrio habe sich ihm das Verständnis des Numinosen und seines Unterschiedes vom Rationalen gebildet.

Es ist nicht möglich, so sehr es lockt, auf Einzelheiten näher einzugehen. Man könnte nach dem bisher Geschilderten annehmen, daß Otto, der uns mit so viel kundiger Liebe in dem tiefverschatteten heiligen Haine der religiösen Stimmungswelt zurechtweist, wenig Verständnis für den Ideengehalt und die sittliche Seite der Religion haben würde. Das Gegenteil ist der Fall. Auch auf diesem so ganz andern Pfade, der zu lichten Höhen führt, geht er mit sicherem Schritte. Sein bereits vor einer Reihe von Jahren erschienenes Buch „Kantisch-Friessche Religionsphilosophie und ihre Anwendung auf die Theologie" behandelt diese Seite der Sache und bemüht sich — wie mir scheint, mit bemerkenswertem Erfolg — in der durch die Friessche Ideenlehre und Ästhetik berichtigten und erweiterten Kantischen Vernunftkritik eine neue sturmfeste Grundmauer für die Theologie zu errichten. In unserm Buche dagegen legt er kurz dar, daß in der Entwicklungsgeschichte der Religion das entscheidende Datum ist, daß in das dämmerige Chaos religiösen Empfindungslebens formbildend, reinigend, erhebend die Idee hineinwirkt. Die irrationalen Gefühlselemente und die Grundideen der Religion sind in gleicher Weise aprioriſch, und jene werden von diesen, auf welche sie von Haus aus bereits angelegt sind — auch eins der unergründlichen Geheimnisse der Religion — „schematisiert". Nun erst gewinnt der Begriff des Heiligen, in welchem noch im Alten Testamente das Moment ehrfürchtigen Erschauerns des armen Erdgeborenen vor der Unnahbarkeit, Majestät und überirdischen Macht und Glorie Gottes vorherrscht, seinen christlichen Vollklang. Aber auch in der Religion Jesu ist der heilige Gott keineswegs bloß die Verlebendigung der Idee des sittlich Guten und der ewigen Güte, sondern auch hier klingt in dem „Heilig, heilig" der numinose Untertan vornehmlich mit. Grade darum ist das Christentum die Vollendung aller Religion, weil in ihm stärkster irrationaler Gefühlsgehalt sich mit reinsten und erhabendsten sittlichen Gedanken verbindet, zu einer Harmonie, die zwar nicht verstandesmäßig nachgewiesen werden kann, aber von den Erlösten in tiefer Beseligung erlebt wird.

Hat man für die beiden Seiten der Religion, die geheimnisvolle dunkle nicht nur, sondern auch die helle, Verständnis gewonnen, weiß man in gleicher Weise den religiösen Realismus wie den religiösen Idealismus zu würdigen, wird man sowohl den Fehler vermeiden, die in dem Bedürfnis nach religiöser Mitteilung und in noch tasten-

Digitized by Google

dem Erkenntnisdrang aus dem Numinosen entspringenden „irrationalen" Begriffe vorschnell zu dogmatisieren, als auch den andern Fehler, eine rationale Religion aus reinen Ideen konstruieren zu wollen, und man wird in der Religion ein Feuer ehren, das leuchtet, indem es erwärmt. Überaus wohltuend ist es zu sehen, wie Otto, selbst ein freier Theologe, dem religiösen Empfinden der Altgläubigen verständnisvoll entgegenkommt. Begriffe wie der vom Zorn Gottes, von der notwendigen Sühne oder der Gottessohnschaft Jesu Christi, sind um ihres tiefen, ursprünglichen und, um es gradezu zu sagen, wahren Gefühlsgehalts willen keineswegs einfach kritisch beiseite zu werfen. In der Vorstellung vom Zorne Gottes spricht sich in kindlicher Weise die religiöse Grundwahrheit aus, daß Gott nicht ein bloßes Gedankending, sondern heilige, die Welt mächtig durchwaltende Wirklichkeit ist. Wer aber einmal den Feueratem der göttlichen Gegenwart gespürt hat, weiß auch, daß er mit seinen, sei's auch noch so löblichen sittlichen Vorzügen und Leistungen vorgehen muß, wenn ihn nicht erbarmende Gnade mit schützender Decke umhüllt. Und wer in der Person Jesu berührt wird von Gottes Erlösermacht, empfindet es, daß hier mehr ist als ein Prophet, nämlich der Heilige Gottes, der „Sohn". Über die Versuche, religiösen Goldgehalt in theologischen Glaubenssätzen auszumünzen, mag man streiten, und sich insbesondere hüten, kindliche und bildliche, aus altertümlichem Begriffsmaterial geprägte Ausdrücke und Formeln für letzte Wahrheiten auszugeben. Aber man wird nicht der Gefahr verfallen, die saftreiche und süße Frucht um einiger Flecken und Risse willen zu zertreten, um den Hungernden sodann einen schöngemalten Apfel aus Porzellan anzubieten.

Ottos Buch bedarf der Empfehlung nicht. Es wird sich, sei es rasch, sei es nach und nach, durchsetzen und Beachtung erzwingen. Ich glaube, man wird es zu den bahnbrechenden und grundlegenden Werken der deutschen religionswissenschaftlichen Literatur zählen. Es ist zeitlos und nimmt mit keinem Worte auf die gegenwärtige Weltlage und die kirchliche und religiöse Situation Rücksicht. Trotzdem ist es zweifellos — die gebotene Darstellung dürfte es gezeigt haben —, im besten Sinne zeitgemäß, und zwar hauptsächlich in zweifacher Hinsicht. Es leistet einmal denen, die im Weltkriege sich mit dem alten Problem der Theodizen quälen, die verständnisvollste Hilfe, indem es deutlich macht, daß und warum alle diese Grübeleien fruchtlos bleiben müssen, und zwar grade im Interesse der scheinbar gefährdeten Religion selbst, und es wird ferner den auch jetzt noch erbittert und leider vielfach mit so geringem gegenseitigen Verständnis sich befehdenden religiösen Parteien von hoher Warte ein Prediger der Versöhnung.

Digitized by Google

Brief an die „Deutsche Politik"

Als aufmerksamer Leser Ihrer geschätzten Zeitschrift finde ich in Ihrem Heft 29 vom 20. Juli 1917 einen Artikel vom Herrn Friedrich Bahr „Das österreichische Problem" und möchte mir erlauben, anknüpfend an dessen Inhalt, einige Bemerkungen zu machen.

Der Herr Verfasser regt einen Gedanken an, den jeder Deutsche in Österreich nicht nur freudig lesen wird, sondern jeder seinen geheimen Wunsch darin ausgesprochen findet. Ich persönlich, der ich seit 12 Jahren in Berlin lebe, empfand den Umstand, daß die Reichsdeutschen und Österreicher und die Verhältnisse in Österreich — politische und wirtschaftliche — so gut wie gar nicht kennen, sehr betrübend.

Der jetzige Krieg hat uns allen diesseits Verbündeten den Beweis erbracht, daß wir uns in Zukunft eng anschließen müssen. Daß in der Folge dieses Bündnis so manche schwere Belastungsprobe zu bestehen haben wird, darüber herrscht wohl Klarheit. Um nun demselben den notwendigen Kitt zu geben, nicht nur den eines papiernen (mechanischen) Vertrages, geschlossen an dem bekannten grünen Tisch, sondern der aus innerer Notwendigkeit und Zusammengehörigkeit geborene, wäre es ein Erfordernis, wenn berufene Federn sich der Aufgabe unterwerfen würden, das Verständnis zu fördern durch gegenseitige Aufklärungen über die grundlegenden Verhältnisse und Zustände.

Ich habe während meines langjährigen Aufenthalts falsche Ansichten und Auffassungen und einen gänzlichen Mangel an Kenntnis der politischen und nationalen Zusammensetzung Österreichs gefunden, die mich in großes Erstaunen versetzten, bei Personen mit nicht unbedeutendem Wissen, die als Durchschnitts-Reichsdeutsche anzusprechen sind.

Ich bin mir bewußt, daß die in Österreich in Betracht zu ziehenden Faktoren sehr verschiedenartig sind und nicht von jedem studiert und gekannt werden können, aber so einzelne allgemeine Kenntnisse könnten tiefer in die Reihen der Bundesbrüder dringen. Es wäre schon als Anfang zu begrüßen, die Erkenntnis, daß die Zusammensetzung der Monarchie eine vielgestaltige ist und daß das Kräfteverhältnis der einzelnen Nationen zueinander sich die Wagschale hält; daß sie eben ein Nationalitätenstaat ist.

Regelmäßige Berichte über die politischen Vorgänge, mit anschließenden objektiven Anmerkungen würden gewiß viel dazu beitragen, daß der Reichsdeutsche seinen Nachbar besser kennen und richtiger beurteilen würde. Alles würde sich nach dieser Erkenntnis leichter ableiten.

Worauf der Herr Verfasser des eingangs erwähnten Artikels aufmerksam macht, nämlich, daß sich die Deutschen Österreichs verlassen fühlen und nicht verstanden wissen, trifft leider in der Tat nur allzu sehr zu. Sie finden, daß sie die dem Reichsbewohner entgegengebrachte Sympathie, ja sogar Herzlichkeit, verschwendet haben, und es tritt eine Entfremdung ein, anstatt eines Zusammenschlusses. Was ließe sich aber bei gegenseitigem Verständnis alles erreichen? Das aufzuzählen kann nicht meine Aufgabe hier sein, darüber ist auch sehr viel gesprochen und geschrieben worden. Getrennt marschieren, gemeinsam schlagen.

Die Erkenntnis aber, die bei den breiten Schichten erst kommen müßte, würde naturgemäß die Stellung der Deutschen in Österreich stärken, ihren innerpolitischen Forderungen größeres Gewicht verleihen, manche Schwierigkeit dadurch aber erleichtern und Deutschland hätte einen stärkeren Bundesgenossen.

In Einzelheiten einzugehen, muß ich mir versagen und das kompetenteren Federn überlassen. Nur das eine zu erwähnen sei mir gestattet, was ich aus Beobachtungen und diesbezüglichen Gesprächen entnommen habe: wenn der Reichsdeutsche seinen „Über"-Standpunkt aufgibt, den tatsächlichen Verhältnissen in Österreich mehr Verständnis entgegenbringt, so wird der Österreicher ihm aufrichtige Gefühle warmer Freundschaft entgegenbringen. — Eine Ein-

Digitized by Google

mischung in die inneren Angelegenheiten ist durchaus nicht die Folgerung und wird auch gewiß von keiner Seite gewünscht, von den Reichsdeutschen nicht und ebensowenig von den Österreichern. Es haben die Kriegsereignisse bewiesen, daß Österreich voll und ganz den Beweis seiner Daseinsberechtigung, ja -Notwendigkeit, erbracht hat als selbständiger Staat. Auch das Spiel mit dem Gedanken, wie ihn überhitzte Gemüter gebären, eine staatliche Vereinigung der Deutsch-Österreicher mit dem Deutschen Reich ist nicht ernst zu nehmen und hat in Köpfen ernster und vernünftiger Leute nie Fuß gefaßt.

Es existieren mehrere Vereine und Verbände, die sich die diesbezüglichen Aufklärungen zum Ziel gesteckt haben, doch scheint deren Wirken mehr im stillen zu geschehen, während in der breiten Öffentlichkeit nichts geschieht und doch muß es in dieser Weise durchgeführt werden, wenn es ein Resultat zeitigen soll. Dieses Ziel wäre eine Aufgabe, der sich Kräfte widmen sollten, sie würden dankbaren Widerhall finden hüben wie drüben. A. T.

Notizen

Russische Preßstimmen zu den Enthüllungen des Reichskanzlers Michaelis. Die „Iswestija" (Organ des A. S. Rates) schreiben: „Für die innere Lage Deutschlands ist der friedliche, sanfte Ton der Kanzlerrede sehr bezeichnend: Unter dem Druck der wachsenden Unzufriedenheit der Volksmassen muß man den Wolfsrachen des Imperialismus hinter einem Schaffell verstecken. Wie man aber auch die Stellung der deutschen Regierung beurteilen möge, so darf doch die vom Reichskanzler gemachte Enthüllung nicht ohne Antwort von den beteiligten Regierungen gelassen werden. Wurde im Jahre 1916 von der zarischen Regierung der vom Reichskanzler erwähnte Vertrag zur Unterstützung französischer Eroberungspläne geschlossen? Ja oder nein? Hat Briand gesagt, es sei Frankreich gleichgültig, was die niederen Bevölkerungsklassen Rußlands sagen? Ja oder nein? Wenn ja, so befindet sich die Regierung Frankreichs in einem großen Irrtum: Im revolutionären Rußland hängt alles davon ab, was die niederen Bevölkerungsklassen sagen." Denn das viele Millionen große russische Volk hat nicht deshalb die Revolution gemacht, um eine willige Herde zu bleiben, die von den Beherrschern Frankreichs und Rußlands nach ihrem Gutdünken befehligt wird. Wir sehen auch nicht, daß in diesen Fragen von unseren englischen und französischen Genossen energisch gekämpft wird, wie wir überhaupt keine tätige Vorbereitung zur Lösung der Friedensfrage wahrnehmen können.

Das „Djelo Naroda" (Organ der Soz. Rev.) bemerkt zu demselben Thema:

Ein aufrichtiger Verzicht der Verbündeten auf alle imperialistischen Kriegsziele und der offene Vorschlag, mit den Deutschen in Friedensverhandlungen einzutreten, wäre auch im Falle eines Mißerfolges nützlich. Denn wenn Deutschland auch unter diesen Bedingungen keinen demokratischen Frieden schließen wollte —, welcher Maximalist in Rußland würde sich dann einer Offensive, und um so mehr einer Verständigung widersetzen?

Pilsudskis politisches Glaubensbekenntnis. Die Verhaftung Pilsudskis, des Begründers der polnischen Legionen, hat in der polnischen Presse viel Staub aufgewirbelt; hat doch selbst der prov. Staatsrat gegen sie Verwahrung eingelegt. Die Sache wurde polnischerseits so dargestellt, als ob es sich um unbewiesene Verdächtigungen handelt. Unter solchen Umständen dürften folgende Bemerkungen von polnischer Seite in russischen Blättern doppeltes Interesse beanspruchen. Die erste entstammt einem „Offenen Briefe" des bekannten polnischen Publizisten Mizinski an den russischen Kriegsminister Kerenski. („Utro Rossii" vom 12. 7. 17.) In ihm

Digitized by Google

wird Kerenski beschworen, die Bildung einer polnischen Armee zu gestatten, um gemeinsam die „deutsche Gefahr" zu bekämpfen. Der Einwand, als ob in Rußland wegen der polnischen Legionen, die auf Seite der Mittelmächte mitgefochten haben, Bedenken beständen, den Polen zu gestatten eigene Truppenkörper zu bilden, wird durch folgenden Satz zu entkräften versucht: „Pilsudski hat bereits auf der Revolutionsversammlung in der Tatra 1911 gesagt: Wir gehen gegen den Zarismus und gegen die Gendarmen. Wenn es uns gelingen wird, diese zu besiegen, werden wir uns sofort gegen die Deutschen wenden."

Noch bedeutsamer ist es, daß sich der Führer der polnischen Linken in Moskau Lednizki, der bisher stets als Gegner des Russenfreundes R. Dmowski von den „Polnischen Blättern" hingestellt worden ist, zur Verhaftung Pilsudskis folgendermaßen geäußert hat:

„Für mich kam die Verhaftung Pilsudskis nicht unerwartet. Sie war eine logische Folge der Ereignisse in Polen und eine natürliche der russischen Revolution ... Ich habe nach dem 27. Februar/12. März in einem polnischen Aufsatz bei Beurteilung der Ereignisse in Rußland gesagt, daß die erste Folge des Regierungssturzes in Rußland sein werde, daß den Händen der polnischen Legionen, an deren Spitze Pilsudski und andere standen, die Waffen entfallen würden. So ist es auch gekommen. Während der drei Kriegsjahre habe ich in den allerschwierigsten Augenblicken Pilsudski und seine Legionen wiederholt vor der russischen Gesellschaft verteidigen und beweisen müssen, daß ihre Tat ausschließlich von hochpatriotischen Erwägungen getragen werde, nicht aber von einer Liebedienerei vor den Interessen Deutschlands. Es waren dieselben Leute wie die russischen Revolutionäre, mit der gleichen Psychologie, beseelt von demselben Gedanken des Kampfes für die allgemeine Freiheit. Für diesen Kampf wurden viele von ihnen, wie auch Pilsudski, nach Sibirien verschickt. Sobald das russische Volk bei sich das Banner der allgemeinen Freiheit erhob, wurde es klar, daß die polnischen Kämpfer für die gleichen Ideale nicht mehr Platz in den Reihen der Mittelmächte finden können ... Die polnische Demokratie kann und konnte niemals deutschfreundlich sein. Sie ist wie jede Demokratie dem Gedanken der allgemeinen Freiheit ergeben ... („Utro Rossii" 3. 8.)

Für heute beschränken wir uns auf diese beiden Zitate, wir behalten uns aber vor, auf das Polnische Problem in einem eigenen Artikel zurückzukommen, das sich völlig verändert hat nachdem polnischerseits die Vorbedingungen für ein Zusammengehen Polens mit den Mittelmächten in Frage gestellt worden sind. A. S.

Deutschland und die Ukraine. Professor Rudolf Eucken schreibt in Nr. 434 der „Täglichen Rundschau" vom 26. August: „Im Verhältnis zu anderen Völkern haben wir in den letzten Jahren meist unerfreuliche Überraschungen erlebt; um so wohltuender ist es, wenn auch einmal eine erfreuliche kommt. Eine solche aber ist unverkennbar das Emanzipationsstreben der Ukraine, das immer mehr zu einem wichtigen Faktor der gesamten Politik zu werden verspricht. Denn ohne alle Erörterung ist klar, wie sehr der gegen uns von Osten geübte Druck sich vermindern und ein wie anderes Gesicht die orientalische Frage annehmen würde, wenn die Ukraine mit ihren 30—35 Millionen Einwohnern, ihrem höchst fruchtbaren Boden und reichen Mineralschätzen eine Selbständigkeit erlangte. Bei solcher Bedeutung der Sache für uns entsteht die Frage, ob es nicht angemessen wäre, unserer Sympathie für die Ukraine mehr Ausdruck zu geben, die Ukrainer besonders davon zu überzeugen, daß unser Kampf nicht gegen sie, sondern gegen das Moskowitertum mit seiner Unterdrückungstendenz geführt wird. Ein neuaufsteigendes Volk pflegt empfindlich und empfänglich für Ausdrücke der Sympathie zu sein; möchte von unserer Seite nichts versäumt werden, was unseren Interessen und zugleich einer dauernden Verständigung der Völker dienen kann. Daß von seiten der Ukrainer der deutschen Kultur große Sympathie entgegengebracht wird, das haben die in Österreich lebenden Ukrainer durch

Digitized by Google

Tat und Wort oft genug bekundet, im Deutschtum suchen sie einen Halt gegen das Polentum, das sie zu unterdrücken und zu assimilieren droht."

Das ist das Wort eines Politikers, der erkannt hat, was die ukrainische Frage bedeutet. Hoffen wir, daß es von Politik und Presse beherzigt wird! Allerdings, auch zu Sympathieerklärungen gehört Takt. Es genügt, wenn die Ukrainer wissen, daß Deutschland sie kennt, daß es sie um ihre wunderbare nationale Wiederauferstehung bewundert, und daß es mit Freuden bereit ist, ihren Staat hinter dem Kriege in der neuen europäischen Völkergemeinschaft zu begrüßen. Keine gönnerhaften Phrasen, wohl aber Einsicht in die Lebensnotwendigkeiten der Ukraine, Klarheit über die Schwierigkeiten, mit denen der ukrainische Gedanke zu kämpfen hat, und Entschlossenheit, ihn politisch zu fördern. Wenn die Ukrainer das merken, so wird ihre Kraft auch für uns ein Faktor zum Endsiege werden. Ihr Sieg ist unser Sieg; da kommt es darauf an, daß unsere Staatskunst die Ukrainer davon überzeugt, daß unser Sieg auch der ihre ist. Kann sie das nicht, so zeigt sie, auf welchem Gebiet ihre Fähigkeit — auch nicht liegt. Rohrbach

Getreidepreise in Amerika und England. In der „Deutschen Politik" Nr. 29 vom 20. Juli wurde auf die seltsame Tatsache aufmerksam gemacht, daß der Weizenpreis in England billiger sei als in den Vereinigten Staaten und daraus der Schluß gezogen, daß die hohen Frachtraten ohne Einfluß auf die englischen Getreide- und Brotpreise geblieben seien. Die Erklärung schien mir darin zu liegen, daß die englische Regierung die Preisdifferenz, um die sie die englischen Preise unter den amerikanischen halte, aus ihrer Tasche bezahlte, so daß unter diesen Umständen die Höhe der Frachtraten allerdings einen sichtbaren Einfluß auf die englischen Preise nicht haben konnten. Es war aber verkehrt, daraus zu schließen, daß solcher Einfluß überhaupt nicht vorhanden ist.

Die Richtigkeit beider Erklärungen ergibt sich jetzt mit zweifelloser Deutlichkeit aus einer amtlichen Äußerung der englischen Regierung. Der Parlamentssekretär im Nahrungsmittelamt, Clynes, erklärte nämlich auf eine Anfrage im Unterhaus am 8. August:

„Die Zuschüsse der Regierung, um den Verkaufspreis des Vierpfundbrotes auf 9 Pence zu halten, würden jährlich etwa 40 Millionen Pfund betragen, vorausgesetzt, daß die amerikanischen Weizenpreise nicht höher stiegen und andere dieser Berechnung zugrunde liegende Faktoren sich nicht in ungünstiger Weise veränderten."

Aus dieser Regierungserklärung ergibt sich unzweideutig:

1. Bei jetzigen amerikanischen Getreidepreisen kostet es die englische Staatskasse jährlich 900 Millionen Mark, daß sie den Preis des Vierpfundbrotes auf 9 Pence hält.

2. Der Staatsverlust richtet sich nach der Höhe des amerikanischen Weizenpreises und wird mit diesem steigen.

3. Der Verlust der Staatskasse richtet sich auch nach der Höhe der Frachten, denn unter „den anderen dieser Berechnung zugrunde liegenden Faktoren", die „sich nicht in ungünstiger Weise verändern dürfen", wenn der Verlust der Staatskasse sich nicht erhöhen soll, stehen zweifellos die Frachtraten an erster Stelle. R. F. May

Neuerscheinungen

Die Neutralen

II.

Rudolf Kjellén hat seine Aufsätze in der Tagespresse, in denen er die Entwicklung des europäischen Konfliktes mit erläuternden Darstellungen praktisch-politischen Inhalts und populärer Form begründet hat, zu einem Buche mit dem Titel „Studien zur Weltkrise" zusammengefaßt. (Hugo Bruckmann, München, M. 3.60.) In der Geschichte des Krieges hat die politische Entwicklung der Diskussion ihre Geschichte für sich. — Darum ist der Niederschlag der Stimmungen und Denkrich-

Digitized by Google

tungen eines der lebendigen Zeugnisse des Lebens im Krieg. Der Standpunkt Kjelléns wird persönlich durch seine Stellung zu Meinecke gekennzeichnet. „Meinecke", so schreibt Kjellén, „ist nicht nur der anerkannt erste historische Meister des gegenwärtigen Deutschland, er ist auch das politische Gewissen seines Volkes in der heutigen Krise. Ich kenne keinen in der ganzen Gegenwart, der in gleichem Maße wie er die feine und tiefe Kultur vertritt, die die Griechen als ‚Sophrosyne' bezeichneten: das Gleichgewicht des Sinnes, Klarheit und Ruhe der Gedanken, einen Verstand, der durch die Vereinigung mit einem warmen Herzen zu milder Weisheit veredelt ist. Mitten in dem Kampf um Leben und Tod, dessen Schmerz niemand tiefer fühlen dürfte als er, hat er sein Volk dazu ermahnt, nicht den Beitrag zu der romanischen Rasse, zu der gemeinsamen Kulturarbeit zu vergessen. Während der stetigen Siege auf allen Fronten hat er unablässig auf die Doppelfrontstellung als auf etwas konstitutiv Böses hingewiesen, das durch Mäßigung im Friedensprogramm überwunden werden muß." (Auch Kjellén sagt: „Soll Deutschland das werden, was die freien Geister der Menschheit von ihm erhoffen, so ist es nicht genug mit dem Sieg über die Feinde — dann muß es auch den Sieg über sich selbst und über Preußen gewinnen.") Das Buch, das aus gleichgestimmter Anschauung erwachsen ist, „ist nicht neutral in dem Sinne, daß es dem Ergebnis der Studien gleichgültig gegenübersteht — diese Art der Neutralität überlassen wir neidlos den Eunuchen und Hermaphroditen — aber es ist auch nicht parteiisch in dem Sinne, daß es Verantwortung und Recht mathematisch gleich auf beide Seiten verteilt. Ich ergreife Partei für zwei: die Wahrheit und mein schwedisches Vaterland. Beide ziehen mich in die Nähe der einen Partei in der Weltkrise. Als Wahrheitssucher bin ich mir ganz klar darüber geworden, daß nicht Deutschland es war, das den Kampf suchte, daß Deutschland nicht mehr verlangte, als Gleichberechtigung mit der andern Partei bei der Gestaltung der Zukunft der Welt, und daß sein Volk moralisch in keiner Hinsicht niedriger, aber in gewissen, ganz bestimmten Punkten höher als seine Widersacher steht. Als Schwede, als Teilhaber der schwedischen Kulturerbschaft und des schwedischen Staatsbürgertums muß ich ein starkes Deutschland als Bollwerk gegen die Macht im Osten wünschen, von der eine Bedrohung gegen Kultur und Staat meines Landes ausgeht. Wahrheitsliebe und Patriotismus treten hier als gemeinsame Zeugen auf; und da der Patriotismus in diesem Fall auf die Selbstverteidigung einer höheren Kulturform gegen die Übergriffe einer niedrigeren gerichtet ist, dürfte ihm wohl niemand ein objektives Zeugnis absprechen. Obwohl im allgemein gültigen Sinn nicht unparteiisch, wagt die hier gegebene Darstellung deshalb in der Tat Anspruch darauf zu erheben, daß sie etwas von jener tieferen Parteilosigkeit enthält, die Objektivität heißt."

Mit dem „doppelten Gesicht Amerikas" beschäftigt sich Emo Descovich (K. Siegismund, Berlin, M. 3.—.) Er sieht die Gründe für den Eintritt Amerikas zum Krieg 1. in der Gelegenheit zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und zur Aufstellung einer starken Armee, die später auch gegen Japan Verwendung finden kann; 2. dem Streben nach weltumfassendem Imperialismus, nach Erreichung der wirtschaftlichen und politischen Alleinherrschaft. „Die Verwirklichung eines solchen Planes wäre die Aufrichtung der drückendsten Herrschaft, die jemals die Weltgeschichte gekannt, und das genaue Gegenteil der demokratischen Ideale, die zur Gründung der nordamerikanischen Union geführt haben und jetzt zur Rechtfertigung der Kriegserklärung herhalten müssen."

„Unsere auswärtige Vertretung und ihre Kritiker" nennt sich eine Schrift des Schweizers Karl J. Benziger („Schweizer Zeitfragen" Heft 52, O. Füßli, Zürich. Fr. 2.—.). Sie geht aus von dem ungenügenden System der heutigen Verhältnisse. „Solange wir die diplomatischen Subalternbeamten nicht konsequenter erziehen und solange wir ihnen, den Erstberechtigten, die Möglichkeit einer gründlichen Vorbereitung für den Ministerposten fast von vornherein nehmen, werden wir eben immer wieder auf das sogenannte Hiltysche System zurückgreifen müssen und die Gesandten größtenteils anderen Berufen zu entnehmen haben." Sie tadelt weiter „die unheimliche Geheimnistuerei in der auswärtigen Politik, die sich durchaus nicht bewährt habe". „Gewiß, jedermann weiß, daß es hier viel, sehr viel gibt, das nicht an die große Glocke, ja nicht einmal über die Wände des Sitzungssaales darf hinausgetragen werden — aber neben diesen Staatsweisheiten gibt es noch unendlich viel, über das das Volk gern Aufschluß hätte, über das im Interesse der Staatengemeinschaft und des internationalen Verkehrs Aufklärung geschaffen werden sollte. Der subalterne Diplomat ist viel zu sehr Beamter und viel zu wenig Kollege und Mithelfer. Sobald einmal der wirtschaftlich und juristisch geschulte Attaché oder Sekretär zum Abteilungschef an der Legation promoviert wird, dürfte dieses lose Verhältnis mit einem Male viel festere Formen annehmen, die Mission erhielte damit einen Willen, ein politisches Ziel." Sie weist sodann den Diplomaten folgende Zukunftsaufgabe zu: „Das Problem der Annäherung mit den uns vielfach noch fernstehenden Kleinstaaten, die Erforschung aktueller wirtschaftlicher Postulate, die Vermittlung internationaler Institutionen, die Förderung von Verkehrsprojekten, die Mitarbeit an internationalen Handelsorganisationen, gleichgültig, ob die Unternehmen auf staatlichen und individualistischen Prinzipien aufgebaut werden sollen. Es werden ferner die Be-

Digitized by Google

obachtung von staatlichen und sozialen Einrichtungen, die für die schweizerische Volkswohlfahrt von Nutzen sein können, die Förderung von Handel und Industrie, die intensive Fühlungnahme mit der Konkurrenz, die Bekämpfung schädlicher Einflüsse, in Zukunft im diplomatischen Arbeitspensum eine Bedeutung einnehmen, die bis zur Stunde mehr berücksichtigt werden konnte. Staat, Handel und Industrie sollen sich die Hand zum Bunde reichen und in Übereinstimmung dieses Ziel nach außen und innen vertreten. Nationale Handelspolitik treiben heißt heute nicht den Handelsverkehr mit dem Ausland mit staatlichen Mitteln unterstützen, sondern noch vielmehr die volkswirtschaftlichen Interessen des Landes in ihrer Gesamtheit nach einem gemeinsamen Plane dem Auslande gegenüber verteidigen, behaupten und fördern." Man sieht also, daß Reformen, vor allem für die wirtschaftliche Ausgestaltung der Außenvertretung, verlangt werden, erfreulicherweise nicht im Sinne eines festen Schemas, sondern in freiem Anpassen an die jeweiligen Verhältnisse. Ein Schweizer Stabsoffizier betrachtet „die militärische Lage der Schweiz und die Landbefestigung im Urteil der neueren Geschichte" (Bern, Max Drechsel, 1917, Fr. 2.—). Ausgehend von dem Willen zur Neutralität, beschäftigt sich die Schrift mit den militärischen Mitteln, die die Wahrung der Neutralität gewährleisten. Wir haben verlernt, sagt Verfasser, aus der Geschichte zu lernen, daß wir allzusehr an die chiffons de papiers glauben, daß das Moment militär-geographischer Bedeutung unseres Landes für die beiden Gegner nicht genügend in das Bewußtsein unseres ganzen Volkes und alle seine Behörden eingedrungen ist. Als Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ein neuer Krieg zwischen Frankreich und Deutschland auszubrechen drohte, da wurde in den Kreisen von Politikern und Offizieren die Frage der Landesverteidigung und Landesbefestigung in Artikeln, Broschüren und Vorträgen eifrig diskutiert. Ein System der Landesbefestigung war die Forderung des Tages. Als die Spannung vorbei war, schlief die ganze Sache — wie so recht freundeidgenössisch — ruhig ein. Viel von dem, was damals gesprochen wurde, trifft heute Wort für Wort für uns zu. So will die Schrift dem Volk die Augen öffnen und die Behörden auch mit den militärischen Schwierigkeiten und Notwendigkeiten vertraut machen, denn „die eidgenössischen Wehrmänner, die im Augenblick der Gefahr, zum Schutze unserer Marken, Haus und Herd verlassen berufen sind, stelle man einem jedenfalls an Zahl und Kriegsübung überlegenen Gegner nicht auf unvorbereiteten Boden gegenüber!" Zu höherem Selbstbewußtsein ruft S. Zurlinden die Schweizer in der Schrift „Der Weltkrieg und die Schweizer" (O. Füßli, Zürich 1917. Fr. 2.50) auf. Vorläufig kümmerten sich die Ausländer viel intensiver darum, was Schweizer Meinung sei, als die Schweizer selbst. „Wir müssen uns diese Suggestion vom Halse halten und selbst unseren Kopf anstrengen." Wir müssen Schweizer sein „mit Selbstbewußtsein und Verstand". „Wenn unserm Schweizertum über das hinaus, was es für uns selber ist, noch eine Bedeutung zukommt, so wäre es die, daß mit ihm der Beweis für die Möglichkeit eines wohlgeordneten und soliden Staatswesens auf freiheitlich-demokratischer Grundlage erbracht ist. Davon haben alle die einen indirekten und nicht unwichtigen Vorteil, die in ihren Staaten gegen die autokratische Herrschaft und für die Demokratie kämpfen. Diese bedeutungsvolle Wechselwirkung zwischen der Schweiz und anderen Ländern gibt uns auch die beruhigende Zuversicht, daß man mit Leib und Seele Schweizer und nur Schweizer sein und doch mit den anderen Völkern in einer tiefgefühlten Solidarität verbunden sein kann. Niemand bezweifelt, daß das preußische Ideal mit seinem bedingungslosen Gehorsam der Soldaten, denen man keinerlei Rechenschaft schuldig ist über die Vernünftigkeit irgendwelcher Maßnahme, mit seiner scharfen Trennung der Grade, dem sorgsam gewahrten Standesbewußtsein der Offiziere und Unteroffiziere usw., rein militärisch das Höchste erreicht; es kann aber auch nur in dem absolutistisch-monarchischen Preußen-Deutschland, wo die nötigen Voraussetzungen dazu (politische Unmündigkeit des Volkes usw.) gegeben sind, rein durchgeführt werden; überall sonst, wo es nachgeahmt wird, handelt es sich doch nur um ein „mehr oder weniger", ein „einigermaßen". Bei uns vollends, in der demokratischen Republik, würde das preußische System in Reinzucht der Unnatur, weil die politischen Voraussetzungen und die Eignung des Volkscharakters dazu vollkommen fehlen. So selbstverständlich für uns Kriege zur Verteidigung unserer Heimat sind, so einmütig sind wir in der Schweiz im Abscheu vor dem Krieg als Krieg. Eine Abstimmung im Schweizer Volk würde mit ungeheurer Mehrheit die Zustimmung ergeben zur internationalen Rechtsordnung, zum obligatorischen Schiedsgericht, zur unbedingten Respektierung der bürgerlichen Moral auch in der Politik." „Worte an Schweizer Bürger und Soldaten" richtet Hauptmann Baudenbacher („Bei unsrer Landskraft!", O. Füßli, Zürich, M. —.80.) „Wir wollen keine Verwelschung und keine Verpreußung, sondern in der Schweiz wirklich Schweizer sein. Wir wollen keinen unzeitgemäßen Abschluß von andern, aber auch uns selber nicht preisgeben. Halten wir uns immer wieder als Ziel vor Augen das alteidgenössische Ideal einer edlen, wahrhaft demokratischen Volksherrschaft, die bei uns und anderen heute nötiger ist als je." Zur „Organisierung der Studentenschaft" mahnt Prof. Dr. H. Egger, Zürich. (O. Füßli, Zürich.) Die Notwendigkeit dieser Organisierung erwächst ihm aus der Zeit, die die Aufgabe stellt

Digitized by Google

„alle hohen Anforderungen des Fachstudiums mit denjenigen auszusöhnen, die Vaterland und Menschheit an das Menschentum des Einzelnen stellen müssen." „So müssen wir darauf sinnen, wie wir den Studenten auch über seinen Beruf hinaus am besten ausgerüstet in die Welt hinaus entlassen." Einen Teil dieser Aufgabe soll ein richtig angelegter allgemeiner Zusammenschluß der Studentenschaft übernehmen. Eine solche Organisation würde, meint der Verfasser, der Universität und den Studenten zu Hilfe kommen: der ersteren ermögliche sie ein geregeltes Zusammenarbeiten. Unter den Studenten fördere sie das Gefühl der Gemeinschaft. So wird in letzter Linie „das Gemeinwesen den Segen der neuen Einrichtung genießen", „für die staatsbürgerliche Erziehung wesentliche Dienste getan". Dafür, daß die Schweiz mehr und mehr an die eigne Verarbeitung des Schweizer Bildungsgutes geht, spricht die erste Lieferung der Neuausgabe des Werkes von Tschudi über „Das Tierleben der Alpenwelt" (Rascher, Zürich) in schmucker, volkstümlich angelegter Aufmachung. Eine Friedensaufgabe suchen unter Leitung von Dr. R. Bußmann eine Reihe von Schweizern eindringlich aufzuzeigen. Ein Sammelbuch „Das Verbrechen am Verbrecher" (Verlag Max Drechsel, Bern) wirbt um Mitleid mit dem Verbrecher und will zum Wissen von dem Verbrechen führen, das täglich und stündlich an ihm begangen wird. Sie wollen ankämpfen „gegen die schreiende Ungerechtigkeit der Welt gegenüber den Verbrechern, anknüpfen unter dem Banner der höheren Gerechtigkeit, die auch dem Verbrecher Menschenrecht zubilligt und für ihn Lebenszweck und Lebenssinn bestimmt hat".

Von dem Schweden Wilhelm Peterson-Berger erscheinen Vorträge über „Richard Wagner als Kulturerscheinung" in Buchform bei Breitkopf & Härtel, Leipzig (M. 1.—). Es ist interessant darin etwas über die Stellung Schwedens zu Richard Wagner zu erfahren: „Die Geschichte der Wagnerbewegung in Schweden ist ein ganz leises Echo der entsprechenden Vorgänge auf dem Kontinent. Dies beruht auf dem Phlegma des schwedischen Temperaments kulturellen Erscheinungen gegenüber. Künstler sowohl wie Kritiker faßten hier wie anderswo das Ganze zuerst als eine ausschließlich spezialmusikalische Bewegung auf, als ‚Wagnerianertum'. Von Komponisten erklärte sich Södermann für Wagner, während Norman sich zurückhaltender verhielt; die führenden Kritiker Wilhelm Bauck und etwas später Adolf Lindgren verhielten sich beide scharf abweisend. Erst mit den ältesten unserer noch jetzt lebenden Komponisten gewinnt das Wagnerianertum, d. h. die einseitig musikalische und musikimitierende Auffassung der Wagnerkunst bei uns einigen Boden. Und erst in noch späterer Zeit dürfte man, hier wie anderswo, zur Erkenntnis gelangt sein, daß die Epigonenerscheinung, die man Wagnerianertum genannt hat, kein allseitiges und rechtes Verständnis des grandiosen Phänomens der Wagnerkunst bedeutet. Diesen etwas negativen Tatsachen können jedoch andere positive entgegengestellt werden. Es dürfte unbestreitbar sein, daß die schwedische Allgemeinheit, repräsentiert durch das Stockholmer Publikum, von Anfang an starkes Interesse für Wagners Kunst bekundet hat. Allerdings hielt man sich auch hier hauptsächlich an die Musik, aber mehr oder weniger unbewußt reagierte man sicherlich auch auf die Poesie der dramatischen Dichtungen, die phantasiefesselnde Kraft dieser neuen Gestalten und den tiefen Ernst und das religiöse Lebenspathos, die sich in dem ganzen Ideeninhalt offenbarten. Dennoch dürfte es unbestreitbar sein, daß gewisse Eigenschaften von Wagners Kunst diese immer hindern werden, auf das unbefangenste und intelligenteste schwedische Publikum ihre volle Wirkung auszuüben. Diese Eigenschaften sind teils die spezifisch deutschen, teils die individuell Wagnerischen. Zu den ersteren gehört die ungewöhnliche Breite und Umständlichkeit der Ausdrucksweise, die den Gang der Handlung zuweilen bis zum Stillstand ausdehnt; diese Breite und Schwere ist etwas Fremdes für uns Nordländer, die in einer spannkräftig raschen, strammen und klaren Formgebung immer instinktiv einen höchsten Kunstwert sehen, eine Offenbarung von Schönheit und Kraft. Zu den speziell Wagnerischen Eigenschaften gehört hingegen jenes entfesselte, nach außen gekehrte Pathos, das sich an rein akustischer Stärke nie genugtun kann. Auf Ibsens Björnsons und Strindbergs Landsleute wird dieses ausgedehnte, physisch anstrengende Pathos leicht seelenlos, nichtssagend und theatralisch konventionell wirken; die nordische Natur verlangt einen mehr innerlichen, andeutenden Gefühlsausdruck, der gleichsam gegen die rassenererbten Selbstbeherrschungsinstinkte ankämpft und von ihnen gezügelt wird."

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Rohrbach, Politische Offensive 1137
Conrad Haußmann über den Reichskanzler Michaelis . . 1141
Schmidt, Was geht in Polen vor? 1145
Schiemann, Streiflichter zur Weltlage XI 1151
Schweitzer, Wie ist ein Ausgleichsfriede möglich? Ein Wort über echten und falschen Pazifismus 1156
Fittbogen, Zum Begriff des Auslanddeutschen 1159
Notizen / Neuerscheinungen 1161

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 7. September 1917 Heft 36

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Digitized by Google

Deutsche Orientbücherei

24. Band:

Die Donau- und die Meerengenfrage

Ein völkerrechtsgeschichtlicher Rückblick und ein rechtspolitischer Ausblick von

Dr. jur. Wilhelm Knorr, Hamburg

Mitglied der deutschen Gesellschaft für Völkerrecht

Der Weltkrieg hat Deutschland und seine Verbündeten vor zwei große weltpolitische Aufgaben gestellt: **Die Freiheit der Meere mit dem belgischen Problem im Westen**, die gegen England, und **die Freiheit des Weges zum Orient im Osten**, die gegen Rußland zu erkämpfen ist.

Bei den künftigen Friedensverhandlungen wird es eine der vornehmsten Aufgaben der Diplomaten der Mittelmächte sein, die Freiheit des Weges zum Orient völkerrechtlich zu sichern:

Der freie Weg zum Orient kann nur gesichert werden durch die Neuordnung der Donaufrage und der Meerengenfrage, die beide den Hauptinhalt der heutigen orientalischen Frage bilden und zu den wichtigsten Kriegs- und Friedenszielen der Mittelmächte gehören.

Der Verfasser will die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die große Bedeutung dieser beiden Fragen für die Zukunft und das Gedeihen der Vierbundmächte richten, dem Politiker aber und den Kreisen, die die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Vierbundmächte fördern wollen, das völkerrechtliche Rüstzeug zur Lösung der Fragen an die Hand geben.

Zum erstenmal in der Literatur faßt die Schrift die Donau- und die Meerengenfrage in einer gemeinsamen Darstellung zusammen und weist nach, daß **beide Fragen** in der Vergangenheit und Zukunft **untrennbar verbunden** sind. **Besonders eingehend sind dann die kriegerischen und politischen Ereignisse des großen Krieges**, die die Zukunft des Donau- und des Meerengenrechtes zu beeinflussen geeignet sind, behandelt.

Die Lösung des östlichen Problems sieht der Verfasser in der völkerrechtlichen **Ausgestaltung der Freiheit der Donau im Interesse der Uferstaaten** und in der **Neuordnung der Meerengen- und Pontusfrage** im Sinne **weitester Öffnung für die wirtschaftlichen Bedürfnisse** Rußlands und des gesamten Handels, zum **Zwecke der Schließung** aber **gegen die Kriegsflotten aller Staaten, die den Frieden und den gedeihlichen Verkehr auf der östlichen Völkerstraße stören wollen.**

Die Übersicht wird erleichtert durch die an den Rand gesetzten Jahreszahlen, durch eine Zeittafel mit Hinweis auf die Seiten der Schrift und durch eine Karte. Ein Verzeichnis weist auf die neuesten Werke über die Frage hin.

Preis 3.50 Mark

Der Band erscheint in der ersten Hälfte des Septembers.

Vorbestellungen nimmt jede gute Buchhandlung oder der Verlag entgegen.

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar

2. Jahrgang * 7. September 1917 * Heft 36

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

den 2. September 1917

Politische Offensive

Von Dr. Paul Rohrbach

Am 29. August wurde bei uns die Aussage des früheren russischen Kriegsministers Ssuchomlinow bekannt, wonach dieser gestanden hat, er habe in der Nacht vom 29. zum 30. Juli 1914 den Befehl des Zaren, die russische Mobilmachung gegen Deutschland anzuhalten, nicht befolgt, dagegen dem Zaren vorgelogen, die Mobilmachung sei unterbrochen, bis von anderer Seite (vermutlich Großfürst Nikolai Nikolajewitsch) der Zar doch zum Kriege überredet worden sei. Außerdem hat Ssuchomlinow zugegeben, daß er es in der Tat war, der dem später entlarvten journalistischen Spitzel Rschewski den Artikel in der St. Petersburger Börsenzeitung („Birschewyja Wjedomosti") vom Frühjahr 1914, worin an Frankreich die Frage der Kriegsbereitschaft gerichtet wurde: Wir sind bereit — seid ihr es auch?, diktiert hat. Wir warteten, was nun von seiten unserer Regierung geschehen würde. Die Lage war klar — es mußte sofort gehandelt werden. Der Vermittlungsversuch des Papstes war im Gange. In der Öffentlichkeit stritt man sich darüber, ob die Entente oder die Mittelmächte dahinter steckten und wer den größeren Vorteil von der Sache für sich erwarte. Für jeden aber, der mit der politischen Methode unserer Gegner vertraut war, mußte es klar sein, daß die Entente, mochte die Papstnote ihr dienlich sein oder nicht, in jedem Fall mit ihrer Beantwortung eine „moralische Offensive" gegen Deutschland verbinden würde. Für die Rückzugskanonade wie für eine neue Angriffsschlachten auf politischem Gebiet ist und bleibt ihr dies Mittel gleich unentbehrlich. Ebenso war kein Zweifel, daß Ssuchomlinows Geständnis bei den wahren Schuldigen am Kriege drüben wie ein Donnerschlag wirken und daß der Vielverband sofort etwas gegen die Folgen dieses Zwischenfalles unternehmen würde, damit keine Katastrophe daraus würde. Schon der folgende Tag hätte daher eine machtvolle Kundgebung des deutschen Reichskanzlers an die Welt sehen müssen, die das Geschenk des Himmels ausnutzte, um der feindlichen Aktion zuvorzukommen. Was

Digitized by Google

aber geschah? Nichts! Statt dessen war von der Gegenseite prompt am Tage nach unserer verpaßten Chance da, was zu erwarten stand: der „moralische" Angriff in Gestalt der ungeheuren Unverschämtheit der amerikanischen, im Haag veröffentlichten Antwort an den Papst: Die deutsche Reichsregierung trägt die Schuld an Weltkrieg und Rechtsbruch, das Wort der „jetzigen Beherrscher Deutschlands" kann nicht als Friedensbürgschaft betrachtet worden!

Wie stände die deutsche Regierung gegenüber diesem Anwurf perfider aber psychologisch nur zu richtig rechnender Heuchelei jetzt da, wenn sie im Augenblick, da die Gelegenheit sich bot, in einem wuchtig geführten Angriff des Reichskanzlers von der Tribüne der Öffentlichkeit ihrerseits dem Feind im Angriff zuvorgekommen wäre! Wie matt wäre Herrn Wilsons Giftpfeil zu Boden gefallen. Statt dessen gab es einen Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung". Was soll man zu dieser politischen Methode sagen? Ist überhaupt noch Hoffnung, daß wir je etwas Rechtes mit einer Gelegenheit werden anzufangen wissen? Schweigen! Schweigen ist auch eine Antwort.

Gehen wir in Ermangelung eines erfreulicheren Stoffes zu Herrn Ssuchomlinow über. Hier offenbart sich ein Stück russischer Psychologie[1]. Der General ist angeklagt auf ungeheure Unterschleife, grobe Vernachlässigung seiner Pflichten, Vaterlandsverrat. Er bestreitet alles, weiß aber auch, welchen Trumpf er unter den gegenwärtigen Umständen ausspielen muß, um sich zu retten. Er stellt sich in Positur: Ich, Ssuchomlinow, habe den Krieg gemacht! Was sagt ihr nun? Ich habe schon im Frühjahr 1914 die Franzosen angestachelt, ihnen zu verstehen gegeben, daß wir fertig sind! Ich habe den Schwächling von Zaren angelogen und unsern Krieg in dem Augenblick gerettet, als er aufs höchste gefährdet war! Wollt ihr mich nun noch verurteilen, mich, den wahren Vaterlandsfreund?

Ssuchomlinow bekennt, daß er seinem obersten Kriegsherrn ungehorsam war und ihn belog. Der Generalstabschef Januschkewitsch erklärt, dem deutschen Militärattachée das Ehrenwort gegeben zu haben, eine Gesamtmobilmachung finde nicht statt. Dabei habe er den vom Zaren unterzeichneten Befehl zur Gesamtmobilmachung in der Tasche gehabt. Dieser Ehrenmann fügt noch hinzu, der Deutsche habe ihm nicht glauben wollen; da habe er ihm sein Wort schriftlich angeboten! Das alles erzählen diese russischen Generäle öffentlich vor ihren Richtern, vor ihrem Volk, vor der Welt. Sie kennen die Stimmung bei den jetzigen Machthabern in Rußland. Kein Gedanke, daß sie riskieren, auf ihr Geständnis hin als Kriegsbringer verflucht zu werden; im Gegenteil! Sie sehen die Gegenrevolution kommen. Sie sehen Kerenski als kriegsbegeisterten Propheten des neu emporflammenden Nationalismus. Sie sehen die Kosaken als Helfer der „revolutionären" Regierung bei ihrem Werk, das Land wieder von neuem in den Krieg zu peitschen. Sie sehen die Massenhinrichtungen

[1] Psychologie = Seelenkunde, hier Volkscharakter.

Digitized by Google

der Soldaten, die nicht kämpfen wollen, unter englischer, französischer und japanischer Exekutionsleitung. Sie sehen, wie ein fanatischer Kriegswille den Zügel Rußlands wieder in die Hand bekommen hat und sagen sich: bekennen wir uns als Kriegsmacher, das zieht unsern Hals aus der Schlinge! Merkt man, wie unsere Friedenspolitik gegen Rußland nach der Revolution den Russen wieder Kraftgefühl und Zeit gegeben hat, sich zu besinnen; wie sie ihren Glauben erweckt hat, wir seien schwach und Rußland würde zuletzt mit der Entente zusammen den Krieg noch gewinnen? Kämpfen! So heißt jetzt die Stimmung, nachdem sie in den ersten Monaten der Revolution verzweifelt und niedergeschlagen war. Ssuchomlinows und Januschkewitschs Bekenntnisse beleuchten sie in greller Deutlichkeit — wahrhaftig, ein rechter Triumph für unsre Politik!

Ein harmloser deutscher Leser des Moskauer Prozeßberichts wundert sich vielleicht über den Zynismus[1], mit dem die Generäle ihre Lügen und falschen Ehrenworte öffentlich eingestehen. Auch das ist russisch. Das Wahrheitsgefühl hat nichts innerlich Bindendes für den Russen, er vermag die Wahrheit als Ehren-, ja selbst nur als äußere Anstandspflicht nicht zu begreifen. Kein Russe vergibt sich in seinen oder seiner Landsleute Augen etwas, indem er auf Lügen ertappt wird oder bekennt, gelogen zu haben. Es gibt gebildete Russen, die imstande sind, in Wahrheitsfragen nach westlicher Art zu denken, aber es sind Einzelerscheinungen, die das Volksbewußtsein nicht beeinflussen. Auch der verflossene Zar, so wenig russisches Blut auch in seinen Adern floß, war insofern Russe, als er eine tief unwahrhaftige Natur war, mit einem Zug ins Boshafte und Versteckte, der aus seiner Charakterschwäche kam. Sein Benehmen in der Mobilmachungsfrage zeigt diese Schwäche deutlich. Dreimal in den kritischen Tagen soll er den Befehl zur Gesamtmobilmachung unterzeichnet und wieder zurückgenommen haben. Sehr glaublich, daß Nikolai Nikolajewitsch am 30. Juli ihn schließlich dadurch zwang, den Krieg ausbrechen zu lassen, daß er ihm mit der Absetzung drohte.

Was wird nun, wo die beste Zeit verpaßt ist, bei uns geschehen, um mit diesem Moskauer Material den Kampf gegen die „moralischen" Batterien der Entente zu eröffnen? Vom ersten Tage des Krieges an hat man es dort verstanden, uns als die Gewalttäter und Zerstörer des Friedens hinzustellen. Fast die ganze Welt glaubt es heute von uns, und es ist schon ein wohlwollendes Urteil, wenn jemand draußen sagt: die Schuldfrage sei unklar oder: die Schuld läge auf beiden Seiten. Nur politische Kinder können sich einbilden, die Wahrheit werde siegen, ohne daß wir etwas dazu tun, und die Welt müsse doch jetzt selber sehen, wo die Schuld sitzt. Unsinn! Der Durchschnitt der öffentlichen Meinung ist zu träge, um sich aus eigenem Antrieb mit solchen Untersuchungen zu befassen; überdies ist die Absperrung Deutschlands vom größten Teil der Welt so vollkommen, daß es wenig Wirkung hat, was die deutsche offiziöse und nichtoffiziöse Presse über Ssuchomlinow schreibt. Dafür, daß bei der

[1] Zynismus = Gemeinheit, Schamlosigkeit.

Digitized by Google

Entente und bei den unter Druck gehaltenen „Schakalen“ und Neutralen fürs Erste nicht zuviel davon geredet wird, dafür wird man dort schon sorgen. Es gibt für uns schon seit lange nur ein Mittel, die Welt, auch die feindliche und neutrale, zur Aufmerksamkeit zu zwingen. Unsere leitenden Staatsmänner müssen selbst öffentlich das Wort nehmen. Sie müssen angreifen und immer wieder angreifen. Es ist genug Material für einen moralischen Offensivfeldzug im Hindenburgischen Stil vorhanden. Man unternimmt aber nichts damit, sondern läßt es in den Ecken liegen und schimmeln. Was hätte die englische Taktik des moralischen Angriffskrieges aus einem Funde gemacht, wie jenem Bekenntnis des späteren Ministers Miljukow im Jahrbuch seiner „Rjetsch“, Serbien habe einen Anspruch auf die Hilfe Rußlands gehabt, als es vor der Frage stand: mit dieser Hilfe durch Zertrümmerung der Habsburgischen Monarchie seine nationale Einigung zu erlangen oder in Österreich aufzugehen! Wiederholt ist von Unterrichteten öffentlich und nichtöffentlich in dringlichster Weise auf diese und auf zahlreiche andere Gelegenheiten zur offensiven politischen Kriegführung hingewiesen worden. Umsonst! Die Erfahrung zeigt, daß jedes Wort eines deutschen Staatsleiters, öffentlich und eindringlich gesprochen, auch jetzt im Kriege den Erdball umfliegt. Jedes solche Wort tut es, aber nur ein solches! Was unsere Zeitungen schreiben, ist soviel wie ein Monolog in unsern vier Wänden, wenn es unsrer Sache gilt, und nur wenn es gegen uns ausgenutzt werden kann, ist es wie eine Trompete auf dem Markte der Welt. Es gibt kaum einen Engländer, Franzosen, Amerikaner, der zu lesen bekommt, was die „Norddeutsche Allgemeine“ schreibt. Der Reichskanzler, der Vizekanzler, der Staatssekretär des Auswärtigen, sie selbst müssen heraus und den Angriff führen, wiederholt, mit unermüdlichen Streichen. Lächerlich, zu denken, daß es für Herrn Lloyd George oder Herrn Wilson als Zuhörer geschehen soll! Auf die Kriegsmacher machen Gründe keinen Eindruck, die wissen selber genau genug, wo der Krieg herkommt. Die andern aber, die an den Frieden denken, die ihre Gründe zur Opposition gegen ihre Kriegsregierungen haben, dazu das verstreute Häuflein der gerecht und billig Empfindenden in aller Welt, sie horchen auf, sie nehmen die von uns geschleuderte Waffe in die Hand, sie prüfen und benutzen deren Wucht für ihre Zwecke, sie machen den Verbrechern, die den Krieg nicht beenden wollen, ihr Bluthandwerk schwer und schwerer.

Ist es nötig, noch deutlicher zu werden? Ist es nötig, nun schon zum unzähligsten Male zu wiederholen, daß die Leitung unsrer auswärtigen Politik endlich zeigen muß, wozu sie da ist? Wir haben genug und übergenug von der bisherigen Defensivmethode, wir wollen wirkliche Angriffe gegen den Feind sehen, nicht hier einen kleinen Anlauf und da noch einen, sondern einen organisierten Feldzug. Wer das nicht begreift oder nicht versteht, taugt nicht zum Lenker unsrer Politik. Es handelt sich um deutsches Blut, das draußen fließt, an dem gespart werden kann, wenn wir das Gesetz der politischen Offensive erfassen. Wir stehen nicht so da, um Waffen am Boden

Digitized by Google

liegen zu lassen, deren Gebrauch den Krieg früher und erfolgreicher beenden helfen kann. Der Feind zittert davor, daß sie besser gebraucht werden könnten als bisher, und er höhnt und segnet uns im stillen wegen unsrer Hilflosigkeit in ihrer Anwendung.

Im Reichstag ist jetzt ein Hilfsausschuß zum Betrieb unserer Politik, auch der auswärtigen, eingerichtet worden. Werden die Männer, die darin sitzen, es der Regierung sagen, was sie tun soll? Haben sie selber eine Vorstellung davon, was politische, was moralische Offensive bedeutet? Wissen sie etwas von dem Material, den Mitteln, den Methoden, die bereit liegen, die man anwenden muß? Es ist zum Verzagen, wenn man sieht, was geschehen könnte und nicht geschieht, welche Erfolge gepflückt werden könnten und verloren gehen. Warum? Weil von den Männern an der Spitze die einen das politische Handwerk nicht gelernt haben und die andern nicht als politische Künstler geboren sind.

Aus der Rede des Abgeordneten Haußmann

im Hauptausschuß des Reichstags am 23. August 1917

Es schien uns von Wert, diese Ausführungen, die den Standpunkt der Reichstagsmehrheit klar wiedergeben, unseren Lesern zugänglich zu machen. Redaktion

„Die von Herrn Kollegen Ebert gestern nachmittag abgegebene Erklärung der Mehrheitsparteien zu Ziffer 1 beruhte auf einer auch bei anderen hervorgetretenen mißverständlichen Auffassung der unmittelbar vorangegangenen Erklärung des Herrn Reichskanzlers. Hätte dieses Mißverständnis nicht bestanden, so wäre die Notwendigkeit für diese Gegenerklärung nicht vorgelegen.

Die Auffassung, die der neue Staatssekretär des Auswärtigen von Kühlmann in seinen einleitenden Bemerkungen angedeutet hat, eröffnet die Hoffnung, daß wir seine Amtsführung unterstützen können. Die „Pflege der Beziehungen zu den Verbündeten" und „die Pflege der Beziehungen zu den Neutralen unter Schonung ihrer Lebensnotwendigkeiten" ist richtig und muß von Draufgängerei abhalten. Richtig ist auch, daß der „Strom der öffentlichen Meinung" nicht an unseren Grenzen stehen bleibt, und daß das Studium der Psychologie unserer Feinde und der wechselnden Strömungen in der öffentlichen Meinung eine wichtige Aufgabe ist. Damit sind die plumpen Worte als für Deutschland schädlich verurteilt, die von unbesonnenen Deutschen häufig benutzt werden."

... Die Darstellung der „Norddeutschen Allgemeinen" über die Besprechung des Kaisers mit dem amerikanischen Botschafter Gerard im August 1914 sei ungeschickt gewesen, denn vorne sei die Absendung eines Telegrammes dementiert, und hinten als „möglich" offen gelassen worden, daß der Kaiser dem Botschafter einen eigen-

Digitized by Google

händigen Text zum Berichte an Wilson übergeben habe. Kennt das Auswärtige Amt diesen Text[1]? . . .

„Der Beschluß des Reichstags vom 19. Juli war richtig und wichtig. Die Geschichte wird den Dienst feststellen, den er Deutschland geleistet hat. Auch der Zeitpunkt war richtig, weil er mit der glücklichen Offensive unseres Heeres in Galizien zusammentraf, welche den Gedanken an eine Schwäche ausschloß, und weil er auf den Zeitpunkt traf, von welchem Herr von Heydebrandt unter Berufung auf einen Herrn der Admiralität öffentlich die Niederzwingung Englands durch den U-Bootkrieg fälschlich behauptet hatte. Richtig auch, weil die Zeit sich dem Ende nähert, in welcher die Vernunft Europas durch erregte Minderheiten terrorisiert und die Mehrheiten der Völker in einen Zustand verhängnisvoller Passivität versetzt waren.

Den vollen Nachweis über das Bedürfnis des Beschlusses wollten wir am 19. Juli und heute aus höheren Gründen des Staatsinteresses öffentlich nicht antreten. Die Zeit wird kommen. Volk und Heer hat ihn verstanden und materiell gebilligt. Daß da und dort die künstlich emporgeschraubte Stimmung ihn nicht richtig gewürdigt hat, ist nicht zu verwundern, aber ein Grund mehr, durch den Beschluß den Wirklichkeitssinn zu wecken. Diejenigen, welche durch aufgeregte Broschüren und eine große Zeitungsmache falsche Vorstellungen verbreitet haben, dürfen sich nicht auf das Produkt dieser Irreführung berufen. Die Verhängung der Präventivzensur[2] über die „Frankfurter Zeitung" war ein schwerer Eingriff und Fehler. Sie erfolgte einmal, weil die „Frankfurter Zeitung" einen Angriff der „Kreuzzeitung" auf den Reichstagsbeschluß zurückwies, und das andere Mal, weil ein hervorragender Gelehrter die Notwendigkeit des parlamentarischen Regimes[3] schlüssig veranschaulichte. Trotz aller Erschwerungen war die Wirkung des Reichtagsbeschlusses die, daß die Entente in die moralische Defensive von der Friedensidee noch mehr als bisher gedrängt ist, und

[1] Der Text der kaiserlichen Aufzeichnungen wird jetzt in Faksimile im „Daily Telegraph" veröffentlicht. Er ist auf sechs kaiserlichen Telegrammformularen geschrieben und trägt die Aufschrift: Für den Präsidenten Wilson persönlich. Wir möchten das Dokument nicht missen. Wort- und Gedankenführung sind von großer Präzision. Jedes Wort trägt das Gepräge eines starken Verantwortungsgefühls. Die Entente-Politik wird an ihren verwundbaren Stellen getroffen. Wir werden noch ausführlich auf diese Depesche zurückkommen müssen. Man legt sich die Frage vor: Warum etwas dementieren, was erstens wahr ist, dessen Wahrheit der Gegner zweitens im Faksimile nachweisen kann und was drittens Deutschland nur zur Ehre gereicht? Das Verfahren ist um so bedenklicher, als ja zweifellos Herr Gerard noch viele unwahre Behauptungen aufstellen wird. Bei dem äußerst geringen Ansehen dieses Mannes im eigenen Lande würde es der deutschen Regierung immer ein leichtes gewesen sein, ihn als Lügner bloßzustellen, wenn nicht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ganz ohne Not in diesem Falle Herrn Gerard Gelegenheit gegeben hätte, ein Bild seiner Glaubwürdigkeit gegenüber einem amtlichen deutschen Dementi vor der Welt aufzurichten. Redaktion

[2] Präventivzensur = vor Erscheinen des Blattes.

[3] Regime = Regierungsform.

Digitized by Google

die Friedensidee ist eine moralische Macht, eine demokratische Macht und eine christliche Macht, die unter dem „Moratorium[1] der Bergpredigt" schwer leidet."

Redner ging auf die inneren Verhältnisse Rußlands und Englands ein, wie sich Entwicklungen innerpolitischer Art anbahnen, die eine Schwächung von Lloyd Georges brutaler Politik bedeuten und ohne die Kundgebung aus Deutschland wegen vermeintlicher Hoffnungslosigkeit geschwiegen haben würden. Ganz anders wäre die Wirkung noch gewesen, wenn die Konservativen dem Reichskanzler nicht angedichtet hätten, daß er nur äußerlich und nicht auch innerlich den Beschluß der Mehrheit angenommen habe, wodurch der Anzweiflung der Aufrichtigkeit Zeugen erstanden seien, deren sich die Kriegsparteien der Entente gierig bedienen. Besonders schmerzlich sei es, daß Graf Schwerin-Löwitz den Kanzler für die konservative Auffassung reklamiere, sowohl im Auswärtigen wie im Inneren, denn er habe in seiner Anklamer Rede erklärt: „Da in der Verordnung über die Wahlreform nicht angegeben sei, wann die Vorlage komme, so könne durch eine Verlängerung der Legislativperiode des Preußischen Abgeordnetenhauses die Wahlreform bis nach Friedensschluß aufgeschoben werden. Damit sei dem Reichskanzler und der Krone eine Mental-Reservation[2] nahe gelegt, die das Vertrauen schädige, das gegenwärtig doch besonders wertvoll für beide sein müsse. Graf Westarp habe der Politik des Reichstags unter lebhafter Polemik die Politik des Beutemachens und Zuwartens auf weitere Erfolge des Heeres und der Flotte entgegengesetzt. Das dauert nun drei Jahre bei den furchtbarsten Opfern und unerhörtesten Leistungen von Heer und Flotte. Sie tun das Wichtigste und Größte, aber sie können von der Politik verlangen, daß diese endlich auch einen Zivilhilfsdienst leiste und daran denke, die Opfer fruchtbar zu machen. Das geschehe nicht durch die fortwährende Versicherung, daß nichts als die Waffen entscheiden könne, denn dies versteife nur die Stimmung der Völker, anstatt daß man endlich anfange, diese Stimmung auch zu lockern, woneben, wie sich zeige, die Abwehrentschlossenheit nicht Not zu leiden brauche.

Die Haltung des Kanzlers bedürfe leider einer besonderen Betrachtung. Er bittet dabei „historisch" verfahren zu dürfen. Am 14. Juli haben ihm in Gegenwart der Herren von der Obersten Heeresleitung die sämtlichen Antragsteller solidarisch[3] erklärt, daß sie unzweideutig reden wollten und daß sie völlig solidarisch seien. Für die Spielraumpolitik, die man jahrelang hoffnungsvoll geschaukelt habe, sei kein Spielraum mehr vorhanden, weil sie hüben und drüben ausschweifende Eroberungsgefühle und Besorgnisse im Gefolge habe, welche der Welt das vierte Kriegsjahr aufdrängen. Es seien keine Schattierungen bei den Antragstellern und den drei Mehrheitsparteien hervorgetreten, er verüble deshalb dem Reichskanzler schon die Behauptung, daß die

[1] Moratorium = wörtlich Fristzahlungsstundung.
[2] Mental-Reservation = stiller Vorbehalt, Hintergedanke.
[3] solidarisch = einer für alle.

Digitized by Google

Resolution einer verschiedenen Auffassung fähig sei, nachdem die Antragsteller ihren klaren Wortlaut authentisch interpretiert[1] haben. Gestern nun habe sich der Reichskanzler wieder auf einen doppelten Boden zu stellen versucht, und wenn er auch am Schluß auf seine Rede vom 19. Juli zurückgekommen sei, so habe er doch nichts an derselben verbessert, sondern dem Zweifel und Mißtrauen neuen Spielraum gegeben. Das sei schmerzlich wegen des Verhältnisses und wegen der Sache. Er fasse sich dahin zusammen:

Voraussetzung dafür, daß der Beschluß seinen Zweck erfüllt, ist, daß sie einen überzeugten und überzeugenden Ausdruck in der Regierung findet.

Stellt sich ein Kanzler widerstrebend unter dem Vorbehalt des Widerrufs auf den Boden dieses Beschlusses, so erscheint er dem Ausland gegenüber schwach und unaufrichtig, und die Mehrheit, die sich dieses bieten läßt, bekommt den Stempel der Hilflosigkeit, und ihr Beschluß ist entwertet.

Unser Problem ist, dem Ausland gegenüber gleichzeitig maßvoll und stark zu erscheinen. Dazu wäre eigentlich ein Kanzler nötig, der die Majoritätsgesinnung schon vertreten hat, als wir vor Paris standen; der könnte führen, denn er wäre manchem von uns voran gewesen. Ein solcher Kanzler hätte die feste Basis des gefühlsmäßigen Vertrauens der Majorität. Alle nervösen Vergewisserungsversuche, ob er nachmittags auf demselben Standpunkt steht, wie vormittags, wären ausgeschieden.

„Gerade unsere militärisch gute Situation ermöglicht es uns, dem Ausland gegenüber maßvoll in unseren Kriegszielen aufzutreten, ohne den Eindruck der Schwäche zu machen. Die Deutung: Zeichen der Schwäche, ist im Ausland nur dann möglich, wenn jemand, den es für einen Annexionisten hält, plötzlich maßvoll in seinen Kriegszielen wird. Ich sage nicht, daß der Kanzler ein Annexionist ist, aber es geht nicht an, daß die rechtsstehenden Parteien ihn immer wieder als ihren Mann begrüßen.

Diese Atmosphäre der Unsicherheit bringt ein Element der Unsicherheit in den Reichstag und auch in die Massen, das heraus muß, wenn wir unsere militärisch gute Lage ausnützen wollen. Die Entente ist moralisch schwächer als wir, und das ist unsere große Chance. Aber wir können diese Chance[2] nur ausnutzen und den Zusammenbruch des feindlichen Chauvinismus nur durch politische Mittel herbeiführen, wenn weithin sichtbar eine Einigkeit zwischen Regierung und Mehrheit besteht.

Wir brauchen einen Kanzler, der nicht nur humane Gesinnung hat, sondern auch die suggestive[3] Kraft, diese Gesinnung zum Ausdruck zu bringen. Denn da wir, wie Herr von Kühlmann gestern richtig sagte, heute schon mit der öffentlichen Meinung der Welt in Verhandlung stehen, so wird die große Politik zu einer Kunst des Ausdrucks.

[1] interpretiert = auslegen.
[2] Chance = Aussicht.
[3] suggestiv = beeinflussend, die Überzeugung gebend.

Digitized by Google

Es liegt nicht die Schuld an der Mehrheit, wenn peinliche Erörterungen, wie diejenigen heute und gestern, nötig geworden sind, und wenn wir uns darüber unterhalten müssen, ob die Äußerungen des führenden Staatsmannes nicht im allgemeinen Interesse als vertraulich, d. h. als nicht geschehen, behandelt werden sollen, während sie doch nicht aus dem Gedächtnis verschwinden. Jedenfalls kann die Mehrheit eine Mitverantwortung dafür nicht tragen."

Was geht in Polen vor?

Von Axel Schmidt

Der Rücktritt des provisorischen Staatsrats in Warschau zwingt uns, sich mit der polnischen Frage zu beschäftigen. Sie dürfte augenblicklich auf einem kritischen Punkte angelangt sein, weil die Taktik der Mittelmächte, ihre Lösung langsam zu suchen, drauf und dran ist, zu scheitern. Um aber die jetzige Krisis, die für die deutsche Öffentlichkeit über Nacht hereingebrochen ist, zu verstehen, ist es nötig, sich die Entwicklung der polnischen Parteien kurz zu vergegenwärtigen.

Während der Aufstand von 1831 noch die gesamte polnische Nation im Lager der Russengegner fand, wenn auch der konservative Teil nur lau die Revolution unterstützte, ist seitdem immer stärker die Neigung der konservativen Elemente nach Rußland hin zutage getreten. Der Aufstand von 1863 und die Teilnahme der Polen an der Revolution von 1905 war nur von bürgerlich-liberalen und sozialdemokratischen Elementen getragen. Dieser Umschwung in der Haltung der konservativen Schicht in Polen wurde nicht wenig durch die preußische Polenpolitik befördert. Beweis dafür ist, daß die Nationaldemokraten, die jetzt den Grundstock der Russenfreunde bilden, ursprünglich als ausgesprochen russenfeindliche Partei von R. Dmowski gegründet wurden. Erst das preußische Enteignungsgesetz rief den Wechsel in ihrer politischen Haltung hervor. Trotzdem nirgend in der Welt auf einen Weltkrieg so viel Hoffnungen gesetzt waren, fand sein Ausbruch die polnische Gesellschaft nicht einheitlich orientiert. Russenfreunde und Russengegner standen sich schroff gegenüber und zwischen ihnen flutete eine breite Masse hin und her, die der Politik entwöhnt, mehr dem Ideal der kulturellen Vereinigung aller Polen nachhingen. Als die Deutschen und Österreicher in Warschau einmarschierten, begann sich die Lage zu klären. Ein großer Teil der Russenfreunde, mit R. Dmowski an der Spitze, hatten das Land verlassen, und der bisher mundtote liberale Teil der Gesellschaft konnte sein Haupt wieder erheben. Es entstanden zwei liberale Parteien, die „Liga der polnischen Staatlichkeit" unter dem früheren Dumaabgeordneten Lempicki, und der „Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens" unter Studnicki. Erstere neigte anfänglich mehr zu Österreich hin, letztere trat von Anfang an für einen Anschluß Polens an Deutschland ein. Zu diesen beiden bürgerlichen liberalen Parteien

Digitized by Google

trat noch die Partei der polnischen Sozialdemokraten (P. P. S.) unter Pilsudski, dem Begründer der polnischen Legionen, hinzu. Rechts von diesen aktivistischen Parteien stand die Partei der nationalen Arbeit unter Graf Roniker und Graf Rostworowski und die Realisten unter dem Prälaten Chmielnicki. Je länger der Krieg währte, um so mehr Neutralisten gingen ins aktivistische Lager über. Hätten sich damals die Mittelmächte schnell über ein polnisches Programm geeinigt, so wäre die polnische Frage in ein ruhigeres Fahrwasser geraten. Wer die deutschen Versäumnisse kennen lernen will, der lese Friedrich Naumanns Schrift „Was geht in Polen vor?" (Verlag von Georg Reimer in Berlin). Er faßt sein Urteil in folgende Sätze zusammen: „Es liegt ebenso im deutschen wie im österreichischen und auch ungarischen Interesse, daß der zukünftige Schützengraben und die zukünftige Festungslinie nach Rußland hin von unbedingter und unfraglicher Sicherheit ist. Darauf beruht geradezu die künftige Ruhe des Erdteils. Um aber diese militärische Sicherheitslinie schaffen zu können, muß vorher die Militärkonvention zwischen Berlin—Wien—Budapest und Warschau fertig sein....."

Diese für die Mittelmächte günstige Entwicklung der polnischen Parteiverhältnisse wurde durch die russische Revolution jäh unterbrochen. Der Druck des Zarentums, der schwer auf Polen gelastet hatte, und der den Versuch R. Dmowskis hintangehalten hatte, über den Neoslawismus eine Brücke zum russischen Volke zu finden, war zusammengebrochen. Die riesige demokratische Welle in Rußland zog bis nach Polen hin ihre Kreise. Es begann eine rückläufige Bewegung um so mehr in Polen einzusetzen, als die Entente die Gelegenheit benutzte, um sich mächtig für ein „Größeres Polen" ins Zeug zu legen. Mit diesem Zauberwort wurde auf den politisch unreifen Teil der polnischen Bevölkerung ein großer Eindruck hervorgerufen. Es kam zum polnischen Kongreß in London, an dem Polen aus Rußland, aus Kongreßpolen, aus Österreich teilnahmen; auch der Bruder des polnischen Abgeordneten im Deutschen Reichstage Seyda soll daran teilgenommen haben. Damals schrieb in der „Fortnichtly Review" der führende englische Journalist in östlichen Fragen Dillon seinen in Warschau viel beachteten Artikel, in welchem er u. a. ausführte, daß zur Herstellung des europäischen Gleichgewichtes ein Großpolen mit Posen und Danzig und ein tschechisch-slawisches Reich gebildet werden müsse. Dieser Umschwung machte sich besonders bei den Polen in Rußland bemerkbar, die sich vor der Revolution zum großen Teile auf den Standpunkt gestellt hatten, daß der provisorische Staatsrat die rechtmäßige Regierung Polens sei. Jetzt dagegen ist wieder unter den russischen Polen der Plan aufgetaucht, ein polnisches Heer zu schaffen, daß bei der Wiedereroberung des Zartums Polen behilflich sein soll, um sich damit ein Anrecht auf das ethnographische Polen[1] — Preußisch-Polen und Galizien — zu erwerben. Die Stimme des polnischen Gelehrten Bourdoin de Courtenay, der

[1] ethnographisch = völkerkundlich, hier das von Nationalpolen bewohnte Gebiet.

Digitized by Google

nach wie vor die Polen vor der Entente und einem „polnischen Imperialismus" warnt, hat lange nicht mehr die Majorität der Polen hinter sich: „Die Erklärung für die Errichtung einer polnischen Armee gegen die Deutschen und das Schlagwort von dem Kampfe mit den Deutschen um die Vereinigung der polnischen Lande lauten freilich sehr schön und verlockend, sind aber eigentlich gegen Polen und die Polen bewohnenden Völker gerichtet." Wie stark der Umschwung dort ist, geht aus der Erklärung Lednizkis, des Führers der liberalen Polen, hervor, die nicht, wie die von R. Dmowski geführten Nationaldemokraten, seit lange völlig im russischen Banne stehen. Hat doch dieser Führer, wie in der vorigen Nummer der „Deutschen Politik" veröffentlicht wurde, erklärt, daß die Festnahme Pilsudskis ihm nicht überraschend gekommen wäre, weil letzterer schon 1911 auf einer geheimen Versammlung polnischer Politiker den Standpunkt vertreten habe, daß die Polen zusammen mit den Mittelmächten den Krieg gegen den Zarismus aufnehmen müßten, um nach seinem Sturze sich mit den russischen Demokraten gegen die Deutschen zu verbünden. Daher war es Lednizki sofort, als die Revolution ausbrach, klar, daß den Legionären die Waffen gegen Rußland entfallen würden. Wie man sieht, ist Pilsudski, der im übrigen im Gegensatz zu den meisten Polen ein leidenschaftlicher Anhänger einer republikanischen Verfassung ist, seinem politischen Glaubensbekenntnis treu geblieben. Für uns Deutsche hat sich damit die Bedeutung der polnischen Legion stark vermindert, weil, wie bekannt, ein großer Teil von ihnen ihrem Führer gefolgt ist und den Eid der zwischen den Mittelmächten und der provisorischen Regierung bei Aufstellung des eigenen polnischen Heeres vereinbart war, abzulegen verweigerte. Dieser „Streik" ist freilich nur durch die russische Revolution zu erklären, denn die Fassung des Eides war selbst von Pilsudski, der damals dem polnischen Staatsrat noch angehörte, gebilligt worden. Wie gesagt, für uns hat damit die politische Bedeutung der polnischen Legion — die militärische war bei aller Anerkenntnis der persönlichen Tapferkeit natürlich ihrer geringen Zahl wegen niemals ausschlaggebend — sehr abgenommen. Jetzt ist es klar geworden, daß ihr Zusammengehen mit den Mittelmächten bei vielen nicht Endzweck, sondern nur Mittel zum Zweck gewesen ist. Jedoch muß betont werden, daß zahlreiche polnische Preßorgane bis auf die sozialistische Gefolgschaft Pilsudskis, die freilich nicht gering ist, da sie ziemlich viel Zulauf aus bürgerlichen Kreisen hatte, gegen die Haltung dieses Politikers scharf Stellung nahm und ihm sogar das Wort „Verräter" entgegenschleuderte. Die Grundlage, auf die sich der provisorische Staatsrat stützen konnte, war aber nach Pilsudskis Abschwenken um so schmäler geworden, als auch die neutralistische Richtung seit der russischen Revolution und Frankreichs und Englands Bekenntnis zu einer polenfreundlichen Politik wieder stärker auflebte. Dazu kam, daß innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft die Frage des Anschlusses an Österreich oder Deutschland sich wieder stärker zuzuspitzen begann. Während der Klub des polnischen Staatswesens

Digitized by Google

(Studnicki) nach wie vor den Anschluß Polens an Deutschland vertrat, begann die Liga des polnischen Staatswesens (Lempicki), die sich bis zur Revolution auch der deutschen Lösung mehr geneigt gezeigt hatte, wieder mehr ihre Blicke nach Österreich zu richten. Studnicki hatte selbst einen scharfen Kampf gegen die Neutralisten aufgenommen, wobei er sogar nicht vor einem scharfen Angriff gegen den Kronmarschall Waclaw Niemojewski zurückschreckte. Er machte ihm wegen seiner Zauberpolitik schwere Vorwürfe und verlangte stürmisch seinen Rücktritt. Dem interessanten Schriftstück, das die Schwierigkeiten der Lage des polnischen Staatsrates offen zugibt, weil die Mittelmächte nur allzu langsam zu Entschlüssen kamen — hat doch die Formulierung des Eides für die Legionäre allein sieben Monate gedauert —, entnehmen wir folgende Anklagen gegen den Kronmarschall:

„Ihr sehntet Euch nach Frieden, verstandet jedoch nicht, daß die Nachricht über die Schaffung einer polnischen Armee allein ein Faktor zur Beschleunigung des Kriegsendes gewesen wäre.

Es schien Euch, daß Ihr polnisches Blut gespart hättet und Ihr habt eine ungezählte Menge Lebens des Volkes vergeudet.

Ihr habt es vergeudet, indem Ihr unsere Ostgrenzen verkleinert habt, die uns die Möglichkeit zur Kolonisation und Vermehrung bieten ..."

„Unlängst hat die französische Zeitung ‚Le Temps' sich dazu bekannt, daß die Entente die Schaffung einer Armee in Polen nicht zugelassen habe.

Aus einer anderen Quelle wissen wir, daß England zu diesem Zweck Millionen ausgeworfen hat. Die antimilitärische Aktion in Polen verfügte und verfügt über enorme Mittel ..."

„Sie haben es verstanden, die ehrgeizigen diktatorischen Absichten Pilsudskis für sich auszunutzen, der der polnischen Sache seit dem 15. August 1915 mehr Schaden gebracht hat, als Vorteile durch seine Arbeit vor dem Kriege und während des Krieges ..."

„Die Untätigkeit des Staatsrates in der Militärfrage trägt die Zersetzung in die Legionen herein. ‚Wenn die Legionen mit Arbeiten und mit der Ausbildung einer bedeutenden Anzahl von Rekruten voll beschäftigt wären, würden sie ein Faktor der Gesundung des Volkes, ein Faktor zum Staatsaufbau sein.' Das habe ich vor zwei Monaten geschrieben. Heute, nach Ablehnung des Eides auf die Treue zum polnischen Staate, stelle ich mit Schmerzen fest, daß die Armee in vielen ihrer Abteilungen dem Zerfall unterliegt. Es ist bekannt, daß Pilsudski und die Militärkommission des Staatsrates, die von ihm geleitet wurde, der Hauptfaktor der Zersetzung war. Die Zersetzungsarbeit Pilsudskis habe ich in den geheimen Sitzungen des Staatsrats entlarvt, also kann der Marschall seine Untätigkeit durch Unkenntnis nicht rechtfertigen."[1]

[1] Diese Angriffe finden in einem Artikel Lempickis in der „Godzina Polski" eine starke Unterstützung; auch in ihm wird dem Kronmarschall der Vorwurf gemacht, daß er das polnische Heer nicht für einen Kampf verwendet sehen wollte:

Digitized by Google

Soviel aus dem Protest Studnickis, um nicht Anklageschrift zu sagen, deren Berechtigung sich ein objektiver Leser kaum verschließen wird. All diese Kämpfe und Streitigkeiten sind aber durch den Rücktritt des provisorischen Staatsrats in den Hintergrund getreten. Um diesen Schritt, der möglicherweise das gesamte polnische Problem in neue Bahnen lenken wird, zu verstehen, muß auf die Bildung des polnischen Heeres zurückgegriffen werden. Am 10. April 1917 wurden nach langen Verhandlungen zwischen Österreich und Deutschland die polnischen Legionen aus dem österreichischen Heere ausgeschieden und als Grundstock des polnischen Heeres unter das Kommando des Generalgouverneurs Beseler gestellt. Damit wurde ein Herzenswunsch der Polen erfüllt, ihre Legionen als Symbol des zukünftigen polnischen Staates in eigener Verwaltung zu haben. Warum der Plan, ein starkes polnisches Heer schnell aufzustellen, mißlang, ist schon bisher angedeutet worden. Die Langsamkeit der Entscheidungen der Mittelmächte hatte den geeigneten Moment verpaßt, als das eben befreite Polen zu den Waffen greifen wollte, und später haben dann nicht nur neutralistische Bedenken, wie Studnicki ausführt, die Werbetätigkeit aufgehalten, sondern auch die Taktik der Polen, nicht früher energisch in die Arbeit einzutreten, bis sie aus dem Provisorium heraus wären; beides hat dazu beigetragen, die Sache auf den toten Strang zu schieben. Schon im März formulierte Friedrich Naumann die Sachlage in seiner oben angeführten Schrift folgendermaßen: „Man steht also vor der Alternative: Verzicht auf polnische Armee oder wirklicher Anfang des polnischen Staates. Das wissen die Polen sehr genau und wollen ihre militärische Hilfe nicht allzu billig gewähren. Politisch wird man ihnen damit keinen Vorwurf machen können, nur sollen sie selber nicht vergessen, daß für die deutsche Armee ein absoluter Zwang zur polnischen Massenrekrutierung nicht besteht. Es wird auch ohne die Polen gesiegt werden, wenn es nicht anders geht. Für Polen aber ist es von unvergleichlicher und einzigartiger Wichtigkeit, einen militärischen Anfang ihrer Staatsgeschichte zu haben. Man nehme an, daß solange verhandelt wird, bis der Krieg zu

„In Wirklichkeit ist das polnische Demokratische Komitee in Rußland gegen die Bildung einer besonderen polnischen Armee auf russischer Seite aufgetreten, gleichzeitig hat aber auch der Staatsrat einen neuen originellen Standpunkt in der Frage der Bildung einer polnischen Armee und deren nächsten Aufgaben eingenommen. In den am 15. Juni beschlossenen Anträgen des Grafen Rostworowski und im vertraulichen Kommunique, das die Rede von Przezoziecki enthält, „besteht der Staatsrat gar nicht auf der beschleunigten Bildung eines polnischen Heeres im Lande, spricht sich auch nicht gegen die Bildung eines solchen Heeres außerhalb der Grenzen des Landes aus und stellt bloß die Forderung auf, daß das polnische Heer, wo immer es entstehen sollte, nicht an die Front geschickt und im gegenwärtigen Kriege verwendet werde". Diese Tatsachen lassen vermuten, daß der Staatsrat und das Demokratische Komitee miteinander vereinbart haben, entweder gar keine polnische Armee — weder im Lande, noch in Rußland — zu bilden, oder zwei neutrale Armeen zu schaffen, die während des Krieges untätig wären und während des Friedenskongresses der polnischen Sache nützen könnten. Wenn das der Fall war — sagt Lempicki — so ist dieses Ergebnis der Konferenz sehr zu bedauern.

Digitized by Google

Ende ist, dann hat Polen dabei das meiste verloren, denn dann ist es keine politische Macht." Der Rücktritt des gesamten provisorischen Staatsrates ist bekanntlich durch den Befehl hervorgerufen, die polnischen Legionen für den Kampf in der Bukowina (sie standen bisher in Warschau) dem österreichischen Heere wieder zu unterstellen. Die Legionäre marschierten ohne Protest ab, dafür aber legte der provisorische Staatsrat sein Amt nieder, weil seiner Ansicht nach damit das eigene polnische Heer wieder in Frage gestellt wäre. Durch diesen Konflikt ist die Frage der Bildung eines polnischen Ministeriums unterbrochen worden. Trügen nicht alle Anzeichen, so hat die Richtung, die in einem engen Anschluß Polens an Deutschland die richtige Lösung der polnischen Frage sieht, jetzt stark an Boden verloren; und dementsprechend die österreichische Orientierung wieder zugenommen[1]. Zugleich aber hat auch, wie es in der Natur der Sache liegt, die äußerste Linke, die durch Pilsudskis Schwenkung nach Rußland stark an Zugkraft eingebüßt hatte, wieder an Stoßkraft gewonnen. Augenblicklich stehen, falls die Bildung eines polnischen Ministeriums dennoch zustande kommen sollte, zwei Namen im Vordergrunde: Graf Tarnowski und Fürst Sapieha. Ersterer wird von der bisherigen Majorität im Staatsrat Lempicki, Roniker und Rostworowski), letzterer von der klerikal-konservativen Minorität (Bischof Kakowski) unterstützt. Charakteristisch ist es, daß selbst die frühere Majorität im provisorischen Staatsrat jetzt einen Österreicher, den Grafen Tarnowski, den Botschafter Österreich-Ungarns in Schweden, auf den Schild gehoben hat. Fürst Sapieha gilt als eng befreundet mit den österreichischen konservativ-klerikalen Elementen und als ein Anhänger des großpolnischen Gedankens, d. h. fürs erste zum mindesten Einverleibung Litauens und Kurlands ins polnische Reich. Die vom Hauptausschuß des Deutschen Reichstages beschlossene Bildung eines Beirats der Zivilbevölkerung in Kurland und Litauen dürfte berufen sein, diesem Plan einen Riegel vorzuschieben.

Fassen wir zum Schluß unser Urteil zusammen, so bleibt nach wie vor die Tatsache bestehen, daß wirtschaftlich und kulturell Polen zu Mitteleuropa gehört. Letzteres beweist schon die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche. Ersteres ist noch während des Krieges von russenfreundlichen, polnischen Wirtschaftspolitikern mit Einstimmigkeit betont worden, die sich im Interesse des wirtschaftlichen Aufblühens des Landes für eine Zollgrenze zwischen Polen und Rußland aussprachen. Politisch ist aber die Haltung der Polen gespalten. Unsere Entschlußlosigkeit hat zusammen mit der russischen

[1] Auf die starken Krakauer Einflüsse in Warschau kann hier nicht näher eingegangen werden. Nur so viel sei gesagt, daß die beim Sturz Clam-Martinitz zur Herrschaft gelangte radikale Richtung unter den österreichischen Polen dem Gedanken eines Groß-Polen sympathisch gegenübersteht, wobei sie, um diesen Plan zu fördern, auch nicht davor zurückgeschreckt ist, ihre alte Taktik, stets die österreichische Regierung zu unterstützen, aufzugeben und sich mit den heftigsten Gegnern der Regierung, den Tschechen, zu verbinden.

Digitized by Google

Revolution die neutralistische Stimmung wieder verstärkt. Trotzdem muß auf der einmal beschrittenen Bahn vorwärts gegangen werden, wobei freilich eine Grenze niemals überschritten werden darf, weder Litauen, noch die Ukraine dürfen zugunsten Polens benachteiligt werden. Ein Polen, das sich auf Kongreß-Polen mit Ausdehnungsmöglichkeiten nach Weißrußland beschränkt, ist nach wie vor als Mitglied Mitteleuropas zu begrüßen. Auch die österreichische Lösung der polnischen Frage, die jetzt stärker im Vordergrunde steht, ist nicht von der Hand zu weisen, wenn dafür die militärische Oberleitung Mitteleuropas, wie es Naumann in dem angeführten Zitat betont, in Deutschlands Hand gelegt wird. Ohne diese Garantie freilich kann Deutschland Polen, das so sehr Preußens Herz zu bedrohen in der Lage ist, nicht wieder erstehen lassen. Das erscheint aber trotz aller augenblicklicher Reibereien um so möglicher, als Polen nach wie vor von Rußland bedroht erscheint, gleichviel ob die Reaktion ans Ruder kommt oder die Revolution siegreich bleibt. Im ersteren Falle würde nämlich bald die alte Russifizierungspolitik wieder herrschendes Regierungsprinzip werden, und im letzteren würde die Sozialisierung des Grund und Bodens die gänzlich anders gearteten polnischen Besitzverhältnisse (Individualbesitz) völlig vernichten. Keine der beiden Perspektiven ist für Polen verlockend, nachdem erst einmal der russische Revolutionsrausch, der auch nach Polen hinüber gegriffen hat, verraucht sein wird. Eins erscheint aber heute notwendiger als je: Klare und schnelle Entschlüsse.

Streiflichter zur Weltlage XI

August 1917

Von Professor Dr. Schiemann

Unsere Offensive im Osten, die der Befreiung des noch von den Russen besetzten Gebiets unserer österreichischen Bundesgenossen und der Bewältigung des rumänisch-russischen Heeres in der Moldau galt, ist, was den ersten Teil dieses Programms betrifft, bereits zu Anfang des Monats großzügig erledigt worden. Schon am 2. August fiel Czernowitz und am 4. waren Galizien und die Bukowina von feindlichen Truppen gesäubert. Daß auf ihrem Rückzug, der alle Züge einer überstürzten und atemlosen Flucht trug, die Soldaten und Offiziere der russischen Republik ebenso barbarisch gewütet haben, wie in den Tagen, da sie für den Zaren ins Feld zogen, kann den nicht Wunder nehmen, der die Bestie kennt, die sich unter der Decke der vielgerühmten russischen Gutmütigkeit versteckt; aber nach all den großen Worten, mit denen sich diese russische Republik einführte und mit denen ihre Wortführer noch heute bei jeder Gelegenheit um sich werfen, ist der Kontrast zwischen Wort und Tat für naive Gemüter doch verblüffend. Hier im russischen Südwesten haben unsere Truppen ihr weiteres Vordringen nach Rußland hinein eingestellt. Es wird wohl von

Digitized by Google

dem Verhalten der Ukrainer abhängen, ob es dabei bleibt. Wir tragen dieser zu staatlichem Selbstbewußtsein wiedererstandenen Nation großes Wohlwollen entgegen verstehen es auch, daß sie noch nicht in der Lage ist, die letzten Konsequenzen aus ihrer Selbständigkeit nach außen hin zu ziehen. Noch sind die politischen Verhältnisse in dem ehemaligen Zarenreich nicht so weit geklärt, daß die im Fluß befindlichen zentrifugalen und zentripetalen Kräfte[1] das schließliche Ergebnis erkennen ließen. Weder wir noch die Ukrainer selbst können das Dunkel, das darüber schwebt, durchdringen. Über die Geschichte Rußlands bestimmt jetzt der Diktator Kerenski, dessen ursprünglich pazifistisch und sozialistisch gefärbter Idealismus, je länger je mehr, einem Größenwahn weicht, der ihn einerseits zum Werkzeug der Entente gemacht und andererseits zu einem Schreckensregiment geführt hat, dessen Blutgerichte an die schlimmsten Tage des zarischen Absolutismus erinnern. Die russischen Gefängnisse sind heute überfüllt, wie da Nikolaus II. noch in unbeschränkter Machtfülle waltete. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß dieses Regiment sich auf die Dauer behaupten kann. Es arbeitet am eigenen Untergang, und zweifelhaft ist nur, wer nach erfolgter Katastrophe das Erbe Kerenskis antreten wird. Daß ein keineswegs unbedeutender Teil der Bevölkerung am liebsten zum status quo ante (zum früheren Zustand) zurückkehren möchte, ist sicher, und die Verschickung des Zaren und seiner Nächsten nach Tobolsk und, wie angenommen wird, noch weiter nach Nord- oder Ostsibirien, steht damit im Zusammenhang; aber die Hoffnung der geheimen Zaristen ruht nicht auf Nikolai II. Sie denken an Michail Alexandrowitsch und an Nikolai Nikolajewitsch, und bei dem letzteren, für den die Donkosaken eintreten sollen, könnten sie auf einen entgegenkommenden Ehrgeiz rechnen. Auch läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß eine Wiederherstellung, an deren Spitze Nikolai Nikololajewitsch stände, von England und Frankreich mit Jubel begrüßt werden würde, trotz aller Schmeicheleien, mit denen sie in so verschwenderischer Weise Kerenski an sich zu fesseln bemüht sind. Daß das wahnsinnige Regierungssystem dieses Mannes dahin geführt hat, daß das gesamte Ostseegebiet: Finnland, Estland, Livland die Trennung von dem Zusammenhange mit Rußland mit steigender Glut ersehnt, ist heute nicht mehr zu bezweifeln und hat eine neue Lage geschaffen, mit der wir politisch wie militärisch zu rechnen das größte Interesse haben. Auf die Rückwirkung dieser Tatsachen auf Weißrußland, Litauen und das Königreich Polen soll jetzt nicht eingegangen werden, es ist nützlicher, mit einem Urteil darüber noch zurückzuhalten, und mag genügen, darauf hinzuweisen, daß sich Wandlungen vorbereiten, mit denen wir uns zufriedengeben könnten.

Was nun unsere Offensive in der Moldau betrifft, so nimmt sie einen sehr günstigen Verlauf, und Rumänen wie Russen täuschen sich nicht mehr darüber, daß die endliche Entscheidung sie zur Räumung des Landes nötigen wird. Seit dem 10. August steht ein russischer Sonderzug in Jassy bereit. König Ferdinand und die

[1] zentripetal = zusammen und auseinander strebende Kräfte.

Digitized by Google

Trümmer seines Hofstaats irgendwo in das Innere Rußlands zu fahren. Die Zahl der „Könige im Exil", die es der Entente verdanken, heimatlos umherzuirren, ist ja in stetem Wachsen. Mittlerweile hat nach dem Scheitern der russischen Juli-Offensive die neue englisch-französisch-italienische Gesamtoffensive mit erneuter Wucht begonnen. Seit Mitte August wird in Flandern, im Artois, an der Aisne, vor Verdun und an der Isonzofront mit einer Erbitterung und unter Einsatz alles noch verfügbaren Materials an Menschen und Kampfmitteln gerungen, die alle früheren Kämpfe weit übertrifft. Die Engländer wollen den furchtbaren Fehlschlag, den ihnen die erste Flandernschlacht am 31. Juli brachte, wett machen und sind seit dem 16. August, mit nur geringen Pausen, welche die Erschöpfung ihrer Truppen und die ungeheuren Verluste, die jeder Kampftag ihnen bringt, wiederum bemüht, über Bixschoote-Langemark auf Brügge und ans Meer vorzustoßen, aber immer aufs neue sind sie an der ehernen Wand unserer todesmutigen Infanterie, an der Kühnheit und Treffsicherheit unserer Artillerie, an den bewunderungswürdigen Leistungen unserer Flieger gescheitert. Am 17. August konnte die Jagdstaffel Richthofen ihren 200. Sieg über feindliche, zumeist englische Flieger feiern, die abgeschossen waren, 121 Flugzeuge und 196 Maschinengewehre waren ihr dabei als Beute zugefallen und seither ist der Luftkampf in Flandern wie überall sonst an der Westfront gleich erfolgreich weitergegangen. Was das bedeutet, hat uns ein Armeebefehl des Marschalls Haig vom 18. August gesagt, in welchem es hieß, daß die Zukunft Englands vom Ausgang der flandrischen Schlacht abhänge! Die Zukunft Englands und auch die Zukunft Frankreichs, das jetzt alles daran setzt, um das wahnsinnige Programm des Poincaréschen Vertrages mit Rußland zu verwirklichen: Es sollte den Franzosen nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern den Rhein bringen, und würde, wie wir jetzt erfahren, noch durch einen weiteren Geheimvertrag Poincarés ergänzt, der den Belgiern die holländische Schelde versprach! Nun ist freilich Poincaré durch das Bekanntwerden dieser Verträge beinahe zu Fall gekommen. Einige Tage lang glaubte ganz Paris, diesen „großen Mann" preisgeben zu können, und die Äußerungen der hauptstädtischen Presse ließen bereits ahnen, wie stürmisch und unbarmherzig die Schadenfreude sein wird, wenn er wirklich fällt. Aber London und Rom traten für ihn ein und auch Brian hielt den Augenblick nicht für günstig. Poincaré folgte einer Einladung König Viktor Emanuels nach Italien. Als er nach einigen Tagen (17. August) zurückkehrte, begab er sich an die Front, um den Truppen zu zeigen, daß er nach wie vor das Oberhaupt Frankreichs sei, und seither waltet er wieder im Elysée, im Grunde eine Schattenfigur wie König Georg, das Oberhaupt der neuen Dynastie Windsor. Die Londoner Konferenz, die vom 7. bis 9. August tagte und neben den Erörterungen über die inzwischen erfolgte Gesamtoffensive, über die gemeinsame Schiffsraumnot und über das künftige Schicksal Österreichs und der Türkei, auch die Poincaré-Krisis behandelt hat, wird wohl das wesentliche Verdienst für sich

Digitized by Google

in Anspruch nehmen dürfen, den Franzosen ihren Präsidenten — den sie so gern los sein möchten — erhalten zu haben. Daß die Nachwirkung dieses rettenden Eingreifens das mit Sicherheit vorauszusehende Scheitern der Gesamtoffensive überdauern wird, ist schwer anzunehmen. Frankreich ist todmüde, und wenn es jetzt auch noch zu erstaunlichen Opfern aufgestachelt werden kann, geht das auf den schließlichen Erfolg zurück, den alle „großen Männer" des Landes und die Pariser Presse mit allen Mitteln einer skrupellosen Suggestion[1] aufrecht zu erhalten wissen. Um so furchtbarer wird nach erfolgter Enttäuschung die Abrechnung sein, welche das Volk vornehmen wird. Das politische Temperament wird wie in den Tagen Karls IX., wie während der großen Revolution, wie während des „weißen Schreckens" in Südfrankreich und wie während und nach der großen Kommune, ihre Blutopfer fordern. Daß der schließliche Frieden den Franzosen eine neue Revolution bringen wird, kann daher kaum bezweifelt werden, aber gewiß wird es weder eine Revolution der Staatsform sein, noch eine Revolution, die der Welt neue Ideen zuträgt, sondern eine Revolution der Rache an denen, die ihnen diesen Revanchekrieg vorbereitet haben, ohne das verheißene Ziel zu erreichen. In gewisser Beziehung hat dieser Krieg uns den Rest der Illusionen[2] genommen, die wir uns über die „Große Nation" aus den Erfahrungen früherer Kriege gerettet hatten. Der Glaube an eine gewisse Ritterlichkeit war uns geblieben. Wir haben es nicht für möglich gehalten, daß der Haß der Franzosen gegen den siegreichen Gegner sich in so unglaublich roher Weise wehrlosen Gefangenen gegenüber äußern würde, auch nicht geglaubt, daß die geistigen Spitzen der Nation einen so großen Anteil an den rohen Ausschreitungen des Volkes in Wort und Tat nehmen konnten. Es würde nützlich sein, diese Tatsachen nicht zu vergessen, um neue Illusionen zu verhüten, wenn endlich ein offizieller Friede dem Wüten des Krieges feste Schranken gesetzt haben wird. Dafür aber, daß dieser offizielle Friede vielleicht noch im Laufe dieses Jahres kommt, sprechen Symptome, die namentlich im Verlauf des hinter uns liegenden Monats immer greifbarer zutage getreten sind. Vom 1. August datiert das päpstliche Manifest, über dessen Beantwortung gerade jetzt der Reichskanzler mit der Kommission der 7 Vertreter unserer Reichstagsparteien in Beratung getreten ist.

Unsere militärische Lage ist „besser als je vorher", so lautet das fachmännische Urteil Hindenburgs. Der Staatssekretär des Auswärtigen von Kühlmann und der schwedische Minister des Auswärtigen Lindmann haben sich dahin geäußert, daß der Friede früher Wirklichkeit werden könne, als angenommen werde. Dazu kommt das Urteil, das die nordamerikanische Militärkommission, die dem General Pershing zugeteilt war, in die Vereinigten Staaten zurückgebracht hat. Sie erklärte, daß ein Durchbrechen der deutschen Westfront als völlig ausgeschlossen zu betrachten sei,

[1] Suggestion = Beeinflussung.

[2] Illusion = Täuschung, trügerische Vorstellung.

Digitized by Google

daß an Deutschlands Niederwerfung durch Hunger nicht gedacht werden dürfe und daß es den Krieg, wenn nicht anders, noch ein Jahrzehnt tragen könne. Präsident Wilson solle die Entente zum Frieden mahnen. Wenn man nun in Betracht zieht, daß der Plan, eine amerikanische Kriegsflotte zu improvisieren und ein gewaltiges amerikanisches Heer nach Europa zu senden, schon heute als undurchführbar bezeichnet werden darf, daß die Neigung der Kanadier, sich für England zu verbluten, an den Erfahrungen, die sie in Flandern machen, sehr merklich erlahmt, und daß Laurier in Quebek mit großer Energie gegen die allgemeine Wehrpflicht agitiert, so ergibt sich, daß der amerikanische Faktor jedenfalls alle Ursache hat, eher für einen Frieden als für Fortsetzung des Krieges ins Endlose einzutreten. Auch die materiellen Zustände der großen transatlantischen Republik führen zu demselben Schluß. Die Ernte hat keine erfreulichen Ergebnisse gebracht, die Arbeiter werden unruhig, und der finanzielle Zweck des amerikanischen Kriegslärms ist durch die bei der Entente untergebrachten gewaltigen Kriegsanleihen bereits so weit erreicht, daß es in Hinblick auf die Zahlungsfähigkeit Englands, Frankreichs, Italiens und namentlich Rußlands zweifelhaft geworden ist, ob für weitere Anleihen genügende Sicherheit geboten werden kann. Auf den Frieden arbeitet der unbeschränkte U-Bootkrieg mit nicht ermattender Energie hin. Das erste Halbjahr seiner Wirksamkeit hat der Entente fast fünf und eine halbe Million Brutto-Registertonnen gekostet, davon 811 000 Brutto-Registertonnen im Lauf des Juli, und es läßt sich schon jetzt sagen, daß die Augustbeute nicht geringer sein wird. Unsere Feinde aber geben jetzt selbst zu, daß sie durch Neubau von Schiffen die ungeheuren Verluste an Schiffsraum nicht wett machen können, die jeder neue Tag ihnen bringt. Sie haben uns im Lauf des Monats zwei neue Gegner aufgehetzt, Liberia, die kleinste, und China, die größte der fremdrassigen Republiken, aber niemand glaubt, daß dadurch ein Gewicht zugunsten der Entente in die Wagschale gefallen ist. Dagegen ist Japan rüstig am Werk, die Vorteile der Lage auszubeuten. Es baut weiter an der Vorherrschaft in Ostasien und rückt jetzt von der Mandschurei her weiter nach dem westlichen Sibirien vor. Neuerdings ist der Mikado beschäftigt, japanische Garnisonen in die von den Russen geräumten Städte zu schicken, natürlich geschieht es aus Freundschaft für den russischen Bundesgenossen, aber es dürfte den Russen ebenso schwer fallen, diese Japaner wieder los zu werden, als den Franzosen, die Engländer zur Räumung von Calais zu veranlassen. In Rußland geht der Prozeß der Zersetzung weiter. Die jetzt zusammengetretene Moskauer Konferenz darf keine Beschlüsse fassen, die Vollmacht dazu ist ihr ausdrücklich versagt worden, und es ist wahrscheinlicher, daß sie das gegenseitige Mißtrauen der Parteien steigert, als daß sie zu einer Verständigung führt. Die große konstituierende Versammlung aber, die das entscheidende Wort über die Zukunft Rußlands sprechen soll, wird von Termin zu Termin verschoben. Jetzt hat man die Wahlen zu dieser Versammlung vom 30. September auf den 25. November festgesetzt und am 11. Dezember soll sie zusammen-

Digitized by Google

treten. Wer aber vermöchte vorherzusehen, ob auch diese Termine eingehalten werden und was die zwei Monate bringen werden, die dazwischen liegen? Daß diese Ungewißheit über die Wendung der russischen Angelegenheiten wie ein Alb auf England und Rußland drückt, ist nicht zu übersehen. Nicht nur Poincarés Stellung, auch die Lloyd Georges ist dadurch erschüttert worden. Im „Labour Leader" hat jüngst einer der einflußreichsten geistigen Führer der englischen Arbeiterwelt mit blutigem Hohn über Lloyd Georges „Wahrheitsliebe" gespottet, und sein Konflikt mit Henderson über die Stellung Kerenskis zur Stockholmer Sozialistenkonferenz hat sein Ansehen weiter geschädigt. Das alles drängt zu einer Lösung, die im Sinn der ursprünglichen Pläne der Entente weder in Flandern, noch vor Verdun, noch am Isonzo gefunden werden kann. Die großen Worte, mit denen die leitenden Minister der Ententestaaten die Nationen, die sie vertreten, an ihrer Gewaltpolitik festzuhalten suchen, verfangen immer weniger, und der despotisch niedergehaltene Ruf nach Frieden beginnt trotz aller Strenge der Zensur sich geltend zu machen. Noch ist er nicht laut genug, um sich durchsetzen zu können, aber er wird allmählich zum Chor werden, dessen Stimme alle anderen übertönt. In England gibt der vortreffliche ehemalige Chefredakteur des „Economist", der bald nach Ausbruch des Krieges genötigt wurde, seine Stellung aufzugeben, F. W. Hirst, eine Wochenschrift „Common Sense", d. h. gesunder Menschenverstand, heraus, die mit großer Entschiedenheit darauf zeigt, wie England durch seine Finanz- und Kriegspolitik der eigenen Zukunft das Grab gräbt. Das aber wirkt auf den Ausgang hin, der kommen muß und kommen wird, wenn wir fest bleiben und den Heldenmut unserer Krieger durch einträchtiges Zusammenhalten unterstützen. Kaiser und Volk, Deutschland und seine Bundesgenossen fest aneinandergeschlossen werden uns den deutschen Frieden bringen, der, so Gott hilft, ein Weltfriede werden soll.

Wie ist ein Ausgleichsfriede möglich? Ein Wort über echten und falschen Pazifismus

Von Dr. jur. Ernst Emil Schweitzer, Breslau

Nachdem unendlich viel für und wider die Friedensresolution im Reichstage geredet und geschrieben worden ist, wird es hier vielleicht auch einmal einem Pazifisten, der abseits von der großen Masse seine eigenen Wege geht, gestattet, mit ein paar Worten seine Meinung darzulegen.

Ich bin der Überzeugung, daß sich die Friedensfreunde in Deutschland in einem verhängnisvollen Irrtum befinden. Wenn man die Verständigungsresolution des Reichstags kritisch betrachtet, so erscheint sie mir durchaus zu billigen in dem Sinne, wie sich auch unser Reichskanzler mit ihr einverstanden erklärt hat, nämlich daß wir, wenn wir einen ehrenvollen Frieden haben können, den Krieg keinen Tag länger führen werden, um gewaltsame Eroberungen zu machen.

Digitized by Google

Ganz verfehlt scheint mir nur der von unsern Verständigungsfreunden immer und immer wieder genährte Gedanke zu sein, daß dieser Versöhnungsfriede auszugehen hat von dem status quo ante (Zustand vor dem Kriege). Im Gegenteil ist meiner Überzeugung ein Ausgleichsfriede möglich lediglich auf der Basis des status quo nunc. Der jetzige Zustand ist entscheidend zu berücksichtigen; und wenn dies so viele unserer Politiker in unseliger Verblendung nicht erkennen, so liegt meines Erachtens dieser Irrtum darin begründet, daß man die rein militärische Position für den gesamten jetzigen Zustand nimmt. Man sagt sich ganz richtig: unsere Truppen haben Belgien besetzt, wenn wir aber ganz Belgien behalten wollen, wird niemals Friede; also ... Aber daraus folgt nur, daß die rein örtliche Besetzung gewisser Gebiete allein noch keinen sicheren Maßstab für die gegenwärtige militärisch-politische Lage gibt, und daraus folgt noch lange nicht, daß dieser status quo nunc bei der jetzigen Friedenspolitik auszuschalten ist, eben weil unter diesem Zustand in Wahrheit lediglich die gesamten realen Machtverhältnisse zu verstehen sind.

Diese Machtverhältnisse sind nun aber bei unbefangener Betrachtung die, daß bei unsern Feinden zwei Gruppen zu unterscheiden sind: die Westmächte, die zwar unter den jetzigen Verhältnissen ungeheure Opfer zu bringen haben, deren Kampfeswille aber durchaus noch nicht gebrochen ist, und anderseits Rußland und die unterworfenen Balkanstaaten, die das höchste Interesse an einem baldigen Frieden haben, und deren Völker auch in ihrer Gesamtheit friedenswillig sind. Von der Erkenntnis dieses Interessenunterschiedes wird eine zielbewußte deutsche Diplomatie auszugehen haben.

Unsere Verständigungspolitiker stehen dagegen — unerhörte Paradoxie der Weltgeschichte — völlig unter der Hypnose eines ausländischen Imperialisten, und zwar nicht etwa unter dem Banne eines Mannes, der seine Ideen mit der Macht des Schwertes zu stützen vermag, sondern eines Advokaten, der seine Politik auf einen Berg von Scherben aufbaut — des Russen Kerenski. Hielt sich doch jüngst der „Vorwärts" sogar für verpflichtet, Kerenski gegen die Verdächtigung der Kriegshetze in Schutz zu nehmen.

Unsere Sozialdemokraten haben die materialistische Geschichtsauffassung ein halbes Jahrhundert zum Dogma erhoben, um in entscheidender Stunde zu verkennen, daß, wenn die russische Regierung die Parole des Friedens ohne Annexionen und des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker ausgibt, dann hierfür keine Ideologie, sondern lediglich die gegenwärtige realpolitische Lage entscheidend ist. Man erkennt nicht, daß jene Parole weiter nichts als (wenn auch der gegenwärtigen kritischen Lage Rußlands angepaßter) russischer Imperialismus ist.

Daß in Wahrheit die russische Regierung nur scheinsozialistisch ist, daß jene Parole sie nur insoweit interessiert, als sie zu Lasten der Mittelmächte geht, ihr aber höchst gleichgültig ist in dem Augenblicke, wo die geheiligten Interessen der Ententestaaten

Digitized by Google

in Frage stehen, haben zwar die Leninisten längst erkannt, aber unsere Traumpolitiker geben sich darüber den schönsten Illusionen hin. Wann hat denn der Friedenspolitiker Kerenski gegen die französische Forderung auf Annexion Elsaß-Lothringens protestiert, wann hat er Selbstbestimmungsrecht z. B. für Irland verlangt, wann hat er (charity begins at home) die nationale Unabhängigkeit Finnlands zugegeben? Und wie tief mußten unsere deutschen Ideologen die Zipfelmütze ins Gesicht gesteckt haben, wenn sie nicht einmal durch den Donner der russischen Offensive aus dem Traume von der Friedenspolitik der russischen Regierung aufgestört werden konnten.

Ein Versöhnungsfriede ist nicht der Friede, der auf Programmbroschüren und auf Reminiszenzen, wie es früher einmal war, aufgebaut ist, sondern ein Versöhnungsfriede ist der Friede, der sich deckt mit den realen gegenwärtigen Interessen der im Kriege befindlichen Staaten. Als dem Sozialisten Göhre vor einiger Zeit von freisinniger Seite zum Vorwurf gemacht wurde, daß er für den Scheidemannfrieden sei, antwortete er in der „Hilfe" darauf, indem er nachwies, welch bedeutende Gebiete England von den Mittelmächten besetzt halte und wie vorteilhaft es für uns sei, wenn England alles wieder herausgeben müsse. Ich habe diesen Artikel nur mit Kopfschütteln gelesen, habe mich immer wieder gefragt, ob denn dem Sozialisten Göhre keinen Augenblick der Gedanke gekommen ist, daß das kapitalistische England einer bloßen Formel zu Liebe wohl kaum auf ungeheuren Gewinn verzichten werde. Sollte (wovon ja grade der Erzberger-Vorstoß ausging) unser U-Bootkrieg bei aller wertvollen Unterstützung unserer Kriegführung nicht ausreichen, um den Kampfeswillen Englands in absehbarer Zeit zu brechen, dann würde um des bloßen Gedankens eines annexionslosen Friedens willen England, das sich im Besitze wertvoller Faustpfänder befindet, noch in 20 Jahren nicht Frieden machen.

Ein Friede ist meiner Überzeugung nur möglich, wenn wir den Westmächten gewisse Zugeständnisse machen und uns hierfür auf Kosten der Balkanstaaten und Rußlands schadlos halten. Schon die Tatsache, daß Bulgarien niemals daran denken wird, auf Mazedonien zu verzichten, sollte beweisen, wie unhaltbar die Formel eines Friedens ohne Eroberung ist. Wir haben fruchtbare Strecken des frivol in den Kampf getretenen Rumäniens in unsern Händen, weder die östliche, noch die westliche Demokratie wird den Krieg für jenen durch Schurken zugrunde gerichteten Staat auch nur einen Tag länger führen wollen. Und wenn die Regierungen wollen, die Völker werden es ablehnen, für die rumänische Mißwirtschaft ihre Haut zu Markte zu tragen.

Des ferneren müssen wir kraft des Nationalitätsprinzips von Rußland Kompensationen in den Ostseeprovinzen verlangen. Der Fehler der Bethmannschen Politik lag darin, daß diese den Verdacht erregte, einen Sonderfrieden mit Rußland zu bezwecken. Dieser Friede mußte von ganz Rußland (einschließlich der radikalen Sozialdemokraten) abgelehnt werden, weil man in ihm eine Vorstufe zum Siege des „deutschen Militarismus" sah und eine Gefahr für die Freiheit Europas.

Digitized by Google

Ein Sonderfriede ist für Rußland unannehmbar, selbst wenn wir auf Eroberungen verzichten; auf jeden gemeinsamen Frieden aber muß Rußland eingehen, selbst wenn wir Forderungen hinsichtlich der deutsch-nationalen Gebiete Rußlands erheben. Die Westmächte aber opfern zwar die russischen Soldaten zu Hunderttausenden hin, sie selbst aber werden nicht daran denken, für Herrn Kerenski die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Für Herrn Kerenski — denn die Ostseeprovinzen sind der ungeheuren Masse des russischen Volkes wenig, der Frieden aber alles.

Zum Begriff des Auslanddeutschen

Von Dr. Gottfried Fittbogen

Der Verfasser einer programmatischen Schrift über das „Deutschtum im Ausland in unsern Schulen" (Leipzig, B. G. Teubner, 1913) kann das Erscheinen eines „Quellenlesebuches für Jugend und Volk, für Schule und Haus", dessen erster Band unter der Mitwirkung des Vereins für das Deutschtum im Ausland jetzt von den Dresdener Lehrern Holdegel und Jentzsch unter dem Titel „Deutsches Schaffen und Ringen im Ausland" herausgegeben ist (Leipzig, Verlag von Julius Klinkhardt, gebunden 3 Mk.), nicht anders als mit Freude begrüßen. Ohne den großen Krieg hätte man wohl noch längere Zeit auf etwas Derartiges warten müssen. Jetzt aber wird es seinen Weg gehen, wird, da es aus der Fülle des Materials möglichst solche Stoffe herausucht, die anschaulich und volkstümlich vom Auslanddeutschtum erzählen, auf angenehme Weise Belehrung spenden und das Verständnis für die Bedeutung der Auslanddeutschen verbreiten helfen.

Mehr zu sagen, erübrigte sich, wenn es nicht um der Wichtigkeit der Sache willen nötig wäre, einige Bemerkungen grundsätzlicher Art auszusprechen. Sie gelten einer großen Anzahl von Schriften, die sich mit dem Auslanddeutschtum beschäftigen. Manchem werden sie selbstverständlich erscheinen. Wer aber die einschlägige Literatur auch nur einigermaßen kennt, weiß Bescheid.

Es ist nur natürlich, daß wir uns auf dem verhältnismäßig neuen Gebiet noch nicht mit derselben Sicherheit bewegen wie auf einem längst vertrauten. Die Unsicherheit beginnt damit, daß über den Fundamentalbegriff, den des Auslanddeutschtums selbst, keine Einigkeit herrscht. Wer ist Auslanddeutscher?? Diese Frage wird von den verschiedenen Schriftstellern sehr verschieden beantwortet[1].

Immer wieder begegnet die Auffassung, daß die Niederländer, Vlamen, womöglich auch die Buren Deutsche seien. Das Bedauern darüber, das etwa vorhanden ist, daß die Niederländer sich im hellen Licht der Geschichte vom deutschen Volk gelöst und als eigenes

[1] Versuche zur Begriffsbestimmung sind bisher, soviel ich sehe, nur in meiner obengenannten Broschüre, in dem Anfang der Schrift von Hoeniger, Das Deutschtum im Ausland (B. G. Teubner, Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt") und in dem Aufsatz von Würzburger „Über den Begriff und die Statistik des Auslanddeutschtums" („Panther", 1916, Juliheft, S. 835 ff.) gemacht.

Digitized by Google

Volk konstituiert haben, kann doch diese Entwicklung selbst nicht rückgängig machen. Gerade ein Buch, das auch auf jugendliche Leser rechnet, hat mit besonderer Peinlichkeit dafür zu sorgen, daß nichts in ihm enthalten ist, was mit den Tatsachen in Widerspruch steht. Wer es aber immer noch nicht glauben sollte, daß die Niederländer nicht bloß keine Deutschen sein wollen, sondern auch keine Deutschen sind, dem wäre die zwangsweise Lektüre des betreffenden Buches von Menne „Die Entwicklung der Niederländer zur Nation". Eine anthropogeographische Skizze (Angewandte Geographie I, 6, Frankfurt a. M., Heinrich Keller) zu verordnen.

Werden hier Fernerstehende, so werden andrerseits häufig Nahestehende als Auslanddeutsche bezeichnet. Für viele ist der Reichsdeutsche, sobald er über die Grenze geht, Auslanddeutscher geworden. Das geht soweit, daß in einer Broschüre sogar die Soldaten unseres eigenen Heeres, die sich vorübergehend in Gefangenschaft befinden, als Gegenstand der Auslanddeutschen-Fürsorge betrachtet werden! Zweifellos, sie befinden sich zurzeit „im Ausland"; das ändert aber nichts daran, daß sie nach wie vor Reichsdeutsche sind. Der „Reichsdeutsche im Ausland" bleibt, solange er seine politische Zugehörigkeit zum Reich nicht aufgibt, d. i. solange er Reichsdeutscher ist, „Inlanddeutscher"; sein zufälliger Aufenthaltsort kann diesen seinen Charakter nicht aufheben. Darum müßte aus einem Buch über das Auslanddeutschtum jede Tätigkeit der Reichsdeutschen im Ausland, und sie mag noch so wichtig sein, wie z. B. der Bau der Bagdadbahn oder (in anderer Weise) die Ausgrabungen in Babylon, ausgeschieden werden. Das gehört auf ein anderes Blatt.

Als Auslanddeutsche bleiben demnach übrig: *die Deutschen, welche keine Reichsdeutschen sind*. Gleichgültig ist dabei, ob ihr Land ebenso altes oder teilweise noch älteres deutsches Land ist als der Boden des heutigen Deutschen Reiches oder ob ihre Vorfahren oder gar erst sie selbst aus dem heutigen Reichsgebiet ausgewandert sind.

Unser Verhältnis zu ihnen ist gefühlsmäßig einfach: sie sind Blut von unserm Blut. Begrifflich wie realiter jedoch liegt die Sache etwas komplizierter. Es ist nicht so wie Rein in seinem gehaltvollen, doch etwas einseitig politisch orientierten Vorwort zu dem Quellenlesebuch sagt, daß diese „abgesprengten Glieder unseres Volkstums doch noch als lebendige Glieder unseres *Vaterlandes* zu betrachten sind." Der deutsche Schweizer, der deutsche Österreicher, der deutsche Ungar — sie alle würden einigermaßen befremdet diese Auffassung ablehnen und sich zur Schweiz, zu Österreich, zu Ungarn als zu ihrem Vaterlande bekennen. Vielmehr sind sie, obwohl ihr Vaterland nicht das Deutsche Reich ist, doch Glieder unseres Volkes. Auf diese Dinge muß man achten, wenn man nicht stets und ständig den Anlaß zu Mißverständnissen, die durchaus nicht immer harmloser Natur sind, geben will.

Wie weit nun die Auslanddeutschen *lebendige* Glieder unseres Volkes sind, ist eine andere Frage, die sich nicht für alle gleichmäßig beantworten läßt. Das Wort Deutschtum klingt wie ein Bekenntnis, wird auch von unsern Gegnern so aufgefaßt. Es gibt

Digitized by Google

aber Fälle, in denen das „Deutschtum" dermaßen latent ist, daß man wohl von „Deutschen ohne Deutschtum" reden könnte, von Deutschen dem Fleisch, aber nicht dem Geiste nach. Hierfür würde es sich empfehlen, den farblosen Ausdruck „deutsches Element" zu gebrauchen. Es gibt zwei dicke Bände, welche dem Titel nach vom „Deutschtum" in den Vereinigten Staaten von Nordamerika erzählen (von Faust, Verlag von B. G. Teubner, Leipzig); sieht man näher zu, so erkennt man vielmehr, daß die Bände vom Gegenteil handeln: wie das Deutschtum sich nicht als solches behaupten kann, sondern als bloßes Element im Amerikanertum aufgeht[1]. In dem Wort „Deutschtum" liegt nun einmal für den Gegner etwas Aufreizendes. Warum es also mit Pathos gebrauchen, wo es nicht einmal am Platze ist?

Auf diesem Gebiet liegt die Neigung zum völkischen Selbstlob besonders nahe. Leicht erscheinen die Deutschen in fremdvölkischer Umgebung als reine Lichtgestalten, als die Segenspender, denen dann ein unbegreiflicher Undank zuteil wird. Gewiß haben die Deutschen z. B. den Magyaren und Westslawen wertvolle kulturelle Güter übermittelt. Aber waren und sind wir selbst etwa den Römern und Franzosen für genossene kulturelle Anleitung so dankbar, daß sich darauf im politischen Leben ein besonders inniges Pietätsverhältnis gründen konnte? Zur Begriffsbestimmung des Auslanddeutschen gehört diese letztere Betrachtung insofern, als sie daran erinnert, daß der Auslanddeutsche, ebensowenig wie der Reichsdeutsche, ein Mustermensch, ein Wesen höherer Ordnung ist: die subjektive Wertung, die wir ihm als einem Blutsgenossen mit Recht zuteil werden lassen, ist an und für sich noch kein Beweis für seinen objektiven Wert.

Der Krieg hat, scheint es, der Beschäftigung mit dem Auslanddeutschtum einen kräftigen Impuls gegeben. Es wird Zeit, daß hierbei überall bewußte Nüchternheit waltet.

Notizen

Zwei Stimmen zur Reichstagsresolution. Professor Hans Delbrück schreibt im Septemberheft der „Preußischen Jahrbücher", es schiene, daß in England wirklich eine von einflußreichen Staatsmännern und breiten Volksschichten getragene Tendenz vorhanden sei, die einen Frieden der „Zufriedenstellung" (peace of contentment) auf dem Wege der Verhandlungen erstrebe. Sei dem so, so frage ich, ob von deutscher Seite etwas geschehen könne, um jener Tendenz in England zur Herrschaft zu verhelfen und dadurch die Verhandlungen in Fluß zu bringen. Die Gefahr, dabei den Eindruck der Schwäche zu erwecken, liege vor, könne jedoch bei richtiger politischer Haltung vermieden werden. Dann heißt es: „Wenn nun Deutschland damit angefangen hat, von einem Frieden unter Bedingungen zu sprechen, über die sich verhandeln ließe, so war das nicht ein Zeichen der Schwäche, sondern einfach die Folge davon, daß Deutschland nach der Kriegslage glauben durfte, die ihm nötigen Forderungen durchsetzen zu können. Wir führen einen Verteidigungskrieg und haben unsere Gegner so zurückgeworfen, daß sie nicht mehr hoffen dürfen, uns niederzuzwingen." Delbrück geht dann auf den Vorfall zwischen Reichskanzler und Reichstagsmehrheit ein und stellt fest, daß es in-

[1] Die amerikanische Ausgabe hat den richtigen Titel.

Digitized by Google

folge des Verhaltens des Reichskanzlers zwischen ihm und der Mehrheit an Vertrauen fehle. Das zeige sich auch bei der Einsetzung der Siebener-Kommission. „Man mag zugestehen, daß bei unserm dualistischen Regierungssystem die neue Methode als eine letzte Konsequenz angesehen werden kann, die ausnahmsweise angenommen werden darf. Aber der leitende Staatsmann muß dann auch in dieser Kommission der unbedingt leitende Geist mit überragender Autorität sein, und auch so bleibt die Prozedur immer höchst gefährlich. Das Parlament darf nicht ein Arbeiter- und Soldatenrat werden. Ein leitender Minister, der wahrhaft das Vertrauen des Parlamentes besitzt, bedarf solcher Mitarbeit in der diplomatischen Aktion nicht, sondern muß sie sogar ablehnen. Kein englischer Minister würde sie sich gefallen lassen... Weshalb hat es Herr Dr. Michaelis für nötig gefunden, sich diesen Reichstagsausschuß an die Seite zu setzen? Nun sagen wir es rund heraus: weil er eben das Vertrauen des Reichstags nicht genießt. Wie wäre das bei den Vorgängen, die sich in den letzten vier Wochen abgespielt haben, auch möglich? Hätte Herr Dr. Michaelis es nicht Woche für Woche stillschweigend geduldet, daß ihm die Presse der Minorität seine Zustimmung zur Resolution der Majorität wegginterpretierte und ins Gegenteil verkehrte, so brauchte er sich jetzt nicht diesen Wohlfahrtsausschuß beizuordnen. Ist sich denn der Reichstag heute darüber klar, was der Herr Reichskanzler eigentlich will und welche Politik er verfolgt? Das deutsche Volk und die Welt ist sich jedenfalls darüber nicht klar, und nach den letzten Vorgängen weniger als je..."

Dr. Rudolf Schwandt schreibt in Nr. 20 der „Glocke" (sozialistisch): „...Wir werden zwar bleiben bei der Bereitschaft zu einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, aber nur unter der Voraussetzung, daß ein solcher Friedenswille auf Gegenseitigkeit beruhe... Daher hat die Friedensresolution des Reichstags meines Erachtens nur den zulässigen Sinn, daß wir erklären, unablässig für die Sache des Friedens wirken zu wollen, und daß wir, falls die feindlichen Völker in Kürze ebenfalls zum Frieden bereit sind, uns für gebunden erklären, wenn es sein müßte, auch gegen die Absicht der Regierung, einen Verständigungsfrieden durchzusetzen. Sie hat aber unmöglich den Sinn, daß wir auch in dem Falle, wo die Feinde jede Verständigung abweisen, uns und der Regierung selber die Hände binden und uns Vorteile entgehen lassen wollen, die wir dann gerade um so nötiger hätten. Insofern kann die Regierung sich nicht binden lassen. Und unsere Feinde sollen wissen, daß sie in diesem Falle auch nicht gebunden werden wird, und daß sie sich einer verfehlten Spekulation hingeben, wenn sie hierauf bauen. Die Zeit, die Resolution ans Ende durchzuführen, ist noch nicht gekommen. Hoffentlich führen die Ententesozialisten sie recht bald herbei. Das Volk kann — wie in der Resolution geschehen — seine Bereitschaft zu einem Verständigungsfrieden erklären. Von der deutschen Regierung aber zu verlangen, sich jeden Gedankens auf eigene Vorteile zu entschlagen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die Ententesozialisten haben kein Recht, sich darüber zu entrüsten; sie haben es ja selber verschuldet..." Schwandt weist dann mit kräftigen Worten, die als Zeugnis der Gesinnung innerhalb unserer nationalen Sozialdemokratie uns mit der lebhaftesten Genugtuung erfüllen müssen, den „Sirenengesang" der „Daily News" zurück, der Reichstag möge dafür sorgen, daß „die englische Demokratie" sich direkt an das deutsche Volk als Demokratie wenden kann. „Der englischen Demokratie", so lesen wir, „steht es ja jederzeit frei, sich ans deutsche Volk zu wenden; in einer entsprechenden Friedensresolution, sowie in Stockholm! Da ist nichts im Wege, sofern die Engländer nur ehrlich den Frieden wollten. Aber gerade dieser Wille besteht bei ihnen am allerwenigsten. Welch eine Zumutung: wir sollen uns ihrer würdig erweisen, ehe die Herren Engländer mit uns verkehren können! Welch ein Mangel an Stolz, wenn mit einem derartigen Verlangen eines englischen Hetzblattes eine deutsche Parteizeitung in der inneren Politik krebsen geht!"

Digitized by Google

Herr von Bethmann Hollweg und die deutsche Wehrkraft. Auch nach der Entlassung des fünften Reichskanzlers wird der Kampf gegen ihn in der alldeutschen und konservativen Presse in der leidenschaftlichsten und vielfach gehässigsten Weise fortgesetzt. Den Reigen führt wie immer Graf Reventlow, der in der „Deutschen Tageszeitung" ein über das andere Mal die Anklage erhebt, daß Herr von Bethmann Hollweg der eigentliche Kriegsverlängerer sei. Als Beweis dafür muß nicht allein das angebliche Zögern des Ex-Reichskanzlers gegenüber der Mobilmachung, seine Unentschlossenheit während des Kriegsverlaufs, sondern — man höre und staune — auch seine sträfliche Vernachlässigung der deutschen Wehrkraft in dem halben Jahrzent vor Ausbruch des Weltkriegs herhalten. Mit sittlicher Entrüstung geißelt Graf Reventlow in Nr. 437 der „Deutschen Tageszeitung" vom 28. August „jene Politik, die mit Herrn von Bethmann Hollweg auch die sogenannte Reichstagsmehrheit in Friedenszeiten erfolgreich trieb: dem Heere und der Flotte nicht diejenigen Mittel ausreichend und rechtzeitig zukommen zu lassen, deren sie für die Stunde der Entscheidung bedurft hätten, um einen dem Deutschen Reiche aufgezwungenen Krieg in kurzem, erfolgreichem Ringen zu beenden". Nach Graf Reventlow wäre der Rückzug von der Marne, der Stellungskrieg, der Zeitgewinn für die Bereitstellung der englischen Hilfe, kurz die ganze lange Dauer des Krieges letzten Endes nur darauf zurückzuführen, daß Herr von Bethmann Hollweg es verabsäumt hätte, in den Jahren von 1909—1914 für die Aufstellung weiterer fünf bis sechs Armeekorps zu sorgen, mittels deren die durchschlagende Überlegenheit der deutschen Anfangsoffensive im Westen gewährleistet gewesen wäre. „Herr von Bethmann Hollweg wird vor Gott und der Geschichte als derjenige Reichskanzler dastehen, dessen Politik zur Folge hatte, daß das Deutsche Reich nicht nur politisch und diplomatisch völlig unvorbereitet in den Krieg hineinging, sondern daß auch das deutsche Heer zum erstenmal in starker Unterlegenheit gegen den westlichen Feind vorgehen mußte."

Es ist von Graf Reventlow höchst leichtsinnig, sich auf die Geschichte zu berufen. Denn der Historiker, der die Anschuldigungen des hitzigen Anklägers unter die Lupe nimmt, wird wahrheitsgemäß nur feststellen können, daß von allen Reichskanzlern, Bismarck nicht ausgeschlossen, auch nicht einer so viel für die Mehrung unserer Heeresmacht getan hat wie Herr von Bethmann Hollweg. Zahlenmäßig liegt die Sache vielmehr so, daß Herr von Bethmann Hollweg allein annähernd so viel getan hat, wie seine vier Vorgänger zusammengenommen! Unter Herrn von Bethmann Hollweg ist nämlich die Gesamtkopfzahl der Heeresstärke von 604 168 im Jahre 1909 auf 800 646 Mann im Jahre 1914, also um 196 478 Mann gestiegen, wovon 136 000 Mann auf die Wehrvorlage des Jahres 1913, die übrigen auf die Vorlagen der Jahre 1911 und 1912 entfallen. Demgegenüber hat während der langen Zeit von 1871 bis 1909 unter den vier ersten Kanzlern nur eine Gesamtvermehrung um rund 200 000 Mann stattgefunden. Speziell ist unter den beiden Kanzlern Hohenlohe und Bülow nur eine ganz minimale Vermehrung der Heeresstärke eingetreten. Es ist dabei ganz wesentlich das Verdienst Herrn von Bethmann Hollwegs, der die Heeresvorlagen von 1911, 1912 und 1913 mit der größten Entschiedenheit vertrat, gewesen, daß die unter ihm zustande gekommenen Heeresvermehrungen von einer sehr großen Majorität des Reichtags angenommen wurden, zu der, nebenbei bemerkt, auch das von Graf Reventlow mit Herrn von Bethmann Hollweg in einen Topf geworfene Zentrum und die Freisinnige Volkspartei gehörten. Ein Vorwurf, daß die große Wehrvorlage des Jahres 1913, die ihre einleuchtende Begründung erst in den Machtverschiebungen des Balkankriegs fand, nicht schon mehrere Jahre früher eingebracht war, würde natürlich auch nicht Herrn von Bethmann Hollweg, sondern in erster Linie die Heeresverwaltung treffen, die aber ausdrücklich in den Jahren 1911, 1912 und 1913 immer wiede bestätigt hat, daß die jeweils vorliegende Mehrforderung alles enthalte, „was wir gegenüber allen in Betracht kommenden Verhältnissen gebrauchen". Das war damals auch die Auf-

Digitized by Google

fassung der gesamten konservativen Tagespresse, sogar die „Deutsche Tageszeitung" hat am 29. März 1913 konstatiert, es sei sachlich nicht richtig, wenn hier und da die Auffassung vertreten werde, diese Vorlage sei ein Beweis dafür, daß die verantwortlichen Stellen bis vor kurzem ihre Pflicht in der Wehrfrage nicht voll erfüllt hätten; im ganzen betrachtet werde die Vorlage vielmehr allen für die Erhöhung unserer Wehrkraft erhobenen Anforderungen gerecht! Allerdings ist Graf Reventlow zuzugeben, daß als einzige Partei im Jahre 1913 die konservative eine Heeresvermehrung noch über die Wehrvorlage hinaus beantragt hat. Diese betrug aber nicht fünf bis sechs Armeekorps, sondern sage und schreibe zwei ganze Kavallerieregimenter, die mutmaßlich doch die von Graf Reventlow vermißte Überlegenheit der deutschen Anfangsoffensive im Sommer 1914 nicht hergestellt hätten. Folglich hätte auch die konservative Partei, um getreu im Stile Graf Reventlows zu argumentieren, durch ihre schweren Unterlassungssünden im voraus kriegsverlängernd gewirkt!

Sieht Graf Reventlow nun, wie fürchterlich er sich „vor Gott und der Geschichte" durch seinen blinden Eifer bloßgestellt hat?

In Wahrheit können seine durch nichts gerechtfertigten Vorwürfe nur dazu dienen, die großen Leistungen Herrn von Bethmann Hollwegs für die deutsche Wehrmacht, für die ihm das deutsche Volk die wärmste Dankbarkeit schuldet, in das hellste Licht zu rücken!

Friedrich Thimme

Japans Sieg in China. In der vom Hamburger Kolonialinstitut herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaftsdienst" schreibt Dr. P. Heile über Japans Sieg in China: Das Aktuellste und vollkommen Neue sind die Erklärungen des japanischen Ministeriums über die auswärtige Politik Japans, die Ende Juni vor dem neu zusammengetretenen Parlament abgegeben wurden. Sie enthalten kurz: 1. das Eingeständnis, daß Japan während der ganzen Krise in China die chinesische Politik durch den Ministerpräsidenten und jetzigen Diktator Tuan Tschi-jui geleitet hat; 2. daß das japanisch-englische Bündnis durch den Beitritt Japans zum Londoner Sonderfrieden-Abkommen neu befestigt worden ist, so daß Japans Sonderstellung im Osten seitdem als von England garantiert anzusehen ist, während Japan sich offenbar zur weitgehenden Unterstützung Englands und Sicherung seiner östlichen Interessen verpflichtet hat; 3. daß Japan gewillt ist, Kiautschou und die Südsee-Inseln festzuhalten und hierin offenbar bindende Zusage von England hat (Amerikas Einverständnis soll jetzt von der japanischen Sondergesandtschaft in Washington erwirkt werden).

Aus dem übrigen Inhalt ist als Ergebnis der Gesamtdarstellung der chinesischen Krise festzuhalten der Nachweis, daß sie, entstanden aus Amerikas Versuch, Chinas Gefolgschaft in seiner Kriegspolitik zu erhalten, in ihrem ganzen Verlauf nichts ist, als das Widerspiel der japanischen und amerikanischen Politik, bei der die chinesischen Figuren auf der offenen Bühne ihre Verfassungskämpfe ausfechten, während sie in Wirklichkeit nur für das amerikanische oder japanische Interesse benutzt werden. Der Sieg des Militaristenführers Tuan markiert die Niederlage der Wilsonschen mit den Demokraten arbeitenden Politik. Besonders beachtenswert ist die Aufdeckung des japanischen Geheimvertrages mit Tuan Tschi-jui über die Organisation der chinesischen Armee unter japanischer Leitung und mit japanischem Geld (Seite 566), wodurch das japanisch-chinesische Bündnis als Militärbündnis der beiden von Generälen geleiteten Regierungen nachgewiesen wird.

Die Phrase unserer Feinde, für das demokratische gegen das autokratische Prinzip zu kämpfen, wird im Artikel auf schärfste gegeißelt, indem folgender Vorfall in der japanischen Budgetkommission festgenagelt wird: „Als Terautschi seine Unterstützung der Militaristen in China gegen die Demokraten vorgehalten wurde in einer Zeit, da „die Demokratie in allen Teilen der Welt die Autokratie überwindet", während „in China und Japan noch die Bureau-

Digitized by Google

kratie über freiere politische Ideen herrsche", konstatierte der japanische Ministerpräsident, daß er solche politischen Tendenzen in der Welt nicht erkennen könne."

Liberias Vergewaltigung. England, Frankreich und die Vereinigten Staaten stehen im Begriff, ein neues Beispiel dafür zu geben, was sie unter Freiheit und Selbstbestimmung der kleinen Nationen verstehen. Dem „Manchester Guardian" wird von seinem Londoner Korrespondenten geschrieben: „Ich höre, daß die Anti-Sklavereigesellschaft im Begriff steht, an die liberische Regierung die formelle Aufforderung zu richten, eine unparteiische Kommission einzusetzen zwecks Untersuchung der ihr angekündigten beklagenswerten Behandlung der Eingeborenen im Innern des Landes. Wichtige Veränderungen werden in Liberia infolge des endgültigen Bruches mit Deutschland (worüber kürzlich nähere Nachricht eintraf) folgen.

Es ist wahrscheinlich, daß eventuell Großbritannien, Frankreich und Amerika, die als Schutz- und Garantiemächte Liberias zu betrachten sind, eine weit schärfere Kontrolle der liberischen Angelegenheiten ausüben werden. Sicher ist, daß diese Kontrolle nach dem Kriege eintritt, wenn nicht schon vorher. Auf diesem Wege können verschiedene lang erwünschte Reformen erreicht werden.

Die beständigen Reibungen zwischen der liberischen Regierung und den Völkern im Innern sind notorisch und haben zu beklagenswerten Folgen geführt. Wir können von der Zukunft die Einrichtung einer festeren Regierung erwarten und einer nützlichen Zusammenarbeit zwischen Amerika, den alliierten Mächten und der liberischen Regierung."

Also die Beschützer der kleinen Nationen erklären hiermit offen, daß sie die Absicht haben, aus der freien Negerrepublik Liberia, für deren Erhaltung sie sich Deutschland gegenüber wiederholt eingesetzt haben, einen Schutzstaat nach Art von Ägypten, Tunis und Marokko zu machen! Das ärgste daran ist aber, daß Liberia zuerst zum Bruch mit Deutschland veranlaßt wurde, um einerseits den deutschen Handel in Liberia, andererseits die guten Beziehungen zwischen Liberia und dem Deutschen Reiche zu vernichten. Nachdem Liberia diese Wünsche seiner Schutzmächte erfüllt hat, lassen diese die Maske fallen und drohen offen mit Vergewaltigung.

Das Verhängnis des Nordens. Eine Schrift des norwegischen Obergerichtsadvokaten Dr. Hermann Harris Aall versucht den Norwegern „die übermütige und rücksichtslose Behandlung" begreiflich zu machen, die es durch England erfährt. Es ist ein Unglück, daß die Schiffsreeder ohne Widerspruch von seiten der öffentlichen Meinung die Oberhand erlangt haben und daß die Regierung sich diesen Privatinteressen nicht widersetzt hat. Es ist ein Unglück, sagt der Verfasser weiter, daß die Entente sich nicht einem geeinigten Norden gegenüber gesehen hat. Hätten die drei skandinavischen Reiche fest zusammengestanden, so hätten sie ihre unabhängige Stellung behauptet. So stehen sie unter dem Druck Englands, das einen zersplitterten, schwachen, unselbständigen Norden wünscht, um ihn ganz nach Gutdünken zu behandeln. Das Interesse der Ententemächte widerspricht in allen wichtigen Punkten dem der nordischen Reiche, während das der Mittelmächte mit dem der übrigen in allen wichtigen Punkten übereinstimmt, nämlich dem Verlangen nach der Freiheit der Meere und der völkerrechtlichen nationalen Freiheit ihrer Länder.

Japans Anteil an der Welt. Admiral Sato hat in der „Japan Chronicle" im Anschluß an das im letzten Herbst in Berlin erschienene Buch „Der nächste Weltkrieg" die Zukunftsaussichten Japans dahin zusammengefaßt: Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ist es sehr wahrscheinlich, daß der ferne Osten und die Südsee nach dem Kriege die Hauptzentren der wirtschaftlichen Tätigkeit der europäischen kriegführenden Mächte sein werden, aus dem Bestreben heraus, die verlorenen Kräfte zu ersetzen. Darum muß Japan sofort alle notwendigen Vorbereitungen nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich treffen, um die Grundsätze von der Integrität Chinas und der offenen Tür daselbst aufrecht zu erhalten. In den industriellen

Digitized by Google

Kreisen Europas wird es zu revolutionären Reformen nach dem Kriege kommen, verursacht durch die vielen Versuche, Erfindungen und Entdeckungen, die während des Krieges gemacht sind. Da muß sich die japanische Industrie sehr anstrengen, um nicht zurückzubleiben und die jetzt eroberten Märkte zu erhalten. Darum darf sich die Industrie ja nicht verleiten lassen, um augenblicklichen Gewinns willen schlechte Waren auszuführen und damit deren Kredit auch für die Zukunft zu schädigen.

Chinesisch-amerikanisches Einverständnis. China beginnen die Augen aufzugehen. Es sieht die „offenbare Gefahr der Aufteilung Chinas durch Japan, Rußland, England, Frankreich". Um die Begehrlichkeit dieser Mächte solange in Schach zu halten, bis China sich selbst organisiert hat, denkt man in chinesischen politischen Kreisen an die Hilfe Amerikas. Ein Leitartikel des „Independent" schreibt unter dem Titel „Two peaceable republics": Das amerikanische und chinesische Volk sind viel ähnlicher als es äußerlich scheint. Gemeinsam ist beiden der Haß gegen Könige und Adelige und das Verlangen nach einer wirklichen Demokratie, aufgebaut auf Industrie und Handel mit möglichster Ausschließung des Soldaten. Vereint können sie diese Ideale erreichen; für sich allein oder im Bund mit Völkern anderer Ideale würden sie wahrscheinlich von den Wogen des Militarismus und der Autokratie überwältigt werden, die jetzt die Erde überschwemmen. Ein chinesisch-amerikanisches Bündnis wird auch das Gleichgewicht auf dem Stillen Ozean wieder herstellen, der jetzt völlig unter der Herrschaft der russisch-japanisch-britischen Koalition steht.

Neuerscheinungen

Die Feinde

Für „Englands Niedergang" glaubt Arnold Steinmann-Bucher eine neue Formel gefunden zu haben (L. Simon, Berlin, M. 5.—). Er will den Krieg aus der engen bedrückenden Zeit, „die aus Stunden und Tagen, aus Monaten und Jahren besteht, hinausstellen in die Jahrtausende". Er will den Krieg „aus dem Unfrieden der Burg hinausstellen in den ewigen Streit der Völker". Er will „ihn aus der Sorge um unsere innere Entwicklung einreihen in die Entwicklungsgesetze des Menschengeschlechts und seines Wohnsitzes, der Erde. Er beginnt mit der Zeit, „wo die Festländer der Erde sich aus dem Chaos zu heben strebten" und hört auf mit der „Durcharbeitung des Weltgedankens von Cromwell bis Lloyd George". „Nicht Weltbeglückung, sondern Weltbeherrschung war das Ziel: England, die Weltwerkstätte." „Trotzdem stand im Jahre 1914 die britische Ausfuhr unmittelbar vor der Gefahr, von der deutschen zum erstenmal überholt zu werden. Im Wirtschaftskrieg war also England schon vor dem Krieg besiegt und zwar durch seine heutigen Bundesgenossen — die Amerikaner. Eine einzige, aber doch schon vor dem Krieg bedrohte Überlegenheit war ihm verblieben: die Flotte, die Handels- und Kriegsflotte mit ihren Stützpunkten in aller Welt und von ihnen beschützt und zusammengehalten, das Kolonialreich, also die Seeherrschaft. Aber seine Inselstellung offenbart sich in ihrer ganzen Unzulänglichkeit; die Grundfesten des Weltreichs sind tief erschüttert; es droht sein Untergang. Für uns Deutsche beginnt also die Schuld da, wo wir deutlichen, unverkennbaren, nicht mißzuverstehenden Schicksalswinken aus dem Wege gehen, in diesem Krieg insbesondere, wenn wir, da England und wir die Stützen seiner Weltherrschaft eine nach der anderen fallen sehen, nicht alles daran setzen, diese selbst zu stürzen, zu unserem und der anderen Völker Heil. Einer so schweren Schuld gegenüber der Menschheit müßte die schwerste Sühne folgen." Das „Englische Seekriegsrecht im Weltkrieg" behandelt (mit einem Anhang englischer Urkunden) der Greifswalder Volksrechtler Prof. Dr. Heinrich Pohl. (Puttkammer & Mühlbrecht, Berlin.) „Von dem Seekriegsrechtsgebäude, das vor dem Kriege auf internationalen Konferenzen und in vielen gelehrten Werken aufgeführt worden ist, blieb im Verlauf dieses Weltkampfes kaum ein Stein auf dem andern. Dieselbe Macht, die sich lange jedem ernstlichen Versuche einer Kodifikation und Fortbildung des Seekriegsrechtes mit großer Energie und Zähigkeit entgegengestemmt hatte, England hat das Wenige, was bei Kriegsbeginn als unbestrittenes Seekriegsrecht gelten konnte, Stück für Stück zerschlagen. Nahezu das ganze Seekriegsrecht, soweit es vor dem August 1914 als internationales Gemeingut gelten konnte, hat England in Trümmer gelegt. Wenn der Janustempel geschlossen ist, wird man zum Wiederaufbau schreiten. Vielleicht wird schon der Friedensvertrag neue Grundlagen des Seekriegsrechtes zu formulieren suchen. Ist doch ein oft betontes

Digitized by Google

deutsches Kriegsziel: Die Freiheit der Meere! Es darf fürder nicht mehr möglich sein, daß England unter Mißachtung der neutralen Rechte uns zu erdrosseln versuchen kann. Friedensziele müssen Machtziele sein. Das neue Seekriegsrecht, die Freiheit der Meere, wie wir sie für unsere nationale Zukunft brauchen, kann nicht ‚im moralischen Fühlen aller Völker', nicht in irgendeiner ‚internationalen Polizeigewalt', überhaupt nicht in Phrasen und Utopien verankert, sondern sie kann nur auf dem Grunde gesteigerter deutscher Seemacht gesichert werden. Reale Garantien, nicht Paragraphen brauchen wir."

Karl Jünger sagt in einer Schrift „Die französische Freimaurerei und der Weltkrieg" (Baedeker, Essen, M. 1.—): „Den Geist, der sich in der französischen Freimaurerei offenbart, den Geist Voltaires und Rousseaus, Diderots und Dantons, Jeanne d'Arcs und Napoleons — wir Deutsche haben ihn schon im 18. Jahrhundert mit Kant und Fichte, Lessing, Goethe und Friedrich dem Großen innerlich überwunden. Und auch in diesem Weltkriege — das darf man schon heute aussprechen — hat jene Kultur, die ihren Gipfel im Goethe-Schillerschen Persönlichkeitsideal, im Kantschen Imperativ ‚Du sollst' erblickt, jenem revolutionären Freiheitsdrang gegenüber, der die Menschen aufstachelt, ihre Rechte zu wahren, statt sie den Weg zu führen, ihre Aufgaben als Verpflichtung zu erkennen, entscheidend gesiegt."

In der historisch völkerrechtlichen Einleitung zu dem ersten wissenschaftlichen Urkundenbuch über „Die Neutralisation und die Neutralität Belgiens" kommt Dr. Karl Strupp, der Mitherausgeber des Jahrbuchs für Völkerrecht (F. A. Perthes, Gotha, M. 5.—) zu dem Schluß: „Geht man davon aus, daß die Neutralisation Belgiens ein im Zeitpunkt ihrer Schaffung den europäischen Krieg verhütendes und daher vor dem Richterstuhl der Geschichte wohl bestehendes, aber nichtsdestoweniger ein Verlegenheitsprodukt mit deutlicher Spitze gegen Frankreich gewesen ist, und daß beide Parteien, Frankreich wie der Vierbund, im Falle eines ausgebrochenen Krieges zwischen ihnen die nicht Belgiens wegen verliehene Garantie nicht nur durch diplomatische Intervention auszuüben beabsichtigen, so erscheint das Resultat nicht befremdend, daß Belgien auf Grund der 1839 geschaffenen Vertragslage nicht verpflichtet gewesen ist, dem Einmarschbegehren Deutschlands gegen einen einfallsbereiten Feind sich zu widersetzen." „Die sittliche Berechtigung der Verletzung der belgischen Neutralität" sucht Dr. J. H. Labberton, ein Holländer, zu erweisen. (Übersetzung bei Karl Curtius, Berlin 1916, M. 2.—.) Labberton, den der Herausgeber als niederländischen Verwaltungsbeamten, Philosophen und Dichter einführt, sucht zu zeigen, daß Deutschland von seiner Vertragspflicht England gegenüber sittlich frei war, Belgien gegenüber aber gezwungen war, eine unvermeidliche Schuld auf sich zu nehmen, um einer höheren Pflicht zu genügen. „Bei der Abwägung von Recht und Unrecht", sagt dazu der Herausgeber, „ist die Einschätzung des sittlichen Wertes eines Volkes von entscheidender Bedeutung. Dr. Labberton ist fest überzeugt, daß Deutschland der gesunde sittliche Kern von Europa ist, von dem schließlich die sittliche Regeneration unserer todkranken Welt ausgehen wird und der deshalb nicht zerstört werden darf. Dieses Urteil ist um so wertvoller, als es von einem Ausländer herrührt, dessen Ansichten anfangs von den Auffassungen unserer Feinde beeinflußt waren." „Das vlämische Volk" in Geschichte und Charakter schildert Tony Kellen (Frankfurter zeitgemäße Broschüren, Hamm [Westf.] Breer & Thiemann. M. 1.—). Für die heutige Stellung der Vlamen zu uns sagt der Verfasser: „Die große Masse der Vlamen steht noch nicht auf deutscher Seite, aber unbekümmert um Dank oder Undank wird die deutsche Regierung in Belgien auch weiterhin für die Vlamen das tun, was ihr das Völkerrecht und ihr Gewissen gebieten. Deutschland wird für seinen Teil dazu beitragen, daß die Vlamen sich als Volk frei entwickeln können, daß sie die reichen Gaben ihrer Natur ausnützen und wieder Erben ihrer alten Kultur werden können."

In einer Betrachtung über die „Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika" kommt J. Hashagen zu dem Schluß: „Wenn die Vereinigten Staaten die Pflöcke ihrer Ostasienpolitik soweit zurückstecken, dann muß in ihrer allgemeinen Weltpolitik etwas vorliegen, was sie blind macht gegenüber den von Ostasien her drohenden Gefahren. Dieses Etwas ist nicht nur der Glanz der Kriegsgewinne, sondern vor allem die unerschütterliche Freundschaft für das stammverwandte englische Brudervolk. Zugleich läßt die Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten aber auch die Schwäche der großen Republik erkennen. Mit moralischen Eroberungen einerseits und mit Geldverdienen andererseits läßt sich ein Weltreich weder gründen noch zusammenhalten und noch viel weniger mit Schwäche und freundlichem Verzicht. Dieser alte Satz wird sich auch für die Vereinigten Staaten bewahrheiten." Dr. Siegfried Benignus schreibt eine historisch-wirtschaftliche Studie über „Deutsche Kraft in Südamerika" (Politik Verl., Berlin). „Brasilien allein hat 408 000 Deutschsprechende, und zwar in den verhältnismäßig kleinen Südstaaten 393 000 (Rio Grande do Soul 170 000, Santa Catharina 100 000, Paranà 35 000, São Paulo 33 000, Rio de Janeiro 30 000, Espirito Santò 20 000, Minas Geraes 5000), in den großen Nordstaaten 15 000; Argentinien 70 000, Chile 40 000, Uruguay 5 000, Paraguay 4000, Kolumbien 2500, Peru 1800, Venezuela 1200, Bolivien 700, Ecuador 500. Das ergibt mit einer Gesamtsumme von 533 700 Deutschsprechenden, die Einwohnerzahl etwa der Stadt Breslau

Digitized by Google

und $1\frac{1}{4}$ % der 40 Millionen Menschen in Südamerika und 5 % der 10 Millionen Weißen. Der Zahl nach sind die Deutschen auch gegenüber der erdrückenden Masse der eingewanderten Romanen, vornehmlich der Italiener, verschwindend klein. Wird aber nach dem inneren Werte gemessen und die kurze Zeitspanne von kaum zwei Menschenaltern des eigentlichen Deutschtums auf südamerikanischem Boden berücksichtigt, so muß die deutsche Arbeit für die Entwicklung der so außerordentlich zukunftreichen Länder fast auf allen Gebieten des modernen Lebens mit an erster Stelle genannt werden. Die deutsche wissenschaftliche Arbeit und die Richtungslinien deutscher Kunst in Südamerika, die im Rahmen dieser Abhandlung nicht berücksichtigt werden konnten, sollen in einer besonderen Studie veranschaulicht werden. Trügen nicht alle Zeichen, so vollzieht sich in Südamerika mit Hilfe seiner unerschöpflichen Reichtümer im Laufe dieses Jahrhunderts der gleiche Prozeß, der in Nordamerika im vergangenen Jahrhundert eingetreten ist: die Südamerikastaaten werden zu Konkurrenten Europas. Für Deutschland gilt es, das deutsche Element in Südamerika in jeder denkbaren Weise zu stärken."

Zum Überblick über die „Jüdische Sprach- und Kulturgemeinschaft" bringt der Verlag R. Löwit, Berlin-Wien, eine statistische Studie über Entwicklung, Verbreitung, Aufbau, Sprachbildung, Wirtschaft der Bevölkerung heraus. Von den Juden in der Bukowina entwirft ein historisches, politisches, volkswirtschaftliches, völkerkundliches Bild eine Schrift von Dr. Salomon Kaßner (R. Löwit Verlag, Wien 1917, Kr. 2.—). F. A. Perthes, Gotha, erweitert seine Sammlung „Kleine Völker- und Länderkunde zum Gebrauch im praktischen Leben" durch einen Band über Polen, den E. Zivier, ein anerkannter Fachmann, geschrieben hat (M. 6.—). Wir sehen die erste zuverlässige, kurzgefaßte Geschichte Polens aus der Landeskunde sich entwickeln und im Zusammenhang mit der europäischen Staats- und Wirtschaftspolitik bis in die neueste Zeit hinein sich verflechten. Alte Zeichnungen und Verse von Gustave Doré aus dem Jahre 1854 zur Geschichte des russischen Absolutismus in Paris um das Jahr 1854 (der Frankreichs Mobilmachung gegen Rußland wahrscheinlich machte) werden von Albert Langen erneuert. (M. 5.—). Es ist eine „gepfefferte Persiflage auf den Größenwahnsinn des russischen Absolutismus, 500 Zeichnungen, die insbesondere den Krimkrieg-Zaren Nikolaus, den ‚majestätischen Herrscher mit dem Zwergenkopf' satirisch charakterisieren". Weltgeschichte ist hier Weltsatire geworden, die heute, nach Ablauf eines halben Jahrhunderts, wieder zeitgemäß geworden ist. „Wir sehen von irgendeinem Rurik oder Wiatscheslaw bis zum Krimkrieg-Zaren Nikolaus ein fortgesetztes Rennen gegen Konstantinopel — ewigen Rückzug — ewigen Tumult im Innern des heiligen Rußlands und die immer wiederkehrende Erkrankung an der ‚Zarenkolik'." Merkwürdige oder ergötzliche Zustände Rußlands von der ältesten Zeit bis auf Peter den Großen, nach alten Quellen und Urkunden aus den Archiven von St. Petersburg, Dresden, Venedig und Florenz geschildert, sammelt Prof. Dr. Leo Brenner „Altrussische Kulturbilder" (Falken-Verlag, Darmstadt). Von der russischen Revolution, ihren inner- und außerpolitischen Voraussetzungen, ihrem Ausbruch und ersten Verlauf entwerfen das erste zuverlässige Bild Paul Rohrbach und Axel Schmidt in Heft 7 der Sammlung „Die russische Gefahr" (J. Engelhorn, Stuttgart, M. 1.50). Die Aufnahme der Schrift in die Sammlung begründet Paul Rohrbach: „Wenn die russische Revolution dazu führen soll, daß Rußland aufhört, eine Gefahr in ganz besonderem Sinne für uns zu sein, so muß sie vor allen Dingen dahin führen, daß die Regierung, die schließlich aus der Revolution hervorgehen wird, dem Gedanken, Konstantinopel zu beherrschen, ein für allemal entsagt, und zweitens dahin, daß der großrussische Nationalismus darauf verzichtet, die übrigen Nationalitäten des heutigen Rußlands als gezwungenes Material und erzwungene Kraftquelle für seinen eigenen Eroberungswillen zu benutzen. Bleibt Rußland trotz der Revolution ein Einheitsstaat im alten nationalistischen Sinn, in dem die dreiundfünfzig Prozent Ukrainer, Polen, Mohammedaner, Kaukasier, Finnländer usw. den siebenundvierzig Prozent Großrussen dazu dienstbar sein müssen, daß uns im Jahre 1950 eine waffenstarrende geschlossene Masse von zweihundertsiebzig ‚Millionen' Moskowitern überwältigend gegenübersteht, so kann gar keine Rede davon sein, die russische Gefahr als durch die Revolution beseitigt anzusehen. Das wäre sie nur in dem Fall, wenn eine starke Lockerung des bisherigen Zwangsverbandes zwischen den Großrussen und Fremdvölkern entsteht und fortdauert."

Engelbert Drerup, Professor in Würzburg, hat für den Volksvereins-Verlag M.-Gladbach eine aufklärende Schrift über „die Griechen von heute" (M. 1.—) geschrieben. Eine kleine zuverlässige Landeskunde, die bei unserer Unkenntnis von den Zuständen in Griechenland willkommen sein wird.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 50 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Rohrbach, Livland 1169
Thimme, Vom inneren Unfrieden des deutschen Volkes . 1174
Peus, Demokratische Pflicht 1180
Wolf, Die Zukunft Elsaß-Lothringens 1186
Dix, Gesichtspunkte für die Übergangswirtschaft 1192
Notizen / Neuerscheinungen 1196

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 14. September 1917 Heft 37

Gustav Kiepenheuer / Verlag / Weimar / Berlin

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh ◆ Paul Rohrbach ◆ Philipp Stein

unter ständiger Mitarbeit von:

Prof. Dr. Paul Arndt, Berlin; Prof. Dr. Anhagen, Dahlem-Berlin; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. C. H. Becker, Berlin; Professor D. Deißmann, Berlin; Prof. Dr. Rudolf Eucken, Jena; Prof. Dr. Eulenburg, Leipzig; Anton Fendrich, Freiburg-Zähringen; Prof. Dr. E. Franke, Berlin; Prof. Dr. O. Franke, Hamburg; Oberbürgermeister Dr. Geßler, Nürnberg; Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig; Prof. Dr. Harms, Kiel; Oberbürgermeister Dr. Külz, Zittau; Prof. Dr. Lampe, Berlin; Dr. Freiherr von Mackay, München; Wilhelm v. Massow, Berlin; Prof. Dr. F. Meinecke, Berlin; Dr. Adrian Molin, Stockholm; Geh. Reg.-Rat Dr. Muthesius, Berlin; Geh. Justizrat Prof. Dr. Niemeyer, Kiel; Prof. Dr. Oncken, Heidelberg; Dr. Alfons Paquet, Frankfurt a. M.; Prof. Dr. Pohl, Greifswald; Justizrat Dr. Rhode, Berlin; Prof. Dr. Roloff, Gießen; Prof. Dr. von Rümker, Berlin-Nikolassee; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schiemann, Berlin; Axel Schmidt, Berlin; Geh. Rat Dr. Schneider, Frankfurt a. O.; Geh. Admiralitätsrat Dr. Schrameier, Berlin-Halensee; Prof. Dr. Schumacher, Bonn; Reichstagsabgeordneter Geh. Rat Prof. Dr. von Schulze-Gävernitz, Freiburg; Geh. Regierungsrat Prof. Dr. M. Sering, Berlin-Grunewald; Dr. Somary, Berlin; Prof. Dr. Martin Spahn, Straßburg; Dr. Friedrich Thimme, Berlin; Dr. lic. theol. Gottfried Traub, Dortmund; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Troeltsch, Berlin; Admiral z. D. Gouverneur v. Truppel, Berlin; Prof. Dr. Georg Wegener, Berlin; Dr. Fritz Wertheimer, Berlin; Prof. Dr. Wiedenfeld, Halle; Geh. Rat Prof. Dr. Wohltmann, Halle; Kgl. Ministerialrat Zahn, München; Regierungsrat Zache, Hamburg.

Einsendungen (mit Rückporto) für die Schriftleitung sind zu richten nach Berlin W 50, Augsburger Str. 74 II. Telephon: Amt Lützow 5723. / Einsendungen, welche den Versand und Inseratenteil der Zeitschrift betreffen, dagegen nur an den Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburger Str. 74 II, Telephon: Amt Lützow 5723; oder Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar, Wörthstraße 43. Telephon 53.

Gustav Kiepenheuer Verlag, Abt. „Deutsche Politik", Berlin

Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M 3,20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M 3.80, Ausland M 4.50.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 14. September 1917 • Heft 37

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Livland

Von Dr. Paul Rohrbach

Riga genommen und Vormarsch in Livland! Wie weit es gehen wird, wissen wir nicht, aber jeder Tagemarsch, der unsere Truppen weiter bringt, wird auf altem deutschen Boden zurückgelegt. Erst weit in Nordosten, bei Narwa, wo der Abfluß des Peipussees in den Finnischen Meerbusen mündet, lag die Grenze des einstigen Römischen Reiches deutscher Nation. Dort stehen sich noch heute das Deutschordens-Schloß Narwa und die russische Trutzfeste Iwangorod gegenüber, wie im 16. Jahrhundert, als der Moskowiter sich zum Angriff auf die livländische Kolonie des alten Reichs anschickte. Werden auch dort einmal unsere Farben wehen? Die Gegner fürchten es, und schon sieht man uns in London, Paris und Rom im vollen Vormarsch auf Petersburg. Wir wollen geduldig sein und der Dinge warten; was geschah, kam auch schon über Erhoffen!

Gerade dort haben unsere Truppen beim Angriff auf Riga die Düna überschritten, wo der Mönch Meinhard, aus dem Kloster Segeberg in Holstein, einst die erste deutsche Siedelung auf livländischem Boden gebaut hat: die Kirche und das feste Haus von Üxküll. Zwanzig Jahre vorher hatten deutsche Kaufleute die Mündung der Düna aufgesegelt. Als Bischof Albert, der Bremer Domherr, nach Meinhards Tode die Leitung der jungen livländischen Kirche übernahm, gründete er weiter abwärts an einer Stelle, die den von Deutschland kommenden Handelsschiffen bequemer lag, Riga. Bereits in jenen Tagen, ganz am Anfang des 13. Jahrhunderts, wurde der Grund zum Rigaer Dom gelegt. Üxküll und sein Kirchlein blieben aber im Bewußtsein der Livländer immer denkwürdig als der Anfang des Deutschtums in diesem Lande. Meinhards Gebeine hat man von dort fortgebracht und sie im Chor des Rigaer Doms bestattet. Wer dort vor dem kleinen steinernen Schrein steht, in dem einst die Überreste des Apostels von Livland gesammelt wurden, der sagt sich, daß dies der Mann war, der vor mehr als 700 Jahren den Keim in den Boden pflanzte, aus dem die feste Eiche des baltischen Deutschtums emporwuchs. Jetzt, nach so vielen Jahrhunderten, betreten wieder deutsche

Digitized by Google

Heerscharen den Strand an der Düna, wo die gepanzerten Kreuzpilger Alberts den Lübecker Schiffen entstiegen, um dem Bischof das Livenland gewinnen zu helfen. Wer wollte, blieb da und nahm sein Teil nach deutschem Recht zum Lehen. Ritter, Priester und Kaufleute kamen, nur der deutsche Bauer nicht, denn der ging nicht über See. So blieb die Grundlage des einheimischen Volkstums in Livland erhalten — anders, als in dem gleichzeitig für Deutschland gewonnenen Koloniallande an der Elbe, Oder und unteren Weichsel.

Livland im alten, geschichtlichen Sinne, d. h. einschließlich Kurlands und Estlands, von der Memelmündung bis zum Narwafluß, ist deutsches Land geworden, aber die „undeutsche" Bevölkerung, die Letten und Esten, sind im Schatten der deutschen Kultur und mitgenährt von den geistigen Kräften des Deutschtums, das sie vordem mit dem Schwert unterworfen hatte, zu selbständigen Volkseinheiten geworden. Auch sie machen jetzt ihr Recht am Lande geltend. Die Zeit ist nicht mehr, wo dem deutschen Namen in Livland allein die Herrschaft gehörte. Der Morgen des selbständigen Aufstiegs für das Letten- und Estenvolk brach damals an, als Hamilkar v. Fölkersahm, der deutsche livländische Edelmann, den Anfang zu seinem Lebenswerk machte, der Emanzipation des livländischen Bauernstandes. Heute, wo Riga und das eigentliche Livland von neuem mächtig in den deutschen Gesichtskreis rücken, ist es wohl der Mühe wert, dieses Mannes zu gedenken, der zuerst erkannte, daß die Zukunft der baltischen Lande auf der Zusammenarbeit von Deutschen und Nichtdeutschen beruht. Ich habe, nachdem Kurland besetzt war, eine Sammlung von Bildern und Beiträgen baltischer Herkunft erscheinen lassen: „Das Baltenbuch"[1], um zu zeigen, daß die baltischen Provinzen ein Land deutscher Kultur sind. Darin steht auch ein Stück aus den Lebenserinnerungen Julius v. Eckardts, das von Fölkersahm handelt, und es scheint gut, gerade dieses im gegenwärtigen Augenblick einem weiten Leserkreise mitzuteilen. Eckardt erzählt von einem Gespräch Fölkersahms in Riga aus dem Jahre 1853:

Er sprach von der Zukunft des Landes, von dem ungeheuren Umschwung, der sich auf allen Lebensgebieten geltend machen würde, sobald erst der Bauernstand besitzlich und in Wahrheit die Grundlage unseres gesamten öffentlichen Zustandes geworden, von der Verpflichtung, welche auf jedem Livländer ruhe, an der großen Arbeit zur Hebung der ländlichen Bevölkerung teilzunehmen, von den Schwierigkeiten, die jeder einzelne zu überwinden habe, um zu einer richtigen Auffassung des Verhältnisses zu gelangen, in welchem deutsche und lettische Bewohner dieses Landes zueinander stehen müßten. „Und Sie selbst, Herr Baron," fragte der Zuhörer, als Fölkersahm seine Rede geschlossen, „wie sind Sie zu jenem Verständnis unserer Aufgabe durchgedrungen, das Sie als durch hundert Vorurteile erschwert bezeichneten und das in Livland vor Ihnen lang genug gefehlt hat? Wie ist Ihnen die Aufmunterung zu Ihrer Tätigkeit und zu dem Entschluß geworden, diesem Lande alle Ihre Kräfte zu widmen?" „Das will ich Ihnen sagen," erwiderte er — „ich habe diese Geschichte oft erzählt und erzähle sie gern noch einmal. Sie wissen, daß mir das Gut Rujen-Großhof gehörte und daß ich dasselbe selbst verwaltete. Mein Privatvorteil — und ich hatte allen Grund, denselben wahrzunehmen — ließ

[1] Im „Gelben Verlag", Dachau bei München 1916, Preis M. 2.50.

Digitized by Google

mir damals wünschenswert erscheinen, einen möglichst großen Teil meiner Bauernhöfe zum Hofe zu ziehen und meine Wirtschaft durch Anlegung von Vorwerken zu erweitern. Ich beschloß daher, einem meiner bäuerlichen Pächter zu kündigen. Der Zufall wollte, daß der Verwalter krank war und ich die Kündigung selbst aussprechen mußte. Zu diesem Zweck ritt ich an einem schönen Frühlingsabend in das Gesinde, dessen Einziehung ich beschlossen hatte. Es war einer der ersten warmen Abende des Jahres und die Sonne überglänzte das Tal, in welchem mein Opfer wohnte, mit ihren letzten goldenen Strahlen, als ich in dasselbe einbog. Der Bauer baute eben an einem neuen Hause; er stand, von seinem Weibe und seinen Kindern umgeben, in stiller Freude auf dem Dach, um dasselbe mit der üblichen Baukrone zu schmücken und das ‚Vaterunser' zu sprechen, das unsere Bauern merkwürdigerweise ihr Lebelang nicht vergessen. Er ahnte nicht, daß hundert Schritte von ihm ein Mann stand, der die Absicht hatte, ihm zu sagen: ‚Dein Schweiß kommt von Rechts wegen mir zu gut. Auf Grund meines guten Rechts weise ich dir die Tür, um dein Haus in Besitz zu nehmen. Geh!'" — Die letzten Worte hatte Fölkersahm mit sichtlicher Erregung gesprochen; seine tiefe Stimme bebte und er hielt einen Augenblick inne. „Was ich in jenem Augenblick empfand," fuhr er nach einer Pause fort, „vermag ich nicht zu schildern. Die ganze Schmach unserer öffentlichen Zustände drückte mit einem Bleigewicht auf meine Schultern; ich wandte mein Pferd um und ritt langsam nach Hause. Ich gelobte mir in diesem Augenblick, daß es anders werden müsse, daß ich selbst und meine Mitbrüder daran verhindert werden müßten, unsere Hände nach den Früchten fremden Schweißes auszustrecken, daß ich nicht ruhen wollte, ehe die Baukrone auf dem livländischen Bauernhause vor Attentaten sicher gestellt werde, die man im Namen des Rechts ausübte. Dieses Gelöbnis habe ich gehalten und gedenke ich noch ferner zu halten — und glauben Sie mir, meine Herren," fuhr er, zu der übrigen Gesellschaft gewendet, mit dröhnender Stimme fort, — „glauben Sie mir, solange diese Baukrone nicht sicherſteht, ist kein Haus im Lande sicher!"

Von jenem Tage an ist es mit der materiellen Lebenshaltung und geistigen Bildung der lettisch-estnischen Bauernschaft aufwärts gegangen. Die Anfänge dieser Entwicklung ruhen ganz und gar auf der Arbeit der führenden Schicht. Was der deutsche Großgrundbesitz für den eingeborenen Bauernstand getan hat, der jetzt fast die Hälfte aller Privatländereien in den drei Provinzen zu Erbe und Eigentum besitzt, das taten die deutschen Pastoren für die Sprache und Schule des Landvolks. Erst durch die wissenschaftliche deutsche Arbeit sind aus den beiden für den geistigen Ausdruck unbeholfenen Bauernsprachen des Lettischen und Estnischen Werkzeuge für den Unterricht, für die öffentliche Rede und jede Art von besserer Bildung geworden — angefangen mit der Übersetzung der Bibel und den Liedern des Gesangbuches.

Es war trotzdem nur natürlich, wenn das erwachsende geistige Selbstbewußtsein der Letten und Esten teilweise eine Wendung gegen das Deutschtum nahm, denn über allem erinnerten sich die beiden Völker doch daran, daß sie vor den Deutschen im Lande gesessen hatten und die Deutschen die Eroberer waren. Vergiftet wurde die Bewegung erst dadurch, daß die russische Regierung hier ein Mittel erkannte, um das Deutschtum an der Wurzel zu schädigen und der wildesten Hetze die Zügel schießen ließ. Welches Schicksal auch immer jetzt nach dem Kriege das baltische Gebiet

Digitized by Google

haben wird — als sicher wird man doch annehmen können, daß es nicht wieder einfach den Moskowitern zur Zerstampfung alles westlichen Kulturlebens bei Deutschen, Letten und Esten überlassen werden wird. Kurland ist seit lange deutsches Okkupationsgebiet; Süd-Livland fängt eben erst an, in den deutschen Machtbereich zu kommen. Dort wohnen Letten, bei denen die Hetze gegen Deutschland so stark Wurzel gefaßt hatte, daß sich auf den russischen Aufruf schon vor der Revolution sogar lettische Freiwilligenbataillone gegen unsere Truppen bildeten. Seit der Revolution aber ist ein scharfer Gegensatz der besitzlichen lettischen Großbauern gegen die Landverteilungspläne der sozialrevolutionären Partei in Rußland entstanden. Die landarmen russischen Bauern auf ihren kläglichen Höfen sehen mit Neid auf den reichen Letten. Russenfreundlich ist nur die lettische Sozialdemokratie in der großen Industriestadt Riga und die halbgebildete lettische „Intelligenz" geblieben, die außer durch das Russische keinen Anschluß an eine größere Kulturgemeinschaft hat. Noch weit anders steht es mit dem estnischen Volk. Hier kommt viel darauf an, daß wir die jetzige Lage richtig erfassen und demgemäß handeln.

Zwischen Esten und Deutschen haben auch während des schärfsten Drucks der russischen Herrschaft stets weit bessere Beziehungen bestanden, als zwischen Letten und Deutschen. Während sich die Letten bei Kriegsausbruch der russischen Deutschenverfolgung hingebend anschlossen, boten die Esten den Deutschen im Lande Burgfrieden an und haben ihn von Anfang an ehrlich gehalten. Der Este verachtet den Russen und respektiert das deutsche Wesen. Er ist nüchtern, weitblickend und fleißig, ein guter Ackerbauer, aber auch als Soldat und Seefahrer tüchtig. Die Letten sind Indogermanen, direkte Verwandte der Littauer; die Esten sind Verwandte der mongolischen Völker, von denen Türken, Magyaren und Finnen auf europäischem Boden leben. Esten und Finnen stehen sich unmittelbar nahe, was auch dadurch von Bedeutung ist, daß die nur etwas über eine Million zählenden Esten (die Letten sind etwa ebenso stark) Anschluß an die hohe finnländische Kultur jenseits des Meerbusens haben. Viele Esten studieren in Helsingfors, viele auch in Schweden, für das große Zuneigung beim estnischen Volke herrscht. Gleich nach dem Ausbruch der Revolution erklärte das estnische Volk seine Autonomie und setzte durch, daß die vorläufige St. Petersburger Regierung in die Vereinigung der estnischen Nordhälfte von Livland mit dem bisherigen Gouvernement Estland willigte. Ein gemeinsamer Landtag für das gesamte Estenland ist gewählt und zusammengetreten. Kerenski war im Anfang der Revolutionszeit selber in Reval, der alten estnischen Hauptstadt, und erklärte den Esten, sie sollten eine frei und große bemessene Autonomie haben; wenn sie aber ganz selbständig sein wollten, so würde das neue freie Rußland auch nichts dagegen einwenden. So berichteten damals die estnischen Zeitungen, und es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß sie unwahr berichteten. Im ersten Augenblick floß ja die allrussische Revolutionsstimmung in der Tat von Freiheitsgedanken über. Das hat sich

Digitized by Google

nur leider bald geändert. Heute denken weder Kerenski noch die übrigen Mitglieder der provisorischen Regierung mehr an wirkliche Selbständigkeit der Fremdvölker.

Der heutige Zustand ist der, daß es in Reval Vertreter der estnischen Autonomie und daneben russische Truppen und einen russischen Befehlshaber gibt. Der Kommissar der jetzigen russischen Regierung in Estland, Poska, zugleich der bedeutendste estnische Führer, hat gleich beim Zusammentritt des vom ganzen estnischen Volke gewählten Landtages sein Amt niedergelegt und erklärt, von dem Augenblick an, wo der Landtag bestehe, fühle er sich nicht mehr berechtigt, die Verwaltung kraft russischer Einsetzung zu führen; die oberste Gewalt stehe nunmehr beim Landtag. Es ist anzunehmen, daß Poska durch den Landtag als Haupt der estnischen Regierung wiedergewählt worden ist. Estland will autonomes Gebiet unter eigener Verwaltung werden. In der russischen Armee und in der Flotte dienen noch zahlreiche Esten, aber die nationalen Elemente in Estland haben auch ihrerseits trotz des russischen Widerspruchs mit der Bildung eigener estnischer Truppenteile im Lande begonnen. Die Lage ist also ähnlich wie in der Ukraine. Zwischen den Esten und Ukrainern und ebenso zwischen den Esten und Finnländern bestehen dauernd enge Beziehungen. Weder Esten noch Ukrainer haben die neuliche Tagung in Moskau, auf der Kerenski und Kornilow auftraten, beschickt, dagegen senden sie sich gegenseitig Vertreter zu ihren eigenen Kongressen. Die Deutschen im Lande können an diesen Dingen natürlich nicht teilnehmen; die russische Revolution hält sie ebenso niedergedrückt, wie es der Zarismus tat.

Sollte es im weiteren Verlauf der Kriegsereignisse dazu kommen, daß deutsche Truppen Nordlivland und Estland betreten, so erhebt sich neben den militärischen Fragen, die hier nicht erörtert werden können, auch eine sehr wichtige politische: soll dieses Gebiet als russisches, d. h. feindliches betrachtet werden, mit allen Folgen, die der Kriegszustand für ein solches mit sich bringt, oder eher als ein neutrales, das wir bei der Kriegshandlung notgedrungen besetzen müssen? Der praktische wie der prinzipielle Unterschied sind groß; auch die Haltung der estnischen Truppen wie des estnischen Teils der Bevölkerung kann sehr verschieden sein, je nachdem welchen Standpunkt die einmarschierende deutsche Macht einnimmt. Der Standpunkt der Deutschen im Lande kann nur der der Rettung vor dem feindseligen Russentum sein.

Von dem estnischen Volk ist als sicher anzunehmen, daß es der einfachen Wiedervereinigung als fremdstämmiges Untertanengebiet mit Rußland die entschiedenste Opposition entgegensetzen wird. Auf deutscher Seite kann, ganz abgesehen von dem, was jetzt unmittelbar während des Krieges geschieht, die grundsätzliche Haltung gegenüber den Esten, und sobald sie es wollen, auch gegenüber den Letten, nicht anders sein, als sie bei vernünftiger Politik auch gegenüber der Ukraine und Finnland sein müßte. Unser Interesse gebietet, daß wir alle diese Völker, vorausgesetzt, daß sie das Bestreben nach Selbständigkeit gegenüber dem moskowitischen Rußland zeigen, auch als selb-

Digitized by Google

ständige Größen anerkennen. Es versteht sich von selbst, daß sie dadurch auch zu Deutschland in bestimmte, von ihrer eigenen nationalen Willensäußerung abhängige Beziehungen treten. Ebenso selbstverständlich ist es, daß die zukünftige Stellung des Deutschtums im baltischen Gebiet im Sinne seiner Entwicklungsfreiheit, seines materiellen und geistigen Besitzstandes gewahrt bleiben muß. Das baltische Deutschtum seinerseits hat in allen seinen politisch aufgeklärten Vertretern gelernt, daß es zusammen mit den nichtdeutschen Landeseingesessenen und in ähnlicher Art wie diese an dem Gedeihen des Landes interessiert ist und keinen Herrenstand darin mehr bildet, wie in der Kolonialzeit und ihren Ausläufern. Die Zukunft des baltischen Landes muß in gemeinschaftlicher Arbeit der Nationalitäten, die es bewohnen, aufgebaut werden, und der Pfad in diese Zukunft muß den Spuren jenes großen Livländers folgen, Völkersahms, von dessen Wirken und dessen Denkweise wir vorhin eine Probe empfingen.

Vom inneren Unfrieden des deutschen Volkes

Von Friedrich Thimme

Im Juni vorigen Jahres ist ein Buch erschienen, in dem der Versuch unternommen wurde, dem inneren Frieden des deutschen Volkes durch eine gegenseitige offene Aussprache aller Parteien, Gruppen und Richtungen den Weg zu bereiten. Diesem von mir herausgegebenen Buche „Vom inneren Frieden des deutschen Volkes“ ist literarisch ein außergewöhnlicher Erfolg beschieden gewesen; schon nach wenigen Monaten mußte eine zweite Auflage ausgegeben werden, und eine dritte ist in Sicht. Freilich mußte auch in dem Vorwort zur zweiten Auflage auf die betrübende Tatsache hingewiesen werden, daß inzwischen die vielfachen Erörterungen über die Kriegs- und Friedensziele, über die von oben verheißene innerpolitische Erneuerung, über die Versorgung unseres Volkes mit Nahrungsmitteln usw. immer gereizter und bitterer geworden seien. Um so eindringlicher wurde an die besten und pflichttreuesten Elemente aller Richtungen und Parteien appelliert, ihre Anstrengungen und Bemühungen zur Herstellung und Sicherung des inneren Friedens zu verdoppeln. Mit den stärksten Worten wurde das Pflicht- und Dankbarkeitsgefühl des ganzen deutschen Volkes gegenüber unseren Feldgrauen angerufen. Ich darf die Worte, mit denen ich die Vorrede der zweiten Auflage schloß, hierhersetzen; sie gelten auch heute noch, gelten heute doppelt und dreifach:

„Man redet bei uns soviel von der unauslöschlichen Dankbarkeit, die wir unsern Helden draußen schulden. Ist ein solches Wort nicht eine hohle Redensart, ja eine Lästerung in dem Munde eines jeden, mag er weit Rechts oder weit Links stehen, der nicht sein Letztes dazu beiträgt, daß es wie ein breiter Strom von geistiger und seelischer Kraft, von Einheit, Geschlossenheit und Zuversicht aus der Heimat zu unsern Feldgrauen vor dem Feinde dringe? Der nicht jedes Wort, das er schreibt und spricht, vor seinem Gewissen danach wägt, ob es

Digitized by Google

auch dazu beizutragen vermöge, daß denen da draußen das Herz und die Seele stark und fest erhalten bleibt? Nichts wird so bitter an der Front empfunden, das geht aus zahlreichen Feldbriefen der letzten Monate nur zu klar hervor, als wenn aus der Heimat statt selbstverständlichen Vertrauens und einträchtigen Gesamtwillens Hader und Streit, Bitterkeit und Zweifel hinausdringen. Nicht daran nimmt man im Felde Anstoß, daß bei uns verschiedene Richtungen und Strömungen um die Oberhand ringen; man weiß dort so gut wie hier, daß Gegensätze unvermeidlich, daß der Kampf der Geister notwendig ist. Aber der Ton und die Methoden, mit denen dieser Kampf so vielfach wieder geführt und leider auch hinausgetragen wird, können nur verstimmend wirken; sie müßten, wenn sie fortgesetzt würden, schließlich an der Nervenkraft des Heeres zehren, die in grausigen Kämpfen und unerhörten Strapazen auf das Äußerste gespannt ist. Darum, wer in Wahrheit etwas von der tiefen und demütigen Dankbarkeit empfindet, die unsere heiligste Pflicht ist, der möge es dem biblischen Patriarchen gleich tun, der so lange als sein Volk in der Schlacht stritt, die Arme emporhielt, weil nur so der Sieg zu sichern war. Es ist auch heute nicht anders. Die Arme und die Herzen aller hoch, in Einmütigkeit und in festem Vertrauen aller zu allen, in gläubiger und dankbarer Hingabe und Zuversicht, das ist die höchste Forderung der zur Entscheidung drängenden Stunde, das ist das Zeichen, in dem wir siegen werden."

Die Bemühungen um Herstellung des inneren Friedens sind denn auch von den verschiedensten Seiten mit aller Wärme aufgenommen worden. Es haben sich sogar neuerdings in Berlin und Köln a. Rh. eigene Ausschüsse für den inneren Frieden gebildet, die zielbewußt in dieser Richtung fortarbeiten wollen; auch an anderen Orten sind solche Ausschüsse im Entstehen begriffen. Aber es läßt sich leider nicht verschweigen, daß ein durchschlagender praktischer Erfolg allen sochen Bestrebungen nicht beschieden gewesen ist. Nicht der innere Friede, sondern der innere Unfriede hat seit Ausgang vorigen Jahres ständig zugenommen, die leidigen Erörterungen über Kriegs- und Friedensziele, über die innere Neugestaltung Deutschlands sind immer gereizter, leidenschaftlicher und erbitterter geworden. Nicht nur um Sachen, sondern auch um Personen — man denke nur an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg — wurde ein immer gehässigere Formen annehmender Kampf geführt. Auch der neue Reichskanzler ist alsbald zu einem Zankapfel zwischen den sich befehdenden Parteien und Richtungen geworden. Den Gipfelpunkt hat der wilde Streit der Parteien seit der Friedensresolution des Reichstags erreicht. Wir vertreten unsererseits die Friedensresolution keineswegs, die unserer Meinung nach nur dann ihren Zweck hätte erreichen können, wenn die Regierung sich mit voller, jeden Zweifel ausschließender Entschiedenheit auf ihren Boden gestellt und diesen Standpunkt unverrückt festgehalten hätte. Aber völlig selbstverständlich müßte es jedem Deutschen sein, daß die Anhänger der Friedensresolution ihre Stellung im besten Glauben, damit dem Vaterlande zu dienen, eingenommen haben. Statt dessen hat die konservative und alldeutsche Presse die Mehrheit des Reichstags mit den bittersten Vorwürfen, die sich bis zu der Anklage des Irrsinns, ja des Vaterlandsverrats steigerten, überhäuft. Gleiche Vorwürfe werden tagaus, tagein gegen alle diejenigen geschleudert, die der päpstlichen Friedensnote und der Wilsonschen Antwort (die bei aller Unver-

Digitized by Google

schämtheit des Tones doch keineswegs ganz im Sinne der Entente gehalten ist) eine gute Seite abzugewinnen suchen. In der „Deutschen Tageszeitung" vom 1. September wird z. B. die Stellungnahme der deutschen Demokratie zu Wilsons Note dahin ausgelegt, daß sie sich auf die Seite des Herrn Wilson selbst stelle. „Die Entente, deren Wortführer Herr Wilson in diesem Falle ist, und die Gruppen der deutschen Mehrheitsparteien marschieren Arm in Arm, um die deutsche Regierung zu zwingen, den Willen der Gegner zu erfüllen." Natürlich werden solche Vorwürfe von der anderen Seite zurückgegeben. Hüben und drüben wird mit den aufreizendsten Beschuldigungen operiert: der Gegner wirke kriegsverlängernd, besorge die Geschäfte der Feinde usw. Höher geht es bald nimmer. Mit Ekel und Widerwillen wendet sich der anständige Teil des deutschen Volkes von einer Kampfesart ab, die vielfach auch die bescheidensten Anforderungen des politischen und sittlichen Anstandes außer Acht läßt. Unsere Parteien mögen sorgen, daß das deutsche Volk den Widerwillen, den es gegen eine von ihnen geduldete niedrige Kampfesweise empfindet, nicht auf sie selbst übertrage!

Von dem neuen Reichskanzler, dem der Ruf größter Tatkraft und freudiger Entschlossenheit voraufging, hatte das deutsche Volk gehofft, daß er dem häßlichen und unwürdigen Streit im Innern, der unsere Nerven, unsere Fähigkeit zum Durchhalten, unsere Siegeschancen mehr schädigt als irgend etwas anderes, ein Ende bereiten werde. „Einigkeit im Inneren — eine kraftvolle Betätigung dieser Einigkeit nach außen", das sollte ja im Grundriß das Programm des Kanzlers Michaelis sein. Fast zwei Monate ist der neue Kanzler bereits im Amte, und er ist seinem Ziele auch nicht um Haaresbreite näher gekommen, im Gegenteil, der Wirrwarr ist größer als je. Ich kann alles das, was Paul Rohrbach im vorigen Hefte über die Notwendigkeit einer „politischen Offensive" gesagt hat, nur unterschreiben, indem ich es auf unsere inneren Verhältnisse ausdehne. Warum unternimmt der Kanzler nicht eine politische Offensive großen Stiles gegen die Wortführer des inneren Parteihaders? Warum statuiert er nicht an denen, die ihre Gegner geflissentlich der niedrigsten Motive zeihen, ein moralisches Exempel? Warum schüttelt er nicht diejenigen, die seine Worte so lange drehen und deuten, bis niemand mehr auf ihn irgend Vertrauen zu setzen vermag, mit zorniger Entschlossenheit ab? Sieht er denn nicht, wie der Hader und der Streit der Parteien, der innere Unfriede gerade darin seine Nahrung findet, daß in der Unklarheit über seine, des Kanzlers, Stellung zu den Kriegs- und Friedenszielen sein Charakterbild zu schwanken beginnt? Muß er nicht selbst fühlen, daß nur Klarheit und Wahrheit, die keine Entstellung duldet, ein großes und sicheres Vertrauen in seine Persönlichkeit und sein Wort, ohne das sich kein Kanzler auf die Dauer zu halten vermag, geben kann? Daß nur eine Persönlichkeit, die ganz rein und eindeutig als ein großer und geschlossener Charakter dasteht, das Volk noch aus seiner schon so weit gediehenen Uneinigkeit emporreißen und es zu kraftvoller Betätigung verjüngter Einigkeit nach außen zusammenzuschließen vermag?

Digitized by Google

Unsererseits vertrauen wir, daß der Reichskanzler Michaelis auch den Rest der Unklarheit, den seine letzten Äußerungen über die Friedensresolution noch zurückgelassen haben, alsbald abschütteln wird. Wenn er in seiner Reichstagsrede vom 19. Juli in die Worte über die Resolution die vielberufene Wendung einflocht „wie ich sie auffasse", wenn er auch sonst die Neigung zeigte, seine Äußerungen zu sehr zu verklausulieren, so haben wir darin wohl nur den Ausfluß einer großen Gewissenhaftigkeit zu sehen, die die Worte nicht vorsichtig genug zu wählen weiß, um nachher nicht einer Abweichung im Handeln bezichtigt zu werden. Seither ist ja der „Sonderausschuß beim Reichskanzler", bestehend aus sieben von den fünf größten Fraktionen des Reichstags delegierten Abgeordneten und ebensoviel Mitgliedern des Bundesrats unter dem Vorsitz des Reichskanzlers selbst gebildet worden. Wie der Kanzler am 24. August im Hauptausschuß mitgeteilt hat, ist die neue Einrichtung vorerst nur als ein Versuch gedacht, aus dessen Praxis man erst lernen wollte, ob die Kommission beizubehalten, wie sie auszugestalten und wie ihre Zuständigkeit zu umgrenzen sei. Nach seiner Auffassung soll die Kommission eins der Mittel sein, um auf dem Wege, nicht überstürzten und radikalen Vorgehens, sondern der Entwicklung in das hineinzukommen, was wir für eine Veränderung und Besserung unseres innerpolitischen Lebens, damit auch für eine Befestigung des inneren Friedens nötig haben. „Bei richtiger Handhabung" erhofft der Kanzler von der Kommission eine wertvolle Befruchtung unserer politischen und vaterländischen Arbeit. Das heißt natürlich, daß der Kanzler, dessen eigenste Sache ja die richtige Handhabung ist, alles aufbieten wird, um den Sonderausschuß zu einer bleibenden Einrichtung im Sinne ständiger enger Fühlung und gedeihlicher gemeinsamer Arbeit zwischen Regierung und Parlament auszugestalten.

In der Öffentlichkeit hat die Niedersetzung des Sonderausschusses nicht überall gute Aufnahme gefunden. Nur aus dem Zentrum und der nationalliberalen Partei heraus, in denen man stets Bedenken gegen die volle Parlamentarisierung gehabt hat, sind zustimmende Äußerungen erfolgt. Die Linksparteien, die deutlich fühlen, daß die Kommission eher von der Parlamentarisierung ab als zu ihr hinführen müsse, haben die Neueinrichtung mit Spott und Hohn aufgenommen; als eine „Versuchsstation" wurde sie in einem großen Blatte bezeichnet. Ging der Linken die Berufung des Ausschusses nicht weit genug, so umgekehrt der Rechten schon viel zu weit. Der konservative Vertreter im Hauptausschuß, Graf Westarp, der sich von seiner Partei dann doch in den neuen Ausschuß delegieren ließ, griff den Reichskanzler am 22. heftig an: es sei durchaus zu tadeln, daß dieser in gemeinsamer Arbeit mit einem Ausschuß aus dem Reichstage an der Antwort auf die Papstnote und an sonstigen diplomatischen Maßnahmen arbeiten wolle; eine solche Tätigkeit des Reichstags überschreite dessen Befugnisse. Es sind dieselben Bedenken, die man auf konservativer Seite auch gegen die Befugnisse des Reichstagsausschusses für das Hilfs-

Digitized by Google

dienstgesetz hatte, wo ja ebenfalls ein Zusammenwirken zwischen Reichstag und Bundesrat vorgesehen war.

Von einem anderen Gesichtspunkt aus hat ein so einsichtiger, außerhalb des Parteigetriebes stehender Politiker wie Hans Delbrück Bedenken gegen den Siebenerausschuß erhoben: „Das Parlament darf nicht ein Arbeiter- und Soldatenrat werden. Ein leitender Minister, der wahrhaft das Vertrauen des Parlaments besitzt, bedarf solcher Mitarbeit in der parlamentarischen Aktion nicht, sondern muß sie sogar ablehnen. Kein englischer Minister würde sie sich gefallen lassen." Den tieferen Grund für die Bildung des Ausschusses sieht Delbrück folglich darin, daß Michaelis sich eben des Vertrauens des Parlaments nicht gewiß gefühlt habe.

Mir scheint, daß Delbrück doch die Beweggründe des Reichskanzlers, der offenbar auf dem Wege des Ausschusses die stetige Berührung und das Vertrauen des Parlaments sucht, und überhaupt die Situation verkennt. Daß der Sonderausschuß sich zu einem Arbeiter- und Soldatenrat nach russischem oder zu einem Wohlfahrtsausschuß nach französischem Muster entwickeln könnte, ist doch wenig wahrscheinlich. Sollten überhaupt Abstimmungen in dem Ausschuß vorgenommen werden, so würden die sieben parlamentarischen Mitglieder auch in dem Falle ihres geschlossenen Zusammenhaltens doch nie die sieben Vertreter des Bundesrats, zu denen als achter noch der Reichskanzler tritt, majorisieren können. Im wesentlichen werden die Beratungen des Ausschusses für die Regierung nur informatorische Bedeutung haben. Nichtsdestoweniger erscheint es uns von großer Wichtigkeit, daß die Regierung, die bisher die wichtigsten Entscheidungen in den Kriegszielfragen über den Kopf der Volksvertretung hinweg traf — man denke nur an die vorzeitige Lösung der Polenfrage, die uns jetzt solche Schmerzen bereitet — jetzt erst eine Aussprache mit einem geschlossenen Kreise maßgebender Parlamentarier sucht. Das muß die Beziehungen zwischen Regierung und Parlament ganz von selbst vertrauensvoller und enger gestalten. Das muß, was nicht weniger wichtig ist, dazu beitragen, daß bei künftigen Entscheidungen von großer Tragweite nicht die Regierungsweisheit allein, sondern zugleich die Stimme des Volkes in die Wagschale fällt. So können wir nur hoffen, daß die neue Einrichtung sich bewähren werde. In der „Deutschen Politik" ist ja oft genug auf die Notwendigkeit eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Regierung und Parlament als eine Vorbedingung für die Gesundung unserer gesamten innerpolitischen Verhältnisse hingewiesen worden. Ich darf auf meine vorahnenden Worte vom 20. April (Nr. 16) hinweisen: „Daß im übrigen die Krone nach den gewaltigen Erfahrungen des Weltkrieges mehr wie je das höchste Gewicht darauf legen wird, ihre Entschließungen im Einklang mit dem Volksempfinden zu halten, daß sie bei der Auswahl ihrer verantwortlichen Ratgeber ihr Augenmerk vor allem auch auf die Volksvertreter richten, und daß sie bei den wichtigsten Entschließungen nicht zuletzt in der auswärtigen Politik sich nach Möglichkeit den Rat der Volks-

Digitized by Google

vertreter und sonstiger Vertrauensmänner des Volkes sichern wird, das scheint uns heute auch ohne besondere gesetzliche Festlegung gesichert zu sein. Die Parole kann heute und für alle Zeit nur lauten: stärkstes und engstes Vertrauen, gemeinsame Arbeit, weitgehende Synthese zwischen Krone, Parlament und Volk."

Damals war es Herr von Bethmann Hollweg, auf den sich unsere Hoffnungen richteten. Heute ist es Herr Dr. Michaelis, der ein Gleiches, ja noch ein Mehreres und Größeres uns leisten soll. Aber freilich hat er mit der Einsetzung des Sonderausschusses und mit der Berufung von Parlamentariern in die Regierung, die nach seinen eigenen Worten ebenfalls dem großen Zwecke eines engern Zusammenarbeitens zwischen der Reichsleitung und den großen Parteien dienen soll, nur erst den Grund für die so dringend geforderte Zusammenarbeit zwischen Krone, Parlament und Volk gelegt. Seine Aufgabe ist es nun, dafür zu sorgen, daß allen Schwierigkeiten zum Trotz dem verheißungsvollen Anfang ein guter Fortgang folge. Bei „richtiger Handhabung" und Leitung der Arbeiten des Sonderausschusses, die natürlich nicht auf einen einzelnen Gegenstand beschränkt bleiben können und dürfen, sondern sich zweckmäßig auf die ständige Erörterung der unser Volk auf das tiefste bewegenden Frage, wie wir zum Frieden gelangen, weiterhin auch auf die Klärung des großen Problems ausdehnen sollten, wie die in der Osterbotschaft verheißene freie und freudige Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes am Staatsganzen in Wirklichkeit umzusetzen ist, kann und muß dieser Ausschuß ein wirkliches Bindeglied zwischen Regierung und Parlament werden. Die ernsteste Überlegung verdient es auch, ob nicht durch weitere Berufung von Parlamentariern zu Staatssekretären ohne Portefeuille bezw. durch Aufhebung des Verfassungsparagraphen, der es heute unmöglich macht, daß Reichstagsabgeordnete zugleich Bundesratsmitglieder sind, auch eine organische Verbindung zwischen Parlament und Regierung herbeizuführen ist. Unter allen Umständen muß es einer der höchsten Gesichtspunkte des Kanzlers sein und bleiben, das Vertrauen zwischen Regierung und Parlament mit allen Mitteln zu festigen. Wir reden hier gewiß nicht einer schwächlichen Nachgiebigkeit gegenüber einem Machtstreben des Reichstags das Wort. Den Parlamentarismus im westmächtlichen Sinne lehnt ja sogar ein Teil unserer Sozialdemokratie ab, weil er ein Ausbeutungssystem von Berufspolitikern und Advokaten wird. Aber der Hetze, die gegen den Reichstag und seine Friedensresolution entfaltet wird, müßte der Kanzler, der doch die Friedensresolution als maßgebend mindestens für die Beantwortung der Friedensnote des Papstes anerkannt hat, unbedingt entgegentreten. Völlig unmöglich erscheint es, daß der Kanzler auch nur entfernt an eine Auflösung des Reichstags denken oder gar darauf hinarbeiten sollte; nichts könnte ja in schreienderem Widerspruch zu seinem Leitsatz vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament stehen. Ein gefährlicheres Experiment ließe sich überhaupt nicht denken; es müßte den inneren Unfrieden nahezu zum inneren Kriege steigern! Und welches

Digitized by Google

Schauspiel würde ein Wahlkampf, der sicherlich alle früheren Wahlkämpfe an wilder Leidenschaft weit hinter sich lassen würde, der staunenden Welt bieten! Eine größere Freude könnten wir unseren Feinden wirklich nicht bieten. Von Stund an würde ihr Entschluß fest stehen, erst einmal den Ausgang des Wahlkampfes und seine zerstörende Rückwirkung auf unsere Nervenkraft abzuwarten, ehe sie irgendeiner Friedensneigung Raum gäben.

Wir meinen, in dieser gespannten Situation könne sich der Kanzler gar nicht oft genug an das deutsche Volk wenden und es mit den eindringlichsten, machtvollsten, beschwörendsten Worten vor dem inneren Unfrieden, der unser stärkster Fehler, unsere größte Schwäche ist, warnen. Er sollte sich in dieser Beziehung nicht scheuen, unsern großen Widersacher Lloyd George zum Vorbild zu nehmen, der keine Gelegenheit vorübergehen läßt, um das englische Volk zur vollsten Einigkeit zu mahnen. Wollte Gott, wir könnten wie Lloyd George in seiner jüngsten Liverpooler Rede sagen: „Unter uns herrscht Frieden! Wir haben alle Rassen-, Glaubens-, politischen und persönlichen Gegensätze fallen gelassen bei der Verfolgung des Zieles, wofür die Völker so grimmige Opfer bringen. Es gibt törichte und mißtrauische Leute, und einige von ihnen glauben, daß sie an nationalen Zielen nicht mitarbeiten sollten mit Leuten, die mit ihnen in anderen Fragen nicht übereinstimmen, weil sie dadurch gegen ihre Grundsätze verstoßen. Leute, die so denken und reden, entbehren jedes Nationalgefühls.“ Ach, es scheint, bei uns gibt es nicht nur einige solche Leute, sondern viele gar zu viele. Möge der Kanzler sie vor dem ganzen Volk an den Pranger stellen! Möge er dem deutschen Volk mit aller Kraft seiner energischen und entschlossenen Natur die einfache Wahrheit einhämmern, ja einhämmern, daß innerer Unfriede niemals zu äußerem Siege führen kann. Von oben her ist bis jetzt viel zu wenig in dieser Beziehung geschehen; es kann aber gar nicht genug geschehen! Der Reichskanzler hat einmal gesagt, daß er sich die Führung nicht aus der Hand nehmen lassen werde. Wir wünschen mehr von ihm: daß er in Tat und Wahrheit ein Führer des deutschen Volkes sein möge. Ja, Kanzler, führe uns vor allem den Weg des inneren Friedens, es wird zur Einheit und Einigkeit auch der des Sieges sein!

Demokratische Pflicht

Von H. Peus, M. d. R., Dessau

Demokratie, die einen verfluchen sie, die anderen beten sie an, beide mit dem guten Gewissen, dadurch die Wohlfahrt nicht nur ihrer selbst, sondern der Gesamtheit zu sichern. Da müssen Mißverständnisse unterlaufen, nach deren Behebung sich die heute schroff gegenüberstehenden Meinungen erheblich nähern können. Man muß die Besorgnis hegen, daß sowohl Freunde wie Feinde der Demokratie von dem, worauf es bei ihr eigentlich ankommt, noch keinen richtigen Begriff haben. Die Men-

Digitized by Google

schen haben die Gedanken ihrer Interessen. Das ist richtig verstanden ein wahres Wort, aber es besagt nicht, daß Unversöhnlichkeit der Interessen auch zur Unversöhnlichkeit der Auffassungen führen müsse. Es gibt auch für entgegenstehende Interessen einen Ausgleich, und höhere wie tiefere Einsicht kann die unmittelbar aus oberflächlicher Erfahrung fließenden, insbesondere vom täuschenden Gefühl eingegebenen Meinungen berichtigen. Darum ist es gefährlich, den Satz vom Sein, das das Bewußtsein bestimmt, so oberflächlich aufzufassen, als ob wir Menschen in unserm Denken die reinen Sklaven unserer Verhältnisse wären. Wir dürfen vielmehr das Vertrauen hegen, daß unser Denken, wenn es nur angestrengt sein Ziel verfolgt, uns zum Herrn über unser Sein machen kann.

Demokratie ist wie seine Verdeutschung „Volksherrschaft" ein offenbar schlecht gewähltes Wort. Wen soll das Volk beherrschen? Sich selbst? So weit das einen Sinn haben könnte, seine Leidenschaften im Zügel zu haben, ist es nicht gemeint. Gemeint ist das Gegenteil von Herrschaft überhaupt, gemeint das Gegenteil derjenigen Herrschaft, die der Demokratie vorangeht, gemeint ist, daß das Volk nicht in Gehorsam gegen Befehle ihm übergeordneter Mächtiger lebt, sondern daß es in Freiheit lebt nach seinem eigenen Willen. Demokratie soll also die Herrschaft überhaupt aufheben und das Volk seinem eigenen Willen unterwerfen, d. h. in Wahrheit von jeder Unterdrückung frei machen. Dabei ist dieser eigene Wille des Volkes so gedacht, daß er möglichst den Willen aller Einzelnen im Volke miterfaßt und daß auch der letzte im Volke seinen Willen mit dem Gesamtwillen in Einklang bringe und den Gesamtwillen durch seinen eigenen Willen mit beeinflusse, ihn mitbilden helfe.

Hier tritt nun freilich eine große Schwierigkeit auf. Die Aktivität des Einzelnen wird dadurch sehr lahmgelegt, daß, um in einem Volke den Gesamtwillen zu konstruieren, das *Wählen* platzgreifen muß, durch das der Wille Vieler auf einen, den Gewählten, übertragen wird, um dann durch Beratung und Beschlußfassung unter einer zu Verhandlung fähigen Zahl von *Volksvertretern* den Willen des Volkes festzustellen.

Viele meinen, die Demokratie sei garantiert durch ein möglichst *radikales Wahlrecht*. Das ist ein verhängnisvoller Irrtum. Daß kein Mißverständnis entstehe, der Ton liegt für gewöhnlich auf dem Eigenschaftswort „radikal". Wenn wir aber meinen, eben das *Wahlrecht* verwirkliche durch sich selber das Wesen der Demokratie, so ist das ein psychologischer Irrtum, der dadurch entsteht, daß das Volk mit Recht einen Fortschritt zur Freiheit darin erblickt, daß an Stelle von ihm *angeborenen* Herren von ihm selber *gewählte* treten, während es doch aber auch nicht vergessen darf, daß *auch gewählte* Herren Tyrannen, gefährliche Herren sein können. Man sehe nach Frankreich, England und Amerika! Erst da beginnt ein echt demokratisches Gefühl, wo das Wählen nicht nur als ein heiliges, hochzuschätzendes Recht empfunden wird, sondern auch als eine *leider* nicht zu vermeidende Notwendigkeit. Der fängt erst an,

Digitized by Google

Demokrat im besten Sinne zu sein, der nicht nur stolz darauf ist, wählen zu dürfen, sondern dem es leid tut, wählen zu müssen, der es bedauert, daß er nicht alles das selber machen kann, was er, wenn er wählt, vom Gewählten tun lassen muß. Demokratie ist Selbstregierung und Selbstverwaltung, sie unterstellt die Aktivierung der Kräfte aller Einzelnen für das Gemeinwohl. Da wäre das demokratische Empfinden am stärksten, wo das Bedauern, leider wählen zu müssen, am lebhaftesten empfunden würde. Bekanntlich entwickelt sich aber gerade durch das Wählen eine Verantwortungsflucht, die dem Begriff der Selbstregierung und Selbstverwaltung direkt widerspricht. Diese letztere fordert, daß jeder Staatsbürger für das Ganze mittätig ist, so sehr sich das nur irgend ermöglichen läßt. Von diesem Gesichtspunkte aus ist das wählen müssen ein bedauerliches Übel, weil es die Übertragung einer Willensmacht bedeutet, die man besser selber ausübte. Dieser Sachlage sind sich aber die wenigsten bewußt. Die meisten Menschen empfinden ihr Wahlrecht nur als ein Recht, dessen Ausübung ihr besonderer Stolz ist. Und die Wahl selber erzeugt leider die Neigung, zu meinen, nun brauche man selber nichts mehr zu tun, nun habe man einen Packesel, dem man alles aufbürden dürfe, dem man das alles abverlangen könne, was man eigentlich in erster Linie selber zu tun hätte. Man kann das in jedem Verein beobachten. Die Mitglieder wählen einen Vorstand. Statt in ihm nur ein Hilfsorgan zu erblicken, der berufen sei, ihre eigne Aktion zu möglichst hoher Wirksamkeit zu bringen, aber nicht im mindesten berufen sei, ihnen Arbeit abzunehmen, glauben die Vereinsmitglieder zumeist, nun hätten sie welche, die das Nötige zu besorgen berufen wären, sie selber aber seien nach erfolgter Wahl der Pflichten, die der Zweck des Vereins an sich setzt, los und ledig. In Wahrheit entspringt dies Verhalten ja auch zumeist der Tatsache, daß der Vereinszweck zunächst nur in den Köpfen und Herzen der Wenigen lebt, die hernach Vorstandsmitglieder werden, während die Mitglieder erst allmählich für die Zwecke des Vereins geworben werden.

So liegt's auch im Staate. Das Bewußtsein vom Staatszweck lebt nur erst in wenigen Köpfen, und die Wähler sind noch mehr Mittel in der Hand der Gewählten oder richtiger der zu Wählenden, als umgekehrt die Gewählten von den Wählern als ihre Organe empfunden werden. Und diese Tatsache ist's, die die Feinde der Demokratie schreckt. Sie fürchten, daß sich statt der Demokratie eine Demagogie entwickle, eine Tyrannis der Gewählten, und meinen, mit ihr sei für das Gemeinwohl keine Besserung gegenüber der Herrschaft der durch die tatsächlichen Verhältnisse Mächtigen geschaffen. Hier gibt es aber zweierlei zu erkennen: Die Demagogie ist eine Macht, mit deren Unausrottbarkeit so lange zu rechnen ist, als eine wahre Demokratie noch nicht besteht. Das einzige Mittel gegen Demagogie ist Demokratie, ist die Erzeugung jenes Geistes, der von allen Gliedern im Volke auch vom letzten im Volke bewußte Mitarbeit am Gemeinwohl fordert. Es muß daher die Demokratie in dem Sinne gepredigt werden, daß sie eine Erweiterung der Rechte, noch mehr aber eine

Digitized by Google

Erweiterung der Pflichten fordert. Die Demokratie hat zu verlangen, daß an die Stelle eines engen Egoismus, der nur an sich selber denkt, umfassender Gemeinsinn trete, der vom Ganzen zwar auch zu fordern habe, noch mehr aber für das Ganze sich verantwortlich fühle. Die von der Demokratie zu fordernde Selbsttätigkeit des Einzelnen muß im Mittelpunkt des ganzen Denkens und Fühlens stehen mit der alleinigen Einschränkung, daß es sich gleichzeitig in die Bedürfnisse des Ganzen einordnen muß.

Von dieser Stimmung und Gesinnung sind wir noch weit entfernt. Unser Volk ist noch stark behördensüchtig. Auch die meisten von denen, die sich schon Sozialdemokraten nennen, sie sind Sozialisten und Demokraten, weil sie das sozialdemokratische Programm anerkennen, aber von sozialistischer Gesinnung und wahrhaft demokratischem Empfinden ist bei ihnen noch wenig die Rede. Bei den Nicht-Sozialdemokraten steht es diesbezüglich noch schlimmer, aber das ist keine Entschuldigung für jene, die ihrem Programm nach von jener gemeinnützigen Stimmung und demokratischen Empfindung erfüllt sein müßten, weil nur dann wirkliche Demokratie möglich ist.

Man beachte, mit welchem Nimbus bisher Volksvertreter umgeben wurden. Die Behördensucht, das Autoritätsbedürfnis des Volkes drückt sich darin ganz deutlich aus. Man muß jemanden nur zum Abgeordneten wählen, und sofort erscheint er in den Augen vieler als ein viel klügerer und urteilsvollerer Mensch als vorher. Insbesondere sieht man ihn auch als einen Machtfaktor an, der gegen die Regierung und die Bureaukratie in Aktion gesetzt werden kann. Die letzteren empfindet man als feindliche Mächte, gegen die unter der Führung der Abgeordneten ein Kampf geführt werden müsse. In Frankreich, dem Lande formell durchgeführter Parlamentsdemokratie, fand ich vor dem Kriege in syndikalistischen Arbeiterkreisen umgekehrt eine Verachtung der Abgeordneten als „Volksverräter", die ihr Amt nur ausnützten, um sich selber und einer sie umgebenden Clique allerlei Vorteile auf Kosten der Gesamtheit zu verschaffen. Und in der Tat, wenn es in Frankreich möglich ist, wie mir versichert wurde, daß bei der Wahl ein Kandidat sich in einem Flugblatt öffentlich darauf berufen darf, daß er in einer Legislaturperiode so und soviel Hunderte oder Tausende Briefe im Interesse einzelner Wähler an Behörden geschrieben hat, so stellt das eine Korruption der Demokratie dar, die notwendigerweise zu einer Verachtung demokratischer Staatsformen führen muß, wenn das Heilmittel gegen diese Verderbnis nicht gefunden wird.

Damit kommen wir wieder auf einen Kernpunkt der ganzen Frage der Demokratie. Zumal jetzt im Kriege kann man die Beobachtung in besonders verstärktem Maße machen, daß der Abgeordnete vom Volke noch viel weniger als Gesetzgeber als vielmehr als Beschwerdeinstanz empfunden wird. Findet ein Bürger, daß irgend etwas nicht in Ordnung ist, dann wendet er sich nicht selber an die gesetzlich

Digitized by Google

geordnete höhere Instanz, sondern er schreibt an einen Abgeordneten, der die Sache in Ordnung bringen soll. Dabei nennt der Beschwerdeführer oft genug nicht seinen Namen, oder wenn er ihn nennt, so bittet er, ihn ums Himmels willen zu verschweigen. Es gibt Leute und selbst Abgeordnete, die da meinen, in *solcher* Aktion betätige sich das Grundwesen der Demokratie. Die Wahrheit ist, daß das die reine Farce der Demokratie darstellt. Bei echt demokratischem Empfinden hält der Staatsbürger, der da findet, daß etwas nicht in Ordnung sei, sich für berufen und verpflichtet, selber für Abstellung des Fehlers oder Mißstandes zu sorgen, sich an die zuständige Behörde zu wenden, die er als *seine* Behörde empfindet, die ihm nicht feindlich gegenüberstehe, die er vielmehr als sein eigenes Hilfsorgan betrachtet. Dieser echt demokratische Geist fehlt im Volke noch außerordentlich. Die Zaghaftigkeit, um nicht zu sagen die Feigheit, und die Unbeholfenheit, die noch gar nicht die Kraft in sich fühlt, selber für Abstellung eines Mißstandes tätig, unmittelbar aktiv zu sein, spielen noch eine große Rolle. Da steckt ein Hauptfehler für mangelnde Demokratie. Man wird sagen, wirtschaftliche Abhängigkeit mache solchen demokratischen Geist nicht möglich. Ich kann das nicht anerkennen. Auch bei Abhängigkeitsverhältnissen, wie sie heute bestehen, ist bei rechter Erziehung unendlich viel möglich. Auf diese Erziehung kommt es freilich an, ohne sie ist Besserung nicht möglich, man muß aber auch, um etwas erreichen zu können, an die Macht der Erziehung glauben. Kein Mensch meint, eine kompliziertere Maschine aus vielen hundert Eisenteilen könne ein ungelernter Arbeiter aufbauen und bedienen, jedermann ist überzeugt, daß, um in einer Druckerei ein schönes Druckwerk erzielen zu können, nicht nur eine gute Maschine, sondern auch ein geschickter und auf sorgfältige Arbeit bedachter Drucker notwendig ist. Die gesellschaftliche und staatliche Ordnung ist aber mit ihren verwickelten psychologischen Kräften ein so komplizierter Apparat, wie auch die feinste Maschine aus Eisen und Stahl es nicht sein kann. Um wieviel mehr tut da die Erziehung der Menschen not, die sie zu bedienen berufen sind, und welche große Erzieherarbeit wird notwendig, wenn grundsätzlich jeder Staatsbürger in die Maschine mit Erfolg regulierend soll eingreifen können!

Es liegt auf der Hand, wie nützlich diese echt demokratische Erzieherarbeit überall sofort einsetzen kann. Ein Soldat schreibt mir, von den Nahrungsmitteln, die für sie bestimmt seien, verkrümele sich ein ganzer Teil auf dem Wege von oben bis unten. Ich als Abgeordneter soll dafür sorgen, daß das anders wird. Ich soll den Kriegsminister dagegen in Aktion setzen. Wie soll ich das machen? Ob die gemeldeten Tatsachen stimmen, kann ich nicht feststellen. Und der Kriegsminister kann auch nichts anderes tun, als ein Aktenbündel herstellen lassen, für dessen Tatsachen-Richtigkeit er sich auch kaum wird verbürgen wollen. Jede angegangene Instanz wird Wert darauf legen, ihren Anteil an der Untersuchung *formell* einwandfrei geleistet zu haben. Auf diese Weise ist nicht vorwärts zu kommen. Die Einfügung des Abgeordneten als Be-

Digitized by Google

schwerdeinstanz erzeugt im wesentlichen nur ein Stück Bureaukratie, und kaum ein besonders gutes. Es ist richtig, die Volksvertreter sind auch dazu da, die Verwaltung zu kontrollieren, nicht aber, um in den einzelnen Fall regulierend einzugreifen, sondern um Anregung zur Verbesserung der Gesetzgebung zu erhalten. Im einzelnen Fall ist die Demokratie am stärksten entwickelt, je mehr die einzelnen Betroffenen selber die Sache so zu regulieren suchen, daß nicht nur sie selber, sondern auch das Ganze dabei am besten fahre. Ein Freund von mir, ein bekannter bedeutender Forscher, der eine Zeitlang an der Spitze einer in ganz Deutschland verbreiteten Organisation stand, sagte mir einmal, er habe sich als solcher als der „junge Mann" vieler gefühlt, die irgendwelche Beeinträchtigung ihrer Rechte nun durch ihn abwehren zu lassen bemüht waren, statt das selber zu besorgen. Hier ist der wahre Mangel nicht der Demokratie, sondern an Demokratie. Tu dein Ding selbst! Das muß jedem, der Demokrat sein will, zugerufen werden. Viele „echte Demokraten" werden ob solcher Aufforderung höchst überrascht sein, sie haben in ihrem ganzen Leben noch nicht daran gedacht, daß Demokratie nicht nur Rechte gibt, sondern auch, und dies erst recht, Pflichten auferlegt. Um so mehr tut es not, daß darüber Aufklärung geboten wird.

Je mehr wir noch über Mißstände in Staat und Gesellschaft zu klagen haben, um so sicherer dürfen wir sagen, daß eben dieser Mangel an demokratischem Geiste daran schuld sei. Kein noch so tüchtiger Verwaltungschef kann allein seine Verwaltung und all ihre Wirkungen günstig gestalten, wenn ihm der Geist der Gemeinnützigkeit und das Gefühl der Verantwortlichkeit von unten und aus dem ganzen Volke nicht entgegenkommt.

Nun möchte ich die Feinde der Demokratie fragen: Was könnt ihr gegen diesen Geist der Demokratie, wie ich ihn fordere, einwenden? Müßt ihr nicht zugeben, daß solche demokratische Kultur der Gemeinnützigkeit und des Gefühls, für das Gedeihen des Ganzen verantwortlich zu sein, geradezu wunderbare Wirkungen für die Wohlfahrt des Ganzen haben muß? Ihr meint, das sei Utopisterei? Ihr glaubt, solch ein ideales Menschenvolk, wie ich es fordere, sei unmöglich, und man müsse mit den Menschen rechnen, wie sie sind, und nicht, wie wir sie uns wünschten? Das wäre jedoch ein trostloser Standpunkt. Ihr könnt eure Welt der angeborenen oder durch gegebene Machtverhältnisse geschaffenen Autorität nicht aufrecht erhalten. Ihr werdet der Demagogie euch nicht erwehren können. Ihr müßt selber Demagogen werden, um durch noch größere Demagogie einer schwächeren Herr zu werden. Ist das eine erfreuliche Arbeit, ist das ein trostvoller Zustand, kann das auch nur eine Spur von Begeisterung auslösen?

Ich meine, wir tun besser daran, die Gefahren der Demagogie durch echte Demokratie zu bannen, einen Zustand zu erstreben, in welchem jeder Staatsbürger verantwortungsvoll, unter dem gleichen Recht, aber auch mit dem Gefühl der Verpflichtung zu gemeinnütziger Aktion am Wohle des Ganzen mitwirkt.

Digitized by Google

Es ist natürlich, daß ich mit meinen obigen Ausführungen nicht um Haaresbreite von allen demokratischen Forderungen, die die Selbstregierung des Volkes erst ermöglichen, abweiche. Ich kann den Feinden der Demokratie darin kein Zugeständnis machen, alle Kräfte im Volke müssen in zusammenlaufender Energie für das Gemeinwohl entfaltet werden. Aber den Autokraten und Machtanbeter möchte ich doch sehen, der der Öffentlichkeit mit Erfolg nachweisen könnte, daß die von mir geforderte Demokratie jemals schädlich zu wirken imstande wäre.

Die Zukunft Elsaß-Lothringens

Von Georg Wolf, Mitglied des Landtags, Straßburg

Auf die ernste Frage, die wir in dieser Zeitschrift erörtern möchten, gibt es eine kurze Antwort: Über die Zukunft Elsaß-Lothringens wird auf den Schlachtfeldern entschieden. Das Land fällt dem jeweiligen Sieger als Beute zu. So war es 1871, so ist es jetzt wieder: wir stehen unter dem tragischen Gesetz der Geschichte, „ein Stück Beute zu bedeuten", umstrittenes Grenzland zu sein. Als die Departements, die das frühere Elsaß und Deutsch-Lothringen umfaßten, im Frankfurter Frieden von dem besiegten Frankreich an das siegreiche Deutsche Reich abgetreten wurden, weinte das alte Vaterland um die verlorenen Provinzen, während das neue den wiedergewonnenen Brüdern zujubelte. Das abgetretene Volk selbst aber stand mit seinem Herzen auf seiten Frankreichs, dem es in der mit der Revolution einsetzenden neuen Geschichtsperiode innerlich vollständig gewonnen worden war, und durchlebte einen schweren Konflikt, von dem kein deutscher Stamm unserer Tage erzählen kann. Denn es bedurfte eines völligen Umdenkens und einer neuen geschichtlichen Einstellung, dem das innere Recht der deutschen Auffassung, die alte deutsche Lande dem neugeschaffenen Deutschen Reich als Morgengabe zuführen zu müssen glaubte, zu würdigen, die Theorie von den wiedergewonnenen Brüdern zu verstehen und sich langsam in den neuen, allem Anschein nach auf Dauer berechneten, Verhältnissen zurechtzufinden. Wenn ein Volk, das solches erleidet, sich wieder zurechtfinden soll, „dann braucht es viel Geduld und einen langen Frieden", meint mit Recht Hans Karl Abel am Schlusse seines Volksromans „Die elsässische Tragödie"[1], in der die Entwickelung von der Revolution bis zur Zeit kurz vor dem Weltkrieg mit epischer Meisterschaft und feinster Psychologie vor uns entrollt wird. Die Geduld war nicht immer vorhanden und der Friede hat nicht lange genug gewährt.

Was darum an unliebsamen Erscheinungen nach dem Kriegsausbruch zutage getreten ist, bis sie zum offenen Landesverrat und die öffentliche Meinung Altdeutschlands über Gebühr gegen die Elsaß-Lothringer in Harnisch gebracht hat, will aus den

[1] Meyer & Jessen, Berlin 1911.

Digitized by Google

eben angedeuteten geschichtlich-psychologischen Zusammenhängen heraus begriffen werden. In gewissen Kreisen waren die verwandtschaftlichen Beziehungen nach Frankreich hin noch so zahlreich und mannigfaltig, daß ein Krieg mit Frankreich eine Belastungsprobe darstellte, von der man sich im Reich keine ernste Vorstellung machte, und zu inneren Konflikten führte, die nicht jeder pflichtmäßig zu überwinden die Kraft hatte. Es war tief in unserer seelischen Gesamtstimmung begründet, daß wir von den ersten Anfängen positiv-politischer Betätigung an auf die Herstellung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, dem Vaterland der Söhne und dem Vaterland der Väter drangen. Auch das anfechtbare Brückenideal, wonach auf elsässischem Boden der Ausgleich germanischer und romanischer Kultur sich vollziehen und darum von den Bewohnern Zweisprachigkeit und Doppelkultur gepflegt werden sollte, will aus der Übergangszeit heraus verstanden sein, wo man vor klaren Scheidungen und Entscheidungen zurückwich und durch einen zum Teil auf Selbsttäuschung beruhenden Kompromiß das nationale Problem zu lösen suchte.

Die Halbheit dieses Versuches war dem Teil unseres Volkes, der sich dem Einfluß der deutschen Kultur vorbehaltslos unterstellt hatte und von hier aus die deutsche Art unseres Stammes neu erkannt und die deutsche Sprache als ihr untrügliches Kennzeichen mit neuer Liebe umfaßt hatte, schon vor dem Kriegsausbruch klar geworden. Ein entschiedenes Bekenntnis zum Deutschtum, bei scharfer Betonung unserer berechtigten Eigenart und verständnisvoller Würdigung der französischen Kultur und ihrer Schöpfungen in der französischen Vergangenheit des Landes, wurde als Forderung der Zeit verkündigt, der Heimatsgedanke müsse seine Weihe und Stütze im größeren Vaterlandsgedanken finden, das neue Elsaß sich als deutsches Elsaß fühlen lernen. Der Krieg mit seinem scharfen Entweder—Oder, der vielen die Tragik aller Halbheit schmerzlichst zum Bewußtsein brachte, hat allem Schwanken und Vermittelnwollen ein Ende gemacht. Zur Verteidigung von Heimat und Vaterland sind unsere Söhne und Brüder hinausgezogen, sie werden erfüllt vom deutschen Vaterlandsgedanken zurückkehren: Das erste, große gemeinsame Geschichtserlebnis, das Elsaß-Lothringen und das Reich in einer Front kämpfend und blutend vor gemeinsame Feinde gestellt hat, kann und wird jene geistige Gemeinsamkeit schaffen, ohne die das erhebende und verbindende gleiche Nationalbewußtsein organisch nicht erwachsen konnte. So kann der Krieg ein Segen werden für unser Land. Nur muß dazu während des Krieges alles aus dem Wege geräumt werden, was sich bisher dem vollen und rückhaltlosen Anschluß an das Deutschtum hindernd entgegengestellt hat.

Damit stehen wir vor dem Kernpunkt dieser politischen Untersuchung. Dazu bedarf der zu Eingang erwähnte Abelsche Satz einer Ergänzung: Ein Volk, das sich gegen seinen Willen in ein neues Staatsganzes hineingestellt, zurechtfinden soll, braucht vor allem eine richtige Behandlung. Von ihr hängt es ab, ob sich die Übergangszeit über Generationen erstreckt oder rascher verläuft, ob sie sich in ruhig aufsteigender

Digitized by Google

Linie bewegt oder unter stürmischen Krisen in Wellenlinien verläuft und der Zielstrebigkeit ermangelt. Und da müssen wir leider sagen: Die richtige Behandlung hat je länger, je mehr gefehlt. Politisch hat das Reich mit der Behandlung des Reichslands kein Meisterstück geleistet.

Wir sind rückschauend heute vielfach geneigt, die Schöpfung des Reichslands an sich als den Grundfehler zu bezeichnen, auf dem sich alles weitere von selbst ergeben mußte. Daß es eine Verlegenheitslösung war, der erst nachträglich ein nationales Mäntelchen umgehängt wurde, dürfte zugestanden werden. Die von dem Einheitsstaate Frankreich losgelösten Teile, die weder völkisch noch staatlich je eine Einheit gebildet hatten, hätten sich wahrscheinlich bei Angliederung an einen großen Staat ähnlicher Art rascher beruhigt und glücklicher gefühlt, als dies durch Stellung unter die Kuratel des Reichs der Fall sein konnte. Ob Preußen, das fast allein in Betracht kommen konnte, allerdings der ihm dadurch gestellten Aufgabe gewachsen gewesen wäre, ist fraglich. Denn die antidemokratische Regierungsmethoden des Preußen, das erst im Weltkrieg das Volk als solches mündig zu sprechen beginnt, hätten bei ihrer Anwendung auf die demokratisch gerichteten Elsässer doch wohl zu erheblichen Reibungen und Hemmungen geführt und der Kontrast der beiderseitigen politischen Atmosphären zu schweren Gewitterbildungen Anlaß gegeben. Es ist aber müßig, diesen Gedanken weiter zu verfolgen, denn heute läßt sich dieser Weg nicht mehr beschreiten, nachdem das Reich durch über vierzig Jahre hindurch den Elsaß-Lothringern die bundesstaatliche Form als Endziel ihrer staatsrechtlichen Entwickelung verkündet hat.

So war denn von Anfang an, noch ehe der vom Reichskanzleramt in Berlin aus verwalteten Reichsprovinz irgendwelche Rechte eingeräumt waren, der Gedanke der Autonomie die beherrschende Idee des politischen Strebens. Er überwand den Protestgedanken, der die naturgemäße erste Reaktion des annektierten Landes darstellte, und ward gemeinsames Gut der zunächst mehr nach territorialen Gesichtspunkten sich bildenden Gruppen im alten Landesausschuß (seit 1879), wie der politischen Parteien, die um die Jahrhundertwende auf den Plan traten und in der Zweiten Kammer (seit 1911) ausschlaggebend waren. Keine Regierung hat jemals Recht und Logik der Forderung bestritten, wohl aber ist vom Jahre 1879 ab allzulange nichts geschehen, um sie der Verwirklichung näher zu führen. Der entscheidende Fehler in der Behandlung des Landes bestand darin, daß man die Verfassung von 1879, die nur ein Provisorium sein konnte und wollte, aus Furcht vor dem entscheidenden letzten Schritt, der Erhebung des Reichslandes zum Bundesstaat, über 30 Jahre unangetastet ließ. In den Kämpfen um ihre Fortbildung verpuffte die beste Kraft der politischen Bewegung, die positive Arbeit kam darüber zu kurz. Die jüngere Generation verlor die Geduld, und Frankreichs Agitation unter kulturpolitischer Flagge fand neuen günstigen Boden. Das in der nationalistischen Bewegung zutage tretende

Digitized by Google

Selbstgefühl geriet auf Irrwege, weil die Regierung die normalen Wege versperrte, auf denen sie sich hätte ausleben und in positive Arbeit für das Volksganze umsetzen können. Der erste Augenblick zur Mündigkeitserklärung des bisher vom Reich aus bevormundeten Volkes wurde verpaßt. Diese Unterlassung ist durch die Reform von 1911 nicht mehr gut gemacht worden, so hoch der gute Wille und die staatsmännische Einsicht der Staatsmänner eingeschätzt werden müssen, die diese Reform durchgesetzt haben. Als vollends Graf v. Wedel, der erste Statthalter, der Herz und Verständnis für unsere innere Lage gehabt hat, infolge eines Konflikts zwischen Militär- und Zivilgewalt mit samt seinem Ministerium seine Entlassung nahm, war die letzte Möglichkeit, die Entwickelung in die rechten Bahnen zu leiten, dahin. Die Verhältnisse wurden von Jahr zu Jahr unerquicklicher und hätte über kurz oder lang zum Konflikt geführt, wenn nicht plötzlich der Krieg ausgebrochen wäre und eine völlig neue Lage geschaffen hätte.

Sucht man die Spannung zwischen Regierung und Volk, die schließlich die Lage in den letzten Jahren kennzeichnete, auf eine Formel zu bringen, so ist es nichts anderes als der Gegensatz zwischen autoritärer und demokratischer Staatsauffassung, durch den sie hervorgerufen worden ist und mit psychologischer Notwendigkeit hervorgerufen werden mußte. Mit den Methoden des Obrigkeitsstaates läßt sich eben ein demokratisch empfindendes Volk auf die Dauer nicht regieren, jedenfalls nicht innerlich umwandeln und für ein neues nationales Ideal gewinnen. Unser auf den Volksstaat hindrängendes politisches Fühlen konnte sich mit dem Zustande einfach nicht abfinden. Daß die leitenden Persönlichkeiten, die die Regierungsmacht verkörpern, ihm ohne sein Zutun, ohne jede Form geordneter Mitwirkung der Volksvertretung, nach ihm schlechterdings unerkennbaren Grundsätzen von Berlin her gesetzt wurden, daß ihre Ernennung wie ihre Abberufung jeweils wie Überraschungen wirkten, die um so peinlicher waren, als es an jeder Fühlung zwischen Volk und dem Organ des Reichs, das mit der Ausübung der Staatsgewalt betraut war, fehlte. So dürfte das Unbehagen sich erklären, das die politische Atmosphäre im letzten Jahrzehnt erfülle und keine Freude am politischen Betrieb mehr aufkommen ließ.

Dieses Versagen des Reichs hatte aber nicht nur innerpolitische Folgen für Elsaß-Lothringen, sondern auch Wirkungen nach außen, die unsere Diplomatie anscheinend übersah, weil elsaß-lothringische Fragen streng formal als innerdeutsche Angelegenheiten betrachtet wurden. Auch wir haben uns allezeit auf diesen Standpunkt gestellt, der Frankfurter Frieden war für uns die unbestrittene Grundlage unseres politischen Tuns. Aber wir haben oft warnend betont, daß diese Dinge in Frankreich und in der unter seinem Einfluß stehenden Mächtegruppe anders betrachtet werden daß die Entwicklung der Dinge bei uns aufmerksam draußen verfolgt wird und jeder Fall im Reichsland, jede Erörterung elsaß-lothringischer Fragen im Reichstag ein Echo weckt, das je nachdem eine Wiederaufrollung des Prozesses von 1871 näher

Digitized by Google

legt oder ferner rückt. Unter außerpolitischem Gesichtspunkt hätte auf eine möglichste Befriedigung begründeter elsaß-lothringischer Wünsche gedrungen, auf eine möglichste Befriedigung des dem Reich angegliederten Landes durch organische Eingliederung bei weitgehender Selbstverwaltung größter Wert gelegt werden müssen. Wie sagt doch Hermann Stegemann, der scharfsinnige Beobachter unserer Verhältnisse, in seiner Vorgeschichte des Krieges? „Solange die politischen Rechte der Elsaß-Lothringer geringer waren als die der französischen Staatsbürger, und Elsaß-Lothringen nicht als neues, ebenbürtiges Glied in die Reihe der deutschen Bundesstaaten aufgenommen wäre, fühlten sich die Franzosen in gewissem Sinne verantwortlich für das Wohlergehen der beiden Lande und die Elsaß-Lothringer sich stark von dem älteren bürgerlichen Staatswesen und seinem republikanischen Staatsideal angezogen."

„Um Elsaß-Lothringens willen" ist der Krieg mit ausgebrochen, und unsere Gegner stehen geschlossen hinter dem französischen Kriegsziel, der „Wiedergewinnung" Elsaß-Lothringens. Ob eine andere Behandlung dieser deutschen Lande diese Geschlossenheit nicht doch hätte in Frage stellen können? Auf jeden Fall wird die Ausnahmestellung Elsaß-Lothringens ein ernstes Friedenshindernis sein und wird der Reichskanzler klug daran tun, mit ihr entschlossen und gänzlich aufzuräumen, um dem Frieden näher zu kommen. Es geht nicht mehr an, einen Rechtszustand bestehen zu lassen, den Paul Laband also umschreibt: „Das Reich hat kraft des Frankfurter Friedens die souveräne Gewalt über die drei von Frankreich abgetretenen Bezirke und kann über dieselben verfügen, wie es seinem Interesse und dem des Reichslands am besten entspricht."

Wir haben gesehen, wie weit man mit dieser souveränenen Nichtachtung der seelischen Faktoren gekommen ist. Leider haben wir selbst den größten Schaden von dieser falschen Politik, zumal der Krieg die Verhältnisse im Lande selbst keineswegs gebessert hat, und darum das allergrößte Interesse, daß eine Umkehr baldigst erfolgt. Wir glauben an den Sieg der deutschen Waffen, für den die Elsaß-Lothringer mit kämpfen und bluten, und in diesem Sinne besteht für uns kein Zweifel, daß wir nicht der Weltkoalition zur Beute fallen und abermals eine nationale Katastrophe, schlimmer als die von 1871, über uns hereinbricht. Aber wir wünschen im Innersten unseres Herzens, um unseres deutschen Vaterlandes willen. daß der Sieg nicht nur als ein Sieg der Macht, sondern auch als ein Sieg des Rechts anerkannt werde, und durch eine vor Friedensschluß erfolgende weitherzige und vertrauensvolle Regelung unserer staatsrechtlichen Verhältnisse der Entente der moralische Scheingrund entwunden werde, mit dem sie auf Elsaß-Lothringen Anspruch erhebt, und damit der Vorwand genommen, den Krieg noch weiterhin in die Länge zu ziehen. Wir haben mit der irregeleiteten öffentlichen Meinung der Welt bezüglich Elsaß-Lothringens zu rechnen, die leise sogar in der Friedensnote des Papstes anklingt, und ihre Entwaffnung in diesem Punkt kommt auch einer gewonnenen Schlacht gleich!

Digitized by Google

So gebe man dem Lande den Weg frei zum Bundesstaat und erkläre sich bereit, mit dem Landtag von Elsaß-Lothringen über die Form des neuen Staates und seine Aufnahme in den deutschen Reichsverband eine Vereinbarung zu treffen. Man unterbinde ja nicht die Selbsttätigkeit des Landes in dieser seine staatliche Existenz betreffenden Frage und glaube nicht von draußen und oben her schaffen zu können, was organisch und gesund nur aus dem beteiligten Land und Volk herauswachsen kann. Das Recht der gesetzgebenden Organe des Reichs hat eine unübersteigliche Grenze, wo etwas dem Reichsland gegenüber grundsätzlich Neues, ein Staat, ins Leben treten soll. Einen Augenblick muß sich das Reich gewissermaßen seiner Souveränität entäußern, damit das so auf sich selbst gestellte Land in voller Freiheit seine Staatsform sich geben und den Anschluß an das Reich fordern kann. Höchstes Vertrauen ist das Geheimnis des Gelingens dieses einzigartigen, in der Verfassung nicht vorgesehenen Vorgangs. Wird das gewährt und kommt so eine freie, unzweideutige Willenskundgebung Elsaß-Lothringens zustande — und nach den klaren Erklärungen der Präsidenten der beiden Kammern ist daran im Ernste gar nicht zu zweifeln — dann kann das Deutsche Reich mit gutem Gewissen, nicht auf die Macht, sondern auf das Recht pochend, der Entente den Mund stopfen, wenn sie die elsaß-lothringische Frage zum Gegenstand von Erörterungen auf der Friedenskonferenz machen will.

Hat sich aber Elsaß-Lothringen die Form seines staatlichen Seins selbst geben dürfen, dann sind alle moralischen Hemmungen beseitigt, die dem frohen Bekenntnis zum deutschen Reichsgedanken bei vielen noch entgegenstanden. Und das für seine Regierung und ihren Kurs mit verantwortliche Volk wird selbst die Bürgschaft dafür übernehmen, daß es dem Reiche restlos und willig gibt, was ihm gebührt, und alle so oft geäußerten nationalen Bedenken werden sehr bald in nichts zerfallen. Die aus dem Feld heimkehrenden Söhne des Landes aber finden eine wohnlich eingerichtete Stätte und werden das Bewußtsein haben dürfen, ihrer Heimat die Freiheit mit erstritten zu haben.

Der Geist aber, in dem dies schwierige Werk begonnen und durchgeführt werden muß, ist kein anderer als der Geist der Neugestaltung, den Bethmann-Hollweg als die herrlichste Frucht des Krieges gepriesen hat, der Geist, der Staats- und Volksinteressen vereinigen, die Gleichberechtigung der Staatsbürger verwirklichen, den Obrigkeitsstaat zum Volksstaat fortbilden, die Scheidewand zwischen Krone und Volk beseitigen und die Regierungen in Einzelstaaten und im Reich auf der Grundlage des Vertrauens von Krone und Volk fester als je „stabilieren" will.

Digitized by Google

Gesichtspunkte für die Übergangswirtschaft

Von Arthur Dix

Wenn es auch unmöglich ist, inmitten des Krieges ein unbedingt sicheres, allgemeingültiges Schema für die Übergangswirtschaft aufzustellen, so wird sich doch sozusagen eine Skala der Möglichkeiten und Notwendigkeiten für die verschiedenen Fälle ins Auge fassen lassen, die im Augenblick der Entmobilisierung herrschen können.

Die Lage des Arbeitsmarktes bei Kriegsende hängt in der Hauptsache ab von folgenden Voraussetzungen:

1. von der Art der Friedensbedingungen,
2. von der Jahreszeit des Friedensschlusses.

Die Art der Friedensbedingungen ist entscheidend dafür, auf welchen Stand unser Wirtschaftsleben durch die Übergangswirtschaft gebracht werden kann und soll. Die Friedensbedingungen entscheiden insbesondere über folgende Fragen:

Wird sich unsere Volkswirtschaft auf erweiterter Grundlage zu neuer Höhe entwickeln können — oder:

Wird sie innerhalb des alten Rahmens wesentlich aussichtsärmer sein infolge ungeheurer Steuerbelastung?

Ferner:

Werden wir unverzüglich freie Hand haben zu ausreichender Versorgung mit fremdländischen Rohstoffen und freiem Wettbewerb für die Wiederbelebung unserer Ausfuhr — oder:

Wird die Fortdauer des Wirtschaftskrieges nach dem Kriege uns in beiden Richtungen mit schweren Hemmnissen bedrohen?

Diese sachgemäße Fragestellung klärt bereits vollauf genügend darüber auf, welch ungeheurer wirtschaftlicher Unterschied für die Zukunft gegeben ist in einem „guten" und in einem „faulen" Frieden.

Was die Jahreszeit des Friedensschlusses betrifft, so kommt hinsichtlich des Arbeitsmarktes vornehmlich in Frage, ob die Jahreszeit volle Nutzung aller landwirtschaftlichen Kräfte gestattet oder nicht. Auch für die Lage im Baugewerbe ist diese Frage von erheblicher Wichtigkeit.

Die Hauptarbeit der Übergangswirtschaft wird sich auf zwei Gebieten zu betätigen haben:

1. Ausbesserung der Kriegsschäden,
2. Umbau der kriegswirtschaftlichen Anlagen in solche der Friedenswirtschaft.

Die Ausbesserung und Beseitigung der Kriegsschäden ist ein ungeheuer weites Feld. Da ist jede Art von Raubbau wieder gut zu machen, die während des Krieges notgedrungen getrieben werden mußte, jedes wirtschaftliche Unterlassen, das sich aus Mangel an Arbeitskräften und Hilfsmitteln im Kriege nicht vermeiden ließ.

Digitized by Google

Hauptsächlich ist hier an drei Gruppen zu denken: an die Land-, Vieh- und Forstwirtschaft, an das gesamte Verkehrswesen und an das Bauwesen.

Die Landwirtschaft hat nicht mit alter Sorgfalt und Intensität betrieben werden können. Sie ermangelte der Arbeitskräfte, des Spannviehs und des künstlichen Düngers. Sie mußte rationelle Methoden der Fruchtfolge verlassen zwecks Deckung dringlichsten Augenblicksbedarfs. Die Felder, die Wirtschaftsformen sind wieder auf den alten Stand zu bringen, ebenso das tote und das lebende Inventar. Mit letzterem ist bereits die Viehwirtschaft umfaßt, die dem Kriegsbedarf manch schweres Opfer bringen und Schäden leiden mußte, die in der Übergangswirtschaft ausgebessert werden wollen. Auch in unserer Forstwirtschaft gebot der Kriegsbedarf schweren Raubbau, dessen Folgen in angestrengter Erneuerungsarbeit wieder ausgeglichen werden müssen. Übrigens gilt das Gleiche in gewissem Grade auch vom Bergbau, der mit schwächeren Arbeitskräften erhöhte Produktion leisten mußte ohne Rücksicht auf rationelle Formen der Ausbeute.

Ungeheuer war der Kriegsverschleiß im gesamten Verkehrswesen. Für sachgemäße Instandhaltung sowohl der Verkehrswege wie der Verkehrsmittel fehlten wiederum Zeit, Arbeitskräfte und Hilfsmittel. Bei wesentlich gesteigerter Inanspruchnahme aller Wege und Mittel des Landverkehrs war das nötigste Hilfsmaterial durch die Kriegsumstände zum Teil qualitativ erheblich verschlechtert, was den Verschleiß sehr beschleunigte. Eisenbahnen und Straßenbau, Reparaturwerkstätten für Lokomotiven, Wagen, Automobile usf. werden nach dem Kriege ebenso wie Lokomotiv- und Wagenbau alle Hände voll zu tun haben. Auch die volle Beschäftigung der Schiffswerften wird — mit großenteils wieder veränderten Aufgaben — andauern.

Ebenso wird das Baugewerbe, nicht nur durch den Umbau kriegswirtschaftlicher Anlagen in solche für die Friedenswirtschaft, sondern in hohem Grade auch durch das Nachholen im Kriege notgedrungen vernachlässigter Instandhaltungsarbeiten über und über beschäftigt sein.

Der Grad all dieser Beschäftigungen wird allerdings immer in einer gewissen Abhängigkeit stehen von dem Stande der Staats-, Gemeinde- und Privatfinanzen nach dem Kriege, d. h. von der Art der Friedensbedingungen. Ein Friede „ohne Entschädigungen", der den Staat und den Staatsbürger finanziell ungeheuer belasten würde, müßte auf allen Gebieten zu äußerster Sparsamkeit, ja zu im Sinne der notwendigen Ausbesserungsarbeiten schließlich durchaus unrationeller Sparsamkeit zwingen und auch in den hier besprochenen Zweigen das Wirtschaftsleben lähmen — sehr zum Schaden der deutschen Arbeiterschaft.

Vielleicht in noch höherem Grade ist der Umbau der kriegswirtschaftlichen Anlagen in solche der Friedenswirtschaft abhängig von der Art der Friedensbedingungen. Von den Friedensbedingungen hängt es ab, in welchem Umfange die Rüstungsindustrie erhalten bleiben muß oder sich auf reine Friedenswirtschaft umstellen kann. Von den

Digitized by Google

Friedensbedingungen hängt es ab, über welche Rohstoff- und Absatzgebiete wir selbst verfügen können, welche Rohstoffe uns eventuell als Kriegsentschädigung zufallen, unter welchen Umständen und Bedingungen wir uns vom offenen Weltmarkt mit Rohstoffen zu versorgen vermögen. Von den Friedensbedingungen hängt es ab, wie der Stand des Volksvermögens nach dem Kriege in allen und jeden Beziehungen zu bewerten sein wird, wie sich unsere Valuta gestaltet, wie unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt.

Nicht nur die gesamte Ausfuhrindustrie ist von der Entscheidung über diese Fragen in ihrer weiteren Entwicklungsfähigkeit durchaus abhängig, sondern auch die Versorgung des inneren Marktes mit Erzeugnissen aus fremden Rohstoffen wie überhaupt die ganze Preisbildung auf dem inneren Markt und schließlich auch das Tempo des Übergangs aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft. —

Wenn wir die einzelnen Berufsgruppen des Wirtschaftlebens prüfen, so werden wir vorweg solche zu verzeichnen haben, die in die Friedenswirtschaft bezw. zunächst in die Übergangswirtschaft mit vollem Bedarf an Arbeitskräften hineintreten, und sodann solche, deren Umbau sich erst mit ausreichender Deckung des Rohstoffbedarfs und sonstiger Neuregulierung der Marktverhältnisse vollziehen kann.

An der Spitze steht die Landwirtschaft, die, sofern die Jahreszeit des Friedensschlusses es irgend gestattet, sofort alle ihr irgend verfügbar zu machenden Kräfte ansetzen muß, um dahin zu wirken, daß Deutschland nicht stärker als unvermeidbar von den Ernährungsschwierigkeiten betroffen wird, die nach dem Kriege fast überall noch in hohem Grade nachwirken werden. Die Landwirtschaft beschäftigte nach der Berufszählung von 1907 fast 10 Millionen Personen im Haupt- und 5,6 Millionen im Nebenberuf. Von den männlichen Landwirten im Hauptberuf standen gegen 4 Millionen im wehrfähigen Alter.

Im Bergbau- und Hüttenbetrieb, in dem während des Krieges sozusagen von der Hand in den Mund gelebt wurde und zur Auffüllung der geleerten Läger, zum Ingganghalten von Industrie und Verkehr gleichfalls volle Beschäftigung durchgehalten werden muß, waren gegen 1 Million Personen beschäftigt, ganz überwiegend männliche Personen im wehrfähigen Alter.

Die Metall- und Maschinenindustrie forderte nach dem Stande von 1907 rund 2 Millionen Arbeitskräfte, die auch in der Übergangswirtschaft nötig sein werden, um den maschinellen Umbau in die Friedenswirtschaft und namentlich um das gewaltige Maß von Anforderungen des Verkehrswesens zu befriedigen. Auch das Baugewerbe wird erhebliche Anforderungen an die Metallindustrie stellen. Das Gleiche gilt für die Industrie der Steine und Erden, die über 700 000, und der Holzindustrie, die gegen 800 000 Personen beschäftigte. Das Baugewerbe selbst gab fast 2 Millionen Menschen Arbeit.

In einer besonderen Lage befindet sich die chemische Industrie. Sie beschäftigte 1907

Digitized by Google

zwar nur 160 000 Personen, hat im Kriege aber ganz gewaltig an Bedeutung gewonnen. Ihr wird die Umstellung in die Friedenswirtschaft verhältnismäßig leicht sein, zumal ihr auch im Friedensbedarf ein erweiterter Absatz gesichert ist: hat sie doch eine Menge Ersatzstoffe geschaffen, die in dauerndem Gebrauch bleiben werden, und es ist doch trotz aller ausländischen Nachahmungsversuche die Abhängigkeit des Auslandes von Erzeugnissen der chemischen Industrie Deutschlands nicht dauernd beseitigt.

Von anderen Industrien wäre zunächst noch der Papier- und der Lederindustrie zu gedenken. Beide haben aus Rohstoffmangel mit der Dauer des Krieges nur sehr notdürftig für Friedensbedarf arbeiten können und werden sich nach dem Kriege einer entsprechend starken Nachfrage gegenübersehen. In einer ähnlichen Lage befinden sich die Nahrungs- und Genußmittelindustrien, die auch während des Krieges teilweise reichlich beschäftigt waren (Konservenindustrie), aber auch nur für den Augenblicksbedarf arbeiten konnten und reichlich zu tun haben werden, wenn ihnen wieder reichlichere Rohstoffe zur Verfügung stehen — was freilich sowohl bezüglich der heimischen Produktion wie bezüglich überseeischer Zufuhr (wie Kakao, Tabak) nicht gleich in altgewohntem Maße der Fall sein wird.

Wohl am schwierigsten werden sich die Dinge für die Textil- und Bekleidungsindustrie gestalten. Beide zusammen beschäftigten 2½ Millionen Personen, darunter viel weibliche Kräfte. Ihre Rohstoffläger sind aufgebraucht, ihre Betriebe vielfach stillgelegt. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß wir vor dem Kriege für rund 600 Millionen Baumwolle, für 400 Millionen Wolle, für 160 Millionen Seide einführten, dazu für mehr als 200 Millionen Garn; daß wir anderseits aber auch für mehr als 1 Milliarde Erzeugnisse der Textil- und Bekleidungsindustrie ausführten. Es wird schon aus Gründen des Frachtraums und der Valuta unmöglich sein, in der Übergangswirtschaft gleich wieder soviel Rohstoff der Webwarenindustrie einzuführen, daß wir nicht nur die sehr angehäufte Nachfrage des Inlands befriedigen, sondern auch die Ausfuhrindustrie auf alte Höhe bringen können. Gerade die deutsche Textilindustrie dürfte wohl die größten Schwierigkeiten haben, auf dem Weltmarkt ihren alten Platz wiederzugewinnen. Ihr ist im Kriegsverlauf der stärkste Wettbewerb bereitet worden, und sie wird voraussichtlich die längste Zeit gebrauchen, bis ihr die Deckung des Rohstoffbedarfs in ausgedehntem Maße die Arbeit an der Zurückeroberung des Weltmarkts gestattet.

Die deutsche Textilindustrie wird es aber auch zu büßen haben, daß sie am meisten von allen deutschen Industrien ihre Erzeugnisse unter fremden Flaggen hat in die Welt gehen lassen, die demgemäß über die wirkliche Bedeutung dieser deutschen Industrie nur in den engsten Fachkreisen unterrichtet war. In Deutschland selbst mußte ja jeder Seidenstoff aus „Lyon" stammen, jeder Tuchstoff „englisch" sein! Die deutsche Textilindustrie wird in Zukunft gut tun, sich mehr als deutsche Industrie zu bekennen und

Digitized by Google

dem Auslande den Vorsprung zu vergegenwärtigen, den ihr Hochstand der deutschen Farbenindustrie gewährt. Dem Wirtschaftskrieg nach dem Kriege begegnen wir mit dauerndem Vorteil nicht, wenn wir uns durch Vermittelung konkurrierender Länder auf dem Weltmarkt unter deren Flagge mit unseren Waren einschleichen, sondern, wenn wir den Ruf nutzen, den deutsche Technik gerade durch diesen Krieg in der Welt errungen hat.

Doch das nebenher. Das Problem künftiger Gestaltung unserer Textilindustrie berührt zwar unsere Valuta, Handelsbilanz usf., auch den gesamten Wohlstand gewisser Bezirke Deutschlands, aber vergleichsweise weniger die Arbeiten der Demobilmachung, weil diese Industrie in besonders starkem Maße mit weiblichen Kräften zu produzieren gewohnt war.

Wenn wir im Vorstehenden die Zahl der in den Hauptindustrien beschäftigten Kräfte nur nach dem Stande von 1907, nicht nach dem oft schon beträchtlich höheren von 1914 wiedergeben konnten, so haben wir damit bereits einen gewissen Spielraum gewonnen, innerhalb dessen der Verlust an Arbeitskräften durch den Krieg ebenso als berücksichtigt gelten kann wie ein gewisses Mindermaß an Rohstoffen und eine vorläufige Verringerung der Ausfuhrmöglichkeiten. Vergegenwärtigen wir uns nur, daß allein in der kurzen Spanne von 1909—1913 die Einfuhr an Baumwolle von 532 auf 607 Millionen stieg, an Wolle von 357 auf 413, an Kupfer gar von 190 auf auf 335, an Rinds- und Büffelhäuten von 168 auf 322; daß anderseits im gleichen Zeitraum die Ausfuhr an Maschinen von 384 auf 680 Millionen stieg, an Eisenwaren von 352 auf 652, an Baumwollwaren von 321 auf 447 — so werden wir uns sagen können, daß Ein- und Ausfuhr gegenüber dem vor dem Kriege erreichten Höchststande ein ganz beträchtliches Herabgehen vertragen, ohne daß unsere Wirtschaft deshalb als „um Jahrzehnte zurückgeworfen" erscheinen müßte.

Letzten Endes aber hängt eben alles davon ab, wie die Friedensverträge aussehen werden, insbesondere davon, ob wir die Grundlagen unserer Volkswirtschaft irgendwie zu erweitern, ob wir das Übermaß finanzieller Lasten abzuwälzen, ob wir uns ausreichende Rohstoffbezüge unbedingt sicherzustellen und in welchem Grade wir die künftige Wettbewerbsfreiheit auf dem Weltmarkt zu gewährleisten vermögen.

Notizen

Was wird aus Polen? Von Friedrich Naumann, Verlag von G. Reimers in Berlin. Die Naumannsche Arbeit ist die Frucht einer Studienreise des Vaters des mitteleuropäischen Gedankens. In überaus lichtvoller Darstellung werden die Zustände in Polen geschildert, wobei die innere Zugehörigkeit dieses Landes zu Mitteleuropa klar aufgedeckt werden. Besonders bedeutsam erscheint es uns, daß der geschätzte Verfasser energisch mit der Theorie aufräumt, als ob Polen wirtschaftlich von Rußland abhängig sei. Den Schluß bildet ein Appell an die Mittelmächte, die Zeit nicht zu versäumen, Mitteleuropa noch während des Krieges in den Sattel zu heben.

Digitized by Google

„Livland, Rußland und wir" betitelt sich eine im Verlage von C. Bertelsmann in Gütersloh veröffentlichte Broschüre, die bereits in kurzer Zeit eine zweite Auflage erlebt hat. Der Verfasser M. Köhne gibt zuerst einen knappen historischen Überblick, wobei er ein erfreulich selbständiges Urteil zeigt. Vor allen Dingen lehnt er es rundweg ab, Patkul, wie es die ältere livländische Geschichtschreibung tat, zu einer Art baltischem Nationalhelden zu machen. Er sagt es offen, daß er an sich mit seiner Opposition gegen die von Karl XI. von Schweden in Livland durchgeführten Einziehung der Adelsgüter im Rechte war, aber der von ihm in die Wege geleitete Anschluß an Rußland hat dem Lande als Endsumme nur Unheil gebracht und daher ist sein Wirken nicht im Interesse des Landes, sondern nur des Adelsstandes gewesen. Zum Schluß wird ein Ausblick auf die Ostseefrage geworfen, deren Entscheidung die Einnahme von Riga hoffentlich bringen wird. Handels es sich doch um nichts geringeres, als um die Entscheidung, ob das mare balticum russisch-englisch oder deutsch-schwedisch werden wird.

Si tacuisses, philosophus mansisses[1]. Die „Stimmen aus dem Osten" hatten kürzlich die Meldung gebracht, daß sich Kerenski zu Anfang der Revolution für eine Selbständigkeit der baltischen Provinzen ausgesprochen habe. Hierzu bemerkte Professor Hoetzsch in der „Kreuz-Zeitung" vom 5. September:

„Auf der russischen Seite ist sich alles bis weit in die Reihen der äußersten Linken in der Ablehnung der separatistischen Bestrebungen einig; wo hat denn Kerenski, wie in den „Stimmen aus dem Osten" behauptet wurde, ausgesprochen, daß er bereit sei, auf die baltischen Provinzen zu verzichten?"

Auf diese Frage hätte der Professor für russische Geschichte in Berlin leicht selbst die Antwort finden können, wenn er die von ihm zitierten „Stimmen aus dem Osten" sorgfältig gelesen hätte. In Nr. 33 war nämlich ein Artikel unter dem Titel „Das Verhältnis der Esten zu Rußlands Volk und Regierung" erschienen. In ihm wurde aus dem führenden estnischen Blatte „Postimees" (vom 27. April) gemeldet:

„Am 23. April besuchte der damalige Justizminister Kerenski Estlands Hauptstadt Reval und wurde von dem Rechtsanwalt Strandmann im Namen des estnischen Volks herzlich begrüßt, wobei der Redner betonte, da eine volle Autonomie des Landes erwartet werde, sei bisher noch von keiner Seite die Loslösung Estlands vom Russischen Reich vorgeschlagen worden. Kerenski erwiderte: ‚Wir wünschen eine freie Vereinigung nach demokratischen Grundsätzen. Ehrlich und mit reinem Herzen kommen wir zu euch und sagen: Wenn ihr wollt, geht mit uns; wenn ihr aber nicht wollt, seid ihr frei.'

Aber für jeden Kenner der russischen Verhältnisse trug die von Professor Hoetzsch bezweifelte Nachricht auch ohne Kenntnis des Zitates aus dem „Postimees" den Stempel innerer Wahrheit in sich. Eilte doch Kerenski in den ersten Tagen der Revolution, als die Provisorische Regierung noch schwankenden Boden unter den Füßen fühlte, in ganz Rußland umher, um überall Bundesgenossen zu werben. Damals hatte er auch Finnland leichten Herzens die Selbständigkeit zugesagt, um kurze Zeit darauf ebenso leichtfertig, als er finnländischerseits daran erinnert wurde, mit der Beschießung der Hauptstädte des Landes durch die drei Festungen zu drohen. Ein deutscher Durchschnittsleser, der die russischen Verhältnisse wenig kennt, konnte daher wohl die Zweifelsfrage aufwerfen, ein Professor für russische Geschichte jedoch hätte diese Tatsachen nicht nur kennen sollen, sondern müssen.

Axel Schmidt

[1] Hättest du geschwiegen, wärst du ein Philosoph geblieben.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Kriegsliteratur

Ein Beitrag zur Schuldfrage ist das kleine Buch von Dr. W. Stahl „Die diplomatischen Verhandlungen vor Ausbruch des Weltkrieges auf Grund der Farbbücher" (C. H. Beck, München, M. 1.80). Der Verfasser erkennt wohl die apologetische (und dadurch unzuverlässige) Tendenz der Farbbücher an. Aber durch methodische Kritik versucht er die subjektive Umdeutung der Schriftstücke abzulösen. Es ergibt sich, was inzwischen bestätigt worden ist, mit zwingender Notwendigkeit, daß Rußland von vornherein fest entschlossen war, „dem Habsburger Staate bei seiner unaufschiebbaren Aktion gegen seinen nachbarlichen Störenfried in den Arm zu fallen, daß Frankreich dem teuer erkauften Bundesgenossen an der Newa willenlos Gefolgschaft leistete und daß England keinen tatkräftigen Versuch zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens unternahm, vielmehr durch sein bindendes Hilfeversprechen an Frankreich der Kriegspartei in Paris und Petersburg Oberwasser verschaffte, während Deutschland in seinem redlichen Bemühen, die europäische Kriegsgefahr zu beschwören, bis an die Grenze des mit Rücksicht auf seine staatliche Sicherheit Zulässigen ging, und Österreich-Ungarn von Anfang an jeden Gedanken an eine Gebietserweiterung auf Kosten Serbiens und eine Schädigung russischer Interessen von sich wies und lediglich die Erhaltung seines territorialen Bestandes erstrebte."

Für das Interesse an den Prophezeiungen über den Weltkrieg zeugt die Untersuchung des Dr. F. Rohr über „Die Prophezeiung von der Entscheidungsschlacht des europäischen Krieges am Birkenbaum" (Verlag Temming, Bocholt i. W.), und die Übersicht über „Die Prophezeiungen über den Weltkrieg", die Prof. Dr. A. Kahle in einer kleinen Schrift zusammenstellt. (J. Stahl, Arnsberg i. W., M. —.50.)

„Die Weltlage am Schlusse des dritten Kriegsjahres" faßt Prof. Dr. Rich. Fester, Halle, von der militärischen und politischen Seite übersichtlich zusammen. (O Hendel, Halle a. S.) Er endigt mit den Sätzen: „Weder berauscht noch verzagt wollen wir als besonnene Deutsche nicht mehr als das Erreichbare. Wir haben keinen Grund zur Verzweiflung, solange wir militärisch und politisch geführt werden. Die zufällige Mehrheit des altersschwachen Reichstages schreckt uns nicht. Sie würde, wenn die Auflösung des Reichstages jetzt möglich wäre, vom Sturm des nationalen Unwillens weggefegt wie jene schon einmal von Erzberger in Marsch gesetzte Mehrheit des Kolonialskandals von 1906."

Die erste kurzgefaßte volkstümliche Darstellung von „Hindenburgs Siegeszug gegen Rußland" von Hans Niemann erscheint jetzt schon in dritter Auflage (E. S. Mittler, Berlin), ein Zeichen für die Brauchbarkeit des gediegen geschriebenen und ausgestatteten Buches. Was der Major R. Brandt in der Armee Hindenburgs von der Schlacht bei Tannenberg bis Warschau erlebt hat, schildert er in einem kleinen Buche, das vor allem durch die volkstümlich aufklärenden und unterrichtenden Schlachtberichte fesselt. („Unter Hindenburg von Tannenberg bis Warschau", E. S. Mittler & S., Berlin, M. 1.—.) Von dem Kronprinzen Ruprecht von Bayern entwirft Jos. Greg ein mit vielen Bildern geschmücktes Lebensbild. (Max Kellerer, München, M. 2.50.)

Kapitänleutnant Robert Morath erzählt seine U-Bootserlebnisse (unter denen die Versenkung des „Danton" im Mittelmeer den Höhepunkt bildet) selbst in einem kleinen, im Hutten-Verlag, Berlin, erschienenen Buch. In einem Sammelheft „Das fliegende Schwert" werden Wesen, Bedeutung und Taten der deutschen Luftflotte in Wort und Bild geschildert. M. 1.50, Verlag Stalling, Oldenburg.

Der Mars-Verlag Carl Siwinna, Berlin SW, eröffnet eine neue Sammlung „Kriegstagebücher" mit den Erinnerungen des Leutnants Herm. Richter aus dem „Vormarsch unter Kluck" bis vor Paris und vor Soissons. Ein rechtes Abenteuerbuch ist die Selbsterzählung M. Leistikows „Zivilgefangener Nr. 759" (Scherl, Berlin M. 1.—). Ein deutscher Seemann schlägt sich durch die Entbehrungen, Leiden, Gefahren der Gefangenschaft als russischer Rekrut nach Archangelsk durch und gelangt auf einem neutralen Dampfer nach Deutschland. Der deutsche Wagemut setzt sich mit diesem Buch ein neues Denkmal. Curt Corinth, ein „Troubadour auf Feldwacht" hat seine Stimmungen aus dem Felde in Versen festgehalten (E. Diederichs, Jena, M. 1.—), in einfachen Tönen, die von allem Phrasenrausch sich fern halten. „Wir lugen, mit glanzlosen Augen, hinaus in den tobenden Raum — sind ur — uralt . . . nur unser Herz will nicht gleich sein Fühlen vergessen." „Aus der Satteltasche" veröffentlicht der Zeichner Ottmar Schwager zwölf lebendige, eindringliche Bleistiftzeichnungen aus Bulgarien und der Türkei, die von der Militärischen Verlagsanstalt München zu einem schön ausgestalteten Heft vereinigt sind. Über die deutschen Kriegszeitungen unterrichtet ein Sonderheft des Archivs für Buchgewerbe an Hand zahlreicher Reproduktionen und einer

Digitized by Google

Darstellung durch Prof. Dr. Schramm. Der Reichsverlag, Berlin, bringt eine Auslese aus der seit Anfang September 1914 erschienenen Feldzeitung des Gardekorps. („Garde-Feldpost" M. 2.—.) Eine Kriegschronik der Leibgarde-Husaren, von einem ihrer Mitglieder geschrieben, erscheint in dem Verlag Hugo Bermühler, Berlin-Lichterfelde. Die Feldbücher des Verlages Egon Fleischel in Berlin bringen in handlichen Ausgaben für M. 1.— Dichtungen von Schmidtbonn, Clara Viebig, O. Wöhrde, B. v. Münchhausen und anderen. Lauter einfache, volkstümliche Hausmannskost. Eine Übersicht über Land und Bevölkerung unserer Bundesgenossen hat für die Feldgrauen die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart in volkstümlicher Form herstellen lassen. („Unsere Bundesgenossen, ein Buch für die Feldgrauen in Ost und West", M. 1.—.)

Ein verwickeltes persönliches Schicksal ihres Verfassers macht die Kriegsberichte des Amerikaners Edwin Emerson, die unter dem Titel „Mit den deutschen Heeren" (Franz Hanfstaengl, München) erscheinen, höchst merkwürdig. Emerson hat als Kriegsberichterstatter die russische Front mit den Armeen Hindenburg und Prinz Leopold von Bayern besucht, ist mit der Armee Köveß durch Serbien gezogen, unter Liman von Sanders an den Dardanellen gewesen, mit den Bulgaren in Rumänien und Mazedonien, mit Djemal Pascha an der ägypt.schen Front. Seine Berichte sind von aller Voreingenommenheit frei, ohne Überschwenglichkeit, kurz und sachlich. Dennoch ist schon im Jahre 1915 Emersons Name auf die Schwarze Liste der Engländer gekommen, weil er von den deutschen Fronten Kabelberichte über deutsche militärische Erfolge geschickt hatte, die von der englischen Zensur beanstandet wurden. Auch die Vorträge, die er im Frühjahr 1915 über die tatsächliche Kriegslage in Europa gehalten hatte, wurden ihm verübelt. Der Botschafter Gerard machte ihm infolgedessen in Deutschland alle möglichen Schwierigkeiten, darunter die, daß das Manuskript der Kriegsberichte nicht nach Amerika kommen durfte. Schließlich hat Gerard es sogar durchgesetzt, daß nach Ausbruch des Krieges zwischen Amerika und Deutschland die Schweiz Emerson das Asylrecht für politische Flüchtlinge versagte. Man kann in Deutschland die klugen Berichte also nicht ohne persönliche Anteilnahme lesen. Adolf Köster schildert die Kämpfe um Siebenbürgen und Rumänien in dem Buch „Die Sturmschar Falkenhayns" (Albert Langen, München, M. 1.50). Zum Schluß vergleicht er den Feldzug mit dem serbischen. „Der serbische — sagt er — war im ganzen nur ein Kesseltreiben gegen einen Feind, der nur Nachhutgefechte lieferte. Der rumänische Feldzug war ein Abbild des ganzen Krieges. Er brachte offene Bewegungsschlachten, Durchbruchsschlachten, Umgehungsschlachten, Stellungskrieg, Kampf um Hochgebirgsfestungen. In seinem Rhythmus, in dem Ineinanderspiel zwischen Falkenhayns und Mackensens Operationen setzte sich, wie in keinem andern Feldzug, eine überlegene Idee siegreich durch, die mit dem Gegner spielte wie die Katze mit der Maus. Und doch wird dieser Feldzug gegen einen andern Gegner gewonnen als der Serbe es war. Seine Führung überraschte immer wieder durch Elastizität und Hartnäckigkeit." Seine Kriegsberichte aus dem Westen sammelt derselbe A. Köster unter dem bezeichnenden Titel „Wandernde Erde" (Albert Langen, München, M. 1.50). Was er nämlich an der Westfront gesehen hat, ist „ein Meer von Lehm und Stein. Erstarrt und doch lebendig. Denn diese ganze Erde wandert. Jeden Morgen sind ihre Wege neu. Die Trichter werden zugeschüttet, neue geschlagen. Die Trichter wandern. Die Blöcke wandern auch die Toten haben keine Ruhe." Fernand van Langenhove, wissenschaftlicher Sekretär des Solvayschen soziologischen Instituts in Brüssel, Mitarbeiter der belgischen Dokumentensammelstelle, hat die Erzählungen der belgischen Franktireurs in einem Buche „Wie Legenden entstehen" (Füßli, Zürich 1917, M. 4.50) gesammelt und in ihrem Verhältnis zur Wirklichkeit geprüft. Er sucht ihren Ursprung ausfindig zu machen und ihre Verbreitung in das Licht der Massenpsychologie zu stellen. Der Verfasser schließt aus seinen Untersuchungen: „Für alle Berichte haben tatsächlich übereinstimmende Untersuchungen dargelegt, daß die Episoden unmittelbar der festgesetzten Wahrheit widersprechen. Das deutsche Heer vereinigte, als es in Belgien einmarschierte, die Gesamtheit derjenigen Bedingungen, welche nach den aufgestellten Gesetzen die größte Zahl der Entstellungen in der Wiedergabe beobachteter Tatsachen nach sich ziehen mußte. Die Entstehung von Berichten über die belgische Volkswut war deshalb innerhalb des deutschen Heeres unabwendbar; sie erscheint als ein gewissermaßen notwendiges, durch die Gesetze vorgeschriebenes Ereignis. Aber es sind nicht nur die, dieser Willensbeschränkung entsprungenen Betrachtungen, welche die legendäre Eigenart dieser Berichte belegen. Genaue Beobachtungen bringen unmittelbare Beweise, indem sie den klaren Wiederaufbau der einzelnen Vorgänge ihrer Entstehung gestatten."

Die Beziehungen zwischen den militärischen Bedürfnissen und den Verkehrseinrichtungen untersucht für Deutschland Dr. R. Hennig in dem Buch „Grundzüge einer militärischen Verkehrspolitik" (Karl Heymann, Berlin, M. 8.—). Auf Grund der Erfahrungen des Weltkrieges werden im Zusammenhang die Gesetze und Regeln erforscht, „nach denen sich die Wechselwirkung zwischen militärischen Notwendigkeiten und friedlichen Wünschen auf dem umfangreichen Gebiet des Großver-

Digitized by Google

kehrs abspielt. So sehr die Ausgestaltung aller Verkehrsanlagen die Voraussetzung unserer militärischen Erfolge war, so sehr ist der Ausbau des Bahn-, Fluß- und Wegenetzes außer aus dem strategischen Interesse aus dem des allgemeinen Verkehrs und des wirtschaftlichen Lebens zu betrachten. Trotzdem gilt der Satz: Ein Staat, der die Absicht hat, im Krieg sich nicht auf eine lahme Defensive zu beschränken, sondern den Krieg, wenn irgend möglich, in einer kräftigen Offensive ins Feindesland zu tragen, wird gerade auch den Ausbau der grenznahen Straßennetze in einer möglichst vollkommenen und engmaschigen Ausführung als eine der wichtigsten Aufgaben betrachten müssen. Ebenso allgemein ist die Erkenntnis von der allgemeinen Notwendigkeit der Förderung des überseeischen Nachrichtenwesens."

General der Kavallerie z. D. F. v. Bernhardi bringt Erinnerungsblätter einer tapferen deutschen Frau, die in einem Feldlazarett der Ostfront ihren schwerverwundeten Gatten in den Sommermonaten 1915 gepflegt hat, mit einem Vorwort („Wie Helden sterben", S. Hirzel, Leipzig, Mk. 2.—) heraus. Es wird in der Öffentlichkeit — so schreibt General v. Bernhardi — viel geschrieben und mit Recht — über Kampf und Sieg, über die Heldentaten einzelner, über die glänzenden Stürme unseres Heeres, und die, die unerschütterlich aushalten, im tagelangen Trommelfeuer und sich den Sieg trotzdem nicht entreißen lassen: viel weniger aber hört unser Volk von dem stillen Heldentum in den Lazaretten und der opfervollen Tätigkeit derer, die unseren sterbenden Söhnen und Brüdern helfend und tröstend zur Seite stehen auf ihrem Schmerzenslager und in ihrer Todesstunde." „Krieg und Christentum" beleuchtet Pastor J. Wallow (G. D. Baedeker, Essen), Mk. 1.60. Er sieht die „ethische Siegesfrucht" des Krieges in der Vertiefung der Volksseele und der Einzelseele. — „Wenn das unseres Volkes Weg wird, dann wird späteren Geschlechtern diese Zeit des Blutes und der Tränen dennoch erscheinen als eine Stunde der neuen Geburt, des neuen Lebens aus millionenfachem Todesweh! Solch Erleben führt zur immer besseren Lösung des Problems: „Krieg und Christentum". G. Fraedrich äußert sich in dem 22. Heft der Religionsgeschichtlichen Volksbücher, „Des Heervolkes Seele" (Mohr, Tübingen, Mk. —.50) zu derselben Frage: „So wenig wie eine irgendwie dogmatische ist eine irgendwie konfessionslose Frömmigkeit draußen gewachsen. Von dem Aufbau eines neuen Seelenlebens in bewußter Selbstbildung, geistiger Arbeit und seelischer Auswahl kann demnach in keiner Weise beim Heervolke die Rede sein. Um so mehr aber ist sicher, daß tatsächlich die Fundamente zu einer neuen seelischen Haltung für eine neue Generation und Menschenart, für den neuen Typus des deutschen Menschen draußen gelegt werden." Den Eindrücken, die Björn Björnson „Vom deutschen Wesen" während der Jahre 1914—17 in Deutschland selbst, an den Fronten, in Polen, in Belgien, bei den Verbündeten bekommen hat, und die er nun in einem Sammelbuche bei Oesterheld, Berlin, herausgibt, hat Gerhard Hauptmann ein Geleitwort mit auf den Weg gegeben. Es ist ein schönes und überzeugendes Buch: Der zusammenfassende Schluß eines literarischen Werkes während des Weltkrieges, das uns, unserem Wesen und unserem Kampfe gerecht werden will. Wir wissen alle, was Björnson geleistet und mit welcher Entschlossenheit er die Partei des deutschen Volkes gegen seine Verleumder ergriffen hat. Und wir können aus diesen Blättern erfahren, wie treu er sich selbst und uns seitdem geblieben ist. Er hat nicht als Mitkämpfer Partei genommen — gehört er doch einem neutralen Staate an — sondern gleichsam als Sekundant, der die Waffe nur hebt, um unehrliche Hiebe zu parieren. Er ist uns gegenüber kein Lobhudler. Unser Volk ist zu gesund, zu groß, zu stark, als daß es sich nach Lobhudeleien sehnen, oder, wo sich solche aufdrängen, sie auch nur ernstlich beachten sollte. Wir schätzen den Freimut, wir fordern ihn. Freilich hat Björnson wie andere Skandinaven, gerade mit dieser Eigenschaft den Haß unserer Feinde auf sich gezogen, er sah es voraus Er mußte das bei der Art unserer Gegner voraussehen: das hat aber seinen Entschluß, der Wahrheit die Ehre zu geben, nicht wankend gemacht. Das alles werden wir nicht vergessen. — Endlich hat sich Björnson mit diesem Werk, das man in Hütten und Palästen dankbar bewegt lesen wird, im deutschen Herzen ein dauerndes Denkmal gesetzt." Gottfried Traub hat einen weiteren Teil seiner Eisernen Blätter zu einem Buche „Heimkrieg" (J. Engelhorn, Stuttgart, Mk. 2.50) gesammelt, Rudolf Presber seine Kriegsgedichte zu einem reich ausgestatteten Buche „Die Brücken zum Sieg". (Verlag Dr. Eysler, Berlin SW.)

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für die Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 50 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Rohrbach, Ziel und Führung 1201
Roloff, Deutschland und England nach dem Kriege 1208
Noether, Das Fiasko des „lateinischen Bundes" 1214
Rein, Offener Brief an die Herausgeber der „Deutschen Politik" 1218
Kriegk, Sozialreform und Behördenorganisation 1223
Notizen / Neuerscheinungen 1229

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 21. September 1917 Heft 38

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Die
neue Kriegsanleihe

muß

erfolgreich sein —
sonst ermutigen wir
England weiterzu-
kämpfen! — Sie

kann

erfolgreich sein —
denn es ist Geld
genug im Lande!
Und sie

wird

erfolgreich sein —
wenn jeder handelt,
als ob von ihm allein
alles abhinge!

Digitized by Google

2. Jahrgang • 21. September 1917 • Heft 38

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

den 16. Sept. 1917

Ziel und Führung

Von Dr. Paul Rohrbach

Welches ist das Ziel, zu dem die neue Regierung uns führen will? Bestehen grundsätzliche, fest umrissene Gedanken über die Gestaltung der Dinge, die sich verwirklichen soll? Gibt es sie in bezug auf unser Kolonialreich, auf Belgien, auf Rußland und die dort um ihre Wiedererweckung zum politischen Dasein ringenden Völker? Gibt es sie für die mitteleuropäische Idee, für Polen, für unser zukünftiges Verhältnis zu England? Hat man bestimmte Wege und Methoden vor Augen, um aus dem Kriegs- in den Verhandlungszustand zu kommen? Besitzt man genügende Kenntnis aller auf diesem Gebiet vorhandenen Möglichkeiten?

Auf all diese Fragen über die Regierung haben wir keine Antwort. Es ist keine Klarheit und darum kein Vertrauen. Keine Klarheit und kein Vertrauen auch in der weiteren Frage, ob für das Verhältnis der auswärtigen und der inneren Politik das rechte Augenmaß besteht. Ein sehr unerfreulicher Zustand. Man könnte Vertrauen zu einer Regierung haben, auch wenn sie sich in Dunkelheiten hüllt, sobald feststeht, daß die Regierung ihre Aufgabe beherrscht. Nur muß man dann schon vorher Proben von der Fähigkeit gehabt haben, die Männern an der Spitze innewohnt. Man glaubt an den Löwen, sobald die Spur seiner Klaue da ist. Was aber zu sehen ist, sieht nach anderem aus, als nach Löwenklauen.

Die Berichte über den russischen Prozeß, bei dem die Aussagen der Generale Ssuchomlinow und Januschkewitsch erfolgten, liegen jetzt ausführlich vor. Sie bestätigen das Bild, das man beim ersten telegraphischen Bericht hatte. Das Eingeständnis der russischen Schuld am Kriegsausbruch ist vollkommen. In den Ländern der Entente hat man bis heute nicht gewagt, diese Stellen des Prozeßberichtes zu veröffentlichen.

Deutschland oder der deutschen Regierung die Schuld an der Weltkatastrophe zuzuschreiben, ist für keinen Menschen mehr möglich, der die Berichte aus Rußland kennen gelernt hat. Wo aber spürt man in der Behandlung dieses unvergleichlichen Vorteils,

Digitized by Google

der uns in den Schoß gefallen ist, die Klaue des Löwen dort, wo es darauf ankommt? Man spürt sie nicht, vielmehr Unfähigkeit, sich der vom Gegner selbst hingelegten Waffe richtig zu bedienen. Wir haben schon vor zwei Wochen darauf hingewiesen, welch ein Fehler es war, daß nicht sofort nach dem Bekanntwerden der Eingeständnisse Ssuchomlinows etwas Geeignetes unternommen wurde, um im voraus die zu erwartende Note Wilsons zu parieren. Gegen die amerikanischen Unverschämtheiten werden jetzt in ganz Deutschland Entrüstungsresolutionen beschlossen. Dergleichen ist selbstverständlich. Es mag auch für besonders bornierte Beurteiler im Auslande nützlich sein, es aus Deutschland bestätigt zu hören, daß zwischen der Nation und dem Kaisertum kein Zwiespalt aufgerissen werden kann, und am allerwenigsten mit so plumpen Mitteln, wie die amerikanische Politik sie braucht. Besser und wirksamer aber wäre es gewesen, wenn durch sofortige Ausnutzung der russischen Gelegenheit Wilsons Angriff gleich als kraftloser Stoß ins Leere zu Boden gefallen wäre. Blitzschnelles Handeln im Augenblick, wo die Gelegenheit sich bietet, ist das Zeichen politischen wie militärischen Könnens. Das ist die Klaue, an der man den Löwen erkennt. Wir müssen bei der russischen Angelegenheit noch eine Weile bleiben, weil sie typisch ist für die Art, in der bei uns auf der Regierungsseite gearbeitet wird. Wie die Dinge liegen, bleibt nichts übrig, als das Urteil, zu dem man gelangen will, auf „Indizien" aufzubauen. Diese sprechen dafür, daß es mindestens im vorliegenden Falle an der Schnelligkeit des Überblicks und an der notwendigen Vorstellung des moralischen Angriffsverfahrens gefehlt hat. Erstens durfte nicht soviel Zeit verloren werden, zweitens gab es keinen ungeeigneteren Weg an die Öffentlichkeit, zumal im Auslande, als das Wolffsche Bureau. Ohne in eine sachliche Kritik an den Leistungen dieses Instituts einzutreten, läßt sich objektiv feststellen, daß es für das feindliche und neutrale Ausland nur geringe Wirkungen zustande bringt. Große Tatsachen sprechen für sich selbst, mit und ohne Wolff, was aber nur Wolff anvertraut wird, bleibt von vornherein wirkungslos. Es wird hier nicht beachtet und dort totgeschwiegen. Das russische Geschehnis war ungeheuer. Der dichte Vorhang, den die politische Kunst der Entente davor gezogen hatte, wer schuld am Kriege sei, riß mit einem Ruck entzwei, von oben durch bis unten, und die Wahrheit wurde sichtbar. In dem Augenblick ging es wie Zähnklappen durch die Welt der Schuldigen. Man fürchtete im nächsten Augenblick eine Katastrophe. Man wartete mit Zittern auf die Nachricht des nächsten, des übernächsten Tages aus Deutschland. Man glaubte, der Reichstag würde zusammenberufen, eine große dramatische Verhandlung vor aller Welt in Szene gesetzt werden. Man sagte sich, daß ein solcher Schlag, sofort geführt, die hoffnungslose Verfinsterung des moralischen Heiligenscheins bringen würde, den die Entente um sich gebreitet hatte. Man war auf einen Schlag der Vernichtung gefaßt, denn es wäre unmöglich gewesen, die Vorgänge und Reden der Welt zu verheimlichen.

Aus Deutschland aber kam nichts. Dagegen kam am dritten Tage nach Ssuchom-

Digitized by Google

linow die Veröffentlichung der Note des Herrn Wilson im Haag. Wilson, Lloyd George und Co. werden nicht schlecht in Sorge gewesen sein, die deutsche Regierung könnte ihnen noch vorher das Bekenntnis Ssuchomlinows um die Ohren schlagen, daß ihnen Hören und Sehen samt der Note verging. Aus Deutschland kam immer noch nichts. Am sechsten Tage endlich kam Herr Mantler vom Wolffschen Bureau. Die Ausführungen, die der Reichskanzler ihm einhändigte, sind am besten damit charakterisiert, was der Direktor der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Kommerzienrat Mamroth, gleichsam vorahnend kurz vorher im „Tag" über unsere Art und Weise, die Öffentlichkeit zu benutzen, geschrieben hatte. Seine Charakteristik dort lautete mit einem Wort: wirkungslos! Wirkungslos darum, weil nicht in lebendiger Erkenntnis und Befolgung der psychologischen Gesetze geschrieben und geredet wird, nach denen es möglich ist, die Aufmerksamkeit der Welt zu erregen, sondern im Aktenstil, bureaukratisch. An einer einzigen Stelle in der von Wolff verbreiteten Darlegung findet sich auf die russischen Kriegstreiber der Ausdruck Verbrecher angewendet. Im übrigen ist es eine Satzfolge, wie nur je eine, bei der die bureaukratische Methode Pate gestanden hat: Ausführungen, gegen deren sachliche Richtigkeit keine Einwendung erhoben werden kann, die aber wirkungslos zu Boden fallen würden, selbst wenn ihre Verbreitung nicht noch der ungeeignetsten Stelle übertragen worden wäre.

Nehmen wir ein anderes Beispiel, um die Frage nach den Eigenschaften unserer politischen Führung zu beantworten. Von dem Fehler unserer Friedensangebote an Rußland ist schon oft gesprochen worden, und auch davon, daß sie am verkehrtesten waren, nachdem die russische Revolution ausgebrochen war. Es ist fraglich, ob es dem General Kornilow gelingen wird, sich der obersten Gewalt zu bemächtigen und die Kräfte Rußlands, soweit solche noch vorhanden sind, wieder geschlossen in den Dienst Englands und der Entente zu stellen. Möglich, daß er mit den revolutionären Mächten nicht fertig wird und daß im Ergebnis des Bürgerkrieges das russische Chaos sich bis zur Kraftlosigkeit vergrößert. Möglich auch, daß die Transportschwierigkeiten, der Verpflegungsmangel und der Winter ohne Rücksicht auf die Revolution und Gegenrevolution mit Rußland ein vorläufiges Ende machen. Dringt aber Kornilow jetzt durch, richtet er die Militärdiktatur ein, führt er das Land wieder auf den Weg der monarchischen Sammlung, hat er Erfolge gegen die Fremdvölkerbewegung, so würde das alles nur darum geschehen, weil gerade während der Zeit, als anders gehandelt werden mußte, unsere Nichtkenner Rußlands dem Phantom des Sonderfriedensschlusses nachjagten und darüber die Gunst des entscheidenden Zeitabschnittes versäumten.

In der uns unbekannten Welt Rußland geschieht jetzt ein folgereiches Stück Weltgeschichte vor unseren Augen. Weltgeschichte ist es, wenn die Ukraine aufersteht, Weltgeschichte, wenn Finnland um seine Selbständigkeit den Kampf erklärt. Um das

Digitized by Google

ganz zu begreifen, muß man allerdings russische Geschichte kennen. Auch wenn man sie nicht kennt, gebietet der politische Instinkt, solche Gelegenheiten zu benutzen, um dem Feinde zu schaden. Ein Löwe der Staatskunst könnte hier schon ein ganz gutes Stück Klaue zeigen. Die Klaue muß dahin hauen, wo die Fuge zwischen den Großrussen, den Ukrainern und den Fremdvölkern sichtbar wird. Statt dessen heißt es: Auf die ukrainische Bewegung ist doch nichts zu geben. Warum? Vielleicht weil neulich bei den städtischen Wahlen in Kiew usw. die Ukrainer in der Minderheit geblieben sind? Als ob das ein Zeichen wäre! Wer weiß denn nicht, daß in den Großstädten des ukrainischen Gebiets die Russifizierung seit lange Fortschritte gemacht hat — die einzigen, die sie in der Ukraine erzielte! Der Genius des wirklichen Staatsmannes zeigt sich darin, daß er keine Gelegenheit vorbeiläßt, *werdende Dinge*, die uns nützen können, rechtzeitig zu erkennen und zu stützen. Heute liegen die russischen Dinge so klar, daß kein Zweifel mehr möglich ist. Ssuchomlinows Geständnis hat gezeigt, durch welche Kräfte die Macht Rußlands zum Überfall auf uns getrieben wurde. Nur ein Blinder vermag es zu verkennen, daß das Moment der zunehmenden russischen Überlegenheit auch hinter diesem Kriege darin bestehen wird, daß der Eroberungswille des moskowitischen Nationalismus nicht nur über das Großrussentum, sondern in dessen Dienst auch über die ebenso große Zahl nichtmoskowitischer Elemente zwangsweise verfügt. So lange das der Fall ist, bleibt es dabei, daß Rußland im Jahre 1950 die Kräfte einer Menschenmasse, die zwischen 250 und 300 Millionen liegt, wird gegen uns aufbieten können. Eine unermeßliche Verantwortung liegt auf unseren Staatslenkern angesichts der russischen Fremdvölkerfrage. Sie ist in großem, in dauernd politischem Sinne ein ähnliches Geschenk für uns, wie im Einzelfall das Geständnis Ssuchomlinows. Werden wir es auch hier, wo es sich um den Vorausblick in die Zukunft handelt, erleben, daß der Blick für das Wirkliche und Nutzbare nicht vorhanden ist? Wir getrauen uns nicht, auf diese Frage eine beruhigende Antwort zu geben. Wir wollten es ach wie gerne! Welcher besonnene Kritiker entschließt sich so leicht, zu bekennen: Ja es fehlt leider an Vertrauen! Was täten wir lieber, als unser Vertrauen auf unsere Staatsleitung erklären. Wie gerne wären wir dazu bereit, wenn sich irgendwo, wenn sich nur an einer einzigen Stelle die Spur der Löwenklaue zeigte! Wir sehen sie bisher aber nicht.

In Kürze wird man etwas von der Antwort auf die Papstnote hören. Vermutlich wird sie auch einen Satz oder einige über Belgien bringen. Der englische Führer Asquith hat am 26. Juli auf unterstrichene Weise gefragt, wie sich der neue deutsche Kanzler zu Belgien stelle. In der Parlamentsverhandlung vom 7. August ist in dem Frage- und Antwortspiel zwischen dem Abgeordneten Denman und dem Minister Lord Robert Cecil diese Sache von neuem aufs Tapet gebracht worden. Denman fragte, ob es sich nicht lohnen würde, herauszufinden, wie die „neue deutsche Regierung" sich stelle. Die ministerielle Antwort war: „Die britische Regierung be-

Digitized by Google

sitzt kein Kommunikationsmittel mit der deutschen Regierung." Das soll natürlich heißen, es sei nicht möglich, eine diplomatische Anfrage an Deutschland zu stellen; wolle Deutschland antworten, so habe es ja die Frage gehört und würde den Weg der Antwort zu finden wissen. Diese Vorgänge im Parlament sind darum von Bedeutung, weil auch aus anderen Anzeichen darauf geschlossen werden kann, daß die Partei in England, die in Belgien das Haupthindernis des Friedens sieht, wächst. Lloyd George kämpft täglich schwerer um seine Stellung und um den Krieg. Sein Krieg ist sein Kopf, zum mindesten moralisch. Er ist ein verlorener Mann, wenn nach den Opfern, die er dem englischen Volke zugemutet hat, der Krieg nicht den Ertrag bringt, mit dessen Zusage er die Opfer im voraus zu rechtfertigen versucht hat. Die Opposition gegen Lloyd George, die aus grundsätzlicher Friedensfreundschaft stammt, ist in England nicht hoch zu veranschlagen. Es gibt aber noch eine andere Opposition, deren jeweilige Stärke hauptsächlich von der militärischen Lage Englands und der Verbündeten abhängt, und sie ist viel gefährlicher. Die Opposition ist nicht grundsätzlich, denn sie nimmt den Krieg gerne, wenn er siegreich ist, aber sie zieht es vor, Lloyd George zu stürzen und Frieden zu machen, wenn kein Sieg für England in Aussicht steht, sondern bestenfalls ein Ausgang ohne Entscheidung, verbunden mit dem Zusammenbruch der großen Vermögen und der alten politisch sozialen Daseinsformen Englands und seiner bisher herrschenden Klasse. Lloyd George ist Demagoge und scheut sich nicht, um den Krieg und seinen Kopf zu retten, die Besitzenden den Instinkten der Masse auszuliefern. Das gefällt Leuten, wie Asquith, Balfour, Grey keineswegs. Sie sind nicht Helden des Grundsatzes, aber sie bedeuten politisch sehr viel für die Frage: Fortsetzung des Krieges oder Beginn der Verhandlungen. Man kann nicht verkennen, daß in England die Strömung jetzt wächst, die mit Verhandlungen beginnen möchte. Die Pazifisten wie die Realpolitiker müssen aber gleichermaßen der Kriegspartei zugestehen, daß England, wenn es Belgien in irgendeiner Form preisgibt, vor der Welt einen Sturz täte, der eine Katastrophe für die englische Machtstellung bedeutete. Englands Macht beruht zum Teil auf Schiffen und Geld, zum Teil aber, und nicht zum kleinsten Teil, auf dem Glauben der übrigen Welt an die englische Stärke. Zerbricht dieser Glaube, so sind Schiffe und Geld allein nicht mehr imstande, England zu halten. Gibt England Belgien preis, so ist der Kredit Englands zerstört — ein Schlag, den das englische Reich nie verwinden würde. Diese Erwägung ist für die englischen Politiker viel wichtiger als das tatsächliche Gefühl, Belgien moralisch verpflichtet zu sein. Einen Bundesgenossen preiszugeben, hat der englischen Politik niemals innere Schwierigkeiten gemacht; Belgien aber muß sie in ihrem eigenen Interesse noch unbedingter treu bleiben, als im belgischen. Die militärische und maritime Bedeutung Belgiens für Frankreich ist groß, aber selbst sie ist noch lange nicht so groß, wie in diesem Falle der Zwang, auf den politischen Kredit Rücksicht zu nehmen.

Digitized by Google

Hieraus erklärt sich der Wunsch derjenigen Elemente in England, die nicht Fanatiker des Deutschenhasses und Gefangene ihrer eignen Kriegsziele sind, sondern realpolitisch denken, mit Deutschland in Verhandlungen zu treten. Er ist nach englischer Art so eingehüllt, daß niemand aus den Äußerungen ein Bekenntnis der Schwäche herauslesen soll, aber er ist da. Es ist noch etwas anderes da: das Anerbieten an die deutsche Adresse, auf kolonialem Gebiet Entschädigungen gegen Herausgabe von Belgien zu gewähren. Offene Andeutungen hierüber wagen sich noch nicht hervor. Zwischen den Zeilen kann man sie aber in allen friedensfreundlichen Organen und auch in manchen, die so tun, als ob sie nichts vom Frieden wissen wollten, finden. Man findet sie in verzerrter Form sogar in den Reden Lloyd Georges, der wiederholt seinen Standpunkt dahin definiert hat, daß die deutschen Kolonien Gegenstand der Verhandlungen auf dem Friedenskongreß sein sollten. Dies Zugeständnis, das Lloyd George sicher nicht freiwillig macht, ist die Hauptsache; alles andere ist Beiwerk, um das Gesicht zu wahren[1].

Wir sind der Meinung, daß, wenn sich eine klare Bereitschaft Englands zeigen sollte, für die Erhaltung seines eigenen politischen Kredits in der Welt den Preis vollkommen ausreichender Konzessionen an die überseeische Entwicklung Deutschlands zu zahlen, wir Belgien dann ohne weitere Bedingung in seiner vollständigen Souveränität und Unversehrtheit wiederherstellen sollten. Es gibt in der belgischen Frage für uns zwei Möglichkeiten. Die eine besteht darin, Belgien, gleichgültig auf welche Weise, zu einem Bestandteil unseres direkten Machtbereichs zu machen, so daß es in Wahrheit keinen belgischen Staat, der diesen Namen verdiente, mehr gibt. Die andere ist die, Belgien ohne jede Bedingung, außer der einen, daß die Vlamen nicht wieder von den Wallonen vergewaltigt werden dürfen, beim Friedensschluß zu räumen. Was dazwischen liegt, das ist vom Übel. Es wäre die alte Geschichte von dem Samniter Gavius Pontius, dem sein Vater riet: Lasse die gefangenen Römer ohne Lösegeld frei! — und darnach: Haue sie Mann für Mann nieder! Pontius aber wählte den Mittelweg und schickte sie unter das kaudinische Joch. Das war das Verkehrte. So wäre es auch für uns das unglücklichste, Belgien „wiederherstellen" und doch nicht in Wahrheit wiederherstellen zu wollen. Wir müssen uns daran erinnern, daß es von Anfang an nicht in unserer Absicht lag, die belgische Selbständigkeit anzutasten. Wir haben in diesem Punkte vor und auch noch nach unserem Einmarsch in Belgien Versicherungen abgegeben, und es wäre gut, sich offen und grundsätzlich dazu zu bekennen, daß wir jetzt Belgien nur dann aus der Reihe der selbständigen Staaten zu streichen berechtigt sind, wenn es sich um Dasein und notwendigste Sicherheit für uns handelt. Stände es so, dann brauchten wir keine weiteren Gründe beizubringen. Als England 1807 das Bombardement von Kopenhagen und die Fortnahme der dänischen Flotte unternommen hatte, und zwar ohne vorhergehende Anfrage, wie wir es bei Belgien getan haben, da begründete eine Proklamation des Königs von England vom 25. September 1807 die Hand-

[1] Vergl. hierzu auch die Notiz auf S. 1228.

Digitized by Google

lung mit folgenden Worten: Seine Majestät hege das Vertrauen, daß in den Augen Europas und der Welt die Rechtfertigung seines Verfahrens in der gebieterischen und nicht abzulehnenden, alle anderen Verpflichtungen eines Herrschers überragenden Pflicht gefunden werden würde, für die unmittelbare Sicherheit seines Volkes zu sorgen, solange noch Zeit dazu war. Ebenso stellte sich die Parlamentsmehrheit auf den Standpunkt, aus allgemeinen Grundsätzen des Naturrechts wie des Völkerrechts sei „die Sittlichkeit und jedenfalls die Notwendigkeit" der Expedition gegen Kopenhagen zu behaupten. –

Es gehört zu dem Kapitel der Unfähigkeit unserer Regierung und unserer Offiziösen, moralische Offensiven zu unternehmen, wenn auch das Material, das in den englischen Akten über Kopenhagen 1807 liegt, bisher ungenutzt geblieben ist. Breßlau im „Berliner Tageblatt" am 1. Februar 1915, und darnach wir haben wiederholt darauf hingewiesen, und ebenso ist bemerkt worden, daß England nicht daran gedacht hat, die dänische Flotte nachher zurückzugeben oder für die Umgekommenen und die zerstörten Werte Entschädigung zu zahlen. Es ist also auf seine eigene Handlungsweise aufmerksam zu machen, wenn es jetzt die Welt mit dem Spektakel über die belgische „Indemnität" erfüllt. Bei uns aber läßt man solche Gelegenheiten unverwertet liegen. Kaum daß man sich — zu wenig wirksam, weil zu sporadisch und zu wenig wiederholt — dazu aufgeschwungen hat, die Engländer darauf hinzuweisen, daß sie nicht von der Heiligkeit der Verträge über die belgische Neutralität reden dürften, weil sie bei früherer Gelegenheit den deutschen Durchmarsch durch Belgien selbst als diskutabel erklärt und die Belgier für den Fall, daß es dazu kommen sollte, auf Selbsthilfe verwiesen haben.

Dies alles sind offenkundige Dinge, und gerade nach englischer Auffassung könnte keine Rede von einem Unrecht im Falle Belgien sein, wenn im Falle Kopenhagen kein Unrecht, sondern Recht vorliegen soll. Trotzdem wäre es für uns sehr erwünscht, wenn wir Belgien aus jeder Art Zwangsabhängigkeit entlassen könnten, und wenn sich die Anzeichen, daß man in England uns das ermöglichen will, bekräftigten. Es ist nicht gut, ein Volk gegen seinen Willen unfrei zu machen, und die belgische Stelle am Körper Europas ist gefährlich. Sie würde auch für uns eine dauernde Gefahr bedeuten, denn ihr Besitz würde hinreichen, uns der Welt napoleonischer Politik verdächtig zu machen. Gegen eine Welt kann man mit guten Bundesgenossen sich im Kriege behaupten, aber es ist schwer, gegen das Mißtrauen einer Welt unausgesetzt gerüstet zu bleiben. Trotzdem: wenn wir sehen, daß England uns nach wie vor unser zukünftiges Leben — und dazu gehört als unbedingte Notwendigkeit die Wiederherstellung und kräftige Erweiterung unseres Kolonialbesitzes — nicht gönnt, wenn wir sehen, daß England nach wie vor sich nur für sicher hält, wenn wir zur See und über See schwach sind, dann allerdings bleibt uns nichts übrig, als auch in einem selbständigen Belgien nur den von England verlangten

Digitized by Google

Brückenkopf auf dem Festland gegen Deutschland zu sehen und daraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen.

Wir erwarten, wie gesagt, daß bei der Beantwortung der Papstnote auch von Belgien die Rede ist. Wäre es doch so, daß wir dabei merkten: Ziel und Führung sind da! Rußland gegenüber wird unsere Politik so gemacht, als ob das Material zur Beurteilung der Lage an den maßgebenden Stellen nicht voll beherrscht würde. Man hat daher den Eindruck, daß entweder die Furcht, auf unbekanntem Gebiet im Dunklen danebenzugreifen, oder die Idee, es könne doch nichts Ernstliches da sein, was man in der Tat nicht weiß (!), unsere Diplomatie zwangsläufig im Routinegleis hält, obwohl Schwellen und Schienen schon in der Luft hängen. Das ist nicht angenehm, aber von Rußland läßt sich schließlich hoffen, daß die Russen wie bisher, so auch noch ferner die Politik für uns machen werden, die eigentlich wir machen sollten, und daß Finnländer und Ukrainer, wenn sie ihre Selbständigkeit erreicht haben, sich nicht dauernd daran erinnern werden, daß, während ihr Ringen begann, unsere Hand auf dem Rücken lag und unser Auge am Himmel spazieren ging. Mit England aber ist es anders. Die englischen Verhältnisse zu durchschauen, sollte nicht einmal für eine mittlere Diplomatie mehr schwer sein. Bei England, da verlangen wir, daß keine Fehler mehr gemacht werden, die den Krieg länger hinausziehen, als notwendig ist. England kann reif für den Frieden werden, wenn Lloyd George abtritt — und inwiefern es mit an uns liegt, ihn abtreten zu lassen, das hat man uns von England aus so deutlich gesagt, daß es nicht mehr die Schuld der Engländer wäre, wenn wir es nicht verstehen. Allerdings — eine ungeschickte Erklärung über Belgien könnte und würde es leisten, ihn zu halten. Hier brechen wir für heute ab. Zum Thema vom politischen Ziel und politischen Führertum gehört auch noch die Abfertigung an Herrn Wilson, die da wäre, wenn man Ssuchomlinows Geschenk an die deutsche Diplomatie besser benutzt hätte. So steht sie noch aus. Sie kann aber immer noch zu einem unerhörten Triumph der deutschen Sache gemacht werden, wenn ein Funke aus Genieland mit hineinkommt.

Deutschland und England nach dem Kriege

Von Gustav Roloff

Es ist nicht schwer, durch einen Vergleich mit den historischer Seemächten den Beweis zu erbringen, daß Deutschland durchaus befähigt ist, eine große Seemacht zu sein, denn alle materiellen und geistigen Kräfte, die dereinst Holland, Frankreich und England zu Seemächten ersten Ranges erhoben haben, sind in Deutschland reichlich vorhanden.

Holland war im 16. und 17. Jahrhundert die erste See- und Handelsmacht geworden durch die Hingabe seiner Bevölkerung an die maritimen Aufgaben des Frie-

Digitized by Google

dens wie des Krieges: durch die großen Leistungen im Schiffsbau, Fischfang, in überseeischen Unternehmungen, Waffenfabrikation und dergl. wurden alle Größen, die eine große Kriegsflotte braucht, geschaffen[1]. Freilich nicht alle maritimen Faktoren waren in derselben Weise entwickelt. Eine bedenkliche Schwäche lag in der ungenügenden Organisation des niederländischen Bundesstaates, der infolge der Abneigung vieler Bundesglieder gegen sogenannte „unproduktive" Ausgaben nicht eine große eigentliche Kriegsflotte errichten konnte, sondern seine Kriege vorwiegend mit den großen Kauffahrern, die ihm die Handelsgesellschaften oder andere Besitzer im Bedarfsfalle vermieteten, führten mußte. Allerdings waren diese Handelsschiffe bei der damaligen Unsicherheit der See auch für militärische Zwecke eingerichtet, aber die technische Vollkommenheit der zu speziell kriegerischen Zwecken gebauten Schiffe erreichten sie nicht, und ebensowenig genügte die militärische Disziplin von Offizieren und Mannschaften den kriegerischen Anforderungen. Einzelne geniale Admirale erkannten zwar die Schwächen des niederländischen Seewesens, vermochten aber nicht, sie abzustellen.

Frankreichs Seemacht, die die holländische im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts überflügelte, war ungefähr ihr Gegenteil: sie war weit weniger durch die Nation als durch den starken Staat geschaffen worden. Eine zahlreiche seemännische Bevölkerung, eine alte große Schiffahrt und eine Industrie, die für diesen Zweck arbeitete, kurz eine maritime Tradition gab es zu Beginn des 17. Jahrhunderts noch nicht; große Seeschiffe hatte Frankreich überhaupt nocht nicht, und seine Seekriege führte es mit fremden Kapitänen, die es samt ihren Schiffen anwarb. Erst Richelieus mächtiger Wille zwang seit dem zweiten Viertel des 17. Jahrhunderts den Staat in die Bahnen der Kolonialpolitik und des Großhandels zur See, woraus sich die Notwendigkeit einer Kriegsflotte von selbst ergab. Sogleich machte sich nun der große Reichtum Frankreichs an materiellen Mitteln und Menschen — Frankreich war damals der volkreichste Staat Europas — geltend. Auf Betreiben der Krone entstanden binnen weniger Jahrzehnte vortreffliche Häfen, Werften, Reedereien, Kolonial- und Handelsgesellschaften, Geschützgießereien, Schulen für Matrosen und Offiziere, kurz alles, was zum Seewesen gehörte, wurde systematisch in großem Stile geschaffen. Lehrmeister für Schiffsbau und alle nautischen Angelegenheiten wurden aus dem Ausland berufen, das Rohmaterial lieferte bald das Inland, bald das Ausland. Da man sich an die besten ausländischen Muster hielt und die Franzosen stets treffliche Konstrukteure und Artilleristen gewesen sind, so waren die französischen Kriegsschiffe die größten und besten der Welt, ihre Geschütze waren leistungsfähiger, ihre Mannschaften besser durchgebildet und diszipliniert als die englischen und holländischen. Freilich haftete der jungen Flotte eine gefährliche Schwäche an: der Vorrat an brauchbaren See-

[1] Hierüber näheres in meinem Aufsatz: Die Entstehung der englischen Seevorherschaft. Preuß. Jahrbücher Bd. 123, 1906.

Digitized by Google

leuten war gering. Dieser Mangel erklärt sich aus dem Ursprung der Marine. Es war nicht möglich, die binnenländisch gerichtete Nation innerhalb weniger Jahrzehnte mit Teilnahme für die maritimen Dinge zu erfüllen; nur die schwache Küstenbevölkerung und geringe sonstige Bruchteile fühlten Neigung zum seemännischen Beruf. Daher war die französische Flotte zu Beginn eines Krieges nach längerer Friedenszeit unübertrefflich: an technischer Vollkommenheit konnte sich keine andere mit ihr messen. Aber wenn der Krieg erst größere Lücken in das Personal gerissen hatte, so war es schwierig oder gar unmöglich, sie auszufüllen; oft mußten zahlreiche Schiffe in den Häfen bleiben, weil es an Besatzung fehlte. Der Seegroßhandel war noch zu jung; er hatte noch nicht genügend weite Kreise in der Nation seemännisch ausbilden können, und gewaltsam die Nation zum Seedienst zu zwingen, lag nicht in der Macht des damaligen Staates. Diese Schwäche ist der französischen Flotte im letzten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts verderblich geworden. Sie vermochte nach einigen Jahren die See nicht mehr gegen die verbündete englisch-holländische zu halten und mußte die Seeherrschaft an die englische abtreten.

Die britische Flotte, die Siegerin über Holland und Frankreich, zeigt eine Verbindung der guten Eigenschaften der beiden anderen Marinen. Wie Holland hatte England eine kräftige, durch die Praxis in Fischerei, Handel und kolonialen Unternehmungen maritim geschulte Bevölkerung und eine tüchtige Industrie zur Herstellung von Schiffen und Waffen, und wie Frankreich hatte es einen starken Staat, der schon seit dem 16. Jahrhundert für den Bau von besonderen Kriegsschiffen, für die Zusammenfassung aller maritimen Kräfte und eine tüchtige Disziplin sorgte. War auch die technische Vorbereitung auf den Krieg im Frieden nicht so systematisch und gründlich wie in Frankreich, so machte die Überzahl an geschulten Seeleuten, die man aus der Küstenbevölkerung und dem großen Seehandel stets erhalten konnte, diesen Vorteil Frankreichs reichlich wett. Und den Niederlanden war England durch seine staatliche Organisation und seine reicheren Hilfsquellen vollends überlegen.

Eines besonderen Nachweises, daß Deutschland alle die Größen, die England die Überlegenheit über seine Rivalen verschafft haben, in hohem Maße besitzt, bedarf es wohl nicht: starke staatliche Organisation, enge Verbindung der Nationalwirtschaft mit dem Seeverkehr, Hingabe der Nation und der Regierung an die Aufgaben zur See, technisches Können, Vorrat an Rohmaterial — alles ist so reichlich vorhanden, daß die deutsche Flotte sich innerhalb eines Menschenalters aus dürftigen Anfängen zum zweiten Platz emporarbeiten und im Kriege der englischen qualitativ[1] überlegen erweisen konnte. Ein Überflügelung Englands im Frieden wie einst durch Frankreich unter Ludwig XIV. war freilich nicht möglich, da der englische Vorsprung zu groß war und finanzielle wie politische Gründe ein solches Streben verboten. Die Opfer, die die deutsche Landmacht erheischte, hemmten naturgemäß die Entwicklung der Marine, und dann hätte ein Flottenbau mit dem ausgesprochenen Ziele, die englische

[1] qualitativ = der Güte nach.

Digitized by Google

Seerüstung zu erreichen, einen sofortigen englischen Angriff hervorgerufen, und eine solche herausfordernde Politik lag dem Deutschen Reiche fern. Diese natürlichen Bedingungen, die Deutschland zu einer großen Seemacht bestimmen, hat der Krieg nicht etwa beseitigt, er hat uns vielmehr durch ein neues Moment noch günstigere Entwicklungsmöglichkeiten gegeben. Bereits ist es Deutschland gelungen, zwar nicht England in derselben Weise zu schlagen, wie dieses früher Holland und Frankreich besiegt hat und die Seeherrschaft an sich zu reißen, aber die englische Seeübermacht erheblich einzuschränken und eine Hauptwurzel der englischen Lebenskraft so zu schwächen, daß Englands wirtschaftliche und militärische Stellung nach dem Kriege eine ganz andere sein muß als früher. Ein kurzer Vergleich unseres Seekriegs mit denen der Vergangenheit wird das deutlich machen.

In allen früheren Seekriegen vermochte England zugleich die feindlichen Schlachtflotten und den feindlichen Handel zu zerstören, so daß am Schluß der Kriege seine Gegner mehr oder weniger schiffsarm dastanden. Das Inselreich hatte dagegen seine Kriegs- und Handelsschiffe durch Kaperungen und Neubauten vermehrt, sowie seine kommerziellen Beziehungen durch die Vertreibung der feindlichen Flaggen vom Meere vergrößert. So hatte es durch zwei glückliche Kriege von 1688 bis 1715 seine Handelsflotten von 190000 Tonnen auf 300000 und den Handel von 7½ Millionen Pfund auf 14 Millionen Pfund gebracht — der Handel des besiegten Frankreich, das dreimal so volkreich war, betrug etwa den vierten Teil. Und am Schluß der Napoleonischen Kriege besaß England an Handels- wie an Kriegsschiffen weit mehr als die ganze übrige Welt zusammen; Frankreich, Holland, Dänemark, Spanien, die Hansestädte, die im 18. Jahrhundert einen beträchtlichen Teil der Weltschiffahrt besessen hatten, mußten in ihrer maritimen Arbeit wieder von vorn anfangen. Stets hatte in diesen Kriegen die englische Übermacht den eigenen Handel schützen können. Wenn z. B. die Franzosen versuchten, nachdem ihre Schlachtflotte mattgesetzt worden war, einen Handelskrieg mit Korsaren zu eröffnen, um England hierdurch tödlich zu treffen, so hatten die Engländer genügend Fregatten und andere leichte Fahrzeuge zur Hand, um die Handelsschiffe begleiten zu lassen und die Korsaren zu verfolgen; ohne Gefahr konnten nach der Überwältigung der feindlichen Schlachtflotte sogar Linienschiffe desarmiert werden, um Mannschaften für diesen Kreuzerdienst zu gewinnen. Dieser energische Kreuzerkrieg richtete die feindlichen Korsaren bald zugrunde; vorübergehend hatten sie sich wohl lästig machen, aber den Handel nicht ernstlich schädigen, geschweige denn unterbinden können. Es leuchtet ein, wie Kriege mit solchem Ausgang der Macht und dem Reichtum Englands zu statten kommen mußten. Je größer der Vorsprung der englischen Kriegsflotte vor denen der anderen Seemächte wurde, desto weniger angreifbar wurden seine Inseln, je größer der Unterschied zwischen den Handelsmarinen wurde, desto schwieriger mußte es werden sie auszugleichen, desto größer vor allem war der Goldstrom, den der eigne Handel und die Frachten für den fremden nach

Digitized by Google

England fließen ließen. Die Handelsflotte war also ein Kapital, das dem Nationalwohlstande dauernd ungeheure Zinsen trug, am stärksten immer während eines Krieges und unmittelbar nach dem Abschluß, da in solchen Zeiträumen fremder Wettbewerb wenig oder gar nicht vorhanden war.

Heute hat sich nun der Seekrieg in seinen beiden Zweigen gründlich zuungunsten Englands verändert. Zunächst ist die Übermacht der englischen Schlachtflotte nicht groß genug, um die deutsche in alter Weise niederzukämpfen oder in den Häfen einzuschließen. Beide Flotten halten sich im Schach und verhindern sich an größeren Unternehmungen, aber dabei mußte sich die englische Küste doch empfindliche Belästigungen gefallen lassen. Der Erfolg, der in dieser Einschränkung der englischen Bewegungsfreiheit und Sicherheit liegt, wird uns durch die scharfe Kritik an der „Untätigkeit" der englischen Flotte in britischen und französischen Zeitungen ausdrücklich bestätigt.

Vor allem aber ist im Handelskriege eine Wendung eingetreten. Allerdings hat die englische Übermacht ihre alte Praxis fortsetzen und die deutsche Flagge vom Meere vertreiben können, aber die Hoffnung, die sie damit verband, der deutschen Macht den Todesstoß zu versetzen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Auf der anderen Seite hat Deutschland im U-Boot ein Mittel gefunden, dem englischen Handel in einer Weise zuleibe zu gehen, wie es bisher nie möglich gewesen ist. Hierin liegt der charakteristische Unterschied unseres Seekrieges von den früheren: vor hundert und zweihundert Jahren brauchte England den Kaperkrieg nicht zu fürchten, heute können seine Schlachtschiffe und Kreuzer der unterseeischen Jäger auf seine Schiffahrt nicht Herr werden. Selbst wenn die englische Regierung sich entschlösse, Dutzende von großen Schiffen zu entwaffnen, um die Zahl der Torpedoboote und sonstiger Unterseebootsjäger zu vermehren, würde sie schwerlich den U-Booten das Handwerk legen können, aber sie ist dazu gar nicht in der Lage, weil diese Maßregel der deutschen Schlachtflotte freie Hand geben würde. „Könnten wir doch Mannschaften der Flotte in U-Bootsjäger verwandeln" hat einmal „Daily Chronicle" verzweifelt geschrieben und damit den schwachen Punkt in der englischen Rüstung deutlich bezeichnet.

Aus alledem folgt, daß England aus diesem Seekriege zum ersten Male nicht mit verstärkter, sondern ungeheuer geschwächter Tonnage hervorgehen, also sich in ganz anderer wirtschaftspolitischer Lage sehen wird als früher. Das Kapital, das ihm so gewaltige Zinsen trug und die englische Handelsbilanz stärkte, wird verschwunden oder gewaltig verringert sein, England wird sogar große Opfer bringen müssen, um die Lücken zu ergänzen; andere Staaten, die im Kriege ihren Frachtraum besser schonen konnten, werden im internationalen Verkehr eine größere Rolle spielen und viel von dem bisher nach England geflossenen Gewinn einheimsen. Daß Deutschland neben manchem Neutralen zu diesen Gewinnern gehören wird, darf man hoffen, da der größte Teil der deutschen Handelsschiffe gerettet ist und manches neue gebaut sein

Digitized by Google

wird: eins der wichtigsten Kriegsziele Englands, seiner Flagge die Herrschaft im Handel unangreifbar zu sichern, ist also gründlich verfehlt; seine Flagge wird härtere Konkurrenzkämpfe bestehen müssen als je seit Jahrhunderten.

Nicht besser sind die englischen Aussichten auf militärischem Gebiete. Bisher haben wir den Krieg geführt vorwiegend mit Erfindungen und Waffen, die erst im Kriege vollendet worden sind; was an U-Booten im August 1914 vorhanden war, war ja verschwindend gering. Im Frieden wird voraussichtlich der Bau von U-Booten in noch größerem Maßstabe betrieben werden, Deutschland wird also binnen kurzem für den Fall eines neuen Krieges imstande sein, England mit einer vielfach stärkeren U-Bootsflotte wirklich zu blockieren und damit sicher wehrlos zu machen. Daß Deutschland die Menschen und Mittel zur Lösung dieser Aufgabe besitzt, steht fest und schwerlich wird die Technik in absehbarer Zeit ein ausreichendes Gegenmittel gegen die U-Boote finden, da es ihr in drei Jahren trotz heißem Bemühen noch nicht gelungen ist. Mag auch England im Frieden seine Landwirtschaft verbessern und Vorräte an Lebensmitteln wie Rohmaterialien anhäufen, niemals werden diese Mittel ausreichen, den riesigen Bedarf eines großen Krieges auf längere Zeit sicherzustellen. Einen solchen Schlag wird England nicht mit gleicher Wirkung zurückgeben können. Gewiß wird es ebenfalls Dutzende oder gar Hunderte von U-Booten schaffen und mit ihnen die Jagd auf den deutschen Handel eröffnen, aber Deutschland wird weniger darunter leiden als England: hier hat die Kunst die Natur überwunden, die moderne Technik hat Englands bisherigen Vorteil, seine insulare Lage, in das Gegenteil verwandelt. Vermöge seiner kontinentalen Lage ist Deutschland weit weniger vom überseeischen Verkehr abhängig als England und noch weniger als heute wird es in einem künftigen Kriege durch zeitweilige Abschnürung vom Meere erschöpft werden können. Denn nach dem Kriege wird eine großzügige Versorgungspolitik einsetzen und überdies wird das mit Deutschland zusammenhängende Wirtschaftsgebiet durch die Neuregelung des europäischen Ostens und des nahen Orients vergrößert und gekräftigt sein: Deutschland wird also die gegenseitige Absperrung leichter tragen und länger aushalten können als England. Das unterseeische Handelsboot darf man in einer solchen Betrachtung beiseite lassen, denn einstweilen wird es noch nicht entfernt imstande sein, den Einfuhrbedarf großer Staaten zu decken. Wenn man sich gar der Hoffnung hingeben darf, daß Mesopotamien und der Suezkanal von der englischen Herrschaft befreit werden und Deutschland mit Hilfe seines türkischen Bundesgenossen den Persischen Meerbusen zur Basis eines U-Boots- und Kreuzerkrieges machen kann, so ziehen damit neue in ihrer Bedeutung noch gar nicht abschätzbare Gefahren für England herauf, Deutschland würde dagegen einen durch U-Boote nicht zu sperrenden Zugang zum Weltmeer, besonders zu seinen Kolonien, gewonnen haben.

Bleibt also im kommenden Frieden Deutschlands Kraft ungebrochen und wird gar der Osten in der angedeuteten Weise eingerichtet, so wird Deutschland, mag auch im

Digitized by Google

Westen ungefähr alles beim alten bleiben, unter günstigeren Bedingungen als England leben und von dem Inselreiche schwerlich eine neue ernstliche Drohung zu befürchten haben. Es ist begreiflich, daß die englische Regierung, die diese Entwicklung nicht verkennen kann, alles daran setzt, sowohl Deutschlands wirtschaftliche und militärische Kraft zu zerstören, wie den wichtigsten Teil des Orients in seine Gewalt zu bringen; vermutlich wird sie diesem Phantom[1] noch manche Hekatombe[2] zum Opfer bringen, bis sie sich doch von der unerbittlichen Notwendigkeit überzeugen muß, Deutschland in seiner ihm von der Natur der Dinge zugewiesenen Größe anzuerkennen, auf die eigene unbeschränkte Seeherrschaft zu verzichten und Deutschland als gleichberechtigte Weltmacht zu betrachten.

Das Fiasko des „lateinischen Bundes"

Von Dr. Erich Noether, Weimar

Eines der großen Reklameschilder der französischen Presse trägt die Aufschrift: „Die lateinische Union". Unter dieser wohlklingenden Bezeichnung verstehen die betreffenden Kreise Frankreichs einen Bund, der in erster Linie Frankreich, Italien, Belgien, dann aber auch die Länder der Pyrenäenhalbinsel umfassen soll. Nach bewährtem Rezept wurde eine Reihe von großen Zielen aufgestellt, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art, die zu erfüllen die Aufgabe des in Gedanken schon völlig ausgebauten Bundes bilden sollte.

Ungezählte Aufsätze und Flugschriften wurden geschrieben und versandt, sowie Versammlungen abgehalten, deren Beschlüsse von gutem Willen und schönsten Hoffnungen überflossen. Einzelne Zeitschriften, wie z. B. „La Renaissance" und Tageszeitungen, wie der „Gaulois", brachten dauernd große Artikel über die Ziele des neuen Bundes. Es wurde sogar eine eigene Zeitschrift „La revue latine" begründet, die sozusagen als Vereinsorgan anzusehen war.

So war theoretisch alles im besten Gange. Aber der praktischen Durchführung stellten und stellen sich unausgesetzt große Hindernisse in den Weg, „denn hart im Raume stoßen sich die Sachen" — und Interessen.

Untersucht man die geplanten Verbindungen im einzelnen, so ergibt sich, daß für ein französisch-belgisches Zusammenarbeiten die Vorbedingungen relativ am günstigsten sind. Bereits vor dem Krieg liefen vom Wallonenland zahlreiche politische Fäden hinüber nach Frankreich. Die geistigen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Brüssel und Paris waren sehr rege, es wird also wohl keiner großen Anstrengungen bedürfen, um den geplanten Bund an dieser Stelle festzukitten.

Schon ganz anders liegen die Verhältnisse in Italien. Als die „Sœur latine"[3] ihren Ausweis als Kulturnation dadurch erbracht hatte, daß sie das Dreibund-Bündnis tückisch zerriß, wurde sie ob dieses heldenmütigen Entschlusses von der „großen

[1] Phantom = Trugbild. [2] Hekatombe = Massenopfer. [3] Sœur latine = lateinische Schwester.

Digitized by Google

Schwester“ Frankreich mit offenen Armen und lodernder Begeisterung empfangen. Dachte man doch in Paris, daß das Eingreifen Italiens das Kriegsglück wenden und den damals schon als nahe bevorstehend proklamierten Sieg der Alliierten in kürzester Frist bewahrheiten würde. Französische Politiker und Journalisten — eigentlich eine Tautologie[1] — berauschten sich in „erhabenen“ Reden und Aufsätzen an den Gedanken der großzügigen kommenden Zusammenarbeit der beiden Schwesternationen und D'Anunncio schmetterte die Siegesfanfaren seiner Wünsche durch den Blätterwald und das Kabelnetz der Entente.

Mit fliegenden Fahnen stürmten die italienischen Truppen vor und — wurden geschlagen, immer und immer wieder geschlagen, so daß der „Vormarsch auf Wien“ nach zwei Jahren blutigster Kämpfe immer noch am Isonzo, an der Eisenmauer Österreich-Ungarns, aufgehalten wird.

Wie eine Fata Morgana liegen Triest und Trient vor den italienischen Blicken, und allmählich beginnen einsichtsvolle Italiener zu merken, daß die Erreichung dieser Ziele doch nur eine trügerische Hoffnung darstellt. Deshalb wird von italienischer Seite nach und nach das politische Schwergewicht auf Faustpfänder im Balkan gelegt, eingedenk des Sprichwortes „der Spatz in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dache“. So wurde Vallona von den Italienern besetzt, so ist die neuerdings proklamierte Schutzherrschaft Italiens über das — zum größten Teil allerdings von Österreichern besetzte — Albanien zu erklären.

Die ganze hier geschilderte Entwicklung hatte zur Folge, daß die heißglühenden Gefühle Frankreichs für Italien erheblich abgedämpft wurden. Denn einmal sucht Frankreich den Kriegseifer Italiens durch Aufstachelung zur Befreiung der unerlösten Gebiete wachzuhalten, dann aber liegt ein Vordrängen Italiens auf dem Balkan absolut nicht im Interesse Frankreichs. Die „lateinische Union“ wird von Frankreich immer so verstanden, daß Frankreich in diesem neuen Gebilde die Führung hat. Deswegen finden alle imperialistischen Wünsche Italiens in Frankreich keine Gegenliebe. Da aber Italien als aufstrebende Nation sich durch Rücksichten auf das absterbende Frankreich nicht hemmen läßt, entstehen Reibungen und Streitigkeiten. Frankreich erklärt, von Italien nicht als alter Verwandter, auf dessen Erbschaft man spekuliere, behandelt werden zu wollen. Ebensowenig habe man Lust, als Aushilfsmittel gegen die Beseitigung innerer italienischer Schwierigkeiten zu dienen, d. h. Frankreich kann es nicht zulassen, daß die italienische Regierung, um inneren Unruhen vorzubeugen, imperialistische Ziele verfolgt, die Frankreichs Wünschen zuwiderlaufen.

Italien seinerseits klagt immer und immer wieder darüber, von Frankreich als der „jüngere unmündige Bruder“ behandelt zu werden. So sind die politischen Voraussetzungen für ein dauerndes Zusammenarbeiten dieser Nationen nicht gerade die günstigsten.

Aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht werden sich einer Zusammenarbeit große

[1] Tautologie = doppelte Bezeichnung desselben Gedankens mit anderen Worten.

Digitized by Google

Schwierigkeiten entgegenstellen, denn einmal konkurrieren Frankreich und Italien mit verschiedenen Produkten auf dem Weltmarkt, dann aber fürchtet man in Frankreich, daß durch die geplante Masseneinwanderung italienischer Arbeiter — wie sie von Vertretern des lateinischen Bundes gefordert und dem kinderarmen Frankreich als notwendig hingestellt wird — die „Reinheit" der französischen Rasse leiden werde. Italien wiederum erklärt, nicht gewillt zu sein, das nun glücklich abgeschüttelte deutsche Wirtschaftsjoch mit einem französischen zu vertauschen.

Ob diese Basis gegenseitigen Mißtrauens nun gerade eine sehr feste Grundlage für dauernde wirtschaftliche Verbindungen geben wird, mag dahingestellt bleiben.

Wenn politische und wirtschaftliche Verhältnisse nicht günstig sind, so vermögen kulturelle Bande allein eine dauernde Einigung nicht herzustellen. Es wirkt ja auf die Pariser Bevölkerung ausgezeichnet, wenn eine italienische Abordnung am Denkmal der Stadt Straßburg einen Lorbeerkranz niederlegt, der am römischen Kapitol gepflückt wurde, für ein innerliches kulturelles Zusammenarbeiten braucht es doch wirklich andere Grundlagen als solche Äußerlichkeiten, und die französische Ansicht — wie sie von vielen Gelehrten und Schriftstellern vertreten wird —, daß die italienische Kultur in vielem von Frankreich abhänge, wird Italiens Selbstgefühl verletzen und so auch nicht gerade als festes Bindemittel dienen.

War für Belgien die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens ziemlich wahrscheinlich, ist sie für Italien nur schwer denkbar, so erscheint sie völlig ausgeschlossen bei dem Wunsch, auch die Pyrenäenhalbinsel in den lateinischen Kulturkreis einzubeziehen.

Über Portugal ist wenig zu sagen, auch in Frankreich scheint man das Gefühl zu haben, daß die „heldenhafte portugiesische Nation" doch eigentlich heute nur noch eine englische Kolonie ist, und sollten nationale Regungen, wie sie die letzten Unruhen in Lissabon darstellen, zum Erfolg führen, so würde ein sich auf sich selbst besinnendes Volk sicherlich nicht den Wunsch haben, das englische Leitseil zu zerreißen, um dafür an das Gängelband Frankreichs zu kommen.

So bleibt nur noch die Betrachtung Spaniens übrig. Wie alle übrigen Neutralen, so wurde auch Spanien nach allen Regeln der Kunst umworben. Von Frankreich aus wurden Abordnungen über Abordnungen geschickt, die die gemeinsamen Interessen betonen und auf die innigen Verbindungen der lateinisch-romanischen Rasse hinweisen sollten. Die unausgesprochene Hoffnung bei allen diesen Besuchen war, daß „die Stimme des Blutes" bei den Spaniern so laut sprechen würde, daß sie sich zum Kampfe für die „gerechte Sache" entschließen könnten. Spanien war und blieb aber von einer völlig unamerikanischen Neutralität. Die Sympathien des Volkes standen teils auf seiten der Zentralmächte, teils auf seiten ihrer Gegner. Die Stimmung dieser letzteren suchte die Entente auszunutzen, um hier die Hebel für ein späteres Zusammenarbeiten einsetzen zu können. Es ist ja auch zuzugeben, daß ein Teil des spanischen

Digitized by Google

Volkes Sympathien für Frankreich besitzt. Politisch wie wirtschaftlich ist eine dauernde französisch-spanische Einigung in der Theorie nicht ausgeschlossen. Aber auch hier gilt wieder, was bei Italien schon angeführt wurde: die imperialistischen Interessen der beiden Länder müssen unbedingt aufeinander prallen, und vor allen Dingen ist es das französische Tanger, das den Spaniern ein Dorn im Auge ist. Aus diesem Grunde allein werden die schönen französischen Hoffnungen unausführbar sein. Es kommt aber noch eines hinzu. Die enge Verbindung, die Frankreich während des Krieges mit England einging, hat die spanische Sympathie für Frankreich stark abgekühlt, denn kein Spanier, der für sein Vaterland fühlt, wird über die Tatsache hinwegkommen, daß der starke Felsen Gibraltar im englischen Besitz ist. So wäre die erste Forderung, die Spanien bei einem engen Bündnis an Frankreich stellen würde, doch wohl die, daß Frankreich seinen Bundesgenossen über dem Kanal veranlasse, Gibraltar den Spaniern zurückzugeben. Frankreichs erste Sorge bei Frage der Zurückgabe besetzten Gebietes dürfte aber doch wohl die näherliegende von Calais sein. Außerdem wird eine solche eventuelle spanische Forderung von der französischen Tagespresse heute schon mit aller Entschiedenheit und mit den Zeichen höchster Entrüstung abgelehnt.

Fassen wir kurz zusammen, so ergibt sich, daß der theoretisch so herrlich aufgebaute lateinisch-romanische Bund in der Praxis wohl auf eine Einigung mit dem wallonischen Belgien rechnen kann, daß aber Italien und Spanien für ein dauerndes Zusammenarbeiten mit Frankreich nicht in Betracht kommen und man deshalb heute schon von einem Fiasko des „lateinischen Bundes" sprechen kann.

*

Seitdem diese Zeilen geschrieben wurden, haben sich zwei Gruppen von Ereignissen ereignet, die, äußerlich betrachtet, zwar eine Erstarkung des lateinischen Bundes darzustellen scheinen, in Wirklichkeit aber nur beweisen, auf wie schwachen Füßen der geplante Bund steht.

Es sind dies einmal die Bestrebungen, die südamerikanischen Staaten in die lateinische Union hineinzuziehen, und dann die Aufstandsbewegung in Spanien. Bei näherer Betrachtung ergibt sich, daß der Grund für die Bestrebungen in Südamerika darin zu suchen ist, daß der Unionsgedanke in Europa nicht durchgeführt werden konnte und man deshalb — wie es bei der Entente ja überhaupt üblich ist — sich Hilfstruppen außerhalb Europas zu schaffen sucht.

Die Vorgänge in Spanien legen dar, daß die Ententestaaten die Liebe, die sie durch Überredung nicht erringen konnten, nunmehr durch unterirdische Machenschaften und Gewalttaten zu erlangen bestrebt sind. Es ist nicht anzunehmen, daß dieser Weg zu dem begehrten Ziele führen wird, und so kann man auch trotz — oder vielleicht gerade wegen — dieser Ereignisse weiterhin von einem Fiasko des lateinischen Bundes sprechen.

Digitized by Google

Offener Brief an die Herausgeber der „Deutschen Politik"

Von Leutnant d. R. Rein

(Mit Antwort von Dr. Friedrich Thimme.)

Sehr geehrte Herren!

Ich glaube mich nicht an eine falsche Adresse zu wenden, wenn ich diesen Offenen Brief an die Herausgeber der „Deutschen Politik" richte von der Überzeugung getragen daß Ihre Wochenschrift für innere Fragen kein Parteiblatt sein will, sondern alles unter dem Gesichtspunkt der auswärtigen Politik und unserer eigenen politischen Kultur, die auch natürlich nach außen zu wirken bestimmt ist, in Betrachtung zu ziehen geneigt ist.

Mitten im Weltkrieg sind wir drauf und dran, in einen schweren inneren Konflikt hineinzugeraten! Mit Staunen, so muß ich sagen, finden wir in den Zeitungen, die aus der Heimat kommen, Nachrichten, die von erneuten energischen Vorstößen der Parlaments-Mehrheit gegen die neue Regierung berichten. Der Ruf ertönt dringend und beinahe anmaßend: es wird Zeit, daß die Reichsregierung von den Mehrheitsparteien voll und ganz übernommen wird; das alte System hat abgewirtschaftet. Deutschland ist das einzige Land, das sich in politischer Beziehung noch nicht zu der kulturellen Höhe der Westmächte erhoben hat; folgen wir nach und nehmen wir Lloyd George und Wilson jeden Grund, sich über uns zu erheben.

Darf ich hier die Frage dazwischen stellen, ob schon jemand von den Reformern darüber nachgedacht hat, daß alle die Staaten, die seit langem schon „im glücklichen Genusse des parlamentarischen Regimes" sind, *während des Krieges das parlamentarische Regierungs-System* (d. h. die Herrschaft der Mehrheitspartei oder -Parteien) *aufgehoben haben*? In England, in dem infolge einer ganz besonderen ihm eigentümlichen politischen Entwicklung und seiner daraus sich ergebenden großen historischen Tradition das parlamentarische System erfolgreich gearbeitet hat, ist man, als der Krieg auch für England anfing schwerer Ernst zu werden, am Ende seiner bisherigen politischen Weisheit angelangt, und Gentlemen von beiden Seiten des Hauses mußten zusammentreten, um eine Kriegsregierung zu bilden. Frankreich setzte noch schneller ein Koalitions-Ministerium an Stelle der Parteiregierung. Ähnlich verfuhr Italien, und nur Amerika ist es, daß bisher die Parteiregierung der Demokraten noch beibehalten hat, wohl weil die Regierungsmaschine ohne den Antrieb seitens einer Partei überhaupt nicht laufen würde und der Präsident, einmal gewählt, mächtiger ist als jeder andere Herrscher auf Erden.

Und wir? Die richtige Schlagfertigkeit nach außen in militärischer und politischer Beziehung so dringend nötig habend wie kein anderer, wir bewegen uns am Schluß des dritten Kriegsjahres und am Anfang des vierten von einer politischen Krisis in

Digitized by Google

die andere! Wir müssen erleben, daß Berlin in seiner politischen Nervosität ganz zu vergessen scheint, daß wir auf Leben und Tod in einem mörderischen Kampfe stehen. Man ruft nach Experimenten mit dem parlamentarischen System, man verlangt die Besetzung der Stellen der Reichsregierung zum ersten Male in der deutschen Geschichte mit politischen Amateuren, man beschwört einen innern Kampf herauf, während alle, auch der letzte Mann, an der Front nach außen stehen sollten. Es ist kein Gefühl des Wohlbehagens, das uns durchströmt, wenn wir sehen, wie man zu Hause anfängt, ein gerüttelt Maß politischer Kraft in inneren Reibungen zu vergeuden und zu verbrauchen. Werden wir später nicht genug Zeit dazu haben? Wenn die Entwicklung zum parlamentarischen System, wie manche sagen, doch unvermeidbar sein soll, warum denn nicht ruhig noch ein oder zwei Jahre warten? —

Einst glaubten wir, daß Deutschland ein gütiges Geschick vor der Versumpfung im westeuropäischen und angelsächsischen Parlamentarismus bewahrt hat. Wir schienen in der Periode parlamentsherrlicher Hochflut aufgespart zu werden für ganz besondere Aufgaben; unser Freibleiben vor der Verirrung in die parlamentarische Sackgasse gab uns die Möglichkeit, den Gedanken und die Hoffnung zu pflegen, daß wir Deutsche dazu berufen sind, neue Formen, deutsche Methoden der Volksregierung zu finden, zu entwickeln, zu gestalten. Ja, ich darf sagen, einige nicht der schlechtesten Köpfe bei unseren Feinden haben, mehr oder weniger klar und deutlich umschrieben, diese Hoffnung im Herzen getragen. Ich werde nie vergessen, mit welcher von Dankbarkeit und edlem Neid getragenen Gesinnung jener amerikanische Bund für die Reform der Regierung der amerikanischen Städte in öffentlicher Volksversammlung für das deutsche Muster eintrat. Los von der Parteiregierung! Das ist der Gedanke nicht reaktionärer Kreise, sondern der Fortgeschrittensten unter den Fortgeschrittenen. Auf uns hoffen die Menschenfreunde. Und da wollen wir, im Schoße unendliche Möglichkeiten tragend, in den Sumpf des Parlamentarismus hineinsteigen, politisch um Generationen der Entwicklung nachhinken, anstatt endlich auch in politischer Form- und Gedankenbildung bildend aufzutreten — ohne das ein Weltvolk sein zu wollen sinnlos wäre. Wenn wir ein solches aber zu werden wünschen, wenn wir mehr vorhaben, denn als Kaufleute in allen Winkeln der Welt Geschäfte zu treiben, wenn wir bereit sind, staatsmännische Kräfte zu entwickeln, kulturpolitische Gedanken in die Menschheit der Zukunft zu tragen — dann sollten wir festhalten an veralteten, im Fichteschen Sinne wahrhaft undeutschen ausländischen Ideen und uns der Lloyd Georgeschen und Wilsonschen Philosophie in die Arme werfen?

Wir im Felde — ich glaube damit wirklich nicht nur für mich persönlich, sondern doch für einen recht erheblichen Teil der Front zu sprechen — verstehen keine Maßregel, die zu einem anderen Zwecke ergriffen wird als dem, den Krieg erfolgreich zu beenden. Was aber ist in diesen letzten Wochen in Berlin an politischer Nervenkraft aufgewendet worden! Wirklich nur im Dienste eines schwer im Verteidigungskriege

Digitized by Google

ringenden Volkes? Nicht auch für Nebenzwecke, Nebenabsichten, für Befriedigung eines Machthungers, der ja jeder politischen Völkerkraft mehr oder minder innewohnt? Hand aufs Herz, Reichstagsmehrheit, und prüfe dich.

Noch ist weniges nur verloren. Die Regierung besitzt die Kraft, dem nicht zur Ruhe kommen wollenden Spiel ein Ende zu bereiten. Sie braucht nur zu sagen: wenn ihr es so weit kommen lassen wollt, dann dürfen wir auch nicht vor dem Durchfechten des Konfliktes zurückschrecken. Hinter uns steht die Masse des Volkes. Ein Reichstag, der egoistische Politik treibt und nicht schlechthin vaterländische, muß und kann bei einer Auflösung im günstigen Moment und mit einer Agitation, die die Kernfrage in der richtigen Weise vor die Wähler bringt, beseitigt werden und wird durch einen neuen ersetzt werden, der den Gedanken wieder aufgreift: jetzt nichts anderes, als sich in Reih und Glied gestellt und die ganze Kraft für ein erfolgreiches Kriegsende eingesetzt! Mit den besten Grüßen an die „Deutsche Politik"

Ihr sehr ergebener
Rein, Leutnant d. R.

Antwort

Sehr geehrter Herr!

Die Herausgeber der „Deutschen Politik" haben mich, da ich in ihr vorzugsweise die innerpolitischen Fragen bearbeite, gebeten, auf Ihren Offenen Brief zu antworten. Ich tue es um so lieber, als wir uns alle mit Ihnen in mancher Beziehung nahe berühren. Mit Ihnen schwebt es uns als ein großes Ziel unserer Zukunft vor, daß wir ein Weltvolk sein wollen, das auch in politischer Form- und Gedankenbildung führend auftreten soll. Mit Ihnen sind wir der Ansicht, daß wir dieses Ziel nicht erreichen können, indem wir sklavisch die Formen der westmächtlichen Demokratie, den Parlamentarismus Englands oder Frankreichs nachahmen und an Stelle einer starken über den Parteien stehenden Monarchie ein schwankendes Parteiregiment setzen, das uns nach außen zur Ohnmacht verurteilen müßte. Insofern also bei der Reichstagsmehrheit, der Sie so eindringlich zurufen, sich selbst zu prüfen, wirklich ein egoistisches Machtstreben, Nebenzwecke, Nebenabsichten unterlaufen sollten, könnten wir das nur gleich Ihnen verurteilen. Aber sollten nicht auch bei der Reichstagsminderheit, die alle Fragen der innerpolitischen Neugestaltung aus dem Gesichtspunkt heraus, daß es jetzt nur auf das eine ankomme, den Krieg siegreich zu beenden, auf das Ungewisse vertagen möchte, Nebenzwecke und Nebenabsichten in Frage kommen können? Es liegt doch auf der Hand, daß die verheißene Einführung des gleichen Wahlrechts der Vorherrschaft gewisser Parteien in Preußen ein Ende bereiten muß; wäre es da nicht begreiflich, wenn diese Parteien den Zeitpunkt der Neuregelung unter plausiblem Vorwande möglichst hinauszuschieben suchten? Wir sind weit entfernt, der Reichstagsminderheit solche egoistischen Nebenabsichten zu unterschieben; denn grundsätzlich sollte es heute

Digitized by Google

einem jeden Deutschen völlig selbstverständlich sein, daß jedem Volksgenossen der vaterländische Gesichtspunkt über alles geht. Aber dies Vertrauen sollte doch auch von der Reichstagsminderheit der Reichstagsmehrheit zugebilligt werden. Ohne allen Zweifel: wenn die Reichstagsmehrheit größere Volks- und Parlamentsrechte begehrt so hat sie dabei in erster Linie nicht ein ödes Machtstreben, sondern das Wohl des Volkes selbst im Auge. Es ist auch gar nicht an dem, daß die Reichstagsmehrheit geschlossen nach der Einführung des parlamentarischen Systems strebt. Das Zentrum z. B., das sogar gegen die Einführung des Sonderausschusses beim Reichskanzler bundesstaatliche Bedenken erhoben hat, ist ganz gewiß nicht in seiner Mehrheit, trotz des vielberufenen Erzberger auf das parlamentarische System aus; und sogar in der Sozialdemokratie mehren sich die Stimmen, welche für unsere Verhältnisse das westmächtliche Muster glatt ablehnen. Der schöne Aufsatz des Reichstagsabgeordneten Peus im vorigen Hefte unserer Zeitschrift mag Ihnen zeigen, daß der einsichtigere Teil unserer Sozialdemokratie unter echter Demokratie nur einen Zustand versteht, in welchem jeder Staatsbürger verantwortungsvoll, unter gleichem Rechte, aber auch mit dem Gefühl der Verpflichtung zu gemeinnütziger Aktion am Wohle des Ganzen mitwirkt. Eine solche Demokratie, die nicht in erster Linie auf die Rechte, sondern auf die Pflichten und die Verantwortung sieht, die ist ihrer inneren Natur nicht westmächtlich, sondern echt deutsch, tief durchtränkt mit Kantischem und Fichteschem Geist, auch nicht etwa unvereinbar mit dem innersten Wesen unseres preußischen Königtums, das in dem Träger der Krone nur den ersten Diener des Staates sieht, sondern ihm kongenial. Begeistert haben wir von der „Deutschen Politik“ das Wort unsers Kaisers von dem Volkskönigtum der Hohenzollern aufgenommen, das selbst für die freie und freudige Mitarbeit aller Volksglieder am Staatsganzen die Tore hoch und weit aufmachen will. Das in der Tat ist die große Ziellinie unserer Zukunft, ist das Zeichen, in dem Monarchie und Demokratie ihre Synthese[1] vollziehen müssen. Nichts kann törichter sein, als das vielfache Gerede auf rechtsstehender Seite, daß jede Verleihung weiterer Rechte an Volk und Parlament die Monarchie gefährde. Vor einiger Zeit las man in der „Deutschen Tageszeitung“, daß die Krone moralischen Selbstmord begehe, wenn sie dem Volk ein Mitbestimmungsrecht bei Kriegserklärung und Friedensschluß einräume. Das eben bekannt gewordene Telegramm Kaiser Wilhelms vom 20. August 1905 zeigt, daß dieser völlig auf anderem Boden steht. Er, der dem Zaren im japanischen Kriege riet, dem russischen Volke die lang gewünschte Möglichkeit zu geben, daß es die Entscheidung über seine Zukunft selbst treffe, oder an dieser Entscheidung teilnehme, wozu es ein positives Recht habe, wird sicherlich dem deutschen Volke ein gleiches Recht nicht vorenthalten wollen. So verschieden die Verhältnisse zwischen Rußlands Lage im Jahre 1905 und der unseren im heutigen Momente sind, es gelten doch heute erst recht die kaiserlichen Worte: „Die Entscheidungen, die zu treffen sind, sind in ihren Folgen so furchtbar ernst und so weitreichend daß es

[1] Synthese = Zusammenfügung der Teile zum Ganzen.

Digitized by Google

ganz unmöglich ist für irgendeinem sterblichen Herrscher, die Verantwortung dafür auf seine eigenen Schultern zu nehmen, ohne die Hilfe und den Rat seines Volkes." Ganz undenkbar erscheint es, daß der Kaiser dem deutschen Volke, dem er während des Krieges in überströmenden Worten wieder und wieder sein Vertrauen und seine Bewunderung ausgesprochen hat, vorenthalten wird, was er 1905 dem russischen Volke zugebilligt sehen wollte. Mit gleicher Sicherheit dürfen wir annehmen, daß sein Wille auch in den Fragen der inneren Regierung auf ein weitgehendes und einträchtiges Zusammenwirken mit der Volksvertretung gerichtet ist. Wir glauben diesen seinen Willen schon in der Berufung von Parlamentariern in die Regierung und in der Berufung des Sonderausschusses beim Reichskanzlers zu sehen, und sind um so gewisser, daß es in diesen Dingen kein Zurück, sondern nur ein Vorwärts geben kann. Wenn aber dem so ist, so bedarf es doch nur einer kraftvollen Führung, um die innerpolitischen Bestrebungen der Reichstagsmehrheit, die Ihnen solche Bedenken einflößen, in die rechten Bahnen zu lenken. Wissen unsere Linksparteien, daß des Kaisers Wille andauernd darauf gerichtet bleibt, den freien deutschen Volksstaat im Sinne eines weitgehenden Mitbestimmungsrechts des Volkes an seinen Geschicken und voller Harmonie zwischen Krone und Parlament auszugestalten, so werden auch sie sich auf das freudigste um den Kaiser scharen und davon Abstand nehmen, auf dem Umwege über die eigene Macht das Volkswohl zu suchen. Es kommt unter diesen Umständen alles auf den leitenden Staatsmann an. Er muß jedes egoistische Machtstreben der Parteien, mag es nun von der Reichstagsmehrheit oder der Reichstagsminderheit ausgehen, auf das gemeinsame Ziel, das im Grunde alle wollen, das große, machtvolle, freie Deutschland hinzulenken wissen. Er darf nicht etwa darauf aus sein, durch irgendein Mittel, etwa gar durch das von Ihnen zum Schluß empfohlene Mittel eines Konflikts, d. h. eine Reichstagsauflösung, die bisherige Reichstagsmehrheit in eine Minderheit zu verwandeln. Das wäre, wie ich schon im vorigen Hefte ausgeführt habe, die unheilvollste Politik, die überhaupt eingeschlagen werden könnte; sie müßte den inneren Unfrieden zum bellum civile (Bürgerkrieg) steigern. Es bedarf einer solchen Katastrophenpolitik (Gewaltpolitik) auch gar nicht; mit entschlossenem Willen und sicherer Hand lassen sich die ungeberdig auseinanderstrebenden Kräfte der Parteien sehr wohl durch den Zwang zum Schaffen zusammenfassen. Der gemeinsamen Aufgaben sind ja so unsagbar viele; es gilt doch nicht bloß den Krieg siegreich zu beenden, nicht bloß den Frieden zu schließen, es gilt auch jetzt schon, aus unserem eigensten Wesen heraus für den deutschen Volksstaat die Formen zu schaffen. Sie selbst nähren die Hoffnung, und wir hegen sie mit Ihnen, daß wir Deutsche dazu berufen seien, neue Formen, deutsche Methoden der Volksregierung zu finden, zu entwickeln, zu gestalten. Ja, glauben Sie denn, daß wir diese je finden können, wenn wir nicht schon die Gegenwart benutzen, um uns in praktischer Arbeit für unseren Weltberuf auszurüsten? Bitter not tut uns freilich der große Meister, der uns bei dieser Arbeit leitet.

Digitized by Google

Ob wir das Zutrauen haben dürfen, daß Reichskanzler Michaelis dieser Meister sein wird? Wir sind, um die Wahrheit zu sagen, trotz einzelner verheißungsvoller Anzeichen nicht mehr so hoffnungsfroh wie im Anfang gestimmt. Die nächste Zeit schon wird es lehren, ob die Hoffnungen sich wieder befestigen können oder ob sie weiter herabgestimmt werden.

Mit freundlichen Grüßen im Namen der „Deutschen Politik"
Ihr sehr ergebener
Friedrich Thimme.

Sozialreform und Behördenorganisation

Auch ein Kapitel der „Neuorientierung"

Von Dr. Otto Kriegk, Bremen

Das beste wäre, man könnte von der Krisis des Reichstags an den heißen Julitagen völlig schweigen. Leider aber steht der wirkliche Erfolg der seltsam leidenschaftlich aufgebauschten Aktion in stark umgekehrtem Verhältnis zur tatsächlichen Wirkung auf unser innerpolitisches Leben. Den Abgeordneten von Payer wird sein Wort: Seine Parteifreunde zögen es vor, in der Opposition zu bleiben, statt praktische Regierungsarbeit zu leisten, noch lange gereuen. Und man wird auch nicht vergessen, daß der Abgeordnete Schiffer, der etwas post festum noch Unterstaatssekretär geworden ist, die Passivität des Reichstages bei der Bildung von Michaelis' Beamtenministerium damit entschuldigt hat, daß der Reichstag ja nicht gefragt sei. Kurz, man hat heute in Kreisen, die ernsthaft und praktisch an der Ausgestaltung unseres staatlichen Lebens arbeiten wollen, das Gefühl, daß der augenblickliche Reichstag dabei als positiver Faktor auszuscheiden ist, um so mehr aber, insofern negativ in Rechnung gestellt werden muß, daß er jetzt jede Gelegenheit, parteipolitische oder verfassungstheoretische Meinungsverschiedenheiten mit Worten auszufechten, ergreifen wird. Es ist nichts für diese Stimmung im Hause der deutschen Volksvertreter bezeichnender als die Tatsache, daß im Verfassungsausschuß (schon der Name spricht Bände) sich nicht ein einziger gefunden hat, der auch auf die vorliegenden sozialpolitischen Anträge hinwies und darauf, daß sie mindestens die gleiche Bedeutung hätten, wie die Fragen der Parlamentsrechte in der Reichsverfassung.

Man hört endlich, nachdem schon viel verdorben ist, nachdem man Lloyd George und Wilson ein glänzendes Objekt neuer Hetzpropaganda höchst ungeschickt in die Hände gespielt hat, allerorten Stimmen gegen eine Demokratisierung nach westlichem Muster. Der Ruf: „Für Deutschland eine deutsche Demokratie", wobei das Fremdwort als recht unbestimmte Begriffsbezeichnung noch wirkt, dringt durch. Aber die Hauptsache übersieht man noch immer. Es kommt nicht nur darauf an, jetzt eine den Zeiten entsprechende Form der deutschen Reichsverfassung zu finden. Das Ziel liegt höher und

Digitized by Google

ist umfassender. Es gilt, mit festen Füßen auf den Formen unserer bisherigen Entwicklung stehen zu bleiben und von dort aus alles das mit allen Mitteln zu fördern, was unsern Staat stärker macht. Fester nach außen und fester nach innen. Von diesem Standpunkt aus erscheinen die notwendigen sozialpolitischen Reformen wichtiger als die Verfassungsreformen.

Was hat unsern Staat bisher nach außen und nach innen hin wirklich geschwächt? Nicht der, zwar auch ganz offenbare Mangel einer engeren Verbindung von Parlament und Regierung, sondern der Mangel an rechtem Staatsgefühl, der gerade in den breitesten Schichten unseres Volkes, im sogenannten Mittelstand, noch mehr als in den politisch geschulten sozialistischen Massen zu beobachten war. Das Staatsbewußtsein zu wecken, ist unsere Aufgabe. Sie muß erst gelöst sein, ehe wir an Verfassungsfragen herangehen. Nur mangelndes Staatsbewußtsein und damit das Fehlen eines, gerade den Abgeordneten schulenden engen Verhältnisses zwischen diesem und seinen Wählern, war die tiefste Ursache dafür, daß die große Verfassungsdebatte der letzten Monate nur verhetzend und entzweiend gewirkt hat, ohne praktische Ergebnisse zu erzielen. Ein Volk, das wirklich mit seinem Staate eins ist, eine echte Volksregierung würde solche Debatten zu einem anderen Ausgang geführt haben.

Es hat bei ruhiger, von dem täglichen Wechsel der Ereignisse abrückender Betrachtung der Stimmungen und Anschauungen in Kreisen der liberalen Abgeordneten den Anschein, als ob die größere Zahl von ihnen noch immer im Staat den „Nachtwächter" sieht, der Waffenschutz nach außen und Rechtsschutz nach innen garantiert. Wissen sie wirklich nicht, daß das Volk als Gesamtheit heute von seinem Staate mehr verlangt, daß es Förderung seiner Wirtschaft, seiner Kultur fordert? Energische und erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik, das ist der Quell, aus dem eine reine Staatsgesinnung fließt. Hier liegt die Aufgabe der Volksvertretung. Es ist einer der größten Nachteile unserer gesamten politischen Lage, daß unsere Abgeordneten als Gesamtheit, mit rühmlichen Ausnahmen, von der Notwendigkeit dieser Aufgabe nicht genügend durchdrungen sind.

Um so größer ist das Mißtrauen, mit dem viele der kommenden Reichstagstagung entgegensehen. In ihrem Mittelpunkt wird die Debatte über die Teilung des Reichsamts des Innern stehen. Und der Plan der Regierung, wie er bis heute vorliegt, muß dabei die sozialpolitischen Fragen wieder in den Vordergrund treten lassen.

In der Mitteilung über die großen Veränderungen in der Besetzung der Staatssekretariate und der preußischen Ministerien ist auch amtlich von dem Plan der Regierung Kenntnis gegeben, das Reichsamt des Innern zu zerlegen. Der betreffende Satz lautet: „Aus dem Reichsamt des Innern soll ein Reichswirtschaftsamt ausgeschieden werden, dem die Handels- und Wirtschaftspolitik, sowie die Sozialpolitik zufallen, und das mit je einem Unterstaatssekretär für diese beiden großen Gebiete ausgestattet werden soll. Dem verkleinerten Reichsamt des Innern verbleiben neben

Digitized by Google

innerpolitischen auch militärische, kulturelle und wissenschaftliche Angelegenheiten."

Das Reichsamt des Innern gliedert sich bekanntlich heute in vier Abteilungen. Sie umfassen in der zweiten Abteilung die gesamte Fürsorge für die arbeitenden Klassen, das Versicherungswesen, Genossenschaftswesen, Hypothekenbankwesen und Arbeitsmarktfragen. Der dritten Abteilung fallen die See- und Binnenschiffahrt, Auswanderungswesen, Fischerei und Angelegenheiten des geistigen Eigentums, Rechtsschutzes, das Maß- und Gewichtswesen, Medizinalwesen und land- und forstwirtschaftliche Biologie zu. In der vierten Abteilung werden alle handelspolitischen, handelsrechtlichen und handelsstatistischen Fragen bearbeitet. Der gesamte Rest der in die Kompetenz des Reiches laut Verfassung gehörenden Angelegenheiten fällt in die erste Abteilung, soweit nicht besondere Reichsämter dafür bestehen.

Bei der von der Regierung vorgeschlagenen Zerlegung würden also die Arbeiten der bisherigen Abteilungen 2 und 4 und der größere Teil der Abteilung 3 dem Reichswirtschaftsamt zufallen. Dabei würden für die Arbeiten der bisherigen sozialpolitischen Abteilung 2 ein Unterstaatssekretär und für die Schiffahrts- und Handelsfragen einschließlich der Industrie ein zweiter Unterstaatssekretär bestellt werden. Dem Reichsamt des Innern würde eine Fülle von Einzelmaterien, verstärkt durch etwa 12 von den sogenannten „Ressorts", die heute im ganzen 27 umfassen, zufallen. Außerdem blieben ihm, wie es heißt, die „innerpolitischen" Angelegenheiten. Das sind in der Hauptsache alle Verfassungsfragen und die Geschäfte für Bundesrat, Reichstag und Reichstagswahlen, Staatsangehörigkeitsfragen und die Angelegenheiten des Vereins- und Presserechtes.

Der von der Regierung vorgeschlagene Weg der Zerlegung macht also den gleichen Fehler, den der Reichstag bisher in der Behandlung der großen Reform gemacht hat, er trennt die Verfassungsfragen von den sozialpolitischen und gibt ihnen eine Bedeutung vor diesen, die noch dadurch verstärkt wird, daß die Formen der Behördenorganisation schwebenden Reformfragen schon an sich eine starre Richtung zu geben geneigt sind. Welche Folgen dieser Fehler haben kann, erweist sich erst in ganzer Klarheit, wenn man kurz die Arbeit überblickt, die das Reichsamt des Innern und das Reichswirtschaftsamt schon jetzt und in den Jahren nach dem Kriege zu erledigen haben werden:

Da ist, um mit dem nächstliegenden anzufangen, die Vorbereitung und die Leitung der Übergangswirtschaft, weiter die beratende Mitarbeit in der Zeit der Friedensverhandlungen, die Durchführung der aus den Friedensverträgen sich ergebenden Arbeiten einschließlich eines neuen internationalen Rechtes für Handel und Schiffahrt, die Organisierung einer neuen Handelsvertrags- und Zollpolitik, Entschädigungsfragen und Regelung der Auslandsforderungen. Und dann die nicht mehr direkt mit dem Kriege zusammenhängenden Arbeiten einer neuen, auf stärkerem staatlichen Schutz beruhen-

Digitized by Google

den großzügigen Handelspolitik mit Einschluß einer völlig neuen Organisation des Konsulatswesens und des Handelsnachrichtendienstes.

Das wäre ein Teil der wirtschaftlichen Aufgaben, in den mit Absicht nur die Handel und Schiffahrt direkt betreffenden Fragen zusammengefaßt wurden. Sie bilden, und das galt es, rein in der Zusammenstellung zu zeigen, ein völlig geschlossenes Ganzes, das sich merklich abhebt von anderen auch wirtschaftlichen Aufgaben, wie es das wirtschaftliche Verhältnis der Bundesstaaten untereinander, Monopol- und Steuerfragen, Verkehrsfragen, Förderung der Landwirtschaft, Zolltarifstreitigkeiten unter den Bundesstaaten z. B. sind. Und sie heben sich noch weit mehr ab von der Bevölkerungspolitik, der eigentlichen Sozialpolitik und den Arbeiterfragen.

Kurz eine einfache Aufreihung der dem Reichswirtschaftsamte nach der heute von der Regierung geplanten Einteilung zufallenden Aufgaben erweist nicht nur auf das deutlichste, daß die Überlastung eines solchen Staatssekretariats der des bisherigen Reichsamts des Innern in nichts nachstehen würde, sondern auch, daß die unter ihm vereinigten Arbeiten an und für sich fernliegenden Gebieten angehören. Die erste Behauptung ist so klar, daß sich jedes weitere Wort erübrigt, sie wird auch durch die gesamten noch folgenden Ausführungen bekräftigt. Die zweite bedarf noch einiger näherer Erklärungen und muß, noch mehr, als das mit allgemeineren Momenten oben schon geschehen ist, dahin erweitert werden, daß heute ein großer Teil der hier der Wirtschaftspolitik zugeschobenen Arbeiten aus Gründen der Staatswohlfahrt viel eher der allgemeinen Politik zuzurechnen ist und damit dem eigentlichen Reichsamt des Innern zugeführt werden muß. Das sind vor allem die sozialpolitischen Aufgaben.

Wirtschafts- und Sozialpolitik sind heute noch vielen, was sie vor Jahren allen waren, eng verknüpfte und unlösbare Disziplinen. Man hängt aber mit solcher Anschauung an den Anfängen unserer neumerkantilistischen Epoche fest und übersieht die Entwicklung. Als wir in den Jahren nach dem Deutsch-Französischen Kriege mit der Sozialreform einsetzten, galt es tatsächlich nur einige ganz offene Mängel des liberalen Wirtschaftssystems zu beseitigen. Man wollte keineswegs die Volksinteressen, die man noch im schärfsten Gegensatz gegen die Staatsinteressen sah, mit staatlichem Zwange korrigieren. Aber hier holte, wie so oft in politischen und wirtschaftlichen Dingen, eine Maßnahme die andere. Wohl oder übel erlitten bei der Sozialreform einige Kreise tatsächlichen Schaden. Folglich bequemten sie sich zur Einführung der Reformen erst nach Drohung oder Gebrauch der Machtmittel durch den Staat. Das Endergebnis war, daß der Staat, der ursprünglich nur das Mittel der Reform war, der Zweck wurde. Es bildeten sich, wie Leopold v. Wiese einmal sehr gut definiert hat, drei Gruppen: die einen duldeten den Eingriff des Staates, weil dem Proletariat nun einmal nicht anders zu helfen sei, die zweiten begrüßten die positive Arbeiterpolitik um des dadurch an Kraft gewinnenden Zwanges halber, die dritten, und das ist die große Mehrheit, wollten Fortschritte in der Sozialreform um beider Ziele willen.

Digitized by Google

Das Ergebnis ist jedenfalls, daß heute Sozialreform eine rein politische Angelegenheit geworden ist. Verstärkt wird diese Tatsache dadurch, daß vor dem Kriege und jetzt erst recht eine Fülle von neuen sozialen Problemen aufgetaucht ist, die mit Wirtschaftspolitik noch weniger zu tun haben und die nur auf eine Erhaltung und Stärkung der staatlichen Kraft hinauslaufen. Das gilt sowohl von der Bevölkerungs- und Wohnungspolitik wie von der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Hier ist und muß, da das Ende des Krieges, mag er ausgehen wie er will, die stets drohende Gefahr eines neuen Überfalls nicht beseitigt, der Staat der Zweck sein. Und das in durchaus gleichem Maße, wie bei den Verfassungsfragen. Hier wie dort gilt es, Gruppeninteressen auszuschalten, müssen Regierung und Parteien nur Staatspolitik treiben. Man überlege weiter, daß manche der sozialen Arbeiterfragen, wie Änderung der Gewerbeordnung, Einführung der Tarifverträge usw., fast schon reine Angelegenheiten des Rechtes, auch der politischen Gleichberechtigung, geworden sind. Man bedenke schließlich, daß die Erweckung und Förderung des Staatsgefühls durch soziale Maßnahmen doch nur immer einen Teil der Bevölkerung, die städtische und die ländlichen Arbeiter, treffen kann, daß die große Masse selbständiger Bauern dem Staate durch reine Verwaltungsreformen gewonnen werden muß. Dann wird man Gründe genug haben, um sich der Tatsache nicht verschließen zu können, daß Sozialpolitik und Verfassungspolitik bei der Behördenorganisation des Reiches unter ein Staatssekretariat gehören, das man in Regierungskreisen heute zum Schaden des Reiches Dinge auseinanderreißen will, die nicht zu trennen sind. Man gebe also dem Reichsamt des Innern die innere Politik und die Sozialpolitik. Das ist die eine notwendige Veränderung an dem neuen Teilungsplan der Regierung. Darüber hinaus aber weisen wirtschaftliche Erwägungen noch auf eine weitere Einschränkung der Befugnisse des abgeteilten Staatssekretariates.

Ich habe weiter oben in der Aufzählung der wirtschaftlichen Zukunftsaufgaben bereits zwei Gruppen unterschieden. Die eine umfaßt die Aufgaben des reinen Außenhandels einschließlich der wirtschaftlichen Demobilisation, die andere die Aufgaben unseres inneren Wirtschaftslebens. Ich bin mir wohl bewußt, daß diese Trennungslinie nicht ganz scharf ist, daß die Kompetenz zweier Reichsämter, von denen das eine ein reines Reichshandelsamt, das andere ein auch die Binnenwirtschaft bearbeitendes Amt sein würde, sich nicht immer ganz deutlich auseinander halten lassen. Aber volkswirtschaftliche Erwägungen und Tatsachen lehren uns, daß der, sagen wir einmal, theoretische nationalökonomische Standpunkt und damit auch die Praxis bei Außenhandelsfragen und bei binnenwirtschaftlichen Dingen sehr verschieden sein werden.

Wir treiben ohne Zweifel einem gewissen „relativen" Staatssozialismus entgegen. Wir haben bereits praktische Beispiele davon in der preußischen Hiberniaaktion, der Annäherung des preußischen Fiskus an das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat, in der Ausgestaltung des Kalisyndikats zu einem staatlichen Zwangsverbande. Unsere

Digitized by Google

volkswirtschaftliche Literatur strotzt von Vorschlägen für das sogenannte „gemeinwirtschaftliche System". Die Reichsregierung pflegt seit Jahresfrist Beratungen über ein Petroleummonopol oder gar ein Getreidemonopol. Aber diese Zurückdrängung oder Bindung der privaten Initiative wird immer nur gefordert, wo es sich um binnenwirtschaftliche Fragen handelt. Dem Außenhandel will man das Vorrecht der eigenen Initiative lassen. Sollte es zum Getreidemonopol kommen, so wird es sich nur auf das inländische Getreide erstrecken. Die Pionierarbeit der Wiederanknüpfung der alten Handelsbeziehungen und der Erschließung neuer Rohstoffquellen kann, auch um der Kreditverhältnisse willen, der einzelne wesentlich besser leisten, als eine Organisation oder gar der Staat.

Diese Erwägung führt zu der bereits angedeuteten Forderung, die Angelegenheiten des Außenhandels und der Schiffahrt einem eigenen Reichshandelsamte zu übertragen und die der eigentlichen Volkswirtschaft, einschließlich der Steuerfragen, dem Reichsamt des Innern zu überlassen. Dieses würde dann die allgemeinen politischen, die sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Angelegenheiten, am besten wohl mit drei Unterstaatssekretären, bearbeiten. An der Spitze müßte ein Staatssekretär, gleichzeitig Stellvertreter des Reichskanzlers, stehen, der alle Aufgaben in sich vereinigte und zusammenfaßte, die die innere Stärkung des Reiches betreffen. Durch Schaffung eines Reichshandelsamtes würde das Reichsamt des Innern von einer nicht organisch mit seinen übrigen Aufgaben zusammenhängenden Arbeit entlastet und würde gleichzeitig dem in Zukunft wichtigsten Erwerbszweige unseres Volkes die Vertretung gegeben, deren er bedarf.

Gleichzeitig würde es sich dann dringend empfehlen, die handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes aufzulösen (die kolonialpolitische ist ebenso überflüssig) und ihre Kompetenzen dem Reichshandelsamt zuzuweisen.

Damit seien die Erörterungen über die Einzelheiten der Behördenorganisation abgebrochen. Die Probleme sind bei weitem noch nicht sämtlich berührt. Die Hauptsache ist aber erwiesen: Die Reichsregierung hat allen Grund, den bisherigen Vorschlag einer Teilung des Reichsamts des Innern aus politischen Motiven nochmals einer genauen Revision zu unterziehen. Gerade in diesem Punkte ist die Behördenorganisation mehr eine Angelegenheit des Volkes als ganzem, als der Verwaltung. Gleichzeitig sollte die Regierung noch einer anderen Erwägung Raum geben. Seit Jahrzehnten zeichnen sich die Gesetzesvorschläge unserer Regierung durch mangelhafte Durcharbeitung sehr unvorteilhaft aus. Das erschwert nicht nur die Arbeit der Volksvertretung, sondern reizt direkt zu großen theoretischen Debatten und zur Ausbildung einer Parlamentsbureaukratie, die für Regierung und Volk gleich gefährlich ist. Wenn wirklich ein neues politisches Deutschland geschaffen werden soll, dann mache man den Anfang mit praktischer Arbeit.

*

Digitized by Google

Während der Drucklegung der Arbeit sind verschiedene beachtenswerte Äußerungen zu der angeschnittenen Frage bekannt geworden. Nachdem zunächst der Plan der Regierung allgemein gelobt wurde, kann jetzt derjenige, welcher die unterirdischen Kanäle, durch die ein Anschauungswechsel in Regierungskreisen vorbereitet wird, kennt, feststellen, daß die allmählich gerade aus Kreisen des Außenhandels einsetzende Opposition an Einfluß gewinnt. Eine ganz scharf umgrenzte, von der obigen stark abweichende Anschauung hat nur der Hansabund geäußert. Er tritt amtlich für enge Verbindung der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein. Die Form, in der er das tut, beweist aber, daß er sozialpolitische Erwägungen mit Interesse an der Förderung des Staates gar nicht angestellt hat. Er fürchtet nur neue Schwierigkeiten mit den Industriearbeitern, besonders falls ein besonderes Reichsarbeitsamt eingerichtet würde. Und tatsächlich würde eine solche Organisation über das Ziel hinausschießen. Nicht den durch den Krieg wenig geschädigten Industriearbeitern muß die größte soziale Fürsorge gelten, sondern den wirklich hart betroffenen Kreisen, wie dem Mittelstande. Würde der Hansaband sich von der numerischen Einseitigkeit seiner Auffassung frei machen, so würde er auch zu einer anderen Auffassung kommen.

Notizen

Der englische Kolonialminister über die Rückgabe der deutschen Kolonien. Der englische Kolonialminister, Mr. Walter Long, dessen Erklärung, die eroberten deutschen Kolonien würden unter keinen Umständen an Deutschland zurückgegeben werden, im Anfange dieses Jahres berechtigtes Aufsehen erregte, hat am 14. August im Unterhause eine Rede gehalten, die beinahe wie eine Zurücknahme jener Erklärung anmutet. Zwar hatte er schon früher die Bedeutung jener Erklärung insofern abgeschwächt, als er den Sinn seiner Rede dahin festlegte, er habe nicht als britischer Minister, sondern als Vertreter der Selbstverwaltungskolonien gesprochen, deren Opfer für Eroberung der deutschen Kolonien ihnen ein Anrecht darauf verbürge; aber auch diese Erklärung wird jetzt zurückgenommen. Mr. Long lobte nämlich, indem er von den Ergebnissen der Reichskriegskonferenz sprach, die von den Kolonien im Interesse des Reichs bezeigte Opferwilligkeit, sowie ihre hohe Vaterlandsliebe und ihr selbstloses Streben, die Interessen des Reiches zu fördern. Er greife nur zwei Gegenstände heraus — die Behandlung der deutschen Südseeinseln und Deutsch-Ostafrikas. Nichts habe ihn mehr überrascht, als ihr Entschluß, kein Dogma aufzustellen oder zu versuchen, ein Gesetz festzulegen oder zu sagen, das und das muß geschehen. „Was die Kolonien wünschten, war, daß England die Stärke ihres Empfindens anerkenne, und daß diese nicht in dem Wunsche nach Gebietsvergrößerung wurzele, sondern in dem Wunsche nach einem dauerhaften Frieden nach dem Kriege, der den Frieden und die Sicherheit des britischen Reiches sicherstelle."

Professor Wilson kompromittiert den Gelehrtenstand. Wilson und Lansing wetteifern in ihren Noten und Erläuterungen in Unkenntnis über deutsche Verhältnisse. Heute wollen sie Deutschland das allgemeine Wahlrecht „erkämpfen", morgen wollen sie ihm verfassungsmäßige Zustände „verleihen". Die Anmaßung, die darin liegt, wird nur durch die Unbildung überboten. Wenn man es auch einem alten Praktiker, wie dem Rechtsanwalt Lansing zugute halten mag, sich als Minister des Äußeren bis auf die Knochen zu blamieren, so ist es für einen

Digitized by Google

Professor der Geschichte, der über Nacht Präsident der amerikanischen Republik geworden ist, arg bloßstellend, wenn er die politischen Verhältnisse fremder Staaten nicht kennt. Was jeder Student, ja jeder Schüler im Examen wissen muß, das sollte schließlich einem amerikanischen Professor kein Buch mit sieben Siegeln sein, zumal er nicht einmal die Entschuldigung hat, daß ihm als Stockengländer keine Literatur über Deutschlands politisches Leben zur Verfügung stände. Ist doch z. B. zu Anfang des Krieges Professor Hans Delbrücks Buch „Regierung und Volkswille" auch ins Englische übersetzt und damals von der gesamten amerikanischen Presse lebhaft besprochen worden. Bevor also Präsident Wilson weitere Weisheiten über Deutschland zum besten geben will, sollte er zuerst in Professor Wilsons Bibliothek das Buch von Professor Delbrück gründlich studieren.

Neuerscheinungen

Zur inneren Politik — Kulturpolitik

Zur deutschen Freiheit äußern sich fünf Professoren der Berliner Universität, Adolf v. Harnack, Friedrich Meinecke, Max Sering, Ernst Troeltsch, Otto Hintze (Verlag F. A. Perthes, Gotha, M. 1.80). Adolf v. Harnack grenzt die deutsche Freiheit gegenüber den Forderungen Wilsons ab: „Wir wollen die Freiheit aus unserer Vergangenheit, denn nur so können wir sie behaupten und fördern! Dazu gehört die untrennbare Einheit mit unserem sozialen Kaiser- und Königtum, von dem uns keine Macht der Erde scheiden kann." F. Meinecke umschreibt den Begriff der deutschen Freiheit: „Ein soziales Königtum, befreit von den Resten des alten Stand- und Privilegienstaates, auf Fühlung und Harmonie mit der Volksvertretung angewiesen, aber zugleich frei und stark genug, um ausgleichend und vermittelnd zwischen Mehrheiten und Minderheiten einzugreifen, und so die Synthese des tieferen Volkswillens zu finden und stark genug ferner, um die Nation nach außen in Krieg und Frieden kraftvoll und ruhig zu vertreten und zu führen, — das ist die Siegfriedstellung unserer politischen Macht und Freiheit." Max Sering und Ernst Troeltsch behaupten das Wesen der deutschen Freiheit gegen den Ansturm der westlichen Demokratie. Max Sering: „Wichtiger als alle Wahlrechte ist die Ausbildung von Lebensbedingungen, welche die Entfaltung der Anlagen und Kräfte nach jeder Eigenart ermöglichen und sicherstellen, wichtiger also die soziale Verfassung in Stadt und Land, die Beziehungen von Mensch zu Mensch, die großen Probleme der Erziehung und Bildung. Wichtiger als die Wahlrechtsfragen scheint mir auch die Beseitigung mancher Überbleibsel aus der Kleinstaaterei und dem alten Parteistaat oder gar der vor 110 Jahren aufgehobenen ostdeutschen Gutsherrschaft; ich rechne dahin jenen Hochmut, der im Verkehr mit Untergebenen oder Abhängigen vielfach hervortritt, die Unterschätzung der bildenden Hand durch eine oft sterile Tintenaristokratie und in der Beamtenschaft die Neigung zur Vielregiererei, die Meinung, andere gegen ihren Willen beglücken zu müssen." Ernst Troeltsch: „Im vollsten Gegensatze zu der Kriegsbegründung des Herrn Wilson nähern sich die staatlichen Lebensformen der kämpfenden Staaten einander an. Wir tun nämlich wie 1813 einen weiteren Schritt in das Wesen des modernen Großstaates hinein; wir vereinheitlichen den Reichsbau durch Milderung der Reibungen zwischen Preußen und dem Reich, erweitern damit die Volksrechte und rücken von dem alten preußischen Staatstypus ein Stück ab. Umgekehrt treten die atlantischen Großmächte aus der Selbstverständlichkeit unangreifbarer Herrenstellung heraus und müssen den inneren sozialen Problemen im Interesse ihrer Leistungsfähigkeit die staatliche Fürsorge zuwenden. Damit sind sie, auch ihrerseits um das Leben kämpfend, unserem Staatstypus näher gekommen, und das ist sicherlich nicht bloß provisorische Kriegspolitik, sondern wird bleiben." Otto Hintze schreibt über Imperialismus und Weltpolitik: „Unsere deutsche Weltpolitik ist frei von Eroberungsabsichten. Sie verlangt aber selbstverständlich auch, daß unsere Gegner die ihren aufgeben." Houston Stewart Chamberlain äußert sich über „Demokratie und Freiheit" (H. Bruckmann in München). Er kommt zum Ergebnis: „Die in einem Staatswesen wirklich vorhandene „politische Freiheit" ist durch das Maß der vorhandenen inneren geistigen Freiheit der Bürger bedingt und kann nie größer als diese sein. Nur Männer, die zu Persönlichkeiten gereift sind, können frei sein; die anderen geraten durch politischen Wechsel aus einer Abhängigkeit in die andere. In den so markschreierisch laut gepriesenen demokratischen Ländern ist herzlich wenig wirkliche Freiheit vorhanden: Lizenz, ja, d. h. Zügellosigkeit, gibt es dort viel, und sie hat sich auch bei uns in Deutschland, als Vorbote kommender demokratischer Segnungen, eingeschlichen; um uns aus diesem unausbleiblichen Schiffbruch des Menschenwesens zu retten, gilt es das Wesen der Freiheit zu erfassen und die innere Freiheit — d. h. die Freiheit der Persönlichkeit — im Kreise unseres dazu ausersehenen Vaterlandes immer weiter zu verbreiten. Die Politik hat noch nie

Digitized by Google

einen Menschen frei gemacht, und zwar, weil das ein Ding der Unmöglichkeit ist; freie Männer aber bilden mit Notwendigkeit einen Staat. Wie Fichte uns belehrte: Die Franzosen sind gescheitert, weil sie „die Persönlichkeit überspringend, die Freiheit wollten"; die Deutschen dürfen nicht aufhören, umgekehrt zu verfahren: „In ihnen soll das Reich ausgehen von der ausgebildeten, persönlichen individuellen Freiheit; nicht umgekehrt." Dieses noch nie dagewesene „Reich des Rechts", meint Fichte, kann „nur von den Deutschen errichtet werden, die seit Jahrtausenden für diesen großen Zweck da sind und langsam demselben entgegenreifen; ein anderes Element ist für diese Entwicklung in der Menschheit nicht da." Die Versuche „unter Umgestaltung des geltenden Staatsrechts die Grenzen zwischen den Befugnissen der Krone und des Parlaments zum Nachteil der ersten zu verschieben, formalpolitische Gesichtspunkte den großen nationalen und weltwirtschaftlichen Aufgaben Deutschlands voranzustellen", veranlaßten den Grafen Yorck von Wartenburg, die beiden Herrenhausreden, in denen er seine Besorgnisse über eine solche Entwicklung zum Ausdruck brachte, in einer Schrift „Vaterländische Sorgen" (Curtius, Berlin) besonders herauszugeben. In einem Brief, der dieser Schrift angefügt ist, legt Verfasser die Grundsätze seiner Anschauungen nochmals dar: „Nicht um Repräsentation des souveränen Einzel-Individuums handele es sich dem deutschen Reichsgedanken nach, sondern um ein Zusammenwirken politischer und sozialer Gruppen durch Delegierte. Ströme lebendiger geistiger Kraft seien es, welche ein großes Volk durchfluten. Die werde man fruchtbar und nutzbringend machen weder auf dem Wege mechanischer Künsteleien wie Dreiklassenwahlrecht, Plural- oder Proportionalsystem, noch durch den brutalen Verzicht auf jeden konstruktiven Gedanken wie beim allgemeinen gleichen Wahlrecht, sondern nur dadurch, daß man der Idee der Repräsentation den Rücken kehrend die Wahlen auf andere Grundlage stelle, ganz modern und in Anknüpfung an den heutigen Stand der Entwickelung und doch auf dem Fundament germanischer Rechtsanschauungen." Für die Erhaltung einer wahrhaft konstitutionell-monarchistischen Staatsform ist es ihm dann wesentlich, daß die Krone eine feste und stabile äußere Politik ohne Verzicht auf koloniale Ausbreitung, aber mit dem Hauptziele einer gewissen Präponderanz auf dem europäischen Kontinent, nicht im Sinne einer systematischen Eroberungspolitik, aber einer Sicherung und tunlichen Erweiterung der nationalen Basis treibe. „Über deutsche Selbstverwaltung" hat Wilh. v. Blume eine Rektoratsrede in Tübingen gehalten (J. C. B. Mohr, Tübingen, M. 1.—). Für den Ausbau der Selbstverwaltung schlägt er vor: 1. Erweiterung der Aufgabe der Selbstverwaltungskörper (z. B. Übergabe der Polizei an die Gemeinden in Preußen). 2. Einschränkung der vorbeugenden Staatsaufsicht. 3. Bessere Abrundung der Selbstverwaltungskörper, so daß wir wirklich lebensfähig werden. Zusammenfassend sagt er: „Mehr Selbstverwaltung! Mehr Freiheit für die Bildung kleiner Verbände. Vor allem: Mehr Vertrauen zu der Fähigkeit dieser Verbände, sich selbständig zu entwickeln, nicht zum Nachteil, sondern zum Vorteil des Staates. Mehr Vertrauen! Der Denkschrift zu seiner Städteordnung setzte Stein die Worte voran: „Zutrauen veredelt den Menschen, ewige Vormundschaft hemmt sein Reifen." Wir dürfen hoffen, daß das Reformwerk der kommenden Jahre von demselben Geiste getragen sein wird." Den Gegensatz zwischen „Stadt und Land" versteht Pfarrer Georg Koch (Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 30 Pfg.) aus zwei einander entgegengesetzten Tendenzen: dem Versuch unbedenklicher Ausnutzung der Konjunktur durch spekulatives Zurückhalten von Lebensmitteln und Boykottierung des städtischen Marktes, sowie der Neigung zu privatwirtschaftlicher und naturalwirtschaftlicher Abschließung. Aus der Erfahrung des Landpfarrers teilt K. mit, daß die Haltung des Bauerntums ihm wie vielen anderen seiner Amtsgenossen verständlich geworden sei. „Wir lernten begreifen, daß im Weltkrieg an die geistige Fassungskraft unseres Landvolks unerhörte Anforderungen herangetreten sind, Anforderungen, denen es innerlich nicht gewachsen war, nicht gewachsen sein konnte." „An das mittelalterlich-naturalwirtschaftlich gebundene und eingeengte Bauerntum sind im Weltkrieg Anforderungen herangetreten, die von seiner geistigen Fassungskraft nicht zu bewältigen waren, vor allem die Wucht des modernen Vaterlandsgedankens, des vaterländischen Staates. Der moderne, historisch gebildete Mensch liebt seinen nationalen Staat und blutet für ihn, weil er seine Geschichte kennt und aus seiner Geschichte heraus eine plastische Anschauung hat vom Vaterland. Der Bauer ist auch darin der mittelalterliche Mensch, daß sein Seelenleben gänzlich ungeschichtlich ist. Das Vaterland, das wir in seiner Geschichte in uns tragen, kennt er nicht, hat er nicht. Der moderne Vaterlandsgedanke ist der bäuerlichen Masse ein Begriff ohne bestimmten Inhalt, ohne alle Anschauung: Name, Schall und Rauch. Und diesem für sein Bewußtsein durchaus mystischen, abstrakten Wesen soll der Bauer zum Opfer bringen was ihm bisher „Vaterland" gewesen war, das Recht auf die freie Heimat! Das ging über seine Kraft, dem war er geistig nicht gewachsen. Der Gedanke, daß doch alles wieder an eine amtliche oder halbamtliche Sammelstelle geht, unterbindet die beste Opferfreudigkeit." Die abstrakten Schemen im staatlichen und nationalen Leben müssen für den Bauern mit persönlichem Inhalt gefüllt werden. Die Versöhnung von Stadt und Land ist zwar im Grunde eine volkserzieherische, im Augenblick aber eine verwaltungspolitische Aufgabe."

Digitized by Google

Die Leitsätze der Gedanken des vielbesprochenen Buches „Fürsten ohne Krone“ gibt der Verfasser H. Nienkamp in einer Schrift „Grundlagen der Fürsten ohne Krone“ (Vita, Berlin-Charlottenburg, M. 1.35). Dies die Zusammenfassung der Leitsätze: Richard Fry will eine Organisation schaffen, die sich zu dem „Kulturreich“ entwickelt, das als dritte der höchsten menschlichen Organisationen neben Staat und Kirche tritt. Sein Kulturreich soll sich auf die Gebiete des Gemeinschaftslebens erstrecken, auf denen der Mensch nur als Persönlichkeit, als Mensch schechthin, nicht als Angehöriger eines Staates, als Bürger, in Betracht kommt. Während der Staat in der Hauptsache nur der negativen Freiheit dient, d. h. das Volk gegen Angriffe und Vergewaltigungen anderer Völker schützt, die einzelnen Menschen gegen gewisse Schädigungen an Leib und Gut durch andere, im übrigen aber jeden den Kampf ums Dasein mit den Mitteln kämpfen läßt, die ihm die Zufälle der Geburt, des Besitzes, der Stellung gewähren, will das Kulturreich für die positive Freiheit sorgen; es trägt der Verschiedenheit der Menschen Rechnung und will jedem die Möglichkeit geben, den besonderen Anlagen und Bedürfnissen seiner Persönlichkeit gemäß zu leben, soweit er dadurch nicht schädigend in die Freiheit anderer eingreift. Der Staat kennt nur die äußerliche Gerechtigkeit, die juristische, deren Göttin die Binde vor den Augen hat, und vor der der Mensch gleich Mensch und hundert Mark (eines Reichen) gleich hundert Mark (eines Armen) ist. Das Kulturreich strebt nach der inneren Gerechtigkeit, nach der Tugend des Maßes, das Menschen und Dinge nach dem Werte mißt, den sie füreinander haben, nicht nach den zufälligen Verknüpfungen der gegebenen Verhältnisse, sondern nach dem Nutzen, den sie füreinander und für das Gemeinwohl haben könnten, wenn sie in die zweckmäßigste Beziehung zueinander gesetzt wären. Deshalb nimmt Fry mit demselben Machtmittel den Kampf gegen die Unvernunft dieser gesellschaftlichen Ordnung auf. Den Adel der Persönlichkeit, den er durch seine Auslese schafft oder hervortreten läßt, faßt er durch seine Organisation zu einer geschlossenen Einheit zusammen und gibt ihr den Reichtum, der erforderlich ist, um die edlen Naturen von der Geldmacht der unedlen frei zu machen und ihnen innerhalb der Gesamtheit die Stellung zu sichern, in der sie als einzelne Naturen für ihre Umgebung und ihren bestimmten Wirkungskreis und in ihrer Vereinigung für das ganze gesellschaftliche Leben die Herrschaft der Unkultur brechen und für die innere Gerechtigkeit sorgen können.“

Rudolf Eucken hat der neuen Auflage seiner gesammelten Aufsätze „Moral und Lebensanschauung (F. Meiner, Leipzig, M. 1.—) ein Schlußwort an die Feldgrauen hinzugefügt. Er verlangt darin mehr Selbständigkeit und Ursprünglichkeit des geistigen Lebens, einen kräftigen moralischen Aufschwung. „Das stieß vor dem Krieg auf den Widerstand einer Kultur, die sich fertig oder doch in sicherem Fortschritt befindlich glaubte und daher keiner eingreifenden Wandlung zu bedürfen schien. Das hat der Krieg jetzt gründlich verändert, er hat uns soviel Gewalt eines dunklen Schicksals über uns und auch soviel Erbärmlichkeit der Menschen vor Augen gestellt, er hat uns so viele Enttäuschungen bereitet, daß alles satte Behagen verflogen und uns das Leben wieder zu einem schweren Problem geworden ist. Aber neben den Enttäuschungen hat er uns auch viele erfreuliche Entdeckungen gebracht, Entdeckungen vornehmlich hinsichtlich der Kräfte unseres Volkes, sowie der Leistungsfähigkeit und des Heldentums unseres Heeres. Dem akademischen Lehrer aber wird niemand verargen, daß sein Blick dabei besonders auf den jungen Kräften ruht, welche aus wissenschaftlicher Bildung und Arbeit heraus zum Waffendienst für das Vaterland berufen wurden.“

Zur Reform der Presse und des Pressegesetzes macht Ernst Posse Vorschläge in einer Schrift „Über Wesen und Aufgabe der Presse“ (J. C. B. Mohr, Tübingen). Er kommt zu folgenden Ergebnissen: 1. Daß der Anonymität Schäden anhaften, wird kein Verständiger leugnen, aber sie könnten beträchtlich eingeschränkt werden, wenn man dazu überginge, gesetzlich den Nachweis zu fordern, daß alle Äußerungen im Allgemeinen Teil der Zeitung öffentliche Interessen vertreten und daß Verleger und Redakteur, die gegen diese Bestimmung verstoßen, sich der Möglichkeit der Bestrafung aussetzen. 2. Der Anzeigenteil muß scharf von dem Allgemeinen Teil getrennt werden. 3. Mit der Verantwortlichkeit ist in erster Linie der Redakteur (als der Leiter der Interessen der Allgemeinheit) belastet, in zweiter Linie der Verleger. „Freilich müßte man dann bei Verletzung des öffentlichen Interesses den Redakteur, wenn er den Nachweis führt, daß der Unternehmer ihn zu dem Delikt veranlaßt oder gezwungen hat, entlasten oder von Strafe freilassen und nur den Unternehmer bestrafen.“

Briefkasten. Wir bitten den Einsender des Artikels „Irland und der zukünftige europäische Friede“, Herrn W. Fink aus München, um Angabe seiner näheren Adresse, damit wir mit ihm in Verbindung treten können.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik“, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—. Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.80. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Dernburg, Standhaft und rechtschaffen 1233
Rohrbach, Zum Kampf um den Frieden 1240
Schaffner, Rußland muß! 1252
*** Der neue Kurs in Litauen 1259
Neuerscheinungen 1262

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 28. September 1917 Heft 39

Gustav Kiepenheuer Verlag Weimar Ber

Digitized by Google

Universitäts-Zeitung

mit amtlichen Nachrichten
Herausgegeben von
Dr. phil. Max A. Jordan

Preis 50 Pf. — Demnächst wird ausgegeben: — Preis 50 Pf.

Sonderheft: Universität Tübingen

Ein Gruß der schwäbischen Musenstadt
an ihre Studenten im Felde — ihren
Alten Herren ein Erinnerungsblatt!

Verlag Blazek & Bergmann, Goethestraße 34, Frankfurt am Main
Postscheckkonto 11746

Börsenhandels-Zeitung

Erscheint wöchentlich — Begründet 1902

Organ für die Interessen der Börse, des Handels,
der Industrie, des Hypothekenmarktes und Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

(Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels)

Sachkundige kritische Abhandlungen über das Börsenwesen, die Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- und Briefkursen.
Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 2 Mark, jährlich 8 Mark, Ausland 9 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48—49 (Fernspr.: Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12—2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Google

2. Jahrgang • 28. September 1917 • Heft 39

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Standhaft und rechtschaffen

Von Dr. Bernhard Dernburg, Wirkl. Geh. Rat

Standhaft und rechtschaffen sind die Eigenschaften, die das deutsche Volk im höchsten Maße schätzt, die es am stärksten zu entwickeln versucht hat und die ihm in der ganzen Welt einen guten und ehrenvollen Ruf eingetragen haben. „Von Alters her im deutschen Volke war der höchste Ruhm, getreu und wahr zu sein." So stehen uns denn auch jene Künste nicht an, die sich im Kriege hoher Würdigung erfreuen: Lüge und Trug, Zweideutigkeit und Heuchelei, Intrige und Gemeinheit. Wo wir uns darin versuchen, erleiden wir einen hoffnungslosen und brutalen Mißerfolg. Unsere Lüge ist grob und unwahrscheinlich, unsere Zweideutigkeit kümmerliche Eindeutigkeit, unsere Intrige ohne Salz und ohne Grazie. Die Geschichte des Krieges bietet dafür hundert Beispiele. Und das Gesagte ist noch das wenigste, was man eigentlich über die Handhabung dieser unserem Wesen fremden und unsittlichen Kampfmittel behaupten müßte.

Als der Krieg ausbrach, und wir mit all diesen Mitteln von unseren Gegnern wie mit einem Hagel zugedeckt wurden, wie nicht nur die Wissenden die Netze erkannten, mit denen die Feinde den deutschen Herkules eingefangen und wehrlos gemacht glaubten, als wir uns von der Wirksamkeit solcher Taktik überzeugten, stieg sie in unserer Schätzung, suchten wir sie nachzumachen. Aber sie paßt nicht zum deutschen Menschen. Wir sind knorrig aber sittlich, wir sind leichtgläubig aber ehrlich, wir sind gescheit aber unerfahren. Politisch sind wir nie gewesen; das zeigt mit ganz kurzen Intervallen die deutsche Volksgeschichte, seitdem es eine solche gibt. Nun hat der Kampf jeden Deutschen auch hinter der Front zur Abwehr aufgerufen, jeder fühlt seine politische Verantwortlichkeit, und so haben sich denn viele auch in der Bevölkerung Angesehene bemüßigt gesehen, in jenen Künsten der Diplomatie und Politik zu dilettieren, die sie früher in Stolz und aus Überzeugung weit von sich gewiesen haben. Das hat dann den Rückschlag selbstverständlich mit sich gebracht, und das Volk fühlt, wenn es auch noch nicht bewußt weiß, daß unser Heil liegt für Gegenwart und Zukunft in der Rückkehr zur alten Art „Standhaft und rechtschaffen".

Digitized by Google

Diese Empfindung liegt auf dem Grunde der Resolution, welche die Mehrheit des Deutschen Reichstages am 19. Juli angenommen hat. Sie bekennt den klaren Willen des deutschen Volkes zu sittlichen Zielen, zur Grundlage des Rechts, zur Wiederaufrichtung der gestürzten Ideale, zum erneuten Glauben an die transzendente (überirdische) Herkunft der Menschheit. Sie war ein Bedürfnis von Millionen Deutschen, die sie allerdings mit anderen Worten, aber aus demselben Geiste begründen zu müssen glaubten. Es ist ja leider so gekommen, daß, wer in diesen Zeiten von Würde und Recht, von Religion und Sittlichkeit, Wahrheit und Menschentum spricht, als ein verstiegener Ideologe, wenn nicht gar als ein Schlimmerer, angeklagt wird; es ist dahin gekommen, daß ein Gegensatz zwischen Deutschtum und Menschentum nicht nur von unsern Gegnern aufgestellt worden ist. Hier hätten wir schon etwas mehr Überzeugtheit und Charakter zeigen dürfen!

Wegen ihrer sittlichen Grundlage bedarf diese Entschließung überhaupt keiner Entschuldigung. Aber man hat dem deutschen Volke vorgetragen, sie erwecke den „Schein der Schwäche", so stärke sie die Widerstandskraft unserer Gegner und so verlängere sie den Krieg. Und weil man den Schein über die Sache stellt, sind viele Unüberlegte schleunigst in die Falle gegangen, die sich hinter dieser Formel verbirgt; die Formel derjenigen, die ohne Rücksicht auf sittliche Forderungen den Krieg zu verlängern wünschen. Nicht, weil man die Entschließung selbst für falsch hält, sondern für unklug und unzeitig, schicken sich viele an, die ihr innerlich anhängen, sie nach außen zu verleugnen. Dieses Zwittertum ist zum mindesten nicht standhaft. Man behauptet, die Unklugheit der Resolution sei erwiesen durch die Ablehnung, ja die Verhöhnung, die sie im Ausland gefunden habe. Ja, sollten denn unsere Gegner alsbald Pater peccavi[1] schreien und ihre Waffen klirrend zu Boden werfen? Oder was hat man erwartet? Werden die Herren, die die neue Vaterländische Partei aufrichten möchten, ihre Bemühungen etwa einstellen, weil im In- und Auslande sie von allen Seiten mit Ablehnung, ja mit Hohn begrüßt werden? Sind sie bereit, zuzugeben, daß sie unklug und unzeitgemäß gehandelt haben? Ich glaube nicht, denn auch sie sind Deutsche, standhaft und rechtschaffen. Aber hat man denn schon vergessen, daß diese Entschließung eine Notwendigkeit war, ein Zwang des Gewissens für die Vertreter der Partei, die die größte Zahl männlicher Deutscher an die Urne und in die Schützengräben schickt? daß sie gerade dazu da war, die innere Einigkeit des Volkes zu erhalten, die sie zerstört haben soll und die wichtiger ist als die Zufriedenstellung patriotischer aber unbelehrbarer Intellektueller?

Wer aber der Ansicht ist, daß die Entschließung des Reichstages ein Zeichen der Schwäche sein könne, hat doch nur eine Pflicht, den Beweis zu führen, daß sie das nicht ist, selbst wenn er sie nicht mit angenommen hat. Wer glaubt, auf den Schein gegenüber dem Ausland, das doch über unsere Zustände oft genauer informiert ist,

[1] Pater peccavi = Vater, ich habe gesündigt.

Digitized by Google

als unsere deutsche Provinz, entscheidenden Wert legen zu wollen, müßte doch erklären: „Wir stehen nicht auf dem Boden dieser Resolution, aber ein Zeichen der Schwäche ist sie nicht. Wir sind nicht schwach, aber unklug, standhaft und rechtschaffen." Statt dessen verkünden diese Herren mit Buchstaben so groß, als wenn es sich um den Fall von Riga handelte, diese Resolution sei ein Zeichen der Schwäche, der Deutsche Reichstag sei nervenschwach, die berufene Volksvertretung außer Kontakt mit dem Volk. Und sie gründen darauf eine Partei, die Alldeutschen, die „vaterländische". Sie gründen sie auf Wegen, die im hohen Grade bedenklich und uns sonst wesensfremd sind, unter Druck und mit einer Volksverführung, jene konservativen Herren, wie man sie sonst nur der Demokratie auszudichten pflegt.

Ich bestreite niemand den guten Glauben, ich halte aber dafür, daß es eine der gröbsten Unsitten ist, weder standhaft noch rechtschaffen, politischen Gegnern vorzuwerfen, daß sie unvaterländisch, bewußt oder unbewußt, handeln. Deshalb muß man es doch als eine große Unbescheidenheit festnageln, wenn sich eine Clique von Männern zusammentut, um unter der eingetragenen Schutzmarke „Väterländische Partei" die Liebe zur Heimat und zu deren Ehre für sich allein in Anspruch zu nehmen und mit dem hehren Namen des Vaterlandes einen Stimmenfang zu treiben unter Druck und Beeinflussung, die nicht in Ordnung sind.

Den gleichen Mißbrauch betreibt die gleiche Seite in dem Verlangen nach einem „Hindenburgfrieden". Mir ist nicht bekannt, daß der Marschall, der außerhalb jeder politischen Diskussion stehen sollte und dem das Hineinziehen in diese Dinge in der Seele zuwider ist, sich jemals über die Einzelheiten eines Friedens ausgesprochen hat, den die „Vaterländischen" mit seinem Namen decken wollen. Weil ich nicht in denselben Fehler verfallen will, werde ich nicht wiederholen, wie er sich nach den Worten zweier Kanzler zum Frieden gestellt hat. So beginnt die neue Partei ihre Karriere mit einem usurpierten und einem erborgten Namen. Aber sie geht weiter. Die Einigkeit des deutschen Volkes will sie wieder herstellen, indem sie einen Riß macht zwischen sich und der Mehrheit der Volksvertretung und einen Riß zu machen sucht zwischen König und Preußenvolk. Um die Einigkeit aufrecht zu erhalten, darf von der inneren Reform im Deutschen Reich während des Krieges nicht die Rede sein. Der König muß die Osterbotschaft und die Erklärung vom 11. Juli 1917 zurücknehmen, sie sollen ein Fetzen Papier sein. Nichts darf geschehen, was den konservativen und reaktionären Hintermännern der Königsberger Gründung gegen den Strich geht. Sie berufen sich so gern auf die Bewegung, die im Jahre 1812 unter ähnlicher Devise von ihrer Stadt ausgegangen sei; sie halten das deutsche Volk für sehr vergeßlich. Schön war jene Bewegung und geboren in der Stunde der Not, aber die Jahre, die ihr gefolgt sind nach wiederhergestelltem Frieden, waren wohl die traurigsten in der Geschichte der deutschen und der preußischen Volksentwicklung. Reaktion, Heilige Allianz, Demagogenverfolgung, Deutscher Bund und ein geknebeltes Preußen und

Digitized by Google

zerschmetterte Hoffnungen ohne Zahl auf politische Freiheit, Selbst- und Mitbestimmung. Die „Vaterländischen" haben jene Erinnerungen wieder hervorgerufen, nicht ich. Sieh dich vor, deutsches Volk, daß dir aus dem Willen der Königsberger Epigonen nicht ein gleiches Schicksal bereitet werde! Bereit dazu sind sie genug.

Sie verwahren sich dagegen, daß das Ausland irgendwelchen Einfluß erhalte auf die Gestaltung innerer deutscher Verhältnisse. Sie haben es dabei ganz besonders auf den Präsidenten Wilson abgesehen, der in seiner überheblichen und brutalen Weise eine Demokratisierung des deutschen Volkes als Vorbedingung für einen dauernden Frieden verlangt hat. Daß wir das Ausland nicht brauchen, um unser eigenes Haus zu ordnen, darüber sind wir alle einig. Aber ich suche umsonst nach der Logik in den Folgerungen der Vaterländischen und ihresgleichen. Denn wenn das Ausland nichts mit deutschen Dingen zu tun haben soll, so müßten für sie doch jene Worte Wilsons überhaupt nicht existieren, und wir müßten unsere deutschen Dinge beschicken, als ob sie niemals ausgesprochen worden wären. Aber das gerade Gegenteil wird verlangt. Weil Wilson eine Demokratisierung verlangt, kommt prompt die Reaktion und sagt „justament nicht". Eine direktere Abhängigkeit von einer Forderung des Auslandes ist doch gar nicht denkbar, und hier kommt der Pferdefuß der ganzen Bewegung prachtvoll zum Vorschein. Der deutsche Liberalismus und die deutsche soziale Demokratie haben seit dreißig und mehr Jahren eine Demokratisierung der deutschen und preußischen Staatseinrichtungen verlangt. Sie verlangen eine Volksgeltung im Parlament und in der Regierung, verantwortliche Reichsministerien, ein freies Arbeitsrecht, eine Abänderung des preußischen Wahlrechts, die Aufhebung der Gesindeordnung für Landarbeiter und dergleichen mehr. Und es gibt heute kluge Konservative — in welcher Partei doch teilweise unsere besten und geschultesten Köpfe sitzen — die wissen, daß man sich diesen Dingen nicht länger widersetzen darf und es mutig „standhaft und rechtschaffen" aussprechen. Aber dazu, zu diesen klugen Leuten, gehören die „Vaterländischen" nicht. Sie verlangen, daß die deutsche Demokratie ihr Programm, dessen Notwendigkeit und alsbaldige Durchführung keine Zeit klarer erwiesen hat als dieser Krieg, einfach zurückstellen, daß der König von seinem Wort zurücktrete, und zwar, beeinflußt durch die gleich gerichteten Forderungen des Auslandes. Was wir selbst für recht, unabhängig und verantwortlich wie wir sind, erkannt haben, sollen wir nicht tun, weil der Rest der Welt, vier Fünftel der zivilisierten und unzivilisierten Erde, unter gleichen Bedingungen leben, stark und glücklich sind. Und dabei beruft man sich auf die Einigkeit, trieft von Loyalität und wirft sich zum Schutze der Rechte der Krone auf und stellt sich dabei zwischen Kaiser und Volk. Der Kaiser ist der letzte, der ihnen dankbar dafür ist.

Überhaupt die Wilsonsche Note. Nachdem sie in Deutschland in der sinnentstellendsten Weise wiedergegeben worden ist — der „Lokalanzeiger" druckt sie so ab, als ob der Präsident den status quo ante (den früheren Zustand) ablehne, den der Papst

Digitized by Google

fordert, und läßt ganz einfach aus, daß der Präsident Kriegsentschädigungen verdammt — wird von diesem Dokument behauptet, daß es die Note des Papstes ablehne. Mein Urteil über die Angriffe auf die deutsche Regierung habe ich ja bereits ausgesprochen. Mag der Präsident glauben, damit eine Wirkung zu erzielen, oder mag er nur Kummer und Entrüstung verursachen wollen, die Ausführungen sind töricht und unbescheiden. Sonst aber ist die Note des Präsidenten eine Zustimmung zu den Zielen des Papstes in aller Form, und diejenigen, die gegen die Wilsonsche Antwort, gestützt auf einen bäurischen Anwurf gegen die deutsche Regierung, Sturm laufen, wenden sich eigentlich, wahrscheinlich sogar bewußt, gegen die Anregungen des Papstes, gegen die sie nicht das Gleiche zu tun wagen. Was Wilson verlangt, ist, daß ein Friede geschlossen wird nicht mit der deutschen Regierung allein, von der er glaubt, und nach dem Wortlaut der Reichsverfassung anscheinend das Recht hat zu glauben, daß sie dazu berechtigt ist, sondern mit dem deutschen Volk in einer unzweideutigen und Sicherheit gewährenden Form. Ich frage die Vaterländischen, besonders die Unterzeichner des Aufrufes, die bisher Mitglieder liberaler Fraktionen gewesen sind, ob sie denn darauf verzichten wollen, daß das deutsche Volk bei dem Abschluß eines Friedens befragt, daß es zufriedengestellt wird, und ihn mit dem Votum seiner Mehrheit besiegle. Keine vorgängige andere Forderung, nicht eine einzige andere, stellt der Präsident, um auf den Gedankengang des Papstes vollkommen einzugehen. Aber nicht nur das deutsche Volk, sondern auch der deutsche Kaiser steht hier auf dem gleichen Standpunkt, und ich setze hier nebeneinander die Worte; ich wiederhole die einzige Bedingung des Präsidenten Wilson, und den klugen, aufgeklärten und menschlichen Ratschlag, den der Kaiser im Jahre 1905 dem russischen Zaren gegeben.

Präsident Wilson:

Das Wort der jetzigen Beherrscher Deutschlands kann nicht als eine Bürgschaft für eine Schöpfung dauernder Art betrachtet werden, es sei denn, daß dieses Wort ausdrücklich als der Wille und die Absicht des deutschen Volkes bekräftigt wird. Wir müssen aus diesem Grunde neue Äußerungen über die Absichten der großen Völker abwarten.

Der deutsche Kaiser an den Zaren:

Ehe Du Deine endgültige Entscheidung für den Frieden oder die Fortsetzung des Krieges trifft ... wäre es, wie mir scheint, ein ausgezeichnetes Verfahren, wenn Du diese Frage erst der großen Duma vorlegen würdest. Da diese das russische Volk vertritt, wäre ihre Antwort die Stimme Rußlands ... indem Du dem russischen Volke die lang gewünschte Möglichkeit gibst, die Entscheidung über seine Zukunft selbst zu treffen ... wozu es ein positives Recht hat.

In der ganzen Wilsonschen Note aber steht nicht ein Wort gegen die Monarchie oder den Kaiser. Die zitierte Stelle beweist ausdrücklich, daß Wilson den Frieden mit der deutschen Regierung schließen will, vorausgesetzt, daß es nach dem Willen des deutschen Volkes geschieht und seine Billigung findet.

Man muß das unterstreichen, denn wie auf ein Kommandowort — von anderer

Digitized by Google

Seite wird behauptet auf ein Kommandowort — ist ein Depeschensturm der Loyalität an den Kaiser ausgebrochen, in dem die Behauptung aufgestellt wird, daß Regierung und Volk durch die Wilsonsche Note getrennt werden sollen, daß die Saat der Untreue gesät, der Kampf gegen die Hohenzollern verkündet sei. Ich habe mich umsonst bemüht, an irgendeiner Stelle der Wilsonschen Antwort irgend etwas derartiges zu finden. Aber auf diese Loyalitätskundgebungen, die ja an sich mit Recht den Kaiser nur sehr erfreuen können, kam der erwartete Dank, der eine bequeme Folie für diejenigen schuf, die ihre Kaisertreue in ziemlich unnötiger Weise zu drahten sich nicht entbrechen konnten. Das ist nicht ganz gerecht gegen den großen Rest der Nation, der nicht minder loyal, seine Treue aber bescheidentlich im Herzen trägt. Zweckmäßig war es aber erst recht nicht, denn nun kommt wieder der Eindruck, als ob das deutsche Volk über den Frieden gar nicht befragt werden solle und Wilson ein im höchsten Grade unerhörtes Ansinnen gestellt habe. Das paßt natürlich den „vaterländischen" Drahtziehern ganz ausgezeichnet, und es ist ein schönes Stück Demagogie, wer immer es angestellt hat, — das standhafte und rechtschaffene Volk hat leider wieder einmal nichts gemerkt.

„Der dümmste Mensch", pflegte der verstorbene Georg von Siemens zu sagen, „ist der, der glaubt, einem anderen etwas vormachen zu können." Statt tapfer und rechtschaffen einer klaren Linie zu folgen, versuchen ehrgeizige Politiker den Massen einzureden, daß man hinsichtlich seiner Kriegsziele dem Feinde etwas vormachen solle. Die Nationalliberale Partei hat am 19. Juli eine Erklärung abgegeben, die dem Sinne nach vollständig der Mehrheitsentschließung Ausdruck gibt und deshalb und mit Rücksicht darauf, daß die Mehrheitsentschließung im Ausland doch kein Verständnis finden würde, hat sie dagegen gestimmt. Jetzt aber treten Redner dieser Partei auf, die gegen die Entschließung sprechen, betonen, daß die Nationalliberalen sie abgelehnt hätten, was nur dem Wort und nicht dem Sinne nach der Fall war, und was weder standhaft noch rechtschaffen ist. Der neue Kanzler hat sich dahin ausgesprochen, daß es ein Verbrechen sei, den Krieg nur um einen Tag zu verlängern, nachdem ein unserem Bedürfnis entsprechender Friede gesichert werden kann. Der Abgeordnete Stresemann aber hat in Kassel vor einigen Tagen in der meines Erachtens durchaus irrtümlichen Voraussetzung, daß England Friedensouvertüren gemacht habe — der Fühler über Belgien, wenn er erfolgt ist, beweist gar nichts — seine Zuhörerschaft (der Bericht meldet die Anwesenheit der höchsten Spitzen der Provinz) ermahnt, ja doch fest auszuhalten, da man doch noch viel bessere Bedingungen erzielen werde, und darauf hingewiesen, daß es doch kaufmännische Gewohnheit sei und das allerüblichste Verfahren, bei seinen Forderungen doch zunächst einmal etwas vorzuschlagen; nachlassen könne man ja dann immer noch. — Mit Verlaub, Herr Stresemann, das ist nicht die Gewohnheit der ehrbaren Kaufleute, sondern der Krämer. Wenn man aber schon solche Absichten hat, so darf man sie beileibe nicht in öffentlichen Ver-

Digitized by Google

handlungen aussprechen, besonders wenn man ein Mann ist, der eine verantwortliche Stellung und die Leitung einer großen Partei ambitioniert (erstrebt). Denn man sagt dann nicht mehr oder weniger, daß das letzte Wort doch nicht das letzte Wort ist, und der andere richtet sich gleich darauf ein, und man hat das schöne Spiel von zwei Schlaukköpfen, die einander etwas vormachen wollen. Lieber doch, Dr. Stresemann, standhaft und rechtschaffen!

Auf die Wirkung auf das Ausland kann keine Politik verzichten. Aber für uns ziemt sich die Politik der Taten und nicht der Worte, jedenfalls nicht der Handel, der unaufrichtige, der doppelzüngige. Wir verstehen sie nicht zu gebrauchen. Und so lange wir nicht darauf verzichten können, unsere Schlafzimmergeheimnisse, wie den Vorschlag vom allerletzten Wort oder der Schwäche des deutschen Volkes vor einem breiten internationalen Publikum zu behandeln, bleiben wir politische Kinder. Das Ziel der deutschen Politik ist durch Standhaftigkeit und Rechtschaffenheit im Betriebe unserer inneren Geschäfte, in unserer Kriegführung, in unseren diplomatischen Verhandlungen die innere Front unserer Gegner zu durchzubrechen, indem wir diejenigen Teile der fremden Völker, welche gleichfalls ehrlich, standhaft und rechtschaffen sind, davon überzeugen, daß sie Gesinnungsgenossen bei den Deutschen finden, damit sie gerade so wie bei uns sich zu einem gemäßigten und sicheren Frieden bekennen und zu einer Wiederherstellung der Ideale einer zerschlagenen Welt, zu denen die Reichstagsresolution von allen Völkern den ersten Anstoß gegeben hat. Dann werden sie von sich aus, wie wir es hier tun, Allengländer, Allfranzosen, Chauvinisten und Imperialisten, aus der Macht entfernen und es werden Kombinationen von Staatsmännern entstehen, mit denen ein allzeitig gerechter, dauernde Zufriedenheit, Hoffnung auf Entwicklung sichernder Friede zustande gebracht werden kann; der einzige Weg dafür ist, wenn das deutsche Volk seinem Charakter treu bleibt und sich wiederfindet in der Parole: „Standhaft und rechtschaffen."

Dazu gehört aber ein letztes. Wir führen diesen Krieg zur Verteidigung unserer Heimat, zur Aufrechterhaltung unserer Eigenart und Kultur, für unsere geistige und materielle Entwicklung und für unsere Zukunft. Und weil wir das tun, sind wir gerechtfertigt. Aber wir wollen, wir dürfen uns dabei doch nicht verschleiern den absolut unmoralischen, ja schlimmer noch den amoralischen Zustand, in den die Welt gekommen ist, einen Zustand der Menschenschlächterei, der Wertzerstörung, der Brutalität, der zum Prinzip erhobenen Lüge und Heuchelei, der Erdrückung der persönlichen Freiheit, der Aufhebung der konstitutionellen Rechte, der Zerstörung der sittlichen Werte und der Revolte des transzendenten Empfindens. Nur wenn die Welt diesen Zustand, wie es sich gehört, auch verdammt, innerlich und äußerlich, wenn die Verherrlichung des Krieges, bei aller Bewunderung für die unerhörten Opfer und die persönliche Tapferkeit, ihren Kredit verliert, wenn wir uns zurückstellen auf diejenigen Ideale, in denen wir erzogen worden und aufgewachsen sind, die das deutsche Volk

Digitized by Google

zu einem der gesittetsten und gebildetsten Völker gemacht haben, werden wir auch den Widerhall bei den Feinden erwecken, der notwendig ist. Alles dieses kleine Gemarkte und Gefeilsche um ein Stückchen Land hier und ein anderes da und um Dinge rein materieller Art sichern weder die Zukunft der Welt noch unseres Landes. Alle Ideen, die dahin gehen, daß dieser Krieg nicht nach menschlicher Erwartung die letzte derartige abscheuliche Auseinandersetzung zwischen gebildeten Nationen ist, daß ein zweiter oder dritter punischer zu folgen habe, müssen ausgetilgt werden. Wir müssen wieder zu dem Bewußtsein kommen, daß unsere höchste Aufgabe ist, sittliche Menschen zu sein, die unter göttlichen Gesetzen auch in ihren irdischen Verrichtungen ewige Dinge zu betreiben haben. Das ist meines Erachtens auch der Geist der deutschen Nation. Er wird durch kleine Männer und niedrige Gesichtspunkte zurzeit durch einen künstlichen Nebel verhüllt und betäubt. Aber wir sind das Volk Martin Luthers, und in diesem Lutherjahre müssen wir, wie es die Mehrheitsresolution versucht hat, klar und deutlich unseren Willen zu einer gerechten Weltordnung und die Einsetzung unserer ganzen Kraft, sie zu erzielen, allem anderen voraussetzen. Und lutherisch müssen wir sprechen: „Hier stehen wir, wir können nicht anders. Gott helfe uns, Amen." Standhaft und rechtschaffen!

Die Forderung des Tages: Zeichne Kriegsanleihe!

Zum Kampf um den Frieden

Eine englische Darstellung der Kanzlerkrisis in Deutschland

Von Dr. Paul Rohrbach

Die liberale englische Zeitung „Manchester Guardian" gibt in fortlaufenden Heften eine Geschichte des Krieges heraus, die natürlich vom englischen Standpunkt aus geschrieben ist, aber sich durch das Bemühen um Unparteilichkeit und um ein möglichst objektives kritisches Eindringen in die deutschen Vorgänge, militärische wie politische, auszeichnet. Berühmt geworden ist z. B. die Darstellung des „Manchester Guardian" über die Beweggründe und die Folgen des Stillstandes der deutschen Offensive in Rußland im Herbst 1915, über die „östliche" und die „westliche" Schule und manches andere. Jetzt bringt die Nummer der „Kriegsgeschichte" vom 29. August eine an die verflossene Kanzlerkrisis geknüpfte Charakteristik des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg und der innerdeutschen Verhältnisse, die der Wiedergabe wert ist, weil sie zeigt, wie eindringlich man das, was bei uns geschieht, in England verfolgt, und welche Gedanken man sich darüber macht. Offenbar ist in und noch mehr zwischen den Zeilen verschiedenes enthalten, was sich an die deutsche Adresse richtet. Den richtigen Standpunkt hierzu zu finden, möchte ich einstweilen dem Urteil des Lesers überlassen und mich darauf beschränken, zugleich als Einleitung

Digitized by Google

und Antwort, dem englischen Stück einige Bemerkungen vorausschicken, die auch meinen Artikel im vorigen Heft der „Deutschen Politik" in bestimmter Richtung ergänzen sollen.

Man hat mir von neutraler Seite die Bemerkung gemacht, jener Artikel sei nicht hinreichend deutlich gewesen. Für mein Bewußtsein war er nicht undeutlich, aber ich bin bereit, ihn noch zu erläutern und zu vervollständigen. Es ist der Fehler unserer Politik während des Krieges gewesen, daß wir uns bemüht haben, unsere Gegner durch Schnittlinien in der Senkrechten von einander zu trennen. Als das Ideal erschien es uns, zum „Sonderfrieden" mit einem Angehörigen des Entente-Blocks, namentlich Rußland, zu gelangen. Das war ein Fehler, vielmehr hätte man versuchen sollen, die Schnittlinie nicht in der Senkrechten, sondern in der Wagerechten zu legen. Das heißt: Es ist schwer möglich, die gegen uns verbündeten Nationen und Regierungen von einander zu trennen; wohl aber wäre es möglich gewesen und ist es noch heute möglich, innerhalb jeder einzelnen Nation diejenigen Schichten zu finden, mit denen sich über einen Frieden reden läßt, der Deutschlands Lebensinteressen wahrt. In erster Linie interessiert uns dabei England, aber auch die anderen Ententemächte scheiden keineswegs ganz aus. Es gibt in England gewisse politische Schichten, denen der Gedanke nichts Zurückstoßendes hat, bei der Liquidation des Weltkrieges Deutschland „zufriedenzustellen", weil sie einsehen, daß auf andere Weise kein dauernder Weltfriedenszustand zu erreichen ist. Es gibt andere Schichten, die für eine solche Idee unter keinen Umständen gutwillig zu haben sind. Diese — in England sind sie verkörpert in Lloyd George — würden lieber alle Kräfte der Hölle loslassen, als Deutschland zufriedenstellen. Man wird hiernach verstehen, was wir unter der horizontalen Schichtentrennung im Lager unserer Gegner verstehen. Je nachdem mit welcher Schicht, zumal in England, wir im weiteren Verlauf der Ereignisse es zu tun bekommen, sind wir imstande unsere Bedingungen, Bereitschaftserklärungen und Zusagen zurückhaltender oder entgegenkommender zu formulieren. Es kommt alles darauf an, welche innere Gesinnung gegen uns wie für die Zukunft auf der verhandelnden Gegenseite erkennen. Das gilt namentlich auch für Belgien. Wir haben den Wunsch, in der belgischen Sache dem Rechtsempfinden der Völker und unserem eigenen inneren Rechtsempfinden Genüge zu leisten. Wir werden glücklich sein, wenn in bezug auf den Krieg im ganzen und in bezug auf Belgien im besonderen nicht ein bloßer Waffenstillstand, sondern ein wirklicher Friede zustande kommt; ein Friede, der Dauer verspricht, weil er auf Rechtsgrundlagen beruht. Es ist an den Freunden des Friedens in England, das ihrige zu tun, um das zu ermöglichen.

Der Sache eines solchen Friedens wird es in Deutschland dienen, wenn wir hier eine Regierung des wirklichen Volksvertrauens bekommen. Das soll nicht heißen, daß wir Herrn Wilson seinen Willen tun sollen, sondern im Gegenteil: daß er in die Grube fallen soll, die er sich gegraben hat. Dasselbe gilt gegenüber Lloyd

Digitized by Google

George, der sich unbesonnen und voreilig darauf festgelegt hat, er sei bereit, mit einer Regierung des Volksvertrauens in Deutschland Frieden zu schließen. Mit dieser zudringlichen Einmischung in unsere Angelegenheiten wollte er nicht etwa Deutschland wirklich zum „demokratischen" Ideal verhelfen, sondern er wollte im Gegenteil unsre freiheitliche Entwicklung hemmen, indem er hoffte, durch seine Taktik die reaktionären Elemente in Deutschland zu stärken. Wilson meint es entweder ebenso unehrlich, oder er ist ein sehr schlechter Psychologe. Von Lloyd George steht fest, daß er bösen Willens ist. Auf jeden Fall ist sicher, daß unsere Gegner innerlich um so schwächer an den Verhandlungstisch treten werden, je deutlicher sie fühlen werden, daß hinter derjenigen deutschen Regierung, die die Verhandlungen beginnt, wirklich das deutsche Volk steht. Es handelt sich heute gar nicht mehr um die Personen, auch nicht um die Herren Wilson und Lloyd George, sondern es handelt sich um die Völker, die mit einander in direkte Beziehungen treten wollen und müssen. Der Friede, scheint es, kommt von den Völkern, nicht von den Staatsmännern.

Wie muß das Ministerium des deutschen Volksvertrauens aussehen? Soll es den Charakter der neuen Deutschen Vaterlandspartei oder den der Reichstagsmehrheit tragen? Eine mittlere Linie dazwischen gibt es nicht mehr. Sie war in gewissem Sinne erträglich, so lange Bethmannsche Politik mit staatsmännischer Geste gemacht wurde, aber einen Bethmann-Ersatz gibt es nicht. Jetzt heißt es: Entweder — Oder. Wir wollen nicht untersuchen, wie die Reichstags-Resolution zustande gekommen ist, sondern wollen uns an das halten, was wir als ihren praktischen und grundsätzlichen Kern ansehen. Was ist das? Uns scheint es die Achtung vor dem Recht anderer Völker zu sein, gleichgültig ob groß oder klein. Sie ist ausgesprochen in dem Satz, daß es keine gewaltsamen Annexionen geben solle. Das ist nicht nur der Standpunkt der Reichstagsmehrheit, sondern das ist überhaupt deutsch gedacht. Wer unbekümmert um die Rechte anderer Völker nur deutsche Machtpolitik treiben will, der verschlechtert nicht nur den moralischen Kredit Deutschlands in der Welt und liefert den böswilligen Feinden Deutschlands immer neue Munition, sondern er verleugnet damit auch die Geschichte der eigenen deutschen Freiheit.

Die Regierung des deutschen Volksvertrauens muß der überzeugte und überzeugende Ausdruck der Reichstags-Resolution sein, nicht wie sie hüben und drüben verdeutet und verdacht, sondern wie sie gemeint ist. Der Abgeordnete Conrad Haußmann hat das schöne Wort gesagt:

> Gib uns den Mann, der das Panier der neuen Zeit erfasse,
> Und durch Europa bahnen wir dem Frieden eine Gasse.

Herr Haußmann hat gleich nach der Asquithschen Frage, ob der deutsche Reichskanzler bereit sei, sich bestimmt über Belgien zu äußern, ein Telegramm des Führers der holländischen Pazifisten, Herrn de Jong van Beek en Donk, erhalten, in dem es heißt:

„Der von der deutschen Majorität eingeschlagene Weg ist unserer Meinung nach der rich-

Digitized by Google

tige Weg zum Frieden, unter der Voraussetzung, daß die Majoritätsgesinnung in den Regierungen echten und überzeugenden Ausdruck findet. Wir sehen mit Besorgnis der Reaktion auf die kriegerischen englischen Ministerreden in der öffentlicher Meinung Deutschlands entgegen. Denn es ist schon einmal Chauvinisten der Entente gelungen, nämlich durch die Note vom Januar, den deutschen Friedenswillen zu lähmen, gerade als er eine Kraft der Ansteckung bewährte, die dem Kriegswillen der Ententevölker gefährlich wurde. Wir bitten Sie, die chauvinistischen Ministerreden in England ebenso zu durchschauen. Sie sind doch mit uns darin einig, daß der Friede kaum mit den jetzigen französischen und englischen Kabinetten abgeschossen werden wird. Gerade in England wachsen die maßvollen Kräfte gegen die Regierung. Hier wird allgemein der Gegensatz zwischen den Reden Asquiths und Bonar Laws lebhaft besprochen. Bonar Law und Lloyd George haben die Kanzlerrede vor ihren Völkern als Bekenntnis zum Annexionismus hingestellt. Asquith bezweifelt diese Deutung und fragt den Kanzler in klaren Worten, welche Stellung er Belgien gegenüber einnimmt. Asquith setzt sich hier zum erstenmal in einer Frage der auswärtigen Politik in Gegensatz zur gegenwärtigen Regierung . . ."

De Jong van Beek en Donk zitiert in seiner Depesche auch noch einige Sätze eines holländischen Korrespondenten in England, der sich folgendermaßen äußert:

„Wenn eine ähnliche Resolution (wie die der Reichstagsmehrheit) von einem Parlament der Ententeländer angenommen wäre, so könnte man der Durchführung seitens der Regierung sicher sein. Diese Sicherheit fehlt in Deutschland."

Der Absender des Telegramms an den Abgeordneten Haußmann ist eine Persönlichkeit von aufrichtigem Wollen und von scharfer Beobachtungsgabe gegenüber der öffentlichen Meinung aller kriegführenden Länder. Diplomaten der alten Schule sind zu dieser Art von politischer Feinfühligkeit nicht befähigt. Sie stehen der Forderung, sie in die Staatskunst einzuführen, skeptisch und ablehnend gegenüber. Sie können mit der Psychologie in der Politik nichts anfangen, sobald es sich um die Psychologie der Völker, nicht mehr um die bloßer Einzelpersonen handelt. Das ist schlecht für die Diplomaten und für die Sache, die sie zu führen haben, denn die Diplomatie der Zukunft wird mit der völkerpsychologischen Methode arbeiten müssen. Herr de Jong van Beek en Donk ist kein Deutschenfreund, ebenso wie er kein Ententefreund ist. Er wird in Deutschland häufig ein Freund der Entente genannt; ebenso aber in den Ententeländern ein Freund Deutschlands. Er ist in manchen Punkten nicht gerecht gegen Deutschland, aber die Arbeit und der gute Wille, die er in seinen Veröffentlichungen leistet (seine Organisation ist der Anti-Oorlog-Raad) sind unentbehrlich, wenn man sich über den Fortschritt des Friedensgedankens unterrichten will. Ich selbst habe mit dem Anti-Oorlog-Raad meine Auseinandersetzung gehabt, aber ich erkenne an, daß der Raad heute etwas bedeutet.

Die holländische Stimme betont die Notwendigkeit, daß Regierung und Volksvertretung in Deutschland innerlich einig gehen müssen. Auch wir sind dieser Meinung. Die gegenwärtige Regierung, insbesondere der Reichskanzler, sind mit dem Verdacht belastet, daß ihre eigentliche Meinung nicht die des Reichstags ist. Diesen Verdacht hat der Reichskanzler als unbegründet zurückgewiesen. Es ist aber der Eindruck zurück-

Digitized by Google

geblieben, daß etwas dabei nicht gestimmt hat. Es müssen Anstrengungen gemacht werden, unabhängig von allen Personenfragen, um diesen Eindruck zu tilgen. — Ich hoffe, daß ich jetzt deutlich genug gewesen bin, und ich darf nunmehr das Stück aus der Kriegsgeschichte des „Manchester Guardian" über Bethmann Hollweg und die deutsche Politik vielleicht ohne Besorgnis vor Mißdeutungen folgen lassen. Die Wiedergabe bietet, wo sie nicht in Anführungszeichen gesetzt ist, einen verkürzten Wortlaut. Bestimmte Stellen mußten mit Rücksicht auf die Verhältnisse unterdrückt werden.

„Bethmann Hollweg war der letzte Führer, der gehen mußte, von denen, die ihre Hand beim Kriegsanfang im Spiel hatten. Für den Mann der Straße war es erstaunlich, daß er so lange am Ruder war, während alle anderen Nationen, eine nach der anderen, sich der Führer entledigten, die sie in den Krieg geführt hatten. Diese Auffassung heißt den Mann verkennen und den besonderen Rückhalt, den er an der deutschen Politik hatte, ebenso wie seine ausgesprochene Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit. An dieser Verkennung ist die Tagespresse der Entente im wesentlichen schuld, die in der Hoffnung, die Kriegsstimmung der Nationen, die mit Deutschland im Krieg liegen, aufzupeitschen, die Angriffe auf den deutschen Kanzler in den Vordergrund stellte und sich dabei den Haß gegen Bethmann zunutze machte, der zweifellos in gewissen Kreisen der Entente-Bevölkerung gegen ihn vorherrschte . . ."

Vor der Kanzlerkrisis im Juli

Des Kanzlers Ringen gegen die Konservativen und anderen reaktionären Elemente, sein allmähliches Herüberneigen von der Rechten zur Linken, erhielt einen entschiedenen Ausdruck in der Osterbotschaft des Kaisers mit dem Versprechen der Wahlrechtsreform. Dann folgte im Mai die Zusicherung einer Aufklärung über die Kriegsziele. Konservative und Sozialisten brachten gleichzeitig Interpellationen, um vom Kanzler eine gerade Erklärung über die Kriegsziele zu erhalten, aber sein Gegenzug war, daß er dem Reichstag seine Politik der Zurückhaltung in betreff der westlichen Kriegsziele auseinandersetzte und unbestimmte Vorschläge großmütiger Friedensbedingungen gegenüber Rußland äußerte, in der Hoffnung, daß Rußland die westlichen Alliierten beeinflussen möge. Der Kanzler beanspruchte in vollem Einverständnis mit der Obersten Heeresleitung und der österreichisch-ungarischen Regierung zu sprechen, und eine Art Block von Nationalliberalen, Zentrum und Fortschrittlern billigte seine Haltung, während die Majoritäts-Sozialisten durchaus nicht unzufrieden mit dem Verlauf der Dinge zu sein schienen. Die Rechte schöpfte Besorgnis über diesen Block und behauptete, er sei in dem Verfassungsausschuß zwischen dem Kanzler und diesen Parteien vereinbart worden, als Gegengabe für die gemeinsame Zustimmung im Plenum sollte der Kanzler die Vorschläge des Ausschusses billigen. Die Alldeutschen begannen eine Agitation mit Telegrammen an Hindenburg, worin sie diesen mit ihren Kriegszielen zu identifizieren suchten, und mit Ankauf großer deutscher Tageszeitungen durch ein kapitalkräftiges Syndikat; in diesen Zeitungen wurde nun täglich gegen die Friedenspolitik und Reformabsichten des Kanzlers gehetzt. Unglücklicherweise aber unterließ der Kanzler es, sich, wie die Rechte es erwartet hatte, auf das Friedens- und Reformprogramm festzulegen. Er verweigerte eine bestimmte Erklärung der Friedensziele, und die Dinge zogen sich so unbefriedigt hin wie immer. Die Hoffnungen auf Separatfrieden mit Rußland schwanden mit der entrüsteten Ablehnung des Arbeiter- und Soldatenrates und der Grimm-Hoffman-Episode.

Plötzlich veröffentlichte Scheidemann einen höchst wichtigen Artikel im „Vorwärts" am

Digitized by Google

24. Juni, worin er auf Grund seiner Stockholmer Erfahrungen erklärte, die Demokratisierung Deutschlands sei ein notwendiger Schritt vor einem Verständigungsfrieden. Es folgten Artikel im „Berliner Tageblatt" von Dernburg und Fürst Lichnowski, worin drastische Reformen verlangt wurden, um Deutschland in eine Reihe mit der übrigen Welt zu bringen. Für einige scharfe Artikel von Professor Weber in der „Frankfurter Zeitung" verfiel letztere der Zensur.

Die Lage klärte sich. Auf der einen Seite: die Befürworter der Reaktion, des Krieges und eines „deutschen Friedens"; auf der anderen die Befürworter eines „Verständigungsfriedens" mit sofortigen Reformen — einem Eingeständnis, daß der Ruf der Entente nach Demokratisierung gerechtfertigt war. Da die Regierung Frieden nicht erlangen konnte, so mußte sie notwendig sich den Jingos zuneigen, wenn sie nicht eingestehen wollte, daß deren Kriegsziele unerreichbar wären. Aus den Beschimpfungen der reaktionären Presse konnte man ersehen, daß die Rückkehr der Sozialisten aus Stockholm energischer denn je die Formel zur Geltung gebracht hatte: „Demokratisierung um des Friedens willen"; und diese Bewegung war stark genug, um die Reaktionäre auf der ganzen Linie zur Defensive zu zwingen. Ein Zeichen von gewichtiger Vorbedeutung war das Manifest, das elf Männer, die man bis dahin als Verfechter anerkannt konservativer Grundsätze angesehen hatte, am 3. Juli veröffentlichten. (Hier wird das Delbrück-Harnack-Manifest im Wortlaut mit allen Unterschriften wiedergegeben.)

Inzwischen liefen die Arbeiten des Verfassungsausschusses weiter. Die Konservativen und das Zentrum widersetzten sich dem sozialdemokratischen Vorschlag des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Erwachsenen; die Konservativen stützten sich darauf, daß die kaiserliche Osterbotschaft das gleiche Wahlrecht nicht versprochen habe, und vereinigten sich mit dem Zentrum und den Nationalliberalen zu dem Einwand, daß jeder Bundesstaat seine eigenen Angelegenheiten besorgen müsse ohne Einmischung des Reichs. Dennoch neigten sämtliche Parteien schließlich dazu, der fortschrittlichen Resolution zuzustimmen, die der Regierung die dringende Notwendigkeit einer Wahlreform ans Herz legte und „die gänzliche Gleichstellung der Bürgerrechte in allen Staaten des Reichs" anregte.

„Überhaupt mehrten sich, je mehr der Zusammentritt des Reichstags nahte, die Anzeichen einer stürmischen Session; man sagte, die Sozialisten seien entschlossen, eine neue Debatte über Kriegsziele und Frieden herbeizuführen. Eine allgemeine Überzeugung machte sich geltend, daß durch die Tölpeleien der Regierungspolitik Deutschland einem neuen Kriegswinter entgegengehen müsse, und dies verlieh der Forderung neue Kraft, daß die einzige Regierung, die möglicherweise das Land durch diese Prüfung hindurch würde führen können, eine im weitem Maße parlamentarische sein müsse. Die Majoritätssozialisten hatten so gut wie beschlossen, die neuen Kriegskredite abzulehnen, falls ihrer Forderung, einer Annahme der Formel „Keine Annexionen, keine Entschädigungen" und für unmittelbare innere Reformen nicht nachgegeben würde. Wie Professor Delbrück sagte: „Das Rad der Geschichte rollt vorwärts und reißt uns mit." Er hatte recht. Aber die Regierung war töricht genug, den Versuch zu machen, es aufzuhalten, und die Wahlrechtsreform zu verschieben, als der Reichstag zusammentrat, indem sie die Neuteilung der Wahlkreise in dichtbevölkerten Gebieten debattieren ließ."

Die Krisis

Im Hauptausschuß des Reichstags widersetzte sich der Majoritätssozialist Ebert dem Vorschlag Spahns, des Zentrumsführers, erst die Kredite zu bewilligen und die politische Debatte folgen zu lassen. Erzberger unterstützte ihn; die Krisis hatte begonnen. Am nächsten Tag machte im Ausschuß Herr Erzberger einen Vorstoß gegen die optimistischen Berichte und Statistiken über den Tauchbootkrieg, die Helfferich und v. Capelle gegeben hatten. Zugleich verlangte er einen Verständigungsfrieden auf der Basis: Keine Annexionen und keine Entschädigungen und

Digitized by Google

sofortige innere Reformen. Die Rede war wie ein Blitzschlag ... Am nächsten Tage setzte Erzberger den Angriff fort, und der Kanzler gab eine Antwort, die allgemein nicht zufriedenstellend gefunden wurde, er verweigerte, sich für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen zu erklären. Am gleichen Tage kamen Hindenburg und Ludendorff in Berlin an. Gleich darauf kehrte der Kaiser aus Wien zurück und fuhr sofort zum Kanzler. Später empfing er die Heerführer und den Kriegsminister. Die Krisis war in vollem Gange. Inzwischen hatte sich die Zentrumspartei fast ganz um Erzberger geschart, aber die Nationalliberalen suchten der Sache eine Wendung zu geben und sie allein gegen Bethmann Hollweg zu führen ...

Inzwischen suchten die Mittelparteien eine Formel, auf der sie sich alle gegen die Regierung einigen konnten, und am Abend des 7. Juli wurde angekündigt, Nationalliberale, Zentrum, Fortschrittler und Sozialisten seien zu einer Vereinbarung über ihre Ziele gelangt. Am nächsten Tage, einem Sonntag, trat am Nachmittag der Kronrat zusammen unter Vorsitz des Kaisers. Hier machte Bethmann Hollweg, so wird allgemein erzählt, den Vorschlag der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Der Kaiser neigte ihm zu, und es schien, als solle der Kanzler gegenüber dem einstimmigen Widerstand der preußischen Minister, die ihre Entlassung einzureichen drohten, Sieger bleiben. Indessen fiel keine Entscheidung. Am nächsten Tage forderte der Hauptausschuß vom Kanzler einen Bericht über die Vorgänge im Kronrat; er verweigerte die Antwort, worauf sich der Hauptausschuß in großer Erregung vertagte. Freisinn und Sozialdemokratie waren sehr erzürnt über Bethmanns Schweigen, das in der Tat stark dazu beitrug, ihm die linken Parteien abspenstig zu machen ...

Am 11. wurde der Kronprinz nach Berlin gerufen, um als Thronerbe zu Rate gezogen zu werden, da ihn gewissermaßen die Veränderungen mehr angingen, als den Kaiser ... „Augenblicklich begann er Parteiführer auszufragen, was ihre Meinung über die Lage und über Bethmann Hollweg sei. Es ist unwahrscheinlich, daß einer von ihnen energisch zu seinen Gunsten gesprochen haben sollte."

Während schon Gerüchte umliefen, daß der Kanzler seine Entlassung eingereicht habe und die „Vossische Zeitung" Dr. Michaelis, den preußischen Nahrungsmittelkommissionär, als seinen Nachfolger nannte, die Jingopresse aber sehr stark für Bülow Propaganda machte, wurde kurz vor Mitternacht an demselben Abend eine kaiserliche Botschaft veröffentlicht, die die Osterbotschaft erweiterte und dem preußischen Ministerium anbefahl, dem Landtag eine neue Vorlage über die Reform des preußischen Wahlrechts auf der Grundlage des gleichen Stimmrechts zu machen, und zwar so bald als möglich. Dies war ein Sieg des Kanzlers und ein unverkennbares Zeichen des Vertrauens des Kaisers. Es hatte den Anschein, als könne er bleiben. Aber die Kühle, mit der die Ankündigung in der Öffentlichkeit aufgenommen wurde, bewies die Veränderung in der Volksstimmung seit Ostern. Was damals ein königliches Geschenk gewesen war, begegnete jetzt der Gleichgültigkeit. Eine neue Opposition erwuchs plötzlich dem Kanzler im Zentrum. Am 12. schrieb die „Germania": „Der Parteiausschuß sei zu der Meinung gekommen, daß in der Partei und in anderen Kreisen das Gefühl überwöge, der Kanzler sei kaum geeignet, die Friedensunterhandlungen zu führen." Aus München hörte man große Erregung über die geplante Parlamentarisierung. Die partikularistischen Interessen Bayerns schienen bedroht, weil Bethmann die Schaffung eines Staatsrates mit parlamentarischen Vertretern planen sollte. Auch hatte die Zentrumspartei als Ganzes einen wirklichen Widerwillen gegen eine echte Wahlreform. So verlor der Kanzler so gut wie all seine Stützen.

„Die drei Parteien der Linken, Zentrum, Fortschrittspartei und Sozialdemokraten, beharrten noch bei ihrer Resolution. Es wurde versucht, die Mehrheitsparteien zur Zurücknahme oder Abänderung ihrer Formel zu überreden, ein paar Veränderungen in Worten wurden tatsächlich gemacht."

Digitized by Google

So stand Bethmann Hollweg allein gegen alle. Er hatte eine Regierungskrise in Preußen, wo fünf Minister wegen der Wahlreform, ein sechster wegen der Friedensformel ihre Entlassung eingereicht hatten; eine Regierungskrise im Reich, wo drei Unterstaatssekretäre zurücktraten; eine Krise im Bundesrat, wo die Vertreter Bayerns und anderer Staaten sich gegen die Parlamentarisierung stellten; und endlich eine Krise im Reichstag, wo sich die neue Majorität langsam von ihm zurückzog. Es hielt ihn niemand, und so fiel er. Am nächsten Tage, nachdem er am 14. Juli seine Entlassung eingereicht hatte, erschien der Dankbrief des Kaisers an ihn, zugleich mit der Ernennung von Dr. Michaelis zum Reichskanzler und Ministerpräsidenten von Preußen.

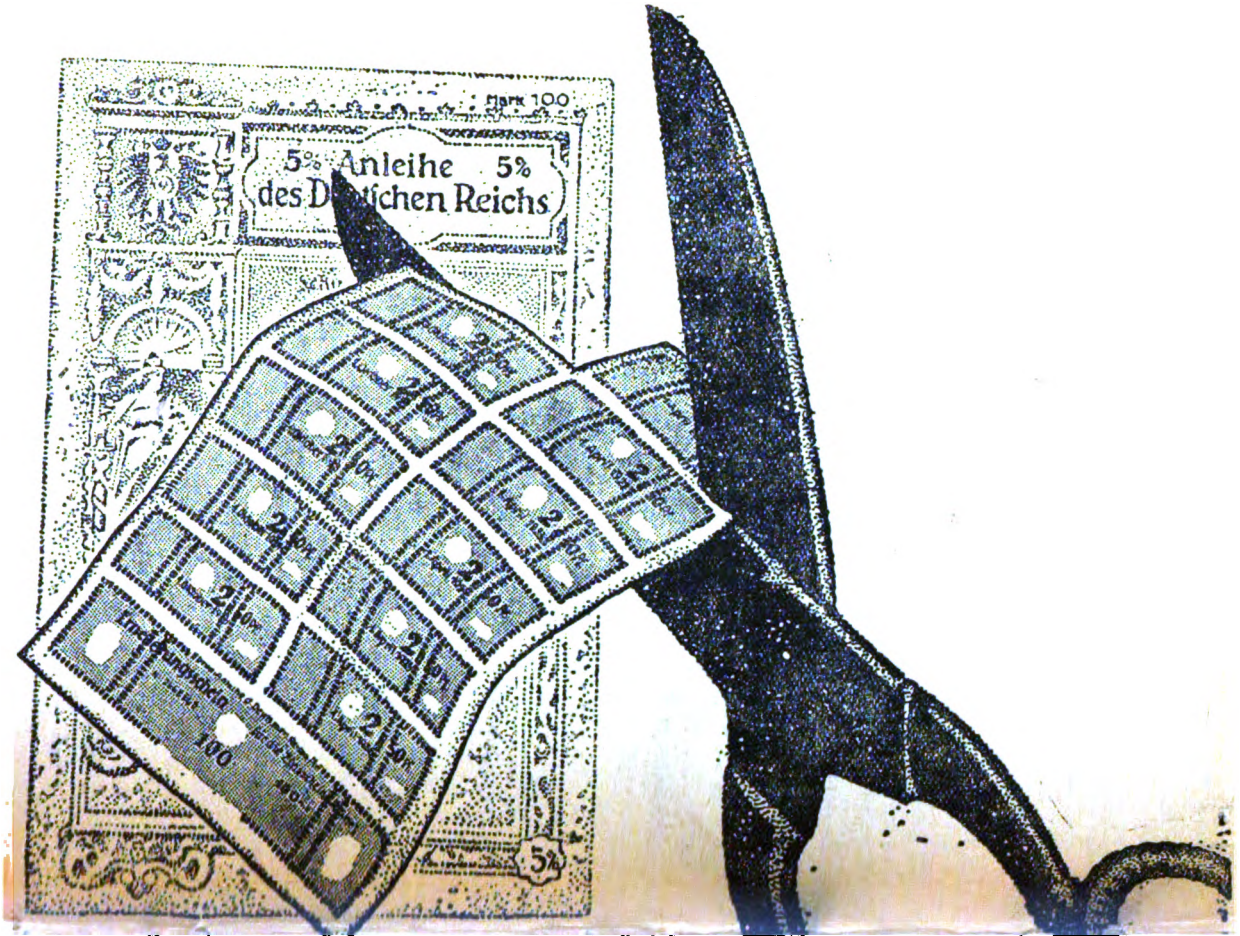
Rückblickende Betrachtung

Es ist eine Eigentümlichkeit der deutschen Reichsverfassung, daß der Kanzler mit Koalitionsmehrheiten regieren muß und infolgedessen jede Maßregel auf dem Wege des Kuhhandels durchbringt. Ebenso hat aber auch keine Partei jemals die Hoffnung, die Zügel der Macht zu ergreifen. Sie müssen sich mit dem Kanzler und seinen Staatssekretären abfinden, so lange es dem Kaiser beliebt, ihn im Amte zu halten. Häufen sich freilich Mißtrauenskundgebungen des Reichstags, so wird der Kaiser sie wohl beachten und seine Regierung wechseln müssen; er würde aber deswegen nicht seine Minister aus der parlamentarischen Mehrheit wählen. „Ein Hauptergebnis dieser Einrichtung war bisher gewesen, daß die Parteiführer, wie alle ihresgleichen, weit mehr auf die Interessen ihrer Partei, als auf die des Staates aus waren. Z. B. war es während der Krisis ... offenbar, daß es nationalliberale Taktik war, die Friedenspartei dadurch zu Fall zu bringen, daß die Nationalliberalen einen Systemwechsel zu wünschen vorgaben. In Wahrheit arbeiteten sie auf den Sturz des Kanzlers und die Vereitelung sowohl des Friedens als auch der Reformen hin, obwohl eine kleine Minderheit diese letzten Ziele aufrichtig begünstigte. Das Zentrum arbeitete ebenfalls für die Friedensresolution, zweifellos im Hinblick auf die große katholische Friedensbewegung, die in Österreich reifte, aber auch in Erwiderung der Volksstimmung und vor allem, um den Sozialisten den Wind aus den Segeln zu nehmen."

Numerisch schwach, war die konservative Partei im Reichstag tatsächlich die stärkste. Selbst ein flüchtiger Überblick über Deutschlands Geschichte seit Bismarck zeigt, daß kein Kanzler gegenüber der Opposition dieser Agrarier lange an der Macht bleiben kann. Selbst Bülow, der zu ihnen gehörte, mußte fallen, als er ihnen entsprechenden Anteil der Finanzlasten aufbürden wollte. Bei Bethmann Hollwegs Antritt fand er die protestantischen und katholischen Konservativen inmitten wildester Parteistreitigkeiten allmächtig. Von Anfang an haßten sie ihn. Er suchte sie dadurch zu beruhigen, daß er ihnen wichtige Ämter einräumte, aber die ganze Richtung seiner Politik wies nach links. Daher suchte er Unterstützung beim Zentrum. Das Zentrum hat kein eigentliches politisches und soziales Programm und schließt sehr verschiedene Mitglieder ein, vom großen katholischen Magnaten in Schlesien bis zur Industriebevölkerung im Rheintal. Es suchte daher zur Bewahrung seiner Einigkeit Linien der Politik zu verfolgen, die allen gerecht wurden und schien aus klugen Opportunisten zu bestehen, die mit seltenem Geschick die weltlichen Interessen des Katholizismus vertraten.

Die Wahlen von 1912 stärkten die Liberalen und Sozialdemokraten so sehr, daß sie eine wenn auch kleine Majorität bildeten; das Zentrum behielt seine Mitgliederzahl. Bethmann als die Zeichen der Zeit richtig. Er steuerte deutlich mehr nach links und konnte 1913 den Konservativen bei der großen Wehrbeitrags-Vorlage eine schwere Niederlage beibringen. Von da an führten die Konservativen gegen ihn Krieg bis aufs Messer. „Man halte sich immer ihre Macht vor Augen. Im Preußischen Landtag waren sie allmächtig, und Bethmann Hollweg war Ministerpräsident in Preußen gerade so wie Reichskanzler. Außerdem hatte Preußen im Bundes-

Digitized by Google



Digitized by Google

Nützet Euch, nützet dem Vaterland, zeichnet Kriegsanleihe

Digitized by Google

rat... das Übergewicht... So konnten die Parteien der Rechten des Kanzlers Entschließungen bei der Kriegserklärung erzwingen; dann wieder in der Frage des U-Bootkrieges und des Eintritts Amerikas in den Krieg. Die Kampagne gegen ihn war so stark und in ihren untergrabenden Einflüssen so tödlich, daß er niemals imstande war, die Kriegsziele kühn zu erklären, die ihm wirklich am Herzen lagen... So lange er die Unterstützung des Zentrums und der Linken genoß, war er verhältnismäßig sicher, und die wütende Opposition der Rechten trieb ihn allmählich nach links hinüber und stärkte die Hoffnungen der Linken auf eine neue Orientierung in der inneren Politik. Bethmann hatte außerdem einen Anfangserfolg, indem er die Majorität der Sozialdemokraten zur Unterstützung des Krieges gewann."

Bethmanns Gewissen

Alles in allem muß man sich gegenwärtig halten, daß Bethmann Hollweg den Krieg nicht wollte, ja, daß er in der Tat energisch dem Krieg sich widersetzt hatte, so weit es seine sensible Natur zuließ. Er haßte solche drastischen Schritte. Er hätte sich beim Ausbruch des Krieges zurückziehen können, denn der Krieg bedeutete die Umstürzung aller seiner Politik. Vor dem Kriege hat er wahrscheinlich den Versuch gemacht, zurückzutreten. Aber der Kaiser hatte ein unbegrenztes Vertrauen zu ihm und mochte ihn überdies sehr gern. Bethmann war eine anziehende Natur, offen, aufrecht und unzweifelhaft ehrlich — ein feiner Kopf an der Spitze des Deutschen Reiches. Aber er war kein Mann der Tat, keine dynamische Natur. Man könnte fast das Wort Grillparzers auf ihn anwenden, der sagte: „Für mich ist ein Entschluß gerade wie ein Schritt in die Unendlichkeit." Er war niemals imstande, sich zusammenzureißen und sich die genügende Freiheit zu schaffen, um den kühnen Weg der Tat zu gehen. Er hatte Ideen: er deutete die Tagesströmungen richtig, aber er wurde dauernd behindert durch seine Kreise, ebenso wie durch die Ereignisse. Gerade wie eine Fliege, die sich im Sirup festgeklebt hat, wohl einmal nach großen Anstrengungen einen Fuß frei bekommt, nur um zu entdecken, daß ihre anderen Beine noch tiefer im Klebstoff festsitzen, und so ist sie nicht imstande, ihre Flügel zu gebrauchen. Mit einem Wort, er war der typische Mann für die Übergangsperiode. Er fühlte, daß der Friede nötig war, um das deutsche Volk in eine harmonische Zusammenarbeit mit den undemokratischen Elementen der Verfassung zu bringen und damit in Einklang mit jenen demokratischen Bewegungen, die überall in der Welt an der Arbeit waren. Seine ganze auswärtige Politik zielte auf eine nähere Verbrüderung mit den Westmächten ab. Er unterstützte den interparlamentarischen Versuch, eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen, während Lord Haldanes Besuch in Berlin eine neue Ära in Deutschlands Beziehungen zu Großbritannien in Aussicht zu stellen schien. Aber die ganze Zeit hindurch war er gezwungen, mit jenen Elementen zu Hause Kompromisse abzuschließen durch Anhäufung ungeheurer Rüstungen und durch neue Aufwendungen für militärische Vorbereitungen, welche die ganze Welt zu bedrohen schienen. Es ist wahrhaft tragisch, daß dieser Mann des Friedens als der verantwortliche Staatsmann den Weltkrieg anzuführen hatte...

In der heimischen Politik steuerte er einen bedeutsam geraden Kurs. Er fing als Staatssekretär des Inneren mit einer Gesetzgebung über das freie Versammlungsrecht an, und er endete mit und durch das gleiche Wahlrecht in Preußen. Er war Kanzler geworden zur Zeit des wildesten Parteikampfes, und es war ihm gelungen, Ordnung in den Reichstag zu bringen und ein gewisses Bestreben, an der Regierungsarbeit positiv mitzuwirken. Im Kriege erntete er die Früchte dieser Bemühungen, die Parteien zu einer Verständigung zu bringen. Er brachte die Sozialdemokraten dazu, ihren politischen Standpunkt aufzugeben und Seite an Seite mit dem übrigen Deutschland zu kämpfen. Aber Herr von Bethmann Hollweg war nicht imstande, seine Erfolge zu krönen. Die inneren Erneuerungen, von denen er oft sprach, hatten ihn in der Tat

Digitized by Google

gelehrt, politische Dinge anders zu sehen und zu werten. Ja, er hat sich wahrhaft in die Gedanken der Demokratie hinein versenkt, aber die Gedanken kristallisierten sich nie zu Taten, höchstens zu Reden. Die einzige praktische Leistung auf diesem Gebiet war sein Wort von „Dem Tüchtigen freie Bahn" und die Berufung organisierter Sozialdemokraten in Kriegsämter, wenn auch nur in beratender Stellung. Er war jedoch nicht glücklich in der Wahl seiner Mitarbeiter ...

Schwierigkeiten Bethmanns

Bethmann war dazu gekommen, sich auf die Zentrumspartei zu stützen, und so mußte er seine Politik der schwankenden Politik des mehr oder weniger reinen Opportunismus anpassen. Zu Anfang war das Zentrum ausgesprochen annexionistisch. In der U-Bootfrage rettete es ihn gerade noch vor den konservativen Wölfen, anstatt ihm aber freie Hand zu geben, zwang es ihn, die letzte Entscheidung Hindenburg zu überlassen. „Diese Tatsache band für immer seine Hände und brachte ihn endlich zu Fall. Hindenburg, dessen Standbild auf dem Platz einer jeden deutschen Stadt steht, dessen Bild in jedem deutschen Hause hängt, war ein zu schwerer Block, als daß Bethmann-Hollweg ihn beiseite schieben könnte." Dann kam eine neue Katastrophe für Bethmanns Hoffnungen und seine Politik: die russische Revolution. Solche heftigen Ausbrüche haßte er von Natur. Er war als Beamter groß geworden und als Konservativer in den Reichstag gekommen. „Er war in der Tat die feine Blüte der deutschen Geheimratskultur; ein Konservativer von Natur, aber kein Reaktionär, ein loyaler Diener seines Kaisers, dem und für den er immer verantwortlich war." Er hatte sich mühsam aus dem siebenfachen Panzer des Konservatismus herauszuschälen, und da die Ereignisse schneller liefen als seine innere Entwicklung, so wurden ihm schließlich die Konzessionen entrissen.

Die russische Revolution endete alle Hoffnungen auf einen Separatfrieden mit Rußland; sie bedeutete weitere Jahre des Krieges, wenn Deutschland bis zum Ende durchkämpfen wollte. Außerdem brachte sie einen gefährlichen Gärstoff in den von Bethmann jahrelang so sorgfältig gekneteten Verfassungsteig. Bethmann erkannte, wie dringlich Reformen seien, aber war nicht imstande, darnach zu handeln. Auch die Osterbotschaft war nur ein Kompromiß. Weil es nur eine Botschaft war, konnten seine Gegner hoffen, ihn zu beseitigen, ehe sie Tatsache wurde; die Anhänger der Reform wiederum beargwöhnten den Entschuß der Ausführung. Die Alldeutschen verbreiteten, der Kanzler habe nicht die Unterstützung der Krone und der Obersten Heeresleitung. Die liberalen Elemente kamen allmählich zu der Überzeugung, daß es ihm an Kraft, Klarheit und Rücksichtslosigkeit fehle, die der Führer einer großen Nation während eines Sturmes braucht. Schmoller nannte ihn Fabius Cunctator ...

Epilog

„Der Epilog zur Krisis scheint nur dem Zyniker schön, und enttäuschte sogar Deutschlands Feinde. Die Mehrheit, die Bethmann Hollweg zu Fall gebracht hatte, wich zurück wie erstarrt über das, was sie angerichtet. Das war gerade der Augenblick, wo der Reichstag alle seine Forderungen hätte durchsetzen können. Aber er fand nicht zur Zeit den Atem wieder, und ehe er den Mund wieder aufgetan hatte, hatten die Machthaber ihren neuen Kanzler hineingeschoben, ohne daß der Reichstag in der Sache dieser Wahl ein Wort mitzureden gehabt hätte. Selbst später, als der neue Kanzler seine Rede hielt und eine zweite Gelegenheit sich bot, seinen Einfluß auf die neue Ernennung fühlbar zu machen, ließ er sich schwächlich diese zweite Chance entgleiten und warf die ganze Verantwortlichkeit für die Lösung der Krisis auf den Kanzler selber. Das Versagen hatte beim Reichstag selbst gelegen. Einen bemerkenswerten Sieg aber hat er doch erfochten: die Friedensresolution war mit 212 gegen 126 Stimmen angenommen worden. Dies war ein großer Gewinn, dann sie hatten niemals von Bethmann

Digitized by Google

Hollweg eine solche Resolution erlangen können. Der neue Kanzler suchte durch eine zweideutige Zustimmung den Inhalt derselben zu verwirren, im Herzen aber schien er damit übereinzustimmen, und die Ausführung hing natürlich von dem neuen Staatssekräter des Auswärtigen ab.

Rußland muß!

Von Jakob Schaffner

Rußland muß in seiner jetzigen Gestalt aufhören zu bestehen, wenn der Krieg für Deutschland geschichtlich zu einem Ergebnis führen soll! Es gibt für die deutsche Nation kein anderes wirkliches geschichtliches Ziel, auch keines, das sich so von selber und aus der Natur der Tatsachen anbietet.

Es wird jetzt der Versuch gemacht, die Leute, welche die sogenannte östliche Lösung suchen, als „Russophoben", Russenfeinde zu bezeichnen, und das geschieht von Schriftstellern, die sonst auf jedes französische Unterhaltungsspiel schwören und noch bis gestern von einem Westeuropäer kaum zu unterscheiden waren. Seitdem Rußland seine Revolution hat, soll dort weiß geworden sein, was bisher schwarz war. Es wird krampfhaft übersehen, daß diese Revolution den Deutschen zehnmal so ablehnend gegenübersteht, als vorher die moskowitische Grundherrschaft, und daß dort frisch ausgeschlüpfte Kulturlehrlinge, die eben mit knapper Not der Knute entlaufen sind und noch nicht auf eigenen Füßen stehen können, bereits als die politischen Zucht- und Lehrmeister der Deutschen auftreten wollen. Wenn das aber vom sehr grünen Holz geschieht, was wird vom gehärteten kommen? Ohne Würde und Selbstachtung wird keine russische Frage zu lösen sein, darüber muß man die Russen selber hören. Der Deutsche ist nicht der Mann, von der Fortdauer des russischen Chaos[1] und der moskowitischen Korruption[2] Gewinn zu ziehen; dazu ist er von Hause aus zu sehr auf Reinlichkeit und Ordnung angewiesen, und er soll es bleiben, weil das die einzigen verläßlichen Grundlagen jedes gedeihlichen Tuns sind. Die alte englische Methode der gewissensfreien Ausbeutung und der zweckmäßigen Erregung von Verderbnis in fremden Volkskörpern ist für die Deutschen ebenfalls unbrauchbar. Ihnen fehlt das Talent dazu und zum Glück auch die Nötigung, weil sie als aufsteigendes Volk gesundere Grundsätze haben, sonst wären sie kein aufsteigendes Volk. Es mag unter den Suchern der östlichen Lösung Russenfeinde geben. Ich persönlich bin ein überzeugter Freund des russischen Volkes und der russischen Literatur. Ich sage so: „So lange die russischen Völker die moskowitische Geschichtsauffassung und die tatarische Kulturfeindschaft mit ihrem Fortschritt und der Entwicklung ihrer Eigenart bezahlen müssen, wird es für sie kein Glück und keine Zukunft geben! So lange sie infolge dieser willkürlichen Verkuppelung mit wesensfremden Gewalten auf die

[1] Chaos = Wirrwarr.

[2] Korruption = Sittenverderbnis, Bestechlichkeit.

Digitized by Google

Erfolge ihrer geographischen und geschichtlichen Lage und ihrer persönlichen Begabung verzichten müssen, um ein Reich stützen zu helfen, das nicht stehen kann und nicht stehen soll, kann nichts aus ihnen werden!" Es ist keine Rede von Befreiungsphrasen, und die Deutschen haben sie beim Stand ihrer Dinge so wenig nötig, wie irgendeine andere Phrase. Für sie handelt es sich einfach darum, die Welt in ihrem Teil so zu ordnen, daß ihre Entwicklung und ihr Werk darin gesichert ist, und daß die Welt mit dem deutschen Wesen fruchtbar und glücklich sein kann. Die Hauptforderung für den deutschen Menschen in Europa ist jetzt nur Deutschland. Einen andern Gedanken und ein anderes Ziel soll er nicht haben, denn es ist heute der gehaltvollste Gedanke und das aussichtsreichste Ziel, nicht weil die Monarchie die höchste staatliche Idee wäre, oder weil unsre seelische Anlage künstlerisch und musikalisch ist, sondern weil die deutsche Arbeit heute die entwickeltste und reifste wirtschaftliche Form darstellt, die es in Europa gibt. Mit dieser Form muß Europa rechnen, weil an ihr der deutsche Mensch zu Ansehen und internationaler Haltung und das Volk zu Größe und Macht kommen, und weil die deutsche Wirtschaft das geschichtliche Mittel ist, durch welches das kontinentale und bodenständige Mitteleuropa zu neuer Blüte geweckt werden wird. Nachdem seit der Entdeckung Amerikas die Entwicklung in gesteigertem Maße Mitteleuropa verlassen und den Verfall Deutschlands verursacht hatte, während gleichzeitig das neue Werden und Gedeihen sich beinahe ausschließlich zwischen den Küsten des Atlantischen Meeres entspann, ist heute zum erstenmal wieder nach langer stiller Erstarkungszeit Mitteleuropa im weltgeschichtlichen Sinn Kultur- Wirtschafts-, Militär- und Verkehrsmacht geworden, hat neue kapitalistische Methoden und gesellschaftliche Grundsätze hervorgebracht, und wenn daraus nun ein Dauerndes werden soll, so ist es nur möglich durch den rücksichtslosen und unbedingten inneren und äußeren Ausbau dieser Kräfte; in jedem andern Fall wird die europäische Möglichkeit zur Episode. Die deutsche Wirtschaft fühlt es unbedingt — nicht so die Geistigkeit! —, daß es für sie nur einen *Durchbruch* im größten Stil gibt, oder Abbau und Niedergang.

Es handelt sich bei diesen Aussichten *um keine Annektionen*, sondern *um eine geschichtliche und kulturelle Organisation*. Die westrussischen Völker müssen aus dem atlantisch-moskowitischen System ausgelöst und dem deutsch-mitteleuropäischen eingefügt werden, weil sie erstens zum wirtschaftlichen Hof der Mittelmächte in natürlicher Weise gehören als ihr nächstgelegenes Arbeitsgebiet, und weil sie zweitens auf die erschließende und schöpferische Wirkung der deutschen Arbeit angewiesen sind. Nur in enger Fühlung mit dem hochstehenden Mitteleuropa werden jene Völker zu einer geschichtlichen Bedeutung gelangen, und was in ihnen Geist, Kunst, Musik und Dichtung ist, was als Eigenart in ihnen lebt und webt, wird ebenfalls bloß unter dem Schutze des interessierten mitteleuropäischen Geistes gedeihen können. Es ist das unabweisbare Bedürfnis der deutschen Wirtschaft und des

Digitized by Google

deutschen Staates, sich eine feste und dichte Einbettung zu schaffen. Die Deutschen haben kein Bedürfnis nach einem starken Rußland, aber nach einer freien entwickelten Ukraine, einem tätigen Finnland, einem fruchtbaren Polen, denn sie sind als arbeitende und Werte schaffende Nation auf den Güter- und Kraftaustausch ihrer Nachbarn angewiesen; sie sind desto stärker, je wohlhabender und glücklicher ihre Nachbarn werden. Als Nachbar eines feindlichen und rückständigen russischen Staates — ob zaristisch oder revolutionär! —, der niemals zu einem ruhigen und gesicherten inneren Ausbau gelangt, wird den Deutschen immer das rechte kolonistische Vertrauen zur festländischen Tätigkeit fehlen; sie werden immer wie die Russen selber an Fernsüchten und Seesüchten leiden. Ihre Unruhe vor dem Osten wird nie abnehmen, auch nicht ihre Abhängigkeit vom Westen, so viel Armeekorps sie auch je und je aufstellen und so viele neue Schlachtschiffe sie bauen mögen, ganz davon abgesehen, daß man nicht mit Armeekorps und Schlachtschiffen fundamentale geschichtliche Fehler verbessern kann. Es kann niemand daran zweifeln, daß das England von 1920 sehr wenig dem England von 1913 mehr gleichen wird. Die Engländer haben begriffen, daß die deutsche Wirtschaftsmethode der ihren überlegen ist, und setzen diese Einsicht mit einem bemerkenswerten Schwung und großer Entschlossenheit in die Tat um. Das Jahr 1920 wird England im Besitz einer vollkommen modernen kapitalistischen Wirtschaft finden. Die englische Industrie wird aufhören, rückständig und spielerisch zu sein. Und das englische Imperium, das bis jetzt infolge des Freihandels für die deutsche Wirtschaft offenes Jagdgebiet war, wird durch den Schutzzoll, der unweigerlich kommen muß, abgeschlossen und der eigenen Industrie vorbehalten werden. Es wird noch mehr geschehen. Nicht nur das Wirtschaftsgebiet der Ententestaaten wird sich zu einem gegen die Zentralmächte feindlich gesinnten Großverband zusammenschließen, wenn möglich mit Handels- und Zolleinheit, sondern der ganze Atlantische Ozean mit allen Küsten und Hinterländern wird den Charakter einer politischen und wirtschaftlichen Entente annehmen, nachdem die kulturelle und geschichtliche vor dem Kriege längst geschaffen war, wenn sie auch erst während des Krieges stärker herausgearbeitet wurde. Wie wird sich eine deutsche Wirtschaft aber stellen, die auf den großbritischen Märkten durch die ebenbürtige englische, japanische und amerikanische Industrie konkurriert, durch Zölle gehindert und durch Abkommen bekämpft, von der Entente boykottiert und in Südamerika verdrängt ist, und die auch versäumt hat, sich rechtzeitig andere Märkte und Kolonisationsgebiete zu öffnen? Man will Rußland retten? Rettet Deutschland! Niemand möge sich irren! Ein unversehrtes „gerettetes" russisches Reich wird im revolutionären Zustand stets ein Verbündeter der „demokratischen" Entente sein und im reaktionären ein Verschworener der imperialistischen; in beiden Zuständen wird es für Deutschland ein unbewegliches und unhandliches politisches Objekt bleiben, das auch im Bündnis nicht zu beherrschen, nicht einmal zu kontrollieren und auch nicht fruchtbar zu kapitalisieren wäre. Zu kapitalisieren und als geschicht-

Digitized by Google

liches Geschäft zu beherrschen sind für die Mittelmächte die losgelösten Gebiete der Ukraine, Polen, Finnland, Litauen, Livland, und sie allein sind für Deutschland wirtschaftlich und kulturell fruchtbar zu machen. Die zwölf Milliarden der Franzosen sind im weiten russischen Sumpf ohne sichtbare Wirkung ersoffen. Das gleiche Geld in den westrussischen Staaten angelegt wird sich nicht nur verzinsen, sondern wird Leben und Gestalt schaffen und moderne Geschichte wirken. Viele Festungen und Armeekorps werden überflüssig und können gespart werden, und wird Mitteleuropa nicht ein Paradies sein, so wird es doch eine Kornkammer und ein immer mit Gütern gefülltes Magazin werden. Es wird ferner ein ideenreiches, musikalisches, dichtendes und bildendes Menschheitszentrum sein, und zwar ein kontinentales, kolonistisches, das heißt bodenständiges und gehoben seßhaftes.

Die erhöhte Sicherheit, welche das deutsche Kulturwerk unter einer solchen geschichtlichen Ordnung der Dinge genösse, ist bereits angedeutet. Starke und gut ausgerüstete freie Volksheere wären seine Verbündeten. Man darf schon jetzt sagen, daß eine deutsche Nation, die sich gegenüber den Machtmitteln der ganzen übrigen Welt behauptet hat, in Zukunft auf ihrem geschichtlichen Weg unangreifbar sein wird. Sie wird es schon sein ohne neue Verbündete, auch gegen die unverminderte russische Masse; sie würde nur weniger schöpferisch und fruchtbar sein. Im Militär-, Wirtschafts- und Zollbündnis mit den westrussischen Nationen (dazu Südosteuropa und Westasien!) wäre sie vollends der Schwerpunkt eines Bundessystems geworden, dem auf keine Weise beizukommen wäre. Man spricht ängstlich von der russischen Rache und von der Sucht des zurückgeworfenen moskowitischen Staates nach dem Meer. An den Meeren säßen die freien mitteleuropäischen Völker und müßten wieder russische Provinzen werden, bevor die Tataren eine Küste beherrschten. Freiwillig werden sie kaum in diese Stellung zurückkehren, und bei der Verwahrung dagegen werden sie stets die Zentralmächte, die siegreichen, nicht die ohnmächtigen, im Rücken haben. Dieselben Zentralmächte werden mit den Armeen dieser freien Völker rechnen können, wenn es darum geht, einen neuen Vormarsch der Tataren aufzuhalten, vor allem aber werden sie mit ihrer unbedingten Überlegenheit und der Überlegenheit ihres geschichtlichen Systems rechnen können, die absolut ist. Da es sich bei allem um eine freiwillige menschliche und staatliche Vereinigung handelte, wäre es klar, daß das Bündnis nicht zu uferlosen Welteroberungsplänen mißbraucht werden könnte. Dies wäre um so weniger zu befürchten, als diese neue großwirtschaftliche Vereinigung mit ihrem inneren Ausbau und der Entwicklung ihrer Möglichkeiten vollauf beschäftigt wäre und bei steigendem Arbeitseinkommen sich viel zu wohl fühlte, als daß sie Zug zu Abenteuern verspürte. Zu Gewalttätigkeiten neigen nur Völker, die Hunger und Durst leiden und sich benachteiligt fühlen.

Aber Gemüter, aus denen die alte deutsche Dienstbarkeit und Niedrigkeit noch nicht ganz gewichen ist, zögen es dennoch vor, der Sekundant eines „starken" Rußland zu

Digitized by Google

sein, anstatt machtvoll und kühn mit dem weltgeschichtlichen Schläger im Vordergrund zu stehen und selber Sekundanten zu haben. Drei Jahre lang hörte man immer wieder den schwachen Spruch, daß die Engländer eben mehr Glück mit ihren Verbündeten hätten. Nach der wunderbaren Widerlegung, welche eben diese Verbündeten und Hindenburg beigebracht haben, verkriecht sich jene geschichtliche Hörigkeit hinter die polnische Frage. „Polen ist ein unsicherer Kantonist!" heißt es jetzt, und man ist bereits kleinmütig bereit, über einigen polnischen Schwierigkeiten das ganze große Geschäft fallen zu lassen. Die Klage ist nicht aus der Luft gegriffen, und jede Woche erhält sie neuen Stoff, gewiß. Der Charakter der Polen ist unzuverlässig, ränkevoll, dem deutschen Wesen abgeneigt, dienerhaft vor dem russischen, das die Knute zu führen weiß, und es gibt keine vollkommene Lösung der polnischen Frage. Aber was tut der Staatsmann, wenn er eines Mitgängers nicht sicher ist oder einen andern in die Mitgängerschaft drängen will? Oder wenn er mit einem Faktor rechnen muß, der ihm unbedingt feindlich ist? Er sucht diesen durch einen freundlichen lahmzulegen, und den unschlüssigen schreckt er durch die Schaffung eines Feindes. Es wäre gut, den Engländern nicht nur das demokratische Spucken abzusehen, sondern von ihnen auch etwas politische Praktik zu lernen. Anstatt unfruchtbar vor Hindernissen zu versiegen, muß der deutsche Mensch lernen, vor ihnen aufzuwachsen. Die polnische Frage zeigt nichts, als daß es nötig ist, auch die ukrainische und die litauische zu lösen! So lange es einen polnischen und einen ukrainischen Staat gab, bestand Feindschaft zwischen den Polen und den Ukrainern. Auch ein litauischer Staat kann nur unter dem Schutz Deutschlands gegen den polnischen bestehen, und mit der doppelten Flankenbedrohung durch den litauischen und den ukrainischen Staat, die beide Verbündete der Zentralmächte sind, wird ein polnischer Binnenstaat schon in Respekt zu erhalten sein, auch mit einem sinnverbündeten russischen Rumpfstaat im Rücken. Ganz im Wohlgefallen der Welt werden die Deutschen nie leben, sie werden vielmehr immer unter dem Mißfallen irgendeines andern und meist aller zu existieren haben; da ist es schon besser, wenn doch alles auf dasselbe herauskommt, als Selbstordner seiner Zukunft gehaßt und nebenher gefürchtet zu sein, anstatt die eingeschüchterte weltgeschichtliche Bestie im europäischen Käfig zu spielen. Gibt es den ukrainischen Staat noch nicht, so muß er werden. Es kommt jetzt für Deutschland und sein großes Volk darauf an, die letzten historischen fünf Minuten noch die Nerven zu behalten, bis von diesem ganzen glut- und blutheißen Ernteſommer auch die letzten und reifsten Früchte fallen. Diese Früchte werden heißen: Ukraine, Finnland, Litauen, Livland und so weiter. Fünf Minuten zu früh aufgehört aus falschverstandenen humanen Gründen, und das ganze furchtbare Ringen war wieder umsonst! Jetzt gibt es nur noch eins: Hindenburg zu Ende arbeiten lassen, und die russische Konkursmasse fällt vollends auseinander. Sie kann aber nur den Mittelmächten zufallen. Fürs Endhalten sind selbst die Anhänger der „westlichen Lösung"; sie wird sich aus der östlichen geben

Digitized by Google

Schon beginnen die reifen Birnen zu fallen und die Bäume zittern ahnungsvoll. Noch einen Stoß und wir haben nicht das monströse „Alldeutschland", sondern noch etwas viel Schöneres und Weitertragendes: das wieder erstandene Europa, die erneuerte Hoheit und Selbstherrlichkeit des Kontinents, die weltgeschichtliche Freiheit und den Durchbruch des kolonistischen Menschen! Wenn man nicht das Zutrauen zur deutschen Notwendigkeit unverbrüchlich besäße, so müßte man die deutsche Nation auf den Knien bitten: „Halte durch jetzt noch eine kleine Weile, denn Europa wartet deiner als Erlöser! In dir ist die Zukunft! In dir ist die Ordnung! Du bist die Mutter der Fruchtbarkeit und der Vater der geschichtlichen Vernunft! Niemand bezeugt es höher und leidenschaftlicher als deine Feinde! Glaube diesem Zeugnis und schaffe, Schöpfer, unbekümmert, weisheitsvoll, absichtsreich, selbstherrlich und geschichtlich unwiderleglich!"

Es darf nach diesem Krieg keine Möglichkeit übrig bleiben, die dem deutschen Menschen drohen und ihn schrecken kann! Das hat er durchaus nötig zur Herstellung seiner menschlichen Unabhängigkeit und der Lust zu jedem mannsherrlichen und frauenlieblichen Tun draußen an den Grenzen und drinnen im lichten und würdig freien Reich. Und das hat Europa nötig, das an Deutschlands Kraft und ruhiger Sicherheit geschichtlich genesen und an seiner Fruchtbarkeit erstarken und neue Gestalt werden will. Aber es ist noch eines. Es ist schon gesagt, daß Deutschland beide Lösungen braucht, die östliche und die westliche. Sie sind miteinander eng verknüpft. Der russische Zusammenbruch hat die Westmächte militärisch geschwächt. Zur See setzen dies Werk die deutschen Unterseeboote mit mathematischer Sicherheit fort. Man muß festhalten, bis aus der Rechnung die katastrophale Ziffer hervortritt, und das ist diejenige, welche das englische Weltreich nötigt, zum erstenmal in seiner Geschichte mit einem Feind zu verhandeln, die Ziffer dicht vor der unbedingten Verlustziffer. Diese zu erstreben, liegt nicht im deutschen Interesse, auch nicht in der deutschen Notwendigkeit. Die Welt ist weit und für ein Deutschland als Beherrscher der östlichen Lage bedeutet es eine Selbstverständlichkeit, als Großmacht zwischen andern Großmächten in freier Konkurrenz sich darin zu bewegen. Aber es gibt nur einen Weg dazu: den völligen russischen Staatsbankerott! Deutschland hat die Macht, ihn herbeizuführen, und außerdem hat es die europäische Mission und also die geschichtliche Pflicht. Rußland muß zum Ende kommen, wie die europäische Türkei zum Ende kam. Vorher gibt es keine Ruhe auf dem Kontinent. Das morsche Schwanken des russischen Kolosses bedeutet für das benachbarte Deutschland eine ständige Lebensgefahr und damit für Europa, das schließlich an Rußland verbluten wird, wenn Deutschland mit diesem weißen Schrecken nun nicht ein Ende macht. Das ist das eine. Das andere ist, daß die atlantische Verschwörung gegen Europa um den russischen Stützpunkt gebracht werden muß! Es darf in der nächsten Geschichtsperiode keine Zuchthauswand mehr geben, gegen die uns deutsche Menschen die atlantische Koalition drücken kann!

Digitized by Google

Wer von der Freiheit des deutschen Menschen redet, muß vor allem mit dieser grundherrlichen Forderung Ernst machen! Niemand soll sie aufhalten wollen, es wäre ein Verbrechen an Europa! Jetzt ist allerreichste deutsche Großmut nötig gegen die Zukunft der jungen Nationen, die sich aus Europas Schoß losringen! Vatergefühle sind nötig im weitesten geschichtlichen Sinn! Und allerfeinste Weisheit ist nötig! Unerbittlichkeit ist nötig! Innere Freiheit ist nötig! Der russische Bankerott geht Deutschland soviel an, daß er bis zur letzten Kopeke vollstreckt wird, nicht mehr, nicht weniger! Und daß keine Kopeke der russischen Staatsschuld auf das Konto der jungen westrussischen Nationen verrechnet wird!

Die Regierungen der Mittelmächte gaben die fromme Losung aus, sich nicht in die inneren Zustände Rußlands einmischen zu wollen. Dazu ist zu sagen, daß die Kinder der heutigen Generation das Gegenteil bitter und leidenschaftlich wünschen werden, wenn dieser sanfte Wille sich durchsetzt und noch einmal zur Verklebung und Stundung der russischen Frage führen sollte, denn auf ihre, der Kinder Häuser und Scheitel wird die wüste Masse niederstürzen, und zwar im unbewachten Augenblick. Deutschland steht auf dem Wendepunkt, durchzubrechen und höher zu steigen, oder anzuhalten und zurückzugehen. Höher gestiegen gibt es für die deutsche Nation kein russisches Verhängnis mehr, weil sie bloß durch dessen Beseitigung noch höher steigen kann. Angehalten und umgekehrt wie schon einmal im Lauf ihrer Geschichte muß der Berg aber stürzen, weil er sich bisher nur durch den deutschen Gegendruck überhaupt noch hielt, aber er wird in den Rücken des umgekehrten Deutschland schlagen, und die Trümmer werden sich als rohe russische Invasion über deutsche Landschaften wälzen, während gleichzeitig das atlantische Strafgericht mit bereit gehaltenen und infolge der fortdauernden russischen Versicherung ins Gigantische gesteigerten Machtmitteln von Westen herein schreiten wird. Sicher vor der Rache der Atlantischen wird bloß ein vollkommen bedingungslos auf seinem Boden herrschendes Deutschland sein. Der Boden Deutschlands ist Europa! Europa ist nur möglich durch den russischen Bankerott und die damit eng verknüpfte Liquidation Westeuropas und der atlantischen Drohung. So hängt unlöslich eins im anderen verankert. Rußland „konsolidieren" heißt Westeuropa stützen und die deutsche Lebensgefahr konsolidieren. Rußland stürzen heißt die atlantische Entente um den Hebelpunkt bringen und die deutsche Sicherheit gewährleisten. Das geschichtliche Mittel der Deutschen zum östlichen Frieden heißt deutsche Armee und Hindenburg. Die Mittel zum westlichen Frieden sind dieselben, dazu der russische Staatsbankerott und das Unterseeboot. Denkt an den Balkan! Niemand soll gelüsten, die Balkangreuel und die Balkangefahr in vervielfachten Schrecknissen und unabsehbaren Umrissen an der nahen Ostgrenze zu schaffen! Der Frieden muß im Osten vollkommen gelöste Fragen und gereinigte Verhältnisse hinterlassen, die von den Zentralmächten geführt und kontrolliert werden, und sonst von niemand, keine Halbheiten, die den Atlantischen Gelegenheit zu „Inter-

Digitized by Google

ventionen" und Eingriffen schaffen, keine schmeichelhaften Verhältnisse zu faulen Größen, sondern Klarheit, Ordnung, Herrschaft, und zwar deutsche, ungestörte Arbeit und Fruchtbarkeit, festländische Entwicklung und europäische Freiheit und Größe! Haltet durch jetzt noch eine kleine Weile. In euch ist die Zukunft! In euch ist die Ordnung! Ihr seid die Mütter der Fruchtbarkeit und die Väter der geschichtlichen Vernunft! Schafft, Schöpfer, unbekümmert, weisheitsvoll, absichtsreich, selbstherrlich und geschichtlich unwiderleglich!

Rußland muß!

Denk' an die Zukunft Deiner Kinder! Zeichne Kriegsanleihe!

Der neue Kurs in Litauen

Von * * *

Dieser Tage ist in Litauen die erste litauische Zeitung seit der deutschen Besetzung „Lietuvos Aidas" erschienen. Zu den Herausgebern gehören die bekanntesten Vertreter der litauischen Intelligenz, an ihrer Spitze Anton Smetona. Das Erscheinen dieser Zeitung hat grundsätzlich weitreichende Bedeutung, und der Leitartikel der ersten Nummer, den wir nachstehend bringen, umreißt das Programm und die Grundlage des neuen Kurses nicht nur der deutschen Verwaltung in Litauen, sondern der Litauer selbst. Einige Rückblicke sind daher geboten.

Als die deutschen Truppen vor zwei Jahren in Litauen einmarschierten, kam ihnen das Volk und die Intelligenz der Litauer entgegen, bedrückt von dem schweren Joch des Russentums und seiner Vergewaltigungsmethoden. Man erhoffte von Deutschland nicht nur Befreiung vom Russentum, sondern vor allen Dingen die Möglichkeit eines Aufbaues nationaler, eigener Gestaltung des litauischen Volkslebens, man erhoffte Freiheit für alle in Litauen außerordentlich regen Anfänge eigener Existenz, kultureller, geistiger Selbstverwaltungsprinzipien. Die Notwendigkeit jedoch, im Operationsgebiet fast ausschließlich die Interessen der Besatzungstruppen zu wahren, Requisitionen und dergleichen in weitestem Umfange ausüben zu können, versagte die Möglichkeit, die Wünsche der Litauer zu befriedigen. Ein großer Teil der litauischen Hilfsgenossenschaften, kultureller Vereinigungen, mußte seine Tätigkeit einstellen, keine der litauischen Zeitungen konnte erscheinen.

Als am 5. November 1916 den Polen das Versprechen des Wiedererstehens eines polnischen Staates gegeben wurde, erwachten in Litauen gleiche Hoffnungen. Es geschah aber nichts dem Ähnliches. Das Wiederaufleben politischen Parteigeistes in Polen wirkte natürlich auch auf Litauen zurück, und die Polen Litauens fingen an, sich rege zu betätigen, indem besonders die polnische Gesellschaft Wilnas ihren Anschluß an Polen in Adressen und Kundgebungen an den Provisorischen Staatsrat forderte. Ebenso konnten die Weißrussen gewisse polnische Wünsche äußern und hatten in ihrer in Wilna erscheinenden weißrussischen Zeitung „Homan" die Möglichkeit, für ihr Volkstum zu arbeiten. Das Schweigen, das den Litauern auferlegt war, deren loyale Gesinnung dem Deutschen Reich gegenüber nie bezweifelt werden konnte, wurde immer drückender, besonders seit der Ausbruch der russischen Revolution den in Rußland verbliebenen Litauern die Möglichkeit gab, für eine Selbstverwaltung ihrer Heimat zu arbeiten. Es ist bekannt, daß in Rußland ein litauischer Landtag sich versammelt hat, der die Forderungen aufstellte, daß

Digitized by Google

1. das ganze ethnographische Litauen ein unabhängiger und neutraler Staat werden müßte;
2. daß die Neutralität Litauens durch die Beschlüsse des Friedenskongresses garantiert werden müsse;
3. daß an dem Friedenskongreß Vertreter Litauens teilnehmen müssen;
4. daß über die Regierungsform und die innere Gestaltung Litauens eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählte konstituierende Versammlung entscheiden solle.

Analog den Bestrebungen der anderen fremdstämmigen Völker Rußlands gewannen auch die Kundgebungen der Litauer in Rußland weitreichende politische Bedeutung. Sie mußten auch nach Litauen selbst hinüberwirken, und infolgedessen konnten sowohl die Okkupationsregierung wie die Leitung der deutschen Politik sich nicht weiter der Tatsache verschließen, daß Litauen zur Selbstverwaltung reif sei, Staatssekretär Zimmermann hatte bereits vorher Vertreter des litauischen Volkes empfangen und ihnen die Zusicherung gegeben, daß das Deutsche Reich die Bedürfnisse der Litauer baldmöglichst anerkennen würde. Die Zivilverwaltung Litauens, die, wie bekannt, im Hauptausschuß des Reichstages scharf kritisiert worden ist, lenkte in andere Bahnen ein. Die Vorarbeiten zur Heranziehung der Vertreter der litauischen Bevölkerung in den Hauptfragen der Verwaltung und der Einrichtung des Landes waren bereits in vollem Gange, als der Hauptausschuß des Reichstages am 29. August in einem Antrag, der von nationalliberalen, fortschrittlichen, sozialdemokratischen und Zentrumsabgeordneten gestellt und dann einstimmig angenommen wurde, den Reichskanzler ersuchte, für die besetzten Gebiete Litauen und Kurland alsbald Vertretungen der Bevölkerung in die Wege zu leiten, die vom Vertrauen aller Volksteile getragen seien. Sobald die militärischen Verhältnisse es gestatteten, seien alsbald Zivilverwaltungen an Stelle der militärischen Verwaltung zu schaffen.

Der erste Schritt zur Realisierung dieser Politik ist somit die Erlaubnis zur Herausgabe einer großen litauischen Zeitung. Gutem Vernehmen nach tritt demnächst ein Nationalrat in Litauen zusammen, an dem Vertreter der Litauer teilnehmen und der in vollem Einklang mit den Wünschen der maßgebenden politischen Parteien des Landes seine Tätigkeit als führender Faktor auf dem Wege der Selbstverwaltung Litauens beginnen soll.

In dem programmatischen ersten Artikel des neuen litauischen Blattes heißt es:

„Zwei lange Jahre hinderte der in unserem Lande tobende Krieg das Erscheinen des litauischen gedruckten Wortes. Schließlich änderten sich die Verhältnisse für unser Land so weit, daß es möglich wurde, „Lietuvos Aidas“ herauszugeben.

In Anbetracht der Schwere und Wichtigkeit des Augenblickes haben wir uns, — die gesamte Intelligenz — Geistlichkeit und alle die imstande sind, die Feder zu führen — um die Zeitung geschart, ungeachtet aller Strömungen und Trennungen. Die Lage unseres Landes und unserer Heimat vereinigte uns alle um ihn. Wenn andere Länder, die weit mächtiger und glücklicher als wir sind, ihre volle Einigkeit in diesem schrecklichen Krieg bewahrt haben, so bedarf es für uns Litauer kaum noch Worte hierüber zu verlieren, zumal der vierte Teil der Bevölkerung infolge verschiedener Ursachen, freiwillig und unfreiwillig, seine Heimat verlassen mußte und daheim nur ein kleines Häuflein Intelligenter zurückgeblieben ist.

Von diesem Gedanken geleitet, werfen wir alles von uns, was voneinander trennt und treten zusammen auf der Grundlage gemeinsamer Arbeit, die uns einigt.

Wir fühlen, daß Schwierigkeiten nicht ausbleiben werden. Rings um uns sind die Fußspuren des Krieges. Überall, wohin man sieht, Jammer und Schreckнisse. Hier Trümmer mit Gras bewachsen, dort wiederum zerfallene leere Wohnhäuser usw. Doch wir alle fühlen das Ende

Digitized by Google

des Krieges herannahen. In der Not wird die Hoffnung auf eine beſſere Zukunft geboren. Aus den Trümmern wird neues Leben erwachen, unvergleichbar mit dem, was vor dem Kriege war. Litauen hat unendlich viel gelitten. Es war gezwungen, auf dieſe oder jene Weiſe, auf ſeinen Schultern für andere die Laſten des Krieges zu tragen. Es verarmte, verlor Menſchen und Vermögen ohne Zahl. Wer kann ihm den Schaden erſetzen? Nur allein die Freiheit! Wir wollen nicht zurückkehren unter die ruſſiſche Herrſchaft, die das Wachſen und Entwickeln des erwachenden Litauens hinderte, wir wollen auch nicht in die Hände derer fallen, die uns ihren Intereſſen gefügig machen würden. Wir wollen frei ſein und mit eigenen Händen, wenn auch von anderen unterſtützt, das zerſtörte Litauen wieder aufbauen. Ein ſelbſtändiges Litauen zu wünſchen, haben wir das Recht auch im Namen der Freiheit der Nationen. Wir haben die Hoffnung, daß dieſer unſer Wunſch zuletzt erfüllt werden wird, und die ſittlichen Grundſätze und das Recht ſollten die Oberhand gewinnen über die Macht der Staaten. Aus dieſem Grunde iſt es auch verſtändlich, daß das Litauen des Altertums vom Schwarzen Meer bis zur Oſtſee nicht wiederkehren kann. Das von unſeren Vorfahren errichtete Großfürſtentum wird uns nur eine koſtbare hiſtoriſche Erinnerung bleiben. Das Litauen von heute muß die Grenzen einnehmen, in denen von altersher das Volk der Litauer anſäſſig war. In dieſem Gebiet werden die Fremdvölker in der Minderheit ſein. Wir werden ihnen annehmbare Rechte einräumen müſſen, in der Weiſe, wie dies auch in anderen freien demokratiſchen Regierungen zugeſtanden wird. Das Großfürſtentum Litauen unterdrückte, ſolange es unabhängig war, in ſeinen Grenzen weder andere Bekenntniſſe noch Völker. Es gewährte ihnen allen ein freies Daſein. Unſere Vergangenheit muß ein Vorbild für unſere Zukunft werden.

Darauf müſſen wir uns ſchon jetzt, während des Krieges, vorbereiten. Schon jetzt müſſen wir die Lage aufmerkſam betrachten und dafür Sorge tragen, wer uns zu Hilfe kommen könnte, um Litauen frei zu machen. Wir alle müſſen wie ein Mann zuſammenſtehen, um dieſes Ziel zu erreichen. Die von uns allen gemeinſchaftlich herausgegebene Zeitung muß eines der wichtigſten Mittel zur Löſung dieſer Frage ſein.

Mit den kämpfenden Rieſen verglichen, iſt Litauen nur ein kleines Land. Aus dieſem Grunde zweifeln manche, ob die Stimme nach Freiheit gehört werden wird. Doch es iſt nicht lange her, daß auch Griechenland, Bulgarien und andere kleine Nationen, die ſich in gleicher Lage wie wir befanden, die heißerſehnte Freiheit erlangten. Sie verdanken die Anerkennung ihrer Nationalität großen mächtigen Staaten, welche daran ihr Intereſſe hatten. Im Hinblick auf ſie wird die Hoffnung Litauens geſtärkt. Doch hängt das Glück und die Zukunft Litauens von unſerem eigenen Handeln ab. Wir werden nur ſoviel Freiheit bekommen, ſoweit wir uns ihrer würdig zeigen werden, ſoweit wir verſtehen werden, in ſie hineinzudringen und uns mit den gegebenen Verhältniſſen abzufinden. Schon jetzt können wir ſagen, daß ſelbſt aus den Reihen der Litauer ſolche Menſchen auftreten werden, die den Ernſt der Stunde nicht verſtehen und in ihrer Unwiſſenheit die einheitliche Arbeit auseinanderreißen werden. Andere wieder, Nichtlitauer, die wohl in Litauen geboren und groß geworden ſind, aber die Bedürfniſſe Litauens nicht erkannt haben, werden hinderlich im Wege ſtehen, der uns zur Freiheit führt. Wir müſſen ihre Abſichten erkennen und uns vor ihren Machenſchaften hüten. Uns allen ſind die Lebensbedingungen während der Kriegszeit ſchwer. Schwer, nicht nur wegen der Entbehrungen, ſondern auch wegen der Ungerechtigkeiten, die ein Krieg mit ſich bringt. Von Nöten und Sorgen umgeben, läßt man ſich zuletzt von den Gefühlen der Stunde hinreißen und verliert die kalte Überlegung. Schmerzen und Bitterkeit verdunkeln den Verſtand. Wachſamkeit iſt erforderlich. Alle Ereigniſſe müſſen nüchtern und aufmerkſam beobachtet und gerecht bewertet werden. Da-

Digitized by Google

mit wollen wir nicht sagen, daß wir die Geschehnisse dieser Tage vergessen müssen. Es ist erforderlich, daß auch hierin alles, soweit möglich, geordnet und besprochen wird. Auch dafür soll die Zeitung ein unentbehrlicher Ratgeber sein. Beachten wir, daß wir nur in der Einigkeit aneinandergeschmiegt, frei und unbehelligt bleiben können. Wie wir vereint um den „Aidas" Hand in Hand gehen, so wünschen wir, daß auch seine Leser uns verstehen und einheitlich fortschreiten möchten, um das gesteckte Ziel, „die Freiheit Litauens", zu erreichen. Die kämpfenden und nichtkämpfenden Staaten haben das Verlangen, den Krieg bald zu beenden. Vielleicht ist das Ende des Krieges nahe. Darum wir uns beeilen, zu arbeiten, vorzubereiten, ihm zu begegnen, damit wir die ernsten Stunden vor dem Frieden nicht verträumen.

Das walte Gott!"

Zeichne Kriegsanleihe und sorge, daß Deine Freunde das Gleiche tun.

Neuerscheinungen

Friedensfragen

Über „Recht und Krieg" äußert sich Prof. Dr. R. v. Hippel (S. Hirzel, Leipzig). In den allgemeinen Betrachtungen sagt H. über die Zukunft des Völkerrechts: „Das Völkerrecht wird auch nach dem Krieg bestehen bleiben, es wird in gewissem Umfang einen neuen Aufschwung erleben, denn friedliche Beziehungen der Völker sind nur unter einer Rechtsordnung möglich, und die heutige Friedenssehnsucht ist rechtlich der Wunsch nach Rückkehr des Völkerrechts an Stelle der Gewalt. Aber überall werden wir bei Schaffung und Anerkennung dieser Rechtsordnung scharf im Auge zu behalten haben: eine völkerrechtliche Bindung unserer Gegner ist für uns von Wert nur insoweit, als wir auf deren praktische Befolgung aus Zweckmäßigkeitsrücksichten rechnen können. Und nur soweit es mit nüchternster Einschätzung unserer eigenen praktischen Interessen verträglich ist, dürfen wir als Gegengabe unsererseits eine Bindung übernehmen." Unter den juristischen Anregungen und Belehrungen, die durch den Krieg gegeben worden sind, werden hervorgehoben: „Die absolute Monarchie, ein für uns überwundener Kulturzustand, hat mit dem Zusammenbruch des Zarismus in Rußland wohl endgültig abgewirtschaftet. Als fester Hort des Friedens und Rechts erwiesen sich die konstitutionellen Monarchien der Mittelmächte, insbesondere Deutschlands. Sobald aber normale Verhältnisse wiederhergestellt sind, wird die Strafrechtsreform erneut in den Vordergrund des Interesses treten. Mit aller Entschiedenheit werden wir unsere staatlichen Grundlagen zu schützen haben gegen staatsfeindliche ausländische Einmischung und gegen Angriffe mit den Mitteln der Lüge und Bestechung in öffentlichen Angelegenheiten." Forderungen an die Zukunft stellt auch Prof. Dr. Gerh. Anschütz („Zukunftsprobleme deutscher Staatskunst". Karl Heymann, Berlin. M. 2,50). Auch Anschütz geht davon aus, daß wir auch weiterhin die Lasten für die Wehrmacht tragen müssen. „Aber wie die Pflichten des Volkes wachsen werden, so müssen auch die Rechte sich steigern." Es steht zu hoffen, vielmehr, es ist zu fordern, daß in der Friedenszeit, der wir entgegenschauen, eine umfassende Neuorientierung unserer gesamten inneren Politik einsetze, mit dem Ziel, unser öffentliches Wesen, unsere Verfassung und Verwaltung im Reich, Staat und Gemeinde stärker, als es bisher der Fall war, mit dem Gedanken der politischen Freiheit und Gleichheit zu durchsetzen. Wohlfahrts- und Versorgungseinrichtungen sind gut, Demokratie und politische Gleichberechtigung sind besser. Scheuen wir uns nicht vor diesem Besseren. Es handelt sich nicht darum, durch Zugeständnisse die Macht und Autorität des Staates zu stärken. Je mehr der Staat seine Wurzeln einsenkt in die Breiten und Tiefen der Nation, um so mehr wird er eins werden mit der Nation und um so stärker wird er sein." „Folgerungen aus dem Weltkrieg" zieht ferner Freiherr v. Freytag-Loringhoven, der stellvertr. Chef des Generalstabs der Armee (E. S. Mittler & S., Berlin), nur haben seine Forderungen ihren Schwerpunkt im militärischen Gebiet, so sehr die Betrachtungen sich bemühen, auf der politischen und weltwirtschaftlichen Lage aufzubauen. S e gipfeln in dem Kapitel „Weiter kriegsbereit": „Es ist eine Verkennung der Wirklichkeit, zu glauben, daß es möglich sei, den Krieg durch getroffene Vereinbarungen aus der Welt zu schaffen. Solche Vereinbarungen werden auch weiterhin, wie bisher, zwischen den Staaten von Fall

Digitized by Google

getroffen werden. Ein Ausbau internationaler Schiedsgerichte und die Beseitigung manchen Konfliktstoffes durch diese liegt im Bereich der Möglichkeit, aber alle dahingehenden Einigungen sind doch immer nur Verträge, die nicht imstande sind, die im Innern der Staaten gärenden Kräfte für alle Fälle einzuengen. Darum bleibt auch der Gedanke eines Weltbundes zur Erhaltung des Friedens eine Utopie, eine unerträgliche Bevormundung jedes selbstbewußten großen Volkes. Macht soll uns nicht vor Recht gehen, aber ebensowenig wollen und können wir ihrer entraten. Das deutsche Volk wird auch in Zukunft festen Zusammenschluß in seinem ruhmreichen Heere und in seiner lorbeergeschmückten jungen Flotte zu suchen haben." Die Friedensbedingungen, die nach seiner Meinung von der internationalen Sozialdemokratie anzustreben sind, hat Karl Kautsky in einer Schrift entworfen. (J. H. W. Dietz, Stuttgart. M. —.50.) Der erste Teil, der die grundsätzlichen Erwägungen enthält, die für ihn in der Nationalitätenfrage in Betracht kommen, ist erschienen, „Die Befreiung der Nationen". „Die Partei des Proletariats muß grundsätzlich, nicht bloß unter Umständen aus Gründen der Zweckmäßigkeit, jede Eroberungspolitik ablehnen, und sie darf dort, wo der von ihr abgelehnte Krieg Grenzveränderungen herbeiführt, nur solche gutheißen, die von der betroffenen Bevölkerung gewünscht oder doch wenigstens nicht als Vergewaltigung empfunden werden." Mit den „Kriegszielen nach Osten" beschäftigt sich M. Sering in der Einleitung zu der sorgfältigen wirtschaftlichen, politischen, ethnologischen Orientierung über Finnland, die baltischen Provinzen, Litauen, Polen, die Ukraine und die Ostjuden in Rußland, zu der sich die besten Sachkenner (Richard Pohle, E. Zechlin, A. Schmidt, A. Faure, A. Hermann, G. Fritz) vereinigt haben („Westrußland in seiner Bedeutung für die Entwicklung Mitteleuropas". B. G. Teubner, Leipzig). „Es handelt sich um die Befreiung von der den im Osten besetzten Gebiete gewaltsam auferlegten großrussischen Herrschaft und ihre Einbeziehung in das mitteleuropäische Schutz- und Trutzbündnis. Die Aufgabe wird durch die Demokratisierung des benachbarten Reiches nicht berührt. Denn die veränderte Verfassung wird schwerlich seine Eroberungslust dauernd zum Verschwinden bringen. Das Ausdehnungsverlangen war von jeher nicht allein vom Zaren und seiner Armee, sondern — ganz wie in den Vereinigten Staaten — gerade auch von der breiten Masse der Bauernschaft und seit seinem Aufkommen vom Großkapitalismus getragen. Die edelmütige Anerkennung der von den siegreichen Mittelmächten verkündigten staatlichen Selbständigkeit Polens durch die Provisorische Regiernng ist von geringer Tragweite, da jede Aussicht auf Polens Wiedereroberung in diesem Kriege geschwunden ist. Auch weiß niemand, wie sich die politischen Verhältnisse in Rußland nach dem Kriege gestalten werden. Das heutige Rußland hat 170 Millionen Einwohner gegen 116 der beiden verbündeten Kernmächte. Bleibt die Grenze unverändert, so wird Rußland 1930 $2^1/_2$ Millionen 20jähriger Männer zählen gegen 1,3 Millionen in Deutschland und Österreich-Ungarn — eine Übermacht, welche die schwerste Versuchung zur Unterdrückung der Nachbarn einschließt. Werden die eroberten Gebiete von Rußland abgetrennt, so ergibt sich eine ungefähre Verminderung seiner Bevölkerung um $^1/_8$ und bei Anschluß der Trenngebiete an Mitteleuropa eine Schwächung der russischen Militärmacht um $^1/_4$. Es wird ein ungefähres Gleichgewicht erreicht. Für die Eingliederung der besetzten Gebiete in Mitteleuropa sind alle Bedingungen gegeben. Sie sind ganz überwiegend von „Fremdstämmigen" bewohnt und gehören nach ihrer Geschichte und der Eigenart ihrer Bewohner durchweg dem westeuropäischen Kulturkreise an. Kurland hat vom Deutschen Orden ebenso deutsches Gepräge erhalten, wie das benachbarte Livland und Estland, die in russischer Gewalt blieben. Das übrige Besatzungsgebiet gehörte einst zu den vereinigten Königreichen Litauen und Polen. Aus diesen Gründen bildet von der Ostsee bis zu den Karpathen schon vom Mittelalter her das Privateigentum am Ackerlande die Grundlage der gesellschaftlichen Verfassung und gab ihr den individualistischen Zug, der Westeuropa von Großrußland scheidet. In Kurland herrscht die evangelische, in Litauen und den Stammsitzen der Polen westlich des Bug die römisch-katholische Kirche. Sie fand aber auch bei den Weißruthenen östlich und nördlich des Flusses einen breiten Anhang und hat traditionelle Neigungen auch dort hinterlassen, wo die russische Regierung die mit Rom „unierte" Kirche gewaltsam ausrotete. Rom und Byzanz bildeten tiefe Gegensätze der Lebensanschauung und Lebensführung aus. In dem ganzen Gebiet ist die russische Herrschaft nicht älter als 100 bis 200 Jahre. Sie hat trotz aller Verfolgungen und Unterdrückungen das westeuropäische Wesen nicht auszulöschen vermocht, ihr Wegfall würde keine zivilisatorische Lücke hinterlassen und nur von wenigen bedauert werden, obwohl es die Russen verstanden haben, nach dem Grundsatze „Teile und herrsche" die Interessen der unteren Klassen auf dem Lande gegen die Oberschichten aufzuspielen. So drängt alles auf die Herstellung einer Wirtschafts- und Verkehrsgemeinschaft, welche allerdings Zwischenzölle zum Schutze schwächerer polnischer Industrien nicht ausschließen dürfte. Der Wehr- und Verkehrsverband stellt allen beteiligten Völkern und Stämmen eine glückliche Entwicklung in sichere Aussicht." Dr. Hans Stölzle stellt in einer (bei Schweitzer, München, erschienenen Schrift) die Frage nach dem

Digitized by Google

„Deutschen Rechtsfrieden". Er prüft die Vorschläge der Friedensfreunde mit „streng juristischer Kritik" und kommt zu dem Schluß: „Wie die Leute das Vertrauen zur Rechtspflege verlieren, wenn die Bestrebungen überhand nehmen, möglichst alle Sachen durch Vergleiche aus der Welt zu schaffen, also das Rechtsbewußtsein des Volks zerstören, so „mag das deutsche Volk vor dem neuen Verfahren der Friedensfreunde bewahrt bleiben". Von der Idee des „Rechtsfriedens" ergriffen ist der tief religiös veranlagte Dr. Ludwig Zoepf, der Anfang Dezember 1916 „aus ethisch-religiösen Gründen" ein deutsches Friedensangebot verlangt hat. Trotz aller Anfechtungen ist er noch immer entschlossen, auf seinem „verlorenen Posten" auszuharren. Das zeigt die Sammlung von vier seiner Reden (die unter dem Titel „Das Ziel" im Verlag Naturwissenschaften, Leipzig, erschienen sind). Sie versuchen von der ethisch-religiösen Grundlage aus zur Ehrfurcht vor dem Prinzip des Rechts und des Ausgleichs aufzurufen. „Denn der Tüchtigste sein heißt nicht: das Meiste besitzen, sondern fähig sein, das größte Opfer zu bringen. Und jeder, der wahrhaft das Gute will — und dieser Wille ist im deutschen Volk, an den Kirchen aber liegt es, ihn allenthalben zu wecken und zu sammeln — muß nicht nur die Folgen eigener Schuld auf sich nehmen, und sühnen, sondern auch mittragen und die fremde Schuld mitsühnen. Wir sind wohl alle zur Erkenntnis gekommen, daß uns und das christliche Europa nur eines retten kann: die eindeutige Befolgung der christlichen Ethik. Es nützt uns selber nichts mehr, uns hinter dem Schild des deutschen Wesens zu verbergen; es nützt uns nichts, Gold für Eisen zu geben; an der Schönheit und Wahrheit der Psalmen wie der Mystik uns zu begeistern — das sind Spiele, die wir uns selbst vorspielen, wie wir es leider mit allem schon längst vor dem Kriege getan haben; ja, es nützt uns der Tod unserer Väter und Söhne nichts, denn die Wahrheit läßt ihrer nicht mehr spotten. Sie steht nicht mehr vor unserer Herzenstür, sie steht mitten im Herzen! Wir wissen: Die Zeit der Kompromisse mit der ewigen Wahrheit ist für uns vorbei! Entweder verzichten wir nun endlich ehrlich auf den Namen Christen und folgen weiter dem Szepter der Macht und gehen trotz aller Siege dem Untergang entgegen und mit uns Europa. Oder wir bringen das Opfer, uns, unserem Volke und Europa zum Heil! Übermenschlich dünkt uns dieses Opfer: Bereit sein, vielleicht auf alles zu verzichten, worauf wir „menschlich" ein Recht haben; bereit sein, zu verzichten um der Schuld vergangener Zeiten willen, zu verzichten denen gegenüber, die unseren Untergang gewollt haben, soviel Macht durch soviel Leid und Opfer nur zu erringen, um wieder darauf zu verzichten und „ärmer" zu sein, viel ärmer als zuvor. Und doch wir fühlen: das ist der Weg, den wir gehen müssen"! Sittliche Forderungen an die Diplomatie stellt A. v. Gleichen-Rußwurm in dem kleinen Heft „Diplomatie" (O. Reichel, Berlin): 1. Aufhören aller Geheimhaltung. 2. Anpassung an den fremden Nationalcharakter. 3. Ethisierung der Diplomatie („Großzügige Politik braucht sich ihres Friedenswillens nicht zu schämen"). „Von allen Helden, die der Tod versöhnt und verklärt hat, wird Europa sein neues Gesetz empfangen, die Ethik des Staates."

Eine Geschichte der Friedensschlüsse von der Zeit Napoleons bis zum Balkankrieg hat Prof. E. v. Wertheimer (Ullstein, Berlin. M. 1.—) gegeben. Aus der Reihenfolge der Friedensschlüsse ergibt sich ein Bild ihrer Technik und Leitmotive. Der Fürstenkongreß von 1808 wiederholt sich 1863 in Frankfurt a. M., die Konferenz von Algeciras 1906 ist ihr moderner Ausläufer. Präliminarien und Konferenzen sehen wir den Friedensschlüssen 1801, 1814, 1856 vorangehen. Aus der Gestaltung des Friedens durch den Willen einzelner Männer sehen wir die Geschichte in die Nationalpolitik einmünden, von der auch Bismarck im Berliner Kongreß der Schiedsrichter Europas wurde. An ihrem Ausgang wird der Friedenskongreß zu Münster und Osnabrück sich wiederholen. „Auf einer Friedenskonferenz werden sich unter dem Drucke der allgemeinen Sehnsucht der Völker nach Frieden auch ohne Wilson und die beteiligten Mächte zu gegenseitiger Aussprache zusammenfinden."

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

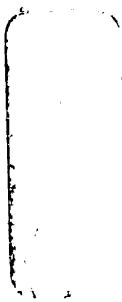
Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer. Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

3 0000 116 452 016



Digitized by Google